

Tagebuch



einer

Chaos - Regierung

Band 5

(01. 06. 2019 – 31. 01. 2020)

Impressum:
Autor, Lektor: Friedrich Moser
Umschlaggestaltung: epubli, Berlin
Verlag: Neopubli GmbH, Köpenicker Straße 154a, D-10997 Berlin
Druck: epubli – ein Service der neopubli GmbH, Berlin
Printed in Germany
1. Auflage, 2020

- **Die Übergangsregierung**
- **Die „Nachwehen“
der Türkis/Blauen
Regierungstruppe**
- **Die Türkis/Grüne
Regierung**

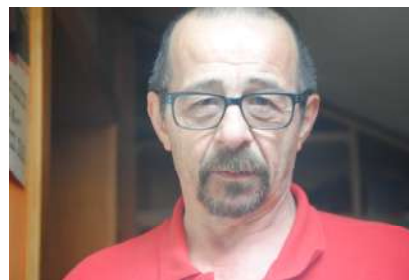
Juni 2019 – Jänner 2020

Zusammengestellt von Friedrich Moser
(Personalvertreter und Gemeinderat)

Dieses Buch widme ich meiner Schwester Roswitha

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser



Die 17 Monate andauernde, sozialstaatvernichtende Chaos-Regierung ist Geschichte und die Übergangs- bzw. Experten-Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Man kann nun zu so einer, nicht durch demokratische Wahlen zustande gekommenen, Regierung stehen wie man möchte. Eines kann man ihr jedoch keinesfalls absprechen. Die Entscheidungen, die sie fällt, waren fachbezogener und weniger parteipolitisch geprägt. Türkis/Blau hat einen menschenverachtenden, riesigen sozialen Scherbenhaufen zurück gelassen. Die Übergangsregierung hat die Eine oder die Andere „Grauslichkeit“ zurück genommen und der Verfassungsgerichtshof einiges aufgehoben bzw. relativiert. Manche dachten, dass es nicht schlimmer werden kann, als es uns die 17-Monat-Regierung vorzeigte. Aber man denke an das „11 Gebot Gottes“ in dem es heisst: „Du sollst Dich nicht täuschen“. Kurz hatte unter den möglichen Koalitionspartner nicht viel Auswahl. Die Blauen hatten ihm die Drecksarbeit gemacht, wurden „abgeschossen“ und hätten ihm auf europäischer Ebene mehr Probleme gemacht als genützt. Für die 50 % Hürde waren ihm die NEOS prozentuell zu schwach und mit seinem Erzfeind den Sozialdemokraten ginge das schon gar nicht. Trotzdem sich die FPÖ (um wieder in die Nähe des „Futtertroges“ zu gelangen) richtiggehend anbiederten, entschied sich Kurz für die Partei, die für ihn die kleinste Hürde darstellt und zwar die Grünen. Er war sich im Klaren, dass sie mit ihren knappen 14 % weder bei den Koalitionsverhandlungen, noch in der Regierung, allzu große Ansprüche stellen können. Und so hat er eine „fasst-Alleinregierung“ mit hellgrünem Anstrich bekommen. Die Grünen sprangen über ihren eigenen Schatten und stimmte für die Türkise Sicherungshaft (einige Zeit zuvor hat Kogler noch gesagt, dass es mit den Grünen sicherlich keine Sicherungshaft geben wird) und liesen sich mit ihren Umwelt- und Klimathemen auf den „Nimmerleinstag“ verträsten. Auch dieser Regierung gebe ich maximal 2 Jahre, dann wird Kurz die Grünen „in die Wüste“ schicken, Neuwahlen ausrufen und auf eine lupenreine Türkise Alleinregierung hoffen. Wenn ihm die Bevölkerung dann immer noch (wie einem, auf dem Wasser wandernden Messias) nachläuft, ist ihr wirklich nicht mehr zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'F. Moser', written over a faint grid background.

Friedrich Moser

Themenbezogenes Inhaltsverzeichnis

Thema	Band			
	5			
Aktion 20.000 Arbeit Krankenstand	76, 155, 162, 194, 243, 262, 282, 292, 204			
Armut Schuldenbremse Arbeitslos	132, 154, 193, 321, 328			
Asylwerber Migranten	164, 266, 297, 327			
Behinderung Menschenrechte	60, 90, 167, 236, 265			
BVT	23			
Bauern	47			
Steuern Steuerbetrug	95, 97, 277, 282			
Politik	186			
Klima	109, 118			
Sozialver - sicherung Betriebs - krankenkassen Pflege	56, 73, 84, 158, 184, 188, 257, 264, 300			
SPÖ Silberstein	22, 25, 26, 36, 79, 104, 105, 128, 133, 182, 183, 199, 203, 221, 231, 242, 296, 298			

Thema	Band			
	5			
FPÖ Populismus H. C. Strache Ibiza Parteien - finanzierung „DAÖ“	15, 16, 24, 26, 27, 34, 43, 44, 46, 51, 58, 59, 87, 111, 116, 125, 127, 137, 140, 146, 166, 198,202, 205, 208, 219, 221, 227, 238, 240, 241, 242, 245, 253, 256, 261, 291, 335			
ÖVP Sebastian Kurz Ibiza Schreddern Silberstein Parteien - finanzierung	13, 17, 26, 32, 33, 35, 46, 53, 54, 55, 56, 57, 62, 65, 69, 77, 79, 86, 90, 96, 100, 102, 103, 104, 105, 107, 108, 113, 118, 121, 124, 127, 140, 142, 150, 151, 152, 153, 155, 156, 161, 165, 168, 172, 179, 190, 200, 220, 229, 230, 231, 242, 260, 268, 274, 280, 323, 325, 326			

Thema	Band			
	5			
Türkis/Blaue Ex-Regierung und deren „Nachwehen“	16, 27, 29, 33, 38, 63, 67, 71, 72, 81, 92, 95, 124, 126, 134, 138, 145, 159, 172, 173, 186, 197, 220, 223, 228, 233, 236, 254, 265, 269, 336			
Übergangs - regierung Bierlein	19, 20, 49, 61, 75, 89, 112, 122, 171, 185, 207, 218, 232			
Natlaratswahl- kr(a)mpf 2019 Koalitionsver- handlungen	46, 88, 93, 130, 147, 163, 165, 174, 176, 177, 179, 180, 198, 203, 253, 263, 321, 322			
Grüne	219, 280, 324			
Türkis/Grüne Regierung und deren Programm	272, 276, 280, 281, 283, 292, 293, 294, 296, 299, 300, 301, 302, 330, 334, 336			
Bonusmaterial	338			
Buch - empfehlungen	342			
Quellen – nachweise	343			

2019

01. 06. 2019: Das sollte jede/jeder über Sebastian Kurz wissen:

Der jüngste Bundeskanzler in der Geschichte Österreichs. Die Einen hassen in und die Anderen lieben ihn. Aber was steckt hinter der ewig grinsenden Fassade unseres Bundeskanzlers außer Dienst, dessen Regierung mit den Freiheitlichen die 1. Regierung in der 2. Republik ist, die durch einen Misstrauensantrages des Parlamentes abgesetzt wurde.

Der Populist mit neuem Stil: Sebastian Kurz ist ein Populist, was ja im Grunde noch nicht schlechtes oder böses wäre und darin ist er Meister. Seine Politik achtet nicht darauf was gut oder richtig für die Gesellschaft ist, sondern lediglich welches Thema Stimmen bringt (Populär ist). Im Zuge des letzten Wahlkampfes kam er bald darauf, dass die rassistische Politik der FPÖ bei sehr vielen Menschen gut ankommt. Aber hat gleichzeitig auch gewusst, dass die Politik der FPÖ den Menschen zu extrem ist. Und so hat er die rassistische Politik im wortgewandten, neuen türkisten Stil geschaffen. Der Inhalt ist immer noch der Gleiche wie bei der FPÖ, aber „Basti“ sagt es viel, viel netter.

Der Neofaschist: Jung, gutaussehend, erfolgreich und dynamisch, so präsentiert sich unser kindlicher (Ex)Kanzler in der Öffentlichkeit und darum kommt er auch, wie die Wahlanalysen zeigen, bei den Älteren, aber auch bei den jüngeren Damen extrem gut an. Das ist ein Bonus den hat sonst kein Anderer. Aber vergisst nicht, dass es auch junge gutaussehende, nette und sympatisch Autoverkäufer gibt, die Euch trotzdem, weil es ihr Job ist, ein Sch... - Auto verkaufen. Sebastian Kurz verkauft Euch auch etwas und zwar seine Politik.

Der Schweigekanzler: Während seiner Amtszeit hat er bei vielen fragwürdigen Anlässen geschwiegen und das hat ihm den Beinamen „der Schweigekanzler“ eingebracht. Dabei hätte es, beim ehemaligen Koalitionspartner, sehr viele Anlässe (rassistische Äußerungen, unzählige „Einzelfälle“ usw.) gegeben und bei jedem dieser „Einzelfälle“ (wobei alleine das Wort „EINZELfälle“ schon sehr bedenklich ist), hätte er etwas sagen müssen, doch er meinte nur: „Ich muss nicht zu jedem kleinen Vorfall etwas sagen“. Seine Begründung war immer die Selbe. Das klingt staatstragend, diplomatisch und super reif, war aber in Wirklichkeit ein eiskalt kalkulierter Marketingeffekt. Seine Strategie ist: „Wer wenig sagt, bietet den Kritikern auch wenig Angriffsfläche“, so einfach ist das. Selbst in Interviews bleibt er immer extrem vage, oberflächlich, lenkt mit Nebensächlichkeiten bzw. leeren Worthülsen von den Fragen ab und ist dadurch nichts anderes als ein „Dampfblauderer“.

Putschismus in Türkis: Wer glaubt, dass 2 geplatzte Regierung und der Abgang von Reinhard Mitterlehner glückliche oder aber auch unglückliche Zufälle sind, der irrt gewaltig. Kurz und seine Vertrauten haben bereits seit Mitte 2016 das „abschießen“ von Parteiboss Mitterlehner und der darauf folgenden Übernahme der Partei im Mai 2017, minutiös geplant. Der Plan von Kurz war, dass Mitterlehner die Koalition mit der SPÖ aufkündigt, zurücktritt und er hätte die Partei übernehmen und einen „unbefleckt“ Wahlkampf führen können. Hierbei ging es zu keinem Augenblick um Einen, von ihm ständig zitierten „Stillstand“ oder „ewiges Streiten“, was ja auch eine haltlose Lüge ist. Mitterlehner und Kern arbeiteten sehr gut zusammen. Nur innerparteilich mit „Redelführer“ Kurz an der Spitze wurde diese Regierungsarbeit blockiert und wo es nur ging auch sappedotiert (Details entnehmt bitte dem Buch „HALTUNG“ von Reinhold Mitterlehner). Mitterlehner ist Weg und Kurz zerstört die Koalition mit der SPÖ. Als Auflösungsgrund nannte er, die Antipatie von SPÖ-Chef Kern gegen ihn und das nur mehr (dank Kurz und seinen türkisen Putschisten) gestritten wurde. Es stand für ihn bereits im Mai 2017 fest, dass er im Herbst mit der FPÖ eine Koalition eingehen wird. Er wusste, dass er die „Aufträge“ seiner Wahlkampfspender nur mit der FPÖ umsetzen und erfüllen kann. Es war für ihn auch klar, wenn er der FPÖ den Sicherheitsapparat überlässt (nimmt dabei kaltblütig die Schwächung der Österreichischen Sicherheit in Kauf), würden sie bei allen seinen Anträgen mitstimmen. Er wusste auch, dass die SPÖ bei 90 % seiner Vorhaben nicht mitspielen würde. So wurde schlussendlich im Wahlkampf aus schwarz nun Türkis, aus christlich-sozial wurde Mitte Rechts, bzw. noch weiter Rechts und noch neoliberaler. Das war aber sogar der ÖVP zuviel, aber was sollte man machen. Er bringt Stimmen, viel Stimmen und so hat man ihn mit Macht und später als Parteiboss mit noch mehr Macht ausgestattet. Und das hat am Ende dazugeführt, dass Sebastian Kurz Bundeskanzler wurde.

Der kaltblütige Strategie: Eineinhalb Jahre später sprengt er die nächste Regierung. Dieses mal nicht mit der SPÖ, sondern mit der FPÖ. Jetzt könnte man sagen, dass war ja nicht Kurz, sondern das Ibiza-Video der FPÖ. Aber wenn man ehrlich ist, war es voraussehbar, dass das mit der FPÖ und ihren Nazi-Sprüchen, Burschenschaftern und Identitären nur eine Frage der Zeit war. Für das Ziehen seiner (nie praktizierte) rote Linie hätte er bei jedem der über 60 „Einzelfällen“ der FPÖ genug Gelegenheit gehabt, sich mit seinen theatralisch gehauchten Worten: „Genug ist genug“ die Koalition beenden können (müssen) um diesen Spuk zu beenden. Die Entlassung von Herbert Kickl war nur mehr der Tropfen auf den heißen Stein, denn er wusste, dass das die rote Linie der FPÖ ist. Und wieder kann er die Bevölkerung für dumm verkaufen und die Schuld, am Bruch dieser Koalition, anderen zuschieben. Und somit kann sich

Sebastian Kurz wieder als besonnener, unschuldiger und missverstandenen Staatsmann hinstellen, der für die Österreicherinnen und Österreicher nur das Beste wollte. Er wird im Herbst, sofern die Opposition und die Wähler nicht endlich aufwachen, bei der Wahl wieder an Stimmen (vermutlich von der FPÖ), wenn er einen guten Wahlkampf führt, dazu gewinnen. Da trifft es sich gut, dass die ÖVP bereits seit Jänner, durch die Reservierung von Plakatflächen und dem Einholen von Angebote bei Werbefirmen, für den Wahlkampf hervorragend vorbereitet ist. Diese Informationen sind übrigens weder „Fake News“ bzw. „alternative Fakten“ oder „stichhaltige Gerüchte“, sondern kommen von ÖVP-Insidern. Kurz plant mittelfristig, wenn es für ihn von Vorteil ist auch langfristig und macht sich dabei aber selber niemals die Finger schmutzig. Auch den Misstrauensantrag, der ihn letztendlich zu Fall brachte, wird er der Bevölkerung so verkaufen, dass er nur das Beste wollte und völlig unschuldig und ungerecht durch diese „Teufels-Parteien“ SPÖ und FPÖ abgesetzt wurde. Er wird auch in seinem Lügenwahn, die „Horrorvision“ einer SPÖ und FPÖ Koalition herauf beschwören und ausschlagen. 20 Monate hat die FPÖ bei jedem ÖVP-Antrag mitgestimmt und das war in Ordnung, aber wehe, wenn die FPÖ ein einziges Mal bei der SPÖ mitstimmt, dann ist das in den Augen von Kurz, ein scheinbar unbeschreibliches, demokratiepolitisches Verbrechen. Hierbei sei noch angemerkt, dass es im Nationalrat ganz normal ist, dass Parteien einmal bei einem Antrag mit- und ein anderes Mal dagegenstimmen, dabei ist die Farbe des Einbringers eigentlich egal.

FAZIT: Sebastian Kurz ist der festen Überzeugung, dass das Chaos keine Grube, sondern eine Leiter ist.

Die ehemalige Generalsekretärin von Hartinger-Klein kommt im Ministerium unter

In den Ministerien hat mit der Auflösung der Regierung das große Kommen und Gehen eingesetzt. Zahlreiche Kabinettsmitglieder, insbesondere in den, bis vor kurzem von der FPÖ geführten Ministerien, verlieren ihre Jobs. Auch die Posten der von Türkis-Blau geschaffenen neuen Generalsekretäre enden mit der Amtszeit der Ressortchefs. Die Funktion hat für viele Diskussionen gesorgt, nicht zuletzt weil die Generalsekretäre mit einem Weisungsrecht gegenüber den Sektionschefs ausgestattet wurden. Kritiker sehen darin eine Möglichkeit, parteipolitisch Einfluss auf die Beamtenschaft zu nehmen. Im Gesetz heißt es: „Der Bundesminister kann mit der zusammenfassenden Behandlung aller zum Wirkungsbereich des Bundesministeriums gehörenden Geschäfte einen Generalsekretär betrauen“. Im Unterschied zu den Kabinettsmitarbeitern haben die Generalsekretäre Anspruch auf Beamten-status und werden ohne vorherige

Ausschreibung bestellt und dieser Passus hat nun erste Konsequenzen. Bei den meisten Generalsekretären handelt es sich zwar um Personen, die schon vorher beamtet waren und auf ihre alte Stelle zurückwechseln oder diese Funktion ohnehin weiter parallel ausgeübt haben. So hat die frühere Sozialministerin Beate Hartinger-Klein von der FPÖ Helena Guggenbichler von außen für die neue Position geholt. Guggenbichler war, bis zu ihrem Wechsel ins Generalsekretariat vor gut einem Jahr, in der Privatwirtschaft tätig. Im Zuge des Abgangs der Ministerin hat Guggenbichler eine Beamtenstelle in der Präsidialsektion erhalten und ist dort für Support zuständig. Guggenbichler war, vor ihrer Bestellung im Sozialressort, in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Im Unterschied zu ihrem Mann. Udo Guggenbichler ist FPÖ-Politiker und Gemeinderat. Er zählt zu den Organisatoren des umstrittenen Akademikerballs, bei dem sich jährlich Burschenschafter in der Hofburg treffen.

Führerscheinprüfungen ab 1. Juni nicht mehr auf Türkisch

Ab 1. Juni können Führerscheinprüfungen in Österreich nicht mehr in türkischer Sprache absolviert werden. Türkisch war bisher die zweithäufigste Prüfungssprache. Die Prüfungen können künftig nur noch in den Sprachen Deutsch, Englisch, Kroatisch und Slowenisch abgelegt werden. So gibt es für die Computer-Prüfung auch 1.908 neue Theoriefragen für die Klassen C, D, E und F. Im Staatsvertrag von 1955 wurde den slowenischen und kroatischen Minderheiten das Recht auf Verwendung ihrer Sprache zusätzlich zu Deutsch als Amtssprache eingeräumt. Die neuen Theorie-Fragen weisen laut dem Fachverband der Fahrschulen und des Allgemeinen Verkehrs in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) moderne Inhalte wie beispielsweise Assistenzsysteme, Toter Winkel und Ladungssicherung auf. Auch Fragen zu Vorgaben der EU-Führerschein-Richtlinie wie beispielsweise zu Ruhe- und Lenkzeiten, Transportvorschriften, Dokumente, Kraftstoffsysteme und elektrische Anlage, werden den Prüflingen künftig gestellt.

Das FPÖ-nahe Magazin „Zur Zeit“ beschimpft die Klimaaktivistin Thunberg als „psychisch kranke Göre“

An den Freitagen demonstrieren tausende Menschen für mehr Klimaschutz. Ursprünglich war das Event als Schulstreik geplant gewesen, jedoch nehmen Menschen aller Altersgruppen daran teil. Ebenfalls mitmarschiert ist die 16-jährige schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg und das ist ein Umstand, der der FPÖ-nahen Wochenzeitung „Zur Zeit“ offenbar nicht besonders gefällt. Sie postete, wie der Rechercheplattform „FPÖ Fails“ auffiel, auf Facebook einen Beitrag mit dem Titel „Klima-Deppen demonstrieren in Wien“. Schüler

würden die Schule schwänzen, um gegen den „ominösen Klima-Wandel“, wie die Zeitung ihn beschreibt, zu demonstrieren. Thunberg wird als „psychisch kranke“ und „schwedische Göre mit sauertöpfischen Gesicht“ bezeichnet. Der Beitrag sorgte rasch für Empörung und wurde kurze Zeit später, ohne weitere Kommentare, wieder entfernt. Der Social-Media-Manager der Zeitung irrt sich insofern, dass die Schüler schwänzen, da dieser Tag ein, von der Bildungsdirektion vorgegebener, schulautonomer Tag ist. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes bezeichnete die Blattlinie als „FPÖ-konform“, jedoch gebe es immer wieder „Ausreißer“, die „ins Faschistische gehen“. Oft rücke die Zeitung in den Grenzbereich des Rechtsextremismus. Dabei bekommt sie jährlich tausende Euro an Presseförderung. 2018 etwa erhielt sie rund 45.000 Euro.

Halbe und andere Wahrheiten von Ex-Kanzler Kurz

Es ist nur eine Kleinigkeit, nur ein Satz und doch zeigt er deutlich, wie bzw. was Politik Wirklichkeit erzeugt oder erzeugen möchte. Der Hauptdarsteller ist Sebastian Kurz, gerade erst per Misstrauensantrag abgesetzt, erzählt er bereits stolz und in Wahlkampfstimmung: „Am Abend, als ich aus dem Parlament rausgekommen bin, haben sich spontan 2.000 Unterstützer getroffen, die mir den Rücken stärken wollten“. Die Regierungskrise sichert ihm Dauermedienpräsenz und Sebastian Kurz nutzte sie als Meister der Erzählkunst. Aber nicht jede seiner Behauptungen hält und so gibt es in wenige Tage, viele Geschichten. Von spontan kann wohl keine Rede sein, da wäre schon Inszeniert der passendere Begriff. Busweise wurden die Funktionäre in den zwölften Wiener Gemeindebezirk, Sitz der Politischen Akademie, gekarrt. Spontanität kann einen eben sehr situationselastisch sein. Erklärungen hier, Stellungnahmen dort, in den letzten Tagen hatte Kurz sehr viel Zeit, um seine Geschichten zu erzählen. Zum Klassiker der Kurz'schen Kommunikationsstrategie der vergangenen Tage gehört zum Beispiel die folgende Feststellung: „Ich habe von den Oppositionsparteien bis heute keinen Wunsch gehört, keine Anregung, keine einzige Forderung“, sagte er. Auch das kann angezweifelt werden. Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger, die als einzige den Gesprächsverlauf zumindest konstruktiv nannte, protestierte umgehend und legte eine Liste vor, die beim Treffen von Kurz mit der Opposition Thema gewesen sei (unter anderem die Parteienfinanzierung). Auf Anfrage antworteten die Pinken: „Nein, es gab keine Richtigstellung“. Das so hochgehaltene Gespräch mit der Opposition dürfte eher einer Informationsveranstaltung gleichgekommen sein. Kurz habe von einem ausformulierten DIN-A4-Blatt einfach vorgetragen, erinnert sich einer der Teilnehmer und nannte das Treffen eine Farce. Von der SPÖ heißt es, man

habe von Anfang an eine ganz klare Forderung formuliert. Man wollte eine Expertenregierung und keine „ÖVP-Alleinregierung“. Kurz betont immer, wie sehr er zum Regierungsprogramm mit der FPÖ stehe und aus sozialdemokratischer Perspektive macht es wenig Sinn, Dinge mit einer „ÖVP-Alleinregierung“ zu verhandeln, die keine Mehrheit im Parlament besitze. Wenn Kurz auf die Geschehnisse rund um die Nominierung der Ersatzminister zurückblickt, klingt das so: „Sie (Anm.: die SPÖ-Chefin) wollte gar keine Namen wissen. Rendi-Wagner erklärte, die Sache zunächst intern zu besprechen und sich dann wieder zu melden. Allerdings, hat sie sich nicht mehr gemeldet“. In der SPÖ erinnert man sich an die Informationspolitik des damaligen Kanzlers anders, nämlich, dass es insgesamt drei Kontaktaufnahmen gegeben hat. Auch bei der Vergangenheitsbewältigung scheint es zwei verschiedene Wahrheiten von Rot und Türkis zu geben. Nach der Nationalratswahl 2017 wird ÖVP-Chef Kurz nicht müde zu betonen, dass er damals gar keine andere Wahl gehabt hätte, als mit den Blauen zu koalieren und ausserdem hätten zeitgleich Rot und Blau an einem gemeinsamen Pakt geschmiedet. Im Umfeld des früheren SPÖ-Vorsitzenden Christian Kern erinnert man sich an die Tage nach der Wahl anders. Kern habe Kurz, noch während der vorübergehenden Weiterbestellung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, beiseite genommen und ihm versichert, die Roten seien, nach wie vor, gesprächsbereit. Sogar personell habe man sich aufgrund der persönlichen Differenzen zwischen Kurz und dem damaligen SPÖ-Chef bereit gezeigt, eine Alternative zu Kern ins Vizekanzleramt zu schicken. Das scheint jedoch beim Gegenüber keinen Gefallen gefunden zu haben. Die von Kurz immer wieder herauf beschworene „Achse des Bösen“ (Rot-Blau) wird von der SPÖ relativiert. Zwischen Frühjahr und Sommer 2017 habe es Gespräche mit der ÖVP, genauso wie mit der FPÖ gegeben. Mit der damaligen FPÖ-Spitze, Parteichef Heinz-Christian Strache und Generalsekretär Herbert Kickl, habe man versucht, inhaltliche Übereinstimmungen zu definieren. Bei einem neuerlichen Treffen, kurz nach der Nationalratswahl, sei aber schnell klar gewesen, dass weitere Beratungen nicht mehr nötig sind, da die inhaltlichen Differenzen zu gross gewesen seien. Somit liegt es auf der Hand, dass sich Kurz bewusst dazu entschieden hat, die SPÖ für die Türkis-Blaue Koalition verantwortlich zu machen. „Wir werden andere nicht anpatzen“ ist ein Satz, mit dem der Ex-Kanzler eine besondere Verbindung zu haben scheint. Es begleitet ihn seit Wahlkampfzeiten und kommt immer dann zum Einsatz, wenn er sich von den Schmutzdeleien der politischen Konkurrenz abheben will. Auch dieser Tage hatte seine fast beschwörende Formel, er werde niemanden anpatzen, wieder Hochkonjunktur. Vorzugsweise verwendet er diesen Satz in Kombination mit dem Verweis auf die „Silberstein-Methoden“, die er im Zusammenhang mit dem Ibiza-Video ausgemacht haben will. Damit will er uns

sagen: „Liebe Wähler, erinnert euch, was Tal Silberstein (umstrittener Politberater, der im Wahlkampf für die SPÖ aktiv war), an Schmutzkübeln aufgestellt hat. Längst im Wahlkampfmodus, hat Kurz auch den neuen Erzählstrang „jetzt kommt Rot-Blau“ gefunden, den er immer wieder gern von sich gibt.

Die Übergangsregierung von Juni bis Dezember 2019

Die neue Regierung der designierten Kanzlerin Brigitte Bierlein ist komplett und erstmals sind gleichviele Frauen wie Männer in der Regierung. Von den 12 Regierungsgliedern sind sechs männlich und sechs weiblich.

Ministerium	Übergangsminister	bisher
Bundeskanzlerin	Brigitte Bierlein	Zwei Jahre vor der Pension wurde Brigitte Bierlein im Vorjahr erste Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs und jetzt wird sie Österreichs erste Regierungschefin. Die 69-Jährige wird dem bürgerlichen Lager zugerechnet.
Vizekanzler und Justizminister	Clemens Jabloner	Er gilt als Paradejurist und war unter anderem Beamter im Kanzleramt, als Sektionsleiter, sowie im Verfassungsdienst.
Innenministerium	Wolfgang Peschorn	Präsident der Finanzprokuratur
Sozialministerium	Brigitte Zarfl	Sektionschefin im Sozialressort
Finanzministerium und BMÖDS (Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport)	Eduard Müller	Sektionschef im Finanzministerium
Verkehrsministerium	Andreas Reichhardt	Generalsekretär im Verkehrsministerium

Verteidigungsministerium	Thomas Starlinger	Generalmajor, Adjutant des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen
Landwirtschaftsministerium	Maria Patek	Sektionschefin im Landwirtschafts - ministerium
Wirtschaftsministerium	Elisabeth Udolf-Strobl	Sektionschefin im Wirtschaftsministerium
Bildungsministerin	Iris Rauskala	Leiterin der Präsidialsektion
Frauenministerium	Ines Stilling	Leiterin der Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung im Bundeskanzleramt.
Aussenministerium	Alexander Schallenberg	Botschafter und EU-Koordinations - sektion im Bundeskanzleramt

Damit endet die Ära von Hartwig Löger als Kurzzeitkanzler. Auch Innenminister Eckart Ratz, Sozialminister Walter Pöltner, Verteidigungsminister Johann Luif und Verkehrsministerin Valerie Hackl sind damit Geschichte. Schwierig gestaltete sich offenkundig die Bestellung des Innenministers. Die ÖVP hätte gern Interims-Innenminister Eckart Ratz im Amt belassen, auch der SPÖ-nahe Wiener Polizeipräsident Gerhard Pürstl tauchte an der Gerüchtebörse auf. Zuletzt wurde Oberösterreichs Polizeichef Andreas Pilsl genannt. Dem Vernehmen nach gab es sogar Überlegung, Pilsl als ÖVP-nahen Minister und Pürstl als SPÖ-nahen Staatssekretär im Innenministerium zu installieren.

Bierlein muss als Kanzlerin die Parteisümpfe trocken legen

Die frühere OH-Vorsitzende Barbara Blaha sieht in dem „Gastspiel“ von Brigitte Bierlein als Bundeskanzlerin die Chance gekommen, endlich eine ordentliche Reform der Parteienfinanzierung durchzubringen. Sie könnte ein Verbot von Großspenden an Parteien, Transparenz bei der Auftragsvergabe und strenge Strafen bei Verstößen einführen. Bierlein hätte die historische Gelegenheit, die Korrumpierung des demokratischen Systems, die durch Ibiza sichtbar wurde, zu unterbinden. Es gilt unverzüglich Aufklärungsarbeit zu leisten und Licht ins Dunkel der geheimen Parteienfinanzierung zu bringen. Dazu ist, bei

öffentlicher Auftrags- und Inseratenvergabe, eine völlige Transparenz und ein Verbot von Großspenden an politische Parteien, samt wirksamen Strafen für Verstöße, unabdingbar. Parteien sollen nicht auf reiche Gönner angewiesen sein und daher auf deren Interessen keine Rücksicht nehmen müssen. Unter der Führung eines ÖVP-Kanzlers bediente die türkis-blaue Regierung Personen, die der ÖVP zuvor großzügige Spenden zukommen ließen. Im Wahlkampf 2017 gab die ÖVP sechs Millionen Euro mehr aus, als gesetzlich erlaubt ist. Dennoch verweigert die Partei jede Auskunft darüber, woher dieses Geld stammte. Was hat Sebastian Kurz hier zu verbergen? Dass er üppige Präsente von Großindustriellen für legitim hält, verrät uns bereits seine offizielle Spendenliste. Warum also dieses Schweigen über die deutlich überhöhte Wahlkampfsomme? Die bei aller Widerwärtigkeit doch erfrischend offene Ibiza-Konversation lässt immerhin erahnen, was Spitzenpolitiker für üblich halten (Staatsaufträge, Privatisierungen, Steuererleichterungen). So gehören zu den Gönnern der ÖVP auffallend viele heimische Hoteliers. Ob es reiner Zufall war, dass die Regierung Kurz flugs das Fortbestehen miserabler Löhne in der Gastronomie sicherte, indem sie diese großzügig in der Liste der Mangelberufe berücksichtigte oder dass sie die gesetzlichen Mindestruhezeiten für die Beschäftigten im Fremdenverkehr drastisch kürzte? Dass sie die Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen von 13 auf 10 Prozent senkte, allein das ist ein jährliches Geschenk von ca. 120 Millionen Euro? Ein Drittel der ÖVP-Parteispenden kam aus der Immobilienbranche. Ob es abermals ein reiner Zufall war, dass die Regierung Kurz anschließend einen Steuertrick zur Umgehung der Grunderwerbssteuer legalisierte und damit Budgetmillionen verschenkte? Branchenübergreifend gefreut haben dürfte sich die Riege der begüterten ÖVP-Fans, etwa über den Entfall von Überstundenzuschlägen durch die Einführung des Zwölfstundentags, wie auch über die geplante Steuerreform, die unter anderem vorsah, zugunsten der Unternehmen die Körperschaftssteuer weiter zu senken. Diese Geschenke an die Reichen bringen nämlich die unteren Einkommensschichten um ihre finanzielle Grundlage. Die FPÖ leugnet generell den Klimawandel und die ÖVP erkennt zwar das Faktum der Erderwärmung an, handelt aber nicht danach. Nicht nur, dass Industrie, Landwirtschaft und Frächterlobby weiter auf den Klimazielen herumtrampeln, es kommen nach, derzeitigem Stand, das Klimaschutz-Schlusslicht Österreich bis 2030 auch noch 6,6 Milliarden Euro Strafzahlungen zu. Wer die wohl bezahlen wird? Die Multis, die ÖVP oder wir Steuerzahler? Wer, wenn nicht eine Verfassungsrichterin wäre berufen, angesichts all dieser Missstände den demokratischen Kerngedanken unserer Verfassung zu schützen und den Einfluss des großen Geldes wirksam zurückzudrängen.

02. 06. 2019:

Wie Tal Silberstein zum jüdischen Sündenbock wurde

Der ehemalige Wahlkampf-Berater Tal Silberstein hatte wegen seinem Dirty Campaigning für große Empörung gesorgt. Wenig später wurde er in Israel wegen Geldwäsche und Bestechung verhaftet. FPÖ-Politiker und Sebastian Kurz äußerten mehrmals den Verdacht, Silberstein könnte hinter dem Ibiza-Video stecken. Doch der „Code Silberstein“ reicht scheinbar aus, um im Zuge von Schuldzuweisungen, aus einem FPÖ-Skandal einen SPÖ-Skandal zu basteln und dabei nimmt man die antisemitischen Untertöne gern in Kauf. Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache griff diese Erzählung auf: Hinter diesem Video kann nur Tal Silberstein oder der Mossad stecken, sagte in seiner Rücktrittsrede. Als er damit konfrontiert wurde, dass es für diesen Verdacht keine Beweise gibt, bezeichnet er das als „Täter-Opfer Umkehr“. Hinter dem Code „Silberstein“ steckt ein rhetorischer Trick, dass man die eigene Schuld an der Affäre bestreiten, um sie indirekt der SPÖ in die Schuhe schieben zu können. Dass das „Spiel mit dem jüdischen Namen“ ein gefährliches ist, weiß auch Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Unter anderem weil er schon einmal darauf aufmerksam gemacht wurde. Als er die Wahl 2017 als „Volksabstimmung darüber, ob wir die Silbersteins in Österreich wollen“ bezeichnete, erntete er heftige Kritik aus der jüdischen Gemeinde. Kurz hatte daraufhin behauptet, er habe es nicht so gemeint. Doch ist das Gedächtnis des Kanzlers wirklich so kurz wie sein Name? Dass Tal Silberstein nicht nur Jude ist, sondern auch Israeli, macht ihn noch geeigneter als jüdischen Sündenbock. Denn der jüdische Einfluss aus dem Ausland ist ein etablierter antisemitischer Code, der gleichzeitig patriotische Gefühle anspricht. Dem bediente sich auch Ex-Vizekanzler Strache, wenn er in einem vielfach umgeschriebenen Facebook-Post schreibt: „Wir werden die Hintermänner des kriminellen und Dirty Campaignings Videos, aus dem Ausland gegen meine Person, ausfindig machen und meine Unschuld beweisen“. Den Zusatz „aus dem Ausland“ löschte er später allerdings wieder. Mit diesen Worten will Strache der Bevölkerung einreden, dass er das wahre Opfer ist und dass nur die Juden aus dem Ausland an seiner Misere schuld sind. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten war nicht nur rassistisch sondern auch antikommunistisch. Das äußerte sich im Begriff des „Judeo-Bolschewismus“, mit dem sowohl Juden, als auch Kommunisten in einen Topf geworfen wurden. Juden wurden nicht nur aufgrund ihrer Herkunft verfolgt, sondern auch weil ihnen die Nähe zum Kommunismus unterstellt wurde. Damit konnte das NS-Regime antisemitische Verschwörungstheorien auch dazu verwenden um gegen linke politische Gegner vorzugehen. Wenn Kurz nun Silberstein als Drahtzieher des Ibiza-Videos verdächtigt, schiebt er damit indirekt die

Schuld der SPÖ in die Schuhe. So verknüpft er gleich zwei Feindbilder miteinander, die Juden und die Linken. Es ist sowohl für die FPÖ als auch für die ÖVP äußerst praktisch, mit ihren Mutmaßungen über Silberstein den SozialdemokratInnen eins auszuwischen. Erst jetzt nach dem Zerfall der ÖVP-FPÖ-Koalition, gibt sich Bundeskanzler Kurz empört über die Dutzenden rechtsradikalen „Einzelfälle“ der FPÖ und betont, wieviel „Kraft“ sie ihm gekostet hätten. Doch wie ernst kann man diese Empörung nehmen. Solange es ihm politisch nützt, scheut der Kanzler vor nichts zurück und damit auch nicht vor antisemitischen Verschwörungstheorien und das ist pure Heuchelei.

03. Juni 2019: „Geheimprojekt“ lief an BVT-Chef vorbei

Bereits zum dritten Mal hat Peter Gridling vor dem BVT-U-Ausschuss Rede und Antwort stehen müssen. Seine Rolle als „Stammgast“ ist im Grunde kaum verwunderlich, denn schließlich ist er der Chef des Verfassungsschutzes. Dieses Mal drehte sich alles um die zunehmende internationale Isolation, mangelnde Kommunikation mit Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP), den „Ibiza-Skandal“ und „geheime Projekte“, von denen er als Chef nichts wusste. So gab Gridling an, dassn Ex-Generalsekretär Goldgruber zwei Projekte im BVT gestartet hat, die als geheim eingestuft waren. Es ging dabei um eine Ausbildung für Informationsbeschaffer und eine Neugestaltung der Staatsschutzanalyse. NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper fragte nach, wie er von dieser Geheimgruppe erfahren hat, wenn sie doch geheim gewesen sei. Man habe ja Personal für diese Projekte bereitstellen müssen und so hat er davon erfahren. Er habe dann Goldgruber darauf hingewiesen, dass es unsinnig sei, das Personal für Informationsbeschaffung fürs BVT ausgebildet werden und der Leiter des BVT nicht einmal wisse, wofür diese genau trainiert werden, aber Goldgruber hat darauf nicht reagiert. Gridling hat dann versucht, von Major F. (er sitzt in der Reformgruppe des BVT) Informationen zu bekommen, dieser sagt jedoch, dass er nichts Relevantes sagen dürfte, da alles geheim ist. Gridling hat auch mit der Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Michaela Kardeis, darüber gesprochen und auch sie hat sich die Geheimprojekte nicht erklären können. Für dieses Geheimprojekt musste der BVT, inkl. Major F., fünf Bedienstete und zusätzlich wurden weitere Mitarbeiter des BTV fürs Training abgestellt. Ob der Minister über das Geheimprojekt informiert gewesen sei, konnte Gridling nicht sagen. JETZT-Mandatarin Alma Zadic fragte, ob Major F. dazu befähigt war, an dieser „Geheimgruppe“ teilzunehmen. Was F. qualifizierte, weiß Gridling nicht, aber er geht davon aus, dass er ein Vertrauter von Goldgruber ist. Weder Gridling noch sein Vize Dominik Fasching wurden in die Zuteilung des Major F. ins BVT involviert. Auf die Frage, ob Ex-Kanzler

Sebastian Kurz (ÖVP) oder einer seiner Mitarbeiter zur BVT-Causa Kontakt mit ihm, aufgenommen hätten, antwortete Gridling: „Nein, mir ist keine Kontaktaufnahme bekannt. Der Kanzler und der Vizekanzler sollten laut Regierungsprogramm regelmäßig informiert werden. Dazu hat es einen Termin im Frühjahr 2018 gegeben, da war aber Gridling bereits suspendiert. Ein Ersatztermin wurde mit 18. März fixiert. Die Einladung dazu habe er bereits im Februar, vor der Razzia im BVT, erhalten. Seiner Erinnerung nach sei die Initiative für den Termin direkt vom Kanzler gekommen, so Gridling. Behauptungen, dass der Austausch mit ausländischen Geheimdiensten verknüpft worden wäre, wies er zurück. Allerdings gab er an, dass es in seiner zehnjährigen Amtszeit zu keiner Zeit eine derart schwierige Situation mit Partnerdiensten gegeben habe. Zadic (Liste JETZT) fragte, was in Gesprächen zwischen dem Ex-BVT-Spionagechef P. und dem ÖVP-Politiker Alexander Melchior besprochen wurde. Gridling sagte, er habe dazu „überhaupt keine Wahrnehmung“, was P. mit Kurz und dessen Mitarbeiter „auszutauschen“ hatte. Es sei bekannt gewesen, dass P. insbesondere in die ÖVP sehr gut vernetzt gewesen sei, so Gridling. Diese habe er wohl auch während seiner Tätigkeit im BVT weiter gepflegt.

04. 06. 2019: Strache zeigt, wegen der Veröffentlichung des Ibiza-Videos, den „Spiegel“ und die „Süddeutsche Zeitung“ an

Der deutsche Rechtsanwalt von Heinz-Christian Strache, hat nun bei der Staatsanwaltschaft Hamburg bzw. München (die Firmensitze von Spiegel und Süd-deutsche Zeitung) Strafanzeige gegen alle Personen gestellt, die für die Herstellung, Verbreitung und Veröffentlichung des sogenannten Ibiza-Videos mitwirkend verantwortlich sind. Diese beiden Medien haben am 17. Mai, Teile des Ibiza-Videos, veröffentlicht. Es haben auch weitere Privatpersonen in dieser Causa Strafanzeigen gegen die beiden deutschen Medien eingereicht. Weil sich die Anzeigen gegen konkret namentlich bezeichnete Personen richten, wurde bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die rechtliche Prüfung in der Sache dauert noch an, sagte die Oberstaatsanwältin Anne Leiding von der Staatsanwaltschaft München I. Straches österreichischer Anwalt Johann Pauer bestätigte, dass Strafanträge wegen der Verwirklichung aller in Betracht kommenden Straftatbestände, insbesondere der Paragraphen 201 (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes), 201a (Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen), sowie 185ff (Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) gegen unbekannt, eingereicht wurden. Straches Anwalt hat bereits vor einigen Tagen Anzeige gegen drei Personen bei der Staatsanwaltschaft Wien erstattet. Namentlich wurden der Wiener Anwalt M., der Wiener Detektiv

Julian H., sowie die vermeintliche Oligarchennichte aus Russland (lt. Strache mit lettischem Pass), als unbekannte Täterin angezeigt, denn er bezeichnete sie als „mögliche Mittäterin“ bei der Erstellung des Materials. Für Pauer ergibt sich der Verdacht auf Missbrauch von Ton- und Abhörgeräten, Urkundenfälschung, Täuschung, sowie Datenverarbeitung in Gewinn- und Schädigungsabsicht. Zur Unterstützung der Staatsanwaltschaft wurde im Bundeskriminalamt eine Sonderkommission eingerichtet, auch Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) werden beigezogen.

Der Misstrauensantrag als große Chance

Zum ersten Mal gibt es in einem Wahlkampf weder Kanzler- noch Regierungsbonus und dadurch ist dieses „Spielfeld“ ausgeglichen. Durch den Misstrauensantrag der SPÖ, auch wenn der Weg dorthin mehr als holprig war, wurde eine nie noch dagewesene Ausgangslage geschaffen. Der aus dem Amt gewählte Sebastian Kurz erfreut sich aber noch immer, bei vielen Wählerinnen und Wählern, aber vor allem bei seinen Wahlkampfhelferinnen und -helfer, ungebrochener Beliebtheit, die von dem, aus ihrer Sicht, hinterhältigen Attentat auf Kurz motiviert in einen „Jetzt erst recht“-Wahlkampf starten. Egal, ob Kurz tatsächlich ein Meisterstrategie ist, der seine Abwahl minutiös geplant hat, oder ob er jetzt genauso planlos ist, wie alle anderen Parteien. Seinem Team und ihm geht durch die Übersiedlung in die ÖVP-Zentrale die Macht, Themen zu setzen, verloren. Kurz hat 2017 vor allem damit gepunktet, als Außenminister den medialen Diskurs vor der Wahl mit jenen Themen zu prägen, in denen ihm am meisten Lösungskompetenz zugetraut wurde und zwar, dem Umgang mit Migration und Flucht (Balkanroute, Albanienroute ...), aber auch der Frage von Zusammenarbeit innerhalb der Koalition (genug gestritten). Dieser Vorsprung beim sogenannten Priming-Effekt steht Kurz jetzt nicht mehr zur Verfügung oder zumindest nicht mehr, als er anderen Parteien zur Verfügung steht. Dieses Vakuum (weder Kanzler, noch Regierungsbonus) müssen jetzt die SPÖ und die Grünen für sich nutzen. Beiden fehlt dennoch vieles von dem, was Kurz hat (ein eingespieltes Team, reiche Einzelspender, die Unterstützung des Boulevards, die Beliebtheit des eigenen Kandidaten, der außerdem die eigenen Leute hervorragend motivieren kann). Es ist die Chance für mutige Parteien, die sich thematisch und strategisch trauen, aufzufallen. Die nicht um den zweiten beziehungsweise letzten Platz spielen, sondern den Anspruch haben, eine Mehrheit, jenseits von Türkis-Blau, zu schaffen. Wenn die SPÖ in diesem Führungsvakuum nicht das Heft des Handelns in die Hand nimmt, hätte man den Misstrauensantrag gleich bleiben lassen können. Jetzt

geht es darum, eine Handvoll progressiver Ideen und Visionen zur Disposition zu stellen, die die Lebensbedingungen der Menschen in Österreich verbessern.

Wunschtermin für die Neuwahl wackelt

Der Auftrag des Bundespräsidenten, die Neuwahlen so rasch wie irgendwie möglich abzuhalten, war klar und deutlich. Noch sind sich die Parteien völlig uneins, denn der Termin spielt auch in den taktischen Wahlkampfüberlegungen der Parteien eine zentrale Rolle. Die ÖVP will rasch Neuwahlen, um Parteiboss Sebastian Kurz aus dem Umfragehöhenflug umgehend in den Intensivwahlkampf zu bringen und die SPÖ, die FPÖ und die Liste JETZT wollen Kurz lieber etwas länger in der Warteschleife sehen. Der 1. September wird wohl ausscheiden, denn das wäre der letzte Ferientag in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Der 8. September fällt ebenso flach, da in den westlichen Bundesländern die Sommerferien zu Ende gehen. Der erste wirklich plausible Termin wäre der 15. September und der ist eigentlich der Wunschtermin der Türkisen. Aber hier regt sich nun ausgerechnet in den eigenen Reihen Widerstand, denn der niederösterreichische Bauernbund (eine nicht unwesentliche Stimme in der ÖVP) ist an diesem Tag auf Bauernbundwallfahrt in Mariazell. Und auch die Steirer haben, einen für sie gewichtigen Einwand (3-tägiges Trachtenfest in Graz) gegen diesen Wahltermin. Der nächstmögliche Termin wäre der 22. September, aber zu diesem Zeitpunkt findet in Vorarlberg die Landtagswahl statt. Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) hat deshalb bereits seinen Einwand deponiert. Momentan läuft also vieles auf den 29. September hinaus. **(Anm.: Komisch ist nur, dass genau dieser Termin (29. 09.) bereits im Feber, aus ÖVP-Kreisen, durchsickerte und bereits im Mai ein bedrucktest Feuerzeug – 29. 09., ÖVP, Kurz, – aufgetaucht ist.)**

05. 06. 2019: Kern klagt Strache

Wegen des Ibiza-Videos droht Ex-FPÖ-Chef und Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache nun weiteres Ungemach. Der ehemalige SPÖ-Kanzler Christian Kern klagt nun Strache wegen dessen Aussagen auf Verleumdung. Der ehemalige FPÖ-Chef hatte in dem heimlich aufgenommenen Video behauptet, einen Informanten zu kennen, der sexuelle Handlungen Kerns mit Minderjährigen in Afrika belegen könne. Kern lässt sich diese Anschuldigung nicht bieten und brachte Klage ein.

Verdeckte Parteienfinanzierung

Es geht um den Verdacht der verdeckten Parteienfinanzierung. Die Aufhebung der Immunität gilt als fix, will doch Tschanks eigene Partei zustimmen, wie es im FPÖ-Klub hieß. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) will wegen der, seit dem „Ibiza-Video“ im Raum stehenden, verdeckten Parteienfinanzierung im Umfeld der FPÖ ermitteln und hat den Nationalrat um die Aufhebung der Immunität Tschanks gebeten. Es geht um den Verdacht der Untreue. Tschank war in mehreren Vereinen aktiv, die Spenden in Höhe von mehreren 100.000 Euro kassiert haben soll. Dass das Geld an die Partei geflossen sein könnte, weisen die Vereine zurück und haben entsprechende Gutachten von Wirtschaftsprüfern vorgelegt. Woher das Geld gekommen ist, ist aber nach wie vor unbekannt. Es gibt zwar noch keinen Termin für den nächsten Immunitätsausschuss, aber es sind dort bereits zwei Anträge zur Auslieferung von Tschanks eingelangt. Im FPÖ-Klub betont man, dass man für umfangreiche und rasche Aufklärung eintrete und dem Auslieferungsbegehren daher zustimmen werde. Kein Thema im Ausschuss ist die Auslieferung des früheren FP-Abgeordneten Johann Gudenus. Feichtinger sagte diesbezüglich, er wisse nicht, ob es einen Auslieferungsantrag der WKStA gegeben habe. Dem Ausschuss zugewiesen wurde er jedenfalls nicht, denn mit dem Mandatsverzicht von Gudenus ist auch dessen Immunität erloschen.

2008 waren die Wahlzuckerl billiger und sinnvoller, als die jetzigen ÖVP-Steuer geschenk für Konzerne

Die Verbesserungen für Pensionisten, Pflegebedürftige, chronisch Kranke, Arbeiter und Familien seien „viel zu teuer“ gewesen. Tatsächlich haben sie in Summe weniger gekostet als die, von der ÖVP geplante, Steuersenkung für Konzerne, die sich die Wahlkampfspender gewünscht haben. So großzügig die ÖVP bei Erben, Vermögensbesitzern und Konzernen ist, so sparsam ist sie bei allen anderen. „Wahlzuckerln“ nennt das konservative und neoliberale Österreich die Beschlüsse, die 2008 vor der Wahl im Parlament getroffen wurden. Die ÖVP will ähnliche Reformen jetzt sogar per Verfassungsbeschluss verhindern. Denn damals sei „unsinnig“ Geld aus dem Fenster geworfen worden. Hier die wichtigsten Beschlüsse aus dem Sommer 2008:

Erhöhung des Pflege-Geldes (Kosten 120 Millionen Euro): Je nach Bezugshöhe wurde das Pflegegeld um 4 bis 6 Prozent erhöht. Dazu gab es noch Verbesserungen für Demenzkranke, sowie für Kinder und Jugendliche mit schweren Behinderungen.

Heizkostenzuschuss für Pensionisten (Kosten 52 Millionen Euro): In Österreich leiden 300.000 Haushalte an Energiearmut. Sie können ihre Wohnung nicht so heizen, dass es warm genug ist. 2008 wollte man speziell betroffenen Pensionisten helfen. Jene, die so wenig Pension bekommen, dass sie auf die Ausgleichszulage angewiesen sind, erhalten zwischen Oktober und April einen Heizkostenzuschuss.

Halbierung der MwSt. auf Medikamente (Kosten 300 Millionen Euro): Bis 2008 musste man beim Kauf von Medikamenten 20 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen. Vor allem für chronisch Kranke, die regelmäßig Arzneimittel benötigen, ist das eine große finanzielle Belastung. 2008 hat das Parlament diese Steuer auf 10 Prozent halbiert.

Pensionserhöhung (Kosten 271 Millionen Euro): Pensionen stiegen um 3,4 Prozent. Pensionisten mit hohen Bezügen bekamen nur einen Fixbetrag, um den sich ihre Pension erhöhte. Darüber hinaus gab es sozial gestaffelte Einmalzahlungen zwischen 50 und 150 Euro. Die Pensionserhöhung federt die gestiegenen Lebenshaltungskosten ab.

Verlängerung der „Hacklerregelung“ (Kosten 270 Millionen Euro): Diese „Hacklerregelung“ ist eine Sonderregelung für Männer und Frauen, die 45 bzw. 40 Jahre lang schwer gearbeitet haben und die können bereits mit 60 bzw. 55 Jahren in Pension gehen. Die „Hacklerregelung“ hätte 2010 auslaufen sollen, wurde aber per Beschluss bis zum Jahr 2013 verlängert.

Einführung einer 13. Familienbeihilfe (Kosten 250 Millionen Euro): Die Familienbeihilfe ist eine monatliche Geldleistung für Familien mit Kindern. Sie dient dazu, die Ausgaben für Kinder zu decken. 2008 wurde beschlossen, dass diese Leistung nicht 12, sondern 13 Mal im Jahr ausbezahlt wird, um Familien stärker zu entlasten. Im Unterschied zum Familienbonus der Bundesregierung, der 1,5 Milliarde Euro kostet, kam die 13. Familienbeihilfe allen Kindern zugute und nicht wohlhabenden Kindern mehr als armen.

Abschaffung der Studiengebühren (Kosten 150 Millionen Euro): Als die ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 Studiengebühren einführte, brachen 45.000 StudentInnen ihr Studium ab und das waren 21 Prozent aller Studierenden. Sie konnten sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr leisten. Auch die Zahl der DoktorandInnen ging zurück und der Frauenanteil in dieser Gruppe sank stark. 2008 beschlossen SPÖ, Grüne und FPÖ eine Abschaffung der Studiengebühren für österreichische Studierende und ihre KollegInnen aus dem EU-Ausland in der Mindeststudienzeit. **(Anm.: Die jetzt, dank der Türkis-Blauen-Regierungstruppe wieder eingeführt wurde.)**

Erhöhung der Unfallrenten (Kosten 2 Millionen Euro): Neben den Pensionen wurden auch die Unfallrenten erhöht. Also die Leistung, die Beschäftigten nach einem Unfall zusteht, wenn sie nicht mehr arbeiten können.

Erhöhung der Renten für Kriegs- und Verbrechensoffer (Kosten 1 Million Euro): Wer im Zweiten Weltkrieg kämpfen musste und dabei verletzt wurde, wer allgemein Opfer von Gewalthandlungen geworden ist und Heeresangehörige, die im Zuge von Ausbildung oder Berufsausübung einen Unfall erlitten haben, haben in Österreich Anspruch auf eine eigene Rente. 2008 wurden all diese Renten erhöht.

Die sinnlosesten Staatsausgaben von Türkis/Blau

Wir lesen viel über die Kürzungen (Einschnitte bei der Mindestsicherung, weniger Geld für das AMS, 700.000 Euro weniger für Frauen-Einrichtungen, Sparzwang für AUVA und Sozialversicherungen) die die Regierung vorgenommen hat. Doch wie sieht es mit den Regierungsausgaben aus, die sich ÖVP und FPÖ im Gegenzug leisteten, denn da griffen sie tief in die Tasche des Steuerzahlers.

Die EU-Ratspräsidentschaft kostete doppelt so viel, als geplant: Der EU-Ratsvorsitz kostete 97 Millionen Euro und veranschlagt hatte die Regierung nur 42,2 Millionen Euro. Die meisten Kosten fielen im Bundeskanzleramt an. Alleine dort wurden 41,3 Millionen Euro ausgegeben, das ist in etwa der Betrag, den Kurz für den gesamten Vorsitz budgetiert hatte. Dabei fällt auf, dass alleine die Eröffnungsfeier in Schladming 2,7 Millionen Euro kostete.

Kickl's Sektion im Innenministerium kostete dem Steuerzahler monatlich 36.400 Euro: Herbert Kickl will eine Sektion „Fremdenwesen“ im Innenministerium einrichten. Noch Anfang Oktober 2018 behauptete er, die Posten mit vorhandenen Mitarbeitern aus anderen Bereichen des Innenministeriums besetzen zu können und kein neues Personal, mit Ausnahme des Leiters, benötigt wird. Das Versprechen hat aber nicht lange gehalten. Im November hat das Ministerium vier Posten ausgeschrieben. Einen Sektionschef (9.960 Euro Monatsgehalt) und drei Stellen für Gruppenleiter (mit je 8.811,20 Euro Monatsgehalt).

Ein Regierungssprecher für 42.000 Euro monatlich: Der Kanzler, der Vizekanzler und alle Ministerien haben einen oder mehrere Pressesprecher. Dazu dürfen sich Journalisten mit ihren Fragen jetzt auch an einen Ober-Pressesprecher wenden, an Herrn Launsky-Tieffenthal. Der sogenannte „Regierungssprecher“ kostet samt Mitarbeitern monatlich 42.000 Euro.

Inserate in FPÖ-Nahen Medien um „schlappe“ 47.000 Euro: Innenminister Herbt Kickl, Sportminister Heinz-Christian Strache und Verkehrsminister Norbert Hofer (alle FPÖ) haben mit ihren Ministerien Inserate in den rechten Magazinen „Wochenblick“ und „alles roger?“ geschaltet. Mehrere RedakteurInnen sind bzw. waren Funktionäre in der FPÖ und ihren Vorfeldorganisationen. Der Presserat hat festgestellt, dass Artikel des Magazins gegen den

Ehrenkodex für die österreichische Presse verstoßen haben. Das hat Kickl und Hofer nicht daran gehindert, dort Inserate zu schalten.

Ein Ministerien-Logo um „satte“ 70.000 Euro: Die Logos aller Ministerien einheitlich zu gestalten, war eine teure Angelegenheit. Die Regierung hat ursprünglich versichert, sie würde auf „hauseigenen Ressourcen des Bundeskanzleramtes“ zurückgreifen, also kein zusätzliches Geld ausgeben. Dabei ist es dann doch nicht geblieben. Für Werknutzungsrechte und sonstige „Werkdienstleistungen“ hat die Regierung am Ende 70.000 Euro ausgegeben.

Ein unsinniges Medienspektakel in Spielfeld um „lockere“ 536.000 Euro: 500 PolizistInnen und 220 SoldatInnen spielten im Juni 2018 für JournalistInnen den „Grenzschutz“ nach. Es soll offenbar Angst vor einer erneuten Fluchtbewegung geschürt werden. Die Asylanträge in Österreich halbieren sich seit 2015 jährlich, doch wichtiger als Fakten sind Bilder und JournalistInnen bekommen genau diese.

Für das private Familienfest der Aussenministerin stahl man dem Steuerzahler weitere 223.000 Euro: Weil prominente Gäste zur Hochzeit der Außenministerin gekommen sind, mussten zahlreiche Sicherheitsbeamte (auch die Cobra) in der Südsteiermark für Sicherheit sorgen. Auch eine Motorrad-Flotte und ein Hubschrauber waren im Einsatz.

Die Generalsekretäre (die niemand braucht) kosteten 246.000 Euro: Generalsekretäre und -sekretärinnen stehen über den SektionsleiterInnen in den Kabinetten und die Regierungsparteien haben 12 davon installiert. Diese Stellen hat die Regierung nicht öffentlich ausgeschrieben. Eine parlamentarische Anfrage der Neos hat ergeben, dass sich die Kosten für diese Generalsekretäre, samt deren MitarbeiterInnen, auf monatlich stolze 246.000 Euro belaufen.

311.000 Euro für einen populistischen und umweltbelastenden Tempo 140-Test: Seit 1. August 2018 dürfen Österreichs Autofahrer auf zwei Teststrecken in Nieder- und Oberösterreich 140 km/h fahren. Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) verspricht Zeitersparnis. Von der Schadstoffbelastung, den höheren Ausgaben und Unfallrisiko hört man wenig.

Die „Bewerbung“ des Ausnahmezustandes um eine „Kleinigkeit“ von 365.000 Euro: Ohne Anlass hat das Innenministerium mit Steuergeld Anti-Terror-Inserate geschaltet, in denen das Ministerium rät „Bewahren sie Ruhe“. Die Inserate vermitteln aber genau das Gegenteil. Warnsymbole und Notfall-Bilder signalisieren, Achtung, Gefahr droht, Vorsicht! Man nennt es die Inszenierung des Ausnahmezustandes.

Auch in die 12-Stunden-Tag-Werbung wurden 500.000 Euro Steuergeld „gepulvert“: Im Juli 2018 haben ÖVP, FPÖ und Neos den 12-Stunden-Tag für Beschäftigte im Parlament abgenickt. Zuvor hatten 100.000 Menschen gegen das Gesetz protestiert. Das Sozial- und das Wirtschaftsministerium haben da-

raufhin die Werbetrommel eingeschaltet, um Stimmung für längere Arbeitstage zu machen. Binnen einem Monat haben sie 17 Inserate in Tageszeitungen geschaltet. Alle davon waren gut platziert, also sehr weit vorne in den Zeitungen zu finden. Das hat auch den Preis in die Höhe getrieben. Rechnet man mit den Inserate-Tarifen der Zeitungen „Krone“, „Österreich“, „Heute“, „Presse“, „der Standard“, „Kleine Zeitung“ und „Neues Volksblatt“, ergeben sich Kosten in der Höhe von 502.000 Euro.

„Kickl's (Schaukel)Pferdchen“ um 900.000, anstatt wie vorher angegeben um 45.000 Euro: Die Polizei soll sich künftig nicht nur im Streifenwagen, sondern auch auf Pferden durch die Stadt bewegen. Deshalb will Innenminister Kickl (FPÖ) 24 Pferde anschaffen. Im Jänner 2018 hat sein Ministerium vorgerechnet, das der Kauf und die Haltung der Tiere etwa 45.000 Euro pro Jahr kosten würden. Doch nur vier Monate später muss diese Zahl extrem nach oben korrigiert werden. Die Reiterstaffel wird in zwei Jahren wohl 900.000 verschlingen.

Die Übersiedelung des Umweltbundesamtes nach Klosterneuburg, die sich die ÖVP zur parteipolitischen Machterweiterung eingebildet hat, kostete 57 Millionen Euro: Das Umweltbundesamt wird von Wien nach Klosterneuburg übersiedelt. Den ÖVP-Freundschaftsdeal hat der frühere Landwirtschaftsminister Rupprechter mit der niederösterreichischen Landeshauptfrau Mikl-Leitner ausgemacht. Der Nutzen des Ganzen ist unklar. Kosten wird der Umzug samt Neubau jedenfalls 57 Millionen Euro.

Das „Sonderbudget“ für Kanzler und Vizekanzler kostet 66 Millionen Euro und fällt wohl auch unter „Sparen am System“: Die Regierung gönnt sich, für nicht näher definierte Ausgaben, ein großzügiges Sonderbudget für Kanzler und Vizekanzler. 15 Millionen Euro gibt es für Strache und 51 Millionen Euro für Kurz. Polit-Insider sprechen von „Körperl“ - oder „Spielgeld“, mit dem Inserate geschaltet, externe Berater bezahlt und Social-Media-Kanäle (abseits bzw. zusätzlich zu dem Geld, das regulär für solche Zwecke vorgesehen ist) bespielt werden.

06. 06. 2019:

Kurz - „Familienfest“ wurde von den Steuerzahlern finanziert

Nach dem Ende der türkis-blauen Regierung kommen alle möglichen Details über deren Umgang mit Steuermitteln ans Tageslicht. So brachten die NEOS mit einer Anfrage heraus, dass am ÖVP-Familienfest in Sch Schönbrunn Kanzler Sebastian Kurz und die ÖVP-Ministerinnen Elisabeth Köstinger und Juliane Bogner-Strauß die türkis-blauen Steuerreformpläne anpriesen und gleichzeitig verpulverten sie für dieses Fest am 1. Mai 2019 insgesamt 231.000 Steuer-Euros. Das Ministerium für Nachhaltigkeit rechnete dafür 47.000 Euro (bis 3. Juni) ab, beinahe 184.000 die Österreichischen Bundesgärten, gab Köstinger in einer ihrer letzten Anfragebeantwortungen bekannt. Diese Ausgaben wurden über das Bundesbudget bezahlt und verbucht. Beachtliche fast 45.000 Euro ließ man sich die „digitale Bewerbung“, vor allem über die Zeitungen „Österreich“ und „Kurier“, kosten. Das sprengt „jedes Limit“ und steht in keiner Relation mit einem solchen Ein-Tages-Fest, konstatierte der stv. NEOS-Klubchef Niki Scherak. Insgesamt sieht er in den „horrenden Ausgaben für das Familienfest ein Paradebeispiel für den verschwenderischen „Big-Spender-Kurs der ÖVP“. Das von Türkis-Blau ständig getrommelte „Sparen im System“ hat offenbar nicht gegolten, wenn es um die eigenen Festivitäten geht. Da werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kräftig zur Kasse gebeten. Auch die Präsentation der EU-Ratspräsidentschaft hat sich die Regierung einiges an Steuermitteln kosten lassen. 36.000 Euro wurden in ein Fotobuch, in dem Kurz „nur“ 32 Mal abgelichtet ist, investiert.

Kurz will mit türkisen Ex-Ministern in die Wahl ziehen

Dem Prinzip „ändere nichts am Siegerteam“, hat sich Sebastian Kurz verschrieben. Der ÖVP-Chef will mit demselben Team, das ihn in der Regierung umgeben hat, wieder in die Wahl ziehen. Dem Vernehmen nach sind Elisabeth Köstinger, Gernot Blümel, Hartwig Löger, Juliane Bogner-Strauß, Margarete Schramböck und Josef Moser mit an Bord. Ob auch Heinz Faßmann dabei ist, hängt von ihm ab. Möglicherweise stößt auch Karoline Edtstadler dazu, die als EU-Kommissarin gehandelt wurde, nun aber keine parlamentarische Mehrheit für die Ernennung hinter sich weiß.

07. 06. 2019: Zuwanderung in den Arbeitsmarkt stieg unter ÖVP-FPÖ-Regierung auf Rekord-Niveau

Die Regierung des ehemaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz ist vor allem mit der Forderung angetreten, dass Österreichs für Migranten die Grenzen schliesst. Doch ausgerechnet im ersten Jahr von Schwarz-Blau sind so viele Beschäftigte (2018: 54.380) wie noch nie, aus dem Ausland nach Österreich gekommen und der Grund ist, dass dank dieser Regierungstruppe in Österreich einen staatlich organisierten Billiglohn Sektor entsteht. Auch der Anteil der Nicht-Österreicher am Beschäftigungszuwachs ist von 59% (vor der Kurz Regierung) auf 72% (März 2019) gestiegen. Diesen Rekord-Zuzug hat ausgerechnet jene Rechts-Regierung vorangetrieben, die zum Thema hatte, dass Österreich die Grenzen zum Ausland dichtmachen muss. Das gilt aber nicht für billige Arbeitskräfte, die den Großspendern der Regierung zur Verfügung stehen sollen. Denn wer unter schlechten Bedingungen und mit miesem Billiglohn hier arbeitet, darf kommen. So hat die Regierung die Mangelberufe von 27 auf 45 Berufe erweitert. Das bedeutet, wenn ein Unternehmen in Österreich zu wenige „Fachkräfte“ findet, darf es im Ausland suchen. Auch Köche und Kellner gelten laut der neuen Regelung als Mangelberuf, obwohl es in diesen Berufen sehr viele Jobsuchende in Österreich gibt. Gerade im Tourismus zeigt sich der Trend am deutlichsten. Der 12 Stunden Tag und die Verkürzung der Ruhezeit auf 7 Stunden haben viele Österreicherinnen aus der Branche gedrängt. Wer Kinder betreut oder sich um Angehörige kümmert, kann nicht mehr im Tourismus arbeiten. Die Zahl der beschäftigten Ausländer ist um rund 5.100 gestiegen. Außerdem hat Schwarz-Blau die Saisonier-Regelung ausgeweitet. Hotels können mehr als doppelt so viele Saison-Arbeitskräfte aus dem Ausland beschäftigen, wie bisher und zwar nicht nur in der Hochsaison, sondern das ganze Jahr über. Dazu passt auch, dass die ÖVP und die FPÖ die Mindestlöhne für Fachkräfte mit Rot-Weiß-Rot-Karte um 20 Prozent senken wollten. Fachkräfte sollten um 1.530 Euro netto arbeiten und das ist weniger, als eine Vollzeit-Hilfskraft verdient. Warum sollte ein Unternehmen gerecht bezahlte Fachkräfte aus dem Inland anstellen, wenn es dieselbe Leistung zum Billiglohn haben könnte. Schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen für alle sind die Konsequenz. Während ÖVP und FPÖ den Arbeitsmarkt für billige Konkurrenz aus dem Ausland weit öffnen, streichen sie die Unterstützung für all jene, die in Österreich leben und Arbeit suchen. Deutschkurse und Arbeitsprogramme für Flüchtlinge, Fachkräfteschulungen und Lehrwerkstätten haben sie gekürzt. In den ersten drei Monaten 2019 haben 8.000 Arbeitslose weniger eine Fachkräfte-Ausbildung bekommen und die Ausbildungsplätze für die stark nachgefragten Pflegekräfte hat die Regierung um 18% gekürzt. Nur ein Drittel der ausländ-

ischen Arbeitskräfte in Österreich sind anerkannte Flüchtlinge. Ihre Chancen am Arbeitsmarkt hat die Regierung systematisch verschlechtert. Zwei Drittel der Zuwanderung wurde für den Arbeitsmarkt organisiert und die Regierung Kurz-Strache hat dabei kräftig mitgeholfen.

Bei Strache dreht sich alles um Migranten - Arbeitslosigkeit und Mieten sind kein Thema

Ein halbes Jahr lang die Postings von Strache auf Facebook zu lesen, lohnt sich (oder auch nicht). Über seinen Arbeitsbereich als Beamten- und Sportminister berichtet der Vizekanzler so gut wie gar nicht. Stattdessen hetzt er gegen Migranten. Über Probleme wie teure Mieten, kleine Pensionen und hohe Arbeitslosigkeit spricht Strache genauso wenig. Strache postete ca. 3,5 Beiträge pro Tag und trotz dieser hohen Frequenz kommen viele wichtige Themen auf Straches Seite kein einziges Mal vor. Die meiste Zeit schreibt er über Migration. Insgesamt bezog er sich in 269 Postings auf Geflüchtete und Migranten, das sind 40 Prozent seiner Beiträge.

Strache über Kriminalität und Migration: Mit diesen Beiträgen kann er Stimmung machen. So entfielen knapp 68 Prozent aller Teilungen auf Artikeln mit Bezug zu Migranten. Bei den Reaktionen verhält es sich ähnlich. 58 Prozent entfallen auf Beiträge über Migration, besonders häufig kommt hier die „Wütend“ Reaktion vor. Strache weiß das und verbindet alle möglichen Beiträge mit Migration. Besonders gerne macht er es bei Beiträgen über Sicherheit und die Justiz. So drehen sich 85 Prozent aller Artikel, die das Sicherheitsthema behandeln und knapp 87 Prozent der Postings zu Justiz auch um Migration. Generell ist Sicherheitspolitik Straches zweites Lieblingsthema.

In der Außenpolitik lässt sich Strache von den „Identitären“ treiben: Doch selbst die Außenpolitik (72,4 %) und das Sozialsystem (56,4 %) behandelt Strache überwiegend mit Fokus auf Ausländer und Migranten. Insgesamt schrieb Strache 100 Mal über außenpolitische oder EU Themen und dabei bezog er sich 79 Mal auf den UN Migrationspakt. Auffällig dabei ist, dass die Ablehnung des UN Migrationspaktes eine Kernforderung der „Identitären“ war und der Vizekanzler griff diese offenbar gerne auf. Das ging sogar so weit, dass die Regierung nicht die offizielle Übersetzung der UN verwendete, sondern sich womöglich an jener der „Identitären“ orientierte. In der offiziellen UN Übersetzung heißt der Pakt nämlich „Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“, die Regierung verwendete hingegen denselben Begriff wie die Rechtsextremen nämlich „Globalen Pakt für sichere, geregelte und planmäßige Migration“.

Die Probleme, wie hohe Mieten, kleine Pensionen und zu wenig Arbeitsplätze, gibt es in Straches Welt nicht: Während sich Strache also die Themen von den rechtsextremen „Identitären“ diktieren lässt, behandelt er reale Probleme kaum. So gibt es im letzten halben Jahr nur einen einzigen Beitrag, der sich hauptsächlich mit Arbeitslosigkeit befasst. Die Pensionen behandelte er nur zwei Mal und Wohnungsnot und steigende Mietpreise kein einziges Mal. Seinen eigentlichen Zuständigkeitsbereich als Beamtenminister thematisierte er hingegen nur 3 Mal. Über Hunde hat er in einem halben Jahr 13 Mal geschrieben.

Verschwörungstheorien und erfundene Drohszenarien: Die sozialen Probleme der Bevölkerung spricht Strache nicht an und lenkt viel lieber mit gezielter Stimmungsmache gegen Migranten davon ab. Passend dazu unterstützt er Verschwörungstheorien gegen George Soros. In rechtsextremen Kreisen kursieren diverse Verschwörungstheorien um Soros, die ihn in Verbindung mit Flüchtlingen auf der ganzen Welt bringen. Um der Bevölkerung Angst vor Migranten zu machen, erfindet der Vizekanzler auch schon mal Fluchtbewegungen. So schrieb der Vizekanzler am 24. Oktober 2018 über einen drohenden Ansturm auf unsere Grenze. Die Fakten belegen jedoch, dass 2018 deutlich weniger Menschen Asyl beantragt haben, als im Jahr zuvor und diese Zahl hat sich 2019 noch weiter verringert. Also keine Spur von einem drohenden Ansturm. Liest man aber ausschließlich Straches Facebook-Seite hat man einen völlig anderen Eindruck, denn das bringt dem Vizekanzler Likes und Teilungen.

08. 06. 2019: Was „das Volk“ entscheidet

Das türkise Wahlprogramm wird sich während der nächsten vier Monate in Form von „Kurz“, „Kurz“, „Kurz“, über das Land ergießen. Vielleicht ist ihm der Satz „heute hat das Parlament entschieden, aber am Ende entscheidet das Volk“, in der Stunde der erwartbaren Niederlage spontan eingefallen oder es wurde ihm von einem Mitarbeiter vorbeugend in den Mund gelegt. Die Zweite Präsidentin des Nationalrats, Doris Bures, sah darin einen Versuch des Auseinanderdividierens von Volk und Volksvertretern, ein Aufweichen des Systems unserer parlamentarischen Demokratie, ja sogar eine Infragestellung der Bundesverfassung. Man muss die Besorgnis von Bures nicht teilen, aber dass in dieser Version das Volk gegen den vom Volk gewählten Nationalrat ausgespielt wird, ist nicht zu übersehen. Es ist wenig überraschend, dass man in der ÖVP diese voraus eilende Sorge nicht teilt. Überraschend ist dann aber doch der sorgfältig geplante Einsatz dessen, was zunächst spontan, im rasch eröffneten türkisen Wahlkampf auf Facebook, wirken sollte. Nun hat „das Volk“ zwar einen gewissen Einfluss auf die Zusammensetzung einer Regierung, für sie

entschieden hat aber nicht das Volk, sondern allein Sebastian Kurz, auch wenn er das heute nicht mehr so gern hört. Das Einzige, was die Wählerinnen und Wähler bestimmen, ist die Zusammensetzung eines Nationalrats, und es war exakt dieselbe Zusammensetzung, die Kurz erst eine türkis-blaue Koalition ermöglichte und nach siebzehn Monaten ihr Ende bestimmte. Bei diesem, lt. Kurz, diktatorisch bestimmenden Parlaments, das von einem weise entscheidenden „Volk“ in die Schranken gewiesen werden müsse, handelt es sich um eine dumpfe populistische Finte, die kaschieren soll, wer für das Scheitern der Regierung Kurz/Strache verantwortlich ist, nämlich Kurz und Strache. Das Parlament soll schuld sein, und das Volk soll es wiedergutmachen. Da ist die Legende vom parlamentarischen Dolchstoß zur Anheizung des Mitleidseffekts bei all jenen, die die bisherige Regierungsarbeit nicht besonders überzeugend fanden, hochwillkommen. Es gilt ab sofort, wer ihn nicht anhimmelt, der patzt ihn an und verhält sich gewissermaßen frevelhaft wie das Parlament. Ohne Schmutz, mehr oder weniger, wird es im anlaufenden Wahlkampf wohl auch nicht abgehen. Aber er sollte nicht auf Kosten der Grundlagen unserer Demokratie geführt werden und man tut nichts Gutes, wenn aus wahltaktischen Gründen, ein überhöhter Volksbegriff gegen ein, von Wählerinnen und Wählern legitimiertes, Parlament ausgespielt wird, das von seinen Rechten Gebrauch macht.

09. 06. 2019: Ein Antrag auf Stopp der Wasserprivatisierung

Die SPÖ will das öffentliche Trinkwasser in Österreich per Gesetz vor Privatisierung schützen. Ein entsprechender Antrag soll bei der nächsten Plenarsitzung eingebracht werden, kündigte die Partei an. Damit soll gewährleistet werden, dass die Wasserver- und -entsorgung in öffentlicher Hand bleibt. Der ehemalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) hatte auf der Mittelmeerinsel Ibiza die Privatisierung von Wasser überlegt. „Ich will einen Rundumschutz für unser kostbares Wasser. Die Österreicher haben ein Recht auf höchste Wasserqualität, es ist ein Menschenrecht und keine Handelsware. Ich appelliere an die Abgeordneten aller im Parlament vertretenen Parteien. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass unser Wasser nicht in die Hände von Spekulanten und Konzernen gelangt, sondern für alle Österreichern in Top-Qualität verfügbar bleibt“, sagte Rendi-Wagner. Im Detail sollen die Staatszielbestimmungen, in denen der Schutz des Wassers schon drinsteht, konkretisiert werden. Bund, Länder und Gemeinden haben dafür Sorge zu tragen, dass öffentliches Eigentum an der Wasserversorgung erhalten bleibt, soll hier eingefügt werden. Dabei handelt es sich um eine Verfassungsänderung, weshalb eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erforderlich ist. Der stellvertretende SPÖ-Klubchef Jörg

Leichtfried hat bereits Ende Mai angekündigt, für die Verfassungsänderung mit allen Parlamentsfraktionen zu sprechen, um für eine Unterstützung durch die Mehrheit zu sorgen.

Bilanz der Türkis-Blauen Regierung

Das Platzen der Koalition hat Sebastian Kurz und Co wohl die Show vermasselt. Die groß angekündigte Steuerreform blieb vorerst im Parlament hängen. Auch die Neugestaltung der Pflegefinanzierung hatte ein trauriges Schicksal. Ursprünglich bis Ende 2018 angekündigt, blieb sie bis zum Bruch von Türkis-Blau liegen. Zum Jahrestag im Dezember 2018 wollte sich der damalige Kanzler Kurz lieber auf das konzentrieren, was mit der FPÖ und Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache bereits erreicht worden sei. Kurz war damals noch überzeugt, dass man die „Reiseflughöhe“ erreicht hat, musste aber einige Monate später feststellen, dass aus seiner „Reiseflughöhe“ eine krachende Bruchlandung wurde.

- A Arbeitsmarktservice:** Schon im Regierungsprogramm wurde dem AMS unmissverständlich klargemacht, dass sich alles verändern muss. Zunächst wurde die „Aktion 20.000“ der Vorgängerregierung zur Unterstützung älterer Arbeitssuchender eingestampft. Die 2018 für Integrationsmaßnahmen vorgesehenen 50 Millionen Euro wurden ersatzlos gestrichen. Relativ schnell umgesetzt wurde auch die sogenannte „Ausgabenbremse“. Damit sollten teure Großprojekte vor der geplanten Reform der Sozialversicherung ausgesetzt werden.
- B Bürokratieabbau:** Wer kann da schon dagegen sein? Kompetenzbereinigung und weniger Bürokratie, davon sprach Türkis/Blau während des Wahlkampfes 2017, aber unternommen wurde nichts. Es war an Josef Moser gelegen, bis vor kurzem türkiser Justizminister, mit den Ländern um die Entflechtung gesetzlicher Zuständigkeiten zu ringen. Dem bundeseinheitlichen Jugendhilfegesetz tat das nicht gut, es wurde durch eine Ländervereinbarung, neun unterschiedliche Zuständigkeiten, ersetzt. So reden bei der neuen Sozialhilfe, vormals Mindestsicherung, bis auf weiteres immer noch alle Bundesländer mit.
- C CETA:** Als Oppositionspartei hat die FPÖ noch gegen das Handelsabkommen mit Kanada Stimmung gemacht, aber als Regierungspartei war plötzlich alles anders. Ceta wurde von der FPÖ und den Neos durchgepeitscht.
- D Deutschförderklassen:** Viel Wind gab es um die Deutschförderklassen, herausgekommen ist aber nur eine „laue Prise“. Kritiker warnten vor einer Vielzahl an „Ghettoklassen“. ganz so kam es nicht. Am Ende waren nur noch Schulanfänger und Quereinsteiger in der Ziehung. Dadurch blieb auch die Zahl der zeitlich befristeten Sonderunterrichtsklassen (ca. 650) gering.

- E Europa:** Ein heikles Thema für die Regierungspartner, galt es doch zur Schau getragene Europaliebe mit einer gehörigen Portion Europafrust zu kombinieren. Knapp vor der EU-Wahl bekrittelt dann auch Kurz den angeblichen „Regulierungswahnsinn“ aus Brüssel und hat dieses Thema unter dem Schlagwort „Pommeverordnung“ marketingtechnisch unter die Wähler gebracht. Als Highlight in Sachen Europa, war die Übernahme des Ratsvorsitzes im Juli 2018 und als Erfolg wurde das EU-Afrika-Forum im Dezember in Wien „verbucht“. Mit der Aufstockung der Grenzschutzagentur Frontex ging es nicht ganz so schnell, wie von der Regierung gewünscht. Die geplanten 10.000 Mitarbeiter soll es erst bis 2027 geben. Dass der EU-Vertrag geändert gehöre, fiel dem damaligen Kanzler erst nach dem Ratsvorsitz ein.
- F Fremdenrecht, Familienbonus und Familienbeihilfe:** Wenig überraschend plante Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) jede Menge Verschärfungen für Asylwerber. Darunter befanden sich die Sicherungshaft für potenzielle Gefährder, Kürzung des Stundenlohns für gemeinnützige Arbeiten auf 1,50 Euro, Umbenennung der Erstaufnahmezentren in Ausreisezentren. Die beiden letztgenannten Änderungen hat Kurzzeit-Nachfolger Eckhart Ratz wieder einkassiert. Das Haft-auf-Verdacht-Projekt verharrte im Stadium „gefährliches Gedankenexperiment“. Durchgegangen ist hingegen die neue Bundesagentur für Asylrechtsberatung, die dem Innenministerium direkt unterstellt ist und der Rechtsexperten mangelnde Unabhängigkeit attestieren. Für die Präsentation des Familienbonus wurden ganze Gruppen von Jungfamilien ins Bundeskanzleramt bestellt. Für Eltern bringt die Maßnahme, ein entsprechendes Einkommen vorausgesetzt, einer Steuersenkung von bis zu 1500 Euro, pro Kind und Jahr. Kritiker bemängeln, dass Geringverdiener mit max. 250 Euro „abgespeist“ werden. Kinderbetreuungskosten können seither übrigens nicht mehr abgesetzt werden. Mit der Indexierung der Familienbeihilfe für Eltern, deren Kinder im EU-Ausland leben, hinterlässt die Regierung nachhaltig Spuren und daher droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.
- G Gewaltschutz und Gold-Plating:** Jene multiprofessionellen Opferchutzkonferenzen, bei denen die Fälle jener Frauen, die als besonders gefährdet gelten, gemeinsam von Polizei und Interventionsstellen analysiert werden, hieß einst „Marac“ und jetzt „Screening-Gruppe“. Ex-Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP), wollte auch im Budget einen Schwerpunkt in Sachen Opferschutz gesetzt haben und rechtfertigte damit jene rund 200.000 Euro, die man zur Förderung anderer Projekte abgezogen hat. Für Vorgaben aus Brüssel galt unter Türkis-Blau. Mehr

als notwendig soll es nicht sein. Das bedeutete das Aus für das sogenannte Gold-Plating, also das Übererfüllen von EU-Regelungen.

- H Hoteliers und Campingplatzbetreiber:** dürfen sich über eine Senkung der Umsatzsteuer (gültig seit November 2018) von 13 auf zehn Prozent freuen.
- I Islam und Integration:** Eiligst wurde im Juni 2018 zur Pressekonferenz „Maßnahmen gegen den politischen Islam“ getrommelt. Sieben Moscheen sollten geschlossen, bis zu 40 Imame aus dem Land verwiesen werden. Auch die Auflösung der Arabischen Kultusgemeinde wurde von der Regierung betrieben. Das war ein Vorhaben, das vor dem Wiener Landesverwaltungsgericht nicht gehalten hat und was blieb von den Ankündigungen? Alle Moscheen sind laut Islamischer Glaubensgemeinschaft wieder offen, 3 Imame wurden ausgewiesen und 20 sind freiwillig gegangen. Stichwort Integration: Jenen mit 80 Millionen Euro dotierten Posten im Bildungsbudget, mit dem Schulsozialarbeiter und interkulturelle Teams finanziert wurden, ließ man 2019 auslaufen. Dafür ließ man sich die neuen Deutschförderklassen rund 40 Millionen Euro kosten.
- J Justiz:** Seit Jahren wird in der Justiz über Unterfinanzierung und Personalmangel geklagt. Im Strafvollzug wurden zusätzliche Ausbildungsplätze für Wach- und Betreuungskräfte geschaffen. Abschied nehmen hieß es hingegen (als veraltet per Gesetz entsorgt) von mehr als 2000 Gesetzen und Verordnungen. Zur angekündigten Reform des Strafvollzugs ist es nicht mehr gekommen, auch die Neugestaltung des Maßnahmenvollzuges ist wieder einmal verschoben.
- K Klima und Kopftuch:** Von einer „E-Mobilitätsoffensive“ war da die Rede und die „100.000-Dächer-Photovoltaik“ wurde gepriesen. Ein konkreter Fahrplan zur Umsetzung und Finanzierung der Ziele fehlt bis heute. Viel Zeit bleibt nicht, bis Jahresende muss der Klima- und Energieplan in Brüssel vorliegen. Umgekehrt hatte man es mit dem Standortentwicklungsgesetz recht eilig. Umweltverträglichkeitsprüfungen können bei standortrelevanten Projekten schneller „durchgedrückt“ werden. Besondere Energie legte man auch in Sachen Kopftuchverbot (obwohl bis zuletzt unklar blieb, wie viele Mädchen überhaupt betroffen sind), für Volksschülerinnen an den Tag.
- L Lehrlinge:** Das Berufsausbildungsgesetz hat es nur bis zur Begutachtung gebracht. Bringen soll es u. a. eine reduzierte Arbeitszeit für Menschen mit Kindern. Jugendliche über 18 Jahre, die eine überbetriebliche Lehrausbildung absolvieren, bekommen seit September deutlich weniger Geld, denn die Ausbildungsbeihilfe wurde in den ersten beiden Lehrjahren von 753 auf 326 Euro gekürzt.

- M Mindestsicherung:** Sozialhilfe wird diese Leistung jetzt wieder genannt. Die Zielbestimmung „Armutsbekämpfung“ wurde gestrichen. Das sogenannte degressive Modell bringt für Familien pro Kind weniger Unterstützungsleistung. 300 Euro weniger, gibt es auch für Menschen, die nicht ausreichend Deutsch oder Englisch sprechen. Es wurden einerseits Sprachkurse in Aussicht gestellt und andererseits die dafür notwendigen Geldmittel gestrichen.
- N Noten für Volksschüler:** „Zurück in die Zukunft“ lautete das Motto für eine ganze Reihe bildungspolitischer Maßnahmen. Ziffernnoten für Zweitklässler und Sitzenbleiben für Volksschüler wird bereits ab Herbst 2019 Realität. Wer aggressiv auffällt, sollte nach Plänen von Ex-Bildungsminister Heinz Faßmann vorübergehend in „Timeout-Klassen“ beruhigt werden. Erziehungscamps, von denen die FPÖ träumte, waren schnell wieder vom Tisch.
- O ORF-Reform:** Die Regierungsbeteiligung der FPÖ bot eine gute Gelegenheit, den Öffentlich-Rechtlichen nicht nur verbal anzugreifen. Was außer der Abschaffung der GIS-Gebühr genau geplant war, bleibt im Dunkeln. Als relativ fix galt, dass der Generaldirektor durch ein Gremium ersetzt werden sollte.
- P Pferde, Plastik, Pensionen und Pflege:** Ex-Innenminister Kickl hatte große Pferdepläne. Für die berittene Polizei wollte er keine Kosten scheuen und es galt, Reiter wie Pferd vor dem ersten großen Außendienst (geplant im Frühjahr 2019) zu schulen. Aus dem Ausritt wurde vorerst nichts. Ein Verbot für die Verwendung von Plastiksackerl (das Gesetz ist in Begutachtung) sollte ab 2020 gelten. Zwei große Brocken hat man fast oder ganz ausgelassen. Eine Reform der Pflege wurde bis Jahresende 2018 und später für 2019 angekündigt und von einem Umbau bei den Pensionen war nicht einmal die Rede.
- Q Querfinanzierung rechter Medien:** Üppiges Körbergeld aus den blauen Ministerien gab es für rechte Medien wie Wochenblick, Unzensuriert oder Alles Roger, brachte eine Anfrageserie der SPÖ-Abgeordneten Sabine Schatz Anfang April zutage. 70.000 Euro ließ man sich bis dahin die Schaltung kosten.

- R Rasen, Rauchen und Rechtsabbiegen:** Bevor der neue FPÖ-Chef Norbert Hofer den Klimaschutz für seine Partei entdeckt hat, setzte er als Infrastrukturminister noch auf Tempo 140. Auch Rechtsabbiegen bei Rot war ihm ein großes Anliegen. Die Teststadt Linz hat dieses Projekt jetzt vorerst gestoppt. Beim Thema Rauchen blieben die Blauen ihrer Linie treu. Als Regierungspartei hat man dafür gesorgt, dass das generelle Rauchverbot doch nicht umgesetzt wird. Nach dem Auseinanderbrechen der Koalition steht die FPÖ mit dieser Position alleine da.
- S Steuern und Sozialversicherung:** Die groß angekündigte Steuerreform sollte 6,5 Milliarden Euro schwer sein. Jetzt ist gerade mal der erste kleine Teil in Begutachtung, die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für Kleinverdiener war erst 2020 geplant und die Lohnsteuer-senkung gar erst ab 2021. Von Haus aus kaum vorgesehen waren die Ökosteuern und auch die kalte Progression durfte noch etwas länger dauern. „Aus 21 mach 5“ Sozialversicherungen, lautete das Motto beim Totalumbau. Im Sinne der ÖVP sitzen nun in den Gremien der verbliebenen Kassen gleich 4 Arbeitgeber und nur 4 Arbeitnehmervertreter.
- T Transparenzdatenbank:** Zwar gibt es das Bekenntnis einiger Bundesländer (allerdings nur freiwillig), Daten über Sozialleistungen und Förderungen bereits vor Auszahlung ein zu melden. Dass der Nationalrat das noch vor dem Sommer absegnet, ging sich für diese Regierung nicht mehr aus.
- U UNO:** Die Identitären haben die Richtung gewiesen und die FPÖ (indem sie dem Migrationspakt nicht zugestimmt haben), ist nachgehüpft.
- V Volksbegehren:** Der „kleine Mann“ durfte dann doch nicht so schnell mitsprechen. Erst gegen Ende der Legislaturperiode sollte das Fass der verpflichtenden Volksabstimmungen geöffnet werden.
- W Weniger Geld für die Entwicklungshilfe:** Als Ziel hatte man sich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens ins Regierungsprogramm geschrieben. Statt eines Anstiegs fiel Österreichs Beitrag (2018) für die Entwicklungshilfe von 0,30 (2017) auf 0,26 Prozent zurück.
- X X-fache Einzelfälle:** Kleine und oft auch nicht so kleine Funktionäre der FPÖ sorgten immer wieder für Empörung. Auf Facebook und in Whatsapp-Gruppen wurde Gestriges gepostet und geschrieben. Den Fall des Braunauer FPÖ-Vizebürgermeisters, der über Ratten mit „Kanalisationshintergrund“ dichtete, entlockte Sebastian Kurz ein lapidares „abscheulich“.
- Y Y:** Dazu fiel weder der Regierung, noch mir etwas ein

Z Zwölfstundentag: Was bisher nur ausnahmsweise erlaubt war, kann seit Juli 2018, auch ohne Zustimmung des Betriebsrats, von den Mitarbeitern verlangt werden. Außer, sie führen „überwiegend persönliche Interessen“ als Grund an, wenn sie eine erweiterte Arbeitszeiten ablehnen. Verändert wurden auch die Arbeitszeithöchstgrenzen. Seit der Neuregelung kann bis zu zwölf Stunden täglich oder 60 Stunden pro Woche gearbeitet werden.

FPÖ gehört zu den „Top-Ten-Verbreitern“ von Falschmeldungen

In einem steirischen Seniorenheim untergebrachte Flüchtlinge sollen ihre Notdurft in Waschbecken verrichtet haben, sowie in Kärnten sollen Asylwerber 2.000 Euro Taschengeld gefordert haben und dafür in einen Hungerstreik getreten sein;

Behauptungen wie diese sorgen seit Herbst 2015, als es zu einer Verschärfung der Flüchtlingskrise kam, immer wieder für Aufregung. Wie sich herausstellte, handelte es sich dabei in den Meisten Fällen um Falschmeldungen. Die Initiative „Hoaxmap - Neues aus der Gerüchteküche“ sammelt seit einigen Monaten im gesamten deutschsprachigen Raum solche nachweislichen Fake-News. Die Hoaxmap ist aus dem Wunsch entstanden, eine Ordnung in die Vielzahl gestreuter Gerüchte zu bringen und die Dekonstruktion selbiger zu erleichtern. Im April 2016 wurde Hoaxmap für den Grimme Online Award nominiert. Auf dem Chaos Computer Congress 33C3 in Hamburg berichteten nun die Initiatorin des Projekts, Karolin Schwarz und Softwareentwickler Lutz Helm über die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse. In den meisten Fällen ist der Verbreiter jene Person, die einen Vorfall zur Anzeige bringt. Über (private) Facebook-Seiten, Leserbriefseiten von Zeitungen oder rechte Websites werden solche Falschmeldungen ebenfalls gerne in Umlauf gebracht. Doch auch politische Parteien, wie die FPÖ (liegt im Ranking auf Platz 7), die deutsche AfD aber auch die CDU, gehören laut Hoaxmap zu den Häufigsten Verbreitern von Gerüchten. Wie kann man der Verbreitung von Gerüchten und Falschmeldungen entgegenwirken? ÖVP-Generalsekretär und Mediensprecher Werner Amon schlägt zum Thema „Fake News“ eine parlamentarische Enquete vor und möchte Experten aus unterschiedlichen Bereichen einladen. Auch SPÖ-Staatssekretärin Muna Duzdar fordert eine „gesellschaftliche Debatte, ein kritisches Bewusstsein der Akteure und eine Stärkung der Gegenrede“. Sie möchten Plattformen, wie Facebook in die Pflicht nehmen. In Bezug auf Falschmeldungen geht es darum, auf die Verantwortung von Plattformbetreibern hinzuweisen. Wenn eine Nachricht verbreitet wird, sollte der Wahrheitsgehalt über-

prüft werden. Das gelte aber auch für Nutzer, denn auch diese brauchen ein Bewusstsein für Themen, wie Quellenkritik und Umgang mit Falschnachrichten. Dass Facebook selbst den Wahrheitsgehalt von geteilten Inhalten überprüfen soll, ist laut Andre Wolf von Mimikama, dem Verein, der ebenfalls Fake News aufspürt, nicht realistisch. Im Höchsthfall könnten auch Satireartikel, wie von „Die Tagespresse“ oder „Der Postillon“, ungewollt einer Markierung zum Opfer fallen. Anstatt Artikel als falsch oder richtig zu katalogisieren, müsse man sie analysieren. Ein Grund, warum Fake News auf Facebook verbreitet werden, ist der hohe Traffic, durch den Werbeeinnahmen generiert werden und der Traffic entsteht auf Grund stark diskutierter Schlagworte, wobei den Verfassern dabei völlig egal ist, welchen Inhalt sie schreiben.

10.06.2019: Novomatic und Signa prüfen Klage gegen Strache

Die Aussagen von Heinz-Christian Strache im Juli 2017 in der Finca auf Ibiza könnten ein weiteres juristisches Nachspiel für den Ex-FPÖ-Chef haben. So erwägen die Unternehmen Signa und Novomatic eine Anzeige gegen Strache. „Wir prüfen rechtliche Schritte“, sagten Signa-Sprecher Robert Leingruber und Bernhard Krumpels, Sprechers des Glücksspielkonzerns Novomatic. Strache hatte in den bisher veröffentlichten Teilen der Ibiza-Videos durchklingen lassen, dass die Unternehmer Rene Benko, Gaston Glock, Heidi Göss-Horten und das Unternehmen Novomatic beträchtliche Geldsummen an gemeinnützige FPÖ-nahe Vereine, gespendet hätten. Die genannten Unternehmen und Personen haben diese Anschuldigungen, dass sie direkt oder indirekt an die FPÖ gespendet hätten, mit Nachdruck zurückgewiesen. Es gilt die Unschuldsvermutung. Auch Strache räumte nach der Veröffentlichung des Videos ein, dass der Eindruck erweckt worden sei, wonach die Zuwendungen der FPÖ zugutegekommen seien. Strache bestritt aber, dass es dazu gekommen sei. „Hierzu stelle ich richtig, dass es nach meiner Kenntnis unter meiner Obmannschaft keinerlei solche Zuwendungen, weder an die FPÖ, noch an Vereine die der FPÖ nahestehende, gegeben hat“. Die Nennung der bekannten Namen sei „Ausdruck schlichter Prahlerei“ gewesen und Strache entschuldigte sich auch bei den Unternehmen. Der Waffenkonzern Glock zeigte sich damit zufrieden. Aufgrund des (mehrfachen) öffentlichen Widerrufs von Heinz-Christian Strache werden bis auf weiteres keine rechtlichen Schritte eingeleitet, hieß es in einer Stellungnahme. Die Aussagen von Strache auf Ibiza über die vermeintlichen Großspender haben aber auch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) auf den Plan gerufen. Sie will gegen unbekannte Täter, konkret gegen Signa Holding, Novomatic AG und die Glock GmbH, ermitteln. Diese stehen laut einem Antrag ans Parlament im Verdacht, einem im FPÖ-Einflussbereich

stehenden gemeinnützigen Verein (Wirtschaft für Österreich), Geldbeträge zwischen 500.000 Euro und zwei Millionen Euro als nicht deklarierte Parteispenden zukommen haben zu lassen.

11. 06. 2019: Kanzlerin löst Thinktank von Exkanzler Kurz auf

Und plötzlich war er weg, „der Thinktanks“ (Stabsstelle für Strategie, Analyse und Planung) des türkisen Exkanzlers Sebastian Kurz. Diese Stabsstelle wurde aufgelöst und die Tätigkeit des Thinktanks eingestellt, bestätigte ein Sprecher von Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein. Die Stabsstelle war von Bundeskanzler Kurz 2018 eingerichtet und „Think Austria“ getauft worden. Unter der, „ehrenamtlichen“, Leitung der Unternehmensberaterin Antonella Mei-Pochtler, war diese Stabsstelle dem Kanzler direkt unterstellt. Die neue Bundeskanzlerin hat diese Initiative nun gestoppt, geschehen ist das im Rahmen der Evaluierungen zur Neuorganisation des Bundeskanzleramts. Andere Stabsstellen haben überlebt, wie sich aus den neuen Organigramm erschließt. Unter dem Generalsekretariat im Bundeskanzleramt finden sich demnach noch die Stabsstelle für Strategische Kommunikation, jene für europäische und internationale Angelegenheiten, die für Staatsorganisation und Verwaltungsrecht und die Stabsstelle für Kulturerbe und Denkmalstrategie. Was geschieht nun mit den Mitarbeitern der Stabsstelle? „Frau Mei-Pochtler ist nicht mehr im Hause“, erklärt ein Sprecher der Kanzlerin. Die fünf weiteren Mitarbeiter waren laut parlamentarischen Anfrage von SPÖ-Abgeordneten Vertragsbedienstete. Eine Exmitarbeiterin ist inzwischen ins Außenministerium unter Alexander Schallenberg übersiedelt und mehr war nicht zu eruieren. Die Verträge seien befristet oder beendet gewesen, erklärte der Kanzlerinnensprecher. Die Kosten der fünf (ehemaligen) Mitarbeiter bezifferte Kurz am 29. Mai in seiner Auskunft ans Parlament mit rund 247.000 Euro fürs Jahr 2018 und 48.000 Euro in den ersten beiden Monaten 2019.

12. 06. 2019: Die Parteien rüsten sich für die Nationalratswahl

Noch steht der Wahltermin nicht fest, der Nationalrat fasst erst den Auflösungsbeschluss, aber der Vorwahlkampf lässt sich 111 Tage vor dem voraussichtlichen Urnengang am 29. September nicht übersehen. Zumal die ÖVP bereits einschlägige Plakate mit ihrem Spitzenkandidaten Sebastian Kurz in die Schaukästen gehängt hat. Mit dem Slogan, „Rot-Blau hat bestimmt. Das Volk wird entscheiden. Unser Weg hat erst begonnen“, kann man als Marschrichtung für die, von Kurz ausgerufene, Neuwahl entnehmen. Daniela Kickl, die Cousine von FPÖ-Klubchef Herbert Kickl, bewirbt sich um einen Platz auf der Liste der Wiener Grünen. Sie hat jahrelang grün gewählt und ist sich „sicher, die Welt zum Positiven verändern zu können“, erklärte sie auf Twitter, wo sie beständig mit Kritik am Ex-Innenminister und der gesamten türkis-blauen Regierung auffiel. Ebenfalls gerne würde Eva Blimlinger, Rektorin der Akademie der bildenden Künste, für die Grünen im Nationalrat sitzen. Auch viele bekannte Grüne, wie Sigrid Maurer, Alev Korun, Ewa Dziedzic, Georg Bürstmayr und Martin Margulies haben sich um die Wiener Kandidatur beworben. Auch bei den Neos war bereits bundesweit der Anmeldeschluss. Jetzt werden die Bewerbungen überprüft und anschließend beschließt der erweiterte Parteivorstand, welche Bewerber für das Wahlverfahren zugelassen werden. Die ÖVP betont zwar, dass sie erst ab dem 2. September kurz und intensiv wahlkämpfen werde, aber sie bemüht sich schon jetzt intensiver, als alle Anderen, um die Aufmerksamkeit der Wähler. Kurz unternimmt eine „Kurz im Gespräch“-Reise durch die Bundesländer und die erste Station ist Salzburg. Auch die Spitzenkandidaten der anderen Parteien werden im Sommer auf Österreich-Tour gehen. Sie können allerdings erst später starten, denn sie haben, abgesehen vom Grünen Werner Kogler, anders als Kurz alle Nationalratsmandate und somit zunächst noch Parlamentspflichten. Wobei sich freilich auch die Nationalratssitzungen für den Vorwahlkampf hervorragend eignen.

Kickl`s Bedingungen für eine Türkis-Blaue Neuaufgabe

Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) hat seit dem Ende der Regierung von ÖVP und FPÖ kaum ein gutes Haar am ehemaligen Koalitionspartner gelassen. Entsprechend scharf fällt die Kritik aus, die der nunmehrige FPÖ-Klubchef in der deutschen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, einschlägig bekannt als Sprachrohr der Neuen Rechten, äußert. Es ging der ÖVP einzig und allein um Machtpolitik und die Rückgewinnung des Innenministeriums für die ÖVP, das 17 Jahre lang den Mittelpunkt schwarzer Netzwerke in dieser Republik gebildet hat. Kickl betonte dort aber auch, er könne sich eine Neuaufgabe der türkis-blauen Koalition durchaus vorstellen. Prinzipiell haben wir uns der Regierungs-

verantwortung nie verweigert und tun das auch jetzt nicht. Aber, in eine Regierung einzutreten, in der die ÖVP sowohl das Innen- als auch das Justizministerium stelle, sei für ihn nur „sehr schwer vorstellbar“. Bei Türkis-Blau I war das Justizministerium in der Hand des einstigen FPÖ-Klubdirektors Josef Moser, der aber 2017 ins Team der ÖVP wechselte. In dem Beitrag erklärt Kickl seinen Facebook-Fans zunächst einmal mehr seine Sichtweise, Sebastian Kurz habe die Regierung auf Druck der alten ÖVP beendet. Als Nachweis Ihrer Unabhängigkeit von dieser alten ÖVP gilt, schreibt er weiters an Kurz gerichtet, wenn die FPÖ wieder alle ihre bisherigen Ressorts, in denen hervorragende Arbeit geleistet wurde, übernimmt. Das würde bedeuten, die FPÖ würde in einer Neuauflage wieder das Außen-, das Sozial- und Gesundheits-, sowie das Verteidigungsministerium bekommen und ebenso die Zuständigkeiten von Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache für Sport und Beamte. Vor allem wäre das Innenministerium wieder unter blauer Führung. Die Hoffnung auf eine Rückkehr in sein Ressort scheint Kickl damit nicht aufgegeben zu haben.

13. 06. 2019: Großbauern und Agrarkonzerne werden gefördert und Kleinbauern sterben aus

55 Milliarden Euro hat die Europäische Union 2016 für Agrarpolitik ausgegeben. 40 Milliarden Euro davon sind Direktzahlungen und diese sind höchst ungleich verteilt. Ca. 2 Prozent der größten Betriebe erhalten über ein Drittel des Geldes, also 13,3 Milliarden Euro und 80 Prozent der Bauern bekommen dagegen nicht mal 20 Prozent des Budgets. Im EU-Durchschnitt bekommen diese Betriebe 1.239 Euro im Jahr. Dagegen bekommen die größten 2 Prozent der Betriebe aus den Agrarzahlungen durchschnittlich 103.000 Euro im Jahr, einige wenige erhalten sogar Förderungen in Millionenhöhe. Denn die Landwirtschaft wird nach Fläche und Ertrag gefördert und das bedeutet, wer mehr hat, bekommt auch mehr. Sieht man sich in Österreich die EU-Zahlungen im Agrarbereich an, fällt sofort auf, dass ausgerechnet Institutionen der Landwirtschaftskammer selbst zu den Top-Empfängern der Landwirtschaftsförderung gehören. So etwa liegt, beim „LFI“ (Ländliche Fortbildungsinstitut), der Förderbetrag für 2016 bei satten 1,6 Millionen Euro und das ist der sechsthöchste Betrag, der in ausbezahlt wurde. Andere Topverdiener, wie die Marketing Abteilung der AMA (Agrarmarkt Austria, sind diverse Vermarktungsorganisationen. Sie erhielt stolze 2,5 Millionen Euro im Jahr 2016 und damit den vierthöchsten Förderbetrag. Auch die Österreich Wein Marketing GmbH, bekam Fördergelder über 1,4 Millionen Euro und das sind viele Millionen Euro, die nie auf direktem Weg einen Bauernhof erreicht haben. Die höchsten Subventionen für Privatpersonen gehen wiederum an reiche Großgrundbesitzer, wie

Maximilian Hardegg (Privatwohnsitz: Schloss Seefeld im Weinviertel). Im Jahr 2016 erhielt er 872.446,58 Euro Förderungen. Auch Markus Königsegg-Aulendorf bekam für sein Weingut im Schloss Halbturn 842.987,72 Euro von der EU. Auch an Topmanagern, wie Wolfgang Porsche, wurden 2016 fast 82.000 Euro für einen Hof in Zell am See überwiesen, dabei stelle man sich vor, dass er im Hauptberuf Aufsichtsratsvorsitzender der Porsche AG ist. Und auch Privatstiftungen werden mit Millionenbeträgen finanziert. Im Jahr 2016 erhielt etwa die „Stiftung Fürst Liechtenstein“, 1,1 Millionen Euro aus dem Agrar-Fördertopf. Das ist die Privatstiftung des Fürsten von Liechtenstein und nach Schätzungen einige Milliarden Euro schwer. Diese EU-Fördergeld-Empfänger wären aber, im Gegensatz zu vielen anderen LandwirtInnen nicht auf Hilfe angewiesen. Trotzdem die EU jährlich Milliarden Euro in die Landwirtschaft „pumpt“, wird das Bauernsterben weitergehen. Die Politik der heimischen Landwirtschaftsfunktionäre und die Raiffeisen-Bank machen reiche Bauern und Betriebe immer reicher, während die kleinen und Nebenerwerbsbauern praktisch aussterben. Solange nach Fläche gefördert wird, keine Obergrenzen für Subventionen existieren und auch Superreiche abkassieren können, werden wir das Bauernsterben nicht beenden können. Jeder vierte landwirtschaftliche Betrieb hat in den letzten zehn Jahren zugesperrt. Trotz enorm hoher EU-Agrarsubventionen gibt es heute ein Drittel weniger Bauernhöfe in Europa als noch im Jahr 2003. Wenn die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe um 27 Prozent abnimmt, ist eigentlich nicht nachvollziehbar, warum das Budget nicht im gleichen Ausmaß umgeschichtet wird. Etwa in den Topf für ländliche Entwicklung, aus dem Arbeitsplätze für ehemalige BäuerInnen in ländlichen Regionen finanziert werden könnten, denn schließlich hat auch die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft seit 1990 um fast die Hälfte abgenommen, heißt es aus der Arbeiterkammer. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens entsteht eine große Lücke im Budget und eine Reform der Agrar-Förderungen könnte helfen. Statt die Tendenz in Richtung Großbauern und Agrarkonzerne weiter voranzutreiben, könnte mehr Geld für ländliche Entwicklung, Bildung und Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Doch die ÖVP hat immer für diese Politik lobbyiert und das hat mit der starken Verflechtung von Partei, Bauernbund, Landwirtschaftskammer und Raiffeisen zu tun. Viele ÖVP-Abgeordnete stammen aus dem Bauernbund. Dieser hatte nach der Nationalratswahl 2017 jubiliert, dass nunmehr 16, statt wie bisher 13 MandatarInnen der ÖVP dieser Teilorganisation entstammen. Der Bauernbund ist wiederum stark mit der Raiffeisen verflochten und der Mischkonzern Raiffeisen verfügt etwa mit 95 Molkereien und anderen Milchverarbeitungsunternehmen über einen Marktanteil von 98% bei Frischmilch, bei Butter von 72%, bei Fruchtjoghurt von 80% und bei Schnittkäse von 85%. Die Dominanz der Raiffeisentochter NÖM steigt aufgrund der

fortschreitenden Konzentration und Zentralisation weiter an. Aus dieser Richtung wird also keine Reform des Landwirtschaftsbudgets zu erwarten sein.

Endlich ist der „Türkis/Blaue Stillstand“ beendet

Nach der Auflösung der Schwarz-Blauen Regierung sind die Abgeordneten im Parlament an keine Koalitionszwänge mehr gebunden. Im Juni-Plenum sind 6 neue Gesetze auf den Weg gebracht worden, von denen Millionen Menschen in Österreich profitieren werden und die ÖVP kann in Sachen der Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitspolitik nicht mehr blockieren.

Endlich Glyphosat-Verbot: Glyphosat ist das weltweit meistgenutzte Unkrautvernichtungsmittel, doch es steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Schon mehrmals wurde der Hersteller Monsanto von US-Gerichten verurteilt. Dennoch hat die EU, mit Zustimmung von ÖVP und FPÖ, das potentiell krebserregende Pflanzengift im November 2017 für weitere 5 Jahre zugelassen. NGOs und Parteien, wie die SPÖ und die Grünen haben den Einsatz von Glyphosat jahrelang kritisiert und ein Verbot gefordert. Das Parlament hat einen sogenannten Fristsetzungsantrag der SPÖ zum Verbot mehrheitlich angenommen. Das bedeutet, dass in der Parlamentssitzung im Juli 2019 der Antrag der Sozialdemokraten zum Verbot des Glyphosat-Verkaufs beschlossen werden kann. Die ÖVP will kein Totalverbot von Glyphosat, aber die anderen Parteien haben ihre Zustimmung signalisiert.

Endlich eine Anrechnung von Karenzzeiten bei Job und Pension: Frauen mit Kindern haben Nachteile, wenn sie mehrere Jahre in Karenz sind, Niedrigere Löhne (weil sie weit langsamer vorrücken als Männer), kleinere Pensionen und weniger Urlaub. Die SPÖ hat seit Langem gefordert, dass Karenzzeiten vollständig angerechnet werden. Solange die ÖVP in der Regierung war, ist das immer am Wirtschaftsflügel gescheitert. Denn Frauen mit Kindern bei Löhnen und Urlaubsansprüchen nicht zu diskriminieren, kostet den Unternehmern mehr Geld als bisher. Im freien Spiel der Kräfte haben jetzt alle Parlamentsparteien dem SPÖ-Antrag zur Anrechnung zugestimmt und wie üblich war die ÖVP, als einzige Partei, dagegen. Danke des Parlamentsbeschlusses bekommen Frauen im Job nun ihre tatsächlichen Karenzzeiten angerechnet, statt bisher max. 10 Monate. Das beseitigt Nachteile bei Urlaubsansprüchen, der Kündigungsfrist oder dem Aufrücken im Gehalts-Schema. Davon werden 1,3 Millionen Menschen (fast ausschließlich Frauen) profitieren.

Endlich Nichtraucher-Schutz: Konkret geht es um 52 Herzinfarkte, 82 Schlaganfälle und 150 schwere Lungenentzündungen, die jede Woche vermeidbar wären, meinte Florian Stigler von der Public Health School. Er und seine Kollegen haben die Gesundheitsfolgen von verrauchten Restaurants, Cafés und

Gaststätten abgeschätzt. Eine rauchfreie Gastronomie würde Gäste und Angestellte schützen und sogar das Gesundheitssystem massiv entlasten. Das haben auch fast 900.000 Menschen in Österreich so gesehen und das Volksbegehren „Don't Smoke“ unterschrieben. Doch die ÖVP und die FPÖ haben das Volksbegehren und die ExpertInnen ignoriert und das Rauchverbot abgeschafft. Das freie Spiel der Kräfte macht jetzt neue Mehrheiten möglich, um im Interesse der Gesundheit zu handeln. Im Juni haben vier von fünf Parteien (alle außer die FPÖ) einen Antrag eingebracht, der ein Rauchverbot in der Gastronomie fordert. Beschlossen wird der Antrag im Juli, dann könnte das Rauchverbot schon im November 2019 in Kraft treten.

Endlich ein Rechtsanspruch auf den Papamonat: Die SPÖ, die FPÖ und die Liste Jetzt werden für den Rechtsanspruch auf einen Papamonat, gegen die Stimmen der ÖVP und der Neos, stimmen. Gerade die ÖVP hat sich in den letzten Jahren gegen diesen Rechtsanspruch gestemmt. Unzumutbar für die Wirtschaft sei es, wenn Väter ein Recht hätten, vier Wochen bei ihren Babys zu sein. Die Wirtschaftskammer wollte überhaupt, als Gegenleistung zum Papamonat, den Mutterschutz abschaffen und die Kosten auf die ArbeitnehmerInnen abwälzen. Nun werden sich Unternehmer wohl damit abfinden müssen, dass ihre Angestellten für ihre Familie da sein wollen.

Endlich ein Rechtsanspruch auf Pflege-Karenz: Wenn der Vater, die Mutter, das Kind oder der Partner plötzlich gepflegt werden muss, ist das für alle Beteiligten ein massiver Einschnitt in ihrem Leben. Eine Variante davon ist, neben der Freistellung (Pflege-Teilzeit und ähnlichem), die Pflege-Karenz. Ein Arbeitnehmer kann zwischen einem und drei Monaten den Angehörigen pflegen und bekommt für diese Zeit Karenzgeld. Bisher war ein Beschäftigter von der Zustimmung seines Chefs abhängig, wenn er die Karenz in Anspruch nehmen wollte. Nun haben die SPÖ, FPÖ und die Liste Pilz durchgesetzt, dass die Beschäftigten darauf einen Rechtsanspruch haben.

Endlich eine Entgelt-Fortzahlung für Katastrophen-Helfer: Schon lange fordern die Sozialdemokraten eine rechtliche Absicherung für ehrenamtliche Helfer in Katastrophen-Situationen. Darunter beispielsweise Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr, die im Winter bei Schneechaos und im Sommer bei Waldbränden im Einsatz sind. Konkret will die SPÖ einen Anspruch auf 5 Tage Freistellung und eine Entgeltfortzahlung. Zustimmung gibt es von der FPÖ sowie von der Liste Jetzt und der Antrag wird im Juli beschlossen.

Ermittlungen gegen Strache und Gudenus eingeleitet

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat Ermittlungen gegen Ex-FPÖ-Chef und Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, wegen des Verdachtes auf Untreue, eingeleitet. Die Ermittlungen werden gegen Strache und den ebenfalls zurückgetretenen Klubobmann Johann Gudenus, sowie gegen weitere Unbekannte Mittäter, wegen Untreue (in unterschiedlichen Beteiligungsformen) geführt. Straches Anwalt Johann Pauer bat um Verständnis, dass er sich zu den laufenden Strafverfahren nicht äußern kann. Die Ermittlungen der WKStA gehen auf das, Mitte Mai, von der Süddeutschen Zeitung und dem Spiegel in Auszügen, veröffentlichte „Ibiza-Video“ zurück, in dem Strache mit dem ebenfalls zurückgetretenen Klubobmann Johann Gudenus und einer vermeintlichen russischen Oligarchennichte über verdeckte Parteienfinanzierung spricht. Den Aussagen der beiden zufolge sollen im Wahlkampf 2017 mehrere vermögende Personen zwischen 500.000 Euro und 2 Millionen Euro (um die Meldepflicht von Großspenden an den Rechnungshof zu umgehen), über parteinahe Vereine an die FPÖ geschleust haben. In derselben Strafsache will die Korruptionsstaatsanwaltschaft auch gegen den FPÖ-Nationalrat Markus Tschank ermitteln, da dieser in mehreren FPÖ-nahen Vereinen aktiv war. Der Nationalrat stimmte der Aufhebung von Tschanks Immunität einstimmig zu. Der FPÖ-Mandatar war selbst dafür eingetreten, dem Ersuchen der WKStA nachzukommen.

14. 06. 2019: Klarstellung der österreichischen Chefredakteure

Vor vier Wochen veröffentlichten die „Süddeutsche Zeitung“, sowie „Der Spiegel“ das sogenannte Ibiza-Video. Seither haben sich die Ereignisse überstürzt. Eine Übergangsregierung führt das Land und die Ursache für das Absetzen der Regierung ist fast in Vergessenheit geraten. Die Suche nach den Urhebern, überdeckt die demokratiegefährdenden Aussagen, die das Video dokumentiert. Leicht gerät in Vergessenheit, dass da der FPÖ-Chef unmissverständlich erläuterte, wie man ausländische Geldspenden an Kontrollorganen vorbei und seiner Partei zukommen lassen könnte. Vergessen scheinen seine Erklärungen, wie seine Partei dem Spender zu profitablen staatlichen Aufträgen verhelfen wollte. Vergessen ist aber auch der Plan, eine große Zeitung mit Hilfe russischer Investoren in den Griff zu bekommen, um vielleicht unliebsame Journalistinnen und Journalisten zu entfernen. Dass Politik vom direkten Zugriff auf Medien träumt, ist in Österreich keine besondere Eigenschaft einer einzigen Partei. Wer Macht hat oder will, sucht auch nach Wegen, die Kontrolle dieser Macht zu kontrollieren. Wohin das führt, können wir in Ungarn beobachten, einem Land, das der damalige FPÖ-

Chef in dem Video ausdrücklich als Vorbild nennt. Unabhängige Medien sind in einer liberalen Demokratie kein Instrument des Machterwerbs bzw. Machterhalts einer Partei oder mächtiger Interessensgruppen, kein Instrument zur Manipulation der Leserinnen und Leser. Bei allen Mängeln, die man ihnen vorhalten kann, sind sie ein wichtiges Korrektiv der Politik. Wer die Grenze zwischen Journalismus und Politik missachtet, gefährdet die Grundlagen der Demokratie. Da diese Selbstverständlichkeit offenbar in Frage steht, ist es umso wichtiger, dies in aller Klarheit in Erinnerung zu rufen.

Johannes Brucknerberger	(Chefredakteur APA),
Florian Klenk	(Chefredakteur Falter),
Rudolf Mitlöhner	(Chefredakteur Die Furche),
Hubert Patterer	(Chefredakteur Kleine Zeitung),
Christoph Dichand	(Chefredakteur Kronen Zeitung),
Klaus Herrmann	(Chefredakteur Kronen Zeitung),
Martina Salomon	(Chefredakteurin Kurier),
Kathrin Gulnerits	(Chefredakteurin News),
Walter Fahrnberger	(Chefredakteur NÖ Nachrichten),
Daniel Lohninger	(Chefredakteur NÖ Nachrichten),
Gerald Mandlbauer	(Chefredakteur OÖ Nachrichten),
Rainer Nowak	(Chefredakteur Die Presse),
Christian Rainer	(Chefredakteur profil),
Manfred Perterer	(Chefredakteur Salzburger Nachrichten),
Alois Vahrner	(Chefredakteur Tiroler Tageszeitung),
Mario Zenhäusern	(Chefredakteur Tiroler Tageszeitung),
Martin Kotynek	(Chefredakteur Der Standard),
Andreas Weber	(Chefredakteur Trend),
Christian Haubner	(Chefredakteur OÖ Volksblatt),
Gerold Riedmann	(Chefredakteur Vorarlberger Nachrichten),
Walter Hämmerle	(Chefredakteur Wiener Zeitung).

Die Inszenierung hat eben erst begonnen

Es ist natürlich das gute Recht des ehemaligen Bundeskanzlers, keinen Sitz im Nationalrat anzunehmen und dann „das Parlament“ (oder „Rot-Blau“) gegen „das Volk“ auszuspielen. Es ist auch das gute Recht des Politikers Kurz, mit aller Macht von dem Faktum abzulenken, dass er es war, der die nun gescheiterte Koalition mit der FPÖ wollte, obwohl jede Evidenz seit Jahren beweist, dass diese Partei nicht regierungsfähig ist. So ist es natürlich auch das gute Recht des Sebastian Kurz, seine blendend eingespielte Maschine sofort anzuwerfen und über den Sommer durch Österreich zu „tingeln“ und einen Wahlkampf zu machen, der aber nicht Wahlkampf heißen darf. Kurz plakatiert großspurig: „Die Veränderung hat erst begonnen“. Genauso gut könnte man sagen: „Die Inszenierung hat eben erst wieder begonnen“.

Aber was will Sebastian Kurz?

Die inhaltlichen Ebene: Was ist wirklich die Veränderung?

Ein dickes Bündel von populären Schikanen für „Ausländer“ und „Asylanten“; Entmachtung von „Roten“ in der Sozialversicherung;

Ansätze zum Umbau des Bildungssystems im konservativen Sinn;

Zulassen, dass die FPÖ im Sicherheitsapparat die Macht ergreift;

Ansätze zu einer Steuersenkung und wirtschaftsfreundliche Detailmaßnahmen. Sehr oft wurde der Schein der Veränderung erweckt, aber keine substanzielle Veränderung erreicht.

Die Metaebene: Kurz meint es sehr ernst mit der „Veränderung“.

Er will keine herkömmliche Partei mehr, sondern eine auf ihn zugeschnittene Erweckungs- und Erlösungsbewegung.

Er will aber auch die herkömmliche Konsensdemokratie nicht mehr, sondern etwas, wo die Grenze zu einem soften Autoritismus verschwimmt.

Die konservative „FAZ“ schreibt, man müsse Kurz allmählich fragen, welches politische System er anstrebt. Eines muss man ihm lassen: „Er flößt sehr vielen Menschen in Österreich (wodurch auch immer) Vertrauen ein.“

Die politisch-technische Ebene: Wie und mit wem will Kurz das nach den Wahlen umsetzen? Angenommen, es geht sich aus: Die Neos wären für eine Koalition bereit. Aber auch Beate Meinel-Reisinger sagt, sie wisse nicht, wofür Kurz steht. Er will auf jeden Fall, dass „die Volkspartei nach den Wahlen eindeutig den Ton angibt“. Das hat er sofort nach dem Aufkündigen der Koalition mit der FPÖ verkündet. Ob er das in einer neuerlichen Koalition mit einer verkleinerten FPÖ macht oder in einer mit den Neos oder als Chef einer Minderheitsregierung, die sich jeweils Mehrheiten (der jeweilige Partner wird sicherlich nicht viel zu erwarten haben) sucht. Sebastian Kurz will letztlich eine De-facto-Alleinregierung, das wollte er schon mit seinem Übergangskabinet. Bis

es die anderen Parteien (ausgenommen Neos) begriffen haben und die Kanzlerabsetzung einleitete.

15. 06. 2019: Sebastian Kurz macht alles, nur keinen Wahlkampf

Der Ex-Kanzler will nun endlich mit Menschen reden. Mit der Wahl im Herbst habe das nichts zu tun, sagt die Partei. Das sind wohl Szenen aus einem „Nichtwahlkampf“. Als Sebastian Kurz auf dem Domplatz von St. Pölten verspätet (erst fünf Minuten vor dem offiziellen Ende des Marktes) eintrifft, spielt das Volksmusikquartett noch ein Extraständchen für Ex-Kanzler Kurz. Die Besucher des St. Pöltener Wochenmarkts sind Sebastian Kurz gewogen. Mehr als eine schnelle Runde Hände schütteln und Fotos machen geht sich aber nicht aus. Aber was macht der Parteichef ohne Amt hier in der Mittagssonne zwischen Wurst- und Gemüseständen eigentlich? „Nicht Wahl kämpfen“, heißt es zumindest aus der ÖVP. Es gehe um keine Strategie oder Kampagne. Kurz habe sich selbst gewünscht, in die Bundesländer zu fahren und endlich länger mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Lange Diskussionen gehen sich bei dieser Gelegenheit aber nicht aus. Nur eine schnelle Runde um den Platz, Hände schütteln, Fotos machen. Dann geht es, einen Tross Kameraleute, Fotografen und Journalisten im Schlepptau, weiter zum nächsten Termin. Anschließend besucht Kurz, mit dem niederösterreichischen Landesrat Ludwig Schleritzko, das Landeskriminalamt in St. Pölten. Für den Chef des Hauses, Brigadier Omar Haijawi-Pirchner, ist es „eine Ehre für das LKA“, Parteichef Kurz und Landesrat Ludwig Schleritzko (ÖVP) zu Gast zu haben. Weil die Zeit im „Nichtwahlkampf“ wieder einmal knapp ist, muss Kurz auch die Einladung der Beamten zum Essen bei ihrem Hoffest ausschlagen. Einmal im Jahr belohne man sich dort für die harte Arbeit, erklärt der Brigadier. Auf eine Runde Hände schütteln schaut Kurz dann aber doch vorbei. Dann ist der Parteichef aber schon wieder unterwegs. Eine Rotkreuz-Station in Lilienfeld, ein Treffen mit der Landjugend in Wilhelmsburg und eine Diskussion am Abend stehen noch an. Wenn der „Nichtwahlkampf“ von Sebastian Kurz bereits jetzt schon so stressig ist, wie wird es den dann wohl im Wahlkampf werden.

17. 06. 2019:

ÖVP beklagt die angeblich gefälschten E-Mails zur Ibiza-Affäre

Wegen eines „relativ ernsten Anlasses“ (einem Fälschungsskandal), wie Altbundeskanzler Sebastian Kurz sagte, lud die ÖVP in ihre Parteizentrale zur Pressekonferenz. Tatsächlich erzählten Kurz und Karl Nehammer (Generalsekretär der ÖVP), von E-Mails, die sie von einem österreichischen Medium erhalten haben und die ÖVP wurde darin um eine Stellungnahme gebeten. Die E-Mails sollten einen Gesprächsverlauf zwischen Kurz und seinem Parteikollegen Gernot Blümel darstellen, der die ÖVP in Verbindung mit dem „Ibiza-Video“ bringen sollte. Die E-Mails seien eine „eine gut gemachte Fälschung“, sagte Kurz, der sich über die „kriminelle Energie“ erstaunt zeigte. In der Politik sei man es gewohnt, meinte er, dass „Gerüchte über einen verbreitet werden, dass man mit Verleumdungen in Kontakt kommt“, doch bei den gefälschten Schreiben handle es sich um eine „neue Dimension“. Man sei in der Parteizentrale „relativ schockiert“ gewesen, sagte der ÖVP-Chef. In den E-Mails sehe er einen Versuch, die ÖVP „massiv zu diffamieren und unter anderem die Partei in die Ibiza-Enthüllungen hineinzuziehen“. Nachdem man von dem, zunächst nicht näher genannten, Medium Screenshots der E-Mails erhalten habe, habe man hauseigene IT-Experten mit einer Überprüfung beauftragt, gleichzeitig hätten Mitarbeiter der „Deloitte Forensic“ Spuren ausgelesen. Diese Forensiker hätten von dem Medium auch die „technischen Daten“ zu den E-Mails erhalten, erklärten die ÖVP-Politiker auf Nachfrage. **(Anm.: Es ist schon erstaunlich, dass man „angeblich“ auf Grund eines Screenshots die Fälschung eines E-Mails feststellen kann. Lieber Ex-Student bzw. Ex-Kanzler lass Dir eine andere Ausrede einfallen. Oder ist diese Geschichte von Kurz genauso erfunden, wie die Schließung seiner „Albanienrute“, um mit seiner, von ihm gewohnten, Mitleidstour auf Stimmenfang zu gehen).** Das Medium habe der ÖVP gegenüber angegeben, dass es sich um eine „Vielzahl“ von E-Mails handelt. Man wisse also ebenso wenig, wie viele E-Mails es genau gebe oder wer die E-Mails noch zu Gesicht bekommen habe, so Nehammer. Die Falter-Redakteurin Barbara Tòth (der diese Mails ebenfalls zugespielt wurden) hat, lediglich „pro forma“ bei Kurz und Blümel nachgefragt. Die ÖVP-Politiker hätten ihr gesagt, „das Ganze ist unecht“. Warum jedoch Kurz und Nehammer auf Grund einer angeblichen „Fälschung“, so einen „Skandal“ daraus machten und sofort eine Pressekonferenz einberufen haben, ist der Falter-Redakteurin völlig schleierhaft. Zum Beleg der Fälschung wurde nach der Pressekonferenz der ÖVP die Stellungnahme von Deloitte verteilt. Darin verweisen die Prüfer auf mehrere Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den E-Mails. Eine abschließende Bewertung geben sie jedoch nicht ab.

Zehn Millionen für Berater der Kassenfusion

Die Sozialversicherungsreform war ein Prestigeprojekt der zerbrochenen VP/FP-Bundesregierung. Derzeit läuft der umstrittene Fusionsprozess, bei dem aus 21 Krankenkassen 5 werden sollen. Die größte Herausforderung ist die Zusammenlegung der 9 Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK). Diese verursachte auch beträchtliche externe Beraterkosten und das neue Logo um horrenden 400.000 Euro ist nur ein „unbedeutender“ Teil der Kosten. Neos-Gesundheitssprecher Gerald Loacker sprach von einer „unfassbaren Sauerei“. Insgesamt wurden bisher Leistungen in der Höhe von rund 10 Millionen Euro ausgeschrieben. Der SP-Funktionär Andreas Huss kritisiert, dass Beiträge der Versicherten in solcher Höhe an Beratungsunternehmen und Werbeagenturen fließen. Es kommen zu den Externen, auch noch deutlich höhere interne Fusionskosten. Rund 500 Personen beschäftigen sich derzeit in 61 Fusionsprojekten mit der ÖGK-Fusion. „Wir sind mit organisatorischen Themen eingedeckt und können uns nicht um eine Weiterentwicklung und Versicherungsleistungen kümmern“, sagt Huss. Er ist der ehemalige Salzburger Gebietskrankenkassen-Obmann und nun stellvertretender Vorsitzender des ÖGK-Überleitungs-Ausschusses. Der Ausschuss wird mit Gründung der neuen Krankenkasse Anfang 2020 als Verwaltungsrat weitergeführt. So werden etwa 5 Millionen Euro für die Beratung beim Fusionsprozess, 1,5 Millionen Euro für den Bereich Personal und rund 3 Millionen Euro für den Markenaufbau, veranschlagt.

Sebastian Kurz ist jedes Mittel Recht

Awakening Europe ist „eine Initiative zur geistlichen Erneuerung Europas in Christus“. Der Australier Fitzgerald „begegnete Jesus“ im Jahr 2002, als er „gebrochen war und mit Drogen dealte“, heißt es in seiner Kurzbiografie. Auf den mehrtägigen Kongressen beten tausende Christen in der Wiener Stadthalle. Einer der Teilnehmer war auch Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Der evangelikale Prediger, der Veranstalter der Eventserie, sprach ein „Segensgebet“ für den ÖVP-Chef. Kurz war nicht der einzige ÖVP-Politiker auf der Bühne der Erwecker. Gudrun Kugler, Nationalratsabgeordnete, radikale Abtreibungsgegnerin und Aktivistin gegen die „Ehe für Alle“, war als Rednerin in der Stadthalle eingeladen. In ihrer Ansprache betonte Kugler, dass Österreich „Awakening braucht“ und erinnerte daran, dass in der Wiener Stadthalle auch in der Vergangenheit gebetet wurde. Eine halbe Million Menschen haben um die Befreiung Österreichs gebetet. Kugler meinte damit die Jahre 1953, 1954, 1955 als auf Österreichs Straßen für den Abzug der Alliierten gebetet wurde. Die Übersetzerin, die auch auf der Bühne stand und die Rede auf Englisch wiedergab,

nannte diese Zeit „Okkupation“. Österreich wurde anschließend (anders als Deutschland) nicht geteilt, meinte Kugler in ihrer explizit politischen Rede. Vor Österreich tourte Awakening Europe bereits durch Tschechien, Lettland, Schweden und Deutschland. „Eine ganze Nation“ will der Verein nach eigenem Bekunden durch die Massenevents erwecken. Europäische Experten grübeln noch, ob diese Bewegung als „harmlos“ oder doch als „sektenartig“ einzustufen ist. In den USA sind die Evangelikalen allerdings sehr klar politisch positioniert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Sebastian Kurz nicht genau wusste, was ihn auf der Bühne mit dem Prediger Ben Fitzgerald erwartet. Es wäre allerdings ein seltener Moment, in dem Sebastian Kurz ohne Kalkül handelt. Eines hat er womöglich nicht bedacht, dass wenn er in Zukunft, wie so oft in der Vergangenheit, Kritik am „Extremismus von allen Seiten“ übt oder vor dem politischen Islam warnt, dann wird er durch diese Aktion in Zukunft sehr unglaubwürdiger wirken. In Österreich gab es mit Sebastian Kurz in der Stadthalle nun eine Premiere, die an Skurrilität kaum zu überbieten ist.

Der Mythos „Wahlzuckerl“

Bei der Nationalrats-Sitzung im Juni haben die Abgeordneten ein breites Spektrum an Beschlüssen auf den Weg gebracht. Das Pflegegeld soll erhöht werden und der Nichtraucherschutz in der Gastronomie kommt. Die Papa`s bekommen ihren Papa-Monat und die Karenzzeiten für Mütter sollen voll angerechnet werden. Die ÖVP ist gegen alle diese Beschlüsse und kritisiert die Kosten, denn wenn alle etwas davon haben, werden die Kosten für diese Partei zum großen Problem. Die Medien übernehmen das und jeder zweite Bericht beklagt (nach ÖVP-Manier) die Kosten. Doch die sind wesentlich niedriger, als die Steuergeschenke der Regierung Kurz für Hotels im vergangenen Jahr und über die hat allerdings kaum jemand kritisch berichtet.

Keiner redet von den überhöhten Kosten von 120 Millionen Euro für Hoteliers und über „Steuerzuckerl für Wahlkampfspender“ schrieb auch niemand: Die Berichterstattung war durchwegs positiv. Die Hälfte der Berichte war neutral formuliert. 45 Prozent standen dem Vorhaben positiv gegenüber. Hoteliers erzählten in Interviews über Belastungen und freuten sich über „die Luft zum Atmen“ durch das Steuergeschenk. Lediglich 6 Prozent der Artikel und Berichte (seit Jahresanfang 2018) fanden kritische Worte für die Steuer-senkung.

Aber 100 Millionen Euro, von denen alle etwas haben, werden plötzlich zum unüberwindlichen Problem: 100 Millionen Euro schätzt der Finanzminister die Kosten für die Erhöhung des Pflegegeldes, den Rechtsanspruch auf einen Papa-Monat, den Nichtraucherschutz in der Gastronomie und die Anrech-

nung der Karenzjahre im Job. Doch diesmal dominiert die Sorge um das Geld in den Berichterstattungen. 42 Prozent der Berichte sind neutral formuliert. 64 Prozent und damit so gut wie jeder Zweite kritisiert die hohen Kosten. Nur 12 Prozent bewerten die Beschlüsse positiv. Im Gegensatz zu den Hoteliers gibt es kein einziges Interview mit einem der über 450.000 Betroffenen, die über Belastungen berichten und durch die Erhöhung des Pflegegeldes wieder „Luft zum Atmen“ bekommen. Dass die vergangene Regierung Hoteliers beschenkte und großen Unternehmen, ohne Grund und ohne Bedingung, 1,6 Milliarden Euro Steuern erlassen hat, wird nicht erwähnt.

Warum spricht man von „Wahlzuckerln“, aber nie von „Steuerzuckerln“ an Großspendern, wenn die Immo-Branche, die großen Hotels und Konzerne Steuersenkungen bekommen? Warum werden Kosten dann medial zum Problem, sobald viele Menschen davon profitieren? Man könnte auch von Konjunkturbelebung und Kaufkraftsteigerung sprechen. Der Fachverband Hotellerie in der Wirtschaftskammer zählt 15.893 Mitglieder und Ihnen wurden 120 Millionen Euro geschenkt. Über 450.000 Menschen haben einen Anspruch auf Pflege-Geld (letztes Mal 2016 um 2 Prozent erhöht, doch die Inflation stieg seither um fast 7 Prozent). Im Nationalrat wurde deswegen eine automatische Anpassung an die Inflation auf den Weg gebracht und das wieder einmal ohne die Stimmen der ÖVP. Die Erhöhung des Pflegegeldes kostet 50 Millionen Euro (das sind für die Betroffenen im Schnitt 9,25 Euro pro Monat). Die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers kostet 120 Millionen Euro. Große Hotelketten, wie das Marriott, ersparen sich jährlich 4,7 Millionen Euro und das sind monatlich ca. 390.000 Euro.

18. 06. 2019:

Minister Kickls Mitarbeiter bezogen „deftige“ Gehälter

Der Ibiza-Skandal hallt ist strafrechtlich noch nicht aufgearbeitet und schon bricht die nächste Affäre über die FPÖ herein, die sich als politische Vertretung der Anständigen und Rechtschaffenen ausgibt. Die politische Führung des Innenministeriums unter Ressortchef Herbert Kickl (FPÖ) war nicht nur enorm überdimensioniert, denn dort sollen auch Gehälter, von bis zu 13.000 pro Monat, gezahlt worden sein. Die politische Spitze des Hauses in der Herrengasse hatte vor der Ablöse Kickls am 22. Mai insgesamt 48 Mitarbeiter. Davon waren im Kabinett des Bundesministers, sowie im Büro von Generalsekretär Peter Goldgruber 29 Referenten und 19 Hilfskräfte beschäftigt. In den FPÖ-besetzten Büros sei es zu regelrechten Gehaltsexzessen gekommen, berichten Insider aus dem Ressort, die nicht namentlich genannt werden wollen. Eine interne Erhebung der Gehälter für den Monat Mai habe ergeben, dass dort einige

Personen mehr verdient haben, als der damals höchste Beamte des Hauses, Peter Goldgruber (Generalsekretär in der Verwendungsgruppe A 1, Funktionsgruppe 9 mit einem Fixgehalt von 10.389,30 Euro im Monat brutto). Diese Gagen können sich beinahe mit dem Ministergehalt Kickls (17.861,80 brutto) messen. Üblicherweise sind Mitarbeiter in den Kabinetten auf die Amtszeit des Ministers befristete Vertragsbedienstete des Bundes, die nach dem „Bandbreitenmodell“ bezahlt werden. Sie werden mit etwa 5700 Euro Gehalt pro Monat eingestuft und evt. Überstunden sind inkludiert. Gelegentlich werden allerdings auch Beamte in den Ministerbüros beschäftigt. Sie erhalten die gleiche Einstufung wie ihre Kollegen, dürfen aber Überstunden schreiben. Ein Teil von Kickls und Goldgrubers Zuarbeitern stammte tatsächlich aus Polizeibehörden oder dem Beamtenapparat des Ministeriums und hat diese Möglichkeit exzessiv genutzt. Die haben jede Menge Überstunden geschrieben und das, obwohl die politische Führung des Ministeriums personell sehr gut aufgestellt gewesen sei und sich dadurch proportional der Arbeitsaufwand und die Summe der Überstunden eigentlich hätten deutlich verringern müssen, heißt es im Innenressort. Durch die Überstunden seien die Gehälter zum Teil verdoppelt worden und manche hätten sehr viel mehr als 100 Überstunden pro Monat verrechnet. Herbert Kickl, stellt sich wie üblich unwissend und erklärte in einer ersten Reaktion zu den Vorwürfen: „Das sagt mir gar nichts, aber ich werde mich schlaumachen“. Kickls früherer Kabinettschef, der niederösterreichische FPÖ-Abgeordnete Reinhart Teufel, sagte auf Kickls Geheiß, er habe nie derartige Überstunden in seinem Verantwortungsbereich freigegeben, denn dort habe es Pauschalierungen gegeben. Ex-Generalsekretär Goldgruber räumt dagegen die extrem hohen Gagen, seit Regierungsantritt, ein. Am Anfang der Amtszeit, war ja sehr viel zu tun und trotzdem schafften es manche Mitarbeiter, neben der „angeblich“ stressigen Kabinettsarbeit noch Nebentätigkeiten nachzugangen.

Blender tragen Blendweiß

Es gibt Menschen, die es nicht wahrhaben können (oder wollen), getäuscht und vor Allem enttäuscht worden zu sein. Denen bleibt oft nur die Flucht in die Realitätsverweigerung. Ist das vielleicht eine Erklärung dafür, dass immer noch Zehntausende H.-C. Straches Schalmeienklängen folgen? Obwohl sie wissen, dass ihr Hüter der Heimatliebe sein Österreich jederzeit im Tauschgeschäft gegen Macht und Einfluss verhökern würde? Wenn Strache verlautet, die Nicht-Akzeptanz des EU-Mandats sei kein Ergebnis politischen Kalküls und kein Deal, sondern eine von ihm persönlich getroffene Entscheidung, weiß jeder, was davon zu halten ist. Und wenn er sagt: „Ich verspreche, dass ich euch nicht ent-

täuschen werde“, wäre doch die logische Reaktion: Wie auch? Wenn es ihm bis jetzt noch nicht gelungen ist? Ginge es noch schlimmer? Doch viele schweigen nur andächtig und nicken gerührt. Obendrein kündigt Strache „mit Sicherheit“ seine Polit-Rückkehr an. Dies erfordere aber „eine saubere und reine Weste“. Wie, soll das denn gehen? Werden die Wähler mit demselben Mittel gewaschen, mit dem Straches Weste weiß gewaschen wird? Blendweiß? Die einzige Erklärung wäre, dass sich die ganz Dummen einfach die Augen und die Ohren zuhalten.

Niederösterreich geht mit der neuen, harten Sozialhilfe voran

Die türkis-blaue Bundesregierung ist Geschichte, ihre Beschlüsse, auch die umstrittensten, bleiben aber. Und sie entfalten nun ihre verachtende Wirkung. So etwa, das im vergangenen April im Nationalrat verabschiedete, Sozialhilfe-Grundgesetz, das die frühere bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzt. Laut Kritikern verschärft es den Druck auf sozial Schwache und erhöht das Armutsrisiko kinderreicher Familien.

Kein Begutachtungsverfahren: Mit 1. Juni ist die neue Sozialhilfe bundesweit in Kraft getreten. Für die landesrechtliche Umsetzung haben die Bundesländer bis Anfang 2020 Zeit. In Niederösterreich hat man diese Frist nicht in Anspruch genommen. Bereits Mitte Mai hat der Landtag in St. Pölten mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ und gegen die Stimmen aller anderen Parteien, lang vor allen anderen Bundesländern und ohne vorheriges Begutachtungsverfahren, ein niederösterreichisches Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ Sag) beschlossen. Die neue Sozialhilfe sei „in Wahrheit in Niederösterreich erfunden worden“, sagte der ÖVP-Abgeordnete Anton Erber, sich dabei auf den Umstand beziehend, dass das Bundesland 2017 als allererstes strengere Mindestsicherungsregeln beschlossen hatte, die in der Folge vom Verfassungsgerichtshof teilweise wieder aufgehoben worden waren. Udo Landbauer (FPÖ) sprach von Verbesserungen, etwa für Menschen mit Behinderung.

Warnung vor „sozialer Not“: Die Eile habe sich auf die negative Qualität der Regelung niedergeschlagen, sagte hingegen Martin Schenk, Vizedirektor der evangelischen Diakonie. Das niederösterreichische Sozialhilfe-Ausführungsgesetz wird zu sozialer Not bei pflegenden Angehörigen, Familien, Kindern, Wohnungslosen führen. Der Grund dafür ist, dass die vom Bundesgesetz vorgeschriebenen neuen Härten, in die niederösterreichische Regelung voll Eingang gefunden haben. Zum Beispiel der Umstand, dass dem zweiten Kind einer Familie nur höchstens 132,82 Euro monatlich, dem dritten gar nur 44,27 Euro Sozialhilfe zur Deckung des gesamten Lebensbedarfs zukommen.

Zu wenig, um zu wohnen: Zugelassene Spielräume hingegen hat man in der Landesregelung (z.B.: im Bereich Wohnen) nicht ausgenutzt. Tatsächlich deckelt das Sozialhilfe-Ausführungsgesetz die Auszahlungen für Wohnungsmieten. Sie werden mit 40 Prozent des gesamten Sozialhilfebezugs bemessen, der für eine Einzelperson monatlich derzeit höchstens 885,74 Euro beträgt. Der 40-Prozent-Anteil gilt, egal wie teuer die Miete tatsächlich ist. Er soll möglichst als Sachleistung gewährt werden, was den monatlichen Geldbezug empfindlich schmälert. Auf die im Bundesgesetz eröffnete Möglichkeit einer Überzahlung im Fall höherer Wohnkosten hat das Land verzichtet.

Die Zuständigkeit liegt bei Landesrat Waldhäusl: Für die Anwendung der neuen NÖ-Sozialhilfe ist Landesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ) zuständig. Kritik an den, von der Landesregelung, nicht abgedeckten Härten des Bundes-Sozialhilfegesetzes kommt auch vom Verein „Vertretungsnetz für Menschen mit psychischer oder intellektueller Beeinträchtigung“. Der als Verbesserung beworbene Zuschlag für Menschen mit Behinderung bleibe für viele Klienten in der Praxis unerreichbar. Denn um das Zusatzgeld zu erhalten, müssten sie einen Behindertengrad von mindestens 50 Prozent vorweisen. Im Fall einer psychischen Erkrankung sei das höchst unwahrscheinlich.

Bundesrat geht zum Verfassungsgerichtshof: Ein Bundesrat will das Bundes-Sozialhilfegesetz noch im Juli mit den Stimmen der SPÖ dem Verfassungsgerichtshof zur Prüfung vorlegen.

20. 06. 2019:

Karenzanrechnung bringt Müttern bis zu 12.000 Euro

Frauen mit Kindern haben Nachteile, wenn sie mehrere Jahre in Karenz sind. Niedrigere Löhne, weil sie weit langsamer im Gehaltsschema vorrücken als Männer, kleinere Pensionen und weniger Urlaub. Die SPÖ hat seit langem gefordert, dass Karenzzeiten vollständig angerechnet werden.

Volle Anrechnung der Karenzzeiten: So verliert eine 35-Jährige Verkäuferin, die mit 20 Jahren zu arbeiten begonnen hat, 5.614 Euro Einkommen, wenn sie mit einem Kind zwei Jahre in Karenz war. Hat sie zwei Kinder und war insgesamt vier Jahre in Karenz, verliert sie sogar knapp 12.000 Euro. Rechnet man die Karenzzeiten voll an, wird ihr Gehalt um diesen Betrag höher. Um rund drei Prozent steigt das Lebenseinkommen von Frauen, wenn Karenzzeiten angerechnet werden.

2 Jahre früher Anspruch auf 6. Urlaubswoche: Eine Angestellte mit einem Kind hat zwei Jahre später Anspruch auf die sechste Urlaubswoche, wenn ihr die Karenzzeiten nicht angerechnet werden. Mit jedem weiteren Kind und

Karenzjahr wird es mehr. Rechnet man eine Woche Urlaub in Geld um, sind das jährlich 630 Euro Verlust.

Anrechnung der Karenzzeiten bei den Kündigungsfristen: Mit steigenden Dienstjahren steigt auch der Kündigungsschutz. Hat man nach zwei Dienstjahren eine Kündigungsfrist von 6 Wochen, sind es nach 16 Dienstjahren schon vier Monate. Werden Karenzzeiten angerechnet, hat eine Mutter mit vier Karenzjahren nach 16 Dienstjahren 4 statt nur 3 Monate Kündigungsfrist. Sie gewinnt dadurch ein ganzes Monatsgehalt.

Bisher an der ÖVP gescheitert: Solange die ÖVP in der Regierung war, ist die Karenz-Anrechnung im Job immer am Wirtschaftsflügel gescheitert. Im freien Spiel der Kräfte haben jetzt alle Parlamentsparteien, außer der ÖVP, dem SPÖ-Antrag zur Anrechnung zugestimmt. Die Kollektivverträge der Industrie rechnen schon heute Karenzzeiten in den meisten Fällen voll an, weil es dort starke Gewerkschaften (aber auch wenig Frauen) gibt. Für Frauen im Handel, in der Gastronomie und in vielen anderen Branchen, in denen es keine oder nur teilweise eine Anrechnung gibt, bringt die gesetzliche Regelung enorme Verbesserungen.

Tiroler Baukonzern soll eine Million für Sebastian Kurz gespendet haben

13 Millionen Euro ließ sich die ÖVP den Wahlkampf für Sebastian Kurz kosten. Gesetzlich erlaubt sind 7 Millionen und damit hat die ÖVP die Obergrenze um 6 Millionen Euro überschritten. Woher kamen die 6 Millionen Euro? Bekannt sind die Großspenden von KTM-Chef Stefan Pierer in der Höhe von 436.563 Euro und die Zuwendung von 75.000 Euro des Immobilienunternehmers und Merck-Vorstands Johannes Baillou. Und eine zusätzliche Million Euro für Sebastian Kurz soll der Tiroler Klaus Ortner gespendet haben. Hier offenbart es sich, dass die ÖVP einige Großspender „vergessen“ zu melden hat, wozu sie gesetzlich verpflichtet wäre. Klaus Ortner ist Hauptaktionär des Baukonzern Porr (er hält 40 Prozent) und soll sich im kleinen Kreis damit gerühmt haben, mehr als ÖVP-Großspender Pierer gezahlt zu haben. Seine IGO Industries scheint in der offiziellen Spender-Transparenzliste von Kurz jedoch nur mit 30.000 Euro auf. Tatsächlich soll er aber eine Million Euro gespendet haben. Ortner will das nicht kommentieren und verweist auf den Rechnungshofbericht zur Parteienfinanzierung, der noch vor den Wahlen veröffentlicht werden soll. Ortner bestätigt, in den Jahren 2017, 2018 und 2019 direkt an die ÖVP gespendet zu haben. Dazu anfangs zwei oder drei Mal an die Junge ÖVP. „Es ist alles ordnungsgemäß gelaufen und wurde dem Rechnungshof gemeldet“. Dass seine Tochter jüngst von der Regierung Kurz in den Aufsichtsrat

der neuen Staatsholding ÖBAG berufen wurde, will Ortner nicht im Zusammenhang mit seinen finanziellen Zuwendungen an die ÖVP sehen. Ortner ist auch Mitglied der Tiroler Adlerrunde. Einer Gruppe von Tiroler Unternehmen, die offen für Sebastian Kurz auftrat. Einen Tag nach der Obmannwahl von Kurz unterstützte ihn die Adlerrunde mit einem ganzseitigen Inserat in der Tiroler Tageszeitung. Im Wahlkampf forderten diese Tiroler Wirtschaftstreibenden, dass künftig „zwölf Stunden pro Tag“ und „60 Stunden pro Woche“ gearbeitet werden darf. Ortner ist zufrieden, dass diese Forderung von der Regierung Kurz erfüllt wurde. Als Unternehmer habe er in den vergangenen Monaten den Eindruck gehabt, „die Anliegen der Wirtschaft finden wieder Gehör“. Bisher hat die ÖVP offiziell nur drei der 42 Unternehmer der Adlerrunde als Spender gelistet. Die Veröffentlichung des Rechnungshofberichtes über die ÖVP-Finanzen wird daher mit Spannung erwartet.

30 Soldaten beantragten am Tag der Airpower den „persönlichen Feiertag“

Die viel kritisierte Karfreitagsregelung von ÖVP und FPÖ zeigt erstmals ihre Unzulänglichkeiten. In Zeltweg haben 30 (ursprünglich waren es sogar 40) Bundesheerbedienstete ihren persönlichen Feiertag auf den Tag der Airpower (6. – 7. September 2019) gelegt und damit eine Protestaktion gestartet. Es handelt sich zwar nicht um Piloten, aber um Personen, die bei der Flugshow unabkömmlich sind. Laut Verteidigungsminister Thomas Starlinger sind es Meteorologen und Flugsicherer. Ihnen gehe es aber nicht um das zusätzliche Geld, das sie bekommen würden, wenn sie an ihrem persönlichen Feiertag arbeiten müssten. Es sei ein Problem der Dienstverträge, die um bis zu 30 Prozent niedriger dotiert sind, als in der Privatwirtschaft. Starlinger kündigte Gespräche mit den Betroffenen an. Die Karfreitagsregelung sieht vor, dass jeder Arbeitnehmer einen persönlichen Feiertag im Jahr beantragen darf. Das muss mindestens drei Monate vorher geschehen. Dieser freie Tag wird zwar aus dem Urlaubskontingent verbraucht und ist damit kein zusätzlicher Urlaubstag. Nötig geworden war diese Regelung, weil der Europäische Gerichtshof die alte Regelung, wonach für Evangelische in Österreich der Karfreitag ein Feiertag war, auf Antrag eines Mannes als gleichheitswidrig aufgehoben hatte. Die Regierung weigerte sich, den Karfreitag als zusätzlichen Feiertag für alle Österreicher einzuführen, und so kam es zu derzeit gültigen Regelung.

21. 06. 2019:

Der Ofenrohrberater und das freiheitliche Ehrenamt

Vermutlich liegt es an unseren linkslinken Wahneideen, dass wir das „Ehrenamt“ oder die „ehrenamtliche Tätigkeit“ mit dem Begriff unentgeltlich verbinden. Sieben Minuten aus einem Video bringen die Karriereplanung der obersten blauen Familie kurzfristig ins Wanken. So müssen nun eben auch die Straches „jeden Cent“ zählen und da kann auch das Ehrenamt nicht ehrenamtlich bleiben. Mit bangem Herzen mussten die blauen Fans nach dem Rücktritt ihres Vizekanzlers und Parteichefs die „existenziellen Nöte“ der Straches miterleben. Wie sollten die Straches mit dem Verlust von knapp 20.000 Euro brutto überleben können. Nach der Wahl und den vielen Vorzugsstimmen für ihren „Heinrich“, war sie sich jedenfalls sicher, dass die Wähler sein ganzes Vertrauen verdienen würde und wünschte sich das er nach Brüssel geht. Jedoch hat Philippa ihre Rechnung ohne den Wirt (FPÖ) gemacht, der das Comeback ihres gestrauchelten Helden doch zu rasch und in dieser Form ungelegen kam. So entstand der Phasenplan, bei dem zunächst einmal Philippa in den Nationalrat geschickt wird, um dort so etwas wie eine Mindestsicherung für die Strache-Familie als Tierschutzsprecherin zu erwirtschaften. Der Heinrich wurde einstweilen auf eine Warteposition gestellt und darf sich dann später vielleicht ein Zubrot im Wiener Gemeinderat erarbeiten. Da heutzutage keine Familie mit nur einem Gehalt existieren kann, wurde die Idee geboren HC mit einem netten Beratervertrag auszustatten. Als er noch Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordneter der FPÖ war, verdiente sich Strache bereits ein bescheidenes monatliches Zubrot, indem er für eine Wiener Abzugsrohrfirma den kroatischen Markt beobachtete. Die Höhe der Honorare wollte er damals nicht bekanntgeben, weil er sich vermutlich über das Taschengeld (Lohn) geschämt hatte. Damals hatte Harald Vilimsky den Medien eine „inszenierte Lügengeschichte“ vorgeworfen, ehe Strache dann kleinlaut den Beratervertrag eingestehen musste. Jetzt fragt Armin Wolf den armen Harald nach einem möglichen Beratervertrag durch die Partei oder parteinahe Organisationen für den HC. Und der Generalsekretär der Partei macht sich ganz ganz klein und antwortet, dass er nach seinem Wissensstand nichts von einem solchen wisse. Aber Armin Wolf lässt nicht locker, macht den Harald wieder groß und fragt weiter: „Sie sind ja Generalsekretär der Bundespartei und auch im Wiener Landesvorstand. Ist es korrekt, dass Frau Strache als Tierschutzbeauftragte der FPÖ schon jetzt ein Gehalt bezieht, das etwa in der Größe eines Abgeordnetengehalts liegt“? Darauf antwortet er ungeniert: „Also ich weiß nicht welches Gehalt sie bezieht, aber sie bezieht als Mitarbeiterin bei uns im Klub natürlich auch eine entsprechende Unterstützung, genauso wie es auch bei Ihnen, Herr Wolf, der Fall ist, dass Sie

als Journalist ein Gehalt haben und Sie tun ja auch etwas dafür“. Da hat sich der Herr Generalsekretär in einen schönen Strudel reingeredet. Die Philippa bezieht also eine „entsprechende Unterstützung“ für ihr „Ehrenamt“, genauso wie der Armin Wolf als vollberuflicher Journalist. Ob die „entsprechende Unterstützung“ der Partei für die Philippa so hoch ist, wie ein Abgeordnetengehalt, das will der Generalsekretär natürlich nicht wissen. Schließlich wurde der Job der Philippa als „Tierschutzbeauftragte“ der FPÖ von Anfang an als „ehrenamtliche Tätigkeit“ verkauft. Auch von Philippa Strache selbst: Im September 2018, nachdem sie das Ehrenamt als Tierschutzbeauftragte vom Parteivorsitzenden und Ehepartner zugesprochen bekommen hat, erklärte sie: „Ich möchte betonen, dass ich das ehrenamtlich mache“. Am 8.12.18 hieß es dann in einem Bericht: Die unbändige Tierliebe hat der 31-jährigen Social-Media-Expertin der FPÖ ein Ehrenamt eingetragen und sie ist hiermit die offizielle „Bundes-Tierschutzbeauftragte“. Auch als sie, Monate später, am 31.3.2019, noch einmal gefragt wird, was ist der Tierschutzbeauftragte, eigentlich für ein Job ist, antwortet Philippa ganz bestimmt: „Das ist eine ehrenamtliche Aufgabe, die mir große Freude macht. Ich bündle die Kräfte in der Partei, die sich für den Tierschutz einsetzen“. Seit dem Vilimsky-Interview wissen wir, dass das „Ehrenamt“ als FÖP Tierschutzbeauftragte mit einer „entsprechenden Unterstützung“ verbunden ist, die möglicherweise in der Höhe eines Abgeordnetengehaltes liegt. Und dass es mit der Bündelung der Kräfte in der FPÖ, die sich für den Tierschutz einsetzen, nicht sehr weit her sein kann, nachdem die FPÖ-Abgeordneten gegen Anträge der Liste „Jetzt“ zum „Verbot betäubungsloser Ferkelkastration, Verbot der Tötung von Eintagsküken zur Gewinnmaximierung und zum Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinemast“ gestimmt haben.

22. 06. 2019: Kurz und die vierte Dimension der neuen Rechten

Das Wunder von Rudolfsheim-Fünfhaus ist nicht die „Speisung der Fünftausend“, zumal ihm die Legende über die Vertreibung des Jüngers aus dem Parlament vorausgeeilt war. Die Legendenbildung zum erlittenen Martyrium kursierte bereits. Darin hatten zwei finstre Mächte (eine davon ein gefallener Erzengel der heilsbringenden Regierungsgemeinschaft = FPÖ) versucht, das Wunderwerk zu zerstören. Mit einem obskuren Hexenwerk dieser Dimension rechnete wohl niemand. Das Loch im Zaun war geflickt, so behauptete der Exkanzler zu Kurzkanzlerzeiten, was sollte da noch kommen? Und doch, mochte sich der eine oder die andere fragen, was würde der Philister wohl als Nächstes inszenieren? Der Stil des Ex-Kurzkanzlers, über die Krise des Parlaments hinwegzumarschieren, das Parlament, als vom Volk losgelöste kanzlerfeindliche Gruppierung darzustellen, war noch blass in Erinnerung. Nach dem

„Wunder“ wissen wir nun, dass der Angriff aufs Parlament „SPÖ und FPÖ haben ihn gestürzt, aber am Ende wird das Volk entscheiden“, sowie die anti-semitische Anpatzerei der SPÖ mit dem Silberstein-Vorwurf in ihrer Unbekümmertheit an den Wandel Jesus übers Wasser gehend, erinnern. Was scheren den von Gott Auserwählten profane Gesetze, wenn es gilt, seine Wunderkraft zum Heil und Segen seiner Selbstverliebtheit und darüber hinaus seiner Klientel zu stellen? Was ist ein Staat, wenn das Himmelreich ruft? Den Ernst der Lage demokratischen Selbstverständnisses politischer Eliten, während der Kurzkanzlerlei, zeigten uns bereits die „Offenbarungen von Ibiza“, die Abwendung von demokratischen Grundsätzen, jetzt eben die neue Volkspartei. Der säkulare Staat erodiert und die Trennung von Staat und Kirche ist in Auflösung begriffen. Während wir noch im Nachhall auf das Video zum Thema „Österreich am Strande von Ibiza“ diskutieren, dazu eine Debatte über die Möglichkeiten zu einem demokratischen Staate mit einem soliden Grundgesetz durch eine Expertenregierung führen, tritt der Teufel in Gestalt des Awakening Europe in die Welt. Eine Gesinnungsgemeinschaft, die sich einen derart politischen Namen gibt, kann keine reine Glaubensgemeinschaft bleiben wollen. Sie agieren sektiererisch, sie leugnen den Klimawandel, die Naturwissenschaften allgemein, sie sind gegen Abtreibung, die Selbstbestimmung der Frau und sie sind der Ansicht, alles, was nicht heterosexuell ist, sei eine Krankheit. Ihre Politisierung besteht darin, Religion öffentlich zu betreiben, die inhaltlich orthodox-religiös-konspirativen Konzepte ihres Glaubens in die Politik hinein zu reklamieren. Es ist die Art eines solchen Erlösertums, mit seiner Katzenfreundlichkeit, seiner selektiven Sicht auf die Welt, mit seiner ideologiegetränkten Werteordnung und dem salbungsvollen Habitus für einen Kanzler ihrer Façon zu beten. Dieser Messianismus ist es auch, der so abstoßend wirkt. Ein Kanzlerkandidat, der sich auf ein solches Ereignis begibt, hat nicht die Qualität, ein Kanzler für alle in einem modernen, säkularisierten Staat zu sein. Einem Kandidaten, der Religion nicht privat betreibt, im Gegenteil, diese derart dramatisch und unermesslich abgeschmackt pflegt, dem fehlt die nötige Distanz, die eines passablen Staatsmannes bedarf. Sich anschließend vor der Presse in Verwunderung über die Veranstaltung zu zeigen, um der Kritik aufrechter Demokraten zu entgehen oder diese abzumildern, offenbart den ungläubigen Thomas im Sebastian. Kein Theatermacher dieser Welt könnte sich eine solch gelungene pharisäerhafte Inszenierung ausdenken. Der Jüngling, Gott Vater gleich, mit seinem salbungsvollem getue und mit adorierendem Blick von unten auf den Heilsbringer gerichtet, den Kopf leicht zur Seite geneigt und die Hände gefaltet. Ein Kanzlerkandidat, der sich diese Bühne zu eigen macht, der dazu sagt, es sei ihm „eine große Ehre und Riesenfreude, hier sein zu dürfen“, der sich einem abgeschmackten Gesülze ausgestreckter Hände mit entzückt entrücktem Geschau

hingibt, sollte sich um das Amt eines Sektenpredigers kümmern, aber nicht um die Anwartschaft auf die Kanzlerschaft in einem demokratischen Staate, der seine ökonomische Stärke aus der kulturellen, religiösen und politischen Vielfalt bezieht.

Vom Abgeordneten zum Beschuldigten

Man stelle sich vor, wie dutzende Nationalratsabgeordnete gleichzeitig festgenommen werden, um das Ergebnis einer entscheidenden Abstimmung zu manipulieren. Ein demokratiepolitisches Schreckensszenario, das man aus autoritären Regimen kennt. Um das zu verhindern, verfügen Abgeordnete in den meisten europäischen Ländern, so auch in Österreich, über parlamentarische Immunität. Im Zusammenhang mit ihrer Abgeordnetentätigkeit dürfen Parlamentarier seit fast 150 Jahren nicht strafrechtlich verfolgt werden, wenn ihr Vergehen in Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit als Mandatar steht. Will die Staatsanwaltschaft ermitteln, muss sie den Nationalrat ersuchen, Abgeordnete auszuliefern. Das tat sie in der aktuellen Legislaturperiode bisher sechsmal. Zurzeit ermittelt die WKStA in zwei Causen gegen den FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank, der im Vorstand von FPÖ-nahen Vereinen saß, über die es womöglich zur illegalen Parteienfinanzierung gekommen war. Tschanks Auslieferung wurde einstimmig beschlossen. Abgelehnt wurde hingegen im März 2019 die Auslieferung des damaligen freiheitlichen Klubobmanns Johann Gudenus, dem Verhetzung vorgeworfen wurde, sowie die Auslieferung des blauen Generalsekretärs Christian Hafenecker, gegen den wegen gefährlicher Drohung ermittelt werden sollte. Auch Neos-Mandatar Gerald Loacker behielt seine parlamentarische Immunität, nachdem er seinen Wohnsitz digital in das Wirtschaftsministerium verlegt hatte, um Schwächen der neuen Behörden-App zu zeigen. Doch was passiert eigentlich, wenn Abgeordnete den Nationalrat verlassen? Entgegen der landläufigen Auffassung sind Ex-Mandatare dann nicht mehr vor der strafrechtlichen Verfolgung von Delikten geschützt, die sie während ihrer Zeit im Parlament begangen haben. Es sei denn, sie haben diese während einer Rede oder einer schriftlichen Äußerung im Nationalrat begangen, also entweder im Plenum oder in einem Ausschuss. In anderen Fällen hemmt die Immunität sogar die Verjährung. Aktuell ist das problematisch für Gudenus, der ja sein Nationalratsmandat zurückgelegt hat. Die Staatsanwaltschaft Wien bestätigte, dass nach dem Verlust seiner Immunität nun gegen Gudenus ermittelt wird. Auslöser ist ein Video, das die FPÖ im Herbst 2018 veröffentlicht hat. Darin wird ein Herr namens „Ali“, dargestellt als plump, rassistisch und mit Fes auf dem Kopf, der E-Card-Missbrauch begeht, gezeigt. Das Video, das ausgerechnet am Tag des Regierungsgipfels gegen „Hass im

Netz“ veröffentlicht worden war, sorgte für heftige Proteste. Warum aber verlieren Abgeordnete den Schutz der Immunität, wenn sie aus dem Parlament ausscheiden? Weil die Immunität nicht dem Schutz des einzelnen Abgeordneten, sondern des Parlaments insgesamt dient. Der Gesetzgebungskörper soll auf diese Weise von Eingriffen durch die Exekutive abgeschirmt werden. Deshalb kann auch nur das Parlament selbst die Immunität eines einzelnen Abgeordneten aufheben, der Parlamentarier selbst kann nicht auf sie verzichten. Das Ziel der Immunität ist die Sicherstellung der freien Ausübung des Mandats. Abgeordnete sollen im Plenum des Nationalrats frei sprechen und debattieren dürfen, und die einzige Sanktion, die sie dabei zu befürchten haben, ist der Ordnungsruf des Nationalratspräsidenten. Es gibt jedoch zwei Ausnahmen: Schwere Verleumdungen sind, im Gegensatz zur Verhetzung, nicht erlaubt und auch Verstöße gegen das Informationsordnungsgesetz sind nicht von der Immunität umfasst. Ein solcher Verstoß wäre beispielsweise das Zitieren aus geheimen Untersuchungsausschuss-Dokumenten. Auch für den Fall, dass ein Abgeordneter auf frischer Tat ertappt wird, ist eine Ausnahme vorgesehen. In jedem Fall muss die Staatsanwaltschaft aber den Nationalrat um Aufhebung der Immunität ersuchen. Der Immunitätsausschuss berät den jeweiligen Fall und legt ihn dann dem Plenum zur Abstimmung vor.

24. 06. 2019:

Die aktuelle Spendenliste von Sebastian Kurz im Wahlkampf

Die Liste der Großspender für Sebastian Kurz im Wahlkampfsjahr 2017 wird immer länger. Zahlreiche Immobilien-Unternehmer, Hotelliers und Hobby-Jäger, haben alle an Kurz Geld überwiesen. 4,4 Millionen Euro hat die ÖVP im Wahlkampf eingenommen. Großspender, wie den Tiroler Bauunternehmer Klaus Ortner, hat dabei seine Spenden an Kurz mehr als zwei Jahre lang verheimlicht und durch die Stückelungen der Spenden die Offenlegung umgangen.

Spender:	Betrag:
Abensberg und Traun, Benedikt	20.000 €
Allinvest Unternehmensbeteiligung	11.000 €
ASMAG GmbH	7.000 €
Baillou Johannes	75.000 €
Berghofer Günther	5.000 €
Böhm Martin	100.000 €
Braun Markus Dr.	70.000 €
Chalupa Michael – Immobilienverwaltung GmbH	6.000 €
Dolomiten Bank	10.000 €
Dressler Gustav	5.000 €
Eder Josef	20.000 €
Eglo Leuchten GmbH	5.000 €
Elk Fertighaus GmbH	25.000 €
ep media Werbeagentur GmbH	5.000 €
Ertl Josef	5.000 €
Fritsch Peter	5.000 €
Gerhardus Martin und Alexa	20.000 €
Glatz-Kremsner Bettina	10.000 €
GMIM Immobilienmanagement	30.000 €
Goriany Nikolaus	10.000 €
Gröbl Werner	11.111 €
Gürtler Rudolf	40.000 €
Handl Tyrol GmbH	45.000 €
Happy Foto	35.000 €
Hild Harald	10.000 €
ILAG Vermögensberatung	100.000 €

Spender:	Betrag:
Jerabek Hans	5.000 €
Klaus Röhrig	40.000 €
Klepsch Wilhelm	10.000 €
Krüger Michael, Dr.	5.000 €
Kurschel Martin	10.000 €
M. Kaindl AG	50.000 €
MAM Babynahrung GesmbH	40.000 €
Mann Kurt	10.000 €
Michelfeit Sepp und Christine	5.000 €
Mitterbauer Peter	45.000 €
MRP Investmentmanagement	10.000 €
Münzer Bioindustrie GmbH	10.000 €
Muzicant Dorit	25.000 €
Muzicant Georg	30.000 €
Neudeck Detlev	4.000 €
Neuhuber Alexander	5.000 €
Oberhofer Dietlinde	5.000 €
Ofner Immobilien	10.000 €
Ortner Klaus	1.000.000 €
Pagitz Teresa	15.000 €
Pierer Stefan - KTM	436.463 €
Premiquamed	25.000 €
Ramsauer Richard	25.000 €
Rauch Fruchtsäfte	50.000 €
Royal Hotelbetriebs GmbH	10.000 €
Rupp Josef	5.000 €
Schick Martin	8.000 €
Schütz Gerhard	40.000 €
Senger-Weiss GmbH	30.000 €
Skiliftgesellschaft Sölden-Hochsölden	12.000 €
Smile GmbH	10.000 €
Supernova Baumärkte	60.000 €
Tilly Hans	10.000 €
Trofana Erlebnis Dorf	14.800 €
Umdasch Elisabeth	10.000 €
Unterberger Beteiligungs GmbH	5.000 €

Spender:	Betrag:
Vavrik Christoph	4.000 €
Vitalis Food VertriebsgmbH	20.000 €
Wurpes Gottfried	10.000 €
Zeller Bergbahnen Zillertal	25.000 €

Kickls Innenressort versuchte Verfahren zu beeinflussen

Verfahrensrichter Eduard Strauss übt in seinem Bericht für den BVT-Untersuchungsausschusses massive Kritik an der Justiz und am früheren Innenministeriums-Generalsekretär Peter Goldgruber. Strauss wirft der rechten Hand von Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) im Ministerium nicht nur eine deutliche Überschreitung seiner Befugnisse vor, sondern de facto auch eine Falschaussage im Ausschuss. Goldgruber hatte im Ausschuss zuerst dementiert, im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) nachgefragt zu haben, wo verdeckte Ermittler gegen Rechtsextreme im Einsatz waren und später verweigerte er bei dieser Frage die Aussage. Strauss geht aufgrund der vorliegenden Unterlagen aber davon aus, dass diese Frage tatsächlich, in einer Besprechung am 29. Jänner 2018, gestellt wurde. Im Feber 2018 fand die mittlerweile für rechtswidrig erklärte Razzia im Verfassungsschutz statt. Die sich zum Teil widersprechenden Aussagen von Goldgruber erscheinen im Hinblick auf dessen zahlreiche Erinnerungslücken und Aussageverweigerungen als nicht glaubwürdig, schreibt Strauss in einem Berichtsentwurf. Und die Tatsache, dass Goldgruber explizit danach fragte, in welchen Bereichen des Rechtsextremismusbereiches verdeckte Ermittler eingesetzt waren, stellt eine nicht unerhebliche Überschreitung seiner Befugnisse dar. Dass die FPÖ erfahren wollte, ob und wo verdeckte Ermittler gegen parteinahe Burschenschaften eingesetzt werden, war von den anderen Parteien als ein möglicher Hintergrund für die Razzia vermutet worden. Warum bei dieser Hausdurchsuchung ausgerechnet das Büro der Extremismus-Referatsleiterin Sibylle G. genau durchsucht wurde, konnte vom Ausschuss nicht nachvollzogen werden. Dass die Polizisten bei der Razzia keinen Zugriff auf sensible Daten gehabt hätten, wie das Kickl und die Chefin der Korruptionsstaatsanwaltschaft, Ilse Vrabl-Sanda, behaupteten, weist Strauss zurück. Diese Aussagen sind aufgrund der festgestellten Ergebnisse zumindest infrage zu stellen. Nicht belegt ist aber der Verdacht, die Beamten hätten Daten mitgenommen. Gleiches gilt für den Vorwurf, die Polizeieinheit EGS wäre wegen ihrer FPÖ-Nähe für die Razzia ausgewählt worden. Strauss vermisst seitens der ermittelnden Staatsanwälte die notwendige Objektivität und die Folgenabschätzung. Auffällig war aus seiner Sicht auch, dass Goldgruber die Suspendierung von BVT-Chef Peter Gridling

trotz interner Bedenken durchdrückte. Die Suspendierung wurde später per Gerichtsbeschluss wieder aufgehoben. Die FPÖ wies die Kritik zurück und behauptete, dass die Schlussfolgerungen „nicht nachvollziehbar“ sind und dass es sich um ein „undifferenziertes Kickl-Bashing“ handelte.

Van der Bellen blockierte Ernennung von ranghohen Offizieren

Am 28. März übermittelte das Verteidigungsministerium dem Bundespräsidenten die Bestellung von drei ranghohen Offizieren, dieser unterschrieb aber nicht und so hängen die Posten nun in der Luft. Die drei Kommandanten üben derzeit Jobs aus, für die sie nicht ernannt wurden. Der damalige Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) wollte Brigadier Wolfgang Wagner, kurz zuvor erst zum Chef des Kommandos Luftunterstützung mit Sitz in Hörsching aufgerückt, zum neuen stellvertretenden Streitkräftekommandant und „Airchief“ (Chef der Fliegertruppe) machen. Brigadier Gerhard Christiner sollte Stabschef des Streitkräftekommandos in Graz und Brigadier Alexander Platzer Kommandant der neu geschaffenen Streitkräftebasis in Wien werden. Alle drei Brigadiers wurden im Zuge ihres Aufstiegs zu Generalmajoren befördert. Unter normalen Umständen wäre dies eine Formalie (der Präsident unterschreibt die Ernennungen) gewesen. Kunasek hatte zudem den Festakt in Graz mit dem Inkraftsetzen der neuen Kommandostruktur, sowie den entsprechenden Führungspositionen für den darauffolgenden Tag angesetzt. Der Festakt fand auch statt, ebenso die Information über die Bestellung der drei Brigadiers in ihre neuen Funktionen. Alexander Van der Bellen bestätigte die Ernennungen jedoch bis heute nicht. Inoffiziell heißt es, dass das Staatsoberhaupt mit den Bewertungen der drei Offiziere durch die jeweilige Begutachtungskommission Probleme habe. Denn entgegen sonstigen Gepflogenheiten gab es bei allen drei Bestellungen keine Reihung. Es wurden zwar alle drei als „im höchstem Maße“ geeignet bewertet, aber zumindest bei einem Offizier soll es weniger Zustimmung der Kommission gegeben haben als für einen anderen Bewerber. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei den Postenvergaben um persönliche Wünsche des Ressortchefs bzw. um „parteiliche Besetzungen“ handeln könne. Ungeachtet der fehlenden Zustimmung des Bundespräsidenten üben alle drei Offiziere seit Anfang April, ihre ihnen vom Minister, zgedachten Positionen aus. Doch mit dem Ende der türkisblauen Koalition zieht sich die Entscheidung des Bundespräsidenten, mit Sicherheit bis zur Bildung einer neuen Regierung, nach den Nationalratswahlen, hin. Denn bis dahin wird er keine Ernennungen bestätigen, hatte Van der Bellen kurz nach dem Ende der Koalition kundgetan. Sollte der künftige Verteidigungsminister nicht mehr der FPÖ angehören, so halten es

Insider im Ministerium für sehr wahrscheinlich, dass alle drei Funktionen neu ausgeschrieben werden.

26. 06. 2019:

Blaue Studie zu Kassenfusion empfiehlt Stellenabbau

Durch die Fusion der Sozialversicherungen, das Prestigeprojekt der geplatzten Koalition, werde im System gespart. Eine Milliarde Euro würden damit den Patienten zur Verfügung stehen. Aber wie sich diese Zahl errechnet, blieb lange Zeit im Dunkeln. Nun hat ein von der ehemaligen Gesundheits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) in Auftrag gegebenes Gutachten erstmals Anhaltspunkte geliefert, wo die ehemalige Bundesregierung sparen wollte und zwar könnte der „Sparkurs“ (am System), 1.500 Jobs kosten. Möglich werden soll das durch die Neuorganisation der Sozialversicherungen. Neun Gebietskrankenkassen sollen zu einer, der Österreichischen Gesundheitskasse fusioniert werden, die Sozialversicherung für Selbstständige (SVA) wird mit jener der Bauern (SVB) zusammengelegt, jene der Beamten mit der der Eisenbahner. Dieses Vorhaben brachte der früheren Regierung viel Kritik ein, Proteste folgten umgehend, die betroffenen Krankenkassen legten Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein. Die SPÖ brachte über den Bundesrat eine Drittelbeschwerde ein, das Höchstgericht muss nun die Rechtmäßigkeit des Vorhabens prüfen. Deshalb holte sich Hartinger-Klein Unterstützung von außen und gab eben jenes Gutachten in Auftrag. Bis 4. Juli hätte die alte Regierung Zeit gehabt, ihr Vorhaben zu rechtfertigen. Hoffmann, aus dessen Feder das Gutachten stammt, tritt nicht zum ersten Mal als Experte für die FPÖ auf. Im November des Vorjahres nominierte ihn die FPÖ für ein Hearing im Sozialausschuss, bei dem es ebenfalls um die SV-Neuordnung ging. Er ist Professor für strategisches Management an der Wirtschaftsuniversität Wien und Unternehmensberater. Bereits damals verteidigte er den türkis-blauen Kurs und sah viele Vorteile in der Fusion. Je weniger Träger es gebe, desto agiler und entscheidungsfähiger sei das System. Auch im vorliegenden Gutachten arbeitet Hoffmann vor allem die positiven Effekte der Fusion heraus. Er sieht ein jährliches Einsparungspotenzial von etwa 300 Millionen Euro. Voraussetzung dafür ist aber ein „professionelles Integrationsmanagement“, nach fünf Jahren könnte das laut Hoffmann „voll wirksam“ sein. Was er aber nicht erwähnt ist, dass derzeit die neun Gebietskrankenkassen über ebenso viele IT-Systeme für die Kostenrechnung verfügen. Für einen professionellen Integrationsprozess müssten diese zusammengelegt werden, Maßnahmen gibt es dafür aber noch keine. Es würden zwar Kosten für einen Integrationsprozess anfallen, diese könne er aber nicht berechnen, da er über keine detaillierten Informationen verfüge. Dass

eine Fusion aber auch das Risiko von Mehrkosten in der Verwaltung birgt, wie es bei der Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalten 2003 geschehen ist, wird nicht näher erläutert. Dafür sieht Hoffmann eben das Einsparungspotenzial genau in der Verwaltung. Durch Bündelungs- und Automatisierungsmaßnahmen könne die Effizienz gesteigert werden. Für Barbara Teiber, Vorsitzende der Gewerkschaft für Privatangestellte, tritt das ein, was sie „immer prophezeit und befürchtet“ hat. Das Sparen im System ist in Wahrheit ein radikales Sparen beim Personal. Dabei brauche es Personal, damit das Gesundheitssystem funktioniere, etwa für Beratung oder Bearbeitung von Krankengeldern. Die im Vorfeld kritisierte Rotation der Vorsitzenden würde die Vertretung der Sozialversicherungsinteressen nach außen schwächen. Hoffmann empfiehlt, den Posten des Büroleiters im Dachverband zu dem eines (überbezahlten) Generalsekretärs aufzuwerten.

28. 06. 2019:

Sonderurlaub und Lohnfortzahlung für freiwillige Helfer

Freiwillige Einsatzkräfte müssen binnen weniger Sekunden ausrücken. Oft bleibt keine Zeit, um sich beim Arbeitgeber abzumelden und das kann zu Schwierigkeiten führen. Außerdem müssen Helfer oft Urlaubstage für ihren freiwilligen, unentgeltlichen Einsatz opfern. Die SPÖ hat bereits vor einem Jahr gefordert, dass ehrenamtliche freiwillige Helfer in Österreich sicher sein müssen, Job und Hilfeinsätze vereinbaren zu können. Das Parlament will „im freien Spiel der Kräfte“, 5 Tage Sonderurlaub, Lohnfortzahlung und eine bessere arbeitsrechtliche Absicherung für freiwillige Helfer, noch vor dem Sommer beschließen. Eine Vergütung für den Arbeitgeber soll es aus dem Katastrophenfonds geben. Unter der schwarz-blauen Regierung fand das aber keine Zustimmung. Die Sozialdemokraten haben nun den Antrag, mit Unterstützung der FPÖ und JETZT, erneut eingebracht. Die ÖVP und die NEOS sprachen sich dagegen aus.

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Neos	Jetzt
Glyphosat - Verbot	ja	ja	ja	ja	ja
Papamonat	ja	nein	ja	nein	ja
Lohnfortzahlung für Katastrophenhelfer	ja	nein	ja	nein	ja
Nichtraucherschutz	ja	ja	nein	ja	ja
Volle Anrechnung der Karrenz im Job	ja	nein	ja	ja	ja
Schutz des Wasser vor Privatisierung	ja	ja	ja	ja	ja
Pflegegeld wird erhöht	ja	nein	ja	ja	ja

Nachdem Schwarz-Blau abgesetzt wurde, wurden zahlreiche wichtige Gesetze im Parlament beschlossen und die Lohnfortzahlung ist eines davon. 3,3 Millionen Menschen sind in ganz Österreich als Ehrenamtliche, um Mitmenschen in Notlagen zu helfen im Einsatz. Sie engagieren sich im Roten Kreuz, der Freiwilligen Feuerwehr oder der Bergrettung. Dort bringen sie Höchstleistungen und begeben sich zum Teil sogar in lebensgefährliche Situationen. Für ihr Engagement bekommen diese freiwillige Helferinnen und Helfer jetzt Anerkennung.

29. 06. 2019:

SPÖ bringt Antrag auf Verlängerung der Jobaktion 20.000 ein

Die SPÖ möchte das auslaufende rot-schwarze Projekt Ende Juni um zwölf Monate verlängern und wird in der Nationalratssitzung einen diesbezüglichen Antrag einbringen. Die Aktion, die Anreize für Unternehmen schafft, ältere Arbeitslose anzustellen, war im Juli 2017 von der damaligen SPÖ-ÖVP-Regierung ins Leben gerufen worden. Nach dem Stopp der Aktion durch die ÖVP-FPÖ-Regierung läuft sie mit 30. Juni aus. Als Begründung für den Vorstoß führten SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner und Sozialsprecher Josef Muchitsch die Arbeitsmarktlage an. Im Mai 2019 waren rund 92.000 Menschen ab 50 arbeitslos gemeldet und das macht ein knappes Drittel aller Arbeitslosen aus. Während die Arbeitslosigkeit bei den anderen Altersgruppen zurückging, stieg sie bei den älteren Arbeitslosen um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieser Antrag soll sicherstellen, dass jene 3.700 Personen, die über die Aktion 20.000 eine Anstellung gefunden haben, nach dem Auslaufen der Aktion am 30. Juni ein weiteres Jahr angestellt werden. Dazu soll es für Unternehmen, die bereit sind, diese Personen ein weiteres Jahr anzustellen, eine Beihilfe von 1.400 bis 1.500 Euro pro Angestellten geben und außerdem soll ihnen der Staat die Lohnnebenkosten ersetzen. „Ältere Arbeitslose haben es trotz der guten Konjunktur noch immer besonders schwer, einen Job zu finden. Die Aktion 20.000 war daher eine dringend benötigte Initiative für Menschen, die unsere Unterstützung besonders brauchen und sie auch besonders verdient haben“, erklärte der Wiener Wirtschaftsstadtrat Peter Hacker (SPÖ). Er werde daher gemeinsam mit Bürgermeister Michael Ludwig (ebenfalls SPÖ) im September die „Job-offensive 50 plus“ vorstellen, mit der Arbeitslose ab 50 nach dem Vorbild der Aktion 20.000 im Magistrat, im stadtnahen Bereich, sowie bei privaten Unternehmen angestellt werden sollten.

30. 06. 2019:

Eine Analyse des Neuwahl-Statements von Sebastian Kurz

Vor zwei Jahren, als alles gut war, ist ER (nicht wir, nicht die ÖVP) angetreten, um ein Land aus dem Moloch der großen Koalition zu holen. Spannend ist hier die, fast schon religiöse, Erzählung. Es war Rückschritt und Stillstand, dann kam ER und es wurde gut und jetzt ist dieses Gute wieder dramatisch gefährdet. Immer wenn er nicht Akteur ist (damals und jetzt), ist er einer von uns. Wenn er Akteur ist, ist ER gottgleich und individuell und das ist nichts Neues, da Kurz das von Anfang an machte. Er ist der, dem wir vertrauen und alle die älter als 30 sind, haben noch im Ohr, auf wessen Klavier (Haider-Einmaleins) das spielt. Es geht darum, dass wir Sympathien für Kurz empfinden. Kurz' Thema in Zeiten der Staatskrise ist Kurz. Jetzt, wo wieder alles so schlecht und schwer ist (sowie damals vor Kurz), wird er uns wieder retten, bleibt uns treu, standhaft und wird für uns kämpfen. Es ist, in diesen dunklen Zeiten, seine Bestimmung das Gute und Richtige zu tun. Wir reden jetzt schon so lange über so vieles, aber dieses Ibiza-Video spielt in seinem Statement einfach noch keine Rolle. Denn jetzt kommt ans Licht, was das Opfer für diese gute Zeit war, die wir dank Kurz zwei Jahre haben durften. ER hat sich geopfert. ER hat im Stillen und ohne Klage (für uns) alles erduldet. Hier haben wir wirklich schon einen Jesus-Komplex. Damit es allen gut geht, muss einer leiden. Und woran musste er leiden? Rechtsextremismus, Einzelfälle etc. Also das wahre Opfer der menschenverachtenden Ideologie der FPÖ sind nicht die betroffenen Menschen, sondern Sebastian Kurz. Wir haben also Heilsbringer, Märtyrer, einer von uns und umsorgender Anführer. Es geht einfach immer nur um das Heldenbild Sebastian Kurz und nicht um die Opfer der FPÖ-Politik. Das Erste, was Kurz zu diesem Video einfällt, ist es, die Sozialdemokratie (Silberstein) an zu patzen. Das muss einem erstmal einfallen. Die FPÖ führt sich auf, aber schuld ist die SPÖ. Er ist das Opfer und Alle (Silberstein, FPÖ, SPÖ) sind gegen Kurz. Und genauso geht es weiter. Ein gekonnter rhetorischer Kniff ist, dass er als erste Schrecklichkeit des Videos die Angriffe gegen ihn gerichtet sieht. Etwas, was überhaupt nicht im Fokus war und uns bis jetzt überhaupt nicht aufgeregt hat, da es völlig unwichtig ist. Er opfert sich wieder und stellt es offensiv zur Schau. Schaut, wie arm er ist und was er erduldet hat. Aber die Priorisierung zeigt uns, dass das Video für ihn nur ein Nebengedanke ist. Und auch nur, um wieder sein Narrativ des „für uns“ zu bedienen. Sein politischer Zugang ist, uns zu dienen. Und gleich macht er wieder das Gegensatzpaar zu den anderen auf, dieses Mal zur FPÖ, die das leider nicht so sieht, wie ihm plötzlich in Gesprächen klargeworden ist. Was für ein Schock! Deswegen musste es Rücktritte geben, denn das war, aus seiner Sicht, zuvor nicht absehbar. Es war also seine Entscheidung

und nicht die Not der Umstände, dass es Neuwahlen gibt. Denn nur so kann ER uns wieder die gute Zeit, mit uns und als einer von uns, bringen. Die Anderen sind nicht willens oder sie sind zu schwach. Die stehen ihm und uns gegenüber und das ist eine klassische Haider-Rhetorik. Ganz am Ende erwähnt Kurz dann zum ersten Mal die Volkspartei. Das ist eine klassische Wahlkampfreden, weil ja auch die „ÖVP“ am Wahlzettel steht und die müssen wir finden und richtig ankreuzen. Aber es ist nur eine formale Erinnerung, denn es geht in Wirklichkeit nur um ihn und sonst niemanden. Weg aus dem Chaos und der Dramatik und hin zum Guten und Schönen, für das ER steht. Als Fazit lässt sich festhalten, dass es zu 99 % nur um Kurz, seine Rolle und sein Empfinden für uns und unsere Empfinden für ihn, geht. Es geht nicht um eine Sachebene, die schweren Verfehlungen der FPÖ oder den Schaden für die Republik. Es geht nur um Kurz und es ist faszinierend, wie viel man über sich selbst reden kann.

01. 07. 2019: Gericht verbietet Kurz, die SPÖ in Verbindung mit Ibiza-Video zu bringen

Das Handelsgericht Wien hat eine Einstweilige Verfügung gegen Sebastian Kurz erlassen. Ab sofort ist es dem ÖVP-Obmann verboten, die SPÖ in Zusammenhang mit der Erstellung und/oder Veröffentlichung des Ibiza-Videos zu bringen. Der Beklagte Sebastian Kurz muss es ab sofort unterlassen, unwahre und kreditschädigende Behauptungen über die SPÖ im Zusammenhang mit dem Ibiza-Video von HC Strache aufzustellen. Kurz hat keinen Beleg für seine Behauptung, dass die SPÖ irgendetwas mit diesem Video zu tun haben könnte. Er versucht aber laufend zu vermitteln, dass die SPÖ in die Produktion und/oder Verbreitung des Videos involviert gewesen sei. Diese Behauptungen sind „unwahr und kreditschädigend“ befindet das Handelsgericht und daher darf Kurz dies und ähnliches nicht mehr öffentlich behaupten.

Rendi-Wagner will dem Bundesheer beistehen

Wegen eines erneuten freien Spiels der Kräfte, steht dem Nationalrat vor der Sommerpause eine turbulente Plenarsitzung bevor. Denn neben der Einigung von SPÖ, FPÖ und JETZT für eine Neuordnung der Parteienfinanzierung wollen ÖVP und FPÖ die angekündigten Maßnahmen ihrer Steuerreform für 2020 durchbringen, die unter anderem eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und Entlastungen für Kleinunternehmer vorsieht. Und ebenfalls fix auf der Agenda des Parlaments steht das Rauchverbot für die Gastronomie, das die SPÖ, Neos und JETZT nun mit den Stimmen der ÖVP beschließen wollen, sowie die Valorisierung des Pflegegelds, der alle Fraktionen zustimmen wollen, damit Pflegebedürftigen aller Stufen die Inflation abgegolten wird. Angesichts der Budgetnöte des Bundesheers drängt die SPÖ außerdem auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Parteien. Die SPÖ-Chefin ist davon überzeugt, dass sich die Bevölkerung auf das Bundesheer verlassen und das Bundesheer sich aber auch auf die Regierung und das Parlament verlassen können muss. Denn das Militär stünde neben der Landesverteidigung auch bei der Katastrophenhilfe und für internationale Friedenseinsätze bereit. Nachdem Verteidigungsminister Thomas Starlinger aus Kostengründen sogar die Leistungsschau auf dem Heldenplatz für den Nationalfeiertag hatte streichen wollen, einigte er sich mit Finanzminister Eduard Müller doch noch darauf, am 26. Oktober den traditionellen militärischen Aufmarsch, allerdings „unter Berücksichtigung des Kostenaspekts“, abzuhalten. Die beiden Übergangsregierungsmitglieder wollen außerdem dafür sorgen, dass für die Mobilität der Truppe (z. B.: Uralt-Lkws) und die Miliz ein Paket geschnürt wird. Rendi-Wagner begrüßt das Abhalten der Schau auf dem Heldenplatz, möchte aber per Antrag im Nationalrat in

einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das Bundesheer die unter Türkis-Blau gemäß Bundesfinanzrahmengesetz für 2020 vorgesehenen Mittel von 2,6 Milliarden Euro (2021 dann 3 Milliarden Euro) zugestanden bekommt, was einer deutlichen Erhöhung gegenüber dem Budget 2019 in der Höhe von 2,3 Milliarden entspricht. Geschieht das nicht, bekäme das Bundesheer bis zur Bildung einer neuen Koalition jeden Monat anteilmäßig eben seinen für 2019 vorgesehenen Etat überwiesen. Geht es nach Rendi-Wagner, müssten große Beschaffungen für die Luftraumüberwachung extra sichergestellt werden und in einem zweiten Schritt soll, eine neu gebildete Regierung, das Bundesheer mit weiteren zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten, damit die Soldatinnen und die Soldaten bei ihren Einsätzen entsprechend abgesichert sind. SPÖ und FPÖ verfügen im Nationalrat über eine Mehrheit, Heeresinsider meinen, ein solcher Beschluss wäre eine erste Hilfe, löse aber die Misere des Militärs nicht. Schon oft hat Generalstabschef Robert Brieger darauf hingewiesen, dass es eine Anhebung des Regelbudgets auf mindestens 3,3 Milliarden Euro bis 2022 und ab dann auf ein Prozent des BIP bräuchte, was allerdings über vier Milliarden Euro entspräche.

04. 07. 2019: FPÖ stimmt gegen Schwerarbeiter

Die SPÖ wollte im Nationalrat die Pension für Schwerarbeiter in Nachtschicht verbessern, denn sie haben momentan hohe Abschläge bei der Pension. Die Forderung nach Abschaffung dieser Abzüge wurde zuerst von der FPÖ unterstützt, bei der Abstimmung ist sie allerdings umgefallen und hat gegen die Verbesserungen gestimmt. Arbeiter können nach 20 Jahren Schwerarbeit bei Nacht, wie zum Beispiel an Hochöfen oder in Bergwerken, in eine bestimmte Form der Frühpension gehen. Denn Schwerarbeit bei Nacht ist körperlich sehr anstrengend und gesundheitlich belastend. Dieses sogenannte Sonderruhegeld können Frauen ab 52 und Männer ab 57 in Anspruch nehmen. Doch aktuell müssen die Schwerarbeiter dafür Abschläge in Kauf nehmen. Die Arbeitgeber geben zwar jeden Monat 3,4 Prozent zusätzlich zum regulären Pensionsversicherungsbeitrag ab, um dieses Sonderruhegeld zu finanzieren. Trotzdem wird den Nachtschwerarbeitern die Pension bei früherem Eintritt (lebenslang) um bis zu 13,8 Prozent gekürzt. Die SPÖ brachte bereits vor längerer Zeit einen Antrag im Nationalrat ein, in dem die zuständige Ministerin aufgefordert wurde, ein Gesetz auszuarbeiten, um diese Pensionskürzung für Nachtschwerarbeiter zu beenden. Diesem Antrag hat damals die FPÖ zugestimmt. Die SPÖ-Abgeordneten entschieden sich nun im Plenum, gar nicht erst auf einen Vorschlag der Ministerin zu warten, sondern gleich Nägel mit Köpfen zu machen und brachten einen Gesetzesantrag ein, mit dem ab 01. 01. 2020 die Abschläge beim Sonder-

ruhegeld abgeschafft werden. Hier stimmte die FPÖ, gemeinsam mit ÖVP und Neos, allerdings dagegen.

Schreiender Nationalratspräsident Sobotka sorgt für Hohn und Spott

Bei der letzten Nationalratssitzung vor der Sommerpause, ärgerte sich der ÖVP-Parlamentarier und amtierende Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka über die Rede von Jörg Leichtfried. Der SPÖ-Vizeklubchef hatte betont, dass es in einer Demokratie nicht wichtiger sein dürfte, reich zu sein, als zur Wahl zu gehen. Da sei bei der ÖVP Gefahr in Verzug, da dieser Eindruck entsteht. Leichtfried sprach in seiner Rede auch von bestechlichen Parteien, nannte aber keine bestimmte Fraktion im Parlament. Sobotka platzte aber trotzdem der Kragen, woraufhin er Leichtfried wütend anbrüllte. Das Video der Reaktion verbreitete sich kurz nach der Rede rasant im Netz, woraufhin auf Twitter Sobotka, rund um den Auszucker, massiv verspottet wurde.

09. 07. 2019: Von wegen „Sparen am System“

Spätestens seit die Regierung Kurz/Strache aus dem Amt ist und die Übergangsregierung mehr Einblick hat, wird klar, dass die Türkisen und die Blauen in den letzten 17 Monaten nicht am System, sondern massiv bei den Menschen gespart haben. Laufend mussten wir soziale Kürzungen wie zum Beispiel: Einschnitte bei der Mindestsicherung, weniger Geld für das AMS, 700.000 Euro weniger für Frauen-Einrichtungen und Kürzungen bei der Unfallversicherung AUVA hinnehmen. Doch wie sieht es mit den Regierungsausgaben aus, die sich die ÖVP und die FPÖ im Gegenzug dafür geleistet haben?

301.000 Euro für das ÖVP-Familienfest: Das „Familienfest“ der ÖVP am 1. Mai 2019 kostete, nach Angaben der alten Regierung, stolze 231.000 Euro. Monate später wurde bekannt, dass es sogar noch weit mehr war. Ines Stilling, die derzeitige Familienministerin ließ wissen, dass die Rechnung nicht stimmen kann. Das Bundeskanzleramt, Sektion Familien und Jugend, übernahm Kosten in der Höhe von ca. 70.000 Euro, schreibt sie in ihrer Anfragebeantwortung an die Neos.

Mindestens 3,5 Millionen Euro für die Polizeipferde: Die Polizei soll sich künftig nicht nur im Streifenwagen, sondern auch auf Pferden durch die Stadt bewegen. Deshalb schaffte Innenminister Kickl (FPÖ) 24 Pferde an. Im Jänner 2018 hat sein Ministerium vorgerechnet, dass der Kauf und die Haltung der Tiere etwa 45.000 Euro pro Jahr kosten werden. Schon diese Prognose stieß auf heftige Kritik. Nur vier Monate später muss diese Zahl korrigiert werden, denn die Reiterstaffel soll 900.000 Euro in zwei Jahren verschlingen. Nun wurde be-

kannt, dass sich die Kosten auf knapp 2,5 Millionen Euro belaufen. Dazu kommen laut einer Berechnung des Bundeskriminalamts (inklusive Personal) noch laufende Kosten von 1 Million Euro im ersten Jahr. Da die Tiere weder Stall noch Koppel haben, stehen für die benötigten Investitionen weitere 5 Millionen Euro an.

Die EU-Ratspräsidentschaft kostete mit 97 Millionen Euro, das ist doppelt soviel wie geplant: Der EU-Ratsvorsitz kostete 97 Millionen Euro, veranschlagt hatte die Regierung Kurz nur 42,2 Millionen Euro. Das ist doppelt so viel, wie von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) angekündigt war. Die meisten Kosten fielen mit 41,3 Millionen Euro im Bundeskanzleramt an und das ist in etwa der Betrag, den Kurz für den gesamten Vorsitz budgetiert hatte. Auffallend ist, dass alleine die Eröffnungsfeier in Schladming 2,7 Millionen Euro gekostet hat. Das Einzige herzeigbare Ergebnis der EU-Ratspräsidentschaft sind die „schönen“ Fotos der Regierungsoberhäupter.

36.400 Euro monatlich für Kickls Sektion im Innenministerium: Herbert Kickl will eine Sektion „Fremdenwesen“ im Innenministerium einrichten. Noch Anfang Oktober 2018 behauptete er, die Posten mit vorhandenen Mitarbeitern aus anderen Bereichen des Innenministeriums besetzen zu können und kein neues Personal, mit Ausnahme des Leiters, einzustellen. Doch das Versprechen hat nicht lange gehalten. Bereits im November hat das Ministerium vier Posten ausgeschrieben. Einen Sektionschef (9.960 Euro Monatsgehalt) und drei Stellen für Gruppenleiter (mit je 8.811,20 Euro Monatsgehalt).

42.000 Euro monatlich für den Regierungssprecher: Der Kanzler, der Vizekanzler und alle Ministerien haben einen oder mehrere Pressesprecher. Und jetzt dürfen sich Journalisten mit ihren Fragen auch an einen Ober-Pressesprecher (Launsky-Tieffenthal) wenden.

70.000 Euro für Inserate in FPÖ-nahen Medien: Innenminister Herbt Kickl, Sportminister Heinz-Christian Strache und Verkehrsminister Norbert Hofer (alle FPÖ) haben mit ihren Ministerien Inserate in den rechten Magazinen „Wochenblick“, „alles roger?“ & Co geschaltet. Mehrere RedakteurInnen von Wochenblick sind bzw. waren Funktionäre in der FPÖ und ihren Vorfeldorganisationen. Der Presserat hat festgestellt, dass Artikel des Magazins gegen den Ehrenkodex für die österreichische Presse verstoßen haben. Das hat Kickl und Hofer nicht daran gehindert, um fast 19.000 Euro bzw. 17.500 Euro zu inserieren.

70.000 Euro für Ministerien-Logo: Die Regierung Kurz hat ursprünglich versichert, sie würde kein zusätzliches Geld ausgeben und auf „hauseigenen Ressourcen des Bundeskanzleramtes“ zurückgreifen. Dabei ist es dann doch nicht geblieben. Für Werknutzungsrechte und sonstige Werkdienstleistungen hat die Regierung am Ende 70.000 Euro ausgegeben.

536.000 Euro für ein Medienspektakel in Spielfeld: 500 PolizistInnen und 220 SoldatInnen spielen im Juni 2018 den „Grenzschutz“ für JournalistInnen nach. Es soll offenbar Angst vor einer erneuten Fluchtbewegung geschürt werden. Die Asylanträge in Österreich halbieren sich seit 2015 jährlich, doch wichtiger als Fakten sind Bilder. Und JournalistInnen bekommen genau diese. Dabei sorgt nicht nur die Symbolik für Kritik.

223.000 Euro für die Sicherheitsleistungen der „Kneissl-Hochzeit“: Weil prominente Gäste zur Hochzeit der Außenministerin gekommen sind, mussten zahlreiche Sicherheitsbeamte (Cobra, Motorrad-Flotte und Hubschrauber), in der Südsteiermark für Sicherheit sorgen. Kritik hagelte es auch für den Besuch von Vladimir Putin.

246.000 Euro für die Generalsekretäre in den Kabinetten: Diese Stellen hat die Regierung Kurz nicht öffentlich ausgeschrieben. Generalsekretäre und -Sekretärinnen stehen über den SektionsleiterInnen in den Kabinetten und die Regierungsparteien haben davon 12 installiert.

311.000 Euro für Tempo 140-Test: Seit 1. August dürfen Österreichs Autofahrer auf zwei Teststrecken in Nieder- und Oberösterreich 140 km/h fahren. Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) verspricht Zeitersparnis. Aber von der Schadstoffbelastung, dem höheren Unfallrisiko und den Ausgaben hört man wenig.

365.000 Euro für die Bewerbung des Ausnahmezustandes: Ohne Anlass hat das Innenministerium mit Steuergeld Anti-Terror-Inserate geschaltet. „Bewahren Sie Ruhe“, rät das Ministerium, aber die Inserate vermitteln genau das Gegenteil. Warnsymbole und Notfall-Bilder signalisieren, dass Gefahr droht. Man nennt so etwas die Inszenierung des Ausnahmezustandes.

500.000 Euro für eine 12-Stunden-Tag-Werbung: Im Juli 2018 haben ÖVP, FPÖ und die Neos den 12-Stunden-Tag für Beschäftigte (trotzdem zuvor 100.000 Menschen gegen das Gesetz protestiert hatten) im Parlament „durchgepeitscht“. Das Sozial- und das Wirtschaftsministerium haben, um Stimmung für längere Arbeitstage zu machen, kräftig die Werbetrommel gerührt. Innerhalb eines Monats haben sie 17 Inserate in Tageszeitungen geschaltet. Alle davon waren gut platziert, also sehr weit vorne in den Zeitungen zu finden. Das hat natürlich auch den Preis in die Höhe getrieben.

57 Millionen Euro für die Übersiedlung des Umweltbundesamtes nach Klosterneuburg: Den ÖVP-Freundschaftsdeal, dass das Umweltbundesamt von Wien nach Klosterneuburg übersiedelt, hat der frühere Landwirtschaftsminister Rupprechter mit der niederösterreichischen Landeshauptfrau Mikl-Leitner ausgemacht. Doch der Nutzen des Ganzen ist unklar und die Regierung lässt sich auch durch die Kritik nicht aus der Ruhe bringen.

66 Millionen Euro „Sonderbudget“ für Kanzler und Vizekanzler: Die Türkis/Blaue-Regierungstruppe gönnte sich, abseits von und zusätzlich zum Budget, das für solche Zwecke regulär vorgesehen ist, ein großzügiges Sonderbudget. Für nicht näher definierte Ausgaben gibt es für Kanzler Kurz 51 Millionen Euro und für Vizekanzler Strache 15 Millionen Euro. Polit-Insider üben scharfe Kritik und sprechen von „Körperl- oder Spielgeld“, mit dem Inserate geschaltet, externe Berater bezahlt und Social-Media-Kanäle bespielt werden.

14. 07. 2019: Laut Experten wird die Koalitions-Frage nach der NR-Wahl spannend

Die Umfragen zeigen seit Wochen einen deutlichen Vorsprung der ÖVP vor der SPÖ und der FPÖ. In den meisten Erhebungen liegt die Volkspartei zwischen 36 % und 38 %. SPÖ und FPÖ liefern sich mit Respektabstand (Werte zwischen 17 und 23 %) ein Match um den zweiten Platz. Für die ÖVP wird die Frage nach den Koalitions-Optionen noch sehr spannend werden. Die Grünen dürften 11 %, die NEOS 9 % erreichen und die Liste JETZT wird, die für den Einzug in den Nationalrat notwendige 4 %-Hürde, klar verpassen. Daran dürfte laut Hajek auch die jüngste Debatte um die Parteienfinanzierung kaum etwas ändern. Denn die Wähler haben in dieser Frage wohl ohnehin ein eher negatives Bild von allen Parteien. Daher ergebe sich für keinen Mitbewerber ein Vor- oder Nachteil. Die ÖVP muss sich weniger Gedanken um ihre Performance am Wahltag (29. September) machen, sondern vielmehr um das „Danach“, so Filzmaier. Eine sichere Mehrheit hat die ÖVP wohl nur mit der FPÖ oder der SPÖ. Von beiden Parteien hat sich jedoch die Volkspartei unter Sebastian Kurz in den letzten zwei Jahren „scheiden“ lassen. Eine Alternative wäre vermutlich nur eine „Dreierbeziehung“ mit den Grünen und den NEOS, doch das wäre, ganz abgesehen von den inhaltlichen Hürden, sehr „kompliziert“, sagt der Politologe.

16. 07. 2019: Kassenfusion kostet bis zu 400 Millionen Euro

Die aktuelle Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch Sozialministerin Brigitte Zarfl bringt nun erstmals „ans Tageslicht“, dass die von der früheren ÖVP-FPÖ-Regierung auf den Weg gebrachte Kassenfusion zwischen 300 und 400 Millionen Euro kosten wird. Die Sozialministerin bezieht sich auf ein Gutachten zu den ökonomischen Effekten der Sozialversicherungsreform, das bereits ihre Vorgängerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) im April 2019 in Auftrag gegeben hatte und das nun vorliegt. Die frühere ÖVP-FPÖ-Regierung hatte sich zu den Fusionskosten nie konkret geäußert und vielmehr auf die er-

hoffte Einsparung von einer Milliarde Euro bis 2023 durch die Reduktion der Krankenkassen auf fünf Träger unter dem Dach der ÖGK verwiesen. Diese Patientenmilliarde zerrinnt nun wie Sand zwischen den Fingern. Am 1. Jänner 2020 sollen die neuen Träger ihre Arbeit aufnehmen. SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch reagierte mit scharfer Kritik auf die genannten Kosten und erwartet eine Milliardenbelastung für die Patienten. Die laufende Reform der Sozialversicherung stieß immer wieder auf Kritik, zum einen wegen einer Schwächung der Arbeitnehmerposition und zum anderen wegen der ungeklärten Kostenfrage. Die damalige Sozialministerin Hartinger-Klein geizte ebenfalls mit konkreten Angaben zu den erwarteten Fusionskosten. Für Verunsicherung sorgten auch immer wieder die erwähnten Beraterkosten in Millionenhöhe. Ein Zehn-Millionen-Euro-Rahmen für Investitionen, in den auch Beratungskosten fallen, wurde laut Bericht für die Fusion der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) beschlossen. Insgesamt werden 63 Fusionsprojekte extern begleitet. Einem Kommunikationsberater (extern) zufolge liegen diese kolportierten Ausgaben für ein Projekt dieser Größenordnung „durchaus im üblichen Rahmen“. Die alte Regierung warb mit einer Sparmilliarde durch die Reform, die Ende Oktober vergangenen Jahres beschlossen wurde. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde eingeräumt, dass dieser Annahme keine genauen Berechnungen zugrunde liegen, sondern nur Schätzungen auf Basis diverser „Experten“ übernommen worden seien. Wenig Konkretes gab es vonseiten der ÖVP-FPÖ-Regierung auch zu den Fusionskosten. Hartinger-Klein verwies bei Fragen zu den Kosten der Zusammenlegung der Krankenkassen häufig darauf, dass das eine Entscheidung der Selbstverwaltung sei und die Fusionskosten können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Die alte ÖVP-FPÖ-Regierung sagte, allein durch die Reduktion der leitenden Angestellten und schlankere Strukturen könnten Einsparungen erfolgen. 1,435 Millionen Euro weniger sollen ab nächstem Jahr für die Funktionäre und Funktionärinnen der fünf zusammengelegten Sozialversicherungsträger ausgegeben werden. Das geht aus einem Entwurf der „Entschädigungsverordnung“ des Sozialministeriums. Dieser Einschätzung widerspricht nun das von Zarfl zitierte Gutachten. Es seien dreimal so hohe Fusionskosten zu erwarten. Auch das Sparpotenzial dürfte geringer sein als erwartet, wie ein Gutachten des Arbeitsrechtlers Walter Pfeil im Auftrag der Arbeiterkammer Niederösterreich nahelegt. Vor allem bei den Personalkosten gebe es wenig Spielraum, da es im Falle einer Fusion und Zusammenlegung gesetzlich keine Kündigungen und auch keine unfreiwilligen Pensionierungen geben darf, genauso wenig können Zulagen gestrichen werden. Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) übte heftige Kritik an der Besetzung der obersten Managementposten der ÖGK. Sie sprach von skandalösen

Vorgängen und Päckerei zwischen ÖVP und FPÖ bei der Bestellung des Investmentbankers und Gesundheitsökonom Martin Brunninger zum Büroleiter im Dachverband und von Alexander Burz (gewerblichen Sozialversicherung) als dessen Stellvertreter.

Wie wehleidig ist Kurz

Sebastian Kurz arbeitet zum ersten Mal im Leben außerhalb eines Ministeriums. Als Student wurde er mit 24 Jahren Staatssekretär, hatte noch nie einen anderen Job als Minister und das Arbeitsleben kennt er nur vom Hörensagen. Nun ist Kurz ein normaler Bürger und kommt damit nicht gut zurecht. Denn als ÖVP-Chef ohne Mandat muss er Wahlkampf führen, Hände schütteln, mit ganz normalen Leuten reden, denn Kuhstall statt Staatsbankett liegt ihm nicht. Sebastian Kurz und seine Regierung bekommen die Quittung für ihren Macht-hunger. Am 27. Mai 2019 ist es das Ende mit Schrecken, das die Republik von Türkis-Blau erlöst. Kurz entgleiten die Gesichtszüge, als Peter Pilz im Parlament den Misstrauensantrag stellt. Nicht mal am Tag seiner Abwahl interessiere sich Kurz für das Parlament. Kaum abgewählt, ist Kurz auch schon wieder im Wahlkampfmodus. Wegen der Wahlkampfkosten 2017 ist die ÖVP unter massivem Druck, denn der Rechnungshof hat eine Anzeige eingebracht. Das stört Kurz nicht und offiziell mache er auch gar keinen Wahlkampf. Er hätte endlich Zeit für „Gespräche“ auf seiner Tour, „nicht wie sonst zwischen Tür und Angel, sondern in aller Ruhe“. Wenn der ÖVP-Chef keinen Wahlkampf macht, warum inszeniert er dann einen Wahlkampfauftakt? Bei seinem Fest in Korneuburg kommen 1.500 Kurz-Jünger. Er fängt an, über die „schwierige Zeit nach der Abwahl“ zu reden. Einige seien empört, andere würden ihm fast mütterlich zureden, sagt er. Einzig Peter Pilz sei immer so gemein und bezeichne ihn „zynisch“ als Altkanzler. Aber warum stört sich der Altkanzler an der richtigen Formulierung? Noch zwei Tage vor dem Misstrauensvotum hatte Kurz öffentlich mitgeteilt: „Wenn ich am Montag nicht mehr Kanzler bin, schmeiße ich mich nicht von der Brücke“. Der Altkanzler, der offiziell keinen Wahlkampf machen will, reist derweil um die Welt und macht Wahlkampf. Dabei stattet Kurz ausgerechnet dem umstrittenen Alt-Premier Israels, Benjamin Netanjahu einen Besuch ab. Die Beiden verbindet ein gemeinsames Schicksal. Denn auch Netanjahu löste in seinem Land eine Regierungskrise aus und steht jetzt vor Neuwahlen. Dies war aber nicht der einzige Auslandsbesuch, den sich Kurz zuletzt gönnte. Deutschlands Kanzlerin Merkel (zuvor traf sie sich mit Rene Benko) und CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer waren ebenfalls Ziel der exzessiven Reisediplomatie. Wer bezahlte die Rechnungen für Kurz? Noch wichtiger ist allerdings die Frage, warum Merkel nicht Österreichs be-

liebte Kanzlerin Bierlein trifft, sondern den Altkanzler. Was planen die Entmachteten da im Hintergrund?

17. 07. 2019: Die Selbsternannten „Anwälte des kleinen Mannes“ haben beherzt zugegriffen

Der scheidende Innenminister Herbert Kickl hat, als er zum letzten Mal aus dem Haus an der Herrengasse 7 in Wien trat, einem Vertrauten zugeflüstert: „Hier kommen wir die nächsten 20 Jahre nicht mehr hinein“. Mochten damals nur die, um ihre Rechte besorgten, Bürger aufatmen, werden sich nun auch Scharen braver und anständiger Steuerzahler wünschen, dass Kickls Worte noch möglichst lange nachhallen. Denn das Innenministerium ist unter seiner Führung zu einem Eldorado für die FPÖ-Beamenschaft verkommen. So viel Geld haben die Meisten FPÖ`ler noch nie verdient und besonders in den letzten Tagen ihres einträglichen Wirkens haben die „selbsternannten Anwälte des kleinen Mannes“ beherzt zugegriffen und dabei sind erzielte Gehälter von 13.000 Euro im Monat keine Seltenheit. Die Affäre um den Ibiza-Super-GAU ist ein weiterer schlagender Beweis für die grundsätzliche Untauglichkeit der FPÖ, die Staatsgeschäfte zu führen. In Österreich mögen die Bürger einen guten Magen haben und an einiges gewöhnt sein, aber so viel schamlose Dreistigkeit findet sich nur in einer Fraktion, nämlich in der, die sich selbst stets als der Inbegriff des Anstands darstellte. Norbert Hofer kann noch so salbungsvoll die „Lebensleistung“ von Heinz-Christian Strache loben. Für diejenigen, die sehen wollen, ist evident, dass die Schmiere um dessen Europaparlamentsmandat und das sichere Nationalratsmandat für seine Angetraute nicht mit der Tadellosigkeit zu vereinbaren ist, die sich „diese Burschen“ gerne auf ihre Fahnen heften. Es ist vielmehr ein eklatantes Versagen in der (von der FPÖ so oft zitierten) politischen Moral, die sie jedenfalls in den hierzulande gebräuchlichen Vorstellungen von Rechtschaffenheit und politischer Sauberkeit als nicht satisfaktionsfähig erscheinen lässt. Man wird sehen, ob die Stammwählerschaft der Freiheitlichen wenigstens dieses Mal aus dem entstandenen Schaden lernen. Denn aus dem Schaden von Schwarz/Blau I (die Gerichte sind damit immer noch beschäftigt) lernten sie nichts.

18. 07. 2019: Wöginger schwächte „Nein zu Kickl“ ab

Jetzt sind einmal die Wählerinnen und Wählerin am Wort. Wir wollen jedenfalls als Volkspartei so stark werden, dass an uns vorbei keine andere Koalition gegründet werden kann, meinte Wöginger. Auf die Frage, ob er eine Koalition mit Kickl ausschließen könne, meinte er, dass zunächst das Wahlergebnis abgewartet werden müsse. Gleichzeitig verwies er auf Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der gemeint hatte, eine neuerliche Angelobung Kickls als Innenminister abzulehnen und dem schließen wir uns an und auf die Frage, ob Kickl in anderer Funktion Teil einer etwaigen Koalition sein könnte, antwortete er: „Wir sind für alles offen, das ist keine Frage“. Den designierten FPÖ-Chef Norbert Hofer bezeichnete Wöginger als „freundlich und zugänglich“. Kickl hingegen schmiedete eine rot-blaue Allianz gegen die Volkspartei. Diesbezüglich führte er die Abwahl der Bundesregierung, die Festlegung beim Wahltermin auf den 29. September, sowie das Parteienfinanzierungsgesetz als Beispiele an. Auch Hofer will offenbar den Verhandlungsspielraum mit der ÖVP nicht schon vor der Wahl zu sehr einengen. Auf die Frage nach dem „Nein zu Kickl“ seitens der ÖVP sagte Norbert Hofer: „Wenn wir eine Koalition haben, dann ist klar, dass über die Personen am Schluss gesprochen wird“. Er werde aber auch nicht akzeptieren, dass man von vornherein sagt, dass eine Person überhaupt nicht infrage kommt. Die NEOS kritisieren, nach der Relativierung des Neins, die ÖVP. Wir orten einen „türkisen Zickzackkurs“ und für die ÖVP sei offenbar eine Koalition mit Kickl weiterhin möglich. Wer mit der FPÖ koalitiert, koalitiert auf jeden Fall mit Kickl und wer die ÖVP wählt, bekommt selbstverständlich auch Kickl, so NEOS-Generalsekretär Nick Donig.

Türkis will wieder mit der FPÖ „ins Bett“

Zuerst sagten Kurz und Blümel, nie wieder mit Kickl und jetzt ist anscheinend der Trennungsschmerz überwunden und die FPÖ auf einmal wieder (für die nächsten 17 Monate) interessant. ÖVP-Klubobmann August Wöginger sieht das offenbar anders. Man müsse zuerst das Wahlergebnis abwarten. Schauen wir mal, dann sehen wir schon. Die ÖVP will sich offenbar alle Optionen offenhalten. Schließlich ist Kurz auch an einer türkis-grünen oder türkis-grün-pinken Koalition interessiert. Diese Variante brachte zuletzt auch Bundespräsident Alexander van der Bellen ins Spiel. Jetzt seien einmal die Wähler am Wort, meinte Wöginger. Gleichzeitig verwies der ÖVP-Klubobmann auf Bundespräsident Van der Bellen, der gemeint hatte, eine neuerliche Angelobung Kickls als Innenminister abzulehnen und dem schließen wir uns an. Während sich die ÖVP noch ziert, wenn es um Kickl geht, werben die türkisen ganz offen um

Norbert Hofer. Die zarte Liebe der Türkisen zu Blau beruht scheinbar auf Gegenseitigkeit.

19. 07. 2019:

ÖVP-Mitarbeitern dominieren weiter in den Ministerkabinetten

Obwohl in Österreich seit Anfang Juni eine unabhängige Expertenregierung am Werk ist, herrscht in vielen Ministerien ein großes Angebot an ÖVP-MitarbeiterInnen. Besonders auffallend ist, dass das Kabinett von Außenminister Alexander Schallenberg (12 Referenten), mehr Referenten als Kanzlerin Brigitte Bierlein (8 Referenten) hat. In seinem Ministerium übernahm er unter anderem Gregor Köbller, den Kabinettschef der damaligen FPÖ-Ministerin Karin Kneissl. In seiner zweiten Funktion als Kultur- und Medienminister bediente er sich vor allem aus den Kabinetten von Sebastian Kurz, Gernot Blümel und Josef Moser (alle ÖVP). Kabinettschef ist Bernhard Bonelli, der diese Funktion auch schon unter Ex-Kanzler Kurz innehatte. Schallenbergs (gilt als enger Vertrauter von Kurz) Büro erklärte die hohe Dichte an ÖVP-Mitarbeitern damit, dass in dem Ressort „sehr viele Themen abgedeckt“ werden. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker kritisierte in Reaktion auf den Bericht die „eiskalte Machtpolitik“, mit der die Volkspartei vorgehe. Kurz und Wiens VP-Chef Gernot Blümel hätten ihre „Vertrauensleute flächendeckend platziert“. „Die ÖVP hat ihre Macht in den Ministerien nicht nur erfolgreich verteidigt, sondern damit sogar flächendeckend ausgebaut. Die Expertenminister mögen größtenteils unabhängig sein, aber ihre Kabinette sind es mit Sicherheit nicht“. Kanzlerin Bierlein sagte, sie habe ihr Team bewusst klein und ausgewogen gehalten. Sowohl der Kabinettschef, der Stellvertreter als auch der Regierungssprecher und der persönliche Berater seien „externe Experten“. Als persönlichen Berater habe sie sich für Manfred Matzka entschieden. Matzka habe sowohl Wolfgang Schüssel (ÖVP) als auch Werner Faymann (SPÖ) in deren Zeit als Kanzler loyal gedient. Im Umwelt-, sowie im Wirtschaftsministerium, berief man sich auf die „hohe fachliche Qualifikation“ der Mitarbeiter und auf die sehr gute Zusammenarbeit mit ihnen. Im Finanzministerium hieß es, der Minister sei „frei in der Entscheidung“ gewesen und habe einfach einen Teil des Kabinetts übernommen.

20. 07. 2019: ÖVP-Mitarbeiter wegen des Ibiza-Video`s im Visier der Polizei

Dass die Exekutive, die im Auftrag der Grazer Korruptionsstaatsanwaltschaft agiert, überhaupt auf die Geschichte aufmerksam wurde, liegt an einer Betrugsanzeige, die von der Firma Reisswolf eingebracht wurde. Der ÖVP-Mitarbeiter hat nämlich einen falschen Namen angegeben und die Vernichtung des Datenträgers nicht bezahlt. Über die angegebene Telefonnummer ermittelte die Polizei schließlich seine Identität und fragte wegen des Verdachts der Unterschlagung von Beweismitteln nach. Die „Soko Ibiza“ vermutete daraufhin einen Zusammenhang mit dem Ibiza-Video und holte den Mann von seinem neuen Arbeitsort (der ÖVP-Zentrale) ab und durchsuchte seine Wohnung. Als Motiv gab der Mann an, er habe gefürchtet, dass Informationen aus dem Kanzleramt für den Wahlkampf abgesaugt werden, wenn der (wenige Tage später erfolgte) Misstrauensantrag gegen Regierungschef Kurz erfolgreich wäre. Konkret ging es um eine Drucker-Platte, auf der alle Drucke von Dokumenten gespeichert werden. Aus der ÖVP hieß es, dass es ein völlig üblicher Standardvorgang sei, wenn persönliche Arbeitsunterlagen oder Daten, die nicht Bestandteile von Akten sind, bei einem Ressortwechsel bzw. Büroauszug von Mitarbeitern aussortiert, gelöscht oder geschreddert werden. Dass er dabei möglicherweise nicht rechtskonform gehandelt habe, sei absolut nicht seine Absicht gewesen. Es tue ihm leid und er sei gegenüber der Justiz voll kooperativ und habe den entstandenen Schaden bereits gutgemacht (**Anm.: wie immer man das auch verstehen soll**). Außerdem habe der betroffene Mitarbeiter bei der Einvernahme bereits eine Reihe von Verdächtigungen entkräften können. Die Frage, warum er die Firma unter falschem Namen beauftragte, konnte er nicht beantworten. Auch mit der ÖVP wird sich die Staatsanwaltschaft noch eingehend befassen müssen.

EU-Kommission hält türkis-blaue Sozialhilfe für rechtswidrig

Derzeit wird die Mindestsicherungsreform von der EU-Kommission geprüft und Österreich droht ein Vertragsverletzungsverfahren. Es ging darum, wie man Bezieher von Sozialleistungen bewertet. Auf der einen Seite stand die türkis-blaue Regierung und auf der anderen Seite formierten sich die Gegner (SPÖ, Grüne und zahlreiche Hilfsorganisationen) der Mindestsicherungsreform. Inzwischen wurde die neue Sozialhilfe, die seit Juni in Kraft ist, aber vor allem zu einer Rechtsfrage. Ist die türkis-blaue Reform, die deutliche Leistungskürzungen für verschiedene Gruppen bedeutet, überhaupt mit der Verfassung und dem europäischen Regelkatalog vereinbar? Die SPÖ sagt Nein und brachten beim Verfassungsgerichtshof eine Beschwerde ein, in der gleich mehrere

Punkte aufgezählt werden, in denen die Reform verfassungswidrig sei. Die ÖVP hielt prompt dagegen und erklärte, die Klage werde erfolglos sein. Das Gesetz sei gut und richtig, man habe damit den ungehinderten Zuzug in das österreichische Sozialsystem gestoppt, ist der türkise Klubchef August Wöginger überzeugt. Aus der Beantwortung einer Anfrage der Grünen EU-Parlamentarierin Monika Vana geht hervor, dass zumindest zwei Aspekte der neuen Sozialhilfe als EU-rechtswidrig betrachtet werden. Laut Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration und Inneres, läuft auch bereits eine Prüfung des, von ÖVP und FPÖ beschlossenen, Gesetzes. Konkret kritisiert er, dass für den Bezug der Sozialhilfe nun Sprachkenntnisse erforderlich sind. Denn die volle Leistung bekommen Bezieher nur noch mit Deutsch-Niveau B1 oder Englisch-Niveau C1. Falls diese Sprachkenntnisse nicht nachgewiesen werden können, gibt es rund 300 Euro pro Monat weniger. Was EU-Bürger betrifft, so ist das indirekt diskriminierend, sagt Avramopoulos. Treffe diese Regelung Arbeitnehmer aus der EU, verstoße das gegen den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Er weist auch darauf hin, dass die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet sind, anerkannten Flüchtlingen die gleiche notwendige Sozialhilfe zuzugestehen wie eigenen Staatsangehörigen. Der für den vollen Bezug notwendige Spracherwerb stellt, laut UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR, eine versteckte Wartefrist und damit eine nicht gerechtfertigte Diskriminierung von Flüchtlingen dar. Das verstößt, sowohl gegen die EU- Anerkennungsrichtlinie, wie auch gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die EU-Kommission teilt nun diese Einschätzung. Aber was bedeutet es, wenn ein EU-Organ einem Gesetz ein solches Zeugnis ausstellt? Man wird das vollständige Ergebnis der Prüfung durch die EU-Kommission abwarten müssen. Wenn eine solche Prüfung Rechtswidrigkeiten feststellt, wird der Mitgliedstaat aufgefordert, diese zu beheben. Tut er das nicht, wird ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, erklärt der Verfassungsjurist Heinz Mayer. Für die grüne Delegationsleiterin Vana steht fest: „Die Ibiza-Koalition hat einen europarechtlichen Scherbenhaufen hinterlassen. Ich appelliere an die Übergangsregierung, die Rücknahme der europarechtswidrigen Teile des Sozialhilfegesetzes einzuleiten. Denn nach den eindeutigen Aussagen des EU-Kommissars stehe hier eine sichere Verurteilung in einem Vertragsverletzungsverfahren bevor“. Sie spielt damit auf die zweite Causa an, in der Türkei-Blau von der EU-Kommission scharf gerügt wurde. Denn wegen der Indexierung der Familienbeihilfe läuft bereits ein Vertragsverletzungsverfahren. SPÖ und Grüne können sich über die inhaltliche Schützenhilfe aus Brüssel nun auch deshalb freuen, weil die Länder bis Jahresende eigentlich die sogenannten Ausführungsgesetze beschließen sollten. ÖVP und FPÖ hatten nur die Möglichkeit, ein Grundsatzgesetz zur neuen Sozialhilfe zu erlassen, das die Länder dann eben

noch konkretisieren müssen. Ungeachtet der Prüfung der EU-Kommission beschäftigt sich der österreichische Verfassungsgerichtshof mit der neuen Sozialhilfe. Die SPÖ beanstandet in ihrer Beschwerde nicht nur die notwendigen Deutschkenntnisse, sondern etwa auch die Deckelung der Sozialleistung für Haushaltsgemeinschaften und den Höchstsatz von rund 44 Euro pro Monat ab dem dritten Kind.

Türkis-Blau führt zu autoritärer Republik

Der Kurier-Herausgeber Helmut Brandstätter warnt in seinem neuen Buch, befeuert durch die Ex-Innenminister Herbert Kickl zugeschriebene Politik der Angst und das Machtstreben von ÖVP-Chef und Altbundeskanzler Sebastian Kurz vor einem autoritären Staat. Sollte das Innenministerium im Herbst wieder der FPÖ zufallen, befürchtet er eine Fortsetzung dieses Weges. In Wirklichkeit war diese Regierung der Beginn des Weges in eine autoritäre Republik, bilanziert Brandstätter gleich eingangs die eineinhalb Jahre Türkis-Blau. Wer aus seiner Sicht dafür verantwortlich ist, steht schon im Titel des Buches: „Kurz & Kickl: Ihr Spiel mit Macht und Angst“. Wobei er Kickl als den Strategen beschreibt, den Kurz gewähren ließ, um selbst im Kanzleramt bleiben zu dürfen, denn Sebastian Kurz wollte um jeden Preis die Macht. Zur Beweisführung, dass Kurz den Abgang von Kickl wegen einer Bedrohung für die ÖVP wollte, listet Brandstätter das ganze Sündenregister auf, mit dem Kritiker den abgesetzten Innenminister seit Monaten konfrontieren. Ein Klima der Angst im Polizeiapparat, den schleichenden Putsch im Verfassungsschutz und den Versuch, kritische Medien von Informationen abzuschneiden. Dass die ÖVP schließlich die Reißleine zog, war nach Brandstätters Darstellung nicht etwa dem „Ibiza-Video“ geschuldet, sondern weil sich die ÖVP selbst bedroht gefühlt haben könnte. Etwa durch Kickls Versuch, ihm loyale Einheiten beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, dem BVT also, und der Polizei aufzubauen, darunter eine eigene Polizeitruppe unter Führung blauer Personalvertreter (Verbindungsdienst der Bundesregierung), die den Personenschutz für FPÖ-Minister übernahm. Er erinnert daran, dass Kurz noch im Wahlkampf 2017 mit dem damaligen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache darum rangelte, wer denn nun den besseren Draht zu Ungarns Premier Viktor Orbán habe. Das Streben nach Macht wirkt bei Kurz auch deshalb so ausgeprägt, weil es nie durch inhaltliche Überzeugungen eingeschränkt war, bilanziert Brandstätter wenig schmeichelhaft. Durch brutalen Druck und penetrante Interventionen versuche der ÖVP-Chef gemeinsam mit seinen Pressesprechern die Medien auf Linie zu bringen. Den Weg zum autoritären Staat sieht Brandstätter durch das vorläufige Ende der Koalition daher zwar unterbrochen, aber

nicht notwendigerweise beendet. Er warnt insbesondere davor, der FPÖ im Herbst wieder das Innenministerium anzuvertrauen.

Türkis-Blau 2 ist die wahrscheinlichste Koalition

Je näher der Wahltermin 29. September rückt, umso intensiver wird über die danach zu erwartende Koalition gerätselt. Die Diskussion hat etwas irrales an sich, zumal niemand zugeben will, dass die wahrscheinlichste Variante im Aufleben der türkis-blauen Regierung besteht. Angesichts des Ibiza-Videos ist diese Vorstellung ja auch nicht logisch, sie mutet geradezu absurd an. Besonders die Wähler der Volkspartei und erst recht die Fans von Sebastian Kurz können sich eine weitere Zusammenarbeit mit jenem über mehr als ein Jahrzehnt von Heinz-Christian Strache geprägten Personenkreis nicht vorstellen. Abseits dieser moralischen Logik spricht aber auch die Abfolge der Ereignisse, zumindest auf dem Papier, gegen Türkis-Blau 2. Schließlich hat die Volkspartei die Koalition ja beendet. Jeder Wähler kann mit freiem Auge sehen, dass es dabei nicht um Herbert Kickl gegangen ist. Die Argumentation, Kickl sei FPÖ-Generalsekretär gewesen, als das ominöse Video gedreht wurde, ist ebenso fadenscheinig wie die Behauptung, er konnte nicht Innenminister bleiben, weil das Bundeskriminalamt die Affäre aufarbeitet. In Wahrheit war die FPÖ als Koalitionspartner durch das Ibiza-Video trotz Strache- und Gudenus-Rücktritt untragbar geworden. Kurz rechnet sich gute Chancen bei einer Neuwahl aus und Kickl diene ihm dabei als Sollbruchstelle. Folgt man diesem Gedanken-gang, wäre die FPÖ also nicht nur aus moralischen Gründen kein geeigneter Partner mehr. Wenn sie es Ende Mai nicht mehr war, dann kann sie es auch logischer Weise Ende September auch nicht sein. Doch diese Gewissheit ist ein Trugschluss, denn vielmehr und gerade deshalb ist Türkis-Blau (sollte Kurz seine derzeit prognostizierten 38 % wirklich erreichen) die logische Konstellation nach der Nationalratswahl.

Türkis mit NEOS: Eine Koalition mit den NEOS wäre für die ÖVP die angenehmste Variante. In der Ausländerfrage könnte man zusammenfinden. Vieles andere bliebe von vornherein außer Streit. Auf der persönlichen Ebene gibt es keine unüberbrückbaren Geländeformationen. Die ÖVP müsste wegen ihres relativen Gewichts wenig Macht und wenige Ämter preisgeben. Eine gemeinsame Mehrheit von 38 Prozent plus 10 Prozent würden knapp reichen, wird sich aber kaum ergeben.

Türkis mit Grün: Eine Mehrheit von 37 Prozent plus 11 Prozent ist möglich. Gerade bei einem derartigen Wahlergebnis darf man Parteichef Werner Kogler zutrauen, dass er die Partei geeint in eine Koalition mit dem aktuellen „Gott-seibeius“ Kurz manövriert und manövrieren will. Umso weniger vorstellbar ist die entsprechende Flexibilität des ÖVP-Chefs. Dabei hält sich die persönliche Abneigung gegen die grünen Grundeinstellungen wohl die Waage mit inhaltlicher Inkompatibilität. Auch wenn es eigenartig anmuten muss, dass diese Abneigung gegenüber den Freiheitlichen und der Widerspruch zu deren Positionen kleiner waren und wieder sein werden.

Türkis mit Rot: Hier kommen ähnliche Erwägungen zum Tragen. Die Distanz von Kurz zur Sozialdemokratie mag sogar noch stärker ausgeprägt sein. Die Sozialdemokraten fallen speziell für die Junge ÖVP in die verpönte ideologische Kategorie „links“, während man bei den Grünen immerhin auf deren bürgerliche Strömungen schießen kann. Umgekehrt ist Kurz für viele führende Sozialdemokraten ein Hassbild wie selten ein konservativer Politiker zuvor. Von Migration bis zur Bildung bedürfte es weitreichender Konzessionen.

Türkis mit Blau: Dieser Koalition steht wenig entgegen und schließlich liegt ja ein, bis zuletzt unstrittiges Koalitionsübereinkommen vor, das folgerichtig nur geringfügig adaptiert werden müsste. Und die persönliche Wertschätzung sollte mit dem Ausscheiden von Heinz-Christian Strache über das vielbeschworene „Nichtstreiten“ hinaus nun sogar auf eine noch bessere Stufe aufgewertet worden sein. Über Norbert Hofer ist kein kritisches Wort aus der ÖVP-Spitze in Erinnerung. Als Hofer für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte, war übrigens eine Wahlempfehlung gegen ihn und für Alexander Van der Bellen in der Volkspartei unerwünscht.

Wer das Ibiza-Video nicht verdrängt hat, wer also seine fünf Sinne und seine Grundausstattung an Werten beisammen hat, darf sich dennoch Wünschen, dass es nicht so weit kommt. Nach dem 29. September sollten bitte die Türkisen, die Roten, die Grünen und alle anderen im Nationalrat vertretenen Parteien bitte an das moralische Gemeinwohl der Republik denken, das notwendige Entgegenkommen und die erforderlichen Zugeständnisse aufbringen.

21. 07. 2019: Rekord an Lohn- und Sozialbetrug

2018 war in Österreich ein Rekordjahr, was Scheinfirmen und damit Sozialbetrug betrifft und 105 Scheinfirmen (vermutlich die Spitze des Eisberges) sind aufgefliegen. Die Tendenz ist steigend, wie der Leiter der Finanzpolizei, Willfried Lehner bestätigt und die Folgen fatal. Pro angezeigter Scheinfirma waren 20 bis 300 gar nicht oder falsch angemeldete ArbeitnehmerInnen betroffen und somit geht es um hinterzogene Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Millionenhöhe. Im Kampf gegen dieses Lohn- und Sozialdumping wäre mehr internationale Kooperation hilfreich. Der ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian forderte bereits im Vorjahr mehr Engagement für die Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA). Seit dem EU-Rat am 13. Juni 2019 ist diese wichtige Behörde, trotz österreichischem Veto, endlich beschlossene Sache und ihr Sitz wird in Bratislava sein. Die ELA wird 2024 ihre volle Einsatzfähigkeit mit 140 MitarbeiterInnen haben, von denen einige aus Mitgliedsstaaten entsandt werden. Schwerpunkt wird die Kontrolle der Rechte der Beschäftigte sein, wenn sie grenzüberschreitend arbeiten. Die ELA wird gemeinsame Arbeitskontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten koordinieren und unterstützen, sowie bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten als Mediationsstelle eingreifen. Das Recht, eine nationale oder grenzüberschreitende Überprüfung einzuleiten und durchzuführen, bleibt zwar auf nationaler Ebene. Die ELA kann aber den Mitgliedstaaten eine gemeinsame Kontrolle vorschlagen, wenn sie auf einen möglichen Betrugs- oder Missbrauchsfall stoßen sollte. Auch den nationalen Sozialpartnern kommt eine wesentliche Rolle zu, sie können die Behörde mit einem Fall befassen. „Wir werden die Nähe der ELA-Zentrale in Bratislava zu nützen wissen und alles dafür tun, dass diese wichtige Behörde kein zahlloser Tiger wird. In diesem Sinn fordert der ÖGB auch ein rasch grenzüberschreitendes Durchgriffsrecht, um dieses internationale Geschäftsmodell wirkungsvoller bekämpfen zu können“, Sagte Katzian.

Wer ist Bernhard Bonelli, der engste Vertraute von Sebastian Kurz

Mit seinen 36 Jahren sieht er deutlich jünger als sein Ex-Chef aus. Als ehemaliger Kabinettschef war er die uneingeschränkte rechte Hand des Altkanzlers und wird derzeit im Außenministerium „geparkt“. Er war ein Kurz-Jünger der ersten Stunde und ist der ständige Wegbegleiter seines „Herren“. Blaue halten ihn für einen „extrem g`scheiten Kerl“ und er selbst kann mit den Blauen sehr gut. 2016 gab Bonelli offen zu, dass er Norbert Hofer wählte. Er wäre aber nicht Bonelli, wenn er nicht dennoch sagen würde, er sei „liberal und christlich-sozial“. Er war auch nahezu für alle sozialpolitischen Schandtaten der letzten

Regierung, die er als Chef-Verhandler in der Koalition maßgeblich festgezurr hat, federführend zuständig. Seit der Abwahl der Regierung Kurz arbeitet er in gleicher Funktion unter Außenminister Schallenberg. Dieser gilt ebenso als enger Vertrauter des Altkanzlers. Wird Bonelli geparkt, um die stabile Übergangsregierung von Bierlein auf Linie zu halten? Kritiker sagen ihm sogar nach, er sei an der Verfassung des Strategiepapiers zum Sturz von Ex-Kanzler Christian Kern beteiligt gewesen. Der Vorwurf, Bonelli sei im rechten, christlich-fundamentalistischen Netzwerk „Opus Dei“ zugange, begleitet den „Strippenzieher“ schon länger. Studiert hat der Niederösterreicher auf einer Wirtschaftsuniversität in Barcelona, die von Opus Dei betrieben wird. Ein Cousin der Familie ist bekanntermaßen Mitglied des Netzwerkes. Opus Dei soll laut Experten Demokratiegefährdungspotenzial haben. Bonelli selbst ist Gründungsmitglied des Vereins „Catholic Legislators Network“. Die Website listet skurrile Bibelstellen, wie z.B. die Aufforderung, gegen „gravierende Verstöße gegen die natürliche Ordnung“ vorzugehen.

23. 07. 2019:

Wie sehr ist der Altkanzler mit Silberstein verbandelt?

Der Chef der Wiener Agentur, die zusammen mit Tal Silberstein Anti-Kurz-Videos produzieren ließ, zog überraschend den Großauftrag für das sündhaft teure Krankenkassenlogo an Land. Wurde bei einer Champagnerparty mit Kurz der Deal eingefädelt und was hat der Altkanzler mit dem Silberstein-Umfeld zu tun? Nicht nur das freche Honorar für das Logo überraschte, sondern auch, dass der Auftragnehmer, die Agentur GGK MullenLowe, das markenrechtlich geschützte Design von einem steirischen Bestattungsunternehmen geklaut hatte. Der Chef dieser Agentur, Michael Kapfer, war auch in die Silberstein-Kampagne 2017 involviert. Er produzierte die Anti-Kurz-Videos für den israelischen Berater Tal Silberstein, den die SPÖ engagiert hatte. Der Altkanzler putschte das genüsslich als Anpatzversuche des politischen Gegners hoch und gewann vermutlich auch dadurch die Wahl. Wie kann es aber dann sein, dass Kapfer zu dem Großauftrag für das Krankenkassenlogo kam? Kurz und seine ehemalige Regierung dürften eigentlich nicht gut auf ihn zu sprechen sein. Doch Kapfers Geschäfte, auch mit Türkis/Blkau, florieren. Gab es etwa eine Champagnerparty mit Kurz, als Belohnung für das Silberstein-Geständnis? Im Juli 2018 trifft Kapfer bei einer Feier von Kurz-Freund und Partyunternehmer Martin Ho auf den Altkanzler und wenig später darf er sich über den Staatsauftrag für das Krankenkassenlogo freuen. Das er sich bei diesem Anlaß für die Schmutzkübel-Videos von „Fake Basti“ entschuldigt hat, ist nicht anzunehmen. Die ÖVP wird seit einiger Zeit beschuldigt, Personen aus dem Umfeld von Tal Silberstein mit

hohen Summen als Überläufer rekrutiert zu haben. Kapfer gestand damals öffentlich, Details aus der Silberstein-Kampagne, und wurde als erster Kronzeuge einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Wurde er mit der Auftragserteilung dafür belohnt? Fakt ist, dass eine türkis-blaue Mehrheit in den Gremien für die Kostenexplosion des Logos der neuen „Österreichischen Gesundheitskasse“ gesorgt hatte. Genausowenig ist es ein Geheimnis, dass Kapfer in seiner langen Zeit als Werbeunternehmer, Aufträge von Unternehmen annahm, die der ÖVP nahestehen oder zumindest nicht abgeneigt sind. So arbeitete er u.a. im Auftrag von Raiffeisen, Uniq, Österreichische Lotterien bzw. Casinos Austria und schließlich die, von Kurz-Freund René Benko übernommene Kika/Leiner Handelskette. „General“ Nehammer schlägt wieder mal wie wild um sich und versucht geschickt von sich und der ÖVP (indem er behauptet, dass Dirty Campaigning immer nur die anderen sind) abzulenken. Er fordert allen Ernstes von den Anderen Parteien (nicht von der ÖVP) eine eidesstattliche Erklärung, nichts mit Silberstein im kommenden Wahlkampf am Hut zu haben. Und so bekommt das Kartenhaus der ehemaligen „Saubermann-Regierungstruppe“ immer mehr Risse und die ÖVP gerät massiv unter Druck. E-Mail-Skandal, Reisswolf-Affäre und jetzt ein neues Kapitel in der Causa Silberstein. Derweil versuchen die Türkisen mit aller Macht, die Message Control beizubehalten.

An dem groß beworbenen Projekt „Digitalsteuer“ ist kaum was dran

Man stelle sich vor, eine Gruppe von Politikern will ein gesellschaftliches Übel bekämpfen und entwirft einen großen Reformplan. Doch der lässt sich nicht realisieren, weil die Uneinigkeit in der Gruppe zu groß ist und fundamentale Regeln geändert werden müssten. Also macht die Gruppe einen zweiten, bescheideneren Plan. Bald stellt sich aber heraus, dass auch dieser an Streitigkeiten scheitert. Also gibt es einen dritten, nochmals viel kleineren, Plan. Er ist inzwischen derart winzig, dass es sich eigentlich nur noch um die Realisierung einer Detailmaßnahme handelt, die ohnehin bereits seit Jahren geplant war. Damit versuchte die schwarz-blaue Regierung der Bevölkerung eine winzige, neue Abgabe als mutigen Schritt gegen die Tricks der Internet-Konzerne zu verkaufen. Ein hübscher Titel drauf, ein paar Randmaßnahmen als Garnitur, einige starke Ansagen zur Präsentation und fertig ist Österreichs Digitalsteuer. Es sollte ein Prestigeprojekt der schwarz-blauen Bundesregierung werden. Auf EU-Ebene ist das Vorhaben einer neuen Steuer gegen die Tricks großer Internet-Konzerne im März gescheitert, also hat sich unsere Regierung einer eben solchen auf nationaler Ebene verschrieben. „Das Ziel ist klar: eine Besteuerung von Konzernen, wie etwa Amazon oder Facebook, die online große Gewinne

erzielen, aber kaum Steuern bezahlen, erklärte Ende des vergangenen Jahres der ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Wie sich Kurz die Umsetzung der Besteuerung von Internationalen Großkonzernen durch das winzig kleine Österreich vorstellt, ist völlig unklar. Auch Finanzminister Löger (ÖVP) bläst ins selbe Horn: „Die geplante Abgabe Sorge für „Steuergerechtigkeit und man werde sich nicht länger von Bedenkenträgern bremsen lassen“. Inzwischen ist der Gesetzesentwurf fertig und ein genauer Blick darauf offenbart zweierlei. Erstens zeigt er, wie notwendige Reformen, sogar als dünne Kompromisse, in der EU schlicht scheitern. Zu unterschiedlich sind die Interessen der Staaten und die vorhandenen Strukturen sind zu starr. Zweitens erlaubt die Geschichte der Digitalsteuer einen Einblick in die geschickte Polit-PR der österreichischen Regierung. Diese interpretiert das europäische Scheitern prompt zum eigenen Erfolg um. Man mascherlt das Mini-Vorhaben (einem fast bedeutungslosen Restbestand des vormals europäischen Plans), einfach zur mutigen österreichischen Lösung im Kampf gegen die Abgründe des internationalen Steuersystems auf. Normalerweise zahlen Unternehmen auf ihre Gewinne die sogenannte Körperschaftssteuer (KÖSt), die in Österreich 25 Prozent beträgt. Global tätige Konzerne jedoch reduzieren diese Steuerlast gern. Sie nutzen dafür einen Grundsatz (dass Gewinne stets dort besteuert werden, wo das Unternehmen seinen Sitz hat, unabhängig davon, wo die Kunden wohnen und Verkäufe stattfinden) des internationalen Steuerrechts aus. Also verschieben die Konzerne ihre steuerpflichtigen Gewinne, mittels gefinkelter Konstruktionen oft zu Tochterfirmen in Steueroasen, in denen kaum Körperschaftssteuer anfällt. Besonders wild treiben es die großen (Google, Apple, Facebook und Amazon) US-Digital-Konzerne. Beispielsweise gelang es Google jahrelang, durch ein raffiniertes Steuervermeidungsmodell zwischen Irland, den Niederlanden und den Bermudas lediglich 0,2 Prozent Steuern auf seine Gewinne in Europa zu bezahlen. In Summe führen die Internet-Konzerne, die zu den finanzstärksten und mächtigsten weltweit zählen, laut Berechnungen der EU-Kommission im Europa-Durchschnitt lediglich eine Körperschaftssteuer von 9,5 Prozent ab, also viel weniger als jeder mittelständische Betrieb. Österreichs Regierung kämpfte während der EU-Ratspräsidentschaft 2018 durchaus entschlossen für sie. Allerdings scheiterte auch dieser Plan, denn Irland, Schweden, Dänemark, Estland und zuletzt Deutschland waren dagegen. Die EU-Digitalsteuer ist somit tot und damit könnte diese Geschichte auch schon zu Ende sein. Ist sie aber nicht, denn an dieser Stelle beginnt ein Schelmenstück der österreichischen Polit-PR. Infolge des Scheiterns präsentierte die Regierung nämlich ihre nationale Digitalsteuer. Stolze 200 Millionen Euro pro Jahr werde sie bringen, prognostiziert Finanzminister Löger. Zunächst enthält das Paket, das die Regierung unter dem Schlagwort Digitalsteuer präsentiert hat, einige kleinere Vorschläge. Unter and-

erem müssen sich etwa Airbnb-Vermieter künftig behördlich registrieren lassen. Dies ist zwar streng genommen keine steuerliche Maßnahme, aber sie könnte dennoch die Steuermoral manch Airbnb-Vermieters heben. Eine weitere Maßnahme ist, dass bestimmte, bisher geltende Umsatzsteuerbefreiungen bei Paketversendungen aus Ländern außerhalb der EU abgeschafft werden. Weil dies die Pakete etwas kostspieliger macht und daher unter anderem auch Amazon-Lieferungen leicht verteuern dürfte, hat es auch diese Maßnahme unter das Dach des Digitalsteuerpakets geschafft. Von der Änderung der Umsatzsteuerregeln erhofft sich Löger den Großteil der zu erwartenden Einnahmen von fast drei Viertel der 200 Millionen. Allerdings ist diese Maßnahme ohnehin durch ein neues EU-Gesetz bis zum Jahr 2021 verpflichtend vorgeschrieben. Das heißt also, dass jener Teil der Digitalsteuer, der die höchsten Einnahmen bringen wird, sowieso gekommen wäre. Bleibt schließlich das Herzstück der österreichischen Digitalsteuer und das ist die Ausweitung der sogenannten Werbeabgabe. Diese Sondersteuer wird von Österreichs konventionelle Medien (Radiosender, Printmedien und Fernsehen) bereits jetzt bezahlt und von ihren Werbeeinnahmen liefern sie jährlich 5 Prozent an die Finanz ab. Diese Abgabe wird nun auf Internet-Werbung ausgedehnt, sofern sie von Online-Konzernen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro geschaltet wird. Das bedeutet also, dass auch Facebook, Google & Co auf ihre Werbeeinnahmen künftig Abgaben entrichten müssen. Dass bei dieser begrenzten Ausweitung der Werbeabgabe nicht viel Geld herauskommt, räumt sogar der Finanzminister selbst ein. Konkret rechnet Löger mit 30 Millionen Euro jährlich. Das entspricht ungefähr der Summe, die die Parteien für den letzten Nationalratswahlkampf 2017 ausgegeben haben. Doch Experten glauben, dass selbst diese 30 Millionen zu hoch gegriffen sein könnten. Der Ökonom Professor Josef Baum (UNI-Wien), schätzt das Aufkommen auf lediglich 15 Millionen Euro. Diese Ausweitung der Werbeabgabe in Österreich bringt nicht nur wenig, sie ist auch nicht neu. Schon die vorangegangene Bundesregierung Kern (SPÖ) und Mitterlehner (ÖVP) hatte sich, ehe ihr der eigene Zerfall in die Quere kam, auf die Maßnahme verständigt. „Die Werbeabgabe wird auf den Online-Bereich ausgeweitet“, liest man im letzten Regierungsprogramm jener SPÖ-ÖVP-Koalition, die vom schwarz-blauen Nachfolger gern als Inbegriff politischen Stillstands bezeichnet wird. Einziger Unterschied zwischen damals und heute ist, dass Kern und Mitterlehner ihre kleine steuerliche Zurechtrückung nicht großspurig als „Digitalsteuer“ verpackten. Österreichs Digitalsteuer besteht also im Wesentlichen aus einem Projekt, das bereits in rot-schwarzen Tagen anstandslos durchgegangen und mit einem zweiten verbunden ist, das aufgrund von EU-Vorgaben ohnehin kommen muss. Nach einigen, zu erwartenden, Rep-

araturen wird das Gesetz voraussichtlich vor dem Sommer durch das Parlament beschlossen und kommendes Jahr in Kraft treten.

25. 07. 2019: Die größten Skandale der ÖVP seit Ibiza

Am 27. Mai wurde Sebastian Kurz als erster Kanzler der Republik Österreich abgewählt. Damit verlor die ÖVP auch hunderte Presse und PR-Mitarbeiter auf Staatskosten. Jetzt funktioniert die „Message Control“ offensichtlich nicht mehr und Sebastian Kurz, sowie die ÖVP, stolpern seither von einem Skandal in den nächsten.

17. 06. 2019: Religiöse Radikale beten für Kurz

In der Wiener Stadthalle tritt Sebastian Kurz an der Seite eines fundamentalistischen Predigers auf. Dieser rief 10.000 seiner Anhänger zu einem Gebet für Kurz auf. Das war aber kein einmaliger „Wahlkampfauftritt“, sondern die ÖVP unterhält seit Jahren enge Kontakte zum rechten christlichen Rand;

18. 06. 2019: Pressekonferenz über unveröffentlichte Mails

Kurz ruft eine kurzfristige Pressekonferenz ein, um die Anschuldigen zu den, noch geheimen, ÖVP-Mails rund um das Ibiza-Video zu dementieren. Welche Schadensbegrenzung wollte die ÖVP wohl damit frühzeitig einleiten?

20. 06. 2019: Spende auf Kosten der POOR-Arbeiter

POOR-Aktionär Klaus Ortner spendete 2017 für Sebastian Kurz und seine Türken 1 Million Euro. Jetzt wird er von dem, von ihm geforderten, 12-Stunden-Tag profitieren. Denn seine Bauarbeiter „dürfen“ nun länger arbeiten. Die POOR-Arbeiter steigen schlecht aus und seine Gewinne werden steigen;

28. 06. 2019: Fake-Fanbrief von Laura (6 Jahre)

Da der Brief der 6-Jährigen Laura an Sebastian Kurz falsch datiert und in Schreibschrift (und nicht altersgerecht in Blockschrift) verfasst war, kann man getrost von einem Fake-Brief, den Kurz als PR-Masche ausschlichten wollte, ausgehen;

01. 07. 2019: Einstweilige Verfügung gegen Kurz in der Ibiza-Affäre

Das Handelsgericht Wien hat gegen Sebastian Kurz eine „erstweilige Verfügung“ erlassen. Dem ÖVP-Obmann wurde damit verboten, die SPÖ in Zusammenhang mit der Erstellung und/oder der Veröffentlichung des Ibiza-Videos zu bringen. Er hatte unzählige Male, ohne Beweise vorzulegen, die Sozialdemokraten beschuldigt, etwas mit dem Video zu tun zu haben;

03. 07. 2019: Sobotka rastet im Parlament aus

Während einer Rede von Jörg Leichtfried (SPÖ) platzt dem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka (ÖVP) der Kragen. Ohne einen Namen oder eine Partei zu nennen sprach Leichtfried in seiner Rede von „bestechlichen Parteien“. Der daraufhin folgende „Brüll-Anfall“ von Sobotka lässt die Vermutung zu, dass er sich damit evt. angesprochen gefühlt haben könnte. Diese Reaktion ist eines Nationalratspräsidenten sicherlich nicht würdig;

04. 07. 2019: Mit Immo-Magna Benko hat Kurz eine Strategie-Besprechung mit der CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer

„Rein zufällig“ haben Kurz und sein bester Freund, der Immobilienmakler Benko, direkt nacheinander einen Termin bei der CDU-Politikerin Annegret Kramp-Karrenbauer und beide streiten den Austausch von Informationen ab;

07. 07. 2019: Kurz schwindelte hunderte Wanderer zu seiner Wahlkampfveranstaltung hinzu

800 Menschen nahmen an der Wahlkampfwanderung von Kurz teil, behauptet Sebastian Kurz und viele Medien übernehmen ungeprüft diese Zahl. Doch die Bergkameras zeigen ein anderes Bild. Im Tal waren nur etwa 400 Teilnehmer anwesend und auf der Hütte kommen nicht einmal 40 an;

10. 07. 2019: ÖVP-Vereine unter dem Verdacht illegaler Parteienfinanzierung

Diese Vereine wurden von der Justiz überprüft: Heimatverein Pro Patria, Vorzugsstimmen für Mandl, Verein zur Förderung bürgerlicher Politik, Modern Society und das Institut für Bildung und Innovation. Im Zuge der Überprüfungsankündigung haben sich einige Vereine klamm heimlich „in Luft“ aufgelöst;

15. 07. 2019: Datenskandal wegen ÖVP-Stadtfest

Die Teilnehmer des Festes wurden aufgefordert, sich in einen Newsletter einzutragen. Die Daten wurden dann ungefragt an den Wiener ÖVP-Chef Blümel weitergegeben und für Kampagnen verwendet;

20. 07. 2019: Helmut Brandstätter packt über den rauen Umgang von Kurz mit den Medien aus

Helmut Brandstätter (Ex-Kurier-Herausgeber) schreibt in seinem Buch über den Umgang von Sebastian Kurz (ÖVP) und Herbert Kickl (FPÖ) mit Medien. Dies zeigt eindeutig, wie die türkis-blaue Regierung („nicht Linientreuen“) Zeitungen und Journalisten unter Druck setzte;

20. 07. 2019: Kurz-Social-Media-Manager schreddert heimlich und unter falschen Namen 5 Festplatten aus dem Bundeskanzleramt

Arno M. (Chef der Social Media-Abteilung des ÖVP-geführten Bundeskanzleramtes) schredderte bei der Firma „Reisswolf“ heimlich und unter falschen Namen 5 Festplatten. Für Altkanzler Kurz ist dies ein ganz normaler und gängiger Vorgang. In dieser „Schredder-Affäre“ ermittelt nun die Staatsanwaltschaft und die Ibiza-Sonderkommission;

25. 07. 2019: Kurz fordert „Ö-Cloud“

Nach seinem Besuch in Silicon-Valley fordert Sebastian Kurz eine sogenannte „Ö-Cloud“: Neben den internationalen Cloud-Lösungen müsse es auch österreichischen Server-Standorte geben. Aber scheinbar hat der Altkanzler seine Hausaufgaben nicht gemacht, denn lt. Wirtschaftskammer Wien gibt es diese Cloud-Server bereits seit 2017;

26. 07. 2019: Ein Shreddern von Festplatten fand nicht statt

Der ehemalige SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern widerspricht seinem Nachfolger Sebastian Kurz (ÖVP). Dieser hat behauptet, dass auch Kern vor seiner Amtsübergabe Datenträger vernichtet habe. „Ein Shreddern von Festplatten fand nicht statt“, schrieb er auf Facebook. Alle Unterlagen seien gesetzeskonform dem Staatsarchiv übergeben worden. Kern kündigte, sollte Kurz die Aussage nicht zurücknehmen, rechtliche Schritte an. Kurz unterstelle Kern, man hätte bei der Übergabe der Amtsgeschäfte ebenfalls Festplatten des Bundeskanzleramtes geschreddert, schreibt der ehemalige SPÖ-Kanzler in einem offenen Brief an den ÖVP-Chef. Soweit es sich nicht um „veraktete Unter-

lagen“ handelte, die ohnehin im BKA verblieben seien, seien die Unterlagen dem Staatsarchiv übergeben worden. Dass ein Mitarbeiter meines Kabinetts mit Festplatten oder dergleichen, zu einer Privatfirma (vielleicht sogar noch, wie Deine Leute, unter falschem Namen) gegangen wäre, um diese dort zu zerstören, ist selbstverständlich nicht vorgekommen, richtete Kern seinem Nachfolger aus. Derartiges Vorgehen kann Dir also nicht als „normales Prozedere“ bekannt sein. Deine Behauptung in der Diskussionssendung „Talk im Hangar 7“ von Servus TV ist daher unrichtig und Du das weißt Du auch“. Kern fordert Kurz nun auf, dessen Aussagen sehr rasch und in geeigneter Form richtig zu stellen und festzuhalten, dass die Übergabe der Amtsgeschäfte von Kern an Kurz ohne heimliche Zerstörung von Datenträgern des Bundeskanzleramtes erfolgt ist. Sollte dies bis Montag, den 29. 07. 2019 nicht geschehen, müsste er seine Anwälte um Prüfung bitten, ob hier gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen werden muss, um seinen guten Ruf zu wahren.

Der Brief an den Bundesparteivorsitzenden Sebastian Kurz:

Sehr geehrter Herr Bundesparteivorsitzender Kurz, lieber Sebastian

Der Website www.orf.at entnehme ich, dass Du in „Servus TV“ erklärt haben sollst, das Shreddern von Festplatten im Bundeskanzleramt anlässlich eines Regierungswechsels sei „ein normales Prozedere“. Wörtlich habest Du ausgeführt: „Auch die Übergabe von Kern (anlässlich des Regierungswechsels 2017) verlief so. Damit unterstellst Du mir, ich oder meine MitarbeiterInnen hätten im Dezember 2017, als Du vom Bundespräsidenten zum Bundeskanzler ernannt wurdest und ich Dir die Amtsgeschäfte übergab, ebenfalls Festplatten des Bundeskanzleramtes geshreddert und Du hättest dies auch gewusst und gebilligt. Tatsächlich haben meine MitarbeiterInnen und ich beim Regierungswechsel im Dezember 2017 sämtliche Akten und Unterlagen in gesetzeskonformer Weise behandelt. Soweit es sich nicht um veraktete Unterlagen handelte, die ohnehin im BKA verblieben sind, wurden die Unterlagen gesetzeskonform dem Staatsarchiv übergeben. Ein Shreddern von Festplatten fand nicht statt, die IT-Abteilung des Bundeskanzleramts hat vielmehr entsprechend der IT-Richtlinie des BKA benutzte Festplatten gelöscht und gebrauchte und zurückgegebene Geräte auf Werkseinstellungen zurückgesetzt. Dass ein Mitarbeiter meines Kabinetts mit Festplatten zu einer Privatfirma gegangen wäre um diese dort zu zerstören, ist selbstverständlich nicht vorgekommen. Derartiges Vorgehen kann Dir also nicht als „normales Prozedere“ bekannt sein. Deine Behauptung, die (Amts-)Übergabe von mir an Dich sei so verlaufen, wie dies in Hinblick auf die Zerstörung von Festplatten durch Deine Mitarbeiter kurz vor dem erfolgreichen Misstrauensantrag des Nationalrates gegen Dich erfolgt ist, ist daher unrichtig und das weißt Du auch. Deine Aussage kann ich aus diesem Grunde nicht unwidersprochen lassen. Ich fordere dich, Sebastian, auf, Deine gestrigen Aussagen sehr rasch und in geeigneter Form richtig zu stellen und festzuhalten, dass die Übergabe der Amtsgeschäfte durch mich an Dich ohne heimliche Zerstörung von Datenträgern des Bundeskanzleramtes erfolgt ist. Ich muss Dich ersuchen, diese Klarstellung bis kommenden Montag vorzunehmen. Diese Erklärung sollte die Aussage enthalten, dass bei der Übergabe der Funktion des Bundeskanzlers durch mich an Dich keine zumindest bedenklichen, aber möglicherweise sogar strafrechtlich relevanten Datenlösungen durch mich oder MitarbeiterInnen meines Kabinetts stattgefunden haben. Ich erwarte gerne Deine Mitteilung in diesem Sinne. Sollte diese nicht erfolgen, müsste ich meine Anwälte um Prüfung bitten, ob hier gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen werden muss, um meinen guten Ruf zu wahren.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Christian Kern

28. 07. 2019:

Kern droht Kurz in der Schredder-Affäre mit einer Klage

Der Wahlkampf läuft gerade erst an und die Akteure von ÖVP und SPÖ sind bereit, wenn sie angepatzt werden, schwere Geschütze aufzufahren und ziehen auch vor Gericht. Sebastian Kurz hatte auf Servus TV zur Schredder-Affäre gemeint, das Vernichten von Datenträgern im Zuge eines Regierungswechsels sei ein normales Prozedere und auch die Übergabe von Kern verlief so und das lässt Kern nicht auf sich sitzen. Er veröffentlichte einen Brief, in dem er ihn darauf hinweist, dass Kurz das sehr wohl weiß, dass das kein „normales Prozedere“ ist. Er forderte ihn auf, festzuhalten, dass die Übergabe der Amtsgeschäfte durch ihm an Kurz ohne heimliche Zerstörung von Datenträgern des Bundeskanzleramtes erfolgte. Für einen Widerruf gab er Kurz bis Montag den 29. 07. 2019 Zeit, ansonsten schaltet Kern seine Anwälte ein. Kurz denkt nicht daran, seine Aussagen zurückzunehmen und er habe doch klargestellt, dass das Verhalten seines Mitarbeiters „nicht korrekt“ war und ist scheinbar davon überzeugt, dass damit diese Causa erledigt ist. **(Anm.: Die Frage, warum (noch nie dagewesen) Kurz und seine Truppe im Zuge eines noch nicht spruchreifen Regierungswechsels (zum Zeitpunkt der Schredderaktion konnte er noch nicht wissen, dass er abgewählt wird) und unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Ibiza-Affäre, diese Datenträger vernichten ließ und sie nicht dem Staatsarchiv übergab, blieb er auch Wochen danach noch schuldig. Das ein Mitarbeiter diese Datenträger aus dem Kanzleramt stahl und sie, ohne danach die Rechnung zu bezahlen, unter falschem Namen vernichten ließ, bezeichnete Kurz als kleinen entschuldbaren Fehler.)**

Früher waren Wahlkämpfe schmutziger

Die Wahlkämpfe sind geplant und die Parteien versuchen, sich mit ihren Themen zu positionieren. Eine Zwischenbilanz, die auch der Frage nachgeht, ob eine untergriffige Wahlauseinandersetzung Sinn macht. Die ersten Touren durch die Bundesländer wurden absolviert, auch wenn diese noch nicht unter dem offiziellen Titel Wahlkampf laufen. Ex-Kanzler Sebastian Kurz hat sogar einen Abstecher ins Silicon Valley eingelegt, um sich dort mit führenden IT-Managern zu treffen und ein paar wahlkampf-taugliche Fotos mit nach Hause zu bringen. Aufmerksamkeit ist schließlich die härteste Währung im Wahlkampf. Ein alles dominierendes Thema, wie die Migration bei der letzten Wahl 2017, gibt es aber (zumindest noch nicht) dieses Mal nicht. Die inhaltliche Auseinandersetzung wurde bis Anfang Juli vom freien Spiel der Kräfte im Parlament geprägt, das hat, mit wechselnden Mehrheiten, zu zahlreichen Beschlüssen ge-

führt. Das Pflegegeld wurde erhöht, die Parteifinanzierung neu geregelt, Rauchen in Lokalen verboten und einiges mehr. Fragt man die Österreicher und Österreicherinnen, welche Themen wichtig sind, dann wird der Klimawandel derzeit als Erstes genannt. Das schlägt sich natürlich auch auf die Wahlkampagnen nieder. Nicht nur die Grünen, die das Umweltthema traditionell besetzen, versuchen mit entsprechenden Vorschlägen zu punkten. ÖVP-Chef Kurz hat Wasserstoff als alternativen Treibstoff entdeckt und plädiert für eine Ökologisierung der PendlerpauSchale. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner kupferte von den Grünen die Idee eines Klimatickets ab, mit dem man um 1100 Euro pro Jahr alle öffentliche Verkehrsmittel in ganz Österreich benutzen kann. Die Neos werben mit ihrem Modell einer CO₂-Steuer um Wählerstimmen, Peter Pilz will Inlandsflüge verbieten, und FPÖ-Chef Norbert Hofer räumt neuerdings ein, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Und dann gibt es noch jene Themen, wie die „Schredder-Affäre“, die einfach passieren. Die ÖVP ist in Erklärungsnot und macht sich plötzlich Sorgen, dass der aktuelle Wahlkampf wieder schmutzig werden könnte. In diversen Aussendungen wird bereits vor Dirty oder Negative Campaigning wie 2017 gewarnt. Damals sorgte die Silberstein-Affäre im Finale der Wahlauseinandersetzung wochenlang für Schlagzeilen. Der von der SPÖ beauftragte Berater hatte versucht, mit antisemitischen Seiten und Fake-Profilen auf Facebook Stimmung gegen Kurz zu machen. Auch in diesem Wahlkampf geistert bereits wieder das Fake-Gespenst herum. Laut ÖVP sind aufgetauchte Mails, die ihr Wissen über die Ibiza-Videos unterstellten, eine plumpe Fälschung. Danach bezeichnete sie ein, vom Tiroler SPÖ-Chef Georg Dornauer, in Umlauf gebrachtes Mail über vermeintliche „außerordentliche Spenden“ an die EU-Abgeordnete Barbara Thaler als Fake und kündigte Klagen an. Kurze Zeit später widmete sich Kurz dann einer Schmuddelseite aus dem Internet. Die letzten Tage haben das Ausmaß an Grauslichkeit deutlich gemacht, das dieser Wahlkampf mit sich bringen wird, schreibt Kurz und glaubt, dass man damit seine Politik verhindern will. Da stellt sich die Frage, ob es etwas bringt, wenn man über seinen Gegner untergriffige oder gar rufschädigende Botschaften streut? Der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier hat darauf keine eindeutige Antwort und ist sich sicher, dass Negative Campaigning zwar eine höhere Aufmerksamkeit und einen ebenso hohen Erinnerungswert bringt, ob es aber auch Stimmen bringt, ist nicht bewiesen. Der Solidarisierungseffekt mit dem Angegriffenen ist oft stärker als der Schaden für den Angegriffenen. In der medialen Berichterstattung schlagen sich Kritik und gegenseitige Attacken aber erfahrungsgemäß stärker nieder. Das heißt aber nicht, dass die Wahlkämpfe tatsächlich immer negativer werden. Eher im Gegenteil, erklärt Martin Haselmayer von der Uni Wien. Die offiziellen Aussendungen der Parteien wiesen im Wahlkampf 2017 die geringste Negativität

seit 1999 aus, zeigt eine aktuelle Untersuchung. Das kann aber auch mit der schwindenden Bedeutung von Presseaussendungen zusammenhängen. Auf Facebook hatten 2017 rund 26 Prozent der Parteipostings eine negative Aussage. Den niedrigsten Wert gab es bei der ÖVP (2 Prozent) und den höchsten bei der FPÖ (52 Prozent). Hier sind jedoch die Vergleiche naturgemäß schwierig, weil Social Media erst in jüngerer Vergangenheit eine größere Rolle zu spielen begonnen haben. Plakatanalysen zeigen im historischen Vergleich ebenfalls eine eher abnehmende Negativität. Auch wenn man das heute vielleicht nicht so recht glauben mag, aber die offiziellen Slogans waren in den 50er- und 60er Jahren viel aggressiver, analysiert die Politikwissenschaftlerin Lore Hayek von der Uni Innsbruck. Die großen Parteien SPÖ und ÖVP unterstellten sich damals regelmäßig Lüge und Betrug. Heute ist die politische Werbung in aller Regel anders aufgebaut. Plakatflächen sind zu teuer, um sich mit dem politischen Gegner zu beschäftigen, Die mediale Wahrnehmung ist meist so, dass der gerade aktuelle Wahlkampf als der schmutzigste aller Zeiten ausgerufen wird. Tatsächlich aber war der Ton früher viel rauer, meint Hayek.

29. 07. 2019: ÖVP inszeniert Kurz als zu Unrecht Angegriffenen

Das erschwert die Differenzierung zwischen gerechtfertigten Vorwürfen und Angriffen eines Spinners. Der Sozialpsychologe Klaus Ottermeyer zieht Parallelen zum früheren Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider. Das ist eine klassische rhetorische Figur von Rechtspopulisten, dass sie, wenn Schwierigkeiten auftauchen, diese Umkehr (vom Täter zum Opfer) machen und da hat Herr Kurz sicherlich auch von Haider gelernt. Die ÖVP inszeniert ihren Spitzenkandidaten Sebastian Kurz im laufenden Nationalratswahlkampf als einen zu Unrecht Angegriffenen. In diese Gesamterzählung packt die Partei die unterschiedlichsten Dinge hinein. Vom politischen Misstrauensantrag im Nationalrat bis zur Internetseite eines Verschwörungstheoretikers und all das passt zur Gesamterzählung. Unser Kanzler, denn das ist er für die ÖVP natürlich immer noch, wird zu Unrecht angegriffen. Dafür hat sich die ÖVP schon, ganz zu Beginn, in den Fersehdiskussionen entschieden. Die Geister, die man rief, wird man nicht mehr los. Da die SPÖ wohl kaum noch einmal Tal Silberstein als Berater engagieren werde, mussten die Türkisen diese Erzählung selbst erschaffen, analysierte Politikwissenschaftler Peter Filzmaier. Möglicher und vielleicht nicht unerwünschter Nebeneffekt ist, dass dadurch die Differenzierung von gerechtfertigten Vorwürfen wie der Schredder-Affäre und den Angriffen eines Spinners schwieriger werde. Dadurch werde etwa suggeriert, dass auch der Misstrauensantrag gegen Kurz und sein Kabinett ungerechtfertigt war. Der Sozialpsychologe Klaus Ottermeyer zieht Parallelen zum früheren Kärntner

Landeshauptmann Jörg Haider und meint: „Wenn die Marke „Ich“ doch nicht so perfekt ist, wie man sie vorher hingestellt hat, dann versucht man sich als Opfer darzustellen, als der arme Bua, wie das auf österreichisch heißt.

30. 07. 2019: Pilz zeigte Kurz und Kanzleramts-Mitarbeiter an

In einer Sachverhaltsdarstellung an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft betont der JETZT-Abgeordnete Peter Pilz, dass die Vernichtung von Datenträgern die Tatbestände Betrug, Sach- und Datenbeschädigung und Unterdrückung von Beweismitteln erfüllen könnte. Diese Anzeige richtet sich nicht nur gegen Alt-Kanzler Kurz, sondern auch gegen jenen Mitarbeiter des Kanzleramtes, der mehrere Festplatten anonym zur Vernichtung einer Entsorgungsfirma übergeben hatte. Durch die Angabe eines falschen Namens sei das Unternehmen über die Identität des Mitarbeiters und seiner Zahlungswilligkeit getäuscht worden, lautet die Begründung des Verdachts auf Betrug. Da es sich bei den ausgebauten Festplatten um Eigentum der Republik handelt, erhebt Pilz den Verdacht der Sachbeschädigung. Auch der Verlust der Daten an sich stellt für die Republik Österreich eine massive Schädigung dar, wird angemerkt. Sollten sich auf der Festplatte Daten befunden haben, die etwa mit der Causa „Ibiza-Video“ in Zusammenhang stehen, wäre außerdem der Tatbestand der Unterdrückung von Beweismitteln erfüllt. Neben Kurz und dem Mitarbeiter der Social-Media-Abteilung des Kanzleramtes, der die Festplatten zum Schreddern brachte, wird auch ein weiterer Mann in der Sachverhaltsdarstellung verdächtigt. Ein Mitarbeiter des früheren Kanzleramtsministers Gernot Blümel, der laut Pilz „eine führende Rolle“ bei der Vernichtung der Datenträger innegehabt haben soll. Zusätzlich wurde noch eine Anzeige gegen unbekannte Täter erhoben. Was für Kurz normal ist, ist in diesem Fall wahrscheinlich kriminell, kommentierte Pilz das Vorgehen. Deshalb seien die drei angezeigten Personen ein Fall für die Justiz. Ein Politiker, der als Bundeskanzler Spuren verwische und dabei Gesetze bricht, sei weder als Abgeordneter noch als Kanzler tragbar. Wir müssen dem Altkanzler klarmachen, dass die Republik nicht Eigentum der ÖVP ist und Kurz nicht alles schreddern kann, was ihn belastet, so Pilz.

Wie Sebastian Kurz das Klima retten will

Sebastian Kurz will plötzlich die Wasserstofftechnologie favorisieren, um das Klima zu retten, aber aus wissenschaftlicher Sicht ist der Vorschlag schlicht absurd. Batteriebetriebene Elektrofahrzeuge erobern sukzessive die Straßen, während Wasserstoffautos kaum über die Startlinie gezuckelt sind. Es hat technische, klimarelevante und wirtschaftliche Gründe, warum die einen gewonnen haben und die anderen quasi ausgeschieden sind. Dass der ehemalige Bundeskanzler Sebastian Kurz, der gerade intensiv keinen Wahlkampf betreibt, plötzlich dem Verlierer Starhilfe geben will, mag der Absicht geschuldet sein, mit einem originellen Dreh das Thema Klimawandel zu besetzen. Aber rein faktisch und aus wissenschaftlicher Sicht ist der Vorschlag einfach absurd. Ein Wasserstoffauto ist ein kompliziertes Ding. Wie bei Batteriefahrzeugen treibt ein Elektromotor die Räder an. In eingebauten Brennstoffzellen reagiert Wasserstoff mit Sauerstoff zu Wasser und dabei wird Strom erzeugt. So ein Vehikel braucht trotzdem zusätzlich eine Batterie, die Strom für Leistungsspitzen bereitstellt. Eine Brennstoffzelle ist ein extrem träges Element und sie kann nicht einfach zusätzliche 100 Kilowatt bereitstellen, wenn man aufs Gas steigt. Der hochexplosive und flüchtige Wasserstoff wird in einem Tank bei einem Druck von 700 Bar gespeichert. Dass dies nicht ungefährlich ist, zeigte die Explosion einer Selbstbedienungs-Wasserstofftankstelle in der norwegischen Stadt Sandvika. Ein batteriebetriebenes Elektromobil braucht hingegen lediglich, was bereits im Namen steht und zwar eine Batterie und einen Elektromotor. Bei gleicher Performance ist ein Serienwasserstoffauto aufgrund der vielen zusätzlichen Bauteile wesentlich teurer als ein Batteriebetriebenes. Auf dem Markt könnte es daher nur in speziellen Sparten der Industrie Fuß fassen, oder aber, mit massiven staatlichen Subventionen Individualverkehr. In den nächsten Jahren werden hingegen zahlreiche preisgünstige Elektroautos auf den Markt kommen, erklärt Manfred Schrödl von der Technischen Universität Wien.

Sebastian Kurz ist nicht unschlagbar

Zu den Eigenheiten von uns Menschen gehört es, dass wir Leute gleich attraktiver finden, wenn sie von anderen Menschen auch attraktiv gefunden werden. Wem Erfolg nachgesagt wird, dem fliegt er zu. Wenn Ihnen jemand einreden will, dass er in seinem Urteil nicht von der Umwelt beeinflusst wird, dann glauben Sie dem kein Wort. Wir alle sind Herdentiere und letztlich wissen wir das auch. Wenn alle Welt behauptet, Sebastian Kurz stehe für „Erneuerung“ und sei „talentiert“, dann beeinflusst uns das Urteil und auch die Wahlumfragen. Offensichtlich ist hingegen, dass Sebastian Kurz und seine „Ibiza-Koalition“ im Chaos unterging und daraufhin abgewählt wurde. Der früher so

reibungslose Motor des Kurz-Teams läuft nicht mehr ganz rund. Sein Medien-Kontroll-Räderwerk scheppert nur mehr, seitdem seiner Partei die vielen Hundert Ministersekretärsposten abhandengekommen sind. Immer mehr Skandale aus der türkis-blauen Regierungszeit kommen ans Licht. Bleibt es dabei, dass seine persönlichen Werte weiter so beeindruckend sind, wird Kurz die Wahl wohl trotzdem gewinnen. Das stellt die konkurrierenden Parteien vor ein Dilemma. Eigentlich müssten sie alles tun, um Kurz von seinen hohen Zustimmungswerten herunterzuholen. Andererseits müssten sie sich dann dauernd auf die Person Kurz konzentrieren, was ihn erst recht zum Polit-König macht, um den sich alles dreht. Greifen sie ihn nicht an, bleibt er der nette Überflieger und greifen sie ihn an, dann stellt er sich hin und sagt, er sei das arme Opfer. Aber ganz so ungefährdet ist auch der Möchtegern-Wieder-Kanzler nicht. Die ÖVP wirkt im Augenblick hypernervös. Das liegt vielleicht auch daran, dass Kurz ein Kontrollfreak ist, dessen Nerven schon flattern, wenn er nur ein bisschen die Kontrolle verliert. Wie zu Beispiel, bei der seltsamen Affäre um einen Kanzler-Sekretär, der mutmaßlich illegal, weil unter Angabe eines falschen Namens, Festplatten schredderte und aussagt, er könne sich leider nicht mehr daran erinnern, wer ihm dafür die Anordnung gab. Kurz ist populär, aber es weiß letztlich auch jeder, dass er ein spezieller Charakter ist, der durch Intrigantentum und schmutzige Tricks hochkam. Fast jeder, von Mitterlehner über Kern zu Kickl, der mit Kurz zusammenarbeiten musste, will mit ihm nie wieder etwas zu tun haben. Aber neuerdings passieren auch ihm gravierende Fehler, wie die Aussage, dass die Politik nur etwas für Leute wäre, denen Geld nicht wichtig sei. Ein österreichischer Bundeskanzler verdient 331.000 Euro im Jahr und das als Taschengeld anzusehen, zeigt die gefährliche Abgehobenheit von Kurz. Was, wenn jetzt krasse Machenschaften ans Licht kommen oder die Leute einfach das Gegeneinander, ohne das Kurz nicht auskommt, satthaben. Jeder kennt die Redewendung von der Regentonne und das irgendwann ein Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt. Dann kippt alles, obwohl man vielleicht gar nicht weiß, warum gerade jetzt.

02. 08. 2019: Nicht stark, nur schamlos

Herbert Kickl ist als Innenminister untragbar und darf auf diesen Posten nicht mehr zurückkehren. Was der gewesene und Möchte-gerne-wieder-Kanzler Sebastian Kurz mit seiner Ankündigung offenbart ist, dass Kickl keinen Platz mehr in einer von ihm geführten Regierung hat, ist kein Zeichen von Stärke oder gar ein solches für eine menschlichere Migrationspolitik, sondern eher schamloser Opportunismus, der die Widersprüchlichkeit seines, nur auf sich ausgerichteten Handelns (rechtzeitig vor den Wahlen) aufzeigt. Jetzt will er den Applaus, den er sich vor siebzehn Monaten für die Installierung Kickls geschrieben hat, für dessen Erledigung noch einmal kassieren. Das ist aber kein Grund, die FPÖ oder Kickl zu bedauern. Kickl hat mit der Ibiza-Affäre nichts zu tun und hat als Innenminister genau das abgeliefert, was von ihm (allen voran von Kurz für seine populistischen Spekulationsgewinne aus dessen Flüchtlingspolitik gern und kräftig mit einkassiert hat) erwartet wurde. Bei allen parlamentarischen Misstrauensanträgen konnte sich Kickl stets des Kanzlervertrauens sicher sein und jetzt spürt er, was dieses wert ist. Die Behauptung, Kickl sei ablösereif gewesen, weil ihm eine Aufklärung des blauen Ibiza-Skandals nicht zuzutrauen gewesen sei, entbehrt jeder Glaubwürdigkeit aus dem Munde eines Regierungschefs, der ihm die Aufklärung des BVT-Skandals überlassen hat. Kickl ist Innenminister geworden, weil Kurz anders nie Kanzler geworden wäre. Er wurde Ex-Innenminister, als Kurz sich stark genug fühlte, ohne diesen zivilisatorischen Ballast wieder Kanzler zu werden und seiner Partei das Innenministerium zu sichern. Und wenn er dabei auch sein Märchen von der wunderbaren türkis-blauen Zusammenarbeit Lügen strafen muss. Mit einem „Klüger werden“ oder gar mit politischem Anstand hat das alles aber nichts zu tun. Wie Kurz in Erklärungsnot um sich zu schlagen bereit ist, hat er in der Schredder-Affäre bewiesen, als er sie mit Beamten zu erklären versuchte, bei denen „oftmals die Parteiloyalität höher ist als die Lust, der Republik zu dienen“. Ein Bundeskanzler, der sich nicht scheut, um die Verantwortung von sich abzuwälzen, öffentlich und ohne Ursache als „Beamtenvernaderer“ zu agieren, ist nicht nur eine ärarische Novität in der Geschichte der Republik, sondern wirft damit auch die Frage auf, wie sehr bei ihm die Parteiloyalität höher ist, als die Lust, der Republik zu dienen. Einen gibt es jedoch, der ihn an List und Kühnheit übertrifft. Bei Armin Wolf meinte Norbert Hofer, Strache dürfe zurückkehren, weil alles, was er auf Ibiza von sich gegeben hat, nicht stattfand. Offenbar um ihm die Chance zu geben, das Erträumte, vom Krone- bis zum Wasserverkauf, doch noch in die Tat umzusetzen, soll er nach den Vorstellungen des blauen Parteichefs den Wienerinnen und Wienern als Bürgermeister empfohlen werden und die werden es hoffentlich zu schätzen wissen.

04. 08. 2019: Warum können wir diese Regierung nicht behalten

Die Leute merken es spürbar, dass das Regieren auch ohne Radau, Heuchelei und Niedertracht geht und sie empfinden es als sehr positiv. Bei sommerlichen Plaudereien in den Internetforen oder im Bekanntenkreis, bekommt man immer häufiger die Frage gestellt: „Können wir diese Übergangsregierung nicht einfach behalten, das ist doch viel angenehmer“. Na ja, eine Zeitlang (vermutlich bis Jahresende) werden wir diese Übergangsregierung unter Kanzlerin Brigitte Bierlein, Vizekanzler/Justizminister Clemens Jabloner und das Experten-kabinettt ohnehin behalten. Es sind noch zwei Monate bis zur Wahl, und dann beginnen erst die Koalitionsverhandlungen. Sie werden wahrscheinlich sehr zäh werden, denn die verschiedenen Varianten haben ihre Tücken. Sebastian Kurz, der vermutliche Wahlsieger, hat eigentlich zu keinem der denkbaren Partner, FPÖ, SPÖ, Grüne oder Neos, ein ungetrübt Verhältnis. Besonders die FPÖ baut derzeit scheinbar unüberwindliche Hürden (Beanspruchen des Innenministerium und am Besten mit Kickl) auf. Es ist der Mangel an politischem Hickhack, die Abwesenheit von sinnlosen Streitereien in der Regierung, die Atmosphäre von ruhiger Kompetenz, die so wohltuend von vielen Leuten empfunden wird. Die Regierungsmitglieder haben ansehnliche berufliche Karrieren hinter sich und die Meisten in der Verwaltung des Staates beziehungsweise in der Höchstgerichtsbarkeit (Bierlein war Präsidentin des Verfassungs- und Jabloner des Verwaltungsgerichtshofs). Sie haben politische Überzeugungen, aber keine Machtansprüche. Der Vorwurf lautet gelegentlich, sie würden nur verwalten, nicht gestalten. Aber das stimmt nicht ganz. Einige fragwürdige Entscheidungen der türkis-blauen Regierung wurden diskret entsorgt, Jabloner hat im Justizressort sogar in einen bedrohlichen Konflikt zwischen der Korruptionsstaatsanwaltschaft und Sektionschef Christian Pilnacek eingelenkt und durch neue Vorschriften zum Weisungsrecht eine grundsätzliche Lösung gesucht. Außenminister Alexander Schallenberg folgt zwar in der EU-Politik den Vorgaben seines früheren Chefs Sebastian Kurz, ist aber auch Kulturminister und liefert da im Festspielsommer weltoffene und weltgewandte Auftritte. Hier sind Leute, die überwiegend einer altösterreichischen Tradition der pflichtgeleiteten Hochbürokratie folgen und ihre Lebenserfüllung nicht darin sehen, den politischen Gegner „anzupatzen“ bzw. sich pausenlos zu beschweren, dass sie „angepatzt“ werden. Natürlich ist das unpolitisch und natürlich geht das nur so lange, als die Regierung das Vertrauen einer Parlamentsmehrheit hat, was ihren Aktionsradius naturgemäß einschränkt. Echte Weichenstellungen sollten in der Demokratie nur von Regierungen initiiert werden, die sich auf eine Parteienmehrheit stützen können. Aber es spricht nichts dagegen, bei der nächsten Regierungsbildung die Minister mehr nach

dem Prinzip der Expertise und menschlichen Reife auszuwählen. Vielleicht kann der Bundespräsident, der ja diese Expertenregierung eingesetzt hat, auf die Einhaltung solcher Kriterien bestehen.

Der „SCH(M)UTZschild“ der ÖVP

Es sei „irre“, „unfassbar übler Dreck“, oder „die nächste Schmutzkübelattacke gegen Sebastian Kurz“. Solche Tweets sahen alle, die auf Twitter ÖVP-Funktionären folgten. Etwa, in der Reihenfolge der Zitate, Rupert Reif aus der Presseabteilung, dem Generalsekretär Karl Nehammer oder dem Wiener Klubobmann Manfred Juraczka. Kurioserweise hat die ÖVP begonnen, bei Medien anzurufen und diese auf eine äußerst bizarre Webseite, auf der Sebastian Kurz „angepatzt“ werde, hinzuweisen. Ohne die Intervention der Volkspartei wäre der Blog vermutlich nur einer Handvoll Personen untergekommen und die hätten wohl schnell erkannt, dass als Autor ein extremer Antisemit am Werk ist, der unter anderem behauptet, dass die Wiener Grünen Menschenfleisch essen. Die „Vorwürfe“, die der Blog gegen Kurz vorbringt, spielen in derselben Liga und stellen Kurz eigentlich als Opfer eines furchtbaren Verbrechens, das nie passiert ist, dar. Warum versucht die ÖVP also mit aller Kraft, diese Seite bekannt zu machen? Die ÖVP setzt auf Methoden, indem die Debatte massiv mit Meldungen geflutet wird, die den Diskurs zerstören. Klar ist, dass sie in ihrem Wahlkampf auf die Inszenierung von Sebastian Kurz als Opfer setzt. Dieser wird, weil er zu populär ist, von allen Seiten „mit Dreck beworfen“, weshalb sich seine Anhänger noch stärker engagieren müssen. Das ist eine bekannte Strategie, um Unterstützer zu mobilisieren, die schon der einstige FPÖ-Obmann Jörg Haider perfektioniert hat. Er will etwas Gutes für uns, also soll er von „denen“ zerstört werden, so die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl über diese Strategie. Das Motiv für das ständige „Zurschaustellen“ von vermeintlichen, dubiosen oder tatsächlichen Angriffen auf Sebastian Kurz könnte aber auch ein anderes, nämlich die Zerstörung des Diskurses, indem dieser mit Informationen überflutet wird, sein. Dabei handelt es sich um ein Propagandakonzept, das in der Forschung als „Feuerwehrschauch der Desinformation“ bekannt ist und ab Mitte der 2000er-Jahre von Russlands autoritärem Führer Wladimir Putin perfektioniert worden ist.

Nutze alle Kanäle: Gemeinhin versucht der Mensch, ohne allzu viel nachzudenken durchs Leben zu navigieren. Daher nutzt das Gehirn verschiedene Abkürzungen und Strategien, um mit großen Mengen an Informationen, die nicht als extrem wichtig eingeschätzt werden, umzugehen. In der Ära der Ablenkung, in der man Nachrichten meist nebenbei am Smartphone konsumiert, heißt das, dass man auf mehrere Kanäle setzen sollte, um eine Botschaft unter-

zubringen. Beispielsweise auf Boulevardmedien, offizielle Twitter-Accounts, parteinahe Medien sowie auf Unterstützer, die eine Information möglichst gleichzeitig teilen und so konnte die ÖVP auch hierbei ihren „Spin“ platzieren.

Präsentiere „Beweise“: Dasselbe gilt bei der Causa rund um angeblich gefälschte E-Mails zwischen dem einstigen Kanzleramtsminister Gernot Blümel und Sebastian Kurz. Sofort nach der ersten Anfrage eines eher obskuren Blogs, ob diese echt seien, berief die ÖVP eine Pressekonferenz ein. Man habe die abfotografierten E-Mails und die übermittelten technischen Daten extern prüfen lassen und eine Fälschung entdeckt, hieß es. Dass selbst die Prüfer von Deloitte angaben, die Echtheit der E-Mails mit den verfügbaren Informationen nicht vollends widerlegen zu können, ging in der allgemeinen Erregung unter. Der IT-Chef der ÖVP verweigerte bisher alle Interviewanfragen von Journalisten. Auch hier hat die ÖVP, aus der Perspektive eines Propagandisten, goldrichtig gehandelt.

Sei immer der Erste: Die ÖVP konnte damit unter hoher medialer Aufmerksamkeit bekanntgeben, dass gefälschte E-Mails im Umlauf sind. Sollten sich die E-Mails doch als wahr entpuppen (wofür es keine Hinweise gibt) oder sollten echte E-Mails auftauchen, dann ist die ÖVP wieder im Vorteil. Denn das „Umdrehen“ einer Information ist äußerst schwierig. Außerdem weiß man aus der Forschung, dass Menschen, wenn sie wenige neue Informationen verarbeiten müssen, eher Experten, bei einer „hohen Lautstärke“ (beispielsweise andere Anhänger und Politiker) eher ihrer Partei, vertrauen.

Sei „in der Mitte“: Auch für andere klassische Propagandatechniken („Whataboutism“) lassen sich Hinweise finden. Man erinnere sich etwa daran, dass Sebastian Kurz noch als Kanzler die Fahnen der kurdischen PKK am Tag der Arbeit thematisierte, um eine Verbindung zwischen Linksextremismus und der SPÖ herzustellen, während zuvor wochenlang zahlreiche Fakten über die Nähe seines Koalitionspartner FPÖ mit der rechtsextremen Identitären Bewegung ans Tageslicht kamen.

Lege einen Köder: Meist rechtsgerichtete Politiker zögern immer weniger, in diese Trickkiste zu greifen. Soziale Medien verstärken die Effektivität derartiger Methoden in ungeahnter Art und Weise. Auch weil sie verschleiern, ob hinter den Aktionen Parteien oder deren Fans stecken. Eine beliebte Methode aus der sowjetischen Trickkiste, die perfekt ins Zeitalter von Twitter und Co passt, ist etwa die „reflexive Kontrolle“. Man legt heimlich einen Köder aus (weil man weiß, wie die Zielperson reagiert) und kommt so zum gewünschten Ziel. Zu beobachten ist, dass sich immer weniger politische Parteien an die "Regeln" eines fairen Wahlkampfes halten. Die FPÖ hat das Fluten mit Meldungen zweifelhaften Wahrheitsgehalts perfektioniert, etwa über reichweitenstarke Social-Media-Konten, Blogs wie unzensuriert.at und im Zusammenspiel

mit Krone.at. Das Dauerfeuer an aufgeladenen Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten kann für den Diskurs langfristig verheerende Konsequenzen haben. Schon jetzt ist zu beobachten, dass Sachthemen kaum noch durchdringen. Das dürfte dazu führen, dass das Vertrauen in das politische System absinkt. Davon profitiert dann der aktuelle Machthaber oder die Akteure, die in Skandale verwickelt waren. Oder, wie es zuletzt in einer Boulevardzeitung über die ÖVP hieß: „Schreddern, Koks und andere üble Gerüchte“.

Die CIA als „Geburtshelfer“ der FPÖ

Aus Angst vor der Sowjetunion unterstützten US-Agenten die Gründung des Verbands der Unabhängigen (VdU), des Vorläufers der Freiheitlichen und somit ist die FPÖ „ein Kind des kalten Krieges“. Schon 1949, bei der Gründung des VdU, aus dem die FPÖ 1956 hervorging, mischte der US-Geheimdienst kräftig mit. Seine Agenten besorgten Geld, stellten Kontakte her und lieferten Informationen. Dabei war das CIC (Vorläufer der CIA) von der Angst getrieben, die KPÖ könnte in Österreich putschen, nachdem 1948 die Kommunisten in Ungarn und der Tschechoslowakei die Macht übernommen hatten. Um dies zu verhindern, kamen den Amerikanern Leute wie Kowarik (ein 1907 in Wien geborener CIC-Agent) gerade recht. Auch Wilhelm Höttl (ehemals Direktor des Nazi-Geheimdienstes „SD“ = Sicherheitsdienst) mischte bereits im März 1949 mit, eine neue politische Partei zu gründen. Er unterstützte Viktor Reimann und Herbert Kraus dabei, den VdU aufzubauen, der auf die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten schielte und ihnen eine neue politische Heimat bot. Höttl sorgte dafür, dass sein Vertrauter Stefan Schachermayr, vormals die rechte Hand des oberösterreichischen Gauleiters August Eigruber, Spenden bei Industriellen für die Partei sammelte. Zusätzlich lieferte Höttl an Kraus Informationen, die er von ehemaligen hochrangigen Nazis und dem CIC bekam. Nach Richtungsstreitigkeiten innerhalb des VdU, jener Sammelbewegung mit liberalem Anspruch, in der viele ehemalige Nazis Unterschlupf gefunden hatten und die seit 1949 im Nationalrat vertreten war, einigten sich dessen Vertreter und die Freiheitspartei auf den Zusammenschluss zur FPÖ. Erster Parteichef wurde der Oberösterreicher Reinthaller, der direkt aus dem Zentrum des NS-Systems kam. Reinthaller war bereits vor dem „Anschluss“ bekennender Nationalsozialist, trat 1938 der SS bei und wurde Reichstagsabgeordneter und Unterstaatssekretär des Großdeutschen Reiches. Nach dem Krieg wurde Reinthaller wegen seiner Verstrickung in das NS-Regime zu drei Jahren Kerker verurteilt. Schachermayr hingegen sorgte zuletzt 2005 für Schlagzeilen, als er in einem Interview frei von der Leber plauderte: „Ich war überzeugter Nationalsozialist und bin es im Grunde genommen heute noch. Man kann uns ja außer

dieser Judengeschichte gar nichts nachweisen. Es ist ja nur Gutes geschehen“. Kowarik fiel bis zu seinem Ableben immer als Antikommunist auf. Mit Höttl brach der US-Geheimdienst offiziell 1950, nachdem er belanglose oder falsche Informationen geliefert hatte. Der Grundstein für die Entstehung der FPÖ wurde 1955 gelegt. Zwar tauchten ehemalige Nazis auch bei der SPÖ und der ÖVP auf, aber nur FPÖ-Funktionären fiel es immer wieder schwer, sich vom Nationalsozialismus eindeutig zu distanzieren. Im Jahr 1991 lobte der damalige FPÖ-Chef Jörg Haider die „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“. Seit Bestehen der FPÖ sorgen rechtsextreme Einzelfälle in ihren Reihen für Schlagzeilen. Als Reaktion auf einen dieser Vorfälle, die Liederbuch-Affäre, rief der mittlerweile zurückgetretene Parteichef Heinz-Christian Strache im vergangenen Jahr eine Historikerkommission ins Leben, um die braune Vergangenheit seiner Partei zu beleuchten und für August (zum wiederholten Mal) will diese nun ihre Erste Erkenntnisse präsentieren.

06. 08. 2019: FPÖ-Bericht zur Parteigeschichte

Die FPÖ legt ihre ersten Ergebnisse der Historikerkommission durch Ex-EU-Mandatar und Leiter der Koordinierungsgruppe Andreas Mölzer, FP-Generalsekretär Christian Hafenecker und Kommissionsleiter Wilhelm Brauneder vor, aber Lob und Anerkennung gab es dafür nicht. Es liegt zwar eine 32-seitige Zusammenfassung vor, aber schon jetzt ist der Ärger groß und renommierte Wissenschaftler zerpfücken den ersten „Bericht“ zur Parteigeschichte als relativierend, problematisch und verharmlosend. Die Kritiken lauteten von „Lückenhaft“ über „Chance verpasst“ bis zu „peinlicher Eiertanz“. Der Zeithistoriker Oliver Rathkolb ortete sogar den Versuch einer Reinwaschung. Außerdem bemängelt er das Fehlen wissenschaftlicher Standards. Tatsächlich finden sich in der Kurzzusammenfassung hauptsächlich Überschriften und keinerlei Neuigkeiten. Immerhin wurde erstmals in einer FPÖ-Publikation erwähnt, dass es überdurchschnittlich viele ehemalige Nationalsozialisten zu hohen Positionen innerhalb der Partei geschafft haben. Ein Umstand, für den die Partei aber seit ihrer Gründung im Jahr 1955 immer wieder scharf kritisiert wurde. Wilhelm Brauneder, Vorsitzender der Kommission, sorgte für Unklarheiten über den Forschungsinhalt. Er sagte, dass es der „Kommission nicht nur um die Aufarbeitung der sogenannten braunen Flecken, sondern um ein Bild der FPÖ insgesamt in ihrer politischen Darstellung“ gegangen sei. Kurioserweise ist in der Zusammenfassung zu lesen, dass sie eingerichtet wurde, um „die braunen Flecken“ zu untersuchen. Der Tenor der Zusammenfassung laute, dass die FPÖ eine Partei „wie jede andere“ sei. Warum sich die Kommission mit Themen wie Wehrpolitik oder Frauen beschäftigt hat, bleibt unklar. Dafür fehlen Analysen

der internen Parteivorstandsprotokolle der FPÖ zu NS-Themen, Entschädigung und Antisemitismus, wie der Historiker Rathkolb kritisiert. Als „wissenschaftlich bedenklich“ bezeichnete Rathkolb die Ausführungen zu FPÖ-Gründungsvater Anton Reinthaller im vorliegenden FPÖ-Papier. So ist, durch die Wissenschaftlerin Margit Reiter, längst widerlegt, dass Reinthaller bloß einen Ehrenrang bei der SS gehabt und vielen Verfolgten in der NS-Zeit geholfen hat. Vielmehr habe sich Reinthaller nach 1945 als Opfer gesehen, obwohl er als hoher Bauernfunktionär unter anderem massiv in den Zwangsarbeitereinsatz involviert gewesen sei und antisemitische Einstellungen weitergetragen habe, so Rathkolb. Als besonders problematisch, weil relativierend bezeichnet Rathkolb eine Stelle zum Nachfolger Reinthallers, Ex-FPÖ-Chef Friedrich Peter. Im FP-Papier werde zwar darauf hingewiesen, dass er einer Einheit angehört hatte, die 1941 „an Erschießungen hinter der Front beteiligt war. Die 1. SS-Infanterie-Brigade sei aber wesentlich mehr gewesen, nämlich „eine reine Mordmaschine, die im Sommer 1941 17.000 Juden und Jüdinnen (Frauen, Männer und Kinder) ermordete und später noch 25.000 sowjetische Kriegsgefangene umbrachte“. Auch das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) übt Kritik an der FP-Historikerkommission. Der Politikprofessor Walter Manoschek war bei der Präsentation anwesend, stellte ein ebenso vernichtendes Urteil aus und empfand diese als „billigste Show“. Der Bericht rieche nach Geschichtsverharmlosung, weil einerseits etwas zugegeben werde, aber nur, um es im gleichen Atemzug wieder zu relativieren“. Dass (Ex-)FPÖ-Funktionäre die Geschichte der eigenen Partei untersuchen, ist außerdem „äußerst dubios“ und so etwas habe er noch nie erlebt. Weiter im Dunkeln bleibt auch, warum die Freiheitlichen sich ihre Arbeit in Israel quasi absegnen lassen wollen. Das ist nicht nur lächerlich, sondern auch ausgesprochen peinlich, dass sie das auch noch so offen kommunizieren, sagt Reiter. Wäre es der FPÖ ernst, hätte sie längst ihre Archive für andere Historiker öffnen oder auch eine unabhängige Kommission einsetzen können. Auf Twitter schreibt der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, von einer verpassten Chance, sich glaubwürdig vom „braunen Sumpf“ zu distanzieren. Auch gab es bei der Präsentation keine Antworten auf die Fragen, was der Bericht nun für die heutige FPÖ bedeutet. Etwa ob Freiheitliche weiterhin, für den, von den Nazis als Held verehrten, Luftwaffenpiloten Walter Nowotny, Feiern (wie zuletzt im November 2018) organisieren dürfen.

08. 08. 2019: Kurz bedient Konzerne und verkauft Wasserstoff als Klimaschutz

Ex-Kanzler Kurz will Wasserstoff-Autos fördern, aber diese Idee ist weder neu noch richtig. Wasserstoff wird derzeit hauptsächlich aus Erdöl-Energie gewonnen und daher würde in Österreich hauptsächlich der Mineralölkonzern OMV davon profitieren und nicht das Klima. Deren Aufsichtsratsvorsitzender ist der ÖVP-Großspender Wolfgang C. Berndt und daher wurde auch seine Bestellung kritisch kommentiert. Die ÖVP will Wasserstoff zum wichtigsten Treibstoff in Österreich machen. Dafür will sie Unternehmen mit 500 Millionen Euro fördern und bis 2025 soll es flächendeckend in ganz Österreich Wasserstoff-Tankstellen geben, findet die ÖVP, aber woher der Wasserstoff dafür kommt, sagen sie nicht. Derzeit jedenfalls betreibt in Österreich nur die OMV solche Tankstellen und die stellt den Wasserstoff mittels Erdgas her. Deswegen bekommt man beim Kauf eines Wasserstoff-Autos (anders als für E-Autos) auch keine Umweltförderung. Wasserstoff-Autos sind gut für das Geschäft der OMV, aber nicht für das Klima.

12. 08. 2019:

Die Widersprüche der ÖVP in der Schredder-Affäre

ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer ist, angesichts der Schredder-Affäre in Erklärungsnot. Er will uns weismachen, dass es „ganz normal“ sei, Daten, die im Staatseigentum sind, heimlich durch den Reisswolf zu jagen. Er soll nun der Öffentlichkeit erklären, wie es sein kann, dass ein Kurz-Vertrauter, nur zwei Tage nachdem Kurz die Koalition mit der FPÖ aufkündigte, heimlich 5 Festplatten mit Daten aus dem Bundeskanzleramt geschreddert hat und dabei sind seine „Erklärungen“ schon sehr bemerkenswert.

Erklärung 1: BKA-Daten vernichten? Alles ganz normal. Die Verteidigungs-Erzählung von Nehammer: Alles easy, alles normal. Das machen alle so beim Amtswechsel. Hier eine kleine Gedächtnisstütze. Geschreddert wurde am 22. Mai. Also war die ÖVP bereits am 22. Mai felsenfest davon überzeugt, dass Sebastian Kurz nicht Bundeskanzler bleibt. Die FPÖ verlässt am 20. Mai die Regierung. Und schon am 22. Mai räumt die ÖVP das Kanzleramt aus. Die Behauptungen von Kurz, er hätte sich doch so intensiv um eine Zusammenarbeit mit der SPÖ und den anderen Parteien im Parlament bemüht, wirkt jetzt noch unglaublich. Als nächstes kopiert Nehammer den Kniff, den schon sein Chef Sebastian Kurz angewendet hat. Wenn es bei Dir kriselt, dann nimm Persönlichkeiten zu Hilfe, die angesehen sind und ziehe sie rhetorisch auf deine Seite. So macht es Nehammer mit Bundeskanzlerin Bierlein. Denn die lässt gerade intern prüfen, was passiert ist, hat aber allgemein davon gesprochen, dass

Datenvernichtung zum Regierungswechsel dazugehört. Klar, das stellt auch niemand in Abrede. Aber es stellt sich die zentrale Frage: Welche Daten bzw. welche nicht und vor Allem auf welche Weise. Werden sie korrekt im Haus von zuständigen Beamten gelöscht oder unter, fast schon in „mafia-Manier“ mittels einer Fake-Identität. Aber Nehammer stellt es so dar, als hätte Bierlein mit ihrer Aussage höchstpersönlich das Vorgehen der ÖVP gut geheißten. Kurz hat das schon beim Misstrauensantrag mit Bundespräsident van der Bellen gemacht. Der Misstrauensantrag gegen Kurz brüskiere ja den Präsidenten, denn der will Stabilität und van der Bellen konnte sich, so instrumentalisiert zu werden, nicht öffentlich dagegen wehren.

Erklärung 2: Die einzigen Fehler laut ÖVP waren Fake-Name und offene Rechnung. Gefragt nach Fehlern, sieht Nehammer nur Kleinigkeiten als problematisch an. Das einzig Unkorrekte an der Schredder-Affäre wäre die nicht bezahlte Rechnung und der Fake-Name, aber alles andere sei ok gewesen. Dabei sind das ja nur Symptome, nicht Ursachen des inkorrekten Vorgangs. Das Problem ist ja, dass 5 Festplatten nicht im Bundeskanzleramt, sondern extern vernichtet wurden. Durch das Zugeben vergleichsweise kleiner Fehler verdrängt Nehammer das Große in den Hintergrund. Das ist ein klassisches Ablenkungsmanöver. Wir sollen nur über Name und Rechnung reden und nicht über die 5 Festplatten und darüber, was da eigentlich drauf gewesen ist. Darüber, was genau Kurz und Co. vor uns verbergen wollten. Festplatten Schreddern ist kein „Fehler“, kein „Patzer“, es ist eine kalkulierte Datenvernichtung. Und da sind wir schon beim nächsten „Fehler“. Ein Fehler ist, wenn man sich verrechnet oder in den falschen Zug einsteigt. Aber 5 Festplatten aus dem Kanzleramt zu schmuggeln (zu rauben) und zu schreddern ist ein bewusster Vorgang, der geplant bzw. vorbereitet wurde und das ist ja keine Kleinigkeit. Nehammer betonte immer wieder die Dringlichkeit und wie schnell alles gehen musste. Mit diesem Argument will er Empathie erzeugen. Denn wenn man unter Zeitdruck ist, dann passieren halt Fehler. Wir können uns das ja gar nicht vorstellen. Er tut so als ginge es um Stunden, aber das stimmt überhaupt nicht. Kurz war nämlich noch Kanzler, als die Kanzleramts-Daten geschreddert wurden. An diesem 22. Mai hat die ÖVP bereits alles penibel für den Wechsel vorbereitet. Aber zu diesem Zeitpunkt war der Wechsel demokratisch ja noch gar nicht durch. Im Klartext heisst das also, dass die ÖVP schon fröhlich, als wären sie bereits abgewählt, Daten vernichtet hat. Aber sie waren noch nicht abgewählt, denn die Misstrauensanträge hätten ja auch nicht durchgehen können und Kurz hätte auch danach noch 6 Tage Zeit gehabt (Kurz wurde erst am 27. Mai abgewählt und Bierlein am 3. Juni angelobt), den Platz korrekt zu räumen. In diesen 6 Tagen wäre genügend Zeit gewesen, alle „üblichen und korrekten Vorgänge“

durchzuführen. Die ganze Erklärung von wegen „üblich“ und „muss schnell gehen“, ist also ziemlich wacklig.

Erklärung 3: Die nächste Verteidigungslinie von Nehammer ist, dass es nur ganz harmlose Daten waren, die Arno M. geschreddert hat. Umso unverständlicher ist es dann, warum es dann alles so schnell und heimlich vernichtet werden musste. Das ist eine komplett verworrene Logik und warum macht man sich auch noch absichtlich verdächtig?

Erklärung 4: Nehammer klagt über das Anpatzen der ÖVP und das Schreddern war nur Notwehr. Kurz und Co. sind doch gebrannte Kinder. Vor allem Silberstein, die SPÖ ... alle sind sie gegen ihn. Merke: Sogar in einem Interview über geschredderte Daten durch die ÖVP schafft es die ÖVP, „Silberstein“ ins Treffen zu führen. Daten schreddern, das war laut Nehammer also nur Notwehr, denn der politische Gegner ließ ihm ja keine andere Wahl. Der hätte das sicher gegen die ÖVP verwendet. Sich in die „Opfer-Rolle“ zu zwingen, da ist die ÖVP scheinbar Weltmeister. Alternativlosigkeit und Opferrolle. Als „Beweis“ nennt Nehammer die geleakten Papiere der „Operation Ballhausplatz“. Das waren Strategie-Papiere, in denen der Putsch durch Kurz (geschrieben von Mitarbeitern) in der ÖVP vorbereitet wurde. Das muss man sich mal vorstellen. Da wurden im Außenministerium auf Steuerzahlerkosten Papiere für interne ÖVP-Intrigen verfasst- und Nehammer tut jetzt so, als wäre der Leak der Skandal. Zu diesen Geschichten passt auch, dass das Kabinett Kurz, von Feinden umzingelt, im BKA gesessen hätte. Ein wirklich krasser Ausfall von politischer Seite ist es, dass nun seine eigenen Vertragsbediensteten und Beamte „als Schafe hzur Schlachtbasnk geführt werden sollen“. Der Chef behauptet damit, dass die Mitarbeiter ihn ausspionieren. Aber die wichtigsten Antworten fehlen. Antworten auf die wichtigsten Fragen gab bzw. gibt es keine. Die Bevölkerung weiß noch immer nicht, welche Daten da heimlich vernichtet wurden und warum. Ebenso weiß man nicht, wer konkret diesen Auftrag dazu erteilt hat und ob bzw. was die ÖVP mit dem „Ibiza-Video“ zu tun hatte.

16. 08. 2019:

Die 3 Erzählungen der ÖVP im nächsten Wahlkampf

Vor, während und jetzt nach dem erfolgreichen Misstrauensantrag gegen die Regierung von Sebastian Kurz entwickelt die ÖVP drei Erzählungen. Diese werden uns auch im kommenden Wahlkampf begleiten.

1.) Das Volk gegen das Parlament: Das ist seither die bestimmende Erzählung von Sebastian Kurz. Sie wird offensiv in den sozialen Medien und den Statements von ÖVP-PolitikerInnen vorgetragen. „Diesmal hat das Parlament lediglich bestimmt, entscheiden wird das Volk“. Er will uns damit sagen: Kurz ist direkt vom Volk legitimiert, das Parlament hat nichts zu sagen. Dazu passt auch, dass sich Kurz nach seiner Abwahl entschieden hat, nicht Teil des Nationalrates zu werden. Er begibt sich nicht hinab in die Niederungen parlamentarischer Arbeit, wo es um Verhandeln, um Dialog und um das Finden von Kompromissen geht. Er festigt lieber seinen Platz außerhalb des Systems. Damit er sich zu 100% auf seine Inszenierung für den Wahlkampf konzentrieren kann. Diese Aussage: „Das Volk gegen das Parlament“ entstammt dem Strategie-Katalog der Neuen Rechten. Die Vorstellung ist, dass es eine direkte Linie zwischen „dem Volk“ und „dem Anführer“ gibt und das Parlament bzw. die repräsentative Demokratie dabei nur stören. Das ist tief antidemokratisch und gefährlich. Die ÖVP spielt hier auf dem „Klavier“ der extremen Rechten und versucht, Kurz außerhalb des politischen Systems zu stellen und dadurch unantastbar zu machen. Dieser Anti-Parlamentarismus gehört seit 1919 zur Propaganda der extremen Rechten. Das Parlament wird als abgehoben, schwach und illegitim dargestellt, während der vom Volk auserwählte Führer direkt mit diesem verbunden ist und sich nicht demokratischen Mechanismen unterwerfen muss. Das ist die Basis für einen autoritären Staat. Die ÖVP ist damit, seit knapp 90 Jahren, die erste konservative Partei, die dieses Denken so offensiv bewirbt.

2.) Hier bildet sich die Rot/Blaue Koalition, die nur ein Ziel hat, Kurz zu stürzen: Das ist, auch angesichts dessen, dass die SPÖ-Chefin Rendi-Wagner eine Koalition ausgeschlossen hat, eine interessante Behauptung. Aber die ÖVP bleibt bei dieser Schauer-Erzählung, obwohl es ja die ÖVP selbst war, die die FPÖ in die Regierung geholt hat, um Kurz zum Kanzler zu machen. Ziel dieses Märchens ist es, die SPÖ zu spalten und damit direkt in die SPÖ hinein zu intervenieren. So etwas ist klassisches Negative Campaigning. Hier geht es nicht um positive Selbstdarstellung, sondern darum, eine andere Partei, im Speziellen die SPÖ, anzupatzen und heuchlerisch darzustellen. „Die SPÖ wirft ihre Prinzipien über Bord, nur um Kurz eins auszuwischen“, lautet die Erzählung und damit ist sie kindisch, irrational und hassgetrieben. Die Ausgangsbasis ist ausgerechnet

ein gemeinsames Stimmverhalten, das wohlgemerkt im Nationalrat oft vorkommt. Viele Gesetze werden auch einstimmig verabschiedet. Doch die ÖVP verkauft ein Stimmverhalten als „Koalition“, also als ein dauerhaftes Arbeitsübereinkommen. Die ÖVP möchte das jetzt als illegitim hinstellen, so als müsste die SPÖ alles ablehnen wo die FPÖ zustimmt und umgekehrt. Zudem kommt der Antrag von der SPÖ und es lag an den anderen Parteien, zuzustimmen oder nicht.

3.) Der Misstrauensantrag gegen Kurz hat den Bundespräsidenten brüskiert: Sebastian Kurz „kettet sich“ in seinen Reden, wie bei seiner Neuwahl-Rede am 19. Mai 2019 an den Bundespräsident. Das führt er nun weiter und Van der Bellen kann sich dagegen nicht wehren. Mit dieser Strategie stellt sich Kurz über die Regierung und das Parlament. Er ist quasi das Gegenstück zum Bundespräsidenten. Wir sollen denken, dass „diese beiden Staatsmänner uns aus der Krise manövrieren, Stabilität garantieren und das sollte die emotionale Hürde vor einem neuerlichen Misstrauensantrags erhöhen. Aber auch das ist natürlich eine groteske Verdrehung der Wirklichkeit. Van der Bellen hat mit der Abberufung von FPÖ-MinisterInnen und der Einsetzung einer ersten Übergangsregierung nach dem Protokoll (namens Bundesverfassung) gehandelt. Ein Bundespräsident kann nicht taktieren und Präferenzen äußern, sondern handelt wie es die Verfassung vorsieht. Daraus einen Van der Bellen-Kurz-Kurs zu kreieren, ist dreist.

20. 08. 2019:

Kabinett Bierlein kommt mit halb soviel Personal aus

Die Übergangsregierung unter Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein kommt mit deutlich weniger Mitarbeitern als die ÖVP-FPÖ-Regierung aus. Hat der türkisblaue Mitarbeiterstab noch knapp 400 Personen umfasst, befinden sich nun etwas weniger als 200 Mitarbeiter in den aktuell zwölf Ministerbüros, wie eine Serie von Anfragebeantwortungen zeigen. Konkret umfassten die Kabinette mit Stichtag der Veröffentlichung des Ibiza-Videos, das in weiterer Folge die Koalition platzen ließ, 395 Mitarbeiter. Zum Zeitpunkt der Anfrage durch JETZT-Klubobmann Bruno Rossmann, war der Personalstand unter der Übergangsregierung dann auf 191 reduziert worden. Während der Personalstab unter FPÖ-Minister Herbert Kickl und ÖVP-Staatssekretärin Karoline Edtstadler insgesamt 54 Personen zählte, sind es bei Wolfgang Peschorn nur noch 15. Bierlein selbst speckte das Kanzleramt von 31 unter ihrem Vorgänger Sebastian Kurz auf 14 Beschäftigte ab. Drastisch fiel der Abbau zum Teil in den ehemals FPÖ geführten Ministerien aus. Das Kabinett des damaligen Vizekanzlers und Bundesministers für Öffentlichen Dienst und Sport Heinz-Christian Strache, das nun

von Finanzminister Eduard Müller mitbetreut wird, wurde um 26 Mitarbeiter von 31 auf 5 reduziert, im Sozialministerium schrumpfte die Mitarbeiterzahl von 34 auf 10 und im Verkehrsministerium von 36 auf 14. Lediglich rund ein Viertel des Personals von ÖVP/FPÖ wurde von der aktuellen Regierung übernommen. Übernahmefreudig zeigte sich etwa Wirtschaftsministerin Elisabeth Udolf-Strobl, die 15 der 20 unter ihrer Vorgängerin Margarete Schramböck (ÖVP) beschäftigten Mitarbeiter übernahm. Bildungsministerin Iris Rauskala behielt in einem ersten Schritt 17 der 22, ehe sie zum Ende des Universitäts- und Schuljahres noch einmal reduzierte. Im Außenministerium hat Alexander Schallenberg 13 der 30 Mitarbeiter von seiner FPÖ-Vorgängerin Karin Kneissl übernommen. Während im Kabinett des Altkanzlers, samt Generalsekretariat und der Stabstelle „Think Austria“ 31 Mitarbeiter tätig waren, finde Kanzlerin Bierlein mit der Hälfte das Auslangen. Übertroffen wurden beide aber um Hauslängen vom Innenministerium. Das Duo Kickl/Edtstadler habe es auf „sage und schreibe“ 54 Mitarbeiter gebracht, während der amtierende Innenminister Peschorn lediglich 15 Beschäftigte benötigt. Es zeigt sich zum wiederholten Male, zuletzt etwa bei über 1,3 Millionen Euro Werbeausgaben für eine Steuerreform, die nur aus Ankündigungen bestand, dass für Türkis-Blau mit Sparen im System, höchstens das Sozialsystem gemeint war, für die eigenen Ausgaben galt das aber definitiv nicht. Die Übergangsregierung hatte zu Beginn auch schon die Zahl der Ressorts reduziert. Statt zuvor 14 Minister und zwei Staatssekretäre umfasst die Übergangsregierung Bierleins zwölf Minister. Eingespart wurde neben dem Beamten- und Sportministerium auch der Kanzleramtsminister, dessen Agenden zum Außenminister wanderten.

24. 08. 2019: Die „Deutschklassen“ sind gescheitert

„Die im letzten Schuljahr in einer Hauruck-Aktion eingeführten Deutschklassen sind eine einzige Enttäuschung“, sieht sich SPÖ-Bildungsstadträtin Elisabeth Mayr durch sich häufende negative Berichte aus zahlreichen Städten österreichweit in ihrer Kritik bestätigt, die sie schon bei der Einführung geäußert hat. Auf Kosten der Kinder und zu Lasten der Schulen bzw. der LehrerInnen. Gegen die Empfehlungen, so gut wie aller ExpertInnen, wurden die getrennten Deutschklassen im vergangenen Schuljahr durchgeboxt. Damit wurde das funktionierende System der Deutschförderung mit kleinen Klassen und doppeltem Lehrpersonal (bei dem Kinder gezielt gefördert werden konnten und ein Wechsel in Regelklassen problemlos möglich war) mutwillig zerstört. „Es haben alle davor gewarnt, Kinder aus dem Klassenverband zu reißen, bzw. abzusondern und damit ihre Chancen auf Spracherwerb und Integration zu verschlechtern“, erinnert Mayr an die massive Kritik sämtlicher ExpertInnen von

den EntwicklungspsychologInnen bis hin zu den SprachwissenschaftlerInnen. Die Kürzung der Förderstunden in der Klasse von 11 auf 6 Stunden, sowie das Fehlen von entsprechend ausgebildetem Personal verschärfen die Situation noch zusätzlich. Es braucht mehr Ressourcen und die Kürzung des Integrations-Topfes muss sofort, um wieder ausreichend SprachpädagogInnen an die Schulen zu bringen, zurückgenommen werden. Die LehrerInnen sollen selbst entscheiden können, wie sie die Sprachförderung an ihrem Standort gestalten, um auf spezifische Bedürfnisse bestmöglich eingehen zu können. „Die schlechten Ergebnisse nach einem Jahr getrennter Deutschklassen kommen für alle, die sich wirklich für Kinder und ihren Lernerfolg interessieren, nicht überraschend. Warnungen wurden von der damaligen ÖVP-FPÖ-Regierung sehenden Auges ignoriert“, kritisiert Mayr. Jetzt gäbe es noch die Möglichkeit, diese bildungspolitischen Rückschritte zu korrigieren. Die Bundesregierung muss dieses Fenster im Sinne der Kinder und ihrer Zukunftschancen unbedingt nutzen.

KTM wird mit 1,8 Millionen Euro Steuergeld gefördert

Thomas Diesenreiter, Geschäftsführer der Kulturplattform Oberösterreich (Kupf, Interessenvertretung der Kulturvereine), schickte einen Brief an den Landesrechnungshof mit der Bitte, die Förderung zu untersuchen. „Natürlich bleibt es dem unabhängigen Rechnungshof überlassen, wer oder was geprüft wird, aber vielleicht sind die Informationen doch so interessant, dass die Institution von sich aus tätig wird“, sagt Diesenreiter. Vom Büro von Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) wurde indes aufgeschlüsselt, dass die Beschlüsse für die Förderungen für KTM und auch jene für das Brotmuseum Paneum von Backaldrin in Asten, das 2018 mit 65.000 Euro gefördert wurde, aus dem Jahr 2015 und damit aus der Zeit von Josef Pühringer (ÖVP), als Landeshauptmann, stammen würden. Für KTM wurde demnach vor vier Jahren eine „Kulturförderung in der Höhe von 1,8 Millionen Euro zugesagt. Sie ist auszuzahlen in drei Raten zu je 600.000 Euro. Die erste Rate wurde 2018, die zweite im Juli 2019 in der Regierung einstimmig beschlossen“, heißt es. Begründet wurde die Millionen-Förderung insofern, als „das Konzept laut Förderrichtlinien vorab vom OÖ. Museumsverbund geprüft und für wertvoll befunden“ worden sei. Die Förderung gehe nicht an KTM, sondern an den Betreiber des Museums, die KTM Motohall GmbH. Ähnlich verhalte es sich beim Paneum von Backaldrin. Die erste Rate in Höhe von 35.000 Euro für das Brotmuseum sei 2017, die zweite Rate in Höhe von 65.000 Euro im vergangenen Jahr beschlossen worden. In beiden Fällen heißt es, die Voraussetzungen für die Förderungen seien gegeben. Auf Nachfrage wusste

Museumsbund-Präsident Roman Sandgruber nichts von einer diesbezüglichen Prüfung. Museumsbund-Geschäftsführer Klaus Janda war trotz mehrmaliger Versuche nicht zu erreichen.

26. 08. 2019: Ermittlungen auch wegen „Staatsfeindlichkeit“

Zusätzlich zu den bereits bekannten Vorwürfen ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Ibiza-Affäre auch wegen mutmaßlicher Steuerhinterziehung und des Vorwurfs der Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung. Das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage von JETZT an Justizminister Clemens Jabloner hervor. Demnach ermittelt die WKStA wegen „Verkürzung der Körperschafts- und Einkommensteuer, durch Absetzung tatsächlich nicht-absetzbarer Parteispenden, für das Jahr 2017“. Wie es im Büro von Anfragesteller Alfred Noll (JETZT) hieß, könnte dieser vermutete Tatbestand im Zusammenhang mit der Abwicklung von Spenden über Vereine stehen. Wenn sie Parteispenden abwickeln, könnten sie die Gemeinnützigkeit missbraucht haben und wären daher steuerpflichtig. Auch, dass wegen „Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung“ ermittelt wird, war bisher nicht bekannt. Der Zweck einer solchen Verbindung ist laut § 246 Strafgesetzbuch, „auf gesetzwidrige Weise die Unabhängigkeit, die in der Verfassung festgelegte Staatsform oder eine verfassungsmäßige Einrichtung der Republik Österreich oder eines ihrer Bundesländer zu erschüttern“. Dazu äußert sich Nolls Büro: „Wenn Strache und Gudenus ausführen, wie sie Gesetze, die ordnungsgemäße Bestellung von Organen oder ordnungsgemäße Ausschreibungen umgehen, ist eindeutig die Unabhängigkeit der Republik Österreich erschüttert“. Jabloner nahm in der Anfragebeantwortung, weder zu inhaltlichen Details noch zu beschuldigten Personen oder Organisationen, Stellung. „Die Offenlegung solcher Details würde den weiteren Verlauf der Strafverfahren und das Ergebnis der Ermittlungen beeinflussen und somit die Aufklärung der vorliegenden Strafsachen massiv gefährden“, erklärte der Justizminister. Auch auf die Gründe, warum aufgrund einzelner Tatbestände ermittelt wird, könne er daher nicht eingehen. Die Anfragebeantwortung umfasste auch bereits bekannte Vorwürfe, wie die „Abwicklung von Spenden über bereits bekannte bzw. noch zu ermittelnde gemeinnützige Vereine“, sowie die Erteilung öffentlicher Bauaufträge als Gegenleistung für Parteispenden. Bisher wurden keine Teile der Ermittlungen eingestellt. Ich hoffe, dass es am Schluss auch bei den meisten Punkten zu konkreten Anklagen kommt. Die Vielzahl der Straftatbestände zeige, „wie ernst und gefährlich diese blaue Geisteshaltung ist“.

27. 08. 2019: FPÖ wollte, ÖVP folgte

Inhaltlich habe die schwarz-blaue Koalition einen guten Job geleistet, wird der ehemalige Bundeskanzler, ÖVP-Chef Sebastian Kurz, nicht müde, zu betonen. Allein Ibiza und die vielen „Einzelfälle“ in den Reihen der FPÖ sind seinen Angaben zufolge Grund genug gewesen, die Zusammenarbeit zu beenden und zu Neuwahlen zu schreiten. Umso bemerkenswerter ist diese Liste, die immer länger wird. Maßnahmen, die die ÖVP jetzt bedauert. Zunächst war da das Rauchverbot, das sei quasi der Preis für die Koalition gewesen. Nach Beendigung der Zusammenarbeit wurden von Übergangs-Innenminister Eckart Ratz die 1,50 Euro Stundenlohn für Flüchtlinge, sowie die Umbenennung von Erstaufnahme- in Ausreisezentren zurückgenommen, die Herbert Kickl (FPÖ) angeordnet hatte. Wobei Kickl, von der ÖVP zunächst nicht einmal ernstlich kritisiert worden war. Man ließ ihn vielmehr gewähren. Was umgekehrt zeigt, wie wichtig es ist, im Fall des Falles auch einmal zu streiten. Sonst macht man sich mitverantwortlich, um nicht zu sagen mitschuldig. Ex-ÖVP-Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck stellte nun wiederum eine Kursänderung, Lehrlinge (deren Asylantrag abgelehnt wurde) betreffend, in Aussicht. In Koalitionsverhandlungen soll das laut Schramböck „neu beurteilt“ werden. Aber, dass das noch nicht passiert ist, ist ihren Angaben zufolge allein auf die FPÖ zurückzuführen. Die Volkspartei, deren Chef Sebastian Kurz vor gar nicht allzu langer Zeit noch von einer Richtlinienkompetenz für den Regierungschef gesprochen hat, musste in Wirklichkeit erdulden, was Freiheitliche wollten. Was natürlich nur eine Ausrede ist: Schramböck selbst hat sich in der Vergangenheit ausdrücklich für die Abschiebungen, ausgesprochen. Das ist zum Beispiel einer Aussendung der Parlamentskorrespondenz vom Oktober 2018 zu entnehmen. Zitat: „In der Unterredung mit den Abgeordneten, auch auf die Situation von AsylwerberInnen in Lehrausbildung angesprochen, hielt die Ministerin an der Regierungslinie fest. Asyl für Fachkräftezugang heranzuziehen, sei der falsche Weg, hier brauche es ein „Erwachsenwerden“ Österreichs und der Europäischen Union, richtete sie SPÖ, NEOS und Liste Pilz aus“.

29. 08. 2019: ÖVP ist über Ermittlungen zu „Ibiza“ empört

Als bekannt wurde, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) einen möglichen Zusammenhang zwischen dem „Ibiza-Video“ und dem Schreddern von Festplatten des Kanzleramts durch einen ÖVP-Mitarbeiter prüft, reagiert die ÖVP empört und nannte es „einen unglaublichen Schmutzkübel-Wahlkampf“. Man habe mit dem Ibiza-Video und einer möglichen illegalen Parteienfinanzierung der FPÖ nichts zu tun und „wer etwas anders behauptet, wird geklagt“, hieß es seitens der ÖVP. Ermittelt wird von der Staatsanwaltschaft ausschließlich gegen den damaligen Mitarbeiter des Bundeskanzleramts und es geht um die Vorwürfe des schweren Betrugs, der Sach- und Datenbeschädigung. Die FPÖ sieht die ÖVP nun gefordert, mit den Behörden zusammenzuarbeiten, um für „schnellstmögliche“ Aufklärung zu sorgen. Die Standard-Reaktion der ÖVP, alle Vorwürfe gegen die ÖVP seien Schmutzkübel, reicht hier alleine nicht aus, so FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky in einer Aussendung. Zudem finde er es „bedenklich“, die Antwort eines Ministers auf eine parlamentarische Anfrage als „Schmutzkübel“ zu bezeichnen. Bei den Ermittlungen rund um das „Ibiza- Video“ wird wegen 19 Vorwürfen ermittelt. Darunter auch, ob ein Zusammenhang zwischen den geschredderten Festplatten aus dem ÖVP-geführten Kanzleramt und dem „Ibiza-Video“ besteht. Wenn die ÖVP jeden klagen wolle, der eine Verbindung zwischen dem „Ibiza-Video“ und dem Schreddern von Festplatten sehe, dann richte sich das auch direkt gegen die WKStA. Es sei „besorgniserregend“, dass nun auch die ÖVP die Unabhängigkeit der Justiz infrage stelle. Die Justiz führt keine Schmutzkübel-Wahlkämpfe, sie ermittelt, so NEOS-Justizsprecherin Irmgard Griss. Die ÖVP hat mehrfach dementiert, das Video bereits vor dessen medialem Bekanntwerden gekannt zu haben. Es habe sich auch nicht auf den zerstörten Speichermedien befunden, betonten Parteichef Sebastian Kurz und sein Generalsekretär Karl Nehammer.

2019 erwarten die Krankenkassen ein Defizit von 80 Millionen Euro

Die Krankenkassen erwarten laut Hauptverband für heuer ein Defizit von 80 Millionen Euro. Entgegen den bisherigen Entwicklungen hat sich die Zahl gegenüber der letzten Prognose im Mai damit nur um 3 Millionen Euro verbessert. Hauptverband-Chef Alexander Biach hätte denn auch auf positivere Zahlen gehofft, er führt das vor allem darauf zurück, dass die Spitalskosten trotz Investitionen in den niedergelassenen Bereich steigen. Zu befürchten ist, dass es bei den 80 Millionen Euro Defizit nicht bleiben wird, weil die Fusionskosten für die Sozialversicherungsanstalten nur teilweise mitberück-

sichtigt sind. Eingerechnet sind jene der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und der Bauern (SVB), die zur Selbstständigen-Versicherung SVS zusammengeführt werden. Für die SVA fallen 7 und für die SVB 3 Millionen Euro an. Noch nicht enthalten sind die Fusionskosten der neun Gebietskrankenkassen, die zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zusammengeschlossen werden, weil die Überleitungsgremien erst das Budget beschließen müssen. Wie die Fusionskosten das Budget für die kommenden Jahre beeinflussen werden, ist noch unklar. Dem Vernehmen nach könnte das Defizit 2020 und 2021 deutlich steigen. Eine Bestätigung dafür gibt es seitens des Hauptverbandes aber noch nicht.

SPÖ-Positionspapier „Flucht – Asyl – Migration – Integration“

Der Sozialdemokratie geht es darum, Probleme zu erkennen und diese zu lösen, während andere nur auf Spaltung, Zuspitzung und Problembesprechung setzen. Die SPÖ sieht es als Verpflichtung an, Menschen, die von Gewalt und Verfolgung bedroht sind, auch vor Ort, zu helfen. Die Positionen und Maßnahmen der SPÖ betreffen die Bereiche Flucht und Asyl, Arbeitsmigration, Zusammenleben, Arbeit und Bildung.

Flucht und Asyl:

- Im Rahmen einer aktiven Neutralitätspolitik setzen wir und für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Zukunftschancen vor Ort ein.
- Gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Asylverfahren, fairer Kostenverteilung und standardisierten Leistungen.
- Maximale Dauer eines Asylverfahrens auf 3 Monate begrenzen. Wer keinen Asylgrund hat, darf nicht bleiben.
- Etablierung von Verfahrenszentren an den EU-Außengrenzen und Stopp der unkontrollierten Migration durch Schaffung von legalen Fluchtmöglichkeiten in UNHCR - konformen Verfahrenszentren nahe den Herkunftsregionen. Denn nur durch europäische Kooperation können Migrationsursachen wirksam bekämpft werden. Es ist daher wichtig Kooperationen in der EU zu suchen und zu stärken, anstatt populistische Alleingänge zu machen.
- Bessere Kontrolle der europäischen Außengrenzen durch eine gemeinsame europäische Mission. Verdoppelung der BeamtInnen einer gemeinsamen europäischen Mission auf 20.000 durch Umschichtungen im EU-Budget.
- Exportverbot von Waffen in Konfliktregionen (europaweites Kriegsmaterialengesetz nach österreichischem Vorbild).

- Gerechte Handelsabkommen mit Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und ArbeitnehmerInnen-Schutzbestimmungen.
- Europäischer Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Gemeinden, die AsylwerberInnen aufnehmen.
- Verstärkte Anstrengungen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen

Arbeitsmigration:

- Prinzip: „Integration vor Zuzug“.
- Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Menschen mit geringer Qualifikation.
- Wiedereinführung und Sicherstellung der Finanzierung des Integrationsjahrs für Asylberechtigte.
- Entwicklung einer österreichischen Migrationsstrategie.

Zusammenleben:

- Die Werte der Aufklärung, auf welche unsere Gemeinschaft baut, sind: Meinungsfreiheit, die Rechte des Individuums, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Gleichberechtigung zwischen hetero- und homosexuellen Menschen und ein säkularer Staat, in dem Gesetze über religiösen Vorstellungen stehen.
- Erstellung eines Integrationsleitbilds für Österreich mit Rechtsanspruch, aber auch persönlicher Verpflichtung zu Integration ab dem ersten Tag.
- Einrichtung eines Gesellschaftsfonds, der Maßnahmen in Gemeinden, die das Miteinander stärken und die bei allen Unterschieden eine Idee des Gemeinsamen entwickeln, unterstützt. Denn nur wenn das Zusammenleben funktioniert, wird auch die Integration von Zugewanderten gelingen.

Arbeit:

- Integrationsjahr für alle Zugewanderten (Spracherwerb und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt)
- AsylwerberInnen in Mangelberufen sollen die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung abzuschließen. Sollte in weiterer Folge in einem Mangelberuf Bedarf bestehen, soll ein Bleibeanspruch gestellt werden können, da es keinen Sinn macht, gut integrierte Menschen abzuschicken und stattdessen noch nicht integrierte AusländerInnen nach Österreich zu holen.

Bildung:

- Bildung in jungen Jahren ist der Schlüssel zur Integration.
- Investitionen in PädagogInnen (5000 LehrerInnen zusätzlich).
- Förderung von Deutschkenntnissen in den Schulen.
- Verteilung von zusätzlichen Integrationsmitteln (SozialarbeiterInnen, Sprachtrainings) mittels eines Chancenindex.
- Jugendcolleges in allen Bundesländern für Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind.
- Im Sinne einer funktionierenden Schulautonomie sollen wichtige pädagogische Entscheidungen den wahren ExpertInnen, den Schulen und PädagogInnen vor Ort, überantwortet werden. Sie können am besten beurteilen, was die Erfordernisse für ihre SchülerInnen sind.
- Alle Bildungseinrichtungen sind mit den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten. Hier darf nicht gespart werden.

Auf Wählerfang

Parteien haben im Wahlkampf eine Reihe von Zielen.

Erstens: Die Wähler zu halten, die man beim letzten Mal schon hatte.

Zweitens: Neue dazu gewinnen.

Drittens: So stark werden, dass man am besten den Kanzler oder die Kanzlerin stellt.

Königsdisziplin: dem größten Gegner die Wähler abluchsen.

Aus der Sicht der bisherigen Oppositionsparteien heißt das beispielsweise, den bisherigen Regierungsparteien Wähler weg zu nehmen. Schaut man sich oberflächlich die Umfragen an, drängt sich der Eindruck auf, dass die Türkisen, ein paar zigtausend Wähler und Wählerinnen, die die FPÖ verliert, gewinnen. Die Grünen gewinnen jene Leute zurück, die sie beim letzten Mal an die Pilz-Partei und die SPÖ verloren haben. Wirkt, aber nur auf den ersten Blick, schlüssig. Rechte Wähler haben eine gemeinsame Haltung, und insbesondere die FPÖ-Wähler haben zu ein paar Themen klare Meinungen. Für den FPÖ-Wähler ist die Wahl von Sebastian Kurz, der auch kein anderes Thema als Migration kennt, natürlich naheliegender, als die Wahl von Kogler. Und bei den (etwa 20 Prozent städtischen) linksliberalen Wählern weiß man, die wählen mal SPÖ, mal Grüne. Die Neos gewinnen mal ein wenig von den Grünen, mal ein wenig von der ÖVP. Deswegen glauben viele, die eigentlichen Wählerwanderungen finden vor allem innerhalb der „Lager“ statt. Ein frustrierter FPÖ-Wähler, der sich darüber ärgert, dass seine Partei die „einfachen Leute“ verraten und verkauft hat, bleibt vielleicht am Wahltag daheim. Dafür geht eine andere Wählerin zur Wahl, die das beim letzten Mal nicht tat und wählt die Grünen

oder die SPÖ. ÖVP-Leute, die von Kurz angewidert sind, werden diesmal vielleicht zu den Neos überlaufen und dafür manche Neos-Wähler zu den Grünen. Und schon gibt's wieder eine kleine Domino-Verschiebung vom Regierungslager zum Oppositionslager. Nicht jeder ist weltanschaulich fix festgelegt. Ein SPÖ-Stammwähler, Ende sechzig, aus einer ländlichen Industrieregion wechselt schon aus Lebensstilgründen ganz selten zu den Grünen. Genauso ist das natürlich auch mit der FP-Wählerschaft und der ÖVP. Viele FPÖ-Wähler sehen sich als „einfache Leute“, denen die Eliten nicht zuhören und diese FPÖ-Wähler würden sich natürlich eher die Hand abhacken als ÖVP zu wählen, die traditionell die Partei der Geldleute ist. Deswegen glauben manche in der SPÖ ja immer noch, diese FPÖ-Wähler wären eigentlich „unsere Leute“, die man zurück holen müsste. Was natürlich Unfug ist, weil genügend dieser Leute haben nie etwas anderes als FPÖ gewählt. Von ihrer Alltagskultur her und „wie man die Welt sieht“, würden viele dieser Wähler eher zur SPÖ passen als zur ÖVP. Nur hassen viele dieser Wähler die SPÖ geradezu, weil sie sich von ihr hingelassen fühlen. Zugleich weiß man in diesen Bevölkerungsgruppen insgeheim aber natürlich auch, dass es den Leuten letztendlich unter den Roten doch am besten geht. Aus diesem Gefühl könnte die SPÖ etwas machen, wenn sie klug ist und es schafft, die volksfreundliche Art von Rendi-Wagner auszuspielen. In einem Wahlkampf wird sich die SPÖ jedoch nicht einfach völlig neu positionieren können und die Glaubwürdigkeitsprobleme, die sie seit Jahren aufbauten, werden sie in drei Monaten nicht los. Die meisten Leute werden sie also nicht unbedingt mit viel Begeisterung wählen, aber einige zigtausend können schon gewonnen werden, die sie „als das Beste im Angebot“ ansehen. Und letztendlich sind auch viele ÖVP-Wähler gewinnbar. Klar, Sebastian Kurz ist immer noch populär, aber bedenken wir einmal. Er hat beim letzten Mal die ÖVP-Wählerschaft von rund 25 auf 31 Prozent erweitert. Logischerweise hat er da auch unabhängige Wechselwähler aus der Mitte gewonnen und dabei auch Leute erreicht, die vorher SPÖ gewählt haben. Das sind also nicht gerade ideologisch gefestigte Türkis-Wähler. Die kann er genauso schnell wieder verlieren, wie er sie gewonnen hat. Und in den Umfragen ging es schon in den letzten Monaten stetig für ihn bergab. Solche Dynamiken, einmal im Gang, können sich schnell beschleunigen. Gerade jetzt, wo die Ex-Koalitionäre so richtig im Skandalsumpf untergehen. Ohnehin tun Wählerinnen und Wähler oftmals (dass ihnen plötzlich ein Thema wichtig geworden ist, das sie vorher noch nicht so am Radar hatten oder weil sie ein glaubwürdiger Kandidat überzeugt) unerwartete Dinge. Es gibt unzählige Gründe, warum Leute andere Parteien, als beim letzten Mal, wählen.

Das Märchen von der „Schuldenbremse“

Gelegentlich versucht sich die neoliberale Ideologie mit der Aura des Sachlichen, ja sogar Wissenschaftlichen zu umgeben. In Wirklichkeit ist sie natürlich vor allem Ideologie, die von eingängigen Bildern lebt, die schnell überzeugen können, ohne dass sie sachlichen Überlegungen standhalten können. Zentral dabei ist etwa die Behauptung, dass der Staat ein „gefräßiges Monster“ wäre und dass die „Aufblähung“ des staatlichen Sektors der „privaten Wirtschaft“ die Luft zum Atmen nehmen würde. Die „private Wirtschaft“ wird dann mit Begriffen, wie „Freiheit“ und „Selbstverantwortung“ verbunden, was das Ganze noch einmal mit Werten verbindet, die hoch im Kurs sind. Autonomie, die Freiheit, sein Leben nach eigenen Präferenzen leben zu können, ohne vom „Moloch Staat“ gegängelt zu werden. Die Geschichte vom „gefräßigen Staat“ ist dann im Handumdrehen mit der Steuerthematik verbunden. Der Staat knöpft den Bürgerinnen und Bürgern das Geld ab, das die (so wird behauptet), ansonsten nicht nur entsprechend ihren eigenen Wünschen, sondern auch sinnvoller einsetzen könnten. Deswegen ist in den Augen der neoliberalen Ideologie scheinbar selbstevident, dass ein „schlanker Staat“ und damit eine niedrige Staatsquote besser, als eine etwas höhere und dass es eine kluge Sache ist. Dem Staat und seinen Institutionen Handschellen anzulegen, die sie am Schuldenmachen hindern (die ja dann späteren mit höheren Steuern zurückbezahlt werden müssen), so die Behauptung. Deswegen ist das Märchen der „Schuldenbremse“ in neoliberalen Kreisen besonders beliebt. Nun sind das alles Argumentationen, die dem Alltagsverstand im ersten Moment einleuchtend erscheinen. Niedrige Steuer- und Abgabenquoten sind schließlich für die Bürger bequemer. Somit wird der Anschein erweckt, als würde Ihnen „mehr Netto vom Brutto“ bleiben. Und dass man die Politiker hindert, „auf Kosten künftiger Generationen Geld rauszuwerfen“, wirkt ja auf den ersten Blick sehr überzeugend. Aber das ist, denkt man sachlich (also unideologisch) darüber nach und ohne simplen Pseudoweisheiten zu folgen, regelrechter Unfug. Eine niedrige Staatsquote ist zunächst einmal eher ein Indikator für schwache gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung. Hohe Staatsquoten sind dagegen ein Charakteristikum gut funktionierender Gemeinwesen. Gerade Länder mit hoher Staatsquote sind also in der Lage, die privatwirtschaftlichen Aktivitäten einer Gesellschaft zu unterstützen und besonders leistungsfähig zu machen. Es ist ja auch leicht verständlich, denn die Steuern und die Abgaben fließen in die öffentliche Verwaltung, in ein gutes Schul- und Bildungssystem, in staatlich geförderte Forschung und Innovation, in eine öffentliche Infrastruktur (Bahn, Schienen, Straßen, Brücken), in ein funktionierendes Rechtssystem und auch in ein Sozialsystem, das auf verschiedenste Weise nicht nur die Einzelnen ab-

sichert, sondern auch der Wirtschaft als Ganzes nützt. Die Arbeitslosigkeit wird in der Krise niedrig gehalten und Menschen verlieren nicht gleich ihre Qualifikation. Durch staatliche Investitionstätigkeiten können die Ausschläge der Konjunktur ausgeglichen und eine langfristig stabilere Prosperität hergestellt werden. Aus all diesen Gründen ist eine hohe Staatsquote, also in der Regel um die 45 Prozent, ein Zeichen für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und nicht für einen Staat, der Wohlstand absaugt. Ein ähnlicher Mythos ist, dass die „Schuldenbremse“ dem Staat Fesseln anlegen und daher positive Wirkungen haben. Aber das ist ein genauso gefährlicher Unsinn. Die relativ stabile ökonomische Entwicklung in den führenden Volkswirtschaften ist auch die Folge davon, dass die Regierungen bei dramatischen Konjunkturreinbrüchen gegensteuern können. Indem sie investieren, indem sie aber auch Kurzarbeit finanzieren (und damit Entlassungen vermeiden), indem sie Arbeitslosengeld auszahlen (das in der Krise automatisch mehr Kosten verursacht), was letztlich alles dazu führt, dass die Konsumnachfrage nicht sofort massiv einbricht. All das treibt in der Krise die Kosten hoch und muss über Schulden finanziert werden. Und hinzu kommt noch: Da in einer Krise die Einnahmen des Staates sinken, wachsen allein deshalb schon die Defizite. Jetzt stellen wir uns vor, ein Staat wäre ausgerechnet in einer solchen Situation gezwungen, zusätzlich seine Ausgaben zu streichen (weil ja die Schuldenbremse dazu zwingt), das würde zu einer Katastrophe führen. Ein Staat, der mit Kreditfinanzierung sein BIP erhöht, wird immer besser dastehen als ein Staat, der wegen vorhandener Schulden eine Sparpolitik verfolgt, die das BIP schmerzhaft reduziert. Wenn ein Staat aufgrund von Sparpolitik eine Milliarde weniger Schulden, aber dafür fünf Milliarden weniger Einnahmen hat, dann hat er kein Problem gelöst, sondern erst ein wirklich großes Problem geschaffen.

Wen wird die, von der SPÖ geforderten, Millionärs- und Erbschaftssteuer treffen

Die SPÖ setzt, unter dem Motto: „Reiche sollen stärker zur Kasse gebeten werden“, im Nationalratswahlkampf voll auf ihr Steuerkonzept. Demnach soll für Nettovermögen ab 1 Million Euro (Millionärssteuer) eine Vermögenssteuer fällig werden und auch die 2008 abgeschaffte Erbschafts- und Schenkungssteuer möchte sie wieder einführen. Diese müsste von den Erben für Erbschaften ebenfalls ab einer Million Euro gezahlt werden. Für kleinere Erbschaften unter einer Million Euro sieht das Konzept durch den Wegfall der derzeitigen Grunderwerbssteuer hingegen eine Steuersenkung vor. Bei Betriebsübergaben ist eine Sonderregelung eingeplant. Fixbestandteil des SPÖ-Steuerkonzepts ist es, dass Löhne bis 1700 Euro brutto steuerfrei bleiben. Die

SPÖ bringt damit, die schon seit Jahren diskutierten Pläne, ins Spiel und präzisiert vor allem, wie für Vermögen künftig deutlich mehr Abgaben an den Staat zu leisten sind. Wenn es nach dem vorliegenden Konzept geht, wird es in Zukunft 3 unterschiedliche Steuersätze geben:

Erbschaften	bis	1.000.000 Euro	0 % Steuer
Erbschaften		1.000.001 Euro bis 5.000.000 Euro	25 % Steuer
Erbschaften		5.000.001 Euro bis 10.000.000 Euro	30 % Steuer
Erbschaften	ab	10.000.001	35 % Steuer

Dadurch werden für den Staat Einnahmen von 500 Millionen Euro erwartet. Um zu vermeiden, dass größere Erbschaften zur Umgehung der Steuer beispielsweise auf jeweils 900.000 Euro „gestückelt“ werden, werden bei der Erbschaftssteuer die Summen für 30 Jahre in die Zukunft einbezogen und berechnet. Was passiert, wenn ein Vater verstirbt und seine Frau erbt ein Haus im Wert von 800.000 Euro und seine zwei Kinder jeweils 800.000 Euro erben? Es zahlt keiner eine Erbschaftsteuer. Wird ein Haus oder eine Eigentumswohnung unter einer Million Euro vererbt, soll die bisherige Grunderwerbssteuer wegfallen. Die SPÖ möchte damit der Kritik und den Vorwürfen von vorneherein entgegentreten, dass die Erben stärker zur Kasse gebeten werden. Bei Firmenübergaben sieht das SPÖ-Steuerkonzept eine Begünstigung vor. 85 Prozent des Betriebsvermögens werden nicht besteuert, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Unternehmen mindestens 5 Jahre weitergeführt wird und der Mitarbeiterstock im Wesentlichen erhalten bleibt. Für 15 Prozent des Betriebsvermögens würde eine Steuer fällig, die aufgeteilt auf mehrere Jahre zu zahlen wäre.

30. 08. 2019: Westbahn bringt Untreue-Anzeige ein

Der ÖBB-Konkurrent „Westbahn“ sieht sich bei jüngsten Vergaben durch das Verkehrsministerium benachteiligt und geht nun strafrechtlich dagegen vor. Auch ein Gutachten ließ die Westbahn erstellen, das den früheren Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) verantwortlich macht. Für das Verkehrsministerium ist hingegen „alles rechtskonform“ gelaufen. Angriffspunkt ist, die im „Ibiza-Video“ gefallene Aussage, dass „der Haselsteiner keine Aufträge mehr bekommen werde“, wenn die FPÖ in die Regierung kommt. Das Unternehmen hat daher eine Untreueanzeige gegen Unbekannt eingebracht. Der Industrielle und NEOS-Sponsor Hans Peter Haselsteiner hält an der Westbahn 49,9 Prozent. Nachdem das 2017 getätigte „Ibiza“-Zitat bekannt wurde, ließ er alle Vergabeverfahren prüfen, die seine Firmen und Beteiligungen betreffen, sagte der

Westbahn-Geschäftsführer Erich Forster. Für das Bahnunternehmen liegt das Privatgutachten der Kanzlei Heid & Partner jetzt vor und es weist durchaus Unregelmäßigkeiten auf, wie deren Vergaberechthaberin Kathrin Hornbanger ausführte. Auch wenn in diesem Bereich Direktvergaben bis Ende 2023 gemäß EU-Recht erlaubt sind, hätten aus Gründen der Wirtschaftlichkeit Vergleichsangebote eingeholt werden müssen, was aber nicht passierte. Die Vergaben seien daher gesetzes- und verfassungswidrig erfolgt und es gebe dafür eine persönliche Verantwortlichkeit des damaligen Verkehrsministers Hofer. Hofers Vorgänger Jörg Leichtfried (SPÖ) ist aus Westbahn-Sicht nicht betroffen, weil alle Vergaben im Jahr 2018 erfolgten. Initiativangebote der Westbahn seien einfach negiert worden, obwohl man beim Verkehrsdienstvertrag für Vorarlberg um 25 Millionen Euro günstiger angeboten und in Oberösterreich bzw. Salzburg die ÖBB sogar um 10 Prozent unterboten habe, so Hornbanger. Forster rechnete auch vor, dass bei der Einrechnung, des auf 10 Jahre abgeschlossenen Verkehrsdienstvertrags, für den Bund rund 1,5 Milliarden Euro einzusparen gewesen wären. Der Verzicht darauf habe auch dem verkündeten Reformwillen der damaligen Bundesregierung unter Sebastian Kurz klar widersprochen und auch der Gleichheitsgrundsatz sei verletzt worden. Zudem stelle sich die Frage, ob das BMVIT, angesichts des ungenutzten Einsparungspotenzials, nicht auch gegen ressortinterne Richtlinien verstoßen habe und dafür sei Hofer als Minister ungeteilt verantwortlich gewesen, weil er gemäß Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz den entsprechenden Verträgen habe zustimmen müssen. Folglich erstatteten die Rechtsanwälte der Westbahn, gegen unbekannte Tatverdächtige wegen Untreue, Anzeige bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Gegen Unbekannte Tatverdächtige deshalb, weil man die internen Zusammenhänge und Hintergründe im Ministerium nicht kenne, so Forster. Das Verkehrsministerium (BMVIT), in dem mit Andreas Reichhardt nun der frühere Generalsekretär Hofers an der Spitze steht, stellt die Vergaben hingegen deutlich anders dar. Direktvergaben im Schienenverkehr seien laut EU-Recht, wie Ausschreibungen, gleichrangig möglich. Auf dieser Basis habe man mehrere Verkehrsdienste, basierend auf der vorab eingeholten Prüfung, welches Modell (Ausschreibung oder Direktvergabe) das wirtschaftlichste ist, an die ÖBB direkt vergeben und auch Gutachten hätten belegt, dass dies die „für die Steuerzahler und die gesamtwirtschaftlich beste Lösung“ gewesen sei, so das Ministerium. Die Entscheidung zur Direktvergabe von Verkehrsdienstverträgen mit Vorarlberg, Kärnten und der Steiermark an die ÖBB sei schon im Jahr 2016 bzw. 2017 unter dem damaligen Verkehrsminister Leichtfried getroffen worden. Zudem wurde darauf verwiesen, dass die Westbahn in Bezug auf die Vergabe in Vorarlberg bereits klagte und die Rechtmäßigkeit in allen Instanzen bestätigt worden sei. Genau daran erinnerten auch die ÖBB, die in einer

schriftlichen Stellungnahme an die APA die Westbahn-Position scharf zurückwiesen. „Die politische Diskussion über die Direktvergabe von Verkehrsdienserverträgen ist vermutlich dem aktuellen Wahlkampf geschuldet, aber sollte nicht auf dem Rücken eines funktionierenden Bahnsystems ausgetragen werden“, wurde erklärt.

01. 09. 2019: Der FPÖ „Zahnbürsten“-Sager

Gernot Darmann hat bei einer FPÖ-Pressekonferenz die Justiz mit den Worten: „Diese mache bei der Drogenbekämpfung die Arbeit der Polizei zunichte“ und „Drogendealer sollten ihre Zellen mit der Zahnbürste putzen, statt unsere Kinder zu vergiften“, schwer attackiert. Die Aussage Gernot Darmanns fiel bei der Pressekonferenz anlässlich des Besuchs von Ex-Innenminister Herbert Kickl. Bisher hatte sich der Kärntner FPÖ-Obmann im Wahlkampf eher zurückhaltend gegeben. Nun kritisierte Darmann aber einen zu laxen Grenzschutz und verlangte bezüglich der Drogenbekämpfung eine „entsprechend kräftige und konsequente Sicherheitspolitik“. Und, so Darmann weiter: Auch das werden wir in Zukunft in den Griff bekommen müssen. Diese Drogendealer sollten gescheiter ihre Zellen mit einer Zahnbürste putzen, als weiterhin unsere Kinder auf den Straßen zu vergiften. Damit wird aber ein Bild „gezeichnet“, dass nicht wenige an die Judenverfolgung im Dritten Reich erinnert. Auf allen TV-Kanälen und in Zeitungen wird derzeit mit Dokumentationen und Reportagen an den Kriegsbeginn vor 80 Jahren erinnert. Während des NS-Regimes wurden Juden in aller Öffentlichkeit dazu gezwungen, oft unter dem Hohn ihrer Nachbarn, auf Knien mit Zahnbürsten die Gehsteige zu reinigen. Auf die Aussagen Darmanns angesprochen, sagte die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle, dass sich die Angriffe auf die Justiz generell mehren, aber: „Ich halte diese Aussage eines Politikers schon für einen Höhepunkt“. Landesparteichef Darmann rufe mit zwei Begriffen („Grenzschutz Süd“ und Putzen mit Zahnbürste“) Erinnerungen an unselige Zeiten hervor. Es habe in den 1930er Jahren „Reibpartien“ gegeben, so Stainer-Hämmerle, „wo Menschen mit Zahnbürsten Straßen reinigen mussten. Aber, was noch auffallender ist, dass er die ganze Drogenkriminalität nur unter dem Kriminalitätsaspekt und nicht unter dem Gesichtspunkt der Krankheit sieht, was viele Drogen Beratungsstellen fordern. Dass Sucht eben nicht nur ein kriminelles Vergehen, sondern auch eine Krankheit ist. „In Wahlkampfzeiten gebe es generell einen besseren Einblick, was sich diese Parteien für die Zukunft wünschen. Alle anderen sind durch das Ibiza-Video eher etwas abgeschreckt worden. Um ein gutes Ergebnis erzielen zu können, werden die Freiheitlichen doch eher bei den scharfen Tönen bleiben“, so Stainer-Hämmerle. Es stellt sich auch die Frage, wie viele Österreicher sich von solchen, eher bedenklichen, Äußerungen ansprechen lassen.

03. 09. 2019:

Diese 5 Mythen über die Erbschaftssteuer, sind ein Märchen

Bei Wirtschaftsthemen geht es mehr um einen „Glaubenskrieg“, als um eine ehrliche Offenlegung von Fakten und Argumenten. Gerade bei der Erbschaftssteuer wird mit Scheinargumenten um sich geworfen, dass es nur so raschelt.

1. Das trifft die Häuslbauer: „Das trifft in Wahrheit den Mittelstand und damit die Wohnungs- und Hausbesitzer“, meinte vor etlichen Jahren in Bezug auf die Erbschaftssteuer Wirtschaftskammer-Präsident Leitl und dieses Argument ist grundlegend falsch. Denn es gibt in Österreich 148.000 Millionäre. Müsste man für ein ererbtes Vermögen ab einer Höhe von 1 Million Euro Erbschaftssteuer zahlen, träfe das nicht einmal 2 Prozent der Bevölkerung. Eine Handvoll Menschen bekommt in Österreich beinahe das gesamte vererbte Vermögen, während alle anderen praktisch leer ausgehen. Als es in Österreich noch eine Erbschaftssteuer gab, sorgten die 4 größten Erbschaften für rund 25 Prozent des Erbschaftsteueraufkommens, wobei die 1. Million steuerfrei ist. Wer also sogar das Glück hat, unter die Millionäre zu gehen, muss nicht alles versteuern, sondern nur jeden Euro über 1.000.000 Euro. Wenn also exakt 1.000.001 Euro (äußerst unwahrscheinlich) geerbt wird, muss man, nach dem SPÖ-Modell, dafür 25 Cent Steuern zahlen. Bei Betrachtung der Verteilung von Erbschaften und des daraus resultierenden Steueraufkommens wird unbestritten klar, dass eine Erbschaftssteuer, die verschenktes Vermögen besteuert, absolut treffsicher wäre.

2. Leistung wird bestraft und man nimmt hart arbeitenden Menschen etwas weg: Das ist ebenfalls falsch. Für eine Person, die ein Erbe erhält, ist es ein Einkommen ohne Leistung. Ihr wird nichts weggenommen, sondern sie bekommt zusätzliches etwas, das sie sonst nicht bekommen hätte. Wer ein Haus oder eine Immobilie erbt, kann sich sprichwörtlich ins gemachte Bett legen. Erben ist die Haupteinnahmequelle der Superreichen. Steuert man nicht dagegen (z. B.: mit einer Erbschaftssteuer) konzentrieren sich Vermögen von Generation zu Generation in immer weniger Händen. Immer größere und konzentriertere Vermögen sind aber Gift für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Der meiste Reichtum reicher Österreicher besteht in Immobilien und wächst durch einfaches Abwarten. Dank der ÖVP wird dieses Abwarten durch die weltweit niedrigsten Grundsteuern extrem erleichtert. Mit Leistung hat das also recht wenig zu tun.

3. Wir zahlen eh schon so viele Steuern: Es kommt darauf an, wer die Steuern zahlt und welche Leistungen dem gegenüberstehen. Eine niedrige Steuerquote kann für den Großteil der Bevölkerung keine Entlastung, sondern eine Katastrophe sein, wenn man jede einzelne Leistung (wie Schule, Kindergarten, Arzt, Universität u.s.w.) aus der eigenen Tasche bezahlen muss bzw. das gar nicht kann und auf der Strecke bleibt. Die gerechtesten Gesellschaften der Welt haben eine hohe Steuer- und Abgabenquote und dafür auch großzügigen Service für die Bevölkerung. Außerdem geht es darum, wer die Steuern bezahlt und wer welchen Beitrag zum Gemeinwohl leistet. Die Abgabenquote, auf die sich Konservative und Rechtspopulisten oft fixieren, sagt allein noch nichts aus. Während in Österreich die Steuern auf Arbeit im internationalen Vergleich relativ hoch sind, sind die Steuern auf Vermögen bei uns extrem niedrig und bei der Erbschaftssteuer sind wir überhaupt fast der einzige industrialisierte Staat, der auf diese Steuer verzichtet. Mit mehr Einnahmen aus Vermögens- und Erbschaftssteuern wäre endlich Spielraum da, andere Steuern zu senken, die viel mehr Menschen betreffen. Eine Erbschaftssteuer kann also dazu führen, dass mehr Leute weniger Steuern bezahlen und ganz wenige Leute etwas mehr.

4. Die Erbschaftssteuer bringt nichts ein: Erbschaftssteuern sind sehr ergebig, wie wir das aus vielen anderen Ländern wissen. Zum Beispiel gibt es in Deutschland eine Erbschaftsteuer bereits ab 500.000 Euro und das betrifft gerade mal 1,5 Prozent aller Erben. Trotzdem nimmt der Staat dadurch 6 Milliarden Euro ein. Die SPÖ fordert, Erbschaften ab 1 Million Euro zu besteuern. Betroffen wäre davon 1 Prozent der Bevölkerung und man könnte, Berechnungen zufolge, jährlich 500 Millionen Euro einnehmen. Millionäre müssten einen kleinen Beitrag zahlen, der für sie fast unmerklich ist, während für viele Menschen Verbesserungen (beispielsweise indem man die Einnahmen für den Ausbau der Pflege verwenden würde) spürbar wären.

5. Die Erbschaftssteuer ist nicht fair, weil das Geld schon einmal versteuert wurde: Dieses Argument ist trügerisch und weit verbreitet. Vermögen wird in Österreich kaum besteuert, folglich geht diese Behauptung ins Leere. Einkommen aus Arbeit hingegen wird sehr hoch besteuert und das tatsächlich mehrmals. Z. B.: Man bekommt seinen Lohn, von dem bereits Steuern bezahlt wurden und geht damit in den Supermarkt. Dort bezahlt man mit dem bereits versteuerten Lohn eine Mehrwertsteuer auf jedes einzelne Produkt, das vorher im Herstellungsprozess wiederum schon öfters besteuert wurde. Es sind vor allem die arbeitenden Menschen, die über ihre Löhne und ihren Konsum das Sozialsystem erhalten, während leistungsloses Einkommen wie Erbschaften steuerfrei bleiben.

Die Polit-Praktiken von ÖVP und FPÖ

Die einen lassen heimlich Festplatten schreddern und die Anderen verstecken sie im Safe. Die Einen schreiben 12-Stunden-Tage für ihre Großspender ins Gesetz und die Anderen sollen Glücksspiel-Lizenzen versprochen haben. ÖVP und FPÖ stehen für „gekaufte Politik“. Im Austausch für Posten und Großspenden gibt es (in Form von Gesetzen) Geschenke, über die sich Konzerne freuen. Sebastian Kurz will „wegen Ibiza nicht alles schlechtreden“ und offenkundig auch nach der Wahl am 29. September mit der FPÖ in der Regierung sitzen. Egal ob 12-Stunden-Tag, gekürzte Mindestsicherung bei Familien, rechtsextreme Einzelfälle und Millionen-Eigenwerbung-Ausgaben, für Kurz war die Koalition mit der FPÖ ein voller Erfolg.

ÖVP und FPÖ wollen (trotz Ibiza und Schreddern) nur miteinander regieren: Wir sind bereit, den erfolgreichen Weg für Österreich fortzusetzen, hat FPÖ-Chef und Spitzenkandidat Norbert Hofer angekündigt. Auch Herbert Kickl betont, die Hand der FPÖ sei in Richtung Kurz „ausgestreckt“. Dass der Bruch zwischen Kurz und der FPÖ eine Inszenierung war, liegt wohl auf der Hand. Vor gar nicht so langer Zeit betonte Kurz, dass die FPÖ nicht regieren kann. Am Tag nach dem Bruch ruft Kurz dann alle FPÖ-Minister an, um sich für die gute Zusammenarbeit zu bedanken, und stellt sogar eine weitere Zusammenarbeit nach der Wahl in Aussicht. Die wechselseitigen Sympathien verwundern nicht, immerhin haben, auch was ihre politischen Praktiken angeht, ÖVP und FPÖ viel gemeinsam. Man sollte auch nicht vergessen, dass vieles was Strache auf Ibiza ankündigte, unter der Kurz-Regierung Realität wurde: 12-Stunden-Tag, Pläne zur Senkung der Gewinnsteuer für Konzerne, Einschüchtern von Journalistinnen und Journalisten. Auch wenn es um Deals mit Spendern bzw. Unternehmen oder den Umgang mit Daten auf Festplatten geht, harmonisieren ÖVP und FPÖ sehr stark miteinander.

Steuerzuckerl und der 12-Stunden-Tag als Dank an die Kurz-Großsponsoren: Die Spender, die wir haben, sind in der Regel Idealisten und die wollen Steuersenkungen...“ (Heinz-Christian Strache im „Ibiza-Video“). Solche „Idealisten“ dürften auch die Spender von Sebastian Kurz gewesen sein. KTM-Chef Stefan Pierer spendete der ÖVP über 430.000 Euro und wünschte sich dafür von Kurz einen 12-Stunden-Tag, den er auch prompt bekam. Das war wohl für Herrn Pierer eine ertragreiche Investition. Auch Klaus Ortner (POOR-Aktionär und Mitglied der wirtschaftsunterstützenden „Tiroler Adlerrunde“, die ebenfalls von Kurz den 12-Stunden-Tag fordernten) zählt, mit seiner Spende von rund 1 Million (aufgeteilt auf die Jahre 2017, 2018 und 2019) an die ÖVP, zu den Profiteuren der Kurz-Strache-Regierung. Ortner war zufrieden und hat als Unternehmer in den vergangenen Monaten den Eindruck gewonnen, dass

die Anliegen der Wirtschaft in der Politik endlich wieder Gehör finden. Und auch Steuersenkungen waren unter Schwarz-Blau vorgesehen. Die Senkung der Gewinnsteuer (KöSt) war fix vorbereitet und hätte die Steuerzahler 1,6 Milliarden Euro gekostet. Davon wären 1,25 Milliarden Euro an die Größten 5% Unternehmen in Österreich geflossen.

Casino-Deal der FPÖ für mehr Glücksspiel-Politik: Im Ibiza-Video prahlte Strache gegenüber der angeblichen Oligarchin mit großzügigen Wahlkampf-Spendern. Es gibt ein paar sehr Vermögende und die zahlen zwischen 500.000 und 2 Millionen Euro. Novomatic zahlt alle. (Heinz-Christian Strache im „Ibiza-Video“). Tatsächlich untersucht nun die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft (WKStA), welche Beziehung es zwischen der Novomatic und der FPÖ gab. Nach anonymen Hinweisen führte die WAKSt Razzien bei Aushängeschildern der FPÖ durch. Bei Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus, Ex-Staatssekretär Hubert Fuchs und einem FPÖ-Bezirksrat wurden am 12. August Hausdurchsuchungen durchgeführt. Sie werden der Postenschacherei im Casino und Deals um Glücksspiel-Gesetze verdächtigt. Peter Sidlo, FPÖ-Bezirksrat, soll, seinen Vorstandsposten bei den Casinos Austria einem Deal zwischen der FPÖ und Novomatic verdanken. Im Gegenzug soll die FPÖ dem Glücksspielkonzern versprochen haben, sich für Online-Gaming-Lizenzen und Casino-Lizenzen, sowie die Wiedereinführung des „Kleinen Glücksspiels“ einzusetzen. Die Novomatic bestreitet alle Vorwürfe rund um Posten- und Gesetzes-Deals und bezeichnet sie als „völlig haltlos“.

Die Einen Schreddern und die Anderen verstecken Festplatten im „Alpen-Tresor“: Nicht nur bei Strache und Co. gab es Razzien, sondern auch im Haus „Enzian“ (Osttiroler Alpen) wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dort machten die Ermittler einen interessanten Fund. In einem Panzerschrank lagerte die FPÖ mehrere Festplatten. Diese wurden beschlagnahmt, da der Verdacht besteht, dass diese Festplatten Daten über „Zahlungsflüsse aus der Glücksspiel-Branche“ enthalten könnten. Der ehemalige Social Media-Chef von Sebastian Kurz im Bundeskanzleramt hat 5 Festplatten aus dem BKA geschmuggelt (gestohlen) und ließ sie heimlich, unter falschem Namen und ohne die Rechnung zu bezahlen, schreddern. Und das alles nur wenige Tage nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos. Als man von der „Schredder-Affäre“ erfuhr, holten Polizisten den Mitarbeiter von seinem neuen Arbeitsplatz, der ÖVP-Zentrale, ab. Welche Daten sich auf den Festplatten befunden haben, wissen wir bis heute nicht. Weil unklar ist, ob die Daten im Zusammenhang mit dem Ibiza-Video stehen, ermittelt die Sonderkommission Ibiza. Nicht nur inhaltlich, auch der Umgang mit Daten, Macht und die politischen Praktiken ähneln sich sehr, verbindet ÖVP und FPÖ mehr als sie trennt.

ÖVP und FPÖ wollen, trotz aller Skandale weiter regieren: Ibiza-Video, Schredder-Gate, Casino-Deal und Razzien zum Trotz wollen ÖVP und FPÖ nach der Wahl im September weiterregieren. Politiker beider Parteien machen keinen Hehl daraus, dass sie die gescheiterte Koalition neu aufsetzen wollen. FPÖ-Spitzenkandidat Norbert Hofer sagte: „Entweder es gibt Türkis-Blau nochmal oder die FPÖ geht in Opposition“. Auch der Salzburger Landeshauptmann Haslauer ist der Meinung, dass man wegen Ibiza nicht alles schlechtreden soll. Skandale dieser Art sind scheinbar für diese beiden Parteien keine unüberwindbare Hürde. Die Übereinstimmung zwischen ÖVP und FPÖ ist über 80 Prozent. Norbert Hofer verdeutlichte, dass die FPÖ sowieso um jeden Preis wieder Regieren möchte.

04. 09. 2019:

Mit Sebastian Kurz in die autoritäre „Dritte Republik“

Unter Türkis-Blau hat Sebastian Kurz eine autoritäre Wende in Österreich eingeleitet und dabei sind die Werte der einstigen Volkspartei nicht mehr relevant. Seine Politik orientiert sich hierbei stark an der Idee Jörg Haider`s einer „Dritten Republik“. Sollte die Kurz-ÖVP die kommende Wahl gewinnen, wird sie wohl autoritäre Politik vorantreiben. Die Regierung von Bundeskanzler Kurz ist nach nur eineinhalb Jahren gescheitert. Falls Sebastian Kurz bei diesen Wahlen mit seiner Partei gewinnt, wird er wohl mit einer, von Norbert Hofer geführten, FPÖ erneut eine türkis-blaue Koalition eingehen. Vielen Stammwählern der einstigen ÖVP wird dieses Bündnis, mit einer durch Ibiza völlig diskreditierten, FPÖ nicht besonders gefallen. Daher wirft die gut geölte türkise Propaganda-Maschine mit Nebelgranaten um sich und warnt vor einer angeblichen rot-blauen Koalition. Wohin würde uns eine türkis-blaue Kurz-Hofer Regierung führen? So schreibt der ehemalige Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) in seinem Buch HALTUNG: „Ich finde, dass wir uns insgesamt auf einem ausgesprochen problematischen Weg befinden – von einer liberalen Demokratie hin zu einer autoritären Demokratie“. Die alte ÖVP war ihrem Namen gemäß eine, aus unterschiedlichen Bündnen bzw. Interessengruppen zusammen gefügte, Volkspartei und damit unterschiedlichen Machtzentren unterworfen. Das bedeutet manchmal schwerfällige innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Zumindest auf Bundesebene existiert diese Partei, weil sie von Sebastian Kurz zerschlagen wurde, nicht mehr. Personen, die Kurz in Führungspositionen gehoben hat, haben keine eigene Machtbasis. Sie sind von Kurz und nicht er von ihnen abhängig. Dieses Führerprinzip hat auch die Arbeit der Kurz-Strache-Regierung bestimmt. Kurz führte die türkis-blaue Regierung und die Minister und Ministerinnen mussten seine Vorgaben umsetzen. Die Ex-Regier-

ung stützte sich dabei auf einen riesigen Presse-Apparat, der Kurz immer wieder ins richtige Licht rückte. Sebastian Kurz hat sich selbst durch einen Putsch an die Macht gebracht. Er hat bewusst die Arbeit einer Regierung, der er selbst als Außenminister angehörte, behindert. All das geschah nach einem schon lange vorher ausgeheckten, detaillierten Plan und dieser grenzenlose Machtwille ist in der Geschichte der Zweiten Republik einmalig. Hierzu schreibt Reinhold Mutterlehner: „Da ist eine Energie verwendet worden, die in dem Umfang jeden russischen Revolutionär vor Neid blass werden lässt, weil da ist man nicht so planmäßig vorgegangen“. Beunruhigend ist auch das Verhältnis des Ex-Kanzlers zum Parlament. Als der türkis-blauen Regierung das Misstrauen ausgesprochen wurde, antwortete die Türkisen mit einer Presseausendung wie folgt: „Heute hat das Parlament entschieden. Am Ende aber entscheidet das Volk bei der Wahl. Unser gemeinsamer Weg mit Sebastian Kurz hat erst begonnen“. Zunächst fällt bei diesem Sager die Arroganz auf, mit der der Ausgang der Wahlen vorweg genommen wird. Kurz stellt eine Neuauflage seiner Regierung als Selbstverständlichkeit dar. Schwerer aber wiegt die unterschwellige Botschaft in der Kurz den Standpunkt vertritt, dass er den „wahren Volkswillen“ und nicht die ins Parlament gewählten Abgeordneten, verkörpert. Das erinnert an den Kampfruf von Pegida, die behauptete: „Wir sind das Volk“. Die anderen Parteien (Jörg Haider hatte sie einmal „Altparteien“ genannt) würden das Volk nicht vertreten und damit also illegitim sein. Nicht nur das Parlament galt der Kurz-Strache Regierung als lästiges Hindernis in ihrem Machtstreben, sondern auch Nicht-Regierungsorganisationen standen ihnen im Weg und sollten eingeschränkt werden. Dazu noch ein unabhängiger ORF, der mit der Androhung von Kürzungen seiner Einnahmen unter Druck gesetzt wurde, Aber vor allem die Sozialpartnerschaft, die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer sind Kurz ein Dorn im Auge. Statt den Sozialpartnern Raum für Verhandlungen einzuräumen, hat Kurz die Sozialpartner einfach zur Seite geschoben. Entgegen den Regeln der Selbstverwaltung wurden in den Krankenkassen die Vertreter der Arbeitnehmer zu einer Minderheit gemacht. Dem Regierungsprogramm zufolge, sollten auch nicht länger die Arbeiterkammern, sondern Regierungsstellen über den Konsumentenschutz wachen. Auch die Drohung, dass die Arbeiterkammern durch eine starke Kürzung der Beiträge geschwächt werden sollen, bleibt aufrecht. Die Sozialpartnerschaft hat viel zum Aufstieg Österreichs, zu seiner politischen und wirtschaftlichen Stabilität beigetragen, aber Kurz bekämpft sie trotzdem. Hinter diesem Kampf steckt wohl mehr als eine Gegenleistung an die Unterstützer und Geldgeber des „Konzernkanzlers“. Dahinter steckt vor allem aber die Missachtung von Menschen und Einrichtungen, die sich seinem Willen nicht fügen. Sein Menschen- und Gesellschaftsbild ist ein konservativ-autoritäres. Menschen werden durch

Zwänge gesteuert. Gesellschaften sind hierarchisch und sollen es auch bleiben. Ungleichheit ist natürlich und kann bestenfalls ein wenig gemildert werden. Die ideale Gesellschaft ist homogen. Schüler müssen durch eine strenge Benotung zum Lernen erzogen werden. „Ich glaube nicht, dass es eine gute Entwicklung ist, wenn immer weniger Menschen in der Früh aufstehen um zu arbeiten und in immer mehr Familien nur noch die Kinder in der Früh aufstehen um zur Schule zu gehen“ (Kurz zu den, für ihn, überhöhten Wiener Sozialleistungen). Arbeitslose gäbe es aus der Sicht des Ex-Bundeskanzlers hauptsächlich infolge der, durch hohe Sozialleistungen, gebotenen Anreize, nicht zu arbeiten. Kürzt man die Sozialleistungen, dann würde auch die Zahl der Arbeitslosen sinken. Eine solche Sichtweise bezeugt nicht nur tiefste Unkenntnisse über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern auch die Sichtweise des Ex-Kanzlers, die sich daraus erklärt, dass er selbst nie in der Arbeitswelt gestanden ist und vom Studienabbrecher, nahtlos zum Jungpolitiker gewechselt ist. Es mangelt ihm also an Kenntnissen, wie Menschen diese Arbeitswelt erleben. Hätte Kurz diese Erfahrungen, dann wüsste er, dass für die Meisten Arbeit gewollt ist und Arbeitslosigkeit eine Schmach darstellt. So wie andere autoritär-reaktionäre Politiker, tritt auch Kurz auf jene, die ohnehin am untersten Ende der gesellschaftlichen Hierarchie stehen. Er solidarisiert sich in menschenverachtender Weise mit all jenen, die Andere erniedrigen wollen, um selbst höher zu stehen. Passend dazu eine Politik, die die Ärmeren zur Mehrarbeit durch Kürzung von Zuwendungen und Löhnen zwingen will. So festigt man steile gesellschaftlichen Hierarchien und die Unterschiede in Einkommen und Vermögen. In einer Denkschrift ließ, bereits vor vielen Jahren, Jörg Haider (FPÖ) seine Vorstellungen, wie nach der Zerstörung der „Zweiten Republik“, eine „Dritte Republik“ beschaffen sein sollte, zusammenfassen. Die Macht sollte bei der Exekutive und da wiederum bei einer einzigen Person konzentriert sein. Dieser Person sollten die Aufgaben des Regierungschefs, sowie auch die des Bundespräsidenten übertragen werden. Dadurch sollte es zu einem Präsidialsystem nach US-Muster kommen. Der Aufwertung der Person an der Spitze entspräche eine Abwertung der Minister und Ministerinnen. Sie sollten sich als Diener (nicht als Kollegen) des Kanzlers/Präsidenten verstehen und damit wäre auch die Sozialpartnerschaft weg. Parteien hätten keine Existenzberechtigung und das Innen-, sowie das Verteidigungsministerium sollte in ein Ressort, das sowohl für die innere, wie auch für die äußere Sicherheit zuständig wäre, verschmelzen. 25 Jahre nach dem Erscheinen dieser Denkschrift, hat man sich unter Bundeskanzler Kurz tatsächlich auf den, so vorgezeichneten, Weg von der „Zweiten Republik“ zur „Dritten Republik“ begeben. Wir sind gewarnt, dass eine neue türkis-blaue Koalition bzw. eine Kurz-Hofer Koalition, diesen Weg fortsetzen würde.

07. 09. 2019: Kickl ließ Überwachungsstaat prüfen

Gegen Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) sind, im Zusammenhang mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), weitere Vorwürfe aufgetaucht. Der freiheitliche Minister hätte den polizeilichen Nachrichtendienst nicht nur umbauen wollen, sondern er hegte offenbar auch Pläne für eine Art Überwachungsstaat. Ex-Innenminister Herbert Kickl ließ im Zuge der BVT-Reform umfangreiche Polizeimaßnahmen prüfen. Interne Juristen nannten die Pläne jedoch verfassungswidrig. Dabei handelt es sich, laut einem Sprecher des Innenministeriums, um den Bericht einer Arbeitsgemeinschaft aus der, von Kickl eingesetzten, BVT-Reformgruppe. Im Rahmen dieser Reformgruppe hätten sich mehrere Arbeitsgruppen mit verschiedenen Themen beschäftigt. Auszüge daraus deuten darauf hin, dass es sich hierbei um das Projekt „Evaluierung BVT“ gehandelt hat. Im Endbericht dieser Arbeitsgruppe werden die Pläne des damaligen Innenministers von der Rechtsabteilung des BVT bewertet. Dem Endbericht zufolge ließ Kickl groß angelegte Lausch- und Spähangriffe, wie geheime Durchsuchungen, heimliches Eindringen in Wohnungen oder Räume, sowie Öffnen von Fahrzeugen, zum Zweck der Installierung von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten, prüfen. „Geheim“ und „heimlich“ bedeutet in diesem Fall, ohne die richterliche Genehmigung, die man derzeit für derartige Vorhaben benötigt. Außerdem soll Kickls Projekt zum Ausbau der Machtbefugnisse, Pläne zur Vorratsdatenspeicherung und verdeckte Inhaltsüberwachungen beinhaltet haben. Erbost reagierte der stellvertretende Neos-Klubobmann Nikolaus Scherak auf die Dokumente aus dem BVT-Endbericht. Herbert Kickl ist eine Gefahr für unsere liberale Demokratie, sagte er. Es ist unfassbar, welche brandgefährlichen Machenschaften da unter der FPÖ-Herrschaft im Innenministerium vorstättengingen. Wenn sogar die internen Rechtsexperten angesichts der bevorstehenden, groß angelegten Lausch- und Spähangriffe die Notbremse ziehen, dann ist wirklich Feuer am Dach. Scherak warnte auch davor, dass mit einer Fortsetzung der türkis-blauen Regierung der Überwachungsstaat nicht mehr nur böse Illusion sein könnte. Die Neos erachten die kolportierten Pläne als verfassungswidrig und brachten daher eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zum türkis-blauen Überwachungspaket ein. Dass die, von Kickl geplante, „blaue Stasi“ ohne das Ibiza-Video und seine Folgen bereits Realität wäre, stellte der SPÖ-Fraktionsführer im BVT-Untersuchungsausschuss, Jan Krainer, fest. Mit 1. Juli wäre der, von Kickl geplante, „blaue Geheimdienst im Geheimdienst“ mit rund zwei Dutzend Mitarbeitern operativ tätig geworden, sagte er. Die SPÖ hätte im Zuge des BVT-U-Ausschusses stets vor den Überwachungsstaatsfantasien des blauen Innenministers gewarnt, der ÖVP sei das aber gleichgültig gewesen. Nicht wegen dieser demokratiepolitisch

mehr als bedenklichen Pläne Kickls, sondern einzig und alleine, weil sie die Chance witterte, wieder selbst das Innenministerium zu übernehmen, beendete die ÖVP diese Koalition, kritisierte Krainer. Auch Peter Pilz von der Liste Jetzt sah sich nach Veröffentlichung der Pläne Kickls in seiner Wahrnehmung bestärkt: Massenüberwachungen, Ausschaltung der richterlichen Kontrolle, Parteispietzelsysteme. Und das sind totalitäre Überwachungsinstrumente, die in einem Rechtsstaat nichts verloren haben, so Pilz. Er forderte Innenminister Wolfgang Peschorn auf, die Pläne zum Aufbau eines Kickl-Überwachungsstaates vorzulegen. Die Grünen forderten indes, das Innenministerium künftig von ÖVP- und FPÖ-Netzwerken frei zu halten. Jetzt ist auch klar, wieso der aktuelle Minister Peschorn auf eine sofortige Reform des BVT drängt. Die Überwachungsfantasien von Kickl sind weiterhin eine Gefahr für die nationale Sicherheit, sagte die grüne Bundesrätin und Kandidatin zur Nationalratswahl Ewa Ernst-Dziedzic. Wer in einem demokratischen Staat groß angelegte Späh- und Lauschangriffe plant, hat jedes Vertrauen verspielt. In Zukunft müsse es ein Innenministerium geben, das im Interesse der Menschen handelt und nicht im Würgegriff der beiden Regierungsparteien ist. Die FPÖ wehrte sich gegen die Skandalisierungspropaganda, wonach Innenminister Herbert Kickl quasi im Alleingang und höchstpersönlich irgendwelche Büros, Wohnungen oder Autos verwanzten wollte.

Ibiza-Ermittler soll SMS an Strache geschickt haben

„Wir haben herausgefunden, dass einer der Ermittler vor Beginn der Untersuchungen eine SMS an eine Person, die Gegenstand der Untersuchungen ist, geschickt hat“, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Der Ermittler sei sofort, da der Anschein von Befangenheit entstehen könnte, abgezogen worden. Anlass für den Abzug eines Ermittlers aus der Soko Ibiza soll eine SMS an Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gewesen sein. Innenminister Wolfgang Peschorn bekräftigte indes, dass die Ermittler der Soko Ibiza aus seiner Sicht gefährdet wären, wenn die Person bekannt würde. „Wir können derzeit aufgrund unserer Ermittlungsergebnisse nicht ausschließen, dass wir es auch mit Menschen zu tun haben, die vor massiven Gewalttaten nicht zurückschrecken“, sagte Peschorn und daher gab es vom Innenministerium gegenüber der APA auch keine diesbezügliche Bestätigung. Es müssen rasch alle Fragen zur Zusammensetzung der Soko Ibiza geklärt werden. Wir wollen wissen, ob, zu welchem Zeitpunkt und wie die Befangenheit der eingesetzten Ermittler geprüft wurde“, verlangte Stephanie Krisper (Neos Sicherheitssprecherin). FPÖ und Liste Jetzt haben in den vergangenen Wochen scharfe Kritik an mehreren Ermittlern der Sonderkommission wegen angeblicher ÖVP-Nähe geübt.

07. 09. 2019: Der Wahlauftakt

ÖVP: Am 1. September startete die ÖVP und ihr Spitzenkandidat Sebastian Kurz mit einer Bustour in Intensiv-Wahlkampf. Nach TV-Auftritten in der Puls 4-Wahlarena und bei den ORF-Sommergesprächen absolviert Kurz in 72 Stunden eine Bustour durch ganz Österreich. Erste inhaltliche Einblicke in dieses Programm gab der ÖVP-Spitzenkandidat bei einem Hintergrundgespräch in der Türkisen Parteizentrale. Kurz kündigte dabei einmal mehr einen „kurzen, intensiven und fairen Wahlkampf“ seiner Partei an. Wir wollen unseren Weg fortsetzen. Die grundsätzliche Spur, die wir gezogen haben, unsere Werte und unser Blick auf Österreich, wurde uns in allen Gesprächen bestätigt. Die Eckpunkte (keine Schulden auf Kosten der nächsten Generation, die Senkung der Steuerlast, sowie der Kampf gegen illegale Migration) des bisherigen ÖVP-Programms bleiben laut Kurz auch in dieser Kampagne zentrale Botschaft. Darüber hinaus haben wir versucht, sehr konkret 100 Projekte zu definieren, die wir gerne umsetzen wollen, sollten wir gewählt werden und die Chance bekommen, das Land zu regieren. Als erste Punkte nannte der ÖVP-Chef die Umsetzung der bereits geplanten Steuerreform. In Punkto Pflege erneuerte Kurz seinen Vorschlag zur Einführung einer Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung. Die Finanzierung soll durch die schrittweise Umschichtung von Geldern aus der Unfallversicherung, sowie ein Stück weit budgetgestützt erfolgen. Die Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsbeiträge sollen dadurch in Summe nicht steigen. Am Ende des Tages soll das gesamte Pflegebudget aus dieser Versicherung kommen und dezentral vor Ort ausgegeben werden. Weiters bekräftigte Kurz seine Ablehnung des geplanten Mercosur-Handelspaktes zwischen der EU und einer Reihe von südamerikanischen Staaten. Das Mercosur-Abkommen, in der derzeitigen Form, hat in Summe so viele negative Facetten, dass es unserer Landwirtschaft massiv schaden würde. In Sachen Klimaschutz warb Kurz neuerlich für seine Wasserstoff-Strategie und den Ausbau dieser Technologie in Industrie und Verkehr. Im Bereich Sicherheit und Identität will der Altkanzler weitere Maßnahmen im Kampf gegen den politischen Islam und radikale Gruppierungen, wie die Identitären setzen. Es brauche mehr Möglichkeiten bei der Auflösung von Vereinen, die radikales Gedankengut verbreiten und die Schaffung einer Dokumentationsstelle des politischen Islams, sagte Kurz. Zum Thema Sozialleistungen für Zuwanderer schwebt ihm eine Task Force, die Missbrauch und falsche Strukturen angehen soll, vor. Nach der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder will die ÖVP auch Pensionsleistungen in Richtung Ausland überprüfen. Ein weiteres Thema für die ÖVP sind die, derzeit 300 bis 400 Millionen Euro, Außenstände bei ausländischen Krankenversicherungen. Insgesamt sind es 100 Projekte, die

wir in den nächsten zwei Wochen präsentieren wollen, so Kurz. Dass diese 100 Punkte nicht nur auf die Wähler, sondern vor allem auch auf mögliche Koalitionspartner abzielen, wollte der, in Folge der blauen Ibiza-Affäre und des Platzens der ÖVP-FPÖ-Koalition per Misstrauensantrag abgewählte Kanzler nicht kommentieren. Laut aktuellsten Umfragen, stehen derzeit drei mögliche Varianten im Raum:

- die Neuauflage einer ÖVP-FPÖ-Regierung
- ein Dreier-Bündnis aus ÖVP, Grünen und NEOS
- eine Wiederbelebung der alten ÖVP-SPÖ-Koalition.

Kurz lässt sich jedoch zu Koalitionsfragen auf keine Spekulationen ein. Das Ziel der ÖVP ist es, ein Wahlergebnis zu erzielen, dass sich eine Koalition gegen die ÖVP (insbesondere Rot-Blau oder Rot-Grün-Pink) rechnerisch nicht ausgeht.

SPÖ: Auch die SPÖ eröffnete am 1. September ihren Wahlkampf am Viktor-Adler-Markt. Rendi-Wagner: „Mein Herz schlägt hier schneller als auf jedem anderen Platz in Wien. Der Viktor-Adler-Markt ist zu einem politischen Symbol geworden. Der einst erzrote Arbeiterbezirk ist inzwischen bläulich geworden. Bei der letzten Wien-Wahl war die SPÖ nur mehr knapp voran, aber bei der Nationalratswahl, bauten die Roten den Vorsprung wieder etwas aus. Rendi-Wagner ging in ihrer Rede auch auf das Thema Migration ein, es ist ein schwieriges Thema für die SPÖ. Über den EU-Zuzug ist die Gewerkschaft wenig begeistert, andererseits ist die Freizügigkeit eine Säule der EU, zu der sich die SPÖ bedingungslos bekennt. Die Aufnahme von Flüchtlingen wird von nicht so wenigen Aktuellen, wie ehemaligen SPÖ-Wählern abgelehnt, andererseits sind internationale Solidarität und Hilfe für Schwächere in der Sozialdemokratie verankert. Rendi-Wagner erklärte die SPÖ-Linie: gegen illegale Migration, Integration vor Zuzug und Maßnahmen für die Integration. Kernthema bei der SPÖ bleibt freilich die Arbeit. „Wer arbeitet, soll auch gut davon leben können“, sagte Rendi-Wagner und forderte den Mindestlohn von 1700 Euro. Im Handel beträgt derzeit der Mindestlohn laut Kollektivvertrag 1571 Euro.

FPÖ: Und auch die FPÖ verteilt zum Wahlauftritt am 7. September im Shopping-Tempel „blaues Himmelsbrot“. Aber auch hier dürfen die Eckpfeiler der öffentlichen FPÖ-Veranstaltungen (Bier, Würstel, Österreich-Fahnen und ganz viel Heimatgefühl) nicht fehlen. So lud die Partei zum offiziellen Wahlauftritt in den Paschinger Shopping-Tempel „Plus City“ ein. Mit Kampfansagen und Eigenlob starteten die Parteigranden in Oberösterreich in den offiziellen Wahlkampf. Um jegliche Ibiza-Gefühle zu vertuschen und wohl auch um die Signierstunde mit Herbert Kickl musikalisch zu umrahmen,

trällerte die John Otti Band gleich zum Auftakt ein kräftiges „Alles wird gut“ und mit der blauen Schmalz-Hymne „Immer wieder Österreich“, gelingt es dann auch endgültig den letzten blauen Morgenmuffel von der Bierbank loszureißen. Norbert Hofer ist der richtige Mann, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und wir stehen zu seiner Politik mit Augenmaß. Hofer und Kickl sind ein dynamisches Duo. Kickl ist überhaupt der Innenminister der Herzen gewesen und ohne uns geht gar nichts, meinte Hainbuchner. Auch in Richtung ÖVP-Chef Sebastian Kurz fand Hainbuchner deutliche Worte: „Auf gut frisierten Saubermann machen und Parteispenden in Millionenhöhe anzunehmen geht sich nicht aus. Hohe Geldspenden hätten in der Politik nichts verloren. Die werfen mit Steinen auf uns und sitzen aber selber im moralischen Glashaus“. Denn dann schnappe ich, beiße zu und das tut weh. Das schreibe ich den linken Brüdern ins Stammbuch. Er sei der Staatsfeind Nummer eins für die linken Vögel. Für die, die es mit der Sicherheit des Landes nicht ernst nehmen würden. Ich habe hart dafür gearbeitet und ich sage lieber Zack Zack statt Zick Zack. Ich bin nicht der Böse. Ich bin nur zu den Bösen böse und mich zwingt keiner in die Knie, erläutert Kickl in seinem Rede. Die Ankündigung der Moderatorin, dass die Österreicher ihn wegen seiner besonnenen Art lieben, war dann der Schmeichel-Auftakt für Norbert Hofer. Zunächst gab es gleich die Jobgarantie für Herbert Kickl: „Wir lassen uns niemanden hinausschießen, denn wir sind eine Einheit. Und diese Einheit heißt freiheitliche Familie“. Hofer setzte dann zu einer erwartbaren Positiv-Bilanz der blauen Regierungsarbeit an: „Wir sind das soziale Gewissen der Regierung. Ohne FPÖ würde die ÖVP nach links abdriften“. Und Hofer weiter: „Wer die ÖVP wählt, bekommt die Grünen gleich dazu. Dann bekommen wir ein Ausländerwahlrecht, höhere Steuern und Belastungen für die Autofahrer“. Der einzige Weg für eine positive Entwicklung Österreichs, ist daher eine Stimme für die FPÖ. In Zusammenhang mit blauen Einzelfällen regte Hofer an, medial doch vermehrt auf rote Einzelfälle zu schauen. Hofer zeigt dann eine Liste (Lucona-Affäre, AKH-Skandal und der Konsum-Pleite) die weit in die Vergangenheit reicht.

09. 09. 2019: Volkspartei will Fälschung beweisen

Nach der Falter-Veröffentlichung interner Dokumente zu Wahlkampfkosten und Parteifinanzien legt die ÖVP eine Reihe von Dokumenten offen, die Fehler beziehungsweise Manipulationen in der Berichterstattung belegen sollen. Die ÖVP übermittelte der APA ein zehenseitiges Papier, in dem entsprechende Original-Rechnungen und Saldenlisten einzusehen sind. Die Partei reagiert damit auf Vorwürfe, wonach die sie eine „doppelte Buchhaltung“ führe, um die Wahlkampfkostenobergrenze von 7 Millionen Euro heimlich zu überschreiten und die tatsächlichen Wahlkampfausgaben verschleiern würde. So sollen hierbei Unterlagen aufgetaucht sein, wie die ÖVP Wahlkampfkosten, von Agentur-rechnungen über Werbegeschenke, bis zur Produktion von Image-Videos, aus den Wahlkampfbudgets herausgerechnet und als „allgemeine Kosten“ deklariert hat. Die ÖVP vermutet, dass die dem Falter vorliegenden Dokumente aus einem Cyberangriff stammen, bei dem bis zu 1.300 Gigabyte an Daten aus dem Computersystem der Partei abgezogen worden sein sollen. Der Falter reagierte und weist den ÖVP-Vorwurf, der falschen Berichterstattung über die Wahlkampffinanzien entschieden zurück. Auf APA-Anfrage kritisierte Chefredakteur Florian Klenk, dass die ÖVP die veröffentlichten Informationen erst jetzt vorgelegt hat. Man habe im Vorfeld der Partei Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Aus den, vom Falter angeführten, Beispielen hat die ÖVP „die Prominentesten“ Belege herausgegriffen und will damit „den Nachweis erbringen, dass der Falter entweder unwissentlich falsch oder wissentlich manipulativ berichtet hat“, wie es in dem, der APA übermittelten, Papier heißt. An vorderster Stelle führt die ÖVP eine Rechnung der MediaSelect über 430.755,19 Euro an. Wie der Falter unter Berufung auf das „Rechnungseingangsbuch“ der ÖVP schreibt, wurde diese am 4. Juli 2019, also 5 Tage vor Beginn der Wahlkampffrist, unter dem Schlagwort „Marketing und Kampagnen“ verbucht. Zur kolportierten Kostenaufstellung für das gesamte Wahlkampfbudget, 6,3 Millionen Euro innerhalb des für die Wahlkampfkostengrenze relevanten Zeitraums und 2,6 Millionen außerhalb, liefert das, von der ÖVP übermittelte, Papier keine Informationen und auch diese, vom Falter veröffentlichten, Zahlen hat die ÖVP bisher nicht dementiert. ÖVP-Chef Sebastian Kurz betonte diesbezüglich mehrmals, dass die Vorgangsweise rechtlich korrekt sei und man die gesetzliche Obergrenze einhalte. Am Kern der Berichterstattung hält Klenk weiter fest. Aus den, dem Falter zugespielten, Unterlagen geht einerseits hervor, dass die ÖVP 2017, anders als bisher zugegeben, von vornherein mit der deutlichen Überschreitung der Wahlkampfkosten rechnete. Andererseits zeigen die Unterlagen aber auch, dass heuer zwar mit der Einhaltung der Kostengrenze budgetiert wird. Statt der erlaubten 7 Millionen Euro, sollen 6,3 Millionen Euro

ausgegeben werden. Darüber hinaus würden aber eben weitere 2,6 Millionen Euro außerhalb der gesetzlichen Wahlkampfkostengrenze anfallen.

Ob die Dokumente gefälscht sind, kann die ÖVP nicht bestätigen

Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt wegen des Verdachts des widerrechtlichen Zugriffs auf ein Computersystem (Paragraf 118a Strafgesetzbuch), sowie der Datenbeschädigung (Paragraf 126a Strafgesetzbuch). Letzteres, weil die ÖVP behauptet, dass auch Daten manipuliert worden sein sollen. Laut der Parteizentrale ermitteln Beamte der Abteilung „Cyber Crime Competence Center“ des BKA. Man werde sämtliche Ergebnisse und Beweise der eingesetzten „Taskforce“ übergeben. Wer hinter dem angeblichen Hackerangriff steckt, etwa „der politische Gegner“ oder „das Ausland“, könne Nehammer noch nicht sagen, aber es wird in alle Richtungen ermittelt. Eine klare Antwort Nehammers auf die Frage, ob die im „Falter“ erhobenen Vorwürfe nun richtig sind oder nicht, gab es nicht. Die ÖVP, FPÖ und die Liste JETZT haben die Einberufung des Nationalen Sicherheitsrats beantragt. Der Nationale Sicherheitsrat ist ein vertrauliches Beratungsgremium der Regierung in Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Vertreten sind dort, neben den zuständigen Regierungsmitgliedern, auch Vertreter aller im Hauptausschuss des Nationalrats vertretenen Parteien.

11. 09. 2019: Diese Kurz-Biographie ist sogar der ÖVP peinlich

Mitte September erschien eine neue, von der Journalistin Judith Grohmann verfasste, Biografie über ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Einzelne Textausschnitte kursierten kurz darauf in den sozialen Medien und stießen dort auf Spott und Belustigungen. Diese Kurz-Biografie empfindet sogar das ÖVP-Umfeld eher als peinlich. Grohmanns 300-seitiges Werk gleicht streckenweise eher einer Heiligenlegende, als einer seriösen Biografie. Die Autorin lobt Kurz in den höchsten Tönen und hält mit ihrer Bewunderung für dessen Wesen nicht hinter dem Berg. Besonders amüsant erscheint aber auch der schwülstige Stil des Buches. Der Verlag und die Autorin beharren darauf, dass dieses Buch die offizielle und autorisierte Kurz-Biografie ist. Eine Nachfrage bei der ÖVP ergab, dass der Autorin der Zugang zum Umfeld von Kurz gewährt worden sei. Sie konnte auch mit den Eltern sprechen und strickte daraus gleich die Geschichte vom Super-Basti. Mit einem Jahr konnte Kurz bereits in ganzen Sätzen sprechen, heißt es ehrfurchtsvoll im Buch. In der ÖVP sei das Buch vor Erscheinen gegengelesen worden, Fakten gecheckt und auch korrigiert worden. Man habe auch um einige Formulierungen gerungen. Letztendlich könne man der Behauptung, dies sei die offizielle Biografie, nichts entgegensetzen.

Da hat sich die ÖVP wohl (wieder einmal) gewaltig verrechnet

Der ÖVP werden vermeintliche Trickereien bei der Verbuchung von Wahlkampfkosten vorgeworfen. Die Partei versucht, dem Falter zufolge, etwa 2 Millionen Euro mehr, als die vorgeschriebene Obergrenze von 7 Millionen Euro, einzuplanen. Der aktuelle Fall weist erneut auf die generellen Transparenz-Probleme der österreichischen Parteienfinanzierung hin. Nachdem zunächst verschleierte Großspenden für Aufsehen sorgten, geht es nun um vermeintliche Trickereien bei der Verbuchung von Wahlkampfkosten. Der Vorwurf lautet, dass die ÖVP, um offiziell unter der gesetzlich vorgeschriebenen Obergrenze von 7 Millionen Euro zu bleiben, eine „doppelte Buchführung“ betreibt. Aber in Wirklichkeit habe die Volkspartei Ausgaben von rund 9 Millionen Euro eingeplant. Unter „Nicht-Wahlkampf“ verbucht werden, unter anderem Kosten für türkis-farbene Sonnenbrillen, Luftballons und Shirts. Auch die Ausgabe für die Sommertour „Bergauf, Österreich“, bei der Sebastian Kurz mit Tausenden Anhängern Instagramgerecht wandern war, werde nicht zur Wahlwerbung gezählt. Auf diesen Touren entstanden die Fotos, die nun landesweit auf den ÖVP-Wahlplakaten zu sehen sind. Die Kostenobergrenze von 7 Millionen Euro gilt laut Gesetz für die letzten 82 Tage vor der Nationalratswahl (Stichtag: 9. Juli). Da erscheint es schon sehr auffällig, dass Ausgaben in Höhe von rund 920.000 Euro für den Einsatz verschiedener Agenturen, einige Tage vor dem Stichtag abgerechnet wurden. Generalsekretär Nehammer bestritt, dass die ÖVP im laufenden Wahlkampf bewusst die gesetzliche Wahlkampfkostenobergrenze überschreite und dadurch die Öffentlichkeit über ihre Wahlkampfausgaben täusche. Die, vom Falter genannten, konkreten Zahlen wollte Nehammer jedoch weder bestätigen noch dementieren. Für die ÖVP ist die Sache auch deshalb brisant, weil sie, im Falle einer Überschreitung des Kostenlimits, als Wiederholungstäter dasteht. Den Gesetzesverstoß von 2017 hatte die Partei allerdings auch erst mit erheblicher Verspätung eingeräumt und als unvorhergesehen entschuldigt. Es wurde jedoch auch berichtet, dass die ÖVP bereits im Juli 2017 mit Wahlkampfkosten in Höhe von 13 Millionen Euro rechnete und auch dies sei in den vorliegenden Unterlagen dokumentiert. Die Parteien müssen ihre Ausgaben dem Rechnungshof erst zwei Jahre später melden und das begünstigt den Straftatbestand der Verschleierung. Die Überprüfung der Zahlen ist überdies kaum möglich, da der Rechnungshof keine Kontrollmöglichkeiten hat. Der Rechnungshof verdächtigt auch die FPÖ, dass sie Parteispenden über Vereine umgeleitet haben könnte. Von solchen Konstruktionen hatte der frühere Parteichef Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video gesprochen. In einer ersten Reaktion sagte Kurz, die Vorwürfe seien „teilweise falsch“. ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer kündigte eine Unter-

lassungsklage gegen den Falter an. Der Falter beruft sich in seinem Bericht auf umfangreiche interne Dokumente aus der ÖVP, die ihm zugespielt worden seien. Für die Volkspartei gibt das Anlass zur Sorge sein, denn es deutet auf eine undichte Stelle in den eigenen Reihen hin. Zuvor war bereits eine Spendenliste mit den Zuwendungen der Milliardärin Heidi Goëss-Horten und anderen Großspendern aufgetaucht.

11. 09. 2019: Schulden, Gehälter und Partys bei der ÖVP

Dem Wochenmagazin Falter sind anonym, aus der ÖVP-Zentrale geheime Buchhaltungs- und Personalunterlagen, zugespielt worden. Aus denen geht hervor, dass die Schulden unter Sebastian Kurz stärker, als bisher bekannt, gestiegen sind. Demnach hatte die Partei schon Ende 2017 Bankverbindlichkeiten von 18,5 Millionen Euro. Als Quelle für die Geschichte nennt die Wochenzeitung einen Informanten, der sich bei der Zeitung als „ganz normaler, unbescholtener Bürger mit Vollzeitjob“ vorgestellt habe. Sein Ziel sei es gewesen, an Informationen zu kommen, die eine Verbindung der ÖVP zum Ibiza-Video beweisen sollte und dabei sei er auf eine Vielzahl an Daten gestoßen. Nach den Unterlagen ist es um die Finanzen der ehemaligen Kanzler-Partei nicht besonders gut bestellt und so schlimm, dass sogar die Finanzreferenten Alarm schlugen. In einem Dokument mit dem Titel „Planungsrechnung für die Bundespartei“ heißt es, dass der Partei, durch die Nationalratswahl 2017, eine außergewöhnliche finanzielle Belastung widerfahren sei, sodass sie Kredite von über 15 Millionen Euro aufgenommen hat. Insgesamt hatte die Partei zu Jahresende 2017 Verbindlichkeiten von 18,5 Millionen Euro. Weiters geben die veröffentlichten Unterlagen Aufschluss über die Beraterkosten der ÖVP. Der wichtigste strategische Berater des ÖVP-Chefs (Stefan Steiner), stellt, dem Bericht zufolge, monatlich eine Rechnung in Höhe von 33.000 Euro brutto aus. Im Wahljahr 2017 soll der Pressesprecher (Gerald Fleischmann), zusätzlich zu seinem Job im Außenministerium, 65.400 Euro erhalten haben und an die, für Social Media zuständige Agentur „Campaigning Bureau“, des Kurz-Weggefährten (Philipp Maderthaler) sind angeblich 1,7 Millionen Euro geflossen. Szene-Gastronom Martin Ho erhielt, laut den Dokumenten, von der ÖVP im Vorjahr 60.000 Euro. Davon 26.000 Euro für eine „100 Tage Regierung“-Feier. Außerdem findet sich in den Unterlagen eine Abrechnung für eine Reise nach Rom im Privatflieger um 7.700 Euro. Vom Rückflug postete Kurz, der gerne betont, auf Business-Class und Privatjet zu verzichten, ein Foto aus der Economyklasse. Die ÖVP wollte den Bericht auf Anfrage nicht kommentieren und auch keine Angaben zum aktuellen Schuldenstand der Partei machen. Daten wurden von Hackern gestohlen und offenbar manipuliert, hieß es von einem ÖVP-Sprecher. Belege,

dass Daten vor ihrer Weitergabe manipuliert worden sein könnten, gibt es bisher aber nicht.

Millionenpaket gegen Kinderarmut

Die SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner präsentierte ein 300 Millionen Euro schweres Paket, das dafür sorgen soll, dass Kinderarmut kein großes Thema mehr ist. Nach dem Wirbel um die Aussagen von Christiane Hörbiger in einem ÖVP-Video, wonach der Misstrauensantrag Rendi-Wagners gegen den damaligen Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) „verblödet“ gewesen sei, trat nun ihre Schwester, die langjährige Burg-Schauspielerin Elisabeth Orth, bei der Pressekonferenz mit der SPÖ-Vorsitzenden auf, um auf die Bedeutung des Themas aufmerksam zu machen. Die Schauspielerin ist sehr interessiert daran, den Politikern ins Gewissen zu reden, entsprechend Geld in die Hand zu nehmen, seien doch 324.000 Kinder armutsgefährdet. „Fridays for Future“ seien zu wenig, es müsse „Everyday for Future“ heißen. Was Orth, ebenso wie der ebenfalls anwesende Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, unterstützen würde, ist eine Kindergrundsicherung. Die ist auch im Sinne von Rendi-Wagners und soll in der kommenden Legislaturperiode erarbeitet werden. Fischer sprach auch davon, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Kinderarmut die Entwicklung der gesamten Gesellschaft auf entscheidende Weise positiv beeinflussen könne. 300 Millionen Euro würden die Sozialdemokraten gerne für dieses Thema einsetzen. So würde man etwa das Schulstartgeld auf 200 Euro verdoppeln. In den Schulen soll es gesundes Gratis-Mittagessen und zur Gesundheitsförderung eine tägliche Turnstunde geben. Weiter auf der roten Agenda stehen nach wie vor, der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kindergarten- und Schulplatz, eine Unterhaltsgarantie für Alleinerzieherinnen und ein Ausbau des Familienbonus.

13. 09. 2019: Gutachter mit Abgeordneter verheiratet

Die Staatsanwaltschaft Wien baut, in einem jahrelangen Ermittlungsverfahren um mutmaßlich verdeckte Parteienfinanzierung der ÖVP, auf einen Sachverständigen, der bemerkenswerte Berührungspunkte mit der Volkspartei aufweist. Georg Jeitler ist ehemaliger Schulkollege des aktuellen ÖVP-Bundesgeschäftsführers Axel Melchior und mit Parteichef Sebastian Kurz, sowie Ex-Ministerin Elisabeth Köstinger bestens bekannt. Außerdem sitzt seine Frau Carmen Jeitler-Cincelli seit November 2017 für die ÖVP im Nationalrat. Mit ihr ist Jeitler auch wirtschaftlich, durch eine gemeinsame Firma, verbunden. Aber die Staatsanwaltschaft berief den Gutachter trotzdem nicht ab. Eine Sprecherin erklärte auf Anfrage, dass Jeitler diese Umstände offengelegt habe. Es habe aber zu keiner Zeit im Verfahren Anhaltspunkte für eine Befangenheit gegeben. Seit 2012 geht

die Justiz dem Verdacht nach, große Unternehmen hätten über die Agentur Mediaselect verdeckte Parteispenden an die ÖVP geleistet. Jeitler wurde 2013, als einer von zwei Gutachtern, bestellt. Im Oktober 2018 lieferte er sein schriftliches Hauptgutachten ab. Die Ermittlungen sind in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat einen sogenannten Vorhabensbericht erstellt, der nun von den Oberbehörden geprüft wird.

Arno M. (Schredder-Affäre) arbeitet wieder für die ÖVP

Arno M. wäre immer noch ein unbekannter Kanzleramtsmitarbeiter, der Social-Media-Kanäle betreut, wenn er nicht kurz vor dem Platzen der ÖVP-FPÖ-Koalition einen folgenschweren Auftrag übernommen hätte. Unter falschem Namen ließ er fünf Druckerfestplatten, die er vorher heimlich aus dem Kanzleramt entwendete (wir „Sterblichen“ würden dazu Dienststahl sagen), zu Granulat shreddern und blieb anschließend die Rechnung schuldig. Die als Shredder-Affäre bekannt gewordene Causa beschäftigt seither die Justiz. Die Fragen, wer den Auftrag gab und vor allem, ob auf den Festplatten brisante Dokumente gespeichert waren, wurden noch immer nicht beantwortet. Als die verdächtige Aktion nach Ende der Kurz-Regierung aufflog und die Justiz zu ermitteln begann, wurde Arno M. (inzwischen ÖVP-Mitarbeiter) von der Partei beurlaubt. Nun verrichtet er wieder seinen Dienst für die Partei. So war M. bei der großen Auftakttour von Sebastian Kurz durch alle Bundesländer dabei. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat einen Zusammenhang zwischen dem Schreddern und dem Ibiza-Video ausgeschlossen. Allerdings prüft die Staatsanwaltschaft Wien nun, ob andere strafrechtliche Delikte, von Betrug bis hin zur Datenbeschädigung, durchs Schreddern erfüllt sein könnten. Dieses Verfahren wollte die ÖVP offenbar nicht mehr abwarten.

Unternehmer bezeichnete Arbeiter als „wertlos“

Die Arbeitszeitflexibilisierung inklusive der Begründungspflicht hat zu heftigen Diskussionen geführt. Auch in den sozialen Netzwerken wurde über den Zwölf-Stunden-Tag debattiert. Empörung hat dabei eine Wortspende eines Wiener Wirtschaftsband-Mitglieds ausgelöst. Der selbstständige Unternehmer im Bereich Kommunikationselektronik bezeichnete Arbeitnehmer als „wertlos“. Konkret schrieb das Mitglied des Wirtschaftsbands zu Beschwerden der Arbeitnehmer über längere Arbeitszeiten: „Das ewige Jammern im Jammertal der unselbständig Erwerbstätigen hält keiner mehr aus. Es ist das Wehklagen der Wertlosen“. Zuvor hat er die Arbeitnehmer als reinen „Produktionsfaktor“ bezeichnet. Diese Wortwahl hat unter den Usern eine Welle der Entrüstung ausgelöst und sie forderten einen Ausschluss aus

dem Wirtschaftsbund. Dieser reagierte auf die verbale Entgleisung: „Der Wirtschaftsbund hat keinen Einfluss auf private Accounts von Mitgliedern und damit nichts zu tun. Wir distanzieren uns vom Inhalt dieser Aussagen, denn weder die Wortwahl noch das Menschenbild entspricht unseren Werten“. Man will nun prüfen, ob der Verbleib des Mitglieds möglich sei und der Unternehmer wurde außerdem zu einem klärenden Gespräch geladen, hieß es.

15. 09. 2019:

5 Gründe, warum junge Menschen nicht die ÖVP wählen sollten

Die ÖVP liegt in den Umfragen weit abgeschlagen, denn gerade für diese Wählerschicht hat sie sehr wenig anzubieten.

1.) Kurz unternimmt nichts gegen den Klimawandel: Das Bekämpfe des Klimawandels ist der Jugend ein Anliegen und da ist es kein Wunder, dass auch nun die ÖVP plötzlich das Umwelt-Thema entdeckt. Die ÖVP stellte, seit 30 Jahren durchgehend, den Umweltminister und sie trägt auch die Verantwortung dafür, dass Österreich seine CO₂-Ziele nicht erreichen wird und daraus resultierend, zwischen 6 und 9 Milliarden Euro Strafe zahlen muss. Als die ehemalige ÖVP-Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger versucht, die Klima-Demos für sich zu beanspruchen, stellten die Organisatoren unmissverständlich klar, dass sie nicht für, sondern gegen die Untätigkeit von Köstinger demonstrieren. Lange Zeit (auch in der letzten Regierungsperiode) hat die ÖVP fast nichts für den Klimaschutz getan. Die letzte Schwarz-Blaue Regierung hat den Klimaschutz noch zusätzlich finanziell ausgehungert und es verabsäumt, eine ökosoziale Steuerreform zu beschließen, sowie Milliarden an umweltschädlichen Subventionen beibehalten, so Greenpeace-Geschäftsführer Alexander Egit. Doch auch die Pläne, die die ÖVP jetzt im Wahlkampf präsentiert, sind nicht geeignet, den Klimawandel zu stoppen, indem sie Wasserstoffautos forcieren will. Dieser Treibstoff (sollte er für den „Otto-Normalverbraucher“ preislich erschwinglich sein) wird jedoch zu 96 Prozent aus fossilen Stoffen gewonnen. **Anmerkung: Heute wird Wasserstoff mittels Dampfreformierung hergestellt und als Rohstoff wird Erdgas verwendet. Die Gewinnung von Wasserstoff durch Elektrolyse ist dagegen umweltfreundlich, aber sehr teuer. Wasser wird dabei durch Zuführung von Strom in Sauerstoff und Wasserstoff gespalten.**

2.) Die ÖVP macht Wohnen teurer: Unter den steigenden Mieten leiden vor allem junge Menschen, die auf der Suche nach einer Wohnung sind. Wer aktuell eine Wohnung sucht, muss mit einer Miete, die doppelt so hoch ist wie die gleiche Wohnung noch vor 30 Jahren war, rechnen. Doch eine Mietpreis-

bremse lehnt die ÖVP ab. Denn die Mietpreise sind im internationalen Vergleich noch nicht hoch genug. Es gibt noch Luft nach oben, wie Norbert Sieber (ÖVP) im Nationalrat formuliert. In diesem Sinne wollte die ÖVP-FPÖ-Regierung auch das Verbot von Lagezuschlägen in Wien abschaffen. Dies würde eine 70 Quadratmeterwohnung mit einem Schlag um rund 75 Euro pro Monat verteuern. Die Mieten könnten in Österreich wirklich noch viel höher sein, meint auch Konrad Pesendorfer (Statistik Austria). Ein Grund, warum sie es nicht sind, ist der hohe Anteil des geförderten und sozialen Wohnbaus in Österreich. 6 von 10 Mietern wohnen in Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen. Sie haben günstige Wohnungen und das hält auch die Preise am freien Markt verhältnismäßig niedrig. Doch genau diesen gemeinnützigen und sozialen Wohnbau will die ÖVP schwächen und profitieren würden davon große Immobilien-Firmen. Daher wundert es kaum, dass viele davon unter den Spendern des Kurz-Wahlkampfes 2017 zu finden sind.

3.) Mehr Arbeit, weniger Freizeit: Unzählige Studien zeigen, dass jungen Menschen ihre Freizeit sehr wichtig ist. Sie wollen genug Zeit für Familie, Sport, Freunde und ihre Hobbys haben. Überlange Arbeitszeiten wünscht sich kaum jemand von ihnen. Doch in Österreich leidet gerade diese Gruppe besonders unter vielen Überstunden und der schlechten Vereinbarkeit von Freizeit und Beruf. Was helfen könnte, wären längere zusammenhängende Freizeitblöcke, wie sie eine 4-Tage-Woche bringen würde. Als der 12-Stunden-Tag von ÖVP und FPÖ eingeführt wurde, versprach die Regierung, dass auch die 4-Tage-Woche für Vollzeitbeschäftigte kommen soll. Doch jetzt, wie sollte man es auch anders erwarten, ist die ÖVP strikt gegen den Rechtsanspruch auf eine 4-Tage-Woche.

4.) ÖVP will Studiengebühren: Als die ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 Studiengebühren einfuhrte, brachen 45.000 Studentinnen und Studenten ihr Studium ab, denn sie konnten sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr leisten. Auch die Anzahl der Doktoranden ging stark zurück und der Frauenanteil in dieser Gruppe sank rapid. 2008 haben SPÖ, FPÖ und die Grünen die Studiengebühren zum Großteil abgeschafft. Die ÖVP will nun eine Neuauflage und die negativen Erfahrungen aus dem Jahr 2000 sind der Kurz-Partei völlig egal.

5.) Die ÖVP ist extrem konservativ: Die ÖVP hat für leistbares Wohnen, Bildung, den Klimaschutz und die Arbeitszeiten keine zukunftsfähigen Antworten, dafür aber ein Weltbild von vorgestern. So lässt sich Sebastian Kurz auf einer Bühne von einem erzkonservativen Prediger segnen. Auch sonst umgibt sich Kurz mit Leuten aus dem Umfeld des selbst für katholische Verhältnisse stramm konservativen Ordens Opus Dei. So schaffte die Kurz-Regierung den Sexualkundeunterricht durch SexualpädagogInnen in der Schule ab und verhinderte, bis der Verfassungsgerichtshof einschritt, die Ehe für Alle. Außerdem

unterzeichneten die Abgeordnete der ÖVP die von der Bischofskonferenz getragene Initiative „fairändern“, die Schwangerschaftsabbrüche erschweren bzw. ganz verbieten möchte. „Hier werden direktdemokratische Instrumente genutzt, um Frauenrechte abzubauen“, erklärt Neil Datta, Geschäftsführer des Europäischen Parlamentarischen Forums für Bevölkerung und Entwicklung (EPF). Die ÖVP ist auch als einzige Partei dagegen, dass Verhütungsmittel, wie die Pille oder die Spirale, für junge Menschen mit wenig Einkommen günstiger angeboten werden. Grüne, NEOS und SPÖ wollen überhaupt kostenlose Verhütungsmittel für Jugendliche und Frauen mit geringem Einkommen.

18. 09. 2019: Wo ist nun Hartinger-Klein`s Patientenmilliarde

Die Sozialministerin Brigitte Zarfl bezieht sich in der Antwort auf die, von JETZT-Klubchef Bruno Rossmann, eingebrachte Anfrage auf ein Gutachten zu den ökonomischen Effekten der Sozialversicherungsreform, das bereits ihre Vorgängerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) im April 2019 in Auftrag gegeben hatte und das nun vorliegt. Die frühere ÖVP-FPÖ-Regierung hatte sich zu den Fusionskosten nie konkret geäußert und vielmehr auf die erhoffte Einsparung von einer Milliarde Euro bis 2023 durch die Reduktion der Krankenkassen auf fünf Träger unter dem Dach der ÖGK verwiesen. Diese, von der Koalition „Patientenmilliarde“, genannte Zahl zerrinnt nun wie Sand zwischen den Fingern, reagierte Rossmann auf die Antwort seiner parlamentarischen Anfrage. Am 1. Jänner 2020 sollen die neuen Träger ihre Arbeit aufnehmen. SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch reagierte mit scharfer Kritik auf die genannten Kosten. Die Patienten erwartet durch diese Fusion eine BELASTUNGSMilliarde. Der ÖVP-nahe ÖGK-Generaldirektor Bernhard Wurzer hingegen versuchte die hohen Fusionskosten zu relativieren und behauptet, dass es Einsparungen von 300 Millionen und mittelfristig die Reduktion von 1.500 Dienstposten geben wird. Die laufende Reform der Sozialversicherung stieß immer wieder auf scharfe Kritik. Zum Einen wegen einer Schwächung der Arbeitnehmerposition und zum Anderen wegen der ungeklärten Kostenfrage. Für Verunsicherung sorgten auch immer wieder die erwähnten Beraterkosten in Millionenhöhe. Insgesamt werden 63 Fusionsprojekte extern begleitet. Einem Kommunikationsberater zufolge, liegen diese kolportierten Ausgaben für ein Projekt dieser Größenordnung durchaus im üblichen Rahmen. Wenig Konkretes zu den Fusionskosten gab es auch vonseiten der ÖVP-FPÖ-Regierung. Hartinger-Klein verwies bei Fragen zu den Kosten der Zusammenlegung der Krankenkassen immer wieder darauf, dass das eine Entscheidung der Selbstverwaltung sei. Die Fusionskosten können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffert werden, schrieb sie in einer früheren Anfragebeantwortung. Die alte

ÖVP-FPÖ-Regierung sagte, allein durch die Reduktion der leitenden Angestellten und schlankeren Strukturen könnten Einsparungen erfolgen. 1,435 Millionen Euro weniger sollen ab dem nächsten Jahr für die Funktionäre und Funktionärinnen, der fünf dann zusammengelegten Sozialversicherungsträger ausgegeben, werden. Dieser Einschätzung widerspricht nun das, von Zarfl zitierte, Gutachten. Es sind nämlich dreimal so hohe Fusionskosten zu erwarten. Auch das Sparpotenzial dürfte geringer als erwartet ausfallen, wie ein Gutachten des Arbeitsrechtlers Walter Pfeil im Auftrag der Arbeiterkammer Niederösterreich nahelegt. Vor allem bei den Personalkosten gibt es wenig Spielraum, da es im Falle einer Fusion und Zusammenlegung gesetzlich keine Kündigungen und unfreiwilligen Pensionierungen geben darf und auch die Zulagen können nicht gestrichen werden. Die FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter) übte heftige Kritik an der Besetzung der obersten Managementposten der ÖGK. Sie sprach von skandalösen Vorgängen und Postenschacherei zwischen ÖVP und FPÖ bei der Bestellung des Investmentbankers und Gesundheitsökonom Martin Brunniger zum Büroleiter im Dachverband und von Alexander Burz (gewerbliche Sozialversicherung) als dessen Stellvertreter.

Kurz hat die Grundlage der Verhandlungsdemokratie beendet

Der Sozialstaat-Forscher Emmerich Talós hat ein Buch über die schwarz-blaue Wende herausgegeben. Darin wird die Politik der Regierung Schüssel mit jener der Kurz-Regierung verglichen. So schlussfolgerte er, dass Schüssel versucht hat, die Sozialpartnerschaft auszuschalten und Kurz hat es noch weitergetrieben, indem die Regierung die Arbeitnehmer-Vertreter stark entmachtet hat.

Frage: Sie analysieren in ihrem Buch die schwarz-blau Regierung. Für wie wahrscheinlich halten sie eine Neuauflage von Schwarz-Blau?

Talós: Von allen Regierungs-Varianten, die es gibt, hat das sicher eine sehr große Wahrscheinlichkeit. Besonders bei den Fernseh-Duellen zwischen Hofer und Kurz sieht man, dass es die alte Konstellation auch nach der Wahl wieder geben soll. Offenbar ist die FPÖ bereit, Zugeständnisse bei Kickl zu machen. Die FPÖ denkt sich offenbar, dass es besser ist in der Regierung zu sein, auch wenn Kickl sich nicht durchsetzen kann.

Frage: Und was verstehen Sie unter der „Schwarz-Blauen Wende“? Was war anders bei Schwarz-Blau?

Talós: Schüssel ist 2000 angetreten und hat ein Regieren im neuen Stil angekündigt. Worin bestand der neue Stil? Er bestand darin, dass ein wesentliches Merkmal der 2. Republik in Frage gestellt wurde. Nämlich die Verhandlungsdemokratie. Die 2. Republik ist gekennzeichnet durch Konsens und Kooperation auf der Ebene der Parteien und Verhandlungen auf der Ebene der großen Interessensverbände (Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertreter) und die hat

Schüssel ausgeschaltet. In der Regierung Schüssel sind kaum noch Gesetze beschlossen worden, bei denen die Sozialpartner eingebunden waren. Kurz hat diese Entwicklung noch mehr zugespitzt, indem er den Einfluss der Oppositionsparteien ausgeschaltet hat und auch die Beteiligung der Sozialpartner gab es nicht mehr. Davon betroffen sind die Arbeitnehmervertreter und nicht die Unternehmer, denn die haben ein Naheverhältnis zur ÖVP. Die Wirtschaftskammer spricht nicht umsonst davon, dass das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm die Handschrift der Wirtschaftskammer trägt. Die Unternehmer konnten ihre Interessen viel ungehemmter mit dieser Regierung durchsetzen und die Gewerkschaft bzw. Arbeiterkammer haben sie nicht mehr notwendig. Die Sozialpartnerschaft ist unter Kurz-Strache am Ende.

Frage: An welchen Gesetzen sieht man das?

Talós: Die Regierung hat zum Beispiel nicht einmal den Versuch unternommen, dass man das Gesetz über den 12-Stunden-Tag mit den Arbeitnehmervertretern verhandelt und auch die Änderungen bei der Sozialversicherung sind drastisch. Selbst im Jahr 1888 bei der Einführung der Krankenversicherung für die unselbständig Erwerbstätigen hat die Regierung dafür gesorgt, dass die Erwerbstätigen in der Selbstverwaltung eine Mehrheit hatten. Damals hatte die Arbeiterschaft keine politischen Rechte und selbst damals hatte sie die Mehrheit in der Verwaltung ihrer Krankenversicherung. Der Austrofaschismus hat die Arbeiterbewegung nach Strich und Faden ausgeschaltet. Den Beschäftigten ihre Mehrheit in der Krankenversicherung ganz zu nehmen, das haben bisher nur Kurz/Strache, wieder einmal zugunsten der Unternehmer und zulasten der Arbeitnehmer, geschafft. Die Auswirkungen dieser Verschiebung der Kräfteverhältnisse sind noch nicht sichtbar, weil noch keine Gesetze beschlossen wurden, die die Leistungen betreffen. Aber wenn es wieder zu einer schwarz-blauen Koalition kommt, würde ich davon ausgehen, dass man dann deutlich sieht, dass es da nicht nur um formale Dinge geht.

Frage: Wie kommt die Regierung damit durch, dass die Arbeitnehmer schrittweise entmachteter werden?

Talós: Was ich noch nie so stark, wie bei dieser Regierung erlebt habe, ist das Werfen von Nebelgranaten. Immer dann, wenn die Regierung in Probleme gerät und es Kritik gibt, wie damals bei der Arbeitszeit. Da war eine Massenbewegung auf der Straße, da waren hunderttausend Menschen unterwegs, die sich gegen dieses Regierungsvorgehen ausgesprochen haben. Die Regierung kommt unter Druck und was macht sie? Sie verbietet das Schächten oder schafft den Führerschein auf Türkisch ab. Und das hat sich bis jetzt so fortgesetzt. Die ÖVP gerät wegen der Finanzierungsgeschichte unter Druck, und was macht sie? Sie erfindet diese Hacking-Vorwürfe. Heute wissen wir, dass es sehr unklar ist, was da überhaupt dran ist. Es war aber wichtig, eine peinliche Geschichte wegzuz-

schieben und den Fokus woanders hin zu lenken. Und wie man sieht, lässt sich die Bevölkerung wunderbar und widerstandslos auf „Nebenschauplätze umleiten“.

Frage: Wieso tut die FPÖ dann so, als würde sie auf der Seite der Beschäftigten stehen?

Talós: Der Spruch von der sozialen Heimatpartei hat mit der Realität nichts zu tun. Immer dann, wenn etwas zugunsten der Unternehmer beschlossen wurde, hat die FPÖ mitgestimmt und vom kleinen Mann war da weit und breit nichts zu sehen. Es wird immer mit dem Wirtschaftsstandort argumentiert, dass die Unternehmer bedient werden müssen und der kleine Mann bleibt dann auf der Strecke. Ob das funktioniert, wird sich bei den kommenden Wahlen zeigen. Da werden wir sehen, wie sehr die FPÖ ihre Doppel-Strategie verstecken kann. Die FPÖ steht seit langer Zeit für die Ausgrenzung und Diskriminierung von Ausländern, Asylwerbern und Asylberechtigten. Das Wahlprogramm der FPÖ ist politische und soziale Spaltung pur. Nun kommt aber auch noch dazu, dass diese Spaltungspolitik keineswegs nur Ausländer betrifft, das trifft zum Großteil österreichische Familien. Wer viel verdient, profitiert prächtig von der Steuerentlastung und wer wenig verdient, bekommt eben nichts. Und was die Regierung nicht mehr geschafft hat, war eine einschneidende Änderung in der Arbeitslosenversicherung. Die Abschaffung der Notstandshilfe hat drastische Konsequenzen für arbeitslose Menschen, die länger arbeitslos sind, denn die fallen dann in die Sozialhilfe NEU. Die überwiegende Zahl der arbeitslosen Menschen in Österreich sind nicht die angeblich an allem Schuld seienden Ausländer, sondern Österreicherinnen und Österreicher. Es ist ein Programm, dass österreichische Arbeitslose existenzbedrohend treffen wird.

18. 09. 2019: Die Unterlassungsklage der ÖVP

Die, von der ÖVP, beim Handelsgericht Wien eingebrachte Unterlassungsklage gegen den „Falter“ ist der Wochenzeitschrift zugestellt worden und sie hat nun für eine Klagebeantwortung vier Wochen Zeit. Die ÖVP fordert darin, dass die Zeitung künftig 3 Behauptungen unterlassen soll.

Der Falter darf nicht mehr behaupten:

1. dass die ÖVP heuer bewusst die Überschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze von 7 Millionen Euro plant.
2. dass die ÖVP die Öffentlichkeit bewusst über ihre Wahlkampfausgaben täuscht und
3. dass die ÖVP die Überschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze vor dem Rechnungshof verbergen wollte.

Die ÖVP fordert den Widerruf dieser Behauptungen und eine entsprechende Veröffentlichung, sowie Kostenersatz. Den „Falter“ wundert es, dass kein zitiertes Dokument in der Klage in Zweifel gezogen wurde und der Vorwurf, dass der "Falter" manipulierte Daten verwendet habe, nicht erhoben werde. Die ÖVP hat auch keine einstweilige Verfügung beantragt. Das Bundeskriminalamt hat auch beim Falter angefragt, ob Redakteure als Zeugen im Ermittlungsverfahren wegen des, von der ÖVP beklagten, Hackerangriffs zur Verfügung stehen würden. Unter Verweis auf das Redaktionsgeheimnis wurde dies abgelehnt. Laut einer aktuelleren Version des Dokuments „Finanzplanung 2019-2024“, steht die ÖVP bei den Banken derzeit mit 18,2 Millionen Euro in der Kreide. Mit Ende August hat die ÖVP zwar ihre Verbindlichkeiten auf 11,2 Millionen Euro gesenkt. Für den laufenden Wahlkampf hat die Partei aber einen neuen Kredit über 7 Millionen Euro aufgenommen. Bis 2024 sollen die Verbindlichkeiten laut Finanzplan abgezahlt sein.

20. 09. 2019: Aktion 20.000 wird neu gestartet

Die Aktion 20.000 hat Langzeit-Arbeitslosen über 50, Jobs in Gemeinden und gemeinnützigen Vereinen Arbeit verschafft. Die Jobs waren in den Gemeinden sehr beliebt. Die ehemaligen Arbeitslosen haben sinnvolle Tätigkeiten übernommen. Viele ältere Arbeitslose waren in Gemeinden tätig und dort für die Betreuung der Straßen oder anderen öffentlichen Projekten zuständig. Den Staat hat das gerade mal 100 Euro mehr gekostet als die Arbeitslosigkeit. Insgesamt sollten 20.000 ältere Langzeitarbeitslose über die Aktion 20.000 ihren Weg zurück in den Arbeitsmarkt finden. Die ÖVP-FPÖ Regierung hat allerdings das Programm für Arbeitslose über 50, wenige Tage nach ihrem Antritt gestrichen. Die ehemalige Sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ) hat die Aktion mit Juni 2019 beendet. Der Erfolg der Aktion sollte in zwei Studien überprüft werden, doch die sind bis heute unter Verschluss. Die SPÖ hat nun im Nationalrat über die Wiedereinführung abstimmen lassen und die Zustimmung bekommen. Das heißt, dass sich der Staat pro Jahr rund 22 Millionen Euro an Arbeitslosengeld spart. 50 Millionen Euro werden dem AMS 2019 und 2020 für Arbeitslose über 50 Jahren zur Verfügung stehen.

Kurz ist unaufrichtig und bringt die Patienten um eine Milliarde Euro

Zum letzten Mal vor der Wahl trafen die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteien aufeinander. Norbert Hofer und Beate Meinl-Reisinger eröffnen mit dem ersten Wahlduell die letzte Runde. Hofer ist stolz, wie sehr die Kurz-Strache-Regierung, zum Beispiel im Sozialsystem, gespart hat und die Regierung habe keine neuen Schulden gemacht. Das liegt allerdings daran, dass die Regierung schlichtweg mehr Steuereinnahmen hatte, kontert Meinl-Reisinger. Sie erinnert Hofer auch laufend an den Ibiza-Skandal der FPÖ und als Reaktion weist Hofer auf die Abhängigkeit der Neos vom Großindustriellen Hans Peter Haselsteiner, der die Partei großzügig finanziert, hin. Im zweiten Wahlduell treffen Peter Pilz (Liste JETZT) und Jörg Leichtfried (stellvertretender Klubobmann der SPÖ) aufeinander. Während die Liste JETZT ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert, setzt die SPÖ auf Arbeitsmarktpolitik. Vor allem ältere Menschen müsse man bei der Jobsuche unterstützen, so Leichtfried. Alle müssen von ihrer Arbeit leben können und die Steuern auf Arbeit müssen gesenkt werden. Pilz will außerdem Steuern bei CO₂ und Fleisch. Wenn wir Klimaschutz ernst nehmen, dann müsse industriell erzeugtes Fleisch besteuert werden, weil sie für einen großen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich sei. Auch Leichtfried ist für eine Besteuerung, allerdings EU-weit, von CO₂-Ausstoß und vor allem für die Industrie. Statt Konsumenten zu bestrafen, soll eine Bio-Förderung helfen, dass alle Menschen sich auch Bio-Fleisch leisten können. Im Gegenzug fordert er (damit die Industrie nicht weiterhin den Großteil der Fördersumme bekommt) eine Deckelung der EU-Agrarförderungen auf 25.000 €. Wichtig ist auch, dass im Parlament der SPÖ-Antrag zur Ablehnung des Mercosur-Abkommens eine Mehrheit fand. Das Aus für Mercosur und die Förderung der regionalen Bio-Landwirtschaft ist klimapolitisch sehr wichtig. Denn regionaler Anbau wird gestärkt. Kleine und mittlere Betriebe können davon leben und kurze Transport-Wege sorgen für viel weniger Tierleid und CO₂. Pilz und Leichtfried sind sich einig, dass der Schienenverkehr stark ausgebaut werden muss. Leichtfried betont: „Wenn es eine Partei gibt, die den öffentlichen Verkehr ausgebaut hat, dann war das die SPÖ“. Beate Meinl-Reisinger trifft auf Sebastian Kurz, dem sie nach dem Ibiza-Skandal als einzige Partei, neben der ÖVP, nicht das Misstrauen aussprach. Kurz sagt, dass die ÖVP gegen die Fortsetzung des Untersuchungsausschusses in Sachen BVT-Affäre ist, denn er halte nichts von Skandalisierungen. Wobei diese Aussage sehr fragwürdig ist, da es um die Frage ging, ob die ÖVP den österreichischen Geheimdienst für sich arbeiten ließ. Meinl-Reisinger forderte die Abschaffung der Ziffernnoten. Dass ExpertInnen die Umsetzung dieser

Klassen scharf kritisieren und die Sinnhaftigkeit abstreiten, ignoriert Kurz. Heinz Faßmann, der ÖVP-Bildungsminister, sagte damals dazu: „Es ist eine politische Entscheidung, wie vieles, was ich entscheiden muss. Nicht hinter jeder politischen Entscheidung gibt es auch eine wissenschaftliche Fundierung“. Werner Kogler erinnert Hofer zu Beginn an seine engen Beziehungen zu Russland, bevor es um die Eurofighter (eine Anschaffung von Schwarz-Blau 1) geht. Während Kogler in Bildung, vor allem in Kindergärten, investieren will, macht Hofer eine Aufstockung des Bundesheer-Budgets zur Koalitionsbedingung. Unstimmigkeit herrscht auch bei der Wehrpflicht. Kogler plädiert, mit der Begründung, dass für ein Bundesheer drei Viertel eines Jahrganges der Wirtschaft entzogen wird. Pamela Rendi Wagner und Sebastian Kurz beenden den Abend der Wahlduelle. Rendi-Wagner verteidigt eingangs ihren Entschluss, Sebastian Kurz das Misstrauen auszusprechen und sie wirft Kurz persönliche Unaufrichtigkeit vor. Auf die Frage, ob er die Ibiza-Koalition samt Einzelfällen fortsetzen will, antwortet er, dass Schwarz-Blau äußerst erfolgreich war. Rendi-Wagner kritisiert außerdem die Zerschlagung der Sozialversicherungen. Mehr Verwaltung, über 40 zusätzliche Leitungsstellen, keine Verbesserungen für Patienten und ein neues Logo um 2,5 Millionen Euro. Wissen Sie, wie viele Patienten man um die Kosten für das neue Logo behandeln hätte können? Es sind in etwa 2,5 Millionen, kritisiert die SPÖ-Chefin. Eine Milliarde Euro habe damit die Kurz-Regierung dem Gesundheitsbereich entzogen, anstatt wie versprochen zu investieren. Kurz zeigt sich auch stolz auf die Kürzungen, die er gegen die SPÖ durchgesetzt habe.

22. 09. 2019: „Kurz“-Zeitgedächtnis

Wie „eine gesprungene Schallplatte“ (CD) wiederholt Kurz bei jedem Auftritt, die vermeintlich negativen Auswirkungen von Zuwanderung. Trotzdem er selbst unter Migranten im 12. Wiener Gemeindebezirk (Meidling) aufwuchs, will er heute davon nichts mehr wissen. Viele seiner Mitschüler kamen nicht aus Österreich und einige waren sogar Flüchtlinge. Sie lernten gemeinsam, schlugen sich die Nächte um die Ohren und kannten ihre Familien. Gerne erzählte Kurz von dieser Zeit, als er mit 24 in die Politik einstieg. In der Bundesregierung wird er Integrationsstaatssekretär und posaunt folgende Sätze am laufenden Band: „Wir haben zu wenig Willkommenskultur“, „Wenn man etwas leistet, ist es egal, woher man kommt“ und „Der Islam gehört zu Österreich“. Das war erfrischend, das war neu in der ÖVP und auch neu in einer österreichischen Bundesregierung. Wenn er aber heute von Migranten spricht, dann sind es Menschen, die in „unser Sozialsystem“ zuwandern. Flüchtlinge will er sogar zu Zwangsarbeit verpflichten. Für ein Taschengeld sollen sie putzen und „in der

Gemeinde aushelfen“. Sie haben keinen Platz mehr in der „neuen Volkspartei“, die er jetzt (auf Grund eines innerparteilichen Putsches) anführt. Lieber erzählt er von seinen Wochenenden auf dem großelterlichen Bauernhof im Waldviertel. Dass der ÖVP-Kanzlerkandidat in Meidling seine Kindheit und Jugend verbrachte, ist ungewöhnlich. Fest in roter Hand ist dieser Teil von Meidling. Gut ein Drittel der Bewohner wählt SPÖ, ein paar weniger FPÖ, kaum jemand ÖVP. Noch heute wohnt er auf derselben Stiege, jedoch in einer anderen Wohnung, als seine Mutter (eine AHS-Lehrerin und sein Vater, ein HTL-Lehrer).

Liste JETZT beantragt ein Rückkehrverbot von Kurz & Co

Die Liste JETZT will ein Rückkehrverbot für Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) durchsetzen. Sowohl Bundeskanzler, als auch Minister und Ministerinnen, gegen die ein Misstrauensantrag im Nationalrat erfolgreich war, sollten nicht mehr in ihre alten Funktionen zurückkehren können, meinte der Abgeordnete Alfred Noll, der einen entsprechenden Antrag im Plenum einbrachte. Kurz, sowie seine (nach dem Ausscheiden der FPÖ-Minister) gebildete Übergangsregierung, die den anderen Parteien zu ÖVP-lastig war, wurden am 27. Mai mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Liste JETZT in einer historischen Sitzung des Nationalrats, mittels Misstrauensantrag abgesetzt. Sollte der Antrag der Liste JETZT Zustimmung finden, könnten weder der einstige Regierungschef, noch die restlichen Mitglieder dieses Kabinetts zurückkehren. Das Rückkehrverbot soll, sowohl die unmittelbar nächste Regierung, genauso wie jene, die innerhalb von sechs Monaten nach dem Misstrauensvotum gebildet wird betreffen. Geregelt werden soll das durch ein Verfassungsgesetz, das die Bundesverfassung ändert. Dafür benötigt es allerdings die Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten im Nationalrat.

23. 09. 2019: ÖVP verhindert Abschaffung der Maklergebühren

Die Maklergebühren für eine vermittelte Wohnung soll in Zukunft der Vermieter und nicht mehr der Mieter bezahlen. Für den Antrag der SPÖ im Parlament wurde eine satte Mehrheit erwartet, denn ÖVP-Chef Sebastian Kurz hatte sich, nur wenige Wochen davor, für die Abschaffung der Maklergebühren für Mieter ausgesprochen. Aber anstatt das sogenannte „Auftraggeberprinzip“ zu beschließen, stoppten die Abgeordneten der ÖVP die mieterfreundliche Makler-Regelung. Obwohl man die Wohnung über eigene Recherche gefunden hat, muss man (zusätzlich zur Kautions), zwei Monatsmieten Provision an die Makler zahlen. Aus Sicht des Mieters ist es eine Gebühr fürs Aufsperrn der Wohnung, die Maklerarbeit findet nämlich für den Vermieter statt und der erspart sich die Vermittler-Arbeit. Die SPÖ bekämpft dieses Problem schon

lange. So senkte sie vor einigen Jahren die maximalen Maklergebühren von drei auf zwei Monatsmieten. Mehr war damals in der Koalition mit der ÖVP nicht zu holen. Jetzt startete sie einen neuen Anlauf zur Abschaffung der Maklergebühren für Mieter. SPÖ und ÖVP schienen in der Frage der Maklergebühren einig. Doch als die SPÖ in der Sondersitzung einen Antrag einbrachte, der eine gerechte Makler-Regelung beschließen wollte, war die ÖVP dagegen und lehnte den Fristsetzungsantrag ab.

24. 09. 2019: Strache verliert (wie damals Haider) die FPÖ

Die schwarz-blaue Wende und der dadurch beschleunigte Aufstieg und Fall Jörg Haiders wiederholt sich, aber dieses Mal noch viel schriller und schräger. Heinz-Christian Strache verliert gerade endgültig seine Partei die er, nach der Spaltung der Partei in FPÖ und Haiders BZÖ, als Zugpferd bei Wahlen und in die Regierung wieder zum Erfolg geführt hatte. Im konkreten Fall versuchte die Wiener Landespartei, sowie möglicherweise auch Straches Anwalts, der Veröffentlichung von Recherchen zuvorzukommen und verlautbarte über diverse mehr oder weniger der FPÖ nahestehenden Kanälen, dass Strache der Partei in den vergangenen Jahren aberwitzige Spesen abgerechnet hätte. So soll Strache als Wiener FPÖ-Chef, bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik, über ein eigenes Spesenkonto von der Landespartei verfügt haben, das mit bis zu 10.000 Euro monatlich dotiert war. Als Vizekanzler erhielt Strache außerdem rund 13.000 Euro netto im Monat vom Staat. Zusammen mit seinem Parteikonto verfügte Strache also über ein monatliches Einkommen von mindestens 23.000 Euro. Zusätzlich übernahm die Partei einen großen Teil seiner Mietkosten, sowie eine gute Finanzierung seiner Frau. Doch das genügte ihm offenbar nicht, denn zumindest im Zeitraum von 2014 bis 2018 soll Strache auch private Rechnungen über die Partei abgerechnet haben. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft, was sie immer recht schnell nach einer Anzeige tut. Im Fall Strache geht es nicht so sehr um das Privatvermögen der FPÖ, sondern auch um eine, von der öffentlichen Hand (Steuergeld), mitfinanzierte Partei.

25. 09. 2019: Die ÖVP will Menschen in Pflege das 13. und 14. Monatsgehalt wegnehmen

Einer der größten Wünsche aller Österreicher ist es, in Würde zu Alter. Dieses gesellschaftliche Ziel wird nun von der ÖVP frontal angegriffen und damit vergisst die Volkspartei ihr Volk. Der kürzlich veröffentlichte Vorschlag von Alfred Riedl (Gemeindebundchef und Bürgermeister von Grafenwörth) besteht in der Streichung des 13. und 14. Gehalts für Pflegebedürftige. Bereits jetzt werden 80% der Pension von stationär gepflegten Personen einbehalten und für deren Betreuung verwendet. Die restlichen 20% bekommen sie als Taschengeld. Ein beschämendes Trostpflaster für einen 45 Jahre berufstätigen Arbeitnehmer. Die bisher einzige Möglichkeit zur Aufbesserung, das in Österreich heilige Urlaubs- und Weihnachtsgeld, soll nun auf Wunsch der ÖVP weggenommen werden und das kommt einer Enteignung von Pflegebedürftigen gleich. Erst vor kurzem präsentierte er eine neue Idee zur Eingliederung der Pflegeversicherung in die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA). Diese Idee stieß allerdings, sowohl bei der Ärztekammer als auch Arbeitnehmervertreter, auf großen Widerstand. Zuerst sollten „Kurz-er-hand“ die Versicherungsbeiträge von Dienstgebern gesenkt werden. Doch jetzt soll mit den verringerten Einnahmen auch noch eine Pflegeversicherung finanziert werden. Dies würde zu Lasten Klein- und Kleinstverdiener gehen. Während der Altkanzler auf Kosten des Steuerzahlers durch die Welt reist, um sich mit mächtigen Menschen fotografieren zu lassen, ignoriert er die Altgedienten und Schwächsten.

Zusammenfassung der Unwahrheiten von Sebastian Kurz

01.) Kurz lügt über bezahlte Verschleierung in Sarajevo:

Der ÖVP-Chef hat behauptet, dass Frauen in Sarajevo oder Pristina dafür bezahlt werden, dass sie einen Schleier tragen und das ist schlichtweg gelogen.

02.) Kurz streitet ab, die KÖST-Senkung beschlossen zu haben:

Kurz behauptet im September 2019, dass die Regierung die KÖST-Senkung nicht beschlossen hat. Tatsächlich haben ÖVP und FPÖ im Mai im Ministerrat beschlossen, dass große Konzerne um 1,5 Milliarden Euro weniger Steuern zahlen müssen.

3.) Falsche Vorwürfe über Spenden führt zu einstweiliger Verfügung:

Kurz behauptet, dass Haselsteiner 100.000 Euro an die SPÖ gespendet hat und das stimmt nicht. Kurz kassierte dafür eine einstweilige Verfügung.

4.) Überschreitung der Wahlkampfkosten:

Noch zwei Wochen vor der Wahl 2017 behaupteten Kurz und Co, dass die ÖVP die Wahlkampf-Kostenobergrenze nicht überschreiten wird. Schlussendlich gab die Volkspartei fast doppelt so viel, wie erlaubt, aus.

5.) Abgabenquote ist gestiegen und nicht gesunken:

Kurz behauptet: „Wir haben begonnen die Steuerlast zu senken“. Tatsächlich ist aber die Abgabenquote 2018 im Vergleich zum Jahr 2017 gestiegen.

6.) Fake News über Sozialversicherung:

Kurz und Strache behaupteten, dass die Sozialversicherungsträger mit Beitragsgelder in der Höhe von 1,3 Milliarden Euro an der Börse spekuliert haben und auch das ist, wie so vieles, falsch. Der Hauptverband musste einen eigenen Faktencheck zu der Falschbehauptung veröffentlichen.

7.) Falsche Behauptungen über Atomstrom:

Die Kurz-ÖVP behauptete, dass die SPÖ für Atomstrom sei. Der Faktencheck zeigt, dass Kurz wiederum absichtlich die Bevölkerung belogen hat. Wieder wurde eine einstweilige Verfügung erwirkt, die besagt, dass Kurz keine „falschen Tatsachen“ mehr behaupten darf.

8.) BVT-Chef Gridling widerspricht im U-Ausschuss der Behauptung von Kurz:

Altkanzler Kurz sagte vergangenen Sommer im ORF, das der BVT-Chef Gridling ihm versichert habe, dass die Kooperation mit Partnerdiensten gut funktioniere. Gridling sagt jetzt im U-Ausschuss, er habe dazu nie mit Kurz persönlich gesprochen.

9.) Wiederum „kassiert“ Kurz, wegen falscher Behauptungen zum Ibiza-Video, eine einstweilige Verfügung:

Der VP-Obmann hat die SPÖ beschuldigt, hinter dem Ibiza-Video zu stecken und auch das ist falsch. Das Gericht verhängt eine einstweilige Verfügung gegen die Kurz-Aussage.

10.) Falter gegen ÖVP:

Kurz und die ÖVP haben behauptet, dass der Falter gefälschte Daten über die Volkspartei publiziert hat. Sie haben deswegen eine Klage eingebracht. Der Vorwurf, die Daten seien gefälscht oder manipuliert, wird darin allerdings nicht erhoben.

11.) Untergeschobenes Zitat:

Bei einer Wahlkampf-Debatte hat Kurz der Wiener Vizebürgermeisterin ein falsches Zitat (Wir können ja ein bisschen locker bleiben und net immer so schwindeln) untergeschoben.

12.) Untergeschobenes Zitat Nr. 2:

Sebastian Kurz verdreht eine Aussage von Meinl-Reisinger ins Gegenteil.

13.) Die Maklergebühren und Sebastian Kurz:

Kurz hat in der ORF Sendung „Mein Wahlomat“ angekündigt, dass er für die Abschaffung der Maklergebühren ist. Im Parlament stimmte die ÖVP jedoch gegen die Abschaffung.

- 14.) Die „Spontan“-Kundgebung für Kurz war bis ins Detail organisiert:**
Nach seiner Abwahl behauptete Sebastian Kurz, dass sich spontan 2.000 Unterstützer gefunden hätten, die ihm den Rücken stärken wollten. In Wirklichkeit war das ein geplanter Event. Anhänger wurden u.a. mit Bussen aus den Bundesländern nach Wien gebracht.
- 15.) Die angeblich bezahlten Demonstranten:**
Kurz hat behauptete, dass die Arbeiterkammer Demonstranten bei der 12-Studenten-Demo finanziert hat. Dies ist wohl ein Meisterstück seiner populistischen Lügen.
- 16.) Die nicht vorhandene Anhänger von Sebastian Kurz:**
Kurz behauptete, dass er mit mehr als 800 Unterstützern eine Wanderung unternommen hat. Tatsächlich waren nicht einmal halb so viel Anhänger vor Ort.
- 17.) Die E-Card Kosten:**
Der VP-Chef sagte, dass Fotos auf E-Cards eine Ersparnis von 200 Millionen Euro brächten. In der Realität sind die Kosten der neuen Karten um ein Vielfaches höher als die Ersparnis.
- 18.) Die extrem hohen Kosten für EU-Ratspräsidentschaft:**
Die Kurz-Regierung behauptete, dass die EU-Ratspräsidentschaft Kosten von 43 Millionen Euro verursacht hätte. In Wahrheit waren die Kosten mehr als doppelt so hoch.
- 19.) Die nicht existierende neue Albanien-Route:**
Kurz, Strache und Kickl warnten gemeinsam die Öffentlichkeit vor einer, nie existierenden, „Albanien-Route“.
- 20.) Kurz lügt, „dass sich die Balken biegen“, über die Opposition:**
Nach dem Zusammenbruch der Kurz-Regierung aufgrund der Causa Ibiza behauptete Kurz, dass die Opposition gesprächsunwillig war und „keine einzige Forderung“ gestellt hat und auch das ist „aus der Luft gegriffen“.
- 21.) Nach Ibiza ist die Koalition mit FPÖ angeblich alternativlos:**
Kurz behauptete nach dem Ibiza Skandal auch, dass die Koalition 2017 mit der FPÖ alternativlos war. Tatsächlich bot Kern der ÖVP die Unterstützung bei einer Minderheitsregierung an und somit wäre die Ibiza Koalition vermeidbar gewesen.

22.) Die rätselhafte Herkunft von Kurz:

Sebastian Kurz hat im Wahlkampf mehrmals betont, dass er aus einer kleinen Gemeinde im Waldviertel kommt. Tatsächlich ist er in Wien geboren und aufgewachsen und so hat er es auch im Wahlkampf 2017 erzählt.

23.) Abstimmungsverhalten der ÖVP zu Alleinerziehenden:

Im Wahlkampf 2017 sprach sich Kurz für eine Unterhaltsgarantie für Alleinerziehende aus, aber im Parlament stimmte die ÖVP dagegen.

26. 09. 2019: Parlament beschließt

Rechtsanspruch auf bis zu 4 Wochen Pflegekarenz

Der Nationalrat hat in der letzten Sitzung vor der Wahl auf Antrag der SPÖ beschlossen, dass Angehörige einen Rechtsanspruch auf 4 Wochen bezahlte Pflegekarenz haben. Fast einer Million Menschen wird damit die Versorgung ihrer Angehörigen erleichtert, denn bisher ging das nur mit Zustimmung des Chefs. Die Pflege ist sowohl emotional, als auch körperlich sehr anstrengend und doch erledigen viele diese fordernde Aufgabe neben ihrer regulären Arbeit. 2014 wurde unter Sozialminister Rudolf Hundstorfer die Pflegekarenz eingeführt. Wer nahe Angehörige hat, die ab Pflegestufe 3 eingestuft sind bzw. bei Kindern und Demenzkranken reicht die 1. Pflegestufe, kann zu Pflegezwecken zu Hause bleiben und mit Erlaubnis des Chefs geht das bis zu 3 Monate lang. Verschlechtert sich der Zustand des zu Pflegenden, kann das sogar bis zu 12 Monaten verlängert werden. Jetzt hat der Nationalrat einstimmig einen SPÖ-Antrag beschlossen, dass Arbeitnehmer in Betrieben ab 5 Beschäftigten einen Anspruch von 1 Monat Pflegekarenz oder –teilzeit bekommen. Benötigt also ein Angehöriger Pflege, muss man bis zu 2 Wochen freigestellt werden bzw. nur Teilzeit arbeiten. Verbessert sich in dieser Zeit der Zustand nicht, kann die Pflege weitere 2 Wochen in Anspruch genommen werden. Somit gibt es einen Rechtsanspruch auf bis zu 4 Wochen. Über die 4 Wochen hinaus kann, wie bisher, mit dem Unternehmen auf freiwilliger Basis eine Pflegekarenz bzw. –teilzeit für bis zu 6 Monate vereinbart werden, erklärt SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch. Der SPÖ-Antrag sah eigentlich einen Rechtsanspruch für bis zu 6 Monaten vor, aber um überhaupt einen Rechtsanspruch zu erreichen, einigte man sich mit der ÖVP und der FPÖ auf den jetzt beschlossenen Kompromiss.

Justizminister Jabloner nennt die ÖVP-FPÖ Strafrechtsänderung „zivilisatorischen Rückschritt“

Anwälte, Richter, Gewaltschutzzentren, Opferschutzeinrichtungen und Psychotherapeuten sind sich einig, dass das „Gewaltschutzpaket“ von ÖVP und FPÖ seinem Namen nicht gerecht wird und äußerten Bedenken an den geplanten Maßnahmen. Dennoch wurde in der letzten Nationalratssitzung vor der Neuwahl, mit den Stimmen von Türkis und Blau, das Maßnahmenpaket aus ihrer Regierungszeit beschlossen. Vizekanzler und Justizminister Jabloner sieht im Hinaufsetzen der Mindeststrafen in der Jugendgerichtsbarkeit einen „zivilisatorischen Rückschritt“ und stimmte dem Gesetz zumindest in gewissen Punkten nicht zu. Denn die österreichische Jugendgerichtsbarkeit habe sich gut bewährt und mehr Vertrauen verdient. Der schonendere Umgang der Gerichte mit jungen Erwachsenen bis 21 hat zum Rückgang von Wiederverurteilungen geführt. Sie können sich nach einer Blöðheit in der Spätpubertät wieder gut eingliedern. Nun kommen härtere Strafen, wodurch mit einer höheren Rückfallquote zu rechnen ist. „Mehr Rückfälle bedeuten mehr Opfer, weniger Sicherheit und weiter steigende Kosten“, hieß es auch in einer gemeinsamen Stellungnahme der Richtervereinigung, Opferschutzverbände und Rechtsanwaltskammer. Der Opferschutz und die Täterarbeit wird in den Hintergrund gedrängt und damit die Fehleranfälligkeit erhöht. Insgesamt haben Schwarz und Blau 25 Gesetze geändert. Strafverschärfungen gibt es bei einer Reihe von Gewalt- und Sexualdelikten. Außerdem kommt eine einheitliche Anzeigepflicht für alle Gesundheitsberufe. Diese übten ebenfalls scharfe Kritik an der geplanten Anzeigepflicht. In einem offenen Brief an die Nationalratsabgeordneten warnt der Verband davor, die Situation für Opfer häuslicher Gewalt zu verschlechtern. Die Verschwiegenheitspflicht abzuschaffen würde ehrliche Gespräche über Gewaltbeziehungen mit Psychotherapeuten verhindern und die geplante Gesetzesänderung birgt auch das Risiko eines Gewaltanstiegs.

27. 09. 2019: Das geheime Netzwerk der ÖVP

Innenminister Peschorn bestätigte, dass im Innenministerium es schwarze Netzwerke gibt. Die Spur führt dabei immer wieder zum Heimatverein Pro Patria. Anfang 2004 wurde dieser, im Umfeld von Erwin Pröll, gegründet und im Juni 2019 wieder aufgelöst. Zur Zeit der Auflösung war der Vorstand voll mit Personen aus dem BVT-Umfeld und auch Gernot Blümel war als Kassier mittendrin. Die ÖVP stand aufgrund des Verdachts auf illegale Parteienfinanzierung gehörig unter Druck, denn auch Pro Patria war verdächtig. Doch ausführliche Recherchen legen noch einen weiteren Zweck nahe. Ist Pro Patria etwa ein zentraler Baustein der ÖVP zur Kontrolle des Staates? Von März 2014 bis April

2016 war der Kurz-Jünger Nr. 1 (Gernot Blümel) Vorstandsmitglied bei Pro Patria und damals war er auch ÖVP-Generalsekretär. Als es zur Auflösung des Vereins kam, konnte sich Blümel an seine Vorstandstätigkeit nicht mehr erinnern, doch der Vereinsregisterauszug weist Blümel aus. Im BVT-U-Ausschuss wurde auch Bernhard P. geladen. Er war jahrelang der Spionagechef im BVT und war bis zur Auflösung von Pro Patria der Obmann des Vereins. Zudem soll er eine enge Freundschaft mit Werner Amon, ÖVP-Urgestein, pflegen. Wie Peter Pilz (JETZT) aufdeckte, schrieb Bernhard P. an Axel Melchior, stellvertretender Kabinettschef im Kanzleramt von Kurz, eine SMS mit dem Inhalt: „Es gibt neue Filme“. Er schloss im U-Ausschuss aus, dass Pro Patria verdeckt die ÖVP finanziert. War der Zweck viel eher, die politischen Mitbewerber zu überwachen? Neben Bernhard P. führen viele Spuren zu Philipp B. Dieser war bis zur Vereinsauflösung Obmann-Stellvertreter. Doch sein eigentlicher Job war „Chef des Cyber Security Centers“ im BVT. Also liegt der Verdacht nahe, dass B. als Leiter der Cyber Security auch bei den Ermittlungen zum angeblichen „ÖVP-Hack“ involviert war. Die offensichtliche Befangenheit durch seine ÖVP Nähe, stellt dabei scheinbar kein Problem dar. Auch mit der sogenannten „Email-Affäre“ der ÖVP könnte P. und die BVT-Cyber Security betraut worden sein. Weitere Informationen deuten darauf hin, dass Pro Patria auch zu Wahlkampfzwecke, mit der Aufgabe der Desinformation im Internet, eingebunden war. Als der Verein bekannt wurde, wurde er umgehend aufgelöst, doch Pro Patria-Leute haben ihre Finger noch immer im Spiel und sie ermitteln möglicherweise in den aktuellen ÖVP-Skandalen sogar gegen sich selbst

ÖVP, FPÖ und die Neos killen die Betriebskrankenkassen

Wenn man in einer Betriebskrankenkasse versichert ist, kommt man rasch und unbürokratisch zu seinen Leistungen. Jetzt schaffen ÖVP, FPÖ und Neos diese Krankenkassen endgültig ab. Wer z. B.: in der voestalpine arbeitet und medizinische Hilfe braucht, hat nur einen kurzen Weg. Egal, ob es um Impfungen, eine „Reha“, um Krücken oder einen Rollstuhl geht. Die Betriebskrankenkasse der voestalpine Bahnsysteme ist nur fünf Gehminuten vom Betriebsgelände entfernt und für alle Bedürfnisse gibt es Ansprechpersonen im Gebäude. Und jedes Jahr bekommt man als Versicherter eine transparente Auflistung aller Leistungen, die man in Anspruch genommen hat. Die Versicherten schätzen ihre Krankenkassen und die Betreuung. Doch nun sollen diese Versicherungen und ihre Leistungen eingestampft werden. Für den Staat entstehen für die oft rascheren und besseren Leistungen der Betriebskrankenkassen keine zusätzlichen Kosten. Die Verwaltungskosten trägt das jeweilige Unternehmen. Doch ÖVP, FPÖ und Neos wollen diese Kassen in die von Schwarz-Blau installierte „Österreichische

Gesundheitskasse“ (ÖGK) eingliedern. Die SPÖ warnt, dass diese Zentralisierung mehr Kosten für die öffentliche Hand und zugleich weniger Leistungen für die Versicherten bedeutet. Die SPÖ wollte sicherstellen, dass eine Auflösung einer Betriebskrankenkasse nur mit Zustimmung der Betriebsräte möglich sein kann. Damit hätte ein, seit über 100 Jahre, bestehendes Erfolgsmodell abgesichert werden können. Mit Unterschriften und einem Antrag im Parlament wollten die Sozialdemokraten den Erhalt absichern. In der Nationalratssitzung vom 25. September waren sie damit jedoch in der Minderheit. Nun können die Firmen (ohne Mitsprache der Beschäftigten) entscheiden, ob die Betriebskrankenkassen aufgelöst und in die ÖGK überführt werden. „Die Betriebskrankenkassen haben die Monarchie, den Austrofaschismus und die dunkelsten Jahre unserer Geschichte überdauert, aber die türkis-blaue Regierung haben sie nicht überlebt“, kritisiert Rainer Wimmer (Vorsitzender Gewerkschaft Pro-Ge) die Abschaffung durch die drei neoliberalen Parteien.

29. 09. 2019: Nationalratswahl 2019 - Das Rezept für einen Mega-Wahlsieg bzw. einer Mega-Wahlniederlage:

Man nehme einen jungen Studienabrecher, der in seinem Leben noch nie richtig arbeiten musste und lässt ihn bei Interviews und auf der Bühne nichtssagende und einstudierte Floskeln beten. Aber das Wichtigste ist, dass er vorher (wenn auch nur für einige Monate) „Probe-Kanzler“ war. In dieser „Kanzler-Lehre“ muss er (mit Hilfe seiner Lakeien) „**arbeitnehmerfreundliche**“ und „**soziale**“ **Gesetze wie:**

Budgetkürzungen: beim AMS, beim Arbeitslosengeld, bei der Familienbeihilfe, bei Familienberatungsstellen, bei Frauenförder- und -schutzprogrammen, bei Kinderbetreuungseinrichtungen, bei der Jugendförderung, Einführung und Kürzung bei der Mindestsicherung, bei der Wohnbauförderung, Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Konkurs des Arbeitgebers, Erschwerung der Überprüfung von Scheinselbstständigkeit, 12-Stunden-Tag / 60-Stunden-Woche (Die Freiwilligkeit existiert nur auf dem Papier), Familienbonus (nur für Besserverdienende), Forcierung des Billiglohn-Sektor, Erweiterung der Mangelberufsliste (für Berufe in denen es keinen Mangel gibt), Höhere Besteuerung von Zulagen und Zuschlägen, Keine Karenzanrechnung (trotz Ankündigung), „Krankenkassenreform“ (keine Patientenmilliarde, sondern eine Belastungsmilliarde), Fotos auf der E-Card (kosten 18 Millionen Euro und die durchschn. Manipulation, wird mit 15.000 Euro beziffert), Einführung von Studiengebühren, Streichung der Aktion 20.000 (inkl. der Weigerung die Studie zu veröffentlichen), Streichung der Familienbeihilfe für Behinderte, Streichung des Kinderbetreuungsgeldes für Notfamilien, Teilweise Aufhebung

des Mieterschutzes, Überwachungspaket, Bedingungslose Zustimmung zu CETA (mit katastrophalen Folgen), Voratsdatenspeicherung, Wirtschaft hat Vorrang gegenüber Umweltschutz, Steuergeschenke an die Immobilienbranche, Förderung von Steuerbetrug (Reduzierung der Steuerprüfer und ungerechtfertigte Streichung von Ländern aus der sogenannten „Steuer-Oasen-Liste“), planen und teilweise (ohne die Sozialpartner einzubinden bzw. Gesetzesvorlagen als Initiativantrag einbringen, da erspart man sich die Debatte), durch den Nationalrat „peitschen“ und schon stimmen **37,0 %** der Wähler **für Dich**.

Solltest Du aber das Pech haben, dass Du nur diese **„arbeitnehmerfeindlichen“** und **„unsozialen“** Änderungen wie:

Einführungen: Kinderbeihilfe, Mutterschutz, Karenzurlaubsgeldes, Schülerfreifahrt, Schulbuchaktion (gratis Schulbücher), Kinderabsetzbeträgen (Mehrkinderstaffel), Zusätzliche Familienbeihilfe (für erheblich behinderte Kinder), Arbeitsverfassungsgesetz, Kostenlose Gesundenuntersuchung, Errichtung der ersten Familienberatungsstellen, Mutter-Kind-Pass (mit dem Ziel der Vermeidung der Säuglingssterblichkeit),

Abschaffungen: Schulgeld, Studiengebühren,

Förderung des sozialen Wohnbaues, Einführung der Kinderbeihilfe, Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung für die Pension, Vier Wochen Lohn (auch im Krankheitsfall),

auf „Deine Fahne heften kannst“, dann stehen Dir halt nicht mehr als **21,0 %** der **Wählerstimmen** zu.

Aber dies ist wohl wieder einmal ein Beweis dafür, dass es unseren Bürgern und Bürgerinnen doch noch viel zu gut geht. Sie lassen sich einfach neue Steuer aufbürden, Förderungen und Sozialleistungen extrem kürzen oder streichen. Dies lassen sie alles über sich ergehen, solange die politische Führung einer Minderheit (Flüchtlinge, Arbeitslose, Behinderte u.s.w.) noch mehr wegnimmt und den Bürgerinnen und Bürgern vorgaukelt, wie gut es ihnen doch geht, da es den oben erwähnten Gruppierungen noch viel schlechter geht.

Und das Volk jubelt.

30. 09. 2019:

Koalitionspartner zeigen Wahlsieger Kurz die kalte Schulter

Sebastian Kurz hat die von ihm erzwungene Neuwahl triumphal gewonnen, doch der ÖVP gehen die potenziellen Koalitionspartner aus. Die FPÖ will nach ihrem Debakel nicht mehr, die SPÖ leckt nach einer historischen Schlappe Wunden und die Grünen, neben Kurz die großen Sieger des Abends, schalten sogar auf Angriffsmodus. Einzig die NEOS wollen, bloß: mit ihnen gibt es keine Mehrheit. Die ÖVP kam auf gut 37 Prozent und holte in allen Bundesländern (außer Wien) Platz 1. Die SPÖ stürzte um rund 5 Punkte auf knapp 22 Prozent ab. Die FPÖ gab gleich 10 Punkte ab und liegt bei 16 Prozent. Die Grünen erreichten mehr als 13 Prozent. Die NEOS erzielten mit knapp 8 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis und die Liste JETZT flog aus dem Nationalrat. Kurz wolle eine möglichst respektvolle Zusammenarbeit mit allen Parteien und werde auch mit allen im Nationalrat vertretenen Fraktionen Gespräche führen. Den Freiheitlichen, die sich der Volkspartei bis zuletzt angebietet hatten, ist die Lust auf eine Neuauflage von Türkis-Blau vergangen. „Wir bereiten uns auf die Opposition vor“, verkündete Parteichef Norbert Hofer. Einig war man sich in der Partei auch, dass es nach Ibiza-Affäre und Spesen-Skandal um Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache einen Neuanfang brauche. Grünen-Chef Werner Kogler war nicht nur in Feier-, sondern auch in Angriffslaune. Vor seinen Parteifreunden bei der Party im Metropol höhnte er über die „Sektenmitglieder des Kanzlerdarstellers“. Jetzt gehe es einmal um Gespräche über die Sinnhaftigkeit, überhaupt an Verhandlungen zu denken. Dann müsste sich etwas radikal, gegenüber dem türkis-blauen Kurs, ändern. Ähnlich auch Wiens Chefin Birgit Hebein, die für Gespräche ist, aber daran erinnerte, dass Kurz noch vor kurzem eine Mitte-Rechts-Regierung wollte. Dies werde sich mit den Grünen nicht ausgehen. SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner hielt sich in ersten Statements zur Koalitionsfrage zurück, will aber weiterarbeiten und überraschte mit der Aussage: „Die Richtung stimmt“. Bei den NEOS wäre man zu konstruktiven Gesprächen über eine Regierungsbildung bereit. Man könnte aber höchstens eine ohnehin vorhandene Mehrheit abstützen. Einen Plan B hat Peter Pilz nach dem Aus für die Liste JETZT. „Ich wechsle jetzt mal kurz die Seiten und werde ein Kollege von ihnen, ob ihnen das passt oder nicht“, meinte er zu den anwesenden Medienvertretern.

Die Wahl hat am Kurs Österreichs vorerst nichts geändert

Wer gut zählen kann, wird Österreich nach diesem Wahlsonntag einen leichten Linksruck attestieren, oder wenigstens eine vorsichtige Abkehr vom ganz rechten Weg. Wer aber genauer hinschaut und auch den Wahlkampf verfolgt hat, kommt zu einem anderen Ergebnis. Zwar hat die Koalition aus der konservativen ÖVP und der rechten FPÖ vor zwei Jahren gemeinsam tatsächlich 4 Prozent mehr geholt als dieses Mal. An der Stimmung und der Linie in der Wählerschaft hat sich aber nichts geändert. Ex-Kanzler Sebastian Kurz repräsentiert und verwaltet einen breiten konservativen Konsens. Keine Flüchtlinge, bescheidene (und vor allem weniger) Ausländer, stattdessen Nationalstolz und Identität. Zurück zur Schulpolitik vor 1968, und eine EU, die uns nicht dreinredet. Die meistzitierte Zahl des Wahlkampfes waren die angeblichen 0,2 Prozent, die das kleine Land zu den weltweiten Klimagasen beiträgt. Hauptsache der Benzinpreis bleibt niedrig und um den Planeten sollen sich die Großen kümmern. Dass Kurz trotzdem nur 37,5 und nicht 60 Prozent geholt hat, erklärt sich aus Österreichs politischer Mentalität. Bei aller Streitsucht im Kleinen vermeiden die Parteien sorgsam jede Uneinigkeit in Grundsatzfragen. Der Wähler will, dass der Abstand zwischen den Parteien gleich bleibt. Will das Volk nach rechts, so haben die Politiker aller Lager dem Ruf zu folgen. Das Hauptthema der Grünen, der Klimawandel, geht, solange nicht wirklich schmerzhaft Maßnahmen drohen, durch. Die Sozialdemokraten dagegen wurden abgestraft. Dass sie das heikle Thema Zuwanderung sorgsam vermieden, war wohl zu wenig. Ihre wütende Position gegen die Neuordnung der Krankenversicherung, ein Thema für Spezialisten und Funktionäre, konnte niemand nachvollziehen. Der Protest gegen eine neue Arbeitszeitregelung, die 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-Wochen, ging an den Interessen des eigenen Klientel vorbei. Gerade in der Arbeiterschaft sind klassische Familienmodelle populär. Papa macht Überstunden und Mama den Haushalt bzw. verdient dazu. Zu allem Überfluss haben die Sozialdemokraten mit Pamela Rendi-Wagner eine schwache und unsichere Kandidatin aufgestellt, die mangels Perspektiven in den eigenen Reihen nur „Menschlichkeit“ und „Zusammenhalt“ plakatieren konnte. Das Wahlergebnis, aber vor allem der Absturz der FPÖ um erstaunliche 10 Prozent, legt einen weiteren Irrtum nahe. Die Wähler hätten ihrer Abscheu, gegen das berüchtigte Ibiza-Video Ausdruck gegeben, das den FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache beim Schachern mit einer falschen russischen Oligarchin zeigte. Zum Entsetzen hätte die Öffentlichkeit 4 Monate Zeit gehabt und das blieb aber aus. Sebastian Kurz hat zur Durchsetzung seiner Politik nun alle Optionen. Schon mit den Grünen hätte er eine absolute Mehrheit, und die Partei macht dem Wahlsieger auch durchaus „schöne Augen“, aber aus der

Wiener Landesgruppe kommt auch Widerstand. Leichter wäre es für Kurz, er nähme die „Pinken“ (Neos) dazu, eine kleine, wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch liberale Partei für wohlhabende und gebildete Städter aber das geht sich rein rechnerisch nicht aus. Auch die FPÖ kommt als Partner wieder in Frage. Zwar hat deren Generalsekretär Harald Vilimsky am Wahlabend erklärt, er sehe „keinen Auftrag“ für die Fortsetzung der Koalition mit der ÖVP. Die Sprödigkeit ergibt aber auch taktisch einen Sinn. Im Wahlkampf hat die FPÖ Kurz nach Kräften umworben. Jetzt empfiehlt es sich, den Spieß umzudrehen und den Preis zu erhöhen. Tatsächlich könnte sich die FPÖ auch verweigern und fundamentale Opposition betreiben. Das wäre aber ein Szenario, das einem Kanzler Kurz am wenigsten gefallen könnte und so darf man sich auf einen vermutlich, viele Wochen, andauernden Poker gefasst machen.

02. 10. 2019:

Im Koalitionspoker ist die Lage da und dort unübersichtlich

Die drei Parteichefs Sebastian Kurz (ÖVP), Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) und Norbert Hofer (FPÖ) gaben einander fast buchstäblich die Klinke in der Hofburg in die Hand. Alle drei waren bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen, um über die Lage nach der Wahl zu sprechen und dies ist äußerst kompliziert. Ob Türkis und Grün sich einigen können, ist ungewiss. Die potenziellen ÖVP-Koalitionspartner SPÖ bzw. FPÖ verarzten noch ihre Wunden und zusätzlich wollen sich die Blauen komplett aus dem Spiel nehmen. Hofer sprach über die „Erneuerung der FPÖ“ und meinte: „Nur für die „extrem unwahrscheinliche Variante“, dass im nächsten Jahr keine neue Regierung steht, werde der FPÖ-Vorstand noch einmal darüber beraten“. Kurz hielt zum wiederholten Male fest, dass die ÖVP den „eindeutigen Auftrag“ der Wähler zur Regierungsbildung bekommen hat. Am Ende bat er die Journalisten um Verständnis, dass er vorläufig keine der „wahrscheinlich tausend Fragen“ beantworten könne. Die SPÖ-Chefin nannte nach der Unterredung drei Faktoren, die ihr für eine künftige Regierung wichtig seien. Kooperation mit dem Parlament, sowie innerhalb der Regierung und mit den Sozialpartnern. Das Land brauche nun, wie die SPÖ-Chefin wohl als Ansage an Kurz meinte, „konstruktive Zusammenarbeit“. Falls die ÖVP die SPÖ zu Gesprächen einlade, räumte Rendi-Wagner bemerkenswerterweise dem Klimaschutz die höchste Priorität ein. Es gehe ihr „um ein sozial starkes, ein ökonomisch starkes und vor allem ein ökologisch starkes Österreich“.

04. 10. 2019: Die angeblich gefälschten ÖVP-Mails

ÖVP-Chef Sebastian Kurz hatte Mitte Juni in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz beklagt, dass gefälschte E-Mails im Umlauf seien, die sowohl ihn selbst als auch den Wiener VP-Chef Gernot Blümel in einen Zusammenhang mit der Entstehung des Ibiza-Videos rücken. Wenig später wurde bekannt, dass die fraglichen E-Mails der Internetplattform „EU-Infothek“ zugespielt worden sind. Die Online-Plattform schreibt in einem veröffentlichten Beitrag nun auch selbst, dass es sich bei den beiden Mails um Fälschungen handle. Fabriziert wurden die beiden Mails demnach von einem 30-jährigen Mann mit beachtlicher IT-Kenntnis. „Das Motiv für diese Fälschungen ist ursächlich NICHT im politischen Bereich zu finden, sondern in einem eher tragischen, persönlichen Schicksal des Informanten zu finden“, heißt es in dem Bericht weiter. Hierbei drängt sich doch unweigerlich der Verdacht auf, dass es sich bei diesem „Informant“ um einen sogenannten Maulwurf handelte, der sich an der eigenen Partei rächen wollte. Dem Mann wird vorgeworfen, Daten aus den

Computern des ÖVP-nahen „Vereins zur Förderung der Wirtschaft in der Ukraine“ abgesaugt zu haben. Die Staatsanwaltschaft gab in der Causa keine Informationen bekannt, weil es sich bei den Ermittlungen rund um die Ibiza-Affäre um einen „Verschlussakt“ handelt.

Die Google Trends bei der Nationalratswahl 2019

Die häufigsten „Google Suchanfragen“ zu den größten Parteien vor der Wahl in Österreich waren:

Wofür steht die SPÖ?

Die SPÖ setzt sich in ihrem Wahlprogramm unter anderem für eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche ein. Außerdem für einen steuerfreien Mindestlohn von 1.700 Euro und für ein Klimaticket, mit dem man in ganz Österreich für 3 Euro am Tag fahren kann. Außerdem möchte sie eine Jobgarantie und Arbeit steuerlich entlasten und stattdessen Erbschaften stärker besteuern.

Was bedeutet SPÖ?

SPÖ steht für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Was macht die SPÖ?

Die SPÖ war seit der letzten Wahl in der Opposition und konnte, trotz des „Spieles der freien Kräfte“ (Expertenregierung) einiges, wie zum Beispiel die Wiedereinführung des Jobsprogrammes „Aktion 20.000“ und der Hacklerregelung, umsetzen.

Wer ist der Spitzenkandidat der SPÖ?

Die SPÖ-Spitzenkandidatin ist Pamela Rendi-Wagner. Sie ist die erste Frau an der Spitze der Sozialdemokratie. Als Tochter einer alleinerziehenden Mutter wuchs sie in einem Wiener Gemeindebau auf. Sie studierte Medizin und wurde Expertin für Gesundheitswesen und Tropenmedizin. Sie folgte Sabine Oberhauser als Gesundheitsministerin nach und ist seit 2018 Vorsitzende der SPÖ.

Was macht die SPÖ für die Umwelt?

Die SPÖ fordert unter anderem ein österreichweites Klimaticket, eine ökosoziale Reform des Steuersystems und den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien. Die SPÖ fordert außerdem eine europäische CO₂-Steuer, die auf Großtransporte und Industrie abzielt.

Für was steht die ÖVP?

Die ÖVP ist vor allem eine Unternehmer- und Bauernpartei. Sie nimmt Geld von den reichsten Österreichern und Industriellen an und dementsprechend ist auch ihre Politik. Eine detaillierte Analyse über die ÖVP-Politik haben die beiden YouTuber Konstantin Kladviko und Working Class Hero in ihren Videos durchgeführt.

Wer ist der Spitzenkandidat der ÖVP?

Der Spitzenkandidat ist Sebastian Kurz. Ihm wurde vom Parlament das Misstrauen ausgesprochen und das ist auch der Grund, warum wir wieder wählen. Kurz war insgesamt nur 17 Monate im Amt. Damit ist er der am kürzesten amtierende Bundeskanzler, den Österreich je hatte und das obwohl er für seinen Wahlkampf 13 Millionen Euro ausgegeben hat. Das ist fast doppelt so viel, wie gesetzlich überhaupt erlaubt war.

Was hat die ÖVP umgesetzt?

Die ÖVP hat vor allem Politik für die Reichen und Konzerne gemacht. So wurde beispielsweise die Gewinnsteuer gesenkt. Damit sparen sich Unternehmen insgesamt 1,5 Milliarden Euro. Die Arbeitnehmer hatten wenig von der Regierung und so wurden sie zum Beispiel in ihrer eigenen Sozialversicherung entmachtet.

Was tut ÖVP für Frauen?

Wenig bis gar nichts. Die ÖVP-FPÖ Regierung hat beim Gewaltschutz für Frauen gespart und feministische Projekte weggekürzt. Dafür gibt es in allen ÖVP-regierten Bundesländern weniger Kinderbetreuungsplätze und die Kosten dafür mehr.

Wie lange ist die ÖVP in der Regierung?

Seit 32 Jahren. Christoph und Lollo haben sogar ein Lied darüber geschrieben.

Wofür steht die FPÖ?

Die FPÖ nennt sich selbst die „soziale Heimatpartei“, aber das hält keinem Fakten-Check stand.

Wann wurde die FPÖ gegründet?

Die FPÖ wurde am 7. April 1956 gegründet. Sie ging aus dem Verband der Unabhängigen (VdU) hervor. Der VdU galt als Sammelbecken für Nationalsozialisten in der Nachkriegszeit.

Warum sollte man die FPÖ nicht wählen?

Dafür gibt es viele Gründe. Zahlreiche Einzelfälle, Korruptionsskandale oder die gesamte Arbeit der letzten Regierung. Wie bekannt wurde, haben sich außerdem Strache, Hofer und auch Kickl ordentlich an der Parteikassa, und damit an Steuergeldern, bedient.

Wann war die FPÖ in der Regierung?

Die FPÖ war in der letzten Regierung mit der ÖVP, die an der Ibiza-Affäre zerbrochen ist. Außerdem regierte sie von 2000 bis 2006 unter dem ÖVP-Kanzler Schüssel mit. Die Gerichte beschäftigen sich noch heute mit den Korruptions-Skandalen aus dieser Zeit. 1985 gab es eine Regierungsbeteiligung unter einem SPÖ-Kanzler.

06. 10. 2019: Warum die SPÖ ihre Wähler zuerst an die FPÖ und nun an die ÖVP verlor

Kurz sei, heißt es, „ein Robin Hood der oberen Zehntausend, der seine Parolen wie beim Rosenkranzbeten wiederholt“ und verkörpert eine „Figur“ des in Österreich immer noch geträumten Habsburgerreichs. Enttäuschte FPÖ Anhänger gingen entweder gar nicht wählen, oder sie liefen zur Volkspartei über. Bei der SPÖ landeten, nur ca. 3 Prozent der Ex-Blauen und das, obwohl ein großer Teil dieser Leute früher rot gewählt hat oder zumindest aus einem Milieu stammt, das die SPÖ als ihre Kernzone definiert. Falls die Sozialdemokraten „nach dem Wunde lecken“ etwas Zeit haben, sollten sie vielleicht darüber nachdenken, wie das passieren konnte. Schlimm genug, dass viele der Stadtbewohner zu den Grünen überliefen. Aber was soll von der SPÖ übrig bleiben, wenn die Modernisierungsverlierer jetzt anfangen, ÖVP zu wählen? Eine Rückholaktion der einstigen Anhänger halte er für unwahrscheinlich, erklärte der Politologe Fritz Plasser vor der Wahl. Als größtes Hindernis wertete er „den neuralgischen Themenkomplex Migration“, mit dem sich die SPÖ nach wie vor sehr schwer tut. Auch der Meinungsforscher Peter Hajek sieht das so: „Wie schon bei der EU-Wahl ziehen die freiheitlichen Wähler, vor allem wegen dem Migrationsthema, an der SPÖ vorbei zur Türkisen Kurz-ÖVP. Eine härtere Gangart würde nur der politischen Konkurrenz rechts außen helfen. Im Zweifel würden die Bürger den Schmied (in diesem Fall also die FPÖ) und nicht den Schmiedl wählen. Das bekam Werner Faymann zu hören, als in seiner Kanzlerschaft eine Obergrenze für Asylanträge beschlossen wurde und Christian Kern geriet „unter Beschuss“, als er mit der ÖVP das Verhüllungsverbot aushandelte. Unabhängig von der Debatte, wie das Zuwanderungsland Österreich über Migration reden soll, birgt der Höhenflug der ÖVP ein paar Erkenntnisse, von denen auch die SPÖ, wenn sie sich endlich aufraffen würde, profitieren könnte. Es kommt in der Politik nicht so sehr darauf an, wer eine Idee zuerst hatte oder einen Missstand als Erster formulierte. Wichtiger ist dem Wähler, wer es durchsetzt oder wenigstens überzeugend vertritt. Eine Partei muss dazulernen und sich hin und wieder von altem Ballast trennen dürfen. Der linke Flügel der SPÖ und sein wortgewaltiger Anhang in der Kultur- und Medienszene sollten gelegentlich die möglichen Folgen bedenken, bevor sie über die eigene Gesinnungsgemeinschaft herfallen, denn ansonst gewinnen am Schluss immer die anderen.

Was muss die SPÖ tun, um nicht in der Versenkung zu verschwinden

Wenn etwa die Sozialdemokratie in den 1990ern Jahren den Duktus von „durch harte Arbeit kann man reich werden“ übernommen hat, dann hat sie Konzessionen an eine neoliberal-kapitalistische Gegenhegemonie gemacht in der Hoffnung, den eigenen Machterhalt und die Vorstellung eines Nachkriegssozialstaates irgendwie zu retten. Wenn es wiederum in einer Gesellschaft akzeptiert wird, dass bestimmte Menschen weniger wert sind, dann ist das rassistische Hegemonie, die aus faschistischem oder kolonialem Interesse geschaffen wurde. Wenn diese Idee etwa von konservativen Parteien, und sei es aus taktischen Gründen, übernommen wird, dann ist das ein Versuch, die extreme Rechte durch Zugeständnisse in die eigenen hegemonialen Vorstellungen einzubinden bzw. die Spaltung (siehe Mindestsicherung u.s.w.) der beherrschten Klasse. Spätestens mit dem Erstarken der FPÖ hat der Großkoalitionäre Nachkriegskonsens Risse bekommen, bis er mit Schwarz-Blau I und II fast unwiederbringlich zerstört wurde. Um 2000 kam es zu einer Neugruppierung der extremen Rechten in der westlichen Welt, die mit 9/11 auch den passenden Feind gefunden hat. Der radikale, terroristische Jihadismus, der beständig zum Synonym für „Islam“ gemacht wird. Viel mehr ging es aber der FPÖ und ihresgleichen darum, unser Denken zu ändern. Sie bieten den Menschen ein Deutungsangebot, wie eine zukünftige Welt aussehen soll. Diese Dynamik hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt und die Nachkriegshegemonie ist kaum noch mehrheitsfähig, wenngleich die großkoalitionären Parteien lange daran festgehalten haben. Die extreme Rechte hat in 20 Jahren nicht nur ein Wahl-, sondern eben auch ein Zukunftsangebot geschaffen und erntet jetzt die Früchte dieser Arbeit. In Österreich hat die Kurz-ÖVP die große Koalition und den Nachkriegskonsens endgültig aufgebrochen und bietet vielmehr ein eigenes Hegemonie-Angebot. In Zeiten der Krise rutschen herrschende bürgerliche Kräfte in den Autoritarismus, um den eigenen Machterhalt abzusichern. Da dies aber immer nur ein letztes verzweifertes Aufbäumen ist, bemüht sich die ÖVP um die Wiederherstellung eigener hegemonialer Vorstellungen, die sich grundlegend von Sozialpartnerschaft und Nachkriegskonsens unterscheiden. Die Sozialdemokratie soll so aus dem Block an der Macht gedrängt werden. In diesem hat sich die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten durch Zugeständnisse und Kompromiss um Vorteile für die von ihr vertretene Klasse, mit abnehmendem Erfolg, versucht. Die ÖVP sucht nun Hegemonie, ohne länger Kompromisse mit der Sozialdemokratie eingehen zu müssen. Die Hegemonie, die die ÖVP anbietet, ist eine autoritäre und personenbezogene. Die Antwort auf alle Fragen findet sich in der, als Erlöserfigur inszenierten Person Sebastian

Kurz. Dementsprechend sind, Sachthemen höchstens zweitrangig, das Angebot an uns und für die Zukunft ist Sebastian Kurz und alle Projektionen, die wir auf ihn haben. Jung, bescheiden, hart arbeitend, aber auch roh und rücksichtslos in der Durchsetzung der eigenen Interessen, die er hegemonial zu unseren Interessen machen will. Er steht tatsächlich für eine Zukunft, in der der bürgerliche Block, der ihn unterstützt, profitiert und die Klasse der Beherrschten verliert, weil keine Fraktion innerhalb des Blocks an der Macht auch nur im Ansatz ihre Interessen vertritt. Wenn die Sozialdemokratie in der Zukunft (um die Interessen der von ihr vertretenen Klasse zu vertreten) noch relevant sein will, dann muss sie sich aus der Vorstellung eines gemeinsamen Blocks mit der ÖVP lösen, in der die kapitalistischen Interessen durch Zugeständnisse an die Sozialdemokratie abgemildert werden können und sie muss vielmehr eine Gegenhegemonie aufbauen. Die Sozialdemokratie muss das, was eigentlich ihre Gründungsidee war, machen. Sie muss wieder, für die Mehrheit der arbeitenden (oder arbeitslosen oder nicht im Erwerbsleben stehenden) Bevölkerung Perspektiven auf eine bessere Zukunft bieten.

08. 10. 2019: Wie bereits letztes Jahr prophezeit, werden nun Einschränkung bei den Sozialleistungen befürchtet

Der Verfassungsgerichtshof beschäftigt sich (die Zusammenführung sämtlicher Prüf-Agenden gilt als äußerst problematisch) mit der Prüfung der Krankenkassen-Zusammenlegung. Durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sollen etwa 250 Prüfer zur Finanzverwaltung dienstzugeteilt werden. „Diese Übertragung der Dienstverhältnisse ist für die Betroffenen natürlich schwierig. Aber wir gehen davon aus, dass die Einnahmen für die Krankenkasse nicht zurückgehen“, meint Andrea Mayrhofer, die die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen ÖGK in der Übergangsphase übernommen. Genau das befürchtet aber der Vorsitzende des Zentralbetriebsrats der Wiener Gebietskrankenkasse Michael Aichinger. „Die Finanz hat zu wenige Prüfer und dazu kommt noch, dass viele unserer Leute in absehbarer Zeit in Pension gehen. Nachbesetzungen stünden dann unter dem Einfluss des politischen Kräftespiels im Ministerium. Es ist auch zu befürchten, dass vor diesem Hintergrund die Prüfungsdichte abnehmen wird. Derzeit kann jedes Unternehmen alle drei bis vier Jahre geprüft werden. Aber künftig könnte dieses Intervall deutlich länger sein“, argumentiert Aichinger. Für Unsicherheit bei den Krankenkassen sorgen auch die unterschiedlichen Grundsätze, nach denen geprüft wird. Denn die Krankenkassen gehen nach dem „Anspruchsprinzip“ vor und dabei wird unter anderem auch geprüft, ob bei Beschäftigungsverhältnissen der richtige Kollektivvertrag angewendet wird bzw.

ob Dienstnehmer korrekt eingestuft sind. Nachforderungen an Unternehmen werden auf Basis des rechtskonformen Zustands vorgeschrieben. Bei der Kontrolle der Lohnsteuerabfuhr wird dagegen nach dem „Zuflussprinzip“ vorgegangen und dabei wird lediglich geprüft, ob der tatsächlich ausbezahlte Betrag korrekt versteuert wird. Im Grunde soll auch in Zukunft nach beiden Prinzipien vorgegangen werden. Aber ob deren Gewichtung auch mittelfristig bestehen bleibt, wird von Insidern bezweifelt. „Längere Intervalle und schlechtere Qualität bei der Prüfung führen zu geringeren Geldleistungen in allen Bereichen der Sozialversicherung, was letztlich auch Selbstbehalte nach sich ziehen wird. Und für einzelne Versicherte kann dies auch zu geringeren Pensionen führen, meint Aichinger. Die Statistiken der vergangenen Jahre zeigen, dass bei den Prüfungen (anders als die von der Finanz), die Organe der Gebietskrankenkasse die Ziele deutlich übererfüllt haben. So haben sie im Zeitraum von 2015 bis 2017 österreichweit mit ca. 8,5 Millionen Euro mehr als die Zielvorgabe eingenommen. Die Finanz hingegen blieb um ca. 56 Millionen Euro unter den Zielvorgaben. Diesbezügliche Anfragen an die Pressestelle des Finanzministeriums blieben bisher leider unbeantwortet.

09. 10. 2019:

Verteidigungsminister Starlinger beruft drei Generäle ab

Die Generäle waren vom damaligen Verteidigungsminister Kunasek Ende März bestellt worden, aber Bundespräsident Alexander Van der Bellen blockierte die Gegenzeichnung. Starlinger ließ die Anträge zur Ernennung der Generäle Ende Juni offiziell zurückziehen und hat das Verfahren zur Abberufung eingeleitet. Ungeachtet der fehlenden Zustimmung des Bundespräsidenten übten alle drei Offiziere seit Anfang April ihre neuen Positionen aus und müssen nun an ihren früheren Arbeitsplatz zurückkehren, bestätigte das Verteidigungsministerium. Die Neubestellung wird dem Verteidigungsminister der künftigen Bundesregierung überlassen. Betroffen sind der stellvertretende Streitkräftekommandant, der auch die Funktion des Chefs der Fliegertruppe ausübte, sowie der Stabschef beim Streitkräftekommando und der Chef der neuen Streitkräftebasis. Alle drei verlieren ihre Führungsfunktionen und zwei von ihnen sogar einen Stern (Dienstgrad), weil ihre Beförderung mit der neuen Funktion verbunden war. Der Verteidigungsminister hat außerdem die Disziplinarabteilung seines Ressorts eingeschaltet. Diese soll nun überprüfen, ob etwa Spitzenbeamte im Umfeld Kunaseks mit den Bestellungen rechtswidrig gehandelt haben. Denn es gab für alle drei Jobs jeweils noch einen Bewerber, der geeigneter gewesen wäre. So seien etwa bei einem Bewerber, der letztlich zum Zug kam, die Kenntnisse für den Job „nur in deutlich eingeschränktem Ausmaß“ gegeben oder die ge-

forderten Erfahrungen nur „eingeschränkt“ mitgebracht worden und ein Bewerber habe den geforderten Nachweis der körperlichen Fitness nicht erbracht, geht aus den drei Gutachten der Bewertungskommission hervor.

14. 10. 2019: Österreich muss endlich wieder investieren

Bereits 2017 versuchten ÖVP, FPÖ und die Neos, die „Schuldenbremse“ in die Verfassung zu schreiben. Damit wollten sie eine strikte Spar- und Kürzungspolitik in den Verfassungsrang heben. Damals sind die drei Parteien noch an der fehlenden 2/3 Mehrheit und jetzt am Bundesrat gescheitert. Die SPÖ- und die Grüne-Bundesräte verhindern den Beschluss, denn er würde Investitionen für Infrastruktur, Soziales und vor allem den Klimaschutz verhindern. Es gibt bereits im Haushaltsgesetz einen Mechanismus, der zu hohe ungedeckte Ausgaben unterbindet. So darf der Staat nicht mehr als 0,45 Prozent der Wirtschaftsleistung an neuen Verpflichtungen aufnehmen. Wenn ein Staat in Krisenzeiten zu stark spart, schickt er sich selbst in einen Abwärtsspirale. Die neoliberale „Schuldenbremse“ in der Verfassung verhindert, dass die Regierung Geld ausgibt, um Klimakrise oder Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Klimakrise zeigt besonders deutlich, wohin falsches Sparen führt. Bekommen wir das Klima nicht schnell unter Kontrolle, sind die selbstverstärkenden Effekte so groß, dass wir nichts mehr tun können oder die Umstellung noch viel teurer wird. Wird eine Schuldenbremse beschlossen, kann der Verfassungsgerichtshof das Budget einer Regierung für verfassungswidrig erklären und jede Regierung wäre dann dem Spardiktat unterworfen und Sozialkürzungen wären die Folge. In Österreich würde das bedeuten, bei den Pensions- und Sozialausgaben zu kürzen, um in den Klimaschutz investieren zu können. Das Nulldefizit könnte auch durch die Privatisierung staatlichen Eigentums erreichen werden. Nachhaltig ist das nicht, aber es würde zur wirtschaftsliberalen Politik von ÖVP, FPÖ und Neos passen. Es steht fest, dass wir ohne immense Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaft die Klimakrise nicht bewältigen werden. Wir brauchen Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Sanierung von alten Gebäuden, die Ausweitung von nachhaltiger Energiegewinnung und Forschung zu zukunftsfähigen Technologien, aber mit der Schuldenbremse wird all das nicht möglich sein. Die Schuldenbremse wird zur Zukunftsbremse und gefährdet den Kampf gegen die Klimakrise. Die Verteufelung von Schulden ist nicht mehr zeitgemäß.

Die antidemokratische Wiege der „Schuldenbremse“ ist in den 1940ern und ihrer reichen Förderer zu finden

Die sogenannte „Schuldenbremse“ ist eine fragwürdige Idee aus den 1940er Jahren, die auf eine kleine Gruppe reicher Männer in den Schweizer Bergen zurückgeht und von einem noch eigenartigeren Mann mit einer Vorliebe für autoritäre Regimes erfunden wurde. Diese Männer beschlossen, die Regelwerke des weltweiten Zusammenlebens grundlegend zu ändern und damit war die „Mont Pèlerin Society“ geboren. Ihr Erfinder ist der bereits verstorbene Ökonom James McGill Buchanan und sein finanzieller Förderer war der US-Industriellen Charles G. Koch, der 9. reichsten Mann der Welt. Zwischen Koch und Buchanan flossen nicht nur Geld, sondern auch Ideen. Regelmäßig trafen sie sich zum Austausch und dabei wurde besprochen, wie man demokratische Institutionen zurückdrängen könnte. Seit damals hat sich ein von Industriellen, Erben und Superreichen finanziertes Netzwerk an Denkfabriken, JournalistInnen und PolitikerInnen zusammengeschlossen, um die wirtschaftspolitische Ideologie des Neoliberalismus, im Staat, in der Wirtschaft und in den Köpfen der Menschen, durchzusetzen. „Der Liberalismus als dominantes Prinzip sozialer Organisation“, hat in vielen Bereichen zu einem Denken geführt, das den Menschen als völlig profitorientiertes Wesen sieht, das nichts anderes will, als den größtmöglichen wirtschaftlichen Eigennutz. In den 1940er Jahren war der Neoliberalismus noch unbedeutend und kaum jemand nahm ihn Ernst. Doch die systematische Arbeit von Denkfabriken, hat es über die Jahre und Jahrzehnte geschafft, ihn zum Mainstream zu machen und aus dieser Ecke kommt auch die Idee der sogenannten „Schuldenbremse“. Buchanan war überzeugt, dass man demokratisch gewählte PolitikerInnen in ihrem Handeln, etwa durch eine „Schuldenbremse“, stark einschränken muss. Diese schreibt dem Staat vor, wieviel Geld er (unabhängig davon was gesellschaftlich gebraucht wird oder wie sich die Wirtschaft gerade entwickelt) ausgeben darf. Lange Jahre galten Staatsschulden als Folge von Wirtschaftskrisen und nicht als ihr Auslöser. Diese neoliberalen Netzwerke waren aber sehr bemüht, das umzudrehen und setzten sich in den Jahren nach 2008/2009 durch. Sie schafften es unter anderem mit der falschen Gleichsetzung von privaten und öffentlichen Haushalten. Ein radikaler Sparkurs war die Folge, der die Volkswirtschaften nur immer tiefer in die Krise schlittern ließ. Die Erfinder der „Schuldenbremse“ glaubten, dass private und öffentliche Haushalte gleich Funktionieren. Also der finanzielle Rahmen für mehrere Millionen Menschen sei genau so zu organisieren wie ein Haushalt von drei oder vier Personen. Die öffentliche Hand investiert in die Infrastruktur, baut und betreibt Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und finanziert die Feuerwehr, Rettung und Polizei. All das trägt wieder-

um durch bessere Bildung, hochwertige Infrastruktur und mehr Sicherheit zu höheren Einnahmen bei. Eine Kürzung der Ausgaben hat daher oft auch einen Rückgang der Einnahmen zur Folge. Für einen privaten Haushalt gilt diese Dynamik von Einnahmen und Ausgaben nicht. Volkswirtschaftlich gesehen ist die Schuldenbremse also eine Investitionsbremse. Politische Handlungsspielräume werden stark eingeschränkt, bei denen, die von Arbeit leben, wird gekürzt, während die Besitzer großer Vermögen großzügig steuerlich beschenkt werden. Investitionsbremsen sind das Gegenteil von gerecht, weder innerhalb einer Gesellschaft, noch zwischen den Generationen. Denn es wird von denen, die arbeiten zu jenen umverteilt, die von Vermögen und Besitz leben. Und der wirtschaftliche Motor gerät ins Stocken, neoliberale Gesellschaften leben von ihrer Substanz. Weit wichtiger ist es, in die Realwirtschaft zu investieren und Zukunftsbranchen zu stärken, anstatt den eigennützigen Plan einer kleinen verschrobenen Gruppe zu befolgen.

15. 10. 2019: Das ÖVP-Sozialversicherungs-Machtspielchen und die mangelnde Effizienz

Kritik am Gesetz gibt es vom 1. Tag an. Nicht nur die Opposition und die Arbeitnehmervertreter hatten schwere Bedenken, sondern auch der Rechnungshof bezweifelte die Effizienz der Reform. Jetzt steht das Gesetz vor Gericht und es stellt sich unweigerlich die Frage, ob der türkis-blaue Umbau der Sozialversicherung mit der österreichischen Verfassung überhaupt vereinbar ist. Die Kläger sagen „Nein“ und sie haben dafür triftige Gründe. Schließt sich der Gerichtshof diesen Gründen an, gibt es eine breite Palette von Möglichkeiten. Das geht von einzelnen Reparaturaufträgen an die Regierung bis hin zum Scheitern der gesamten Reform. In der Sozialversicherung haben die Unternehmen künftig deutlich mehr mitzureden. Denn statt 351 Vertreter haben die Arbeiter (obwohl sie 7,2 Millionen Versicherte vertreten) in den Leitungsgremien nur mehr 120 und dies kommt einem „Kniefall vor der Wirtschaft“ gleich. Bei der Selbstständigen-Versicherung verblieben die Dienstgeber hingegen „gegnerfrei“. Michael Pilz, der Vertreter der Arbeiterkammer, sieht dadurch auch das Demokratieprinzip verletzt. Dass in Zukunft die Arbeitgeber zur Hälfte in den wichtigsten Gremien der Gebietskrankenkassen sitzen, hält auch Ewald Scheucher (Rechtsanwalt der SPÖ-Bundesratsfraktion) für verfassungswidrig, denn kein einziger Unternehmer ist dort versichert. Bisher kamen dort auf 4 Vertreter der Versicherten, also Arbeitnehmer, ein Vertreter der Unternehmer. Die Neuregelung führt zu einer „Scheinselbstverwaltung“. Vor allem, wenn man weiß, wie bei Stimmengleichstand entschieden wird. Dann wird nämlich die Entscheidung an den Dachverband übergeben und dort haben die Unternehmen eine satte

Mehrheit. Es kann also in Zukunft kein Beschluss mehr gegen den Willen der Dienstgeber fallen und dafür fehlen sämtliche verfassungsmäßig haltbaren Begründungen. Gibt man den Unternehmern die Entscheidungskompetenz über die Versicherung der Arbeitnehmer haben sie ein großes Interesse an schlechteren Leistungen. Weniger Leistung bedeutet weniger Kosten, an denen sich Unternehmer derzeit mit ca. 30% beteiligen. Und bei schlechteren Leistungen profitieren wiederum Privatversicherungen. Überhaupt scheint der Kurz-Regierung die Selbstverwaltung eine Dorn im Auge gewesen zu sein. So gab sich die Regierung kurzer Hand selbst Weisungskompetenzen. Obwohl jedes Kind weiß, dass Selbstverwaltung auch Weisungsfreiheit bedeutet und außerdem sind Mischtypen gesetzlich sowieso nicht zulässig. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ist in der österreichischen Bundesverfassung festgeschrieben. Verhandelt wird außerdem, ob der türkis-blaue Umbau der Krankenkassen dem verfassungsmäßigen Effizienzprinzip widerspricht. Denn die Kosten der Fusion werden mit 300 bis 400 Millionen Euro höher geschätzt als die Einsparungen. In der Regierungs-Propaganda wurde immer wieder von der „Patientenmilliarde“ fantasiert, aber selbst im Gesetzesentwurf der Regierung ist, von dieser Milliarde Euro, keine Spur. Auch die Vertreterin des Sozialministeriums kann nicht erklären, warum man dies einmal in der Regierungsvorlage mit 300 Millionen Euro und im Ministerialentwurf mit 30 Millionen Euro veranschlagt hat. Der Generaldirektor des Hauptverbandes Josef Probst führt in der Verhandlung aus, dass Einsparungen mehrfach gezählt wurden und bekräftigt damit, dass das Gutachten der Bundesregierung (gewollt oder ungewollt) schwere Mängel aufweist. Aktuell muss man jedoch das Problem lösen, wie die Versicherten vom 1. Jänner 2020 bis zum Zusammentreten der ersten Hauptversammlung überhaupt zu Leistungen kommen. Denn für eine Satzung ist ausschließlich die Hauptversammlung zuständig und die wird es aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht geben.

17. 10. 2019: Das wäre Österreich, wenn es nach der ÖVP ginge

Sebastian Kurz würde am liebsten alleine regieren, das hat er im Wahlkampf unzählige Male betont. ÖVP-Klubobmann August Wöginger kritisiert junge Menschen aus ÖVP-Familien, die andere Parteien wählen. Doch wie würde Österreich aussehen, wenn die Volkspartei tatsächlich alleine in der Regierung das Sagen hätte?

Homosexualität wäre verboten: Österreich war eines der letzten Länder in Europa, das an einem Verbot von weiblicher und männlicher Homosexualität, wegen der ÖVP, festhielt. Bis 1971 wurden homo- und bisexuelle Menschen strafrechtlich verfolgt, weil das von Kaiserin Maria Theresia beschlossen wurde und die ÖVP daran nichts ändern wollte. 13.000 Homosexuelle, davon 95% Männer, wurden zwischen 1950 und 1971 verurteilt. Erst während der Regierung Kreisky konnte das Gesetz gekippt werden. Die Volkspartei, unterstützt durch die katholische Kirche, bemühte sich sehr, diesbezügliche Einschränkungen, wieder einzuführen. Erst 2002 wurde der Paragraf 209 aufgehoben und dazu brauchte es, weil die ÖVP bis zuletzt dagegen war, einen Beschluss des Verfassungsgerichtshofes. Das Weltbild der ÖVP ist generell sehr konservativ und hat mehr Rechte für Homosexuelle immer abgelehnt. Erst seit dem 1. Jänner 2019 dürfen homosexuelle Paare heiraten. ÖVP und FPÖ wollten die Ehe für Alle (die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde ihnen von der SPÖ, Grünen und Neos), sogar per Verfassungsbeschluss verhindern.

Österreicher dürfen (müssen) 48 Stunden pro Woche arbeiten: Es ist noch gar nicht so lange her, da hatte Österreich die 48 Stunden-Woche. Österreichs Beschäftigte mussten sechs Tage pro Woche 8 Stunden lang arbeiten. Gewerkschaften und Sozialdemokraten forderten (doch die ÖVP verhinderte es) Jahrzehnte lang die 40-Stunden-Woche. Während der ÖVP-Alleinregierung 1966-1970 brachte die SPÖ einen Initiativantrag (der im Parlament nicht einmal behandelt wurde), zur schrittweisen Einführung der 40-Stunden-Woche ein. Weil die ÖVP ihren Widerstand gegen die 40-Stunden-Woche nicht aufgab, startete die SPÖ ein Volksbegehren und endlich kam auch die Zustimmung des Parlaments. Nach Jahrzehnten des Widerstands stimmte auch die ÖVP für die 40-Stunden-Woche, nur die FPÖ blieb, trotz Volksabstimmung, bei ihrer Ablehnung.

Zivildienst: Seit 1975 gibt es in Österreich eine Alternative zum Dienst beim Heer. Wehrpflichtige junge Männer können, wenn sie das dem Dienst an der Waffe vorziehen, seit der Kreisky-Ära auch Zivildienst leisten, aber die ÖVP war gegen die Schaffung dieser Alternative.

Wir hätten nur 4 Wochen Urlaub: In Österreich gibt es (ÖVP und Unternehmervertreter waren jahrelang dagegen) seit 1983 fünf Wochen Urlaub. Auch 2018 ist die 5. Urlaubswoche noch umkämpft. Es tauchte eine Liste der Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer auf. Dort listet sie Beispiele, darunter auch die 5. Urlaubswoche, für die Übererfüllung von EU-Rechtsvorschriften auf.

Vergewaltigung in der Ehe wäre legal: Bis 1989 war Vergewaltigung in der Ehe kein Strafbestand. Erst auf das Bestreben von Johanna Dohnal (SPÖ), die im Jahr darauf Österreichs erste Frauenministerin wurde, erlässt der Nationalrat 1988, gegen den Widerstand der ÖVP, ein dementsprechendes Gesetz. Der SPÖ warf Michael Graff (Justizsprecher der ÖVP) vor, das „Patriarchat am Nerv zu treffen“ und mit den „ehelichen Pflichten“ aufräumen zu wollen.“. Bruno Kreisky und Johanna Dohnal sorgten dafür, dass Vergewaltigung in der Ehe ein Verbrechen ist. Sogar 2018 wehrte sich die türkis-blaue Regierung noch dagegen, Frauen vor familiärer Gewalt zu schützen. Der „Nachgeschmack“ der frauenfeindlichen Einstellung der Türkis/Blauen Regierung ist spürbarer den je. Das Innenministerium stoppte ein erfolgreiches Projekt gegen Gewalt und Frauen-Projekte. Auch Frauenhäuser leiden unter den massiven Budgetkürzungen.

Abtreibung wäre strafbar: In Österreich ist der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft straffrei. Das verdanken wir vor allem dem Druck der SPÖ-Frauen, die sich in den frühen 1970er Jahren für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen einsetzten. Diese sogenannte Fristenlösung wurde am 29. November 1973 mit 93 SPÖ-Stimmen gegen die 88 Gegenstimmen von ÖVP und FPÖ im Nationalrat beschlossen. Eine Woche nach dem Beschluss versuchte die ÖVP im Bundesrat das Gesetz zu kippen. Dank eines Beharrungsbeschlusses mit SPÖ-Mehrheit im Nationalrat blieb das Gesetz bestehen.

Scheidung wäre nur in Ausnahmefällen erlaubt: Bis in die 1970er Jahre konnten erwachsene Menschen in Österreich nicht frei entscheiden, ob sie verheiratet bleiben oder sich scheiden lassen wollten. Ehepartner wurden vom Staat, ganz im Sinne der ÖVP, bevormundet. Ein Ehepartner musste den Trennungswunsch „trifftig begründen“ und der Andere nachweislich daran schuld sein. Gerichte konnten Scheidungen jedoch auch ablehnen. Die SPÖ-Alleinregierung unter Justizminister Broda hob diese Bevormundung auf und beschloss zwei wesentliche Neuerungen. Scheidungen können auch in beiderseitigem Einvernehmen stattfinden. Außerdem konnte sich ein Paar auch dann scheiden lassen, wenn der schuldlose Ehepartner die Zustimmung zur Scheidung verweigerte. Der schuldlose Ehepartner erhält in diesem Fall, wenn die Ehe mindestens 15 Jahre gedauert hat oder ein Kind aus der Ehe stammt, Unterhalt.

Noch im Wahlkampf 1983 versprachen ÖVP-Politiker, dass die Scheidung bei Widerspruch unter einer ÖVP - Regierung fallen werde.

Universitäten für Eliten und Bildung ohne Mitbestimmung: Bruno Kreisky hat Österreichs Bildungseinrichtungen, gegen die Stimmen der ÖVP, demokratisiert und hat in den Schulen den Schulgemeinschaftsausschuss eingerichtet und dort haben Eltern, Lehrer und Schüler gleich viele Stimmen und entscheiden über wichtige Schulangelegenheiten und das gleiche gilt auch für Universitäten. Im akademischen Senat bekamen Studierende, ordentliche Professorinnen und sonstige Lehrende gleich viele Stimmen, um die wichtigsten Entscheidungen zu fällen. Von Kreisky wurden auch die Studiengebühren aufgehoben, im Jahr 2000 wurden die Studiengebühren von der schwarz-blauen Regierung wieder eingeführt und daraufhin brachen 45.000 Studierende ihr Studium ab.

Wien hätte keine Donauinsel und kein Donauinselfest: Die Donauinsel macht Wien, wie kaum eine andere Stadt, sicher vor Überflutungen. Aber die ursprüngliche Funktion der Donauinsel war nicht der Erholung, sondern vor allem dem Hochwasserschutz gewidmet. Beim Bau der Donauinsel Ende der 1960er Jahre, war die ÖVP dagegen. Sie stimmte nicht nur dem Beschluss nicht zu, sondern kündigte aufgrund ihrer Gegnerschaft zur Donauinsel die Koalition mit der SPÖ auf.

Wien wäre ohne UNO-City nicht die 3. UNO-Stadt geworden: 1957 zog die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) als erstes UNO-Organ nach Wien und 10 Jahre später folgte die Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO). Die ÖVP-Regierung beschloss auf Bundesebene, der UNO einen Amtssitz im 22. Bezirk auf Kosten des Staats zu bauen. Jedoch wurde das Projekt erst von der SPÖ-Regierung unter Kreisky umgesetzt. Die ÖVP startete ein Volksbegehren, das gegen den Ausbau zum Konferenzzentrum war, aber die SPÖ machte weiter. Schlussendlich beschloss die UNO weitere Organisationen nach Wien zu verlegen. Über 4 500 BeamtInnen der Vereinten Nationen zogen ein und Wien wurde nach New York und Genf zur dritten UNO-Stadt.

So entscheidet der AMS-Computer über Arbeitslose

Ab 2020 entscheidet ein Computer darüber, wer beim AMS Betreuungszeit bzw. Fördergeld bekommt und wer, dabei werden die Jobsuchenden vom AMS-Algorithmus in drei Kategorien eingeteilt. Arbeitslose über 50, Behinderte oder Mütter bekommen Abzüge. Wer in der letzten Gruppe landet, wird aufgegeben und in separate Beratungszentren ausgelagert. Damit werden AMS-Berater verstärkt zum Anhängsel von Computer-Entscheidungen. In Wien trifft das rund 40 Prozent der AMS-KundInnen und fast die Hälfte davon ist älter als 50 Jahre. Dieses besondere „Geschenk“ verdanken wir der (Un)-sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ). Um die Kategorisierung vorzunehmen, werden in den Algorithmus verschiedene persönliche Merkmale, manche davon bringen Pluspunkte und andere Minuspunkte, eingespeist. So starten Arbeitssuchende über 50 (alleine wegen ihres Alters) gleich mal mit einem Minus von 0,7 Punkten und Beeinträchtigte Menschen erhalten ein Minus von 0,67 Punkten. Frauen werden gleich zweimal, einerseits aufgrund ihres Geschlechts (Abzug: 0,14 Punkte) und andererseits für evt. Betreuungspflichten (Abzug: 0,15 Punkte) benachteiligt. Diesen Abzug sieht der AMS-Algorithmus nur für Mütter, aber nicht für Väter vor. Pluspunkte gibt es etwa für eine abgeschlossene Lehre (+0,27) oder eine Matura (+0,01). Aus Unterlagen für den Verwaltungsrat des AMS geht hervor, dass Arbeitslose aufgrund ihrer Punkte eine von drei Kennzeichnungen bekommen und diese stehen für drei „Segmente“:

- Grün (hohe Arbeitsmarktchancen)
- gelb (mittlere Arbeitsmarktchancen)
- rot (wenig bzw. geringe Arbeitsmarktchancen)

An einem durchschnittlichen Tag im Jahr 2017 wären ca. 120.000 der 340.000 Arbeitslosen dem niedrigsten, ca. 170.000 dem mittleren und ca. 50.000 dem höchsten Segment zugeordnet worden. Diese Kategorien und der Algorithmus auf dem sie basieren, wurden und werden von zahlreichen Experten scharf kritisiert. Eine so weitreichende Entscheidung darf nicht einem Computer überlassen werden. Personen, die dem roten Segment zugeordnet werden, werden in billige Beratungseinrichtungen gesteckt. In Wien gibt es 13 davon, in anderen Bundesländern 17 und das AMS will diese Zentren ausbauen. Die Arbeitslosen bekommen kein Geld für Kurse (Ausbildungen, Trainings, Deutschkurse, usw.), keine geförderte Beschäftigung im Rahmen von sozioökonomischen Betrieben und weniger Betreuungszeit durch AMS-Mitarbeiter. Kurse und Beschäftigungsprojekte sollen Personen im mittleren Segment vorbehalten bleiben. Die Idee dahinter ist einfach, denn die Unterstützung bekommen nicht die Arbeitslosen, die es am dringendsten brauchen, sondern jene, die die Erfolgsstatistiken der Regierung und des AMS aufpolieren. Wer in das mittlere und das niedrige

Segment fällt und somit entweder stark gefördert oder komplett ausgeschlossen wird, entscheidet ein statistisches Modell. Dieses arbeitet aber nicht fehlerfrei und selbst bei günstigen Voraussetzungen teilt es bis zu 20% der Arbeitslosen (rund 50.000 Personen) falsch ein. IT-Experten erklären, dass solche Algorithmen hochproblematisch sind, weil sie die Ungleichheiten am Arbeitsmarkt noch verstärken. Anstatt einer Person, die benachteiligt ist (z.B. gesundheitliche Probleme, schlechte Ausbildung ect.), mehr Mittel zukommen zu lassen, um diese Nachteile am Arbeitsmarkt auszugleichen, sagt das Computermodell, dass ihr weniger Mittel zustehen, weil sie geringe Chancen hat. Vorurteile (Sexismus, Altersdiskriminierung, Rassismus) und Nachteile am Arbeitsmarkt werden durch ein Computerprogramm beim AMS sogar einzementiert. Ein so kompliziertes statistisches Modell, dessen Berechnungsvorgang weder die Ministerin, noch der Vorstand verstehen und erklären können, sollte keine Entscheidungen über die Zukunft von hunderttausenden Menschen treffen. Hartinger-Klein (FPÖ) nutze ihre kurze Amtszeit als Ministerin, um den Weg für den Algorithmus frei zu machen. Martin Gleitsmann von der Wirtschaftskammer, der selbst im Verwaltungsrat des AMS sitzt meinte, dass es das höchste Ziel sein müsse, die AMS-Mittel effizient einzusetzen. Die Vertreter der Beschäftigten sehen das neue System weniger positiv und stimmten im AMS-Verwaltungsrat nicht zu. Beschlossen hat ihn der Verwaltungsrat aber trotzdem, weil die Arbeitnehmer dort keine Mehrheit haben.

17. 10. 2019:

Diese Verschlechterungen brachte der 12-Stunden-Tag

Im Juni 2018 haben ÖVP und FPÖ mit einem Initiativantrag zur Arbeitszeitflexibilisierung Österreich überrascht. Ohne Begutachtungsphase wurde der 12-Stunden-Tag, die 60-Stunden-Woche und bis zu 4 Arbeits-Wochenenden möglich gemacht. Sozialpartnern oder Betriebsrat müssen nicht mehr zustimmen, wenn 60 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Dieses neue Arbeitszeitgesetz ist am 1. September in Kraft getreten und jedes 3. Unternehmen lässt mittlerweile seine Beschäftigten 12 Stunde pro Tag arbeiten. Während üblicherweise die Sozialpartner um ihre Stellungnahme gebeten werden, wurde das Gesetz im Eilverfahren behandelt. Noch im Juli, nicht einmal 3 Wochen nachdem der Entwurf vorgelegt wurde, wurde das Gesetz im Wirtschafts- statt, im normalerweise für Arbeitsrecht zuständigen, Sozialausschuss behandelt und anschließend beschlossen. Der Grund der Zuweisung an einen, eigentlich nicht zuständigen Ausschuss war mit Sicherheit derjenige, dass im Sozialausschuss die SPÖ den Vorsitz hat. Der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche sind ein langer Wunsch von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer, deren

Forderungen die Regierung jetzt umgesetzt hat. Im Sozialausschuss müssten sich ÖVP und FPÖ weit mehr mit den Argumenten der Arbeitnehmer-Vertreter auseinandersetzen und das wollten sie einfach vermeiden. Außerdem befürchteten die Regierungsparteien, dass die eigenen Abgeordneten im Sozialausschuss dem Entwurf ihre Zustimmung verweigern könnten. Nun sind Arbeitszeiten von bis zu 12 Stunden pro Tag erlaubt, rechnet man dann die erhöhten, zumutbaren Arbeitswege ein, sind es sogar 14 Stunden. Arbeiter und Angestellte dürfen nun bis zu 60 Stunden in der Woche arbeiten. Nur für die jeweils 11. und 12. Stunde gilt ein Ablehnungsrecht der Arbeitnehmer. Aber ob das tatsächlich nutzbar ist, ist fraglich, denn es besteht ein Abhängigkeitsverhältnis der Arbeitnehmer. In der Gleitzeit gilt nun eine Normalarbeitszeit von 12 Stunden, fünfmal in der Woche, also 60 Stunden. Wer in der Gleitzeit pro Woche 60 Stunden arbeitet, hat keine einzige Überstunde gemacht und bekommt damit auch keine Überstundenzuschläge. In Betrieben ohne Betriebsrat kann der Chef zur Arbeit an bis zu vier Wochenenden pro Jahr verpflichtet. Mit Betriebsrat ist dafür eine Betriebsvereinbarung erforderlich. Es gab bereits viele Fälle in denen die Unternehmen die Arbeitszeitgesetze nicht eingehalten haben. Durch die neue Höchstarbeitszeit von 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche sind diese Verstöße nun zum größten Teil straffrei. Zuvor hatte die Regierung bereits angekündigt die Strafen massiv zu reduzieren, und die Kontrollen zurückzufahren. Es bestand bereits vor Einführung des neuen Arbeitszeitgesetzes die Möglichkeit, durch einen 10-Stunden-Tag, eine Vier-Tage-Woche zu erreichen. Der Arbeitgeber muss aber trotzdem zustimmen, wenn Sie Freitag freinehmen möchten. Eine Erleichterung für den Arbeitnehmer ist das in keinster Weise. Wer angeordnete Überstunden ablehnt, riskiert die fristlose Entlassung. Ob das gerechtfertigt war, entscheidet Monate später das Arbeitsgericht, erklärt Christoph Klein von der Arbeiterkammer. Die größte Unsicherheit gibt es bei den Zuschlägen, die bis zu 50 Prozent betragen. Die Regierung verspricht, dass diese Zuschläge bestehen bleiben, doch aus dem Gesetz geht das nicht hervor. Anfang August hat ein Wiener Handelsunternehmen mit 150 Mitarbeitern angekündigt, Überstundenzuschläge erst ab der 12. Stunde zu zahlen und funktionieren soll das durch eine neue Gleitzeitvereinbarung. Die Industrie hat vor den Wahlen in die Regierung investiert und verlangt jetzt ihren Anteil. Das ist der Beginn der mutwilligen Zerstörung unserer Gesellschaft, vor allem unseres Familien-, Vereins- und Soziallebens.

18. 10. 2019:

Wiedergeburt der rechtsextremen Zeitschrift „Aula“

„Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass die, mit Neonazis sympathisierende, „Aula“ nach rassistischen und antisemitischen Ausfällen eingestellt wurde. Doch kaum ist die FPÖ aus der Regierung draußen, machen sich FPÖ-Politiker wieder daran, den äußersten rechtsextremen Rand zu bedienen“, ist Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch, empört. Laut SOS Mitmensch tritt das Magazin „Neue Aula“ in ähnlicher Besetzung wie, die eingestellte rechtsextreme „Aula“, auf. Als Herausgeber gilt der frühere Aula-Schriftleiter und Grazer FPÖ-Politiker Martin Pfeiffer. Medieninhaber sei der oberösterreichische FPÖ-Politiker Albert Engelmann. Zu den Autoren der „Neuen Aula“ zählt unter anderem Fred Duswald, der mehrfach KZ-Überlebende verunglimpft hat. Auch inhaltlich hat sich nichts geändert. So werden beispielsweise:

- die rechtsextremen Identitären verteidigt
- der Überfall Deutschlands auf Polen (1939) als Auslöser des Zweiten Weltkrieges in Zweifel gezogen
- der rassistische „Mischkultur“-Sager eines FPÖ-Politikers als populär dargestellt
- der Nazionalsozialismus im Ganzen grob verharmlost

Als Größe politische Hoffnung wird in der „Neuen Aula“ Ex-Innenminister Herbert Kickl gesehen, der auch das Cover des rechtsextremen Magazins zielt. SOS Mitmensch-Sprecher Pollak fordert von FPÖ-Obmann Norbert Hofer, dass dieser zu seiner, im Vorjahr getätigten Aussage stehen muss, wonach allen FPÖ-Mitgliedern, die in der „Aula“ schreiben, der Ausschluss droht. Wie tief sich die „Aula“ in den vergangenen Jahren im braunen Sumpf bewegt hat, zeigt die Anzeige gegen den verantwortlichen Chefredakteur wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung. Der Staatsanwaltschaft Graz wurde im Dezember 2018 eine Sachverhaltsdarstellung mit umfangreichem Belegmaterial übermittelt. Das Dossier umfasst 300 Seiten und analysiert mehr als 200 Beiträge, die seit 2008 in der „Aula“ erschienen sind. Die Zeitschrift sieht im Neonazi und verurteilten Holocaustleugner Gerd Honsik einen „Dissidenten“, der wegen „Meinungsdelikten“ verurteilt wurde. Regelmäßig schrieben Vertreter neonazistischer Gruppierungen Beiträge in der „Aula“. Unter anderem wurde „das Jüdische“ als Gefahr dargestellt und vor der „Judaisierung der Welt“ gewarnt. Menschen mit dunkler Hautfarbe wurden regelmäßig rassistisch verunglimpft und es wurde vor einer „Rassenmischung“ gewarnt, sowie das Herrenrassen denken vertreten. Die Integration wurde als „Völkermord“ bezeichnet. Staaten wie Deutschland und Österreich, die Holocaustleugnung strafrechtlich verfolgen, wurden mehrfach mit Diktaturen gleichgesetzt. Ehemalige Nazikäm-

pfer wurden in der „Aula“ extra hervor gehoben, wenn sie auch nach 1945 im rechtsextremen und neonazistischen Milieu aktiv blieben. Die „Aula“ zitiert wohlwollend einen Rassisten, der behauptet, dass „die Frau gegenüber dem Mann“ und „manche Rassen gegenüber anderen“ ein „untergeordneter“ bzw. „nachgeordneter Teil“ seien. So ist in der „Aula“ über die Angst vor der „Abschaffung der Weißen“ und der „Schwächung des europiden Elements durch Vermischung“ zu lesen. Diese Anzeige ist auch deshalb so wichtig, weil Pfeiffer weiterhin politisch und publizistisch aktiv ist. Er ist noch immer FPÖ-Bezirkspolitiker und schreibt auch weiter regelmäßig Kolumnen für das Magazin „Info direkt“, das laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes seine Wurzeln im organisierten Neonazismus hat.

18. 10. 2019:

VfGH vertagte Entscheidung über ÖVP-FPÖ-Reformen

Weiter warten heißt es auf die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes zum „Sicherheitspaket“, zur Sozialversicherungs- und zur Mindestsicherungsreform. Die drei ÖVP-FPÖ-Gesetzesänderungen wurden vor allem mit SPÖ- bzw. SPÖ-NEOS-Drittelanträgen vor das Höchstgericht gebracht. Gegen die im Dezember 2018 verabschiedete Organisationsreform der Sozialversicherung gab es allerdings (nicht nur von der SPÖ) insgesamt 14 Beschwerden, sondern auch von Landesgebietskrankenkassen, der Betriebskrankenkasse voestalpine Bahnsysteme und der Wiener Arbeiterkammer. Ihre Vertreter brachten in einer zweitägigen öffentlichen Verhandlung ihre Argumente gegen die Zusammenlegung der Krankenkassen vor. Als verfassungswidrig erachten sie vor allem, dass gegen die Grundsätze der Selbstverwaltung verstoßen werde. Das im April 2018 beschlossene „Sicherheitspaket“, mit dem die Überwachungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden u. a. um den „Bundestrojaner“ erweitert wurden, wurde bereits zum zweiten Mal vertagt. Auch das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz landete vor dem VfGH und hierbei wurden, vor allem die Deckelung des Sozialhilfebezugs und die degressive Sozialhilfekürzung von in Wohngemeinschaften lebenden Bezugsberechtigten, bei der Mindestsicherung kritisiert.

Die Kluft zwischen ÖVP- und Grün-Wähler beim Umwelt- und Klimaschutz

Derzeit liegen die Prioritäten der Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung bei den Themen Umwelt und Klimaschutz (27 %), Zuwanderung und Asyl (24 %) bzw. Steuerentlastung (24%) nahe beieinander. Mit großem Abstand folgen Wirtschaft und Arbeitsmarkt (11%) und die Finanzierung des Bundesheer (3%). Die größte Kluft entsteht beim Umwelt- und Klimaschutz zwischen ÖVP-Wählern (18 %) und Grün-Wählern (75 %). Zuwanderung und Asyl sind FPÖ-Wählern (52%) und ÖVP-Wählern (31%) am Wichtigsten. Die SPÖ- und Neos-Wähler reihen Umwelt vor Steuerentlastung und Zuwanderung, aber der Finanzierung des Bundesheeres messen auch sie keine große Bedeutung bei.

23. 10. 2019: Urteil gegen Gudenus wegen unwahrer Behauptungen rechtswirksam

Das Urteil gegen den ehemaligen FPÖ-Klubchef Johann Gudenus im Zusammenhang mit einem Facebook-Posting ist rechtswirksam, wie ein Sprecher des, für Integration zuständigen Wiener Stadtrats, Jürgen Czernohorszky (SPÖ), mitteilte. Gudenus hatte 2018 behauptet, dass Wien in nur drei Monaten Hunderten Muslimen die Staatsbürgerschaft verliehen habe. Nach den Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes gelten ein mindestens sechs-, sowie in der Regel ein zehnjähriger, rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt in Österreich als Voraussetzung für die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Der Stadt-Politiker kritisierte die Behauptung somit als unwahr und kreditschädigend. Gudenus verteidigte sich damit, es sei der Zeitraum der Verleihungen gemeint gewesen und nicht die Dauer des jeweiligen Aufenthalts. Zunächst wurde der Fall am Handelsgericht verhandelt, wobei Czernhorszky's Einschätzung geteilt wurde und die Argumente von Gudenus nicht ausreichten. Gudenus legte daraufhin Berufung ein und das Oberlandesgericht Wien entschied, dieser nicht Folge zu geben und der ehemalige freiheitliche Politiker muss nun seine Behauptung widerrufen. „Für mich ist das ein ganz wichtiger Erfolg gegen Fake News bzw. Hass im Netz und für eine faire und sachliche Debattenkultur in den sozialen Medien unbedingt notwendig. Ich werde auch in Zukunft entschieden dagegen vorgehen, wenn in der Politik mit Unwahrheiten um sich geschmissen wird, vor allem wenn damit gegen ganze Bevölkerungsgruppen gehetzt wird", so der Stadtrat

25. 10. 2019:

Warum die SPÖ seit Langem an ihrer Erneuerung scheitert

Seit über 40 Jahren versucht die SPÖ, am Puls der Zeit zu sein, sich zu erneuern, doch nichts geschieht. Das letzte Projekt ist, ohne nennenswerte Spuren zu hinterlassen, klanglos in den Tiefen des Internets verschwunden. Ich behaupte, dass es nichts Beängstigenderes gibt, als die lange Herrschaft einer Partei, die in Routine und Administration erstarrt, warnte bereits 1973 der legendäre Bruno Kreisky. Der lebenserfahrene Sozialdemokrat, der noch in der ersten Republik politisch sozialisiert worden war, wusste damals schon um die Gefahr der Bequemlichkeit durch Macht. 1987 wurde die Zukunftswerkstätte eröffnet, ein Denkraum, der in den Anfangsjahren weit über die Sozialdemokratie hinaus strahlte. Die SPÖ müsse sich dem Wandel der Arbeitswelt, dem Schrumpfen der Industrie, dem Aufstieg der Dienstleistungsgesellschaft und den damit verbundenen neuen Werten, stellen. Es habe sich ein falsches Verständnis von Solidarität herausgebildet. 1994 stellte Kanzler Franz Vranitzky sein Projekt „Themen der Zeit“ mit den Worten „Alle, die hier mitmachten, sind an keine Institution gebunden und niemandem verpflichtet“, vor. In Vranitzkys Denkwerkstatt wurden sehr grundsätzliche Überlegungen angestellt. Was ist gerecht in einer marktwirtschaftlich funktionierenden Gesellschaft, in der die Menschen verschieden sind, Verschiedenes wollen und wer entscheidet das bzw. was ist eine Leistung? „Themen der Zeit“ erschien 1994 in Buchform und geriet leider schnell wieder in Vergessenheit. 1994 gab es in der SPÖ erstmals Vorwahlen für die Listenerstellung bei der Nationalratswahl. Alle Parteimitglieder wurden schriftlich aufgefordert, ihre Abgeordneten zu wählen. In der Burgenländischen SPÖ durften sogar Nichtmitglieder mitstimmen. Solche Vorwahlen gab es, bis auf das Burgenland, nie wieder. 1996 war für die SPÖ ein Krisenjahr, da sie bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament katastrophal abgeschnitten hatten und hinter die ÖVP, nahezu gleich mit der FPÖ, zurückgefallen sind. Bruno Aigner (Mitarbeiter von Nationalratspräsident Heinz Fischer) forderte in einem offenen Brief an Vranitzky eine „runderneuerte SPÖ“. Es geht um eine neue Solidarität gegenüber der finanziellen Macht, gegenüber Kaltschnäuzigkeit der Bürokratie, der Erstarrung von Parteiapparaten und gegenüber einem Ego-Trip, der entsteht, wenn alles zur Ware wird. Für Aufruhr in der Parteizentrale sorgte ein Papier, das SPÖ-Kommunikationschef Dietmar Ecker erstellt hatte. Sozialdemokratische Funktionäre hätten sich von ihren Zielgruppen abgekoppelt und nur noch das Halten der eigenen Position im Auge. Der SPÖ liefen ihre Mitglieder davon, weil sie keine Wohnungen oder Jobs mehr anzubieten habe. Dieser subjektive Verlust an Macht ging mit einer zunehmenden Besitzstandswahrung einher und erzeugte

eine Ablehnung und Verdrängung ökonomischer und soziologischer Veränderungen, ist Ecker überzeugt. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Brigitte Ederer äußerte die Idee, anonyme Kontroller auf die Reise zu schicken, um die Arbeit der Funktionäre zu überprüfen. Ortsgruppen, in denen Werbematerial im Keller verstaube oder im Mistkübel entsorgt werde, sollten eine Pönale (Vertragsstrafe) zahlen. Es gab einen massiven Aufschrei und Ecker verabschiedete sich in Richtung Privatwirtschaft, doch die Rufe nach Veränderungen verstummten nicht. Eines der ambitioniertesten Projekte, „Netzwerk Innovation“, wurde vom SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer im Jahr 2000, aus der Taufe gehoben. Etwa 1500 Experten und Expertinnen waren darin involviert. Die utopische Reflexion ist unverzichtbar für das politische Denken. Nicht wegen der Hoffnung auf bessere Zeiten, sondern als Probe, wie belastbar unsere Urteile und Ziele sind, meint Gusenbauer im Vorwort. Viele der Netzwerk-Texte, die 2002 in Buchform erschienen sind, werfen Fragen auf, die heute noch genauso brandaktuell, wie damals sind. Betont eine Gesellschaft das Recht auf Leistungen des Sozialstaats, untergräbt ein stärkerer Sozialstaat die Moral der Solidarität oder unterstellt er von vornherein Missbrauch? Der Ökonom Peter Rosner ging dem Problem der Gerechtigkeit in einer Marktwirtschaft nach. Gerechtigkeitsvorstellungen könnten sich nicht allein auf arbeitende Menschen beziehen, wenn auch Gewinneinkommen politisch akzeptiert werden. Wie rechtfertigt man große Unterschiede in den Arbeitseinkommen? Genügt es, von Chancengleichheit zu sprechen, wenn man Gerechtigkeit herstellen will? Das letzte Projekt, von Grundsatzprogrammen und Wahlpapieren abgesehen, fand unter Kanzler Werner Faymann unter dem Titel „Österreich 2020“ im Jahr 2010 statt. Was wirklich geschah, ist schwer zu sagen, da das Projekt nie abgeschlossen wurde. Der Parteienforscher Merkel hatte damals der SPÖ empfohlen, die Partei zu öffnen, sichere Listenplätze für die Nationalratswahl Vertretern von NGOs, wie Global 2000 oder Green Peace zur Verfügung zu stellen. Das wurde nie umgesetzt und jetzt haben das die Grünen verwirklicht.

Wer fürchtet sich vorm „Schreddermann“

Der neue Nationalrat ist angelobt, nun „beehrt“ auch Polit-Star Sebastian Kurz wieder das Parlament und mit ihm kommt auch ein „alter Bekannter“. Sein Leibfotograf Arno „Schredderman“ M., der im berühmtesten „Schreddergate“ zweifelhaft Berühmtheit erlangte. Obwohl noch nicht alle Ermittlungen abgeschlossen sind, wird er ins Parlament gebracht. Jener Arno M., der als Leibfotograf und Social-Media-Sekretär für den ÖVP-Chef tätig war, stahl unter dem Namen Walter Maisinger, kurz nach Ibiza, fünf Festplatten aus dem Kanzleramt, brachte sie zur Firma Reisswolf und lies sie dort (ohne Aus-

scheidungskommission und erstellen eines Vernichtungsprotokoll, unter falschem Namen und ohne die Rechnung zu bezahlen) vernichten. Dies und das 3-malige Schreddern bzw. die Mitnahme der geschredderten Festplatten ist nach Auffassung von Sebastian Kurz ein ganz normaler und gängiger Verwaltungsvorgang. M. wurde lediglich, ohne disziplinarische Maßnahme, in einen unbefristeten Urlaub „verfrachtet“. Mitte September taucht er jedoch in die ÖVP-Zentrale als Mitarbeiter wieder auf. Scheinbar kostet das Schreddern unter falschem Namen bei der ÖVP nicht den Job. Das es sich bei Arno M. um einen „einfachen ÖVP-Mitarbeiter“ handelt, ist damit erneut infrage gestellt. Stattdessen ist der Schredderman wohl ein Kurz-Intimus und auch, zumindest fürs Schreddern, der Mann fürs „Grobe“.

26. 10. 2019: Der Nationalfeiertag

Die Erzählung hält sich hartnäckig, dass der 26. Oktober ein Feiertag ist, weil an dem Tag der „letzte fremde Soldat“ aus Österreich abgezogen ist. Sogar ein Spitzenpolitiker wie Sebastian Kurz (ÖVP) und der ehemalige Spitzenpolitiker Heinz-Christian Strache (FPÖ) verbreiteten am Nationalfeiertag diese Geschichte. Aber das stimmt nicht, denn am Nationalfeiertag feiern wir nicht „den letzten Soldaten“, sondern die immerwährende Neutralität Österreichs. „Der 26. Oktober war jener Tag, an dem kein fremder Soldat mehr auf österreichischem Gebiet war“. (Sebastian Kurz am 27. Oktober 2018). Die gleiche Geschichte erzählte der damalige Vizekanzler und spricht von einem Ereignis, „... wo auch am 26. Oktober 1955 der letzte Besatzungssoldat unsere Heimat Österreich verlassen hat.“ (Heinz-Christian Strache am 27. Oktober 2018) Am 26. Oktober 1955 hat der Nationalrat das Bundes-Verfassungsgesetz über die „immerwährende Neutralität“ Österreichs beschlossen. Zwei Tage später hat der Bundesrat den Beschluss bestätigt und am 5. November 1955 trat das Gesetz in Kraft. Der Beschluss der Neutralität war der Schlusspunkt der Bemühungen, Österreich zu einem unabhängigen Staat zu machen. Der Beschluss wurde übrigens gegen die Stimmen des Verbands der Unabhängigen, dem Vorläufer der FPÖ, gefasst. Ein Jahr später, also am 26. Oktober 1956, beging man zum ersten Mal den „Tag der Fahne“. Damals galt der Jahrestag des Beschlusses des Neutralitätsgesetzes aber noch nicht als Nationalfeiertag. Diesen Status hat der Jahrestag erst durch einen Gesetzesbeschluss (1965) erhalten.

28. 10. 2019: H. C. Strache gegen die FPÖ

Strache hat die österreichische Politik viele Jahre mitgeprägt. Sein Ziel war möglichst große Macht um irgendwann Bundeskanzler werden zu können und mit der Hilfe von Sebastian Kurz schaffte er es zumindest bis zum Vizekanzler. In gutem Einvernehmen mit Kurz und unter konsequenter Message-Control hat er mitregiert und war der unumstrittene Star der FPÖ. Er gefiel sich auch in der Rolle des dominierenden Facebook-„Platzhirsches“. Strache braucht diesen Status, denn er ist durch und durch ein Machtmensch.

Machtrunkenheit: Die „Brille“ als Vizekanzler und sein staatsmännischer Blick waren Ausdruck seiner Machträson. Erst ein scheinbar „unbeobachteter“ Augenblick im Setting Ibiza-Alkohol-Oligarchin brachte ihn zu Fall. Anfangs blieb Strache noch an der Spitze der Wählergunst und musste mit viel Überredungskunst zum Verzicht auf sein Mandat überzeugt werden. An diesem Punkt zeigte sich, wie sehr H.C. am Tropf der Macht hängt. Und kurzzeitig blieb die Erzählung seiner späteren Reinwaschung und einer möglichen Kandidatur in Wien. Sein Slogan „Unser Geld für unsere Leut“ hatte, auch für seine Fans, plötzlich durch seine Spesenaffäre einen sehr bitteren Beigeschmack bekommen. Die FPÖ sah sich gezwungen, die Notbremse ziehen, denn Hofer und Kickl hätten sonst wahrscheinlich ihr Gesicht (oder noch viel mehr) verloren.

Gegengeschäft platzt: Mit der Spesenaffäre geriet auch das vermeintliche „Gegengeschäft“, der Verzicht auf das Europarlament gegen das Nationalratsmandat für Philippa Strache außer Kontrolle. Ihr Parteiausschluss und sein Facebook-Posting zeigen, dass die Männerfreundschaft zwischen H. C. Strache und der FPÖ-Führung nicht nur ernsthafte Risse hat, sondern vielleicht dabei ist, endgültig zu zerbrechen. Die krachende Wahlniederlage hat in der FPÖ zu einer Mut- und Machtlosigkeit geführt, die nur mehr von Hofers Anbiederungskurs an Kurz übertrumpft wird. Diese FPÖ ist nicht mehr die politische Heimat für das Alphatier Heinz-Christian Strache, wie man unschwer an seinen verzweifelten Posting`s erkennen kann.

Auf der Suche nach Erlösung: Nun sucht Strache als PR-Berater seine Erlösung. Aber mit 1.700 anderen PR-Beratern allein Wien, ist es wohl keine ultimative Top-Chance.

Zwischenziel Wienwahl: Aber es gibt noch einen anderen Ausweg und der heisst „Liste Strache“ (**Anm: Eine Strache sitzt ja bereits im Parlament**). Noch ist die Tür offen, noch hat er seinen Ruf bei seinen treuen Fans nicht ganz verloren, aber die Zeit arbeitet gegen ihn, dessen ist er sich bewusst. Das Kunststück, dass Peter Pilz 2017 gelungen ist, könnte auch Strache gelingen.

Die große Bombe zünden: Sein Wille zur Macht zündet vielleicht noch eine andere Idee. Noch ist Zeit, einen neuen Klub, wenn auch inoffiziell wegen der verschärften Klubregeln, zu gründen. Wir wissen nicht, wie viele FPÖ-Mandatare in seiner persönlichen Schuld stehen und wie viele Hardcore-Strache-Fans im FPÖ-Parlamentsklub sitzen bzw. wie groß die Nibelungentreue zu den Wahlverlierern Hofer und Kickl ist. Es geht nun nicht mehr nur um Männerfreundschaften. Mit Philippa Strache ist eine Dame am Spielbrett, die das Drama leicht zur Tragödie werden lassen könnte.

30. 10. 2019: Die SPÖ stimmte gegen ein Identitären-Verbot

Bei einer der Nationalratssitzungen im Herbst ging es auch um das Verbot radikaler Vereine. Peter Pilz brachte Anträge zum Verbot der islamistischen ATIB und Mili Görüs ein und diese wurden angenommen. Doch dann geschah die große Überraschung. Die SPÖ stimmte zusammen mit der FPÖ gegen den Antrag und verhinderte damit das Identitären-Verbot. Abgeordnete der anderen Parteien glaubten zunächst an eine Abstimmungsspanne. Die Klubführung der SPÖ fehlte nämlich bei der Abstimmung. Viele sozialdemokratische Abgeordnete waren unsicher, wie sie abstimmen sollten. Wildes Gestikulieren brach aus und am Ende blieben die SPÖ-Mandatare sitzen. Damit war der Antrag gescheitert und im Plenum die Verwirrung komplett. Doch Thomas Drozda, Bundesgeschäftsführer der SPÖ, sagte hinter vorgehaltener Hand, dass die Aktion Absicht war. Über die Gründe gibt es nur Spekulationen. In den sozialen Medien behaupteten SPÖ-Anhänger, eine Änderung des Vereinsgesetzes sollte damit verhindert werden. Doch der Antrag von Peter Pilz forderte lediglich die Behörden auf, zu überprüfen, ob die Identitären gegen derzeit geltendes Vereinsrecht verstoßen.

Geht die FPÖ doch nicht in die Opposition

Eigentlich wollte die FPÖ nach der Wahlschlappe bei der Nationalratswahl in Opposition gehen und sich neu aufstellen. Doch so fix dürfte dies nun doch nicht sein, wie FPÖ-Chef Norbert Hofer bekannt gab. Man wolle sich den „türkisen Peter“ für eine mögliche Koalition zwischen der ÖVP und den Grünen, für die gesamte Katastrophe die in diesem Fall auf uns hereinbricht, nicht zuschieben lassen. Zudem sprach er von den Grünen als „Weltuntergangssekte“ und ist davon überzeugt, dass es „ein großer Fehler wäre, wenn etwa Sigi Maurer Innenministerin wird. Überhaupt könne er sich nicht vorstellen, dass bei den Sondierungsgesprächen zwischen der ÖVP und den Grünen etwas G'scheites heraus kommt und der Bundeskanzler kann keine Koalition mehr scheitern lassen, stellte Hofer ÖVP-Chef Sebastian Kurz die Rute ins Fenster.

Damit scheint der angekündigte Gang in die Opposition wohl doch nicht so ganz fix zu sein. Sollten die Verhandlungen zwischen Grün und Türkis scheitern, werde Hofer den Bundesparteivorstand einberufen, um die „Lage neu zu bewerten“. Zur Causa Strache äußerte sich Hofer nur zögerlich. Er habe gewusst, dass Philippa Strache als Social-Media-Verantwortliche ein Gehalt beziehe. Dass es 9.500 Euro betrug und auf Wunsch von Parteichef Heinz-Christian Strache erhöht worden war, war ihm nicht bewusst. Hofer teilte auch mit, dass das Dienstverhältnis jetzt aufgelöst wurde. Gelernt habe man aus der Spesenaffäre um das Ehepaar Strache allemal. Auch deswegen werde es im Rahmen des Erneuerungsprozesses der Partei strenge Regeln geben und auch bei Spesenabrechnungen wird in Zukunft ganz genau hingeschaut werden, kündigte Hofer an. Seiner Ansicht nach hätte die FPÖ die SPÖ überholen können, wäre nicht in letzter Minute die Spesenaffäre aufgetaucht. Ereignisse, für die er nichts kann hätten der Partei 10 Prozent Stimmen gekostet. „Wir bleiben eine Rechtspartei, denn Österreich braucht eine Rechtspartei. Aber die DNA der FPÖ solle inhaltlich vertieft werden und in die Breite gehen. Ich bin dafür, dass für Türken keine Staatsbürgerschaften mehr vergeben werden“, so Hofer. Seiner Meinung nach stellen in Österreich lebende Türken eine echte und reale Gefahr für die Sicherheit Österreichs dar. Anhängern des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan empfahl er, Österreich zu verlassen. Zudem betonte Hofer, dass der Historikerbericht der FPÖ fertig sei. Er würde diesen nun selbst Seite für Seite durchgehen, danach würde der Bericht sehr bald veröffentlicht werden. Einen genauen Termin nannte Hofer wieder nicht, trotzdem angeblich bereits Anfang August ein sogenannter Rohbericht vorgelegt worden war. Von Expertenseite erntete der Bericht damals viel Kritik, viele Beobachter stellten eine ernsthafte Beschäftigung der FPÖ mit ihrer Vergangenheit infrage und Historiker orteten schwere wissenschaftliche Mängel. Ein Autor distanzierte sich im Nachhinein sogar von dem Bericht, weil er fand, sein Beitrag sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. „In Opposition zu gehen, aber gleichzeitig vor anderen Koalitionen zu warnen, sei unehrlich. Die FPÖ sollte sich selbst darüber klar werden, was sie eigentlich will“, forderte Nehammer (ÖVP) und nannte Hofers Warnungen ziemlich unlogisch, wenn er doch nach wie vor betont, dass das Wahlergebnis kein Auftrag für eine Regierungsbildung sei.

Neue FPÖ-Liederbuch-Affäre

Die Nähe zu deutschnationalen Burschenschaften hat die Freiheitlichen in der Regierung mit Sebastian Kurz massiv unter Druck gebracht. Trauriger Höhepunkt war die Liederbuch-Affäre um den niederösterreichischen Spitzenkandidaten Udo Landbauer. Seine Burschenschaft besaß ein Liederbuch, in dem die systematische Vernichtung der Juden besungen wurde. 40 Prozent der FPÖ-Abgeordneten sind Burschenschafter und daher jagd ein sogenannter „Einzelfall“ den Nächsten. Die FPÖ musste eine Historiker-Kommission einsetzen, um aus der Kritik zu kommen und die ÖVP half ihr dabei. Doch viel gelernt scheinen die Blauen nicht zu haben. Die politische Relevanz der Burschenschafter hat weniger mit ihrer Anzahl (0,04 % der Bevölkerung) zu tun, sondern vor allem mit der engen Verzahnung zwischen Burschenschaften, völkischen Verbindungen und der FPÖ. Und das, obwohl kaum ein Österreicher die extremen Ansichten und brutalen Rituale der österreichischen Burschenschaften teilt. Jetzt ist ein neues Liederbuch, das ein Grazer Burschenschafter 2005 der schlagenden Schülerverbindung „Pennales Corps Austria zu Knittelfeld“ geschenkt hat, aufgetaucht. Ausschnitte daraus zeigen die NS-Verherrlichung und damit eine gefährliche Nähe zum Antisemitismus („Rothschild hat das meiste Geld“ und wird als „das größte Schwein“ bezeichnet).

„Da trat in ihre Mitte ein Römer mit deutschem Gruß,

Heil Hitler, ihr alten Germanen, ich bin der Tacitus.

Da hoben die alten Germanen zum Gruße die rechte Hand.

Heil Dir, du Bruder der Achse, du bist uns anverwandt“

Mit dem FPÖ-Nationalratsabgeordneten Wolfgang Zanger sitzt hiermit auch ein Mitglied der „Pennales Corps Austria zu Knittelfeld“ im Parlament. Laut Homepage ist er dort auch „Altherrenobmann“. Er ist auch Teil des Landesparteipräsidiums der FPÖ Steiermark. Er fiel bereits in der Vergangenheit durch einschlägige Aussagen über den Nationalsozialismus auf. Bei einer Kundgebung der Identitären dankte er den Teilnehmern, dass sie „ihre berechtigten Sorgen zum Ausdruck bringen“. Auf Anfrage gibt Zangerl an, dass er seit zwei Jahren kein „Altherrenobmann“ mehr ist. Das Buch habe er „zufällig“ bei sich zuhause gefunden. Distanzieren will er sich von den Inhalten aber nicht. „Distanzieren kann ich mich nur von etwas, das ich selbst geschrieben, gesagt oder getan habe und warum soll ich mich von etwas distanzieren, das andere geschrieben haben?“, war sein kurzes Statement. Auch die Verbindung zur Republik Österreich scheint nicht gerade positiv zu sein, wenn es in dem Lied heißt: „Land der Nehmer, Land der Geber, Land der Kriecher, Land der Streber“. Die Grünen-Spitzenkandidatin Sandra Krautwaschl forderte FPÖ-Landeschef Mario Kunasek auf, in seiner Partei für Ordnung zu sorgen. Niko

Swatek von den NEOS (Spitzenkandidat bei den bevorstehenden Landtagswahlen in der Steiermark) forderte bei Bestätigung der Vorwürfe, dass Zanger sein Nationalratsmandat niederlegt und von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP) verlangte er, dass dieser eine Koalition mit den Freiheitlichen ausschließt.

01. 11. 2019: Nichtraucherchutz - Gesetzesänderung

Mit Schlag Mitternacht von Donnerstag 31. 10. auf Freitag den 01. 11., war in den Lokalen der Spuk des blauen Dunstes vorbei, aber dafür ging es draußen erst so richtig los. Nicht nur die Wiener Bar Café Monic lud am Donnerstagabend zum gemeinsamen „aus“rauchen ein, bevor um Mitternacht ordentlich durchgelüftet und die Rauchenden vor die Tür gebeten wurden. Die amtliche Drohung mit hohen Strafen von 800 bis 10.000 Euro für Wirte und 100 bis 1000 Euro für rauchende Gäste ist wohl ein überzeugendes Argument. Auch das Cafe Rüdigerhof in Wien-Margareten ließ eine Last-Smoke-Party mit verschenkten Zigaretten steigen. Schon um 22 Uhr war die Hütte so voll, dass niemand mehr hinein kam und drinnen konnten die Gäste über einen Bildschirm an der Wand einen Countdown verfolgen. Um Viertel vor zwölf kam der Hinweis der Kellnerin, schön langsam die letzte Zigarette auszudämpfen. Pünktlich zu Mitternacht wurden die Aschenbecher weggeräumt und die Raucherbereich-Aufkleber entfernt. Vom lokaldichten Bermuda-Dreieck in der Innenstadt bis zur Party-Meile am Gürtel, gab es überall das gleiche Bild. Es wurde bereits im Vorfeld, unmittelbar ab Inkrafttreten des Nichtrauchergesetzes, vor Kontrollen gewarnt und dabei darauf hingewiesen, dass es keine Schonfrist geben wird. Tatsächlich wurde in Wien aber erst ab Freitagnachmittag kontrolliert. Ursprünglich von Rot-Schwarz beschlossen, wurde das Rauchverbot von Türkis-Blau gekippt, um nach Volksbegehren und Ibiza vom Parlament im Spiel der freien Kräfte wieder beschlossen zu werden. Klagen von Betreibern von Shisha-Bars, die eine Ausnahme erreichen wollen sind noch offen. Mit einer Entscheidung wird aber nicht vor 2020 gerechnet. Seit klar ist, dass das Rauchverbot in der Gastronomie tatsächlich (ohne Ausnahmen und ohne Schonfrist) kommt, wird an Stammtischen und Barthecken nach Schlupflöchern, in denen Gäste weiterrauchen könnten, gesucht. Aber das dürfte schwierig werden, denn lt. diesem Gesetz darf nach dem 1. November nur in rein privaten Räumlichkeiten eines Vereins, der keine minderjährigen Mitglieder hat und die weder öffentlich zugänglich sind, noch Getränke mit Gewinnabsicht verkaufen werden, weitergeraucht werden.

03. 11. 2019:

Arbeiter und Angestellte haben von der FPÖ nichts zu erwarten

Egal ob unter Haider, Strache oder Hofer, die FPÖ gibt sich gerne als „soziale Heimatpartei“ und tut so, als ob sie die Partei der normalen Leute wäre. Doch egal ob in der Opposition oder in der Regierung, vertritt sie jedoch gemeinsam mit der ÖVP nur die Konzerne bzw. Österreichs Reichste und lässt sich von ihnen dafür fürstlich entlohnen. Wie ernst die FPÖ die Sorgen der „kleinen Leute“ nimmt, sieht man sehr gut am letzten Regierungsprogramm und den Beschlüssen von Schwarz-Blau. Kürzere Ruhepausen für Beschäftigte im Tourismus, der 12-Stunden-Tag, die Abschaffung der Notstandshilfe und vieles mehr, war für diese selbsternannte „soziale Heimatpartei“ kein Problem. Außerdem erhöhte die FPÖ den Lohndruck durch mehr schlecht bezahlte Arbeitskräfte aus EU-Drittstaaten und kürzte die Facharbeiterförderung. Aber einer ihrer größten Umfaller war mit Sicherheit die Zustimmung zum Freihandelsabkommen CETA.

Maßnahme	Details
Hartinger-Klein (FPÖ) plante bessere Behandlung für finanzkräftige Patienten	ÖVP und FPÖ haben am 4. Dezember 2018 im Gesundheitsausschuss eine Novelle des Krankenanstalten-Gesetzes durchgebracht. Sie ermöglicht es, finanzstarke Patienten in der Spitalsambulanz zu bevorzugen. Eigene Wartebereiche, den Wunsch-Arzt und eventuell sogar kürzere Wartezeiten als die anderen Ambulanz-Patienten sollen künftig jenen mit Zusatzversicherung zur Verfügung stehen.
Ausweitung der Mangelberufsliste & Umbau der Rot-Weiß-Rot-Karte bringen Lohndruck	ÖVP und FPÖ beschlossen mehr billige Fachkräfte aus dem Ausland nach Österreich zu holen. Dafür weiteten sie die bundesweite Mangelberufe-Liste von 27 auf 45 Berufe aus. Dazu reduzierte schwarzblau die Mindestlöhne für Fachkräfte mit Rot-Weiß-Rot-Karte um 20 %. Als Folge steigt die Konkurrenz am Arbeitsmarkt und damit der Lohndruck.
Weniger Mindestsicherung für Familien mit Kindern	ÖVP und FPÖ kürzten die Mindestsicherung für Familien mit vielen Kindern. Der BMS-Betrag für das 1. Kind fällt künftig höher aus, für das 3. Kind gibt es hingegen nur noch 43 Euro. Rund 85 Prozent der Kinder, die in Österreich Mindestsicherung beziehen, bekommen diese Kürzungen zu spüren.

Maßnahme	Details
Kürzer Arbeitslosengeld für kranke Jobsuchende	Die Regierungspläne sahen vor, dass wer krank ist, aber nicht im Spital liegt, den Krankenstand nicht mehr auf den Arbeitslosengeldbezug angerechnet bekommt. Das trifft vor allem Langzeitarbeitslose, von denen jeder Dritte gesundheitliche Probleme hat.
Selbstbehalte und Leistungskürzungen drohen	Schwarz-Blau legte die Sozialversicherungsträger zusammen. Sie erhofften sich 1 Milliarde Euro einzusparen. Schätzungen von Experten zufolge kann diese Summe nicht durch die Fusion erreicht werden. Ganz im Gegenteil sie wird mehrere Millionen im Jahr kosten. Die gesamten Verwaltungskosten aller Krankenkassen belaufen sich übrigens gerade einmal auf 500 Millionen Euro. Es drohen Selbstbehalte und Leistungskürzungen.
AMS-Algorithmus stellt jene schlechter, die es ohnehin bei der Jobsuche schwerer haben	Geht es nach den Plänen der schwarz-blauen Ex-Regierung, entscheidet ab 2020 kein Mensch, sondern ein Computer darüber, wen das AMS fördern soll und wen nicht. Menschen werden vom AMS-Algorithmus in drei Kategorien eingeteilt. Wer in der letzten Gruppe landet, wird aufgegeben. Übrigens gibt es dabei für Frauen, Menschen über 50 und für Menschen mit Behinderungen einen Punkteabzug. Die früheren Sozialminister haben derartige Algorithmen unterbunden. Die aktuelle „Ex“Regierung liess ihn umsetzen.
Austrocknung der Wohnbaubank	Die FPÖ-ÖVP Regierungspläne sahen vor, die Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) in die Wohnbaustruktur der Länder zu integrieren. Jedoch wird die Haftungsübernahme des Bundes für Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Zusammenhang mit WBIB-Finanzierungen in Höhe von 500 Millionen Euro gestrichen. Mit diesem Schritt würde der Bau von 30.000 leistbaren Wohnungen verhindert.

Maßnahme	Details
Lohndruck durch Regionalisierung der Mangelberufe	FPÖ und ÖVP kündigten schon im September 2018 die Regionalisierung der Mangelberufe an. Davon sind alle Branchen, auf die in der Region weniger als 1,5 Bewerber kommen, betroffen. Berufe wie Maurer, Einzelhändler, Köche oder Friseure haben deshalb Lohndruck und Verdrängungswettbewerb zu fürchten.
Kürzungen bei Überbetrieblichen Lehrwerkstätten	Seit 1. September 2018 gibt es weniger Geld für die sogenannte „überbetriebliche Lehrstätten“. Das sind Ausbildungsprogramme für junge Leute, die keine Lehrstelle finden. Außerdem wird die Ausbildungsbeihilfe für Jugendliche, die dort ihre Lehre machen von 753 auf 325 Euro im ersten und zweiten Lehrjahr halbiert.
Die AUVA wird finanziell ausgehungert	Die Regierung verlangte von der AUVA 430 Millionen Euro einzusparen und dabei machen die Verwaltungskosten nur 92,4 Millionen Euro aus. Außerdem sank mit 1. Jänner 2019 der Beitrag den Unternehmen leisten müssen auf 1,2 Prozent und die AUVA muss dadurch mit 100 Millionen Euro weniger auskommen.
12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche werden eingeführt	Arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag, 60 Stunden in der Woche, keine Überstunden-Zuschläge in der Gleitzeit und bis zu 4 Arbeits-Wochenenden pro Jahr. Das neue Arbeitszeitgesetz trat am 1. September 2018 in Kraft.
Kürzung bei Ruhezeiten im Tourismus	FPÖ und ÖVP verkürzten die tägliche Ruhezeit von 11 auf maximal 8 Stunden für alle Betriebe mit geteilten Diensten.
Regierung winkt CETA durch	ÖVP und FPÖ winkten CETA im Parlament, inkl. des Konzernklagerechtes, durch. Dabei hatte die FPÖ noch bis in den Herbst 2017 versprochen, CETA ohne vorige Volksabstimmung die Zustimmung zu verweigern.

Maßnahme	Details
Für Unternehmen wird Sozialbetrug billiger	Im Budgetbegleitgesetz pauschalisierte die Ex-Regierung die Strafen für Sozialbetrug für Unternehmen auf 855 Euro. Unabhängig von der Mitarbeiterzahl und der Anzahl der Fälle. Das bedeutet, dass je mehr Fälle es von Sozialbetrug gibt, umso billiger wird es für das Unternehmen. Nach heftiger Kritik wurde, in der Nationalratssitzung am 5. Juni 2018 die Deckelung der Verwaltungsstrafen für Firmen, die Mitarbeiter bei der Sozialversicherung nicht oder falsch anmelden, zum Teil wieder aufgehoben. In allen Fällen von Säumigkeit bleibt aber die Pauschalierung von maximal 855 Euro bestehen.
Facharbeiterförderung wird stark gekürzt	Das AMS streicht, auf Grund von Budgetkürzungen, (gemessen am ursprünglichen Budgetentwurf für 2018, von 41 Millionen Euro auf 16 Millionen Euro) drastisch bei der Facharbeiterförderungen. Die mit 19,1 Millionen Euro dotierte „Facharbeiterausbildung plus“ wurde überhaupt gestrichen.
Zugang zu Altersteilzeit wird eingeschränkt	Eine Maßnahme des Doppelbudgets 2018/19, sah die Einschränkung der Möglichkeit, über Altersteilzeit mit verringerter Arbeitszeit in Pension zu gehen, vor. Das Zugangsalter wird in Etappen 2019 und 2020 bei Männern von 58 auf 60 Jahre erhöht und bei Frauen von 53 auf 55 Jahre.
Regierung wollte Verbot von Lagezuschlägen aufheben	ÖVP und FPÖ wollten das Verbot von Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln kippen. Damit würden 100.000 Wohnungen in Wien deutlich teurer werden. Die Mieten würden damit um 1,36 Euro bis 3,34 Euro pro Quadratmeter steigen.
30 Prozent weniger Budget für AMS im Jahr 2018	2018 hat die Regierung dem Arbeitsmarktservice das Budget radikal gekürzt. Ursprünglich hatte das AMS für 2018 mit 1,94 Milliarden Euro staatlicher Förderung gerechnet. Tatsächlich wurden aber nur 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das entspricht einer Kürzung von fast 30 Prozent des Budgets.

Maßnahme	Details
Abschaffung des Beschäftigungsbonus	Seit 1. Februar 2017 können keine neuen Anträge zum Beschäftigungsbonus mehr gestellt werden. Die, mit 2 Milliarden Euro budgetierte, staatliche Lohnsubvention für jeden zusätzlichen Beschäftigten wurde von ÖVP und FPÖ eingestellt.
Regierung streicht Aktion 20.000	FPÖ und ÖVP schafften die „Aktion 20.000“ ab. Dies war ein Förderungsprogramm für Langzeitarbeitslose über 50.

Zwischen 2006 und 2017 stimmte die FPÖ im Parlament gegen eine beachtliche Liste sozialpolitischer Maßnahmen, wie zum Beispiel:

- **Abschaffung der Spitals-Selbstbehalte für Kinder:** Trotzdem ein mehrwöchiger Krankenhausaufenthalt eines Kindes bis zu 560 Euro gekostet hat.
- **Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping** musste gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen werden. Es wendet sich gegen den Missstand, dass etwa jede vierte ausländische Baufirma ihren Arbeitern in Österreich zu wenig Lohn bezahlt.
- **Auch die Erhöhung des Pflegegeldes und dem Ausbau des Pflegefonds** hat die FPÖ nicht zugestimmt.
- **Die bedarfsorientierte Mindestsicherung** wurde von der FPÖ ebenso abgelehnt wie
- **die Einführung der Bankenabgabe.**

„Ich kann mich an kein einziges Sozialgesetz erinnern, bei dem die FPÖ im Sinne des sogenannten kleinen Mannes agiert hätte“, so der Sozialstaatsperte Emmerich Talòs. Viel größer ist das Engagement der FPÖ jedoch, wenn es etwa um die Interessen der Immobilienmakler geht. Gegen die Begrenzung von Maklergebühren auf zwei Monatsmieten ging die FPÖ sogar mit einer Petition vor, weil diese zu „erheblichen Umsatzeinbußen in der Branche geführt“ habe. In der freiheitlichen Partei gibt es einen großen neoliberalen Flügel, zu dem etwa der oberösterreichische FPÖ-Chef und FPÖ-Obmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner zählt. Haimbuchner bezeichnet sich selbst als Ideengeber des neoliberalen Wirtschaftsprogramms und ist mit Unternehmerkreisen gut vernetzt. In seinem Buch „Mut zur Wahrheit“ sammelt er Ideen, wie massive Kürzungen (von 870 Euro auf 650 Euro) bei der Mindestpension und hohe Selbstbehalte in der Gesundheitsversorgung. Außerdem sollen Krankenstandstage als Urlaub gewertet werden, um so die Urlaubsansprüche zu reduzieren. Das FPÖ-Wirtschafts- und Wahlprogramm aus dem letzten Wahlkampf waren ein voller An-

griffe auf alle Normal- und Niedrigverdiener. Der Sozialstaat soll abgebaut, Ausgaben für Gesundheit, Soziales und Bildung reduziert werden. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuer erhöht werden und Gegenzug will die FPÖ Steuererleichterungen für Großverdiener und Unternehmer, die Bankenregulierung aufweichen und die Vertretung von Arbeitnehmern schwächen.

Einige Beispiele aus dem Wahlprogramm (2017) der FPÖ

Höhere Mehrwertsteuer	In ihrem letzten Wirtschaftsprogramm wollte die FPÖ zwischen 12 und 18 Milliarden Steuern „einsparen“ und gegenfinanzieren wollten sie das über „vermehrt indirekte Steuern“ (z.B.: Mehrwertsteuer). Aber eine Erhöhung würde vor allem niedrige und mittlere Einkommen treffen. Wohnen, Essen und Kleidung werden dann für diese Menschen teurer. Top-VerdienerInnen sind davon verhältnismäßig wenig betroffen.
Gegen Steuerabgaben von Großerben	Die FPÖ verwehrt sich schon immer gegen Erbschaftssteuern und auf ihren Wahlplakaten bezeichnete sie diese sogar als „unfair“, obwohl dadurch einige Wenige durch riesige Erbschaften ohne Arbeit zu Reichtum kommen. In den Augen der FPÖ ist es ungerecht, dass Menschen, die leistungsfrei Beträge über 1 Million Euro erben, Steuern zahlen. Dabei wäre von Steuern auf Erbschaften ab einer Million Euro gerade einmal 1 Prozent der Bevölkerung betroffen.
Ohne mehr Geld länger arbeiten	Laut ihrem Wahlprogramm will die FPÖ das Pensionsalter erhöhen und an die durchschnittliche Lebenserwartung anpassen. Was aber die FPÖ verschweigt: Wer schwer für wenig Geld gearbeitet hat, stirbt bis zu 10 Jahre früher als wohlhabende Menschen. Menschen mit wenig Einkommen, die ihr Leben lang Pensionsbeiträge zahlen, finanzieren im Grunde die Pension der Wohlhabenden, die länger leben und durch eine Pensionsautomatik verschärft sich das weiter.

**FPÖ will die
Arbeiterkammer
zerschlagen**

Die FPÖ will die Pflichtmitgliedschaft in den Arbeiterkammern beenden. Eine Schwächung der AK bringt den Abbau von Arbeitsrechten und erleichtert die Durchsetzung neoliberaler Politik ohne Widerstände. Für ArbeitnehmerInnen ist die AK jedoch (über-) lebensnotwendig. Allein 2016 führten AK-MitarbeiterInnen 2 Millionen Beratungsgespräche durch und mehr als die Hälfte davon zum Arbeitsrecht, zum Sozialrecht und zum Insolvenzrecht. Im selben Jahr erstritt die AK 532 Millionen Euro für ihre Mitglieder und hat damit in vielen Bereichen die Rechtsansprüche von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen geltend gemacht. Gemeinsam mit den Neos und dem Team Stronach machte sich die FPÖ 2015 für die Abschaffung der Arbeiterkammer und damit gegen eine starke Vertretung der ArbeitnehmerInnen stark. Der Antrag fand zum Glück keine Mehrheit.

**Kürzungen bei
Sozialleistungen
und im Gesundheitswesen**

Laut ihrem Wirtschaftsprogramm will die FPÖ fast 4 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben kürzen, 1 Milliarde im Gesundheitssystem, 1 Milliarde bei der Sozialversicherung und fast 2 Milliarden durch Kürzungen bei Förderungen. Die FPÖ rechnet vor, dies über Einsparungen in der Verwaltung bewerkstelligen zu wollen. Die gesamten Verwaltungskosten bei den Sozialversicherungen betragen jedoch bloß etwas mehr als 1 Milliarde Euro. Will man hier also tatsächlich 1 Milliarde Euro einsparen, müssten auch massiv Leistungen gekürzt werden.

**Selbstbehalt für
Kinder in Spitälern**

Die FPÖ stimmte am 14. Dezember 2016 gegen die Abschaffung der Selbstbehalte für Kinder, die stationär in einem Krankenhaus versorgt werden. Eine Entlastung von Alleinerziehenden und Eltern von chronisch kranken Kindern ist sehr wichtig. Bisher konnte ein mehrwöchiger Krankenhausaufenthalt des Kindes bis zu 560 Euro kosten.

Norbert Hofers lohndrückender Berater Hundt	Arbeiter und Angestellte verdienen einfach zu viel und sie arbeiten zu wenig, meint Hundt und Mindestlöhne „in jeder Form“ lehnt er generell ab. Genauso ist er davon überzeugt, dass es keine schlechte Arbeit, sondern nur eine schlechte Freizeit gibt.
Kollektivverträge	Bernhard Themessl, der langjährige Wirtschaftssprecher der FPÖ, stellt im August 2016 Kollektivverträge infrage. Auch in ihrem aktuellen Wirtschaftsprogramm greift die FPÖ die Grundfesten der österreichischen Lohnpolitik an. Mit der Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer wären die Unternehmen nicht mehr an die Kollektivverträge gebunden. Die Folge wäre die Spaltung der Lohnabhängigen durch die Zurückdrängung der Kollektivverträge.
Pflegefonds / Pflegegeld	Die FPÖ stimmte schon bei der Einführung (2011) des Pflegegeldes dagegen. 2013 verweigerte sie dann auch als einzige Partei dem Ausbau der mobilen, stationären und teilstationären Dienste ihre Zustimmung und 2014 war sie auch gegen die Erhöhung des Pflegegeldes.
Mindestsicherung	Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung zur Armutsbekämpfung war ein sozialpolitischer Meilenstein, aber die FPÖ stimmte 2010 dagegen.
Unterstützung für Wiedereinsteiger	Gegen eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung für den Wiedereinstieg älterer arbeitssuchender Menschen in der Höhe von 350 Millionen Euro bis zum Jahr 2016 stimmte die FPÖ 2014 dagegen.
Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping	Österreich bekam 2014 eines der schärfsten Anti-Lohndumping-Gesetze Europas. Die FPÖ stimmte sowohl gegen die Einführung, die etwa härtere Strafen bei Unterentlohnung vorsieht, als auch gegen die Verschärfung des Gesetzes im Mai 2016. Die Verschärfung sorgt dafür, dass die Entsendung ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich gemeldet und die ausbezahlten Löhne behördlich kontrolliert werden müssen. Außerdem haftet jetzt der Auftraggeber im Baubereich dafür, dass österreichische Mindestlöhne und vorgeschriebene Abgaben tatsächlich bezahlt werden.

Überbrückungsgeld für Bauarbeiter	Gegen die Möglichkeit für Bauarbeiter, vor Antritt einer Pension Überbrückungsgeld zu beziehen, um eine Schwerarbeitspension zu erhalten, stellte sich die FPÖ 2014 ebenfalls dagegen.
Europäische Sozialcharta für bessere Arbeitsbedingungen	2011 stimmte die FPÖ gegen die Ratifikation der „Europäischen Sozialcharta“, in der unter anderem das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt und das Recht der Kinder und Jugendlichen auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz geregelt sind.
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	Das EU-Parlament beschloss 2015 ein rascheres Ausbezahlen der Mittel für die europäische Jugendbeschäftigungsgarantie, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten schneller zu bekämpfen. Weder dieser Beschluss noch die Schaffung der Jugendgarantie insgesamt fanden die Zustimmung der FPÖ. Der Wiener Gemeinderat beschließt 5,5 Millionen Euro mehr für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Und wer stimmt 2016 gegen diese Arbeitsmarktförderung für Jugendliche? Na, logisch – die FPÖ !
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Im Wahlprogramm stellt sich die FPÖ als Kämpferin für gleiche Löhne dar. Tatsächlich stimmte die FPÖ-Delegation 2015 im EU-Parlament gegen den Bericht über die EU-Gleichstellungsstrategie 2016-2020. Dieser fordert unter anderem die Verringerung des Lohngefälles zwischen Frau und Mann.
FPÖ gegen Senkung der Maklergebühren	Mit einer Petition wollte die FPÖ 2011 erreichen, dass die seit 2010 geltende Beschränkung der Maklergebühren auf höchstens 2 Monatsmieten wieder zurückgenommen wird. Begründung: „Die Änderungen sind für viele Immobilienmakler existenzbedrohend und haben mittlerweile auch zu erheblichen Umsatzeinbußen in der Branche geführt“. Geht es nach der FPÖ wären die MieterInnen wieder mit 3 Monatsmieten Maklergebühren belastet.

<p>FPÖ-Linz will den Kommunalen Wohnbau privatisieren</p>	<p>Stadtrat Markus Hein (FPÖ-Fraktionschef) will die Gemeinnützigkeit der städtischen Wohnbaugesellschaft GWG aufheben. Das hieße vor allem, dass Neubauten nicht mehr an den MieterInnen, sondern an den Interessen der Anleger ausgerichtet sind. Außerdem würden die Marktpreise auch in den sozialen Wohnbau einkehren, was die Mietpreise insgesamt in die Höhe schnellen ließe. Ist das der „soziale Wohnbau“, den die FPÖ in ihrem Wahlprogramm fordert?</p>
<p>Der Welser FPÖ-Bürgermeister verordnet einen Kahlschlag im Sozialbereich</p>	<p>Der FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl präsentiert unter dem Titel „Top 50 Einsparungsmöglichkeiten“ einen Kahlschlag von sozialen Dienstleistungen der Stadt Wels. So werden Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt, Förderungen für mobile Altenhilfe und soziale Betreuungsdienste gestrichen, Hilfe für Wohnungskosten für Jugendliche, Alleinerziehende, sowie für Familien eingestellt. „Die Leute wollten Veränderung und jetzt bekommen sie sie“, sagt der im Herbst 2015 ins Bürgermeisteramt gewählte FP-Mann.</p>
<p>Kampagne gegen Frauendiskriminierung</p>	<p>Die FPÖ findet es nicht für Wert, die Kampagne „He for She“ der UNO zu unterstützen, die Männer dazu auffordert, gemeinsam aktiv für Gleichberechtigung zu kämpfen. Ein dementsprechender Entschließungsantrag wurde 2015 von der FPÖ nicht unterstützt.</p>
<p>Steuern auf Verhütungsmittel</p>	<p>Um die Geburtenrate anzuheben, forderte der FPÖ-Jugendsprecher Johann Gudenus im Jahr 2003 Verhütungsmittel mit Hilfe von Steuern teurer zu machen. Die Vorarlberger FPÖ stimmte gegen einen Antrag der SPÖ, Frauen mit niedrigem Einkommen künftig kostengünstige Verhütungsmittel zur Verfügung zu stellen. „Verhütung sei Privatsache und nicht Aufgabe der öffentlichen Hand“, so die FPÖ-Abgeordnete Cornelia Michalke.</p>

Die Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit sind im Sinne der FPÖ	Johannes Hübner (ehemalige außenpolitische Sprecher der FPÖ) erklärt stolz, dass die FPÖ als „einzige Fraktion im Hohen Haus“ die Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich in Frage stellt und „eine Erhöhung der Gelder hierfür entschieden ablehnt“. 2014 stimmten sie dagegen, dass die Entwicklungshilfe zumindest auf gleichem Niveau bleibt und sie nicht noch gekürzt wird.
Steuergeschenke für Konzerne	Die Steuern auf nicht ausgeschüttete Gewinne von derzeit 25 Prozent sollen kurzfristig halbiert und langfristig ganz abgeschafft werden. Auch die Mindest-Körperschaftsteuer will die FPÖ streichen. Wenn Unternehmen Immobilien oder Aktien kaufen und so Vermögenswerte anhäufen, zahlen sie keine Steuern mehr. Außerdem erleichtert es die Steuervermeidung der Unternehmen, weil es Kurzfrist-Gründungen und Schachtelkonstruktionen erleichtert.

06. 11. 2019: Die Beamtenregierung Bierlein

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein übte sich vom Tag ihrer Bestellung an in Zurückhaltung und in Demut. Bei ihrer ersten Rede im Parlament ließ sie wissen, dass ihre Experten-Regierung für Verlässlichkeit steht und um Vertrauen wirbt. Für politische Beobachter definieren Bierlein und ihre Beamten die von ÖVP und FPÖ attestierte Message Control neu. Was die Expertenregierung erreicht hat und welches Resümee sie selbst zieht, ist nach 18 Ministerräten so:

- 229 Ministerratsbeschlüsse,
- davon 2 Regierungsvorlagen
- 133 Verordnungen
(darunter Lehrberufspaket, neue Lehrpläne
Verwaltungserleichterung für Menschen mit Behinderung)
- Auslandsmission
(Entsendung des Bundesheeres nach Montenegro)
- Personalien
(darunter die Nominierung von
Johannes Hahn zum EU-Kommissar)
- Auszahlung von Hilfsmitteln
(u. a. 1,5 Millionen Euro für Mali, 1 Million Euro für Syrien)
- 10 Begutachtungsverfahren eingeleitet für Gesetzesvorhaben

09. 11. 2019: Die Privatklinik Währing zahlte für den FPÖ-Wahlkampf 10.000 Euro und bekommt dafür öffentliche Gelder aus dem 146 Millionen Euro Sozialversicherungs-Fonds

Im Wahljahr 2017 überwies die „Vienna International Medical Clinic“ (Privatklinik) von Promi-Schönheitschirurg Arthur Worseg (pers. Freund von H. C. Strache) 10.000 Euro an die FPÖ. Im Zuge der Krankenkassenreform sorgte die ÖVP-FPÖ-Regierung dafür, dass diese Schönheitsklinik in den Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfond (PRIKRAF) aufgenommen wird. Die Finanzierung von Privatspitälern hat die Regierung auf 146 Millionen Euro erhöht. Der Fonds wurde 2002 von der damaligen schwarz-blauen Regierung gegründet und wird durch die Sozialversicherungsträger finanziert. Ursprünglich war das als Kostenersatz für Sozialversicherte gedacht, die im Notfall in Privatspitälern behandelt werden. 2017 zahlten die Sozialversicherungsträger 121,5 Millionen Euro in den Fonds ein. 2019 wurden die Mittel für den PRIKRAF, nach den ÖVP-FPÖ-Beschlüssen, um 14,7 Millionen Euro auf 146 Millionen Euro erhöht. Bis 2026 könnte sich dieser Betrag laut Prognoserechnungen von Sozialversicherungsexperten auf 185,5 Millionen Euro erhöhen. Das Gesetz von Hartinger-Klein (FPÖ) sieht auch vor, dass die Privatklinik Währing in den Kreis der Förderempfänger aufgenommen wird. Die Privatklinik von Worseg hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder um die Aufnahme in den PRIKFA bemüht, ist aber vom Fachverband der Gesundheitsbetriebe in der Wirtschaftskammer mit der Begründung, dass sie in erster Linie plastisch-ästhetische Chirurgie anbietet und es dafür keinen Kostenersatz gibt, abgelehnt worden. Nun hat Währing 2018 seine guten Kontakte zu Strache & Co genutzt, um an öffentliche Gelder zu kommen. Wohlgermerkt, dass sind Gelder der Sozialversicherungsbeitragszahlern, die sich nie als Versicherungsleistung dort behandeln lassen können.

11. 11. 2019: Grüne wollen mit ÖVP verhandeln

Die Grünen haben im erweiterten Bundesvorstand entschieden, mit der ÖVP in Koalitionsverhandlungen zu treten. Die Zustimmung dafür ist einstimmig erfolgt. „Es gab für diesen Weg noch keine Landkarte und es ist deshalb Pionierarbeit, was wir hier machen“, sagte Kogler. Die Grünen hätten die Sondierungen mitverursacht und sie sehr ernst genommen. Die Hand der Grünen gegenüber der ÖVP ist ausgestreckt, aber wie die Verhandlungen ausgehen, weiß man nicht. Die Grünen werden aber weder „auf Scheitern“ verhandeln noch eine Koalition um jeden Preis anstreben. Ohne die Grünen, auch wenn sie auf Bundesebene noch nie mitregiert haben, würde das Land anders aussehen, so der Grünen-Obmann. Kogler verwies auch, neben der Umwelt- und Klima-

politik, auf andere Anliegen der Grünen. So sei die Tür für ein „Informationsfreiheitsgesetz“ offen. Auch bei der Bildung und bei der Gleichstellung der Geschlechter gebe es Handlungsbedarf. Er ist sich auch sicher, dass Österreich mit einer Regierungsbeteiligung der Grünen anders, als unter „Türkis-Blau“, aussehen wird.

Das AMS kürzt, als „Nachwehen“ der letzten Türkis/Blauen Regierung, massiv die Leistungen

Die Auswirkungen von Türkis-Blau haben es in sich und ihre Politik der sozialen Kälte zahlt sich für sie, aber nicht für Jobsuchende und Arbeitslose aus. Neueste Zahlen des Arbeitsmarktservice (AMS) legen schonungslos offen, wie ein Anstieg bei den Sanktionen gegen tatsächliche und vermeintlich Arbeitsunwillige zu verzeichnen ist. Was viele bereits vermutet haben, bestätigen nun die neuesten Zahlen des Arbeitsmarktservice (AMS). Demnach gab es im ersten Halbjahr 2019 71.634 Sanktionen gegen Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe und das sind rund 12.000 mehr als im Vergleichsraum 2018. Die Wünsche der türkis-blauen Ex-Regierung und der Industrie scheint das AMS nun erfüllt zu haben. Betroffene schildern, dass ihnen gegenüber mehr Druck ausgeübt wird. So werden auch völlig unpassende Stellen vorgelegt, bei denen den Arbeitssuchenden meist die Ausbildung und/oder Praxis fehlen. Wer eine Arbeitsaufnahme verweigert oder vereitelt, dem droht eine Sperre des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe für sechs Wochen. Als Vereitelung gilt auch, wer in einem Bewerbungsschreiben Überqualifikation andeutet und er oder sie riskieren dadurch gesperrt zu werden. Das AMS forciert auch, den Wünschen der türkis-blauen Ex-Regierung entsprechend, die „überregionale Vermittlung“. So müssen Jobsuchende auch Stellen in einem anderen Bundesland annehmen, wenn eine Unterkunft zur Verfügung gestellt wird. Das wird besonders die Jobsuchenden 50+ freuen.

13. 11. 2019:

Hausdurchsuchungen bei Hartwig Löger und Josef Pröll

Seit einigen Monaten ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in Zusammenhang mit den Casinos Austria. Dazu fand in der Causa rund um den Casinos-Finanzvorstand Peter Sidlo eine Hausdurchsuchung, wegen des Verdachtes der Bestechung bzw. Bestechlichkeit, bei der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG statt und dies wurde auch vom ÖBAG-Aufsichtsratsvorsitzenden Helmut Kern bestätigt. Unter anderem geht es dabei um die Bestellung des Ex-FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand des teilstaatlichen Glücksspielunternehmens, obwohl ihm laut Einschätzung eines Personal-

beraters dafür die Qualifikation fehlt. Die Justiz geht dem Verdacht nach, ob Sidlo den Job aufgrund einer politischen Absprache erhalten hat. Diesbezüglich gab es bereits vor einigen Wochen Razzien bzw. Nachschauen bei Heinz Christian Strache, Johann Gudenus und im Finanzministerium. Zudem fanden beim ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger, bei dessen seinerzeitigem Generalsekretär im Ministerium, dem nunmehrigen ÖBAG-Chef Thomas Schmid, sowie beim Aufsichtsratspräsidenten der Casinos Austria, Walter Rothensteiner und bei Josef Pröll (stellvertretender Aufsichtsratspräsident der Casinos Austria) Hausdurchsuchungen statt. In einer Aussendung hält die ÖBAG fest, dass sie in keiner Weise als Beschuldigte davon betroffen sei, mit den ermittelnden Behörden vollinhaltlich kooperiere und sämtliche gewünschte Unterlagen freiwillig den Behörden übergeben habe. Zudem sei weder die ÖBAG noch deren Vorgängergesellschaft ÖBIB in die Vorstandsbestellung von Peter Sidlo eingebunden gewesen.

ÖVP, Grüne und Neos lehnen im Budgetausschuss den Antrag der SPÖ zur Verbesserung bei Pensionen ab

Der Budgetausschuss hat den Antrag der SPÖ, wonach die Regelung für eine abschlagsfreie Pension mit 45 Arbeitsjahren auch für BeamtInnen gelten soll, abgelehnt. Wie der SPÖ-Abgeordnete Alois Stöger erläuterte, sollte die Regelung analog für BeamtInnen und für definitiv gestellte MitarbeiterInnen von Post und Bahn gelten. Außerdem sollen Zeiten für Zivil- und Präsenzdienst angerechnet werden. Für Personen, die nach 2014 mit hohen Abschlägen zu diesen Bedingungen in Pension gegangen sind, soll die Pension neu berechnet werden. ÖVP, Grüne und Neos haben diesen Antrag vertagt und dadurch eine Beschlussfassung vor Jahresende praktisch unmöglich gemacht.

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kickl wegen Verhetzung

Laut einem Sprecher hat die Staatsanwaltschaft Graz die Auslieferung von FPÖ-Klubchef Herbert Kickl beantragt. Gegen den Ex-Innenminister soll wegen des Verdachts der Verhetzung (Paragraf 283 StGB) ermittelt werden. Grund dafür soll die Rede, die Kickl beim FPÖ-Parteitag in Graz am 14. September 2019 gehalten hat, sein. Er sprach von einer „Triple-A-Bewertung“ im Asylwesen. Die drei A`s stünden für „aggressive afghanische Asylwerber“. Diese wolle er „auf null downgraden“. Von diesen Sexualstraftätern brauche er keine weiteren im Land, schließlich fänden sich „mit dem Schwammerl im Nationalrat schon genügend Grapscher in dieser Republik“. Auch die Grüne, Neos und SPÖ bekamen Grauslichkeiten und persönliche Untergriffe ab und sogar die Kirche attackierte Kickl. Ihr warf er vor, mit dem Kirchenasyl, einem

Modell, das längst ausgedient habe, nur jene zu schützen, die es mit dem Christentum ohnehin nicht gut meinen würden. Kickl rechtfertigte seine Worte mit einem „Schub an Testosteron“. Vorerst muss jedoch der Immunitätsausschuss über diese Causa beraten und über eine Freigabe entscheiden. Eine Auslieferung gelte jedoch als unwahrscheinlich, da es einen direkten Bezug zu Kickls Tätigkeit als Abgeordneter gebe. Den Stein ins Rollen brachte die NGO Fairness Asyl, die Kickl nach der Rede angezeigt hatte.

Die Verhandlungsteams von ÖVP und Grünen steht fest

Die Teams der ÖVP und der Grünen für die Koalitionsverhandlungen stehen fest. So wie es eine Steuergruppe und sechs Arbeitsgruppen geben:

Die „neue“ Volkspartei	Die Grünen
Steuerungsgruppe:	
Sebastian Kurz	Werner Kogler
Stefan Steiner	Birgit Hebein
Elisabeth Köstinger	Leonore Gewessler
Margaret Schramböck	Rudi Anschober
Gernot Blüml	Alma Zadic
August Wöginger	Josef Meichenitsch
Staat, Gesellschaft und Transparenz:	
Wolfgang Sobotka	Alma Zadic
Wirtschaft und Finanzen:	
Harald Mahrer	Josef Meichenitsch
Klimaschutz, Umwelt, Infrastruktur und Landwirtschaft:	
Elisabeth Köstinger	Leonore Gewessler
Europa, Migration, Integration und Sicherheit:	
Karl Nehammer	Rudi Anschober
Soziale Sicherheit, neue Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung:	
August Wöginger	Birgit Hebein
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Digitalisierung:	
Margarete Schramböck	Sigrid Maurer

15. 11. 2019: Ermittler wollten Zugriff auf das Handy einer Neos-Abgeordneten

Das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (BAK) soll angeblich auf Druck von hochrangigen Verfassungsschützern versucht haben, das Handy der Neos-Abgeordneten Stephanie Krisper zu beschlagnahmen. Anlass für diese unrechtmäßige Vorgehensweise war die Suche nach einem „Maulwurf“ im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), der die Abgeordnete angeblich über interne Vorgänge informierte. Krisper war zu dieser Zeit im parlamentarischen U-Ausschuss zur BVT-Affäre tätig. Die Beschlagnahmung des Handys einer Abgeordneten wäre ein drastischer Eingriff in das freie Mandat und darum lehnte wohl auch die Staatsanwaltschaft Wien das Begehren des BAK ab. Der Antrag dazu wurde im Mai noch unter der Amtszeit von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) gestellt, die Absage kam in den ersten Tagen der neuen, parteifreien Regierung. Das BAK ist Teil des Innenministeriums, die Staatsanwaltschaft ressortiert hingegen zum Justizministerium. Die Neos hatten bereits vor der Aufdeckung der geplanten Beschlagnahmung den Nationalen Sicherheitsrat, um über das BVT zu beraten, einberufen.

Was von der Kurz-Regierung I übrig blieb

Knapp 18 Monate war die türkis-blaue Regierung im Amt und schon ermitteln die Gerichte gegen Finanzminister und Vizekanzler unter Sebastian Kurz. Der Grund war, dass ein FPÖ-Bezirksrat, obwohl er als unqualifiziert galt, in die Chef-Etage der Casinos Austria gehievt wurde. Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) soll bei der Bestellung nachgeholfen haben und als Gegenleistung für den hoch bezahlten Posten stellte man Glücksspiel-Gesetze in Aussicht.

1. Warum ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft?

Im März 2019 hat der Aufsichtsrat der Casinos Austria einen neuen, dreiköpfigen Vorstand, besetzt. Sidlo soll seinen Vorstandsposten einer Abmachung zwischen der FPÖ und Novomatic verdanken. Im Gegenzug dafür soll die FPÖ dem Glücksspielkonzern versprochen haben, sich für Online-Gaming- und Casino-Lizenzen, sowie die Wiedereinführung des „Kleinen Glückspiels“ in Wien einzusetzen. Da die FPÖ zu der Zeit in einer Koalition mit der ÖVP war und ÖVP-Finanzminister Löger die Bestellung von Sidlo aktiv unterstützt haben soll, stellen sich zwei Frage:

- a.) Hätte die ÖVP beim Beschluss dieser Gesetze mitgestimmt?
und
- b.) Wie viel wusste die ÖVP?

Am 12. August 2019 führte die WAKSt, nach anonymen Hinweisen, Razzien bei FPÖ-Politikern (Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus und Peter Sidlo) wegen des Verdachtes der Postenschacherei und Deals um Glücksspiel-Gesetz, durch. Und im November fanden zusätzliche Hausdurchsuchungen beim ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger, bei dessen seinerzeitigem Generalsekretär im Ministerium (dem nunmehrigen ÖBAG-Chef Thomas Schmid), sowie beim Aufsichtsratspräsidenten Walter Rothensteiner und beim stellvertretenden Aufsichtsratspräsidenten und ehemaligen ÖVP-Finanzminister Josef Pröll statt. Die Erfolgsstory der 18-monatigen Türkis/Blauen Regierung sucht seinesgleichen.

**Staatsanwalt will Auslieferung von Ex-FPÖ-NÖ-Mandatar Huber
Einberufung Nationaler Sicherheitsrat wegen BVT
Razzien bei zwei Ex-Finanzministern in der Casino Causa
Staatsanwalt fordert die Auslieferung von Herbert Kickl**

2. Wie kam Peter Sidlo zum Vorstands-Posten? Der Wiener FPÖ-Bezirksrat stieg unter der türkis-blauen Regierung zum Finanzvorstand der Casinos Austria auf. Der dreiköpfige Vorstand bekommt jährlich fast 4,5 Millionen Euro Vergütung und dadurch ist es für Sidlo ein Millionen-Euro-Job. Darüber hinaus wurde er in den Generalrat der Nationalbank (OeNB) entsandt. Es gibt dabei jedoch nur ein scheinbar unbedeutendes Problem(chen): Das Schweizer Unternehmen Egon Zehnder hat Peter Sidlo und andere Kandidaten für die Position bewertet und Sidlo ein vernichtendes Urteil ausgesprochen. „Aufgrund seiner mangelnden Track Records in einer breiten Finanzverantwortung, würde er jedoch in den meisten Auswahlverfahren für eine entsprechende CFO-Position keine Berücksichtigung finden“. (Auszug aus der Bewertung durch Egon Zehnder). Aber seiner Einsetzung für diesen Posten stand dies jedoch scheinbar nicht im Weg, denn für Sidlo wurde, über Walter Rothensteiner (Vorsitzender des Casino-Aufsichtsrates), politisch massiv lobbyiert. Mittlerweile wird, da er dem übrigen Aufsichtsrat vorenthalten haben soll, dass die Bewertung von Sidlo negativ war, gegen Rothenstein selbst ermittelt.

3. Um was soll es bei der Casino-Affäre gegangen sein? Peter Sidlo (FPÖ) erhielt den Posten als Finanzvorstand der Casinos Austria und dafür sollen die FPÖ-Vertreter um Johann Gudenus der Novomatic (sie ist Großaktionärin der Casinos Austria) drei Versprechen gemacht haben:

Nationale Online-Gaming-Lizenzen

Eine Casino-Lizenz in Wien

Politischer Einsatz für das „Kleine Glücksspiel“ in Wien und das Ende des Verbotes für neue Glückspielautomaten

Ein gut bezahlter Posten für einen FPÖ-Politiker im Gegenzug für Gesetze im Interesse eines Glücksspiel-Konzerns. Die FPÖ war damals in Koalition mit der

ÖVP und durfte keine Beschlüsse außerhalb der Koalition treffen. Hat die ÖVP also von dieser Abmachung gewusst und warum konnte die Novomatic davon ausgehen, dass es zu diesem Gegengeschäft tatsächlich kommen würde?

4. Welche Namen tauchen sonst noch in der Casino-Affäre auf?

Harald Neumann (Novomatic): Ist Vorstands-Chef der Novomatic (einer Großaktionärin der Casinos Austria) und Mitglied im Casinos-Aufsichtsrat. Er soll den Deal verhandelt und diesbezüglich mit Strache Rücksprache gehalten haben. Auch sein Büro war von einer Hausdurchsuchung im August 2019 betroffen.

Heinz-Christian Strache (FPÖ): Er soll als Vizekanzler und FPÖ-Chef beim Verhandeln des Deals, wie Chat-Protokolle zwischen Strache und Neumann belegen, involviert gewesen sein. Im Jänner 2019 hakte er bei Neumann nach, wie der Prozess rund um Sidlos Posten verlaufen würde.

Johann Gudenus (FPÖ): War als führender FPÖ-Politiker ebenfalls am Deal beteiligt und kommunizierte dazu auch direkt mit Sidlo. Dieser schrieb an den ehemaligen FPÖ-Klubobmann: „Hallo Joschi, ich habe mit meinen Freunden bezüglich Casinos gesprochen und sie wären bereit und auch fähig, den Deal zu machen“. (Peter Sidlo an Johann Gudenus am 12. August 2019).

Walter Rothensteiner (Casinos): Er soll als Vorsitzender des Casinos-Aufsichtsrat dem Gremium vorenthalten haben, dass Sidlo als ungeeigneter Kandidat für den Vorstands-Posten gesehen wurde. Auf Rothensteiner soll politischer Druck ausgeübt worden sein, um Sidlo in den Posten zu hieven.

Hartwig Löger (ÖVP): Er soll vom Deal gewusst und auf die Bestellung Sidlos gedrängt haben. Ihm wird Amtsmissbrauch vorgeworfen. Walter Rothensteiner (Casinos-Aufsichtsratschef) hat in einer Aktennotiz festgehalten, dass Löger ihm gesagt habe, dass Graf (Novomatic-Eigentümer) irgendeinen Hintergrunddeal mit den Blauen habe und daher ist Sidlo ein Muss. Außerdem hat Löger einen Gesetzesentwurf, mit dem Inhalt, dass das Glückspiel-Monopol der Casinos Austria einzementiert wird, in Begutachtung geschickt. Doch der Entwurf wurde wieder zurückgezogen.

Johann Graf (Novomatic): Er ist Novomatic-Eigentümer und in dieser Rolle am Deal beteiligt. Er soll Absprachen mit Ex-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) geführt haben. Auch sein Büro wurde im Sommer 2019 durchsucht.

Hubert Fuchs (FPÖ): Er soll als FPÖ-Finanzstaatssekretär an einem neuen Online-Gaming-Gesetz getüftelt haben. An einer Gaming-Lizenz soll vor allem die Novomatic interessiert gewesen sein.

Thomas Schmid (ÖVP): Er war Hartwig Lögers Generalsekretär. Er soll Ministeriums-Papiere zum Thema Glücksspiel-Lizenzen fotografiert und an die Novomatic geschickt haben.

Josef Pröll (ÖVP): Der ehemalige ÖVP-Finanzminister wurde, weil er den Posten als stellvertretender Aufsichtsrats-Präsident bei den Casinos Austria innehat, für die Behörden interessant. Unklar ist jedoch, ob und wie er mit dem Deal vertraut war. Darüber hinaus wird ihm und Rothensteiner wegen hoher Abfertigungszahlungen an frühere Casinos-Vorstände auch Untreue vorgeworfen.

Bettina Glatz-Kremsner (ÖVP): Als Sebastian Kurz ÖVP-Obmann wurde, wurde Glatz-Kremsner zur stellvertretende Parteichefin bestellt. Als Sidlo Teil des Vorstands wird, steigt sie zur Vorstandsvorsitzenden auf. Von den Ermittlungen der WKStA ist sie bisher „noch“ nicht betroffen.

5. Was hat Sebastian Kurz als Bundeskanzler gewusst? Im August berichten mehrere Zeitungen, dass in einer nicht bestätigten anonymen Anzeige auch der Name von Sebastian Kurz auftaucht. Auch er soll über die Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzdirektor informiert gewesen sein. Kurz streitet das ab und sagt bis heute, nichts von den Sidlo-Plänen gewusst zu haben.

6. Was passiert jetzt politisch? Neben den Gerichten wird die Casino-Affäre nun auch das Parlament beschäftigen. Die SPÖ hat eine Sondersitzung beantragt und eine Reihe von Anfragen zur Causa angemeldet. Die NEOS haben in Aussicht gestellt, dass ein Untersuchungsausschuss könnte folgen. Die SPÖ will dazu mit Grünen und NEOS verhandeln.

17. 11. 2019: Nichts gewonnen, ist auch verspielt

Die türkis-grüne Aufbruchstimmung hat ein jähes Ende gefunden, denn mittlerweile gibt es in der Casinos-Causa 11 Beschuldigte und belastet auch die Koalitionsgespräche mit den Grünen. Vermutlich hat sich Ex-Finanzminister Hartwig Löger und sein Generalsekretär (jetziger Öbag-Chef) Thomas Schmid, starkgemacht, um Peter Sidlo (FPÖ) zum Finanzvorstand bei den Casinos zu machen. Dass ÖVP-Politiker in den Deal zwischen dem Glücksspielkonzern Novomatic und der FPÖ verwickelt sein könnten, gibt der Sache eine ganz besondere „Würze“.

Wie wird sich die Casinos-Causa auf die türkis-grünen Koalitionsverhandlungen auswirken? Nicht nur der ÖVP, sondern auch den Grünen kommt die Casinos-Affäre bei den Verhandlungen äußerst ungelegen. Denn die Grünen müssen nun fürchten, dass sie kaum am Verhandlungstisch Platz genommen haben, ihr Gesicht bei den Grün-Wählern zu verlieren. Zur Nagelprobe wird

sicherlich die Abstimmung über den Untersuchungsausschuss zum „FPÖ-Novomatic-Deal“ werden. Diesen fordern die Neos mit Nachdruck, aber Sebastian Kurz wird ein solcher U-Ausschuss vermutlich nicht recht sein. Dass sich sein Ex-Minister und dessen Kabinettschef ohne Auftrag von oben bei der Bestellung von Peter Sidlo (FPÖ) engagiert haben, können sich die Neos nicht vorstellen. Sie sind davon überzeugt, dass es sich hier um keinen reinen FPÖ-, sondern selbstverständlich um einen ÖVP/FPÖ-Skandal handelt. Der sonst für seine direkte Wortwahl bekannte Grünen-Chef, Werner Kogler, äußerte sich jedoch bisher sehr zurückhaltend zur Causa. Bisher deutet jedoch alles nur auf eine Involvierung von Hartwig Löger auf ÖVP-Seite hin. Erst wenn sich mehr zeige, müsse man die Sache neu bewerten. Wer die Grünen-Basis kennt, weiß, dass Werner Kogler bald Farbe bekennen muss.

19. 11. 2019: Kickl versus Pilz

War Kickls Hausdurchsuchung im BVT illegal und endet eine Karriere in der FPÖ häufiger auf der Anklagebank? Vor dem Obersten Gerichtshof endete nun der Rechtsstreit zwischen Herbert Kickl und Peter Pilz. Pilz hatte die Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung im (BVT) als eine, von Kickl durchgeführte, illegale Aktion bezeichnet. Prompt wurde Pilz von Kickl durch alle Instanzen auf Unterlassung und Schadenersatz geklagt und blitzte überall ab. Der Richtersenaat des OGH unter Wolfgang Schramm erklärte das ursprüngliche Urteil des Wiener Handelsgerichts vom Jänner 2019 für rechtens. So bezeichnete Peter Pilz auch zum wiederholten Mal den typischen Werdegang (Oppositionsbank–Regierungsbank–Anklagebank) von FPÖ-Politikern und auch hier klagte und verlor Kickl. Das Höchstgericht stellte in diesem Zusammenhang fest: Bei FPÖ-Politikern kommt es häufiger vor, dass diese trotz berechtigter Gründe nicht zurücktreten und dass gegen Politiker der FPÖ häufiger als bei Politikern anderer Parteien Strafverfahren anhängig werden“. Für den Obersten Gerichtshof steht also fest, dass sich FPÖ-Politiker häufiger auf der Anklagebank wiederfinden.

21. 11. 2019:

Umweltministerin Köstinger hielt wichtige Infos zurück

2018 hat die damalige Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck einen Entwurf für das sogenannte Standortentwicklungsgesetz in Begutachtung geschickt. Im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes hielt die damalige Umweltministerin Elisabeth Köstinger die kritische Stellungnahme des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), das zuständig für das Umweltverträglichkeitsverfahren (UVP-Verfahren) ist, geheim. Die Stellungnahme des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) dürfte so kritisch ausgefallen sein, dass Köstinger diese nicht veröffentlichte und hat als einzige in der Stellungnahmenliste auf der Parlamentshomepage gefehlt. Auf Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz erteilte das BMNT der Umweltorganisation „Virus“ vorerst einen negativen Bescheid, den nach darauf folgender Beschwerde auch das Bundesverwaltungsgericht bestätigte. Nach erneuter Revision beim Verwaltungsgerichtshof wurde die Geheimhaltung durch Köstinger nun für rechtswidrig erklärt. Laut dem Umweltinformationsgesetz ist die geheim gehaltene Stellungnahme, jedem der eine Anfrage stellt, zu veröffentlichen.

Die **EU-Richtlinie 2003/4/EG** (Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen) besagt, dass öffentliche Stellen, aber auch genau definierte Unternehmen der Privatwirtschaft, jedem und jeder Zugang zu Umweltinformationen gewähren müssen, ohne dass ein besonderes Interesse nachgewiesen werden muss. Mit der Novelle zum Umweltinformationsgesetz (UIG, BGBl Nr. 6/2005) und mit entsprechenden Novellen der Landesgesetze wurde diese Richtlinie auf Bundes- und Landesebene umgesetzt. Das umstrittene Gesetz wurde durch die Ex-ÖVP-FPÖ-Regierung und die NEOS beschlossen. Damit sollten Genehmigungsverfahren für standortrelevante Großprojekte, auch wenn das dazugehörige Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) noch nicht abgeschlossen ist, beschleunigt werden. Das in zahlreichen Stellungnahmen durch Gutachter am meisten kritisierte Element ist die eingebaute Genehmigungsautomatik. Nach zwölf Monaten hätten Projekte somit automatisch, ungeachtet eines un abgeschlossenen Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahrens, bewilligt werden sollen. Diese Genehmigungsautomatik ist aus Sicht des WWF und VIRUS rechtlich höchst problematisch und sie fordern die Bundesregierung auf, dass das Standortentwicklungsgesetz unverzüglich zurückgenommen wird. Verabschiedet wurde der Entwurf schließlich in leicht abgeänderter Form des Entwurfs. Nach zwölf Monaten muss die Behörde über die Bewilligung entscheiden. Wolfgang Rehm (Virus) ist der Überzeugung, dass dieses Gesetz zu einer generellen Genehmigung der Projekte nach 12 Mon-

aten führen und damit das Umweltprüfungsverfahren komplett ausgehöhlt wird. Von der EU-Kommission kam diesbezüglich ein Mahnschreiben, mit dem ein Vertragsverletzungsverfahren im UVP-Bereich gegen die Republik Österreich vorbereitet wird, da das Gesetz unionsrechtswidrig ist.

23. 11. 2019:

Warum wird die ÖVP von der SOKO-Ibiza verschont?

Nachdem die Beamten beim Ex-Vizekanzler H. C. Strache eine Hausdurchsuchung unternommen hatten, war er um zwei Mobilgeräte ärmer, da sie beschlagnahmt wurden. Mittlerweile werden auch ÖVP-Granden als Verdächtige bzw. Beschuldigte geführt. Deshalb kam es zu weiteren Hausdurchsuchungen und diesmal bei Türkisen Politikern. Hartwig Löger (Ex-Finanzminister), Josef Pröll (Neffe von Niederösterreich-Kaiser Erwin), Thomas Schmid (ehemaliger Kabinettschef von Hartwig Löger), sowie CASAG-Präsident und Raiffeisen-Manager Walter Rothensteiner. Aber trotzdem auch diese Herrn tief im Korruptionssumpf stecken dürften, wurde bei den Türkisen noch kein einziges Mobiltelefon beschlagnahmt. Vor allem auf Hartwig Löger werfen die Chatprotokolle von Strache ein dubioses Licht. Strache bedankte sich für Lögers Unterstützung bezüglich der CASAG. Es muss jetzt dringend geklärt werden, welche Rolle Löger in der „Causa Casinos“ spielte. Damit erreicht die Affäre die ÖVP-Spitze und die politische Verantwortung liegt bei Sebastian Kurz. Denn seitdem der Türkise die ÖVP unter seine Kontrolle brachte, besitzt er die absolute personelle Entscheidungskompetenz und Löger war sein Finanzminister. Seitdem die SOKO Ibiza ermittelt, wurde noch kein türkisches Handy beschlagnahmt und dies begann schon mit der „Schredder-Affäre“. Arno M. (Leibfotograf von Sebastian Kurz) hatte 5 Festplatten, zum Zwecke der Vernichtung (Schreddern), aus dem Bundeskanzleramt gestohlen. Als die Sache aufflog, standen auch bei ihm die Beamten vor der Tür, aber sein Handy wurde nicht mitgenommen und ausgewertet. Das konfiszierte Gerät muss zur Wahrheitsfindung dienen und dies wäre wohl bei Arno M., genauso wie bei Hartwig Löger und Josef Pröll, der Fall gewesen. Bei Türkisen Handys halten sich die Beamten offenbar, aus nicht nachvollziehbaren Gründen, zurück. Die Chats zwischen Löger, Pröll und Kurz wären aber notwendig, um an die ganze Wahrheit der Casino-Causa zu kommen. Wer wusste von dem Hintergrunddeal mit den Blauen von dem Rothensteiner in einer Aktennotiz schreibt und könnten die Handys vielleicht sogar aufklären, worum es sich bei diesem Hintergrunddeal handelt? Die WKStA hätte wohl allen Grund, an die Handys der ÖVP-Elite zu kommen und bei den Hausdurchsuchungen hätten sie die Chance gehabt. Wer ist dafür verantwortlich, dass die „Türkise ÖVP“ von den Behörden mit Samt-

handschuhen angefasst wird? Auf Nachfrage verwies das Innenministerium auf die WKStA und diese auf die laufenden Ermittlungen.

25. 11. 2019:

Kurz muss endlich Verantwortung übernehmen und gehen

Nach der Machtübernahme durch Sebastian Kurz, wurden die alte Schwarzen zu den neuen Türkisen und die ÖVP zur Führerpartei umgebaut. In den geheimen Strategiepapieren der ÖVP aus dem Jahr 2016 steht, dass Sebastian Kurz „Jünger und nicht nur ein Team“ braucht. Dabei ging es um eine Zuspitzung des Spitzenkandidaten „Wer soll Österreich führen“? Führen heisst aber auch, dass man an vorderster Front steht und sich nicht beim kleinsten Gegenwind hinter seinen „Jüngern“ versteckt. Der Kreis um Sebastian Kurz hat schnell und richtig erkannt, dass die Mehrheit der Menschen „das System“ hassen. Wer oder was ist aber „das System“, gegen das alle sind, fragt sich die ÖVP in ihrem Strategiepapier. Die Antwort lautet schlicht und einfach: „Das System ist intransparent und die Entscheidungen sind für den Großteil der Wähler nicht mehr nachvollziehbar und oft durch faule Deals (Kuhhandel) nach dem Motto: kriegst du was, krieg ich was“, geprägt. Genau dem wollte doch Sebastian Kurz mit seinem „Neuen Stil“ entgegenwirken und nun stellt sich heraus, dass der Postenschacher unter Türkis-Blau ungenierter wie nie zuvor war. So sieht er also aus, der neue Stil und Hans-Jörg Jenewein (FPÖ) sieht darin nicht das geringste Problem. Der Postenschacher sei „eine althergebrachte österreichische Tradition“. Das stimmt, und jeder im Land weiß das auch. Aber Kurz ist doch nicht mit dem Slogan angetreten: „Alles bleibt wie es ist“. Kurz hat einen neuen Stil versprochen und den hat er nicht geliefert. Da seine Partei ganz auf ihn zugeschnitten ist, reicht es sicherlich nicht, dass sich nun Löger schützend vor seinen Chef stellt. Der Ex-Finanzminister tut ja so, als hätte Kurz von nichts gewusst. Wie die veröffentlichten Chatprotokolle zeigen, stimmt das aber nicht. Der ungenierte Postenschacher unter Türkis-Blau muss Folgen haben. Das schulden die mächtigen ÖVP-Landeshauptleute und Bündechefs ihrer Partei und vor allem den Wählern. Kurz wusste Bescheid und somit muss er die Verantwortung dafür übernehmen und gehen.

27. 11. 2019: Österreichs Parteien Päckeleien

Bis in die 1990er war es eine gängige Praxis, dass ein rotes (in der Stadt) oder ein schwarzes (am Land) Parteibuch jede Menge „Türen öffnete“. Von Wohnung zum Job, von Bonuszahlungen bis verantwortungsvollen Staatsposten war alles zu finden und der typisch österreichische Proporz funktionierte wie geschmiert. Seit dem Transparenz-Gesetz ist das jedoch nicht mehr so einfach. So bejammert nun die SPÖ Stimmenverluste, wobei es im Vergleich eindeutig erscheint, wie sehr viele Stimmen, vor allem der Unterschicht, mit Wohnungen etc. gekauft wurden. Eine Hand wäscht die andere, weshalb auch in kleinsten Kreisen Freunderlwirtschaft naturgemäß verbreitet ist. Irgendwann im Leben schuldet man auch dem- oder derjenigen den einen oder anderen Gefallen und löst diese Schuld mehr oder weniger privat. Freunderlwirtschaft gab es immer und wird es immer geben. Unter Türkis-Blau fand dieses Treiben aber, wieder einmal, einen speziellen Höhepunkt. Ausgerechnet die FPÖ ist es immer, die, kaum in Opposition, gegen „die da oben“, „die Eliten“, „das Establishment“ etc. wettet und rabiat gegen Proporz schimpft. Diese Partei aber, sehen wir einmal vom neonazistischen Fundament ab, bestätigte sich jedes Mal, wenn sie einer Regierung angehörte, als extrem korrupt gilt. Noch jetzt werden die Fälle der Schlüssel-Ära behandelt und Karl-Heinz Grasser ist nur „die Spitze des Eisberges“. Eine Flut von Korruptions-Verdachtsmomenten beschäftigen noch heute unsere Gerichte. Die Erfahrung zeigt, und das weiß man zumindest von der Wiener SPÖ, dass seit dem Transparenz-Gesetz größte Vorsicht bei zukommendem Verhalten dominiert. Geht man allerdings nach Niederösterreich, staunt man über die Päckelei, die jeden Reformgeist erstickt. Nur schwarz dominierte Gemeinden bekommen Förderungen. Rote Gemeinden müssen oft mit maximaler Ignoranz seitens der Landesregierung rechnen und werden isoliert. Da gibt es nur etwas, wenn man der ÖVP die Füße küsst und darüber macht die sogenannte „Volkspartei“ im kommunalen Bereich auch gar kein Geheimnis daraus. Türkis-blau war ein Zusammentreffen der puren Gier. Hier Personen, die nach der Macht streben (Kurz, Blümel, Nehammer, Amon, Sobotka, sowie Strache, Kickl, Hofer, Jenewein usw.) und dort Günstlinge, die sichere Gutverdiener-Posten anvisieren. In kürzester Zeit wurde, sogar ziemlich pat-schert und auffällig, der Staat unter den zwei Fraktionen aufgeteilt. Wir (die Bevölkerung) dürfen (müssen) dafür nun Neonazis und Burschenschaftler in staatlichen Führungspositionen ertragen. Löger, Strache und Co. schossen nun allerdings beim Fall „Sidlo“ den Vogel ab. Derart ungeniert wurde selten zuvor ein, von Inkopetenz strotzender, Günstling in eine hohe Position gehievt. Das Vorgehen, das nun hoffentlich allen Beteiligten, vor allem aber der Kurz-Truppe, auf den Kopf fällt, zeugt von hemmungsloser Bedienung an den Hebeln

der Macht. Ein Strafverfahren gegen Strache, Sidlo, Löger und alle anderen Beteiligten sollte selbstverständlich sein. Auch Kurz und „seine Truppe“ sollten belangt werden, denn all diese dubiosen Geschäfte wurden unter Verantwortung dieser Menschen vollzogen. Entweder ist Kurz einfach nur unglaublich naiv, weil er wirklich nichts davon mitbekam, dann ist er völlig unqualifiziert für jeglichen Job mit Verantwortung, oder er fällt schon unter die Rubrik „Mafia-boss“. Er hat nicht die nötige Größe, um nochmal das Land an die Wand zu fahren. Die weiteren Ermittlungen werden viele ProtagonistInnen in den Vordergrund der Öffentlichkeit zerren. Es sollte jetzt ein Exempel statuiert werden. Gefängnisstrafen ohne Milderung und Fußfessel als abschreckendes Beispiel für künftige Verantwortungs-Träger sollten nun ausgesprochen werden. Das Land braucht noch einmal Wahlen und mit streng bereinigter Personaldecke.

29. 11. 2019: Das Inseratenbudget wurde von der Regierung Bierlein um ein Drittel gekürzt

Wie bekannt wurde, schraubten Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein und ihre Übergangsminister die Budgets für Öffentlichkeitsarbeit um 32 Prozent nach unten. Im dritten Quartal 2018 hatte das Werbevolumen der Regierung Kurz noch ca. 6,5 Millionen Euro betragen. Im dritten Quartal 2019, summierten sich die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit auf nur noch ca. 4,4 Millionen Euro. Am deutlichsten fiel die Reduktion im Bundeskanzleramt mit minus 98 Prozent, von 955.000 Euro auf nunmehr 17.000 Euro, aus. Dahinter folgt das Innenministerium mit minus 93 Prozent (von 920.000 Euro auf 65.000 Euro) Budgetreduktion. Der Rückgang des Anzeigenetats hätte noch deutlich stärker ausfallen können, wären unter Türkis-Blau nicht langfristige Medienkooperationen abgeschlossen worden. Ein Sprecher des Sozialministeriums (dessen Ausgaben von 2018 auf 2019 anstiegen) erklärte, dass die in dieser Summe enthaltenen Vorgänge im Auftrag des Vorgängerkabinetts im ersten Halbjahr 2019 getätigt wurden und erst im dritten Quartal 2019 zur technischen Abrechnung kamen.

Mögliche Postenschachereien und Parteiabsprachen sind auch bei der ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse) aufzuklären

Die bis jetzt in den Medien veröffentlichten Protokolle zu Novomatic aber auch zu den Begehrlichkeiten und Umfärbeaktionen bei der Staatsholding (Öbib/Öbag), sowie der FMA nähren die Vermutung, dass es nicht nur bei ÖBB, Asfinag, Post oder Nationalbank, sondern auch im Zuge der neuen ÖGK zu diversen Absprachen und Postenbesetzungen gekommen ist. Genauso wichtig, wie die lückenlose Aufklärung bei der Novomatic-Bestellung, wäre es, die neuen Posten und Positionen bei der ÖGK genauer zu durchleuchten. „Die Besetzungen sind noch nicht lange her und die Erinnerungslücken der Beteiligten sollten daher noch nicht allzu groß geworden sein. Aber vielleicht tritt dazu ja auch noch Erhellendes in den Chatverläufen diverser Akteure zutage“, so der Tiroler AK Präsident Zangerl (ÖVP). Er erinnert auch an den Vorsitzenden (einem FPÖ-Mann) des Überleitungsausschusses und ab 1. Jänner Vorsitzenden des Verwaltungsrates der ÖGK, der vom ÖVP-Wirtschaftsbund entsendet wurde. Da stellt sich zum einen die Frage nach der einschlägigen Qualifikation für diese Position und zum anderen die Frage, ob ein Deal für den VP-Wirtschaftsbund ausschlaggebend war. Aber auch, ob das im Sinne der WK Mitglieder ist, wenn der VP Wirtschaftsbund einen blauen Kandidaten an die Spitze hievt. Nachschau gehalten werden sollte aber auch in den Ländern und in den weiteren Sozialversicherungsträgern, wie man dort bei den diversen Bestellungen vorging. Bei der ÖGK geht es um ein Milliardenbudget, das im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt werden muss und hier ist absolute Transparenz bei der Postenvergabe oberstes Gebot. Nicht umsonst laufen mehrere Klagen beim Verfassungsgerichtshof, wegen zahlreicher Einwände zu dieser höchst fragwürdigen Gesetzesänderung samt Umfärbeaktion und Änderung der Gewichtung von den Arbeitnehmern zu den Arbeitgebern, obwohl der Löwenanteil der Beiträge von den Beschäftigten bestritten wird.

30. 11. 2019: Kickls „Ponyhof“ wird eingestellt

Die, von Ex-Innenminister Kickl ins Leben gerufene, berittene Polizei sollte vor allem bei Demonstrationen und Großereignissen eingesetzt werden. Dazu wurden ab 2018 insgesamt 12 Pferde angeschafft und in Wiener Neustadt bei der Cobra stationiert. Dort wurde auch mit der Reitausbildung der PolizistInnen begonnen. Dabei kam es aber bereits im 2018 zu einem Unfall, bei dem eine Polizistin schwer verletzt wurde und ein Pferd musste bereits ausgetauscht werden. Innenminister Peschorn hat jetzt dieses Projekt evaluieren lassen und die Kommission kam zum Entschluss, dass für eine berittene Polizeieinheit er-

hebliche Investitionen notwendig sind. Der Betrieb wäre zusätzlich mit sehr hohen laufenden Kosten verbunden und würde unnötig Polizeikräfte binden. Es liegen derzeit weder die rechtlichen, noch die tatsächlichen, Voraussetzungen für einen Einsatz einer berittenen Polizei in Wien vor. Die zgedachten Aufgaben können von den bestehenden Polizeikräften effizienter erfüllt werden, Diese Entscheidung bringt für die Polizei Klarheit und stellt den sorgsamem Umgang mit Steuermitteln im Bereich des Innenministeriums sicher. Mit der Beendigung des Projektes „berittene Polizei“ werden auch die Pferde vom Innenministerium abgegeben.

01. 12. 2019: Kurz pokert hoch und kann viel verlieren

Fehler und Pannen häufen sich in der „heilen Welt“ des Türkisen Sonnengottes Sebastian Kurz. Wahlkampfspenden-Affären, eine angebliche doppelte Buchhaltung, die Schredder-Affäre oder derselbe Plakatslogan wie jener der FPÖ, brachten die ÖVP diesen Sommer in die Schlagzeilen. Die Umfragen sehen Kurz aber immer noch weit voraus. Wie sehr all diese „(An)patzer“ den Türki-sen also tatsächlich schadet, wird die Zukunft zeigen. Derzeit sieht man in den Umfragen, dass diese leicht rückläufig sind. Insofern schadet es Sebastian Kurz natürlich, weil sich seine Gebete: „Ich ändere alles, ich bringe einen neuen Stil, ich mache die Dinge besser“ vor seinen Jüngern so nicht mehr lange aufrecht-erhalten lassen. Es ist aber ein Trugschluss zu glauben, dass es nur der ÖVP schadet. Denn Kurz verwendet jetzt auch die übliche Verteidigungstaktik der Freiheitlichen, indem er auf die anderen zeigt und sagt: „Die machen das ja auch nicht besser“. Er versucht damit, den Schaden von sich auf andere abzu-wälzen. Er minimiert ihn, indem er versucht, den anderen den gleichen zuzu-fügen und das mit Erfolg. Man merkt, dass dieser „neuen ÖVP“ nach den letzten zwei Jahren ein bisschen die große Geschichte fehlt. Einerseits ins-zenieren sie sich noch als die neue Kraft, andererseits waren sie doch in der Regierungsverantwortung. Mit dem Ende der Koalition hat sich dann auch ge-zeigt, dass die Harmonie zum Teil nur Fassade war. Bei der Finanzierung des Wahlkampfes wurden zwar die gesetzlichen Regelungen eingehalten, aber trotzdem entstand das Gefühl, dass hier nicht immer mit offenen Karten gespielt wurde. Seine Lieblings-Erzählung ist nicht sehr schlüssig. Weil „Der Weg hat erst begonnen“ birgt auch die Frage: „...und wird mit den Freiheitlichen fort-gesetzt?“ Aber darauf gibt er keine Antwort. Er ist jetzt nicht mehr der Heraus-forderer, sondern der Titelverteidiger. Kurz läuft auch Gefahr, an den hohen Er-wartungen gemessen zu werden und am Ende trotz eventueller Gewinne als Verlierer dazustehen, weil die Umfragen noch höher waren. Er ist also nicht mehr der Unterschätzte, sondern eher der Überschätzte. Es wird auch sicherlich spannend werden, nachdem sich Kurz 2017 das vollkommene Durchgriffsrecht gesichert hat, inwieweit die ÖVP-Landeshauptleute dieses Mal mehr mitbe-stimmen wollen. Wie weit ihr Selbstbewusstsein geht, werden wir spätestens bei den Verhandlungen um Ministerposten sehen.

03. 12. 2019: Bisher unbekannte Pläne der ÖVP/FPÖ-Koalition

Ein internes Protokoll aus dem Finanzministerium zeigt, dass sich ÖVP und FPÖ die volle Kontrolle über alle Glücksspielagenden sichern wollten. Es handelt sich dabei um die Niederschrift einer Besprechung zwischen Mitarbeitern des ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger und des ehemaligen FPÖ-Staatssekretärs Hubert Fuchs. In dem, mit 30. Jänner 2019 datierten, Papier heißt es unter anderem: „Übernahme von Landes-GSA (Anm.: Landes-Glücksspielautomaten) und Sportwetten in die Bundeskompetenz“ und beim Punkt „Online-Glücksspiel“ ist sogar konkret von Bundeskonzessionen die Rede. Derzeit vergeben die Länder Konzessionen für Sportwetten und Glücksspielautomaten und in vier Bundesländern sind die sogenannten einarmigen Banditen sogar verboten. Doch wenn der Bund die Bewilligungen für Glücksspielautomaten vergeben könnte, wäre es für das Finanzministerium sehr leicht Automaten in sogenannten „Verbotsländern“ (wie zum Beispiel in Wien) zu bewilligen. So hätte die FPÖ eines jener Versprechen einlösen können, das laut Verdachtslage der Staatsanwaltschaft ein Teil des sogenannten „FPÖ-Novomatic-Deals“ gewesen sein soll. Aktuell hat die Casinos Austria-Tochter Win2-Day ein Monopol auf Online-Glücksspiel und darüber ärgert sich Novomatic, da sie sich auf Bundesebene um eine „nationale Online Gaming Lizenz“ bemüht haben soll, schon lange. Einen Tag nach der internen Besprechung im Finanzministerium soll es übrigens laut Verdachtslage ein Treffen zwischen Novomatic-Gründer Johann Graf, Novomatic-Chef Harald Neumann und Minister Löger gegeben haben.

Ist die Kürzung der Mindestsicherung verfassungswidrig

Im April 2019 beschloss die türkis-blaue Regierung die „Sozialhilfe Neu“. Das Gesetz ersetzt die Mindestsicherung und bedeutet für die Betroffenen massive Kürzungen. Indem der Gesamtbetrag an Einkommen gedeckelt wird und selbst Zuschüssen der Länder und Gemeinde abgezogen werden. Nicht einmal die Kinder werden ausreichend vor der bevorstehenden Armut geschützt. Nun wurde gegen das Gesetz durch die SPÖ eine Klage beim Verfassungsgerichtshof eingebracht. Dass ein Bundesland oder eine Gemeinde Sozialhilfe-Bezieher unterstützt, ist mit diesem Sozialhilfe-Gesetz (da alles was die Bezieher bekommen von der Mindestsicherung abgezogen wird) praktisch ausgeschlossen. Am härtesten trifft die „Sozialhilfe Neu“ Kinder, Lernschwache und Familien mit behinderten Kindern. Mehr als die Hälfte aller Mindestsicherungsbezieher lebt in Familien mit Kindern. Aber Kinder sind besonders vor Armut zu schützen, denn sie können nichts für ihre Notlage. Das steht auch in den Kinderrechten, die in Österreich als höchstes Gesetz auf einer Ebene mit der

Verfassung gelten. Doch im schwarz-blauen Gesetz wird besonders bei Kindern gekürzt. Zwar gibt es für das erste Kind einen etwas höheren Mindestsicherungs-Betrag von 216 Euro (statt bisher mind. 155 Euro). Bereits ab dem 2. Kind gibt es allerdings drastisch weniger. Das zweite Kind bekommt nur mehr 129 Euro und jedes weitere nur noch 43 Euro monatlich und das sind lächerliche 1,50 Euro am Tag. Von diesen Kürzungen sind über 54.400 Familien mit drei oder mehr Kindern betroffen. Grundsätzlich ist eine Abstufung laut Verfassung erlaubt, allerdings sind die Stufen der „Sozialhilfe Neu“ viel zu hoch. Dem dritten Kind wird nicht einmal 5 Prozent (das wären 44,27 Euro) dessen zugestanden, was andere bekommen. Damit werden 70.000 Kinder absichtlich in die Armut geschoben und werden nicht vor einer sozialen Notlage geschützt, was unsere Verfassung allerdings garantiert. Außerdem ist die Auszahlung von über einem Drittel der Sozialhilfe von der Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt abhängig. Was die Regierung Kurz „Arbeitsqualifizierungs-Bonus“ nennt, ist kein Bonus, sondern eine Strafe. Man bekommt hierbei nicht mehr, wenn die Vorgaben erreicht werden. Nur weniger, wenn sie nicht erreicht werden. Das Gesetz nimmt weder Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit, noch auf das Engagement bei der Erreichung der Vorgaben. Die Kürzung der Sozialhilfe um ein Drittel bei mangelnden Sprachkenntnissen ist eindeutig verfassungswidrig. Denn das trifft auch Analphabeten oder Menschen mit Lernschwäche. In Österreich sind das immerhin 4 Prozent der Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren. Rund 225.000 Menschen sind des Lesens und Schreibens nicht mächtig. Hinzu kommt der funktionale Analphabetismus, also Menschen, die nicht sinnerfassend lesen und sich kaum schriftlich ausdrücken können. Sie sind von einem B1-Niveau und somit auch von einer existenzsichernden Sozialhilfe weit entfernt. Das betrifft immerhin 960.000 Österreicher und Österreicherinnen. Wer von ihnen auf Sozialhilfe angewiesen ist, wird um ein Drittel weniger bekommen. Das „Armenwesen“, wie es in der Verfassung heißt, ist Sache der Länder. Die Regierung versucht das über ein sogenanntes Grundsatzgesetz zu umgehen. Im Fall der Sozialhilfe Neu werden dadurch die Spielräume der Bundesländer stark eingeschränkt und das hat gravierende Folgen. Es gibt keine Möglichkeit, auf regionale Besonderheiten, etwa die Anzahl der geförderten Landes- und Gemeindewohnungen, oder die durchschnittlichen Mietkosten, Rücksicht zu nehmen. Außerdem kann das Land Personengruppen, wie etwa Kinder mit Behinderung, nicht mehr gezielt unterstützen. Die „Sozialhilfe NEU“ kann keine Existenzen mehr sichern. Sie ist eine Rutsche in die Armut, aus der die Betroffenen nicht mehr herauskommen. Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz verstößt somit mehrfach gegen die kompetenzrechtlichen Bestimmungen der Verfassung. Der Bund gibt die Grundsätze des Armenwesens vor und die Bundesländer sind für die konkrete Ausführung verantwortlich. Diese Sozial-

hilfe Neu hat nur noch Spielraum nach unten und es ist weit über das zulässige Maß hinaus konkretisiert und bestimmt. Die gesetzlich für Länder vorgesehene Verpflichtung, im Rahmen von Sachleistungen sprach- und berufsqualifizierende Maßnahmen durchzuführen, ist nicht Kompetenz des Bundes. Die Finanzierung von Sprach- und Berufsqualifikationskursen kann den Ländern nicht im Rahmen eines Grundsatzgesetzes nach dem Kompetenztatbestand „Armenwesen“ vorgeschrieben werden. Das Armenwesen dient ausschließlich der Abdeckung des dringendsten Lebensbedarfes von sozial hilfsbedürftigen Personen. Die Leistungen der Sozialhilfe Neu sollen aus öffentlichen Mitteln „integrationspolitische und fremdenpolizeiliche Ziele berücksichtigen“ und „insbesondere die (Wieder)Eingliederung von Bezugsberechtigten in das Erwerbsleben und die optimale Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes weitest möglich fördern“ Beides hat mit dem Verfassungsgrundsatz „Armenwesen“ nicht das Geringste zu tun. Der Tatbestand „Armenwesen“ umfasst nämlich nicht nur einen „Unterstützungsbeitrag“, sondern geht darüber hinaus und beansprucht auch die Beseitigung von sozialen Notlagen bei hilfsbedürftigen Personen und sichert damit ein entsprechendes „Existenzminimum“. Ein Höchstsatz von 5 % (= EUR 44,27 pro Monat) des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes für das dritte und jedes weitere in einem Haushalt lebenden Kindes, überschreitet den verfassungsrechtlichen Spielraum einer degressiven Abstufung. Es handelt sich um eine sprunghafte Kürzung, die zu niedrig bemessen ist, um den konkreten Bedarf des Lebensunterhaltes noch angemessen abzudecken und eine soziale Notlage der Haushaltsgemeinschaft vermeiden zu können und verstößt damit gegen das BVG Kinderrechte.

Der Abschied tut weh - Sidlo muss gehen

Bei der Aufsichtsratssitzung zum Thema „Sidlo“ ging es bei den Casinos Austria rund. Die Belegschaftsvertretung stellte den Antrag, Peter Sidlo „aus wichtigem Grund“ abuberufen. Diese Möglichkeit sieht § 75 AktG ausdrücklich vor. Eine rechtskräftige Verurteilung ist dafür nicht nötig. Die sogenannte Postenschacher-Affäre lässt die Casinos Austria nicht ruhen. Vorstandschefin Glatz-Kremsner forderte vom Aufsichtsrat eine rasche Entscheidung und dieser bestätigte prompt den Antrag. Sowohl der Mehrheitseigentümer Sazka als auch die staatliche ÖBAG haben sich gegen Sidlo ausgesprochen. Beide halten 71% an den Casinos und Sidlo ist somit Geschichte. Er war ohnehin seit dem Bekanntwerden der Affäre auf bezahltem Urlaub.

05. 12. 2019: Die Türkisen und die Grünen sind sich einig

Denn jetzt dürfte alles ruck-zuck gehen, wenn es auch niemand offiziell bestätigen wollte. Noch vorm Heiligen Abend könnte das Kabinett Kurz II. unter Dach und Fach sein. Es wäre die erste Bundesregierung in der Geschichte des Landes mit grüner Beteiligung und es sind nur noch ein paar Details zu klären, einige Ressorts bzw. Verantwortlichkeiten zuzuteilen.

Der Pakt steht: Während die Teilnehmer an der Steuerungsgruppe, den sechs Fachgruppen und den zahlreichen Untergruppen, gesamt also gut 100 Personen, in der Öffentlichkeit Pokerface trugen und bekundeten, vor großen, großen Problemen zu stehen, einigten sich dieselben Personen in Türkis und Grün still, heimlich und leise über alle strittigen Themen, auch über Migration, sowie über Klimaschutz.

Keine neuen Steuern: Das Wichtigste für die ÖVP war, dass es keine neuen Steuern (Erbchafts- und Vermögenssteuer) geben wird. Für die Grünen dagegen gab es da viel mehr zu schlucken.

Das Klima-Großressort: Auch die Grünen erhalten ein kleines Weihnachtsgeschenk. Erstmals erhält Österreich ein Klimaressort, das in grüner Hand liegt und „mächtig“ wird, denn hier wird auch die Infrastruktur angesiedelt. Die Grünen sitzen also am Schalthebel, wenn es um den Verkehr auf der Straße, der Schiene und in der Luft, geht. Die Landwirtschaft wird nicht übersiedeln und bleibt bei den Türkisen.

Das Innen- und Aussenministerium bleibt fest in türkiser Hand: Das Innen- und Aussenministerium geht an die Türkisten, die auf diese Ressorts fast eine Erbpacht haben und für Kurz Repräsentationen versprechen. Klar war auch, dass sich die ÖVP das Finanzministerium holt, denn ohne diesem Ministerium ist ein Kanzler machtlos. 2007 hatte der damalige SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer in den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP auf das Amt verzichtet und das war ein Jahrhundertfehler.

Auch der Kurz-„Stadthalter“ Blümel steigt auf: Die eigentliche Überraschung ist es, dass Gernot Blümel Finanzminister werden soll. Der Magister in Philosophie sollte für die ÖVP eigentlich nächstes Jahr die Wien-Wahl schlagen. Für diesen Schachzug gibt es vermutlich nur zwei Gründe. Kurz will seinen vielleicht engsten Mitstreiter ins Rampenlicht rücken und möchte, weil das Regieren mit den Grünen vermutlich mühsamer als mit der FPÖ wird, jemandem dem er blind vertraut, am Geldhebel sitzen haben.

Medien bei Kurz: Gernot Blümel war unter Türkis-Blau auch für die Medienpolitik verantwortlich. Er arbeitete verbissen an der von den Blauen geforderten, ORF-Reform und der Medienförderung. Diese Agenden holte sich nun Kurz ins Kanzleramt.

Die Kultur wird Grün: Im Gegenzug erhalten die Grünen das Kulturressort und das wird nicht allen schmecken. Eine Kandidatin ist Eva Blimlinger, 8 Jahre lang Rektorin der Akademie der Bildenden Künste und seit Oktober Abgeordnete der Grünen im Parlament. Es wäre allerdings übertrieben zu sagen, dass der Verhandlungspunkt Kultur, über den man sich rasant einig war, bei den Verhandlungen zwischen Türkis und Grün ein großes Thema gewesen wäre. Und wiederum wurde mit keinem Wort, das in der Verfassung verankerte und zukünftige, technische Hilfswerk (ehemaliges Bundesheer) erwähnt.

07. 12. 2019: Wie Strache sein Comeback plant

Bei seinen Freiheitlichen ist er nach dem Ibiza-Skandal und der Spesen-Affäre in Ungnade gefallen und der Parteiausschluss dürfte unmittelbar bevorstehen. Ungeachtet dessen sammelt Heinz-Christian Strache fleissig weitere treue Gefolgsleute um sich. Aus Rache an der FPÖ oder aus dem Glauben heraus, an frühere blaue Erfolge in Wien anknüpfen zu können, will Strache bei der Wien-Wahl 2020 mit einer eigenen Liste antreten. Strache führte in einer lustigen Runde im Gasthaus Reznicek im 9. Wiener Gemeindebezirk das große Wort. Der Wirt hat, als Ganslesser-Lokal, bei den Blauen eine lange Tradition. Es ging, wie Augen- und Ohrenzeugen berichten, um das größte Opfer der allerübelsten Verschwörung und vor allem auch um die Pläne für sein großes Polit-Comeback. Mit dabei war, unter Anderen, der Unternehmer und Ex-GAK-Präsident Harald Fischl. Zuletzt war Fischl als Mediator zwischen Strache und der FPÖ im Gespräch, woraus aber offensichtlich nichts wurde. Strache-Intimus Fischl saß seinerzeit für die FPÖ im Nationalrat, war später unter Jörg Haider und ab Mitte 2006 unter Peter Westenthaler BZÖ-Finanzreferent. Bereits im Jänner könnte Strache (indem er das Mandat von seinem Wiener Gefolgsmann, dem Gemeinderat Karl Baron übernimmt) in den Wiener Gemeinderat einziehen. Baron schließt nicht aus, dass er zugunsten von Strache auf sein Mandat verzichtet. Strache behauptete auch, dass er bereits 10 von den derzeitigen 34 Wiener FPÖ-Gemeinderäte hinter sich habe. Für den Klubstatus, verbunden mit einer finanziellen Basis-Ausstattung, reichen 3 Abgeordnete. Neben den oben Genannten sollen bei seinem Comeback-Versuch im Hintergrund auch Ex-Werber Gernot Rumpold, sowie die früheren BZÖler Westenthaler und Gerald Grosz zur Verfügung stehen. Inwieweit sein Projekt von Erfolg gekrönt sein wird, lässt sich derzeit überhaupt nicht abschätzen. Bei der Wien-Wahl 2015 erreichte die FPÖ noch 31 Prozent und bei der Nationalratswahl 2019 schafften die Blauen in Wien immerhin noch 13 Prozent. Eine Liste-Strache ist nach derzeitigen Umfragen maximal im einstelligen Prozentbereich.

09. 12. 2019:

Die Immunität des FPÖ-Abgeordneten Zanger wurde aufgehoben

Der Immunitätsausschuss des Nationalrats hat die Immunität des FPÖ-Abgeordneten Wolfgang Zanger für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Leoben im Zusammenhang mit der aufgedeckten Liederbuch-Affäre und wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz aufgehoben. Zanger hatte zugegeben, dass er seit Jahren jenes Liederbuch einer Burschenschaft besitzt, das teils antisemitische und neonazistische Inhalte hat. Das Buch dürfte als Geschenk der Burschenschaft „Cheruskia“ an die Burschenschaft „Pennales Corps Austria zu Knittelfeld“ (bei er Mitglied ist), weitergegeben worden sein. Bei der Burschenschaft selbst liegt das Liederbuch angeblich nicht mehr auf.

Das Werk enthält Textzeilen wie:

- „Heil Hitler, ihr alten Germanen, ich bin der Tacitus“ ...
- „Land der Nehmer, Land der Geber, Land der Kriecher, Land der Streber“ ... (eine Abwandlung der Bundeshymne)
- „Polenmädchen sind verboten,
Judenschicksen sind tabu,
eine Stute zu besteigen,
lässt der Veterinär nicht zu“
- „Entlastet ist der Natzipimmel,
der frei blieb stets vom Rassenfimmel“ ...
(Moral und christliche Nutzenanwendung)

und weiteres völlig geschmackloses und menschenverachtendes Gedankengut. Zanger rechtfertigte den Besitz des Buches, ohne sich dabei wirklich zu distanzieren. Trotz herber Kritik anderer Parteien, wurde er von der FPÖ nicht ausgeschlossen. In der zweiten Immunitätsaufhebung ging es um die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Graz gegen FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. Hier steht der Vorwurf der Verhetzung, im Zusammenhang mit seinen Aussagen am FPÖ-Parteitag in Graz, im Raum. Der frühere Innenminister hatte dort von einer „Triple A-Bewertung“ für „Aggressive Afghanische Asylwerber“ gesprochen. Der Immunitätsausschuss sah diese Aussagen im Zusammenhang mit Kickls politischer Tätigkeit und lieferte ihn daher nicht aus. Bei Kickl ging es um politische Äußerungen und damit um den Kern der Immunität.

Der Verfassungsgerichtshof kippt das türkis-blaues Überwachungspaket

Die SPÖ hatte, zusammen mit den NEOS, die von der ÖVP und der FPÖ 2018 beschlossenen Überwachungsmaßnahmen beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Der Verfassungsgerichtshof hat nun weite Teile des türkis-blauen „Sicherheitspaktes“ für verfassungswidrig erklärt. Diese Entscheidung gab der Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs Christoph Grabenwarter bekannt. Aufgehoben wurden unter anderem Bestimmungen über den „Bundestrojaner“, sowie die automatische Auswertung von Video- und Section-Control-Daten über Autofahrer.

Ein U-Ausschuss soll die „mutmaßliche Käuflichkeit“ von ÖVP und FPÖ prüfen

Der mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung soll der „Ibiza-Untersuchungsausschuss“ nachgehen, den SPÖ und NEOS im Nationalrat beantragten. Ende März/Anfang April werden wohl die ersten Auskunftspersonen befragt, sagte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner und NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger, im Zuge einer Pressekonferenz. Beide Parteien wollen nicht nur die Postenbesetzungen in staatsnahen Betrieben untersuchen, sondern auch klären, „ob es Gegenleistungen für Gesetze“ (ob die Regierung käuflich war) gab, verwies Rendi-Wagner auf die strafrechtlichen Ermittlungen im Bereich Korruption, Amtsmissbrauch und Untreue. Die maßgeblichen Akteure werden wohl auch der nächsten Regierung angehören. Sie könne sich unter anderem nicht vorstellen, dass Sebastian Kurz (ÖVP) und Gernot Blümel (ÖVP) nichts von den Postenbesetzungen wussten. Die NEOS-Chefin ist überzeugt, dass es sich hierbei um einen ÖVP-FPÖ-Skandal handelt. Als Untersuchungsgegenstand wird im erstunterzeichneten Antrag (Krainer-SPÖ und Krisper-NEOS) „die mutmaßliche politische Absprache über das Gewähren ungebührlicher Vorteile im Bereich der Vollziehung des Bundes durch Mitglieder der Bundesregierung oder Staatssekretäre und diesen jeweils unterstellte leitende Bedienstete an natürliche oder juristische Personen, die politische Parteien direkt oder indirekt begünstigten“ und zwar im Zeitraum 18. Dezember 2017 bis 10. Dezember 2019 genannt.

Konkret soll in folgenden Bereichen untersucht werden:

- Die Vollziehung des Glücksspielgesetzes (etwa bei Vergabe von Glücksspielkonzessionen)
- Einflussnahme auf die Verwaltung und möglicher „Gesetzeskauf“
- ob die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft von politischer Seite beeinflusst wurden.

- Über die Causa Casinos hinaus wird der Bogen bis
- zur Finanzmarktaufsichts-Reform und
- Postenbestellungen in allen staatsnahen Unternehmen gezogen.

Die Liste der Auskunftspersonen wird zwar erst fixiert, wenn das Verlangen vom Hauptausschuss für zulässig erklärt, der U-Ausschuss vom Nationalrat eingesetzt, der Beweisbeschluss gefasst wurde und die ersten Aktenlieferungen eingetroffen sind. Aber der abberufene Casinos-Finanzvorstand Peter Sidlo, Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner, Vorstand Dietmar Hoscher und Ex-Finanzminister Hartwig Löger werden mit Sicherheit dabei sein, merkte Krisper an.

Nun drohen drastische Verschärfungen bei Krankenständen

Einem Forderungspapier der Wirtschaft für eine neue „Krankenordnung“ ist zu entnehmen, dass der Arbeitgeber künftig bei einem Missbrauchsverdacht einen Anspruch auf eine Überprüfung des Gesundheitszustandes erhalten soll. Derzeit hat der Dienstgeber nur die Möglichkeit, die Durchführung einer Kontrolle durch die Kasse anzuregen. Die Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Barbara Teiber, bezeichnete diese Forderung als „heftige Geschichte“. Es gebe jetzt schon zahlreiche Überprüfungen und es mache einen großen Unterschied, ob der Dienstgeber eine Überprüfung anregen oder anordnen kann. Nach den Vorstellungen der Wirtschaft soll die Arbeitsunfähigkeitsbestätigung auch die voraussichtlicher Dauer und die Ursache des Krankenstandes, sowie die ärztlich angeordneten Ausgehzeiten bzw. Bettruhe beinhalten. Im Entgeltfortzahlungsgesetz ist bereits jetzt vorgesehen, dass der Dienstnehmer dem Dienstgeber eine Bestätigung über Beginn und die voraussichtliche Dauer (sofern dies vom Arzt prognostiziert werden kann) der Arbeitsunfähigkeit vorzulegen hat. Beschlossen wird die neue Krankenordnung für die ÖGK im sogenannten Überleitungsausschuss. Teiber befürchtet, dass die Wirtschaftskammer für ihre Vorstellungen auch eine Mehrheit bekommt. Zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern herrscht zwar Parität, allerdings ist derzeit nicht absehbar, wie der ÖAAB-Vertreter auf Arbeitnehmerseite abstimmen wird. Die GPA-Vorsitzende sieht, in den von der Wirtschaft geforderten Verschärfungen, gegenüber den Arbeitnehmern jedenfalls einen „Generalverdacht“. Die ÖGK wird damit im Sinne der Dienstgeber instrumentalisiert und man kann erkennen, warum die Arbeitgeber die Änderung der Mehrheitsverhältnisse wollten. Teiber glaubt, dass die Wirtschaft die, von der türkis-blauen Regierung angekündigten, Leistungsharmonisierung auf hohem Niveau nun gegen die Verschärfungen beim Krankenstand eintauschen will.

11. 12. 2019: Die ÖVP-Minister dürfen im Kampf gegen Steuertricks nicht mehr behindern

Das Parlament hat (gegen die Stimmen von ÖVP und NEOS) beschlossen, dass jeder Finanzminister in Sachen EU-Steuerpolitik für Transparenz und gegen die Steuertricks der Multis stimmen muss. Multinationale Konzerne schleusen in Europa jährlich fast 70 Milliarden Euro Steuern an den Staaten vorbei und diese großangelegte Steuervermeidung richtet enormen Schaden an. Alleine in Österreich fehlen dadurch etwa 1,5 Milliarden Euro in der Staatskasse. Durch aufwändige Konstruktionen zahlen internationale Großkonzerne rund ein Drittel weniger Steuern als kleine und mittlere Unternehmen und das führt zu einer massiven Verzerrung des Wettbewerbs. Bereits 2016 hat die EU-Kommission strengere Transparenzregeln für Großkonzerne vorgeschlagen. Ab einem Jahresumsatz von 750 Millionen Euro sollen Großkonzerne Umsatz, Gewinn, Mitarbeiterzahl und Steuerleistung pro Land auf ihrer Website veröffentlichen. So wird leicht einsehbar, ob Unternehmen auch dort ihre Steuern zahlen, wo sie Geschäfte machen. Betreffen würde das weltweit die 6.000 größten Konzerne. „Öffentliche Finanzberichte sind ein entscheidender Hebel, um Steuervermeidung einzudämmen. Sie würden den öffentlichen Druck (Konzerngewinne werden tatsächlich dort besteuert, wo sie entstehen), massiv erhöhen, sagt David Walch von Attac Österreich. Doch Österreichs Finanzminister blockierten den Beschluss von Anfang an und das funktionierte bisher leider sehr gut, weil Kommissionsbeschlüsse zu Steuerpolitik einstimmig gefällt werden müssen. Das Europäische Parlament ist, wie auch die meisten Mitgliedsstaaten (mit Ausnahme von Zypern, Luxemburg, Irland und eben auch Österreich) mehrheitlich dafür. Die ÖVP-Minister Schelling und Löger haben die Steuertransparenz für Multis ebenso verhindert, wie die Übergangsministerin Elisabeth Udolf-Strobl, die in den 90er Jahren im Kabinett von Wolfgang Schüssel arbeitete. Das Parlament hat jetzt endlich eingegriffen und die Finanzminister müssen in Zukunft „Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene forcieren“. Der SPÖ-Antrag wurde im EU-Hauptausschuss mit den Stimmen der Grünen und der FPÖ angenommen. Wer auch immer für Österreich in der EU abstimmt, muss der Veröffentlichung von Berichten der Konzerne über Umsatz, Gewinn und Steuern pro Land zustimmen.

Das blaue Postenkarussell dreht sich munter weiter

Als die FPÖ im Dezember 2017 mehrere Ministerien übernimmt, müssen die diversen Kabinette der jeweiligen MinisterInnen besetzt werden und so kamen in vielen Fällen bewährte Kameraden (oft mit burschenschaftlichem Hintergrund) zum Zug. Hofers Kabinettschef René Schimanek verkehrte einst im Dunstkreis der „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO) von Neonaziführer Gottfried Küssel und auf mindestens einer Wehrsportveranstaltung der VAPO war auch Heinz-Christian Strache. Herwig Götschober (Hofers Pressesprecher) stand gleich zwei Burschenschaften (akademischen Burschenschaft Bruna Sudetia und der Mittelschüler-Verbindung Franko-Cheruserker) zur Verfügung. Mitglied der Franko-Cheruserker war auch jener Security Mitarbeiter im Parlament, der es wegen seiner Rechtsaußen-Gesinnung zu fragwürdiger Berühmtheit brachte. Der „Alte Herr“ (Andreas Reichhardt) der einschlägig bekannten Wiener Studentenverbindung „Grenzlandschaftsmannschaft Cimbria“ ist gleichzeitig ein ehemaliger Wehrsport-Kamerad von Strache brachte es sogar zum Generalsekretär im Infrastrukturministerium. Die blauen Kabinette wurden nach dem Ende von Schwarz-Blau zwar aufgelöst, aber der Ex-Wehrsportler Reichhardt brachte es in der Übergangsregierung von Kanzlerin Bierlein sogar zum neuen Infrastrukturminister. Auch im Innenministerium könnte die FPÖ langfristig und spürbar ihre Spuren hinterlassen, denn mit Helgar Thomic-Sutterlüti (einst Straches Kabinettschef) besetzen die Blauen einen der wichtigsten Jobs (Leiter der Gruppe I/A: Personal, Organisation, Budget und Ausbildung) im Innenministerium. Neben ihm haben es zahlreiche weitere blaue Parteigänger in die Ministerialbürokratie geschafft. So wird etwa das „Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl“ vom Ex-FPÖ-Gemeinderat und blauen Polizeigewerkschafter Wolfgang Reischer geleitet. Auch bei den Höchstgerichten sind eine ganze Reihe von Personen mit einem ÖVP- bzw. FPÖ-Ticket eingezogen. Von den 14 RichterInnen können 6 der ÖVP, sowie 2 der FPÖ zugerechnet werden und bilden damit eine satte Mehrheit. Die FPÖ hat ihre Parteigänger auch in vielen wichtigen Unternehmen (ORF, Österreichische Nationalbank, ÖBB, ASFINAG, Austrocontzrol, Verbund, OMV), die im Einfluss der Republik stehen, „eingeschleust“. Auch der Wärmepumpen-Unternehmer Karl Ochsner (Strache`s Trauzeuge) stand bereit, um nach der Nationalratswahl 2017, als Vertrauter des damaligen FPÖ-Parteichefs Strache einen lukrativen Posten (Aufsichtsrat der ÖBB Holding und Mitglied des Immobilien Boards der ÖBB) im öffentlichen Dienst zu übernehmen. Und in weiterer Folge wurde er 2019 Aufsichtsratsvorsitzender der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG). Der Hintergrund, dieser von ÖVP und FPÖ neu aufgestellten ÖBAG, könnten auch Privatisierungs-Überlegungen gewesen sein.

2018 hält zwar der damalige Finanzminister Löger fest, dass „die Privatisierung von Anteilen aktuell nicht angestrebt“ werde. Die Einschränkung „aktuell“ ist dabei allerdings durchaus bedeutsam, denn in der gleichen Aussendung heißt es, dass die „Veräußerungen von Beteiligungen“ eine der Aufgaben der neuen ÖBAG sind. Bereits unter Schwarz-Blau/Orange I (2000-2006) hat sich die FPÖ massiv für den Einfluss bei der Österreichischen Bundesbahn interessiert und nun wird der Einfluss „munter“ ausgebaut. Dieses strategische Interesse hat mehrere Gründe. Die EisenbahnerInnen und ihre Familien sind ein wichtiges WählerInnen-Segment und schließlich werden über die ÖBB zahlreiche Zuliefereraufträge in verschiedensten Branchen und in der gesamten Republik vergeben. So zieht Ilse Groß (Gattin von Renè Schimanek, Kabinettschef von Ex-Minister Hofer) in den Aufsichtsrat der ÖBB-Personenverkehr AG ein. Auch die einstige Innsbrucker Gemeinderätin Barbara Kolm befindet sich auf der Liste der ÖBB-AufsichtsrätInnen. Einen der beiden Vorstandsposten der ÖBB Holding hat Arnold Schiefer ergattert. Schiefer ist FPÖ-Urgestein und gleichzeitig auch ein stolzer Teutone (Mitglied der Wiener Burschenschaft Teutonia). Diese Vereinigung gilt sogar innerhalb, der extrem rechten Burschenschafternetzwerke, als besonders berüchtigt. Alexander Schierhuber (Corps Saxonia Wien), ehemals Obmann des Ringes freiheitlicher Studenten (RFS), wird zum Geschäftsführer der Breitspur Planungsgesellschaft im blau geführten Infrastrukturministerium bestellt. Aufsichtsratsvorsitzender der Autobahn-Gesellschaft ASFINAG wird Peter Franzmayr, ehemaliger Magistratsdirektor aus Wels und Mitglied der Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien. Im Aufsichtsrat der ASFINAG Maut Service GmbH sitzt mit Reinhard Teufel ein weiterer Burschschafter (Brixia Innsbruck). Die Brixen waren in den 1960er Jahren für ihre tiefe Verstrickung in den Südtirol-Bombenterror sehr bekannt. Ins Vierer-Direktorium der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) steigen gleich zwei Burschschafter auf. Gouverneur ist nun Robert Holzmann (deutschnationalen Sängerschaft Gothia zu Graz) und der Stadtrat und Wiener Ex-Klubobmann Eduard Schock (Wiener Aldania). Auch im ORF hat die FPÖ ihre Spuren hinterlassen. Vorsitzender des Stiftungsrates war bis Mai 2019 Norbert Steger, Ex-Obmann der FPÖ und zumindest ehemaliges Mitglied der Sängerschaft Barden zu Wien. Sein Schwiegersohn Christoph Erler sitzt im Publikumsrat des Senders. Erlers Frau und Stegers Tochter, Angela Steger, hat derweil andere Aufgaben übernommen. Sie wurde vom Infrastrukturministerium mit einem Aufsichtsratsposten in der Wasserstraßen-Gesellschaft Via Donau „versorgt“. Langfristig, aber sicher wesentlich bedeutender, als die Positionen des Steger-Clans, ist der Aufstieg von Kathrin Zierhut im ORF zu bewerten. Die ehemalige Bezirksrätin sitzt nun als Personalchefin an einer absoluten Schaltstelle und ist damit unter Anderem für die Organisationsentwick-

lung, Unternehmensplanung, Human Ressourcen, Personal-Administration, Personalentwicklung und die Revision des ORF verantwortlich. Zusätzlich gibt es unzählige Parteigänger der Blauen, die unter Türkis/Blau in den verschiedensten Ministerien, der Polizei, den Höchstgerichten, der neuen Österreichischen Gesundheitskasse oder in den Universitäten untergebracht wurden. Das sind zum Teil sehr einflussreiche Positionen, die jetzt durch extreme Rechte besetzt wurden. Fast alle diese Jobs sind nebenbei verlockend überproportional gut entlohnt. Für die Aufsichtsräte von ÖBB und ASFINAG hat FPÖ-Chef Hofer übrigens die Gagen kurz vor seinem Abgang als Minister noch schnell kräftig erhöht. So hat er die Gehälter der ÖBB-Chefetage um 55 Prozent (von 9.000 auf 14.000 Euro), das Sitzungsgeld von 200 auf 800 Euro und die Gagen der Aufsichtsräte der ASFINAG um 100 Prozent (von 4.000 auf 8.000 Euro) erhöht.

Das blaue Postenkarussell im Überblick:

ASFINAG:	Hartwig Hufnagl (Kabinettschef von Ex-Minister Hofer)	Aufsichtsratsvorsitzender ASFINAG Bau Management GmbH Aufsichtsratsvorsitzender ASFINAG Service GmbH Aufsichtsratsvorsitzender ASFINAG Alpenstraßen GmbH stv. Aufsichtsratsvorsitzender ASFINAG Maut Service GmbH
	Peter Franzmayr (Ex-Magistrats- direkter von Wels, Burschenschaft O.Ö. Germanen in Wien)	Aufsichtsrat
	Kornelia Waitz-Ramsauer (von der Partei in den Rat der Linzer Johannes-Kepler- Universität entsandt)	Aufsichtsrätin

ASFINAG:	Reinhard Teufel (Kabinettschef von Ex-Minister Kickl, Burschenschaft Brixia Innsbruck)	Aufsichtsrat ASFINAG Maut Service GmbH
Austrocontrol:	Axel Schwarz (Flugausbilder von Ex-Minister Hofer)	Geschäftsführer
	Werner Walch	Aufsichtsratsvorsitzender
	Kathrin Glock (Frau des Waffeni- industriellen Glock)	Aufsichtsrätin
	Katharina Levina-Rabl (Frau des Welser Bürgermeisters Andreas Rabl)	Aufsichtsrätin
Brenner Basistunnel (BBT):	Hubert Gorbach (Ex-Vizekanzler und Ex-Minister)	Aufsichtsrat
Casino Austria:	Peter Sidlo (Bezirksrat)	Vorstandsdirektor (Auf Grund des öffentlichen Drucks wurde er im Dezember 2019 abge- setzt) Weiterer Posten: Generalrat Österreichische Nationalbank
ÖBB:	Arnold Schieder (Burschenschaft Teutonia Wien)	Vorstandsmitglied ÖBB Holding Aufsichtsratsvorsitzender ÖBB Infrastruktur

ÖBB:

Gilbert Trattner (Ex-Bundes- geschäftsführer)	Aufsichtsratsvorsitzender ÖBB Holding Aufsichtsrat ÖBB Rail Cargo Austria Aufsichtsrat ÖBB-Personenverkehr AG
Heinz Freunschlag (Sohn des Ex- Politikers Jörg Freunschlag)	Vorstandsmitglied ÖBB-Personenverkehr AG
Michaela Huber (Vertraute von Arnold Schiefer)	Vorstandsmitglied ÖBB-Personenverkehr AG
Martin Santner (Kabinett von Ex- Minister Gorbach)	Geschäftsführer ÖBB Business Competence Center (Rechnungswesen, Personalabteilung und IT)
Karl Ochsner (Strache Trauzeugen)	Aufsichtsrat ÖBB Holding Mitglied ÖBB Immobilien Board Weiterer Posten: Aufsichtsrat: Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG)
Alexander Schierhuber (Ex-Obmann RFS, Corps Saxonia Wien)	Geschäftsführer Breitspur Planungsgesellschaft
Ilse Groß (Kabinettschefin von Ex-Minister Hofer, Frau von Renè Schimanek)	Aufsichtsrätin ÖBB-Personenverkehr AG

ÖBB:	Daniel Pinka (Büro von Ex-Staatssekretär Fuchs)	ÖBB Presse
	Mark Perz	Geschäftsführer ÖBB Produktions-GmbH
	Ines Mölzer-Leitner (Kabinett von Ex-Minister Hofer, Schwiegertochter des Ex-EU-Abgeordneten Andreas Mölzer)	ÖBB Public Affairs
Österreichische Agentur für Ernährungs - sicherheit (AGES):	Arthur Kroismayr (Vizebürgermeister)	Aufsichtsratsvorsitzender
Österreichische Beteiligungs-AG (ÖBAG):	Christian Ebner (Kabinettschef von Ex-Minister Gorbach)	Aufsichtsrat
Österreichische Nationalbank (ÖNB):	Robert Holzmann (Ex-Mitglied des Atterseekreises, Sängerschaft Gothia Graz)	Gouverneur
	Eduard Schock (Stadtrat Wien, Burschenschaft Aldania Wien)	Direktor
	Franz Maurer	Generalrat Weiterer Posten: Stiftungsrat ORF
	Felix Mayrbäurt (Ex-Obmann RFS, Burschenschaft Libertas Wien)	Abteilung Informationsmanagement Services und Zahlungsverkehr

Österreichische Post AG:	Huberta Gheneff (bevorzugte Rechtsanwaltskanzlei der Partei)	Aufsichtsrätin
OMV:	Cathrina Trattner (Tochter des Ex-Bundesgeschäftsführers Gilbert Trattner)	Aufsichtsrätin Weiterer Posten: Unirätin Veterinärmedizinische Universität Wien
ORF:	Kathrin Zierhut (Ex-Bezirksrätin)	Personalchefin
	Thomas Prantner (Verbindungsmann der Partei zum ORF)	Direktor Online und Neue Medien
	Norbert Steger (Ex-Obmann, Universitätssängerschaft Barden zu Wien)	Stiftungsrat
	Gerhard Anderl (Vizepräsident der Jörg Haider Gestellschaft)	Stiftungsrat
	Markus Braun (Kassier des parteinahen Instituts für Sicherheitspolitik)	Stiftungsrat
	Claudia Hasenörl	Stiftungsrat
	Georg Watschinger (Burschenschaft Brixia Innsbruck)	Stiftungsrat
	Barbara Nepp (Frau des Wiener Parteichefs Dominik Nepp)	Stiftungsrat, stv. Vors. Publikumsrat
Christoph Erler (FPÖ-Mieterschutzring, Schwiegersohn des Ex-Parteiohmann Steger)	Publikumsrat	

ORF:	Corina Heinreichsberger (Freiheitlicher Familienverband)	Stiftungsrat Publikumsrat
Rundfunk- und Telekom Regu- lierungs - GmbH (RTR):	Klaus Steinmaurer	Geschäftsführer
Verbund:	Achim Kaspar (Ex-Obmann RFJ)	Vorstandsmitglied
Via Donau:	Angela Steger (Tochter des Ex-Obmann Norbert Steger)	Aufsichtsrat

13. 12. 2019: Der Anti-Parlamentarismus von Kurz & Kogler

Der türkise Ex-Kanzler hat sich dem Parlamentarismus aktiv entzogen und daher war der Misstrauensantrag im Mai 2019 gegen ihn notwendig. Zuerst war Kurz als Kanzler kaum im Parlament anwesend und dann übergang Türkis-Blau mit ihren Initiativanträgen bzw. kurzfristigen Gesetzesabänderungen immer wieder das Parlament. Am liebsten hätte er vermutlich, gemeinsam mit H.C. Strache, allein und ohne Einschränkungen des Parlaments, regiert. Dies zeigte sich direkt nach seinem ersten Wahlsieg, als er Elisabeth Köstinger als Parlamentspräsidentin installierte. Sie war vorher noch keine einzige Sekunde als Abgeordnete im Parlament tätig gewesen und wurde von Kurz nur bis zur Regierungsbildung als Präsidentin eingesetzt. Viele werteten das als symbolische Respektlosigkeit gegenüber dem Nationalrat. Bereits nach der zweiten Sitzung des neuen Nationalrates machte Kurz (trotzdem er noch gar nicht Kanzler ist), offensichtlich dort weiter, wo er im Mai aufgehört hat und die Grünen spielen mit. Mit den Stimmen von ÖVP und Grünen wurden zwei Fristsetzungsanträge (das Bundesministeriengesetz und ein Budgetprovisorium für 2020) durchgesetzt. Damit werde der Parlamentarismus mit Füßen getreten, empört sich die SPÖ und „Solche Gesetze, ohne Diskussion durchzupeitschen ist zutiefst peinlich“, sagt Niki Scherak von den NEOS. Damit offenbarten Türkis und Grün indirekt auch eine Deadline für ihre Verhandlungen.

Die vorhersehbare FPÖ-Abspaltung

Drei Gemeinderäte (Dietrich Kops, Klaus Handler und Strache`s „Busenfreund“ Karl Baron) sind aus der Wiener FPÖ ausgetreten und gründeten eine neue Partei mit dem Namen „Die Allianz für Österreich“ (DAÖ) und dadurch wäre auch eine Liste Strache im Wiener Landtag nur noch eine reine Formsache. Der neu gegründete Klub im Gemeinderat hat auch bereits die Satzungen zur Parteigründung im Innenministerium hinterlegt, sagte Gernot Rumpold, der die Öffentlichkeitsarbeit und den Auftritt von „DAÖ“ betreut. Der Unterschied zur FPÖ sei laut Baron, dass man keinen Anti-Strache-Kurs fahre und was die drei ausgetretenen Freiheitlichen noch eint, ist die Loyalität zu Strache. Selbst im Falle einer Anklage etwa aufgrund der Spesen-Vorwürde sei dieser als Mitstreiter herzlich willkommen, machte Baron klar. FPÖ-Chef Hofer kündigte indes eine Pressekonferenz über das Thema „DAÖ“ an und bezeichnete die FPÖ-Abspaltung als Bündnis Zukunft Ibiza.

15. 12. 2019:

Von der Türkis-Blauen Regierung bleibt nichts übrig

Die „wirklich recherchierenden“ Medien, die Opposition und der Gewerkschaftsbund (stellvertretend für die Sozialpartner) sind sich einig, dass die Kurz-Strache Regierung diese Gesetze, ohne Einbindung der Zivilgesellschaft und juristisch mehr als laienhaft beschlossen hat. Die Gesetzesnovellen, für die sich die Ibiza-Regierung öffentlich so sehr brüstete werden alle aufgehoben und diese „Projekte“ befassen nun, eine nach dem anderen, den Verfassungsgerichtshof. Er kippt das Überwachungspaket fast zur Gänze. Das Gericht stellt eindeutig fest, dass der Bundestrojaner, die Autobahnkennzeichenüberwachung und ein Eindringen in die Wohnung zur Installation von Überwachungsgeräten gegen die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger, verstößt. Kickls Traum von einer Polizeipferdestaffel, wurde nach der Evaluationsphase (zu Teuer, zu wenig nutzen) eingestellt. Auch das ist eine Tatsache, auf welche die Zivilgesellschaft ständig hingewiesen hatte. Aber die Türkis/Blaue Regierung scherrte sich „einen Dreck“ um die Meinungen anderer. Die Fusion der Sozialversicherungsträger ist die nächste türkis/blau Niederlage. Einerseits, kostet die Fusionierung zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) viel mehr und spart auf der anderen Seite viel weniger ein als die Regierung und die „A-Sozialministerin“ Beate Hartinger-Klein vorgerechnet haben. So werden beispielsweise in dem Gutachten der Ex-Ministerin Gesamtverwaltungskosten von 1,5 Milliarden Euro angenommen. Das beinhaltet aber alle Sozialversicherungen und nicht nur die, die von der Fusion betroffenen Gebietskrankenkassen. Daraus ergibt sich eine Differenz in der Höhe von 750 Millionen Euro. Einsparen wollte Türkis-Blau auch bei den Beschaffungskosten. Diese wurden aber in den Berechnungen doppelt berücksichtigt, Außerdem seien bestehende Einkaufskooperationen nicht herangezogen worden, mein AK-Gutachter Krickl. Der VgH wird auch darüber entscheiden müssen, ob die faktische Abschaffung der Selbstverwaltung überhaupt Verfassungskonform ist. Auch die Leistungsharmonisierung in der Krankenkasse wird nicht kommen. Sebastian Kurz versprach stets eine Angleichung der Leistungen für alle nach oben. Er hat jedoch mit seiner Konzernregierung die Unternehmer mit viel zuviel Macht ausgestattet und diese zieren sich jetzt bei dieser Sache und blockieren wo sie nur können und das, obwohl sie selbst gar nicht in der ÖGK versichert sind. Das ist auch ein Grund, warum die „Reform“ der Selbstverwaltung vom VgH aufgehoben werden muss. Auch beim Thema Lehre und Asyl hatte der unnötig harte Kurs der damaligen Regierung nicht lange Bestand. AsylwerberInnen dürfen künftig, solange sie sich in einer Berufsausbildung befinden, nicht abgeschoben werden. Die groß angekündigte Steuerentlastung ist nicht gekommen, das

Rauchverbot wurde eingeführt und auch die Mindestsicherung samt Familienbeihilfe wackelt enorm. Noch nie gab es in Österreich eine derart unprofessionelle bzw. diletantische Regierung und noch nie beschäftigte eine Regierung, mit Ausnahme von Schwarz/Blau 1, derart die Gerichte. Am Ende bleiben von der Regierung Kurz/Strache nur mehr die höchsten Ausgaben aller Zeiten für ihre Kabinette und Inserate übrig. Diese Regierung kostete den Steuerzahlern viele Millionen Euro an Steuergeld und das wurde wiederum den Gönnern von Kurz und Strache „in den Rachen geworfen“. Im wiedereingeführten Schulnotensystem ist dies ein glattes nicht genügend.

Die Abstimmung „des Spieles der freien Kräfte“ im Parlament

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Neos
Keine Abschiebung von Lehrlingen	J	J	N	J	J
Glyphosat-Verbot umsetzen	J	N	J	J	J
EU-weite Steuertransparenz für Konzerne	J	N	J	J	N
Rückkauf der Novomatic-Anteile an Casinos (abgelehnt)	J	N	J	N	N
Casino U-Ausschuss (Minderheitsverlangen)	J	N	N	N	J

17. 12. 2019:

Die blaue „DAÖ“ (Die Allianz für Österreich)

Die Abspaltung der „DAÖ“ von der FPÖ ist in der österreichischen Politlandschaft keine Neuheit.

Freie Demokratische Partei (FDP): 1993 versuchte es der ehemalige FPÖ-Staatssekretär Mario Ferraro-Brunnenfeld mit der Freien Demokratischen Partei Österreichs, die jedoch letztlich im Sand verlief.

Liberales Forum (LIF): Ebenfalls 1993 spaltete sich das Liberale Forum (LIF) von der FPÖ ab. Den Ausschlag für das Zerwürfnis gab das, von FPÖ-Chef Jörg Haider initiierte, Anti-Ausländer-Volksbegehren „Österreich zuerst“. Die Dritte Nationalratspräsidentin und Haider-Stellvertreterin Heide Schmidt verließ daraufhin mit vier weiteren Abgeordneten Haiders FPÖ und gründete ihren eigenen Parlamentsklub. Bei der Nationalratswahl 1995 zog das LIF mit 5,5 Prozent ins Parlament ein. Vier Jahre später scheiterte die Partei schließlich mit 3,7 Prozent an der 4-Prozent-Hürde und flog aus dem Hohen Haus.

Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ): 2005 ist es Jörg Haider selbst, der seine Partei hinter sich lässt. Aufgerieben von der Regierungsarbeit in der schwarz-blauen Koalition und von einem monatelangen Richtungsstreit gründet Haider eine neue Bewegung namens „Bündnis Zukunft Österreich“. Bei der Nationalratswahl 2013 war die Geschichte des BZÖ dann auch schon wieder zu Ende. Noch vor dem Urnengang wechselten etliche Abgeordnete zum neu gegründeten Team Stronach und 3,5 Prozent der Stimmen reichten schließlich nicht mehr für den Einzug in den Nationalrat.

Freie Demokratische Partei (FLÖ): Neben prominenteren Abspaltungen gab es auch kleinere Versuche, sich als freiheitliche Alternative zu präsentieren. So trat bei der Nationalratswahl 2017 die FLÖ für Niederösterreich unter Barbara Rosenkranz an, aber sie erreichte nur 0,2 Prozent.

Freie Partei Salzburg (FPS): 2018 war Karl Schnell mit seiner FPS zwar erfolgreicher, aber scheiterte letztendlich mit 4,5 Prozent relativ knapp am Landtagseinzug.

Liste Burgenland: Ebenfalls aus der FPÖ hervorgegangen ist die Liste Burgenland um die ehemaligen Landesvorsitzenden Wolfgang Rauter und Manfred Kölly, der bis heute im Landtag sitzt.

Die Vereinigung zur Österreichischen Gesundheitskasse und die paritätische Zusammensetzung der Organe ist verfassungskonform

Die Übertragung der Sozialversicherungsprüfung an Abgabenbehörden des Bundes (Finanzministerium), sowie Bestimmungen über Eignungstest werden aufgehoben. Der Verfassungsgerichtshof bestätigt in seiner verkündeten Entscheidung die im Rahmen der Sozialversicherungs-Organisationsreform erlassenen Bestimmungen über die Fusion der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse als verfassungskonform. Auch die paritätische Zusammensetzung der Organe der Österreichischen Gesundheitskasse, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und der Pensionsversicherungsanstalt aus Vertretern der Dienstnehmer und der Dienstgeber, sowie die Auflösung der Betriebskrankenkassen werden vom Verfassungsgerichtshof als nicht verfassungswidrig erkannt. In einigen Aspekten der Reform stellte der Gerichtshof jedoch massive Verfassungswidrigkeiten fest.

Folgende **Bestimmungen** sind **NICHT verfassungswidrig**:

- die Bestimmungen über die Vereinigung der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse;
- die Bestimmungen über die paritätische Zusammensetzung der Organe der Österreichischen Gesundheitskasse, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, sowie der Pensionsversicherungsanstalt aus Vertretern der Dienstnehmer und der Dienstgeber;
- die Auflösung der Betriebskrankenkassen;
- die Bestimmungen über die Abgeltung der Aufwendungen für arbeitslose Versicherte, die während ihres Dienstverhältnisses bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter versichert waren;
- die Übertragung von Abteilungen und die Zuweisung von Bediensteten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger an die Österreichische Gesundheitskasse;
- die Bestimmung, wonach sich die staatliche Aufsicht bei den Sozialversicherungsträgern auch auf die Zweckmäßigkeit der Verwaltungsführung erstreckt;
- die Bestimmung, wonach der Verwaltungsrat des Sozialversicherungsträgers bestimmte Geschäfte tunlichst an das Büro des Versicherungsträgers zu übertragen hat;
- der Entfall der Kontrollversammlungen bei den Sozialversicherungsträgern;
- Bestimmungen über die Zusammensetzung der Konferenz der Sozialversicherungsträger bei deren Dachverband;

Folgende **Bestimmungen** werden als **verfassungswidrig** aufgehoben:

- die Bestimmungen über den Eignungstest für Organe die der Sozialversicherungsträger als Vertreter der Dienstnehmer und der Dienstgeber entsendet;
- die Bestimmungen über die Übertragung der Sozialversicherungsprüfung an die Abgabenbehörden des Bundes;
- die Bestimmungen über die staatliche Aufsicht, soweit sich diese auch auf Beschlüsse bezieht, deren finanzielle Auswirkungen ein Ausmaß von 10 Millionen Euro innerhalb eines Kalenderjahres oder innerhalb von fünf Kalenderjahren übersteigt;
- die Bestimmung, wonach die Aufsichtsbehörde die Beschlussfassung von Sozialversicherungsorganen zu bestimmten Tagesordnungspunkten vertagen lassen kann;
- die Bestimmung, wonach die Hauptversammlung und der Verwaltungsrat der Sozialversicherungsträger bei Erlassung ihrer Geschäftsordnung an die, vom zuständigen Bundesminister, erlassene Mustergeschäftsordnung gebunden sind;
- die Bestimmung, wonach das Zielsteuerungssystem der Sozialversicherungsträger dem Weisungsrecht des zuständigen Bundesministers unterliegt;
- die Bestimmung, wonach der zuständige Bundesminister bestimmte Vorbereitungsaufgaben des Dachverbandes auf einen oder mehrere Versicherungsträger übertragen kann;
- die Bestimmung, wonach der Vorsitzende des Überleitungsausschusses bestimmte Angelegenheiten dem zuständigen Bundesminister zur Entscheidung vorlegen kann, wenn ein Beschluss des Überleitungsausschusses nicht zustande kommt;
- die Bestimmung, wonach der Vorsitzende des Überleitungsausschusses der Gruppe der Dienstgeber anzuhören hat;
- die Bestimmung, wonach die Entsendung der Vertreter der Dienstnehmer in die Organe der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau von der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz vorzunehmen ist.

Für die Übertragung der Sozialversicherungsprüfung an die Abgabenbehörden des Bundes wird eine Reparaturfrist bis 1. Juli 2020 gesetzt. Gegen die, im Dezember 2018, verabschiedete Organisationsreform der österreichischen Sozialversicherung wurden beim VfGH insgesamt vierzehn Anträge auf Gesetzesprüfung eingebracht.

Die Antragsteller waren:

1. die SPÖ-Bundesratsfraktion
2. die Kärntner Gebietskrankenkasse
3. die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse
4. die Steiermärkische Gebietskrankenkasse
5. die Tiroler Gebietskrankenkasse
6. die Betriebskrankenkassen voestalpine Bahnsysteme, Kapfenberg, Zeltweg und Mondl
7. die Arbeiterkammern Tirol
8. die Arbeiterkammer Vorarlberg
9. die Arbeiterkammer Wien
10. die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
11. der Betriebsrat der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse
12. der Österreichische Seniorenrat
13. das Landesgericht Linz als Arbeits- und Sozialgericht
14. sowie mehrere Versicherte
15. und schließlich 113 Dienstnehmer, die in die „Verwaltungskörper“ (Organe) von Sozialversicherungsträgern entsendet worden sind.

Die Anträge hatten sich vor allem gegen die Vereinigung der Gebietskrankenkassen und der Betriebskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse, die Neugestaltung der Verwaltungskörper der Sozialversicherungsträger, die Einführung eines Eignungstests für die Mitglieder dieser Verwaltungskörper, die Neuregelung der staatlichen Aufsicht über die Sozialversicherungsträger, sowie die Übertragung der Sozialversicherungsprüfung an die Abgabenbehörden des Bundes (Finanzministerium) gerichtet. Die Antragsteller hatten in diesen Neuregelungen insbesondere einen Verstoß gegen die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Selbstverwaltung gesehen. Das Erkenntnis wurde auf der Website des VfGH www.vfgh.gv.at veröffentlicht.

19. 12. 2019:

ÖVP verhindert die Abschaffung der Maklergebühren

In der Regel zahlen die Mieter die Maklergebühr. Aber obwohl man die Wohnung über eigene Recherche gefunden hat, muss man (zusätzlich zur Kautions) 2 Monatsmieten Provision an die Makler zahlen. Aus Sicht des Mieters ist es eine Gebühr fürs Aufsperrn der Wohnung, da die Maklerarbeit nämlich für den Vermieter stattfindet und der erspart sich dadurch die Vermittler-Arbeit. Die SPÖ bekämpft dieses Problem schon sehr lange. So senkte sie vor einigen Jahren die maximalen Maklergebühren von 3 auf 2 Monatsmieten. Mehr war damals in der Koalition mit der ÖVP nicht zu holen. Jetzt startete sie einen neuen Anlauf zur Abschaffung der Maklergebühren für die Mieter. Die Maklergebühren für eine vermittelte Wohnung soll in Zukunft der Vermieter und nicht mehr der Mieter bezahlen. Für den Antrag der SPÖ im Parlament war eine satte Mehrheit zu erwarten, denn ÖVP-Chef Sebastian Kurz hatte sich nur wenige Wochen davor für die Abschaffung der Maklergebühren für Mieter ausgesprochen. Die SPÖ und die ÖVP schienen sich in der Frage der Maklergebühren also einig zu sein. Aber anstatt das sogenannte „Auftraggeberprinzip“ zu beschließen, stoppten die Abgeordneten der ÖVP die mieterfreundliche Makler-Regelung. Dieses Verhalten hängt vielleicht auch damit zusammen, dass die ÖVP im Wahlkampf 2017 über 500.000 Euro aus der Immobilien-Branche erhalten hat.

Kurz greift, unterstützt von Minister

Schallenberg, nach der Statistik Austria

Mit der Statistik Austria hatte die „kurze“ Kurz/Strache-Regierung viel vor. Das war auch ein logischer Schachzug, denn dort sind Millionen von Daten der Österreicher gespeichert und diese Daten und Zahlen politisch einzufärben wäre höchst prisant. Die Statistik Austria könnte somit leicht zum Spielball politischer Einstellungen werden. Der aktuelle Minister Schallenberg bestellt nun Werner Holzer (ÖVP), der bereits in der Reformgruppe unter der Leitung von Gernot Blüml (ÖVP) war, als Chef der Statistik Austria. Somit geht die Umfärbung munter weiter und Konrad Pesendorfer (SPÖ), der nicht einmal in die Reformgruppe berufen wurde, verliert seinen Posten. Kritik an der Entscheidung Schallenbergs üben vor allem die NEOS. „Es wird vorerst ein ÖVP-naher Kandidat die Leitung übernehmen. Das Postenbesetzungskarussell, nach Parteibuch, dreht sich munter weiter“, kritisiert Sepp Schellhorn. Er ärgert sich auch, dass diese Stelle nicht ausgeschrieben wurde. Das Bundeskanzleramt rechtfertigt sich damit, dass es sich nur um eine vorübergehende Bestellung handelt. Wenn eine Partei die Deutungshoheit über die Zahlen und Fakten der Statistik

hat, wäre das eine komplett undemokratische Entwicklung und wenn die ÖVP jetzt auch noch ihre „Message Controll“ darüberzieht, wird das brandgefährlich. Bereits im Feber 2018 (3 Monate vor Ibiza) war, ausgehend vom Bunde-kanzleramt, eine Reorganisation geplant. Sebastian Kurz wollte eine massive Budgetkürzung für die Öffentlichkeitsarbeit und die Abteilung für Analysen sollte ganz aufgelöst werden. Vielleicht hängt aber auch die Entscheidung von Minister Schallenberg damit zusammen, dass er bereits für einen möglichen Ministerposten gehandelt wird. Wenn auch noch der zukünftige Bundeskanzler Kurz mit dieser Berstellung zufrieden ist, dann wird aus Werner Holzer mit Sicherheit ein Langzeit-Chef der Statistik Austria.

21. 12. 2019: Das Phänomen H. C. Strache

In keinem anderen Land der Welt wäre es möglich gewesen das jemand Vizekanzler wird, der in seiner Jugend ein Neonazi war und noch im Mannesalter drei Finger zum Nazi-Gruß hob. Dann bringt ein glücklicher (beabsichtigter) Zufall per Video an den Tag, dass dieser Mann außerdem auch noch bereit wäre, einer russischen Oligarchin, wenn sie ihm dafür die Kronenzeitung kauft, die größten Werte (Glückspiel, Wasser u.s.w.) der Republik „in den Rachen zu schieben“. Und natürlich ist er jederzeit bereit für Parteispenden, die am Rechnungshof vorbei geschleust werden, an sie Staatsaufträge ohne Ausschreibung zu vergeben. Trotzdem erhält er gleich danach im Zuge der EU-Wahl weit über 40.000 Vorzugsstimmen. Kurze Zeit später ergibt sich der Verdacht, dass Strache seiner Frau auch eine sündteure Handtasche auf Parteispesen gekauft haben soll. Was gemessen an der Ibiza-Affäre wohl mit Abstand die harmloseste, der ihm zuzutrauendenm Übeltaten wäre, aber jetzt erwacht zumindest der Neid und die FPÖ verliert Stimmen. Unter dem Motto: „Angriff ist die beste Verteidigung“ erhält Strache in einem Interview die Möglichkeit, sich darüber zu beklagen, wie tragisch es ist, dass seine Parteifreunde, die ihm soviel zu verdanken haben, so mit ihm umgehen, nachdem kriminelle Netzwerke ihm zuerst Ibiza angetan haben und jetzt auch noch ein Spesen-Vergehen anhängen wollen.

„Bespitzelung“ durch Arbeitgeber, bringt die Beschäftigten in Gefahr

Laut einem Forderungspapier der Wirtschaftskammer, soll nun eine Verschärfung bei Krankenständen kommen. Dabei können Arbeitgeber die Überprüfung der Krankenstände anordnen, aber der Österreichische Gewerkschaftsbund ist, aus mehreren Gründen, entschieden dagegen:

- Für ArbeitnehmerInnen ist es äußerst unangenehm zu wissen, dass der Arbeitgeber stets ihre Krankengeschichte einsehen kann;
- Besonders fragwürdig erscheint es, wenn der Arbeitgeber weiß, dass jemand an psychischen Erkrankungen und Depressionen leidet und in Therapie geht oder Medikamente einnehmen muss;
- Darüber hinaus gibt es Situationen, die lieber nicht am Arbeitsplatz geteilt werden. Z. B.: Fehlgeburten, nach denen der Arbeitgeber annehmen kann, dass die betroffene Arbeitnehmerin bald wieder schwanger wird;
- Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt/Ärztin und ArbeitnehmerIn ändert sich maßgeblich. Außerdem ist der Weg von einer Lockerung des Arztgeheimnisses bis hin zu einer genauen Diagnosestellung nicht mehr weit;
- In Kombination mit einer ebenfalls geforderten Anordnung einer Krankenstands-Überprüfung durch den Arbeitgeber kann sich für ArbeitnehmerInnen eine besonders kritische Situation ergeben;

Bestimmte Anlassfälle für die „Bespitzelung der Beschäftigten durch den Arbeitgeber gibt es übrigens nicht. Denn das Krankenstandsniveau ist in Österreich vergleichsweise ohnehin sehr niedrig. Die durchschnittliche Anzahl der Krankenstandstage hat 1980 mit 17,4 Tagen den Höchstwert erreicht. Von da an gingen die Krankenstände stetig zurück und lagen 2018 im Schnitt bei 13,1 Tagen.

23. 12. 2019: Für Sebastian Kurz **wird es langsam aber sicher kritisch**

Die Grünen haben sich nicht unter Druck oder mit einer Symbolgeschichte abspeisen lassen, denn sie behaupten, dass sie wirklich etwas verändern wollen. Ob Sebastian Kurz (ÖVP) und Werner Kogler (Grüne) sich mit ihren Leuten jemals einigen können, bleibt jedoch fraglich. Fassen wir dazu die jüngsten Entwicklungen folgendermaßen zusammen. Die ÖVP hat versucht, den Druck zu erhöhen und das führte zu Schlagzeilen, die den Anschein erwecken, dass schon alles unter Dach und Fach ist. Fakt ist aber, dass sich die Grünen, wie Johannes Rauch gezwungen sahen, mehr oder weniger zu verdeutlichen, dass man von einem Abschluss nach wie vor sehr weit entfernt sei. Für den „Kürzlichen“-ÖVP-Chef wird es aber unter diesen Umständen, da es allmählich um sein „Macher-Image“ geht, kritisch. Wenn es keine Inhaltlichen Konflikte mehr gibt und es nur immer wieder heißt, dass die Gespräche alles in allem sehr gut seien, dann ist es nicht besonders glaubwürdig, wenn trotzdem monatelang verhandelt werden muss. Kurz ist an einem Punkt angelangt, an dem er feststellen muss, dass die Grünen ganz anders gestrickt sind, als die Freiheitlichen. Da es ihnen scheinbar nicht so sehr darum geht an Macht und Posten zu kommen, sondern dass sie wirklich etwas verändern wollen. Und das ist für Kurz in zweifacher Hinsicht unangenehm. Zum einen kennzeichnet sich sein Reformbestreben durch mehr „Schein als sein“ aus. Die Verwaltungsmilliarde von denen er bei den Sozialversicherungen gesprochen hat, ist für niemanden (auch nicht für den Rechnungshof) nachvollziehbar. Die Reform kann nur teurer werden, wenn die Leistungen, wie von ihm angegeben, nach oben angeglichen werden. Unter anderem wären diese, von Türkis/Blau so großartig bejubelten, Einsparungen durch die Frühpensionierung (57 Jahre) von Mitarbeitern Zustande gekommen und das sagt alles über die Substanz dieses lächerlichen Reformwerkes aus. Und zum anderen ist es für Kurz auch sicherlich äußerst unangenehm dass er spürbare Zugeständnisse machen und von seiner Mitte-Rechts-Politik etwas abrücken muss, was ihm vermutlich einige Wählerstimmen, allen voran die Fahnenflüchtigen-FPÖ-Fans, kosten wird.

Die Unternehmer hatten in der Krankenkasse noch nie so viel Macht wie heute

Das Verhältnis zwischen den VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in der „Selbstverwaltung“ der Krankenkasse der unselbstständig Beschäftigten:

Ära		ArbeitNEHMER	ArbeitGEBER
1888	Kaiserzeit	2	2
1927	1. Republik	4	1
1935	Dollfuß	2	1
NS-Zeit	Hitler	Keine Selbstverwaltung	
1947	2. Republik	4	1
ab 2019	ÖVP-FPÖ-Regierung	1	1

Den Vorsitz hat im wechselnden Halbjahresrhythmus die Arbeitgeberseite. Bei Stimmengleichheit kann der Vorsitzende von seinem „Dirimierungsrecht“ Gebrauch machen.

* Der Vorsitzende kann mit seiner Stimme eine Entscheidung herbeiführen.

Menschenrechte statt „Licht ins Dunkel“

Der 24. Dezember ist nicht nur der Höhepunkt für alle, die sich auf Weihnachten freuen, sondern auch die Zeit der veralteten Aktion „Licht ins Dunkel“. Menschen mit Behinderungen werden wie Tiere vorgeführt, Prominente, Politikerinnen und Politiker bekommen eine Bühne, um ihre gespielte Mildtätigkeit zu zeigen. Die Menschen mit Beeinträchtigung sind aber keine Objekte der Barmherzigkeit, sondern haben ein Recht gleichberechtigt in unserer Gesellschaft zu leben. Sonst kommen wir uns, wie bei einer Freakshow auf dem Jahrmarkt früherer Tage vor, stellt Bernadette Feuerstein, Vorsitzende vom Dachverband SLiÖ (Selbstbestimmt Leben in Österreich) fest. SLiÖ kritisiert unter Anderem auch, dass der ORF weiterhin die, seit Jahrzehnten formulierte, Kritik an Licht ins Dunkle nicht ernst nimmt und damit Vorurteile verfestigt. Statt Selbstbestimmung zu fördern, wird nachhaltig Schaden angerichtet. Die jüngste Studie „Erfahrungen und Prävention von Gewalt an Menschen mit Behinderungen“ des Sozialministerium bestätigt, in welchem hohem Ausmaß Menschen mit Behinderungen in Österreich auch von Gewalt betroffen sind. Der ORF muss endlich umdenken, anstatt Licht ins Dunkle weiter zu verteidigen. SLiÖ fordert ernsthafte Gespräche zwischen den kritischen Organisationen von Menschen mit Behinderungen und dem ORF, um Licht ins Dunkle, durch eine „Aktion Menschenrechte“ zu ersetzen.

27. 12. 2019: Verfassungsgericht kippt türkis -

blaue Kürzungen bei Kindern und Lernschwachen

Die Kürzung der Mindestsicherung war eines der Prestigeprojekte der türkis-blauen Regierung. Am härtesten hätte diese „Sozialhilfe Neu“ Kinder, Lernschwache und Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen getroffen. Nun haben 21 SPÖ-Mitglieder des Bundesrates Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingereicht und in wesentlichen Teilen Recht bekommen. Der VfGH hat kurz vor Weihnachten wichtige Teile des Gesetzes aufgehoben. Für das 1. Kind waren 216 Euro, für das 2. Kind nur mehr 129 Euro und für jedes weitere Kind nur noch 43 Euro monatlich vorgesehen und das sind lächerliche 1,50 Euro am Tag. Von diesen unsozialen Kürzungen wären über 54.400 Familien mit drei oder mehr Kindern betroffen gewesen.

Der Verfassungsgerichtshof: „In dieser Regelung liegt eine sachlich nicht gerechtfertigte und daher verfassungswidrige Schlechterstellung von Mehrkindfamilien vor. Insbesondere kann diese Regelung dazu führen, dass der notwendige Lebensunterhalt bei Mehrkindfamilien nicht mehr gewährleistet ist“.

Außerdem wollte die Regierung Kurz auch Leuten, die schlecht Deutsch oder Englisch sprechen, die Mindestsicherung und zwar um über 300 Euro (auf 575

Euro) pro Monat kürzen. Das ist ein Niveau, auf dem in Österreich niemand leben kann. 703,56 Euro geben die ärmsten Österreicher im Schnitt für Lebensmittel, Wohnen, Energie, Körperpflege und Kleidung aus, wie die Konsumerhebung errechnet hat und das sind um mindestens 170 Euro mehr, als durch die gekürzte Sozialhilfe abgedeckt ist. Das wiederum würde bedeuten, dass viele Menschen in Österreich hungern oder auf der Strasse leben müssten.

Der Verfassungsgerichtshof: „Personen können aus mannigfaltigen Gründen (Lern- und Leseschwächen, Erkrankungen, Analphabetismus udgl.) nicht in der Lage sein, ein derart hohes Sprachniveau zu erreichen, trotzdem sie aber am Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Diese Regelung verstößt deshalb gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil es viele Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, für die weder Deutsch- noch Englischkenntnisse auf diesem Niveau erforderlich sind“.

29. 12. 2019: Die Österreicher überschätzen die Zahl der Asylwerber um das Dreifache

Eine aktuelle Studie des Marktforschungsinstitutes „Integral“ zeigt, dass die Bevölkerung zahlreichen, gravierenden Mythen unterliegt. So überschätzt sie zum Beispiel die Anzahl an Asylanträgen glatt um das Dreifache. Dieser Mythos von der Bedrohung durch Asylwerber ist aber grundlegend falsch.

Durchschnittlich dachten die Befragten, dass aktuell etwa 57.000 Asylanträge in Österreich gestellt werden. In den westlichen Bundesländern schätzte man die Anzahl sogar auf glatte 80.000. Aber die tatsächliche Anzahl an Anträgen im Jahr 2018 lag bei nur 14.000. Grund für die falsche Annahme, könnten dabei auch die Medienberichte und die politische Hetze sein, die bewusst den Irrglauben in der Bevölkerung herbeigeführt haben.

Mythos: Österreich wird von Asylwerber überschwemmt;

Fakt: Nur 14.000 Asylanträge, anstatt den geschätzten 80.000;

Weit verbreitet ist auch die Annahme, dass Flüchtlinge generell faul sind und den Österreichern „auf der Tasche“ liegen. So denkt die Bevölkerung etwa, dass nur ein Fünftel aller 2015er-Flüchtlinge überhaupt einem Erwerbsleben nachgehen. Das ist genauso, wie viele andere Behauptungen falsch, denn mit 44 Prozent sind das mehr als doppelt so viele.

Mythos: Asylwerber sind Sozialschmarotzer;

Fakt: 44 Prozent der Flüchtlinge arbeiten;

Total daneben liegen unsere Landsleute auch bei der Frage, wieviel Migranten denn im Lande leben würden. Geschätzt wurden mindestens 30 Prozent, im Osten sogar noch höher als im Westen. Tatsächlich liegt der Anteil aber nur bei 23 Prozent.

Mythos: Mindestens 30 Prozent mit Migrationshintergrund;

Fakt: Nur 23 Prozent sind Migranten;

Die Österreicher haben noch immer eine eingefleischte Meinung über Migranten und Ausländern. Diese sind meist dunkelhäutig und kommen aus den östlichen, vor allem islamischen, Ländern. Das denken immerhin 45 Prozent der Österreicher und auch das ist weit gefehlt. Faktisch stellen die weißen, christlichen und reichen Deutschen mit 37 Prozent die größte Migrationsgruppe im Land. Mit einem deutlichen Abstand folgen die Türken mit nur 22 Prozent. Die Syrer machen überhaupt nur einen verschwindend kleinen Teil von 3 Prozent aus.

Mythos: Migranten kommen aus dem islamischem Osten;

Fakt: Der Großteil kommt aus dem „reichem“ Deutschland;

Der Mythos der Bedrohung durch Asylwerber und Zuwanderung geht mit Fehlinformationen und verzerrten Wahrnehmungen einher. Diesem Irrglauben erliegen hauptsächlich jene Bevölkerungsgruppen, die in Österreich selbst Existenzängste haben, oder jene, die eher traditionelle Werte pflegen und sehr konsumorientiert sind. Die Lebensweltforschung der Sinus-Milieus zeigt, dass insbesondere jene Milieus zu Fehleinschätzungen neigen, die Existenzängste haben oder ihren hart erarbeiteten Wohlstand gefährdet sehen. Das sind speziell die Traditionellen, die konsumorientierte Basis und die bürgerliche Mitte, deren Ängste von der Politik leider auch instrumentalisiert werden, wodurch die Mythenbildung weiter gefördert wird.

Mythos: Die große Bedrohung durch Asylwerber;

Fakt: Mit den geschürten Ängsten und den dadurch hervorgerufenen Hass und Neid, versuchen Kurz & Co politisches Kleingeld zu lukrieren;

31. 12. 2019: Kurz und die Medien

Um an der Macht zu bleiben, braucht Kurz eine Medienlandschaft, die auf Linie ist. Als im September 2019 bekannt wurde, dass der Kurier das Nachrichtenmagazin Profil kauft, bekamen viele in der Medienbranche (Profil war eines der letzten größeren Printmedium, das kritisch über Sebastian Kurz und die Neue ÖVP berichtet hatte) eine Gänsehaut. Der Kurier steht unter der Kontrolle von Raiffeisen und dem Milliardär und Sebastian Kurz Freund Renè Benko und dieser hat auch bereits bedeutenden Einfluss auf die Kronen Zeitung. Von diesem bedeutenden Printmedium bekam Sebastian Kurz im Wahlkampf 2019 mehr Reichweite als alle anderen Spitzenkandidaten zusammen. Öffentlich bekannt ist, dass Benko gerne noch größere Teile der Krone kaufen würde. Das Auffällige daran ist, dass Benko in vielen Ländern als Unternehmer aktiv ist, aber sein Engagement auf dem Medienmarkt beschränkt sich lediglich auf Österreich. Helmut Brandstätter war im „bürgerlichen Kurier“ bis 2018 Chefredakteur. Er ist sicher kein Linker, aber ein Kurz-Freund ist er auch nicht. Die Folge war, dass der Chefredakteur gehen musste und 2019 für die NEOS in den Nationalrat einzog. Brandstätter berichtete in seinem Buch („Kurz & Kickl: Ihr Spiel mit Macht und Angst“) von den Versuchen der Kurz-Vertrauten, bis in Zwischenüberschriften hineinzuintervenieren. Besonders berüchtigt in den Redaktionen des Landes ist der Türkise Pressesprecher und „der Mann fürs Grobe“ Gerald Fleischmann. Er ist aber bei weitem nicht der Einzige, der kritische Journalisten anruft, um sie lautstark für lästige Fragen oder kritische Artikel zu maßregeln. Den Sessel von Helmut Brandstätter als Kurier-Chef bekam Martina Salomon, der eine ÖVP-Nähe nachgesagt wird. Auch bei Rainer Nowak (Chefredakteur der Presse) besteht eine ungewöhnliche Nähe zu Sebastian Kurz. Übrigens gehört die Presse, wie auch die Kleine Zeitung, der katholischen Kirche, die über die Styria Media Group auch die Hälfte an den Bezirksblättern und der Bezirkszeitung hält. Auch die Niederösterreichischen Nachrichten gehören über die Diözese St. Pölten zu 80 Prozent der Kirche und den Rest hält die Raiffeisen. Während das Naheverhältnis Nowaks zu Kurz unübersehbar ist, bemüht sich die Kleine Zeitung, obwohl tendenziell konservativ, um professionelle Distanz zu Kurz. Der Großteil der österreichischen Printmedien wird damit von einer Handvoll Personen und Organisationen (Kirche, Raiffeisen, Benko) kontrolliert die allesamt Sebastian Kurz oder der ÖVP nahe stehen. Auch jene Medien, die nicht im Besitz ÖVP-naher Eigentümer stehen, sind vom guten Willen der Regierung abhängig. Unter Türkis-Blau haben die Ministerien ihren Werbetat auf knapp 45 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Dieser größere Kuchen wurde aber sehr ungleich verteilt. So erhielt die Wiener Wochenzeitung „Falter“ unter Türkis-Blau um 80 Prozent weniger Regierungs-

insetrate als zuvor. Im September kam es zu einem Eklat, weil die ÖVP der Falter-Redakteurin Barbara Tóth den Zutritt zu einer Presskonferenz verwehrte. Der Falter hatte zuvor einen Bericht über eine mutmaßliche doppelte Buchführung in der ÖVP veröffentlicht. Am Fernsehmarkt sieht es nicht viel besser aus. Türkis-Blau erhöhte Anfang 2019 die Presseförderung für Privatfernsehen um satte 20 Millionen Euro. Der Platzhirsch in diesem Revier, die Pro7-Gruppe (zu der Puls 4, Puls 24, ATV 1 und ATV 2 gehören) erhielt, dank der Erhöhung, 4,22 Millionen Euro vom Staat. Im letzten Wahlkampf ereignete sich dann etwas Seltsames. Der Auftritt von Sebastian Kurz in der „Puls 4 Wahlarena“ wurde spontan, auf Kosten der Auftritte von politischen Konkurrenten, um die Hälfte verlängert. Kurz erhielt nicht nur bevorzugte Sendezeiten, sondern auch eine besondere persönliche Betreuung. Als einziger Spitzenkandidat wurde Kurz, der zu diesem Zeitpunkt kein öffentliches Amt innehatte, bei seinen Auftritten von Puls4-Chef Markus Breitenegger in Empfang genommen, durchs Haus geführt und den Mitarbeitern vorgestellt. Auch der ORF musste eine brutale Neuorganisation, mit einer noch nie dagewesenen Postenschacherei, über sich ergehen lassen. Teilen der Linken ist, wie es scheint, alles recht, solange nur die FPÖ von der Regierung ferngehalten wird. Währenddessen schreitet die Konzentration der österreichischen Medien in der Hand von Kurz-Unterstützern munter voran, aber wo soll das enden?

Wieso läuft eigentlich Sebastian Kurz immer noch frei herum

Erinnern wir uns an die aktuellen Klima-Index-Daten. Diese weisen Österreich als eines der ignorantesten Länder in punkto „Klimaschutz“ aus. Österreich fällt im Ranking, anders als der EU-Schnitt, immer mehr zurück. Vor allem seit 2017 wurden so ziemlich alle Vereinbarungen seitens der Kurz-Regierung ignoriert. Kurz ignorierte das Parlament, schwänzte Sitzungen und führte einen „Nicht-Wahlkampf“ während der Plenarsitzungen. Er ließ von einem Mitarbeiter unter falschem Namen vertrauliche Daten shreddern. Wieso nicht offiziell? Niemand wird es je erfahren, denn der ÖVP-Apparat in der Justiz sorgt sicherlich dafür, dass die ÖVP wegen der Vernichtung heikler Daten, nicht belangt wird. Kurz sprengt (nachdem er intern putschte) zwei Regierungen. Hoch verschuldet prasste die ÖVP in beiden Wahlkämpfen, als wäre das Geld abgeschafft. Wieder wurden Regeln, nämlich die erlaubte Wahlkampfkostenobergrenze, missachtet und im Gegenzug wurden Gesetze von Günstlingen, wie Pierer (KTM), gekauft. Unter Kurz wurden Gesetze verabschiedet, die vor dem Verfassungsgerichtshof nicht hielten und das Wichtigste dabei war ihm die Botschaft, den Ärmsten noch den Dreck unterm Fingernagel wegzunehmen. Während das Reichste Prozent in Österreich (einige sind darunter die

ganz enge Kontakte zu Kurz pflegen, so auch der windige und vorbestrafte Milliardär Rene Benkö) besitzt fast ein Viertel des Volksvermögens. Kurz lächelt, während er zeitgleich den sozialen Frieden in Österreich zum Teufel jagt. Er paktierte offenen Auges mit der rechtsextremen FPÖ, verantwortete Neonazis das Innen- und das Verteidigungsministerium. Der EU-Vorsitz war eine Blamage sondergleichen und kostete die doppelte Summe des dafür veranlagten Budgets. Im Parlament spielte er mit dem Handy und interessierte sich nicht für die Vorgänge und am Ende kamen Initiativ-Gesetze seiner Leute, die allesamt vor dem Verfassungsgerichtshof nicht hielten. Kurz kostet dem Staat Abermillionen von Euro, die bei den Ärmsten der Armen weitaus besser aufgehoben wären. Mit seiner Ignoranz gegenüber der Klimakrise ist er auch mit dafür verantwortlich, dass unseren Kindern und Enkelkindern die Zukunft geraubt wird. Sebastian Kurz erlaubt nur Message-Control (gedrillte Nachrichten), kaufte die wichtigsten Zeitungen des Landes, demoliert die Arbeiterkammer, sowie auch den ÖGB und dafür bekommt die Wirtschaftskammer interne Daten, damit sie mit menschenfeindlichen Wünschen, wie dem 12-Stunden-Tag, resümieren kann. Die Vermögens- und Erbschaftsteuer wurden zu Träumen, die in unserem gierigen Land scheinbar nicht realisierbar sind. Die Menschen wählen, vor allem in ländlichen Regionen, nach wie vor diesen Schaumschläger, der mangels Empathie und Fähigkeiten die Republik gegen die Wand fährt. Kurz ist ein gefährlicher Mensch und wird auch über Leichen gehen, sollte es seinem Machterhalt dienen. Nun wäre dringend die Justiz gefordert, nicht nur gegen die FPÖ, sondern auch gegen die Türkise ÖVP von Sebastian Kurz Ermittlungen anzustreben. Es werden sehr viele Menschen durch seine Verantwortungslosigkeit zu Grunde gehen. Sebastian Kurz und seine, von Macht völlig entrückte, Clique (Blümel, Mahrer, Sobotka, Amon, Nehammer, Wöginger u.v.m.) spielen mit dem Wohl der Bevölkerung und ihnen sind die Menschen und das Land völlig egal. Auch Wögingers demokratiefeindliche Aussage (das entspricht nicht unserer politischen Überzeugung) zur Revidierung der Türkisen Gesetze durch den Verfassungsgerichtshof müsste alle in Alarmbereitschaft versetzen. Kurz entspricht dem Typus „Mensch“, der eigentlich niemals in öffentlichen Positionen sein dürfte, denn ihm fehlt jegliches Mitgefühl. Nach all seinen Verfehlungen ist es doch sehr verwunderlich, dass so jemand immer noch frei herumläuft. Ein Eierdieb aus Syrien würde sofort ins Gefängnis kommen. Kurz zerstört das ganze Land, spaltet die Bevölkerung, sät Hass und Zwietracht, bricht laufend Gesetze und darf trotzdem wieder regieren? Der Großteil der Kurz-Wähler, bzw. der ehemaligen FPÖ- und jetzigen Türkis-Fans, werden wohl am lautesten klagen und jammern, wenn sie die sozialen Auswirkungen am eigenen Leib zu spüren bekommen.

2020

02. 01. 2020: Das Türkis/Grüne Regierungsprogramm von 2020 – 2024 (oder vielleicht doch nur bis 2022)

Nach der Sichtung des zwar umfassenden, jedoch sehr schwammig und oberflächlich gehaltenen, Regierungsprogramms ist festzustellen, dass einige sehr wichtige Themen nur am Rande erwähnt werden oder gar keine Beachtung finden. So war gleich zu Beginn in der Einleitung zu lesen, dass unser soziales Netz gestärkt werden soll und jene auffängt, die sich selber nicht helfen können. Allein diese Aussage trieft vor Hohn, wenn man an die ganzen Kürzungen und Streichungen im sozialen Bereich denkt, die unter Türkis/Blau eingeführt wurden. Interessant wird auch die praktische Umsetzung einiger der Hauptthemen:

- Eine spürbare Entlastung für arbeitende Menschen
- Die Bekämpfung des Klimawandels und die Einhaltung der Klimaziele von Paris
- Die soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung

und

- Mehr Transparenz im öffentlichen Bereich.

Zumal es ja allgemein bekannt ist, dass der ehemalige bzw. zukünftige Konzernkanzler nicht das geringste Interesse an einer Entlastung der unteren Einkommensschichten und soziale Sicherheit bzw. Klima- und Umweltschutz hat. Auch gegen die, im Regierungsprogramm festgehaltenen, Verschärfungen des Parteienfinanzierungsgesetzes war die ÖVP immer strikt dagegen. Genauso wird die Personalaufstockung bei Justiz bzw. Polizei und der Opferschutz zum Thema „Hass im Netz“ nicht besonders schlüssig und überzeugend dargestellt. Beim Thema Medien findet man ebenfalls einige Gustostückerl: „Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Medienpolitik, die Grundwerte wie Pluralismus, Unabhängigkeit, Medien- und Pressefreiheit, sowie Innovation sicherstellt und fördert“. Gleichzeitig wird aber der ORF „auf Linie gebracht“, von seinem Freund Renè Benko ein Großteil der Printmedien aufgekauft und bei Pressekonferenzen kritisch berichtende Journalisten (z.B.: Falter) der Zugang verwehrt. Zusätzlich möchten die Türkisten die Rundfunkgebühr abschaffen und den ORF durch Steuergelder finanzieren. Dies würde jedoch bedeuten, dass er dieses Budget jederzeit Kürzen kann, wenn er nicht „Liniengetreu“ berichtet. So wie Kurz & Co dem scheinbar zu kritisch berichteten „Falter“ bereits die Medienförderung um 80% kürzte, trotzdem die Türkis/Blau Ex-Regierung das Gesamtbudget um einige Millionen erhöht hat. Seine Freunde aus der Versicherungsbranche sollen natürlich ebenfalls nicht leer ausgehen. So wird er alles daran setzen (trotzdem es bekannt sein dürfte, dass unser Pensionssystem auf gesunden Beinen steht), die private Altersversorgung zu stärken und auszu-

bauen. Die Abfertigungen sollen auch nicht mehr ausbezahlt, sondern in eine Pensionskassa einbezahlt werden. Beim Thema Steuerreform und Entlastung wird mit Nachdruck hervorgehoben, dass der Erhalt und Ausbau von Innovationskraft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefördert wird. Ein evt. Finanzierungsmodell sucht man im Regierungsprogramm vergeblich. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird nicht mehr viel an Steuerentlastung übrig bleiben. Ich vermute eher, dass sie dabei an weitere Kürzungen und Streichungen im Sozialsystem denken. Der „Entlastung der Wirtschaft“ hat man ein eigenes Kapitel gewidmet, dafür haben sie aber auf ein genauso wichtiges Kapitel „Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ verzichtet. Man kann auch unschwer an weiteren Themen wie „Standort- und Industriepolitik“ oder „Österreichs Wirtschaft international positionieren“ sehen, welche Prioritäten im Fokus der neuen Bundesregierung stehen. Mit großer Verwunderung suchte ich vergeblich nach dem Kapitel Sozialhilfe. Es ist kaum zu glauben, dass das wichtigste sozialpolitische Thema unseres Landes einfach ausgespart wurde. Die neue Bundesregierung kann offensichtlich mit diesem zentralen Baustein der österreichischen Sozialpolitik wenig bis gar nichts anfangen. Dafür hört man von Kurz und Wögingertrotzig, dass sie das Urteil der Verfassungsrichter für falsch halten und diese Entscheidung „nicht ihrer politischen Einstellung entspricht“. Zum Thema Pflege kann ich durchaus einige positive Punkte, wie etwa die versprochene Regelung zur Finanzierung von Palliativ- und Hospizbetreuung, abgewinnen. Es ist aber äußerst erstaunlich, dass der ÖVP-Chef bei der Vorstellung des Regierungsprogramms von der Pflegeversicherung als 5. Säule der Sozialversicherung spricht, aber im schriftlichen Programm dazu kein Wort zu finden ist. Es ist auch nicht besonders sinnvoll, dafür die Lohnnebenkosten weiter zu erhöhen. Die Pflegefinanzierung muss eine staatliche, steuerfinanziert Aufgabe bleiben. Wir brauchen eine Pflege-Finanzierungsgarantie, damit die ewige Unsicherheit über die Finanzierung endlich ein Ende findet. Das Kapitel Gesundheit ist im Türkis-Grünen Regierungsprogramm sehr kurz ausgefallen. Hier fehlen klare Aussagen zu den Vorgaben an die neue Krankenversicherung und mit keinem Wort wird eine Evaluierung der Österreichischen Gesundheitskasse erwähnt. Das Bekenntnis zur Selbstverwaltung in der Krankenversicherung ist ebenfalls eher dünn ausgefallen. Es werden lediglich Einzelmaßnahmen, die von den Bundesländern ohnedies schon umgesetzt werden, wie die Primärversorgungseinheiten oder die Erstversorgungsumbuzanzen, hervorgehoben. Es ist zu fürchten, dass sich die finanzielle Situation in der Österreichischen Gesundheitskasse weiter anspannen wird. Daddurch werden aber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weitere finanzielle Pflichten umgehängt werden und leider gibt es auch dazu keinen Programmpunkt im Regierungsprogramm. Die Grünen

wurden mit dem Umwelt- und Sozialministerium „beglückt“. Aber wie sollte ein Umweltministerium ohne seinem Wichtigsten Teilbereich (Landwirtschaft) und ein Sozialministerium ohne den Agenden des Arbeitsmarktes (zuständig für das AMS, Arbeitszeit, Arbeitsrecht, Kontrolle der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen, sowie die Unterstützung für Arbeitslose) funktionieren. Beide Bereiche „Landwirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“ wurden von Kurz zur Chefsache gemacht und ins ÖVP-geführte Familienministerium verlagert. Im Großen und Ganzen handelt es sich hierbei um ein ÖVP-Regierungsprogramm (Fortsetzung der Türkis/Blauen Sozialabbau-Politik) mit einer grünen Tarnfarbe.

Kurz wird die Angriffe auf den Sozialstaat fortsetzen

Es ist äußerst bedenklich, dass das Koalitionsabkommen zwar fertig ist, aber die Details vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Nur die Ressortaufteilung gibt zaghafte Hinweise, in welche Richtung sich diese Regierung „bewegen“ wird. Einige, bisher gut funktionierende, Österreichische Institutionen sind Sebastian Kurz ein besonderer Dorn im Auge und das sind vor Allem das starke öffentliche Gesundheitssystem, die Notstandshilfe und die Sozialpartnerschaft. Wenn der baldige Kanzler „Reformen“ sagt, dann meint er damit die Gewerkschaften schwächen, Arbeitslose dem Billiglohnsektor ausliefern und die Krankenkassen den privaten Versicherungsanbietern auszuliefern. Kurz ist sich bewusst, dass man den Sozialabbau nicht auf einmal und frontal macht, sondern in kleinen Dosen. Nebenbei hält man die Medien mit dem Migrantentrick außer Atem, so dass nicht mehr viel Zeit und Platz für Themen, abseits von Migration und Integration, bleibt. Und so hat es Kurz in die letzten eineinhalb Jahre auch gemacht und wird diesen „Weg fortsetzen“. Damit stellt sich unweigerlich die Frage, ob es die Türkisen in der Koalition mit den Grünen schaffen, die Notstandshilfe abzuschaffen, das Gesundheitssystem weiter zu privatisieren und Arbeitslose einem Niedriglohnsektor auszuliefern. Wie sieht es nun mit der Machtverteilung in der neuen Regierung aus? Das Finanz- (Gernot Blümel) und das Wirtschaftsministerium (Margarete Schramböck) sind fest in ÖVP-Hand. Die steirische Unternehmerin Christine Aschbacher wird das Familienministerium leiten. Unverständlich dabei ist jedoch, dass sie auch die Arbeitsagenden aus dem Sozialministerium bekommt und damit oberste Chefin des AMS wird. Zumal es ja kein Geheimnis ist, dass die ÖVP-Ministerinnen und Minister sehr gute Kontakte zur Wirtschaftskammer bzw. der Industriellenvereinigung pflegen und die sind dafür bekannt, dass sie seit Jahren weniger Rechte für Arbeitnehmer und niedrigere Löhne fordert. So ist etwa die neue Wirtschaftsministerin Schramböck durch ihrem unqualifizierten Sager: „Vier Stunden für den Arbeitsweg sind ok, denn es gibt ja Facebook & Co, um Beziehungen auf-

recht erhalten zu können“ in die Kritik geraten. Damals wollte sie die Zumutbarkeitsgrenze für Arbeitswege auf 20 Stunden pro Woche erhöhen und wer sich weigert, dem soll das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe gestrichen werden. Auch die neue Arbeitsministerin Aschbacher scheint mehr den Wirtschaftsinteressen, als den Arbeitnehmern verpflichtet zu sein. Sie stammt aus einer steirischen Unternehmerfamilie und arbeitete zuzetzt als Unternehmensberaterin (Agentur: „Aschbacher Advisory“). Sie gilt als politisch unbedeutend, loyal und dürfte daher den Angriffen von Sebastian Kurz auf die Notstandshilfe und Arbeitnehmer nicht im Weg stehen. Das massiv abgespeckte Sozialministerium soll von Rudi Anschober (Grüne) geführt werden. Seit Sebastian Kurz ÖVP-Obmann ist, lässt er ausrechnen, wie man die Notstandshilfe streichen und durch ein HartzIV-Modell (nach deutschem Vorbild) ersetzen kann. Dieses Ziel wird er auch in der künftigen Regierung weiter verfolgen. Ohne Ibiza wäre die Abschaffung der Notstandshilfe wohl das nächste große Projekt von schwarz-blau geworden. Das haben auch seine Großspender, neben einem Milliarden-Steuerzuckerl für Konzerne, erwartet. Margarete Schramböck eignet sich ausgezeichnet als Ministerin, um das Projekt Niedriglohn-Sektor fortzuführen. Dass die Grünen das Wirtschafts-Diktat in der Krankenkasse der Arbeitnehmer beenden könnten, um Kürzungen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu verhindern, ist zu bezweifeln. Denn hier hat die schwarz-blaue Vorgänger Regierung schon zu viel Vorarbeit geleistet. Dazu bekommt die ÖVP das Innenministerium (Karl Nehammer), das Außenministerium (Alexander Schallenberg) und das Integrationsministerium (Susanne Raab). Damit sind die drei zentralen Ministerien für Migration, Integration und die Migrationsdebatte in der Hand der ÖVP. Sie kann also über ihre Ministerien steuern, wann Migration ein Thema in den Medien sein wird. Wenn Stimmung gegen Migranten gebraucht wird, um etwa Kürzungen bei Arbeitslosen zu rechtfertigen, wird der Innenminister einen Migranten finden, der ein Taschentuch in einem Supermarkt gestohlen hat oder eine angebliche Fluchtwelle belegen, die zwar nie kommt, aber über die wir lange diskutieren können. Der neue ÖVP-Innenminister, kann nicht nur die Migrations-Debatte gute beeinflussen, sondern auch den Geheimdienst wieder auf ÖVP-Linie bringen. Die neue Integrationsministerin Raab sprach sich noch als Spitzenbeamtin im Außenministerium für „Ein-Euro Jobs“ aus. Für die ÖVP ist Migration und Integration (neben der Stimmungsmache) vor allem unter dem Aspekt des Lohndrucks interessant. Ob die Grünen an dem Kurs, damit Migranten in Österreich nicht ausgebeutet werden, etwas ändern können, lässt sich aus der Ressortaufteilung nicht vermuten. Die Lichtblicke der neuen Regierung dürften Umwelt und Justiz sein. Leonore Gewessler und Alma Zadic (beide Grüne) sind die Einzigen, die mit der bisherigen Kurz-Politik brechen könnten. Zadic ist Anwältin und war bei

der Aufarbeitung des BVT-Skandals im Untersuchungsausschuss aktiv. Unklar ist, ob sie den Geldmangel in der Justiz samt verschleppter Verfahren und Personalmangel beheben kann. Aber zumindest sorgt eine Grüne Justizministerin dafür, dass die Causa Ibiza juristisch aufgearbeitet wird. Elisabeth Köstinger hat sich bisher nicht durch Umweltpolitik hervorgetan. Als Landwirtschaftsministerin bediente sie eher die Interessen der Großbauern, als den Klimaschutz und die Umwelt. Die neue Umwelt- und Infrastrukturministerin wird die frühere Geschäftsführerin der Umweltorganisation „Global-2000“, denn die bisherige Kurz-Regierung hat, indem sie die Umwelt-NGO`s schwächte, eine Konzern- und keine Umweltpolitik betrieben. Bei den Verhandlungen hatte es Kurz besonders auf die Bahn abgesehen. Kurz wollte scheinbar Teile der ÖBB privatisieren, was aber die Grünen offenbar verhindern konnten. Wenn die Ministerien für Energie und Landwirtschaft aber weiter in ÖVP-Hand bleiben, wird der Umwelt-Spielraum der Grünen massiv eingeschränkt sein. Besonders im Landwirtschaftsministerium herrschen die Klientelinteressen der ÖVP-Großbauern über den Klima-, Arten- und Landschaftsschutz, worunter vor Allem die Klein- und Biobauern besonders leiden. Dafür zuständig wird weiterhin die Kurz-Vertraute Elisabeth Köstinger sein. Alle relevanten Ministerien, um die Arbeitsrechte abzubauen, die Notstandshilfe zu streichen und einen Niedriglohnsektor in Österreich zu etablieren, liegen nun in ÖVP-Hand. Verbesserungen bei der Klimapolitik wird es wohl geben. Ob sie ohne Energie und Landwirtschaft aber weit genug gehen, um das Schlimmste zu verhindern, ist nicht absehbar.

03. 01. 2020: Zuerst die Faschistische und nun kommt die Grüne „Schutzhaft“

In Österreich gab es insgesamt dreimal eine präventive Sicherungs- bzw. Schutzhaft:

- Zuerst im Rahmen der Militärgerichtsbarkeit im Ersten Weltkrieg,
- dann unter austrofaschistischer Herrschaft, zuletzt im NS-Staat.
- Und jetzt kommt noch eine türkis-grüne Regierung dazu.

Im NS-Staat war Schutzhaft die rechtliche Grundlage des KZ-Systems. Die überwiegende Mehrheit der Häftlinge in den Konzentrationslagern (politische Gegner, Homosexuelle, Obdachlose, Roma und Sinti und natürlich auch Juden) waren Schutzhäftlinge. Die Schutzhaft erlaubte es der Gestapo und der SS, Menschen zu verhaften und gefangen zu halten, die nach geltendem Recht nichts verbrochen hatten, die man aber für staatsfeindlich oder gefährlich hielt. Ganz genau so argumentieren jetzt offensichtlich die Grünen bzw. lassen das zu. Menschen, die verdächtigt werden, eine potenzielle Gefahr darzustellen,

sollen, ohne dass sie etwas verbrochen haben, eingesperrt werden können. Und genau das haben die Grünen noch vor wenigen Monaten lautstark, als Herbert Kickl das nun geplante Gesetz forderte, kritisiert.

Zwischen den beiden Sätzen, die sich sehr ähneln, liegen knapp 90 Jahre:

1. Auszug aus dem Erlass des nationalsozialistischen Ministers Wilhelm Frick: „Daher soll ein zusätzlicher verfassungskonformer Hafttatbestand (Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit) für Personen eingeführt werden, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die öffentliche Sicherheit gefährden“.
2. Auszug aus dem Gesetzesentwurf der aktuellen Türkis/Grünen Regierung: „Die Verhängung der Schutzhaft ist nur zulässig, wenn der Häftling durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet“.

Wenn die Grünen (allen voran die designierte Justizministerin Alma Zadic) diese Schwelle überschreitet, müssen sie sich bewusst sein, dass sie Österreich auf den Spuren der Nationalsozialisten in einen Unrechtsstaat verwandeln. Zwar wird es in Österreich sicherlich keine Konzentrationslager geben und es wird auch niemand auf die Haftbefehle der heutigen Schutzhäftlinge „RU“ (Rückkehr unerwünscht) schreiben, was einem Todesurteil gleich kam. Die Grünen müssen sich jedoch bewusst sein, dass sie mit diesem Gesetz eine Schwelle überschreiten, die 75 Jahre lang unangetastet blieb. Für die Sicherungshaft gilt: Die Grünen sind nicht faschistisch, aber ihr Gesetz schon. Aber auch dieses Gesetz wird der Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufheben. Es ist nur sehr bedenklich, dass Türkis/Grün so etwas nur andeuten oder soll es am Ende wieder von Einer der Unzähligen sozialen Grauslichkeiten ablenken.

Milliarden-Zuckerl für Großkonzerne und weitere Angriffe auf die Arbeitnehmer

Nach 100 Tagen und mehr als 50 Verhandlungsrunden sind Sebastian Kurz (ÖVP) und Werner Kogler (Grüne) fertig. Zwei Milliarden Euro hat Türkis-Grün für Steuergeschenke an Großkonzerne und Aktionäre reserviert. Für Soziales, Gesundheit und die grünen Zukunftsinvestitionen bleibt nicht mehr viel Geld übrig. Der 12-Stunden-Tag und die Zerschlagung der Sozialversicherung werden nicht zurückgenommen. Der Kickl-Kurs gegen die Grund- und Menschenrechte wird fortgesetzt und in der Klimapolitik kommen mit der neuen Koalition ein paar Verbesserungen. Aber diese Verbesserungen zahlen die Konsumenten und nicht die Hauptverursacher in der Industrie.

Steuergeschenke für Konzerne: Die türkis-blaue Steuerreform wird jetzt von der türkis-grünen Regierung weitergeführt. Trotz eines knappen Budgets bekommen Konzerne 1,5 Milliarden Euro, ohne Auflagen und Bedingungen, geschenkt. Man hätte die Steuergeschenke zumindest an umweltschonendes Verhalten von Unternehmen koppeln können, aber das scheint weder Kurz noch Kogler zu interessieren. Obwohl die Arbeitnehmer 80 Prozent der Steuern zahlen, fließt der Großteil der Steuersenkung, vor allem an die 5 Prozent der größten Konzerne im Land. Dem Waffenproduzent Glock schenkt die Regierung dadurch 6 Millionen Euro im Jahr. Auch multinationale Großkonzerne wie BMW zahlen in Österreich dann um 12 Millionen Euro weniger Steuern. Das sind riesige Beträge, die dem Sozialstaat fehlen werden. Die beschlossene Senkung der Körperschaftssteuer bringt weder Wachstum, noch Arbeitsplätze, sondern erhöht lediglich die Gewinne der Unternehmen und das Geld wird dem Staat, für soziale Projekte, absichtlich entzogen. Türkis-Grün schafft die Steuer auf Aktiengewinne ab, in dem sie die „Behaltefrist“ wieder einführt und das sind weitere 300 Millionen Euro, die dem Staat entzogen werden. Die Steuersenkung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fällt im Vergleich äußerst bescheiden aus. Die Einkommensteuertarife sollen von 25 auf 20 Prozent, von 35 auf 30 und von 42 auf 40 Prozent gesenkt werden. Fast 3,7 Millionen Beschäftigte bekommen insgesamt eine minimal größere Steuerentlastung als ein paar hundert Unternehmer.

Der private Pensionsmarkt wird gefördert: Hat Türkis-Blau die Gesundheitsversorgung für den Profit privater Anbieter weit aufgemacht, so sind jetzt die privaten Pensionsfonds dran. Die private Pensionsvorsorge ist in Österreich nicht besonders beliebt, da sie sich kaum rechnet. Wer mit einem Alter von 35 Jahren beginnt, 100 Euro im Monat einzuzahlen, wird pro Monat um die 100 Euro mehr Pension bekommen. Er bzw. sie müsste aber 92 Jahre alt werden, bis sich die Vorsorge wirklich rechnet. Die Renditen sind weit kleiner als versprochen und das Risiko tragen allein die Beitragszahler. Zusätzlich will jetzt Türkis-Grün auch die Garantie auf das eingesetzte Kapital streichen, weil das den Fonds zu teuer ist.

Die Angriffe auf die Arbeitnehmer und Arbeitslose gehen weiter: Der 12-Stunden Tag wird nicht zurückgekommen, der AMS-Algorithmus (ein Computer entscheidet über die Chancen am Arbeitsmarkt) bleibt und diskriminiert Frauen und ältere Arbeitnehmer beim Arbeitsamt. Für Arbeitsmarktprogramme gibt es kein zusätzliches Geld, stattdessen werden die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose verschärft. Das Arbeitslosengeld soll so weiterentwickelt werden, dass „arbeitslose Menschen wieder schneller ins Erwerbsleben zurückkehren“. Das bedeutet aber auch, dass bei Arbeitslosen weiter gekürzt wird, damit sie auch Niedriglohn-Jobs und weit entfernte Arbeitsstellen an-

nehmen müssen. Wie bereits unter Türkis/Blau angekündigt soll die Notstandshilfe abgeschafft und durch ein „Hartz IV-Modell“ (nach deutschem Vorbild) ersetzt werden. Davon wird auch diese Regierung nicht ablassen und im Regierungsprogramm findet sich nichts, was dem widersprechen würde.

Wie bereits mit der FPÖ vereinbart soll nun auch die „Sicherungshaft“ kommen: Akzeptieren mussten die Grünen eine ganze Reihe von FPÖ-Forderungen (allen voran die präventive „Sicherungshaft“), bei denen ihre Zustimmung, in der Vergangenheit undenkbar gewesen wäre. Im Bereich Asyl und Migration darf nun die ÖVP im Parlament sogar mit der FPÖ und gegen die Grünen stimmen. Explizit ist für diesen Bereich die Möglichkeit vorgesehen, im Nationalrat Mehrheiten, bei „besonderen Herausforderungen“ abseits des Koalitionspartners zu suchen. Trotz aller Kritik von Experten soll es auch weiter getrennte Deutschklassen für Kinder geben und die Grünen konnten somit wieder eines ihrer Wahlversprechen nicht halten. Zusätzlich hat die ÖVP alle Schlüssel-Ministerien (Innenministerium, Außenministerium, Verteidigungsministerium und Integrationsministerium) um Angst vor Migranten und Migrationsbewegungen zu schüren, zur Verfügung. Sie können damit ihre Ministerien, wann immer sie das Thema Migration in den Medien brauchen, beliebig steuern. Wenn Stimmung gegen Migranten gemacht werden soll, um von Kürzungen bei Arbeitslosen oder bei sozial Schwachen abzulenken, wird die Diskussion wieder angeheizt werden.

Die Unternehmen sind fein raus und die Konsumenten zahlen den Klimaschutz: Österreich soll laut Regierungsprogramm bis 2040 klimaneutral werden und das ist mit einem CO₂-Budget bzw. einen Klima-Check geplant. Die Ökologisierung des Steuersystems wird aber auf 2022 verschoben, weshalb „Fridays for Future“ bereits weitere Proteste angekündigt hat. Diese CO₂-Steuer war eine Kernforderung der Grünen im Wahlkampf. Die ÖVP hat sich immer massiv gegen diese Steuerreform ausgesprochen. Sie wurde in eine „Arbeitsgruppe“ auf 2022 verschoben und soll dann vom ÖVP-geführten Finanzministerium geleitet werden. Ob das Verbot von Öl- bzw. Kohleheizungen und andere Maßnahmen auch sozial abgefedert werden, steht nicht im Programm. Aber diese Maßnahme könnte für arme Menschen sehr teuer werden. Überhaupt treffen die Öko-Maßnahmen von Türkis-Grün nicht die Hauptversursacher in der Industrie, sondern vor allem die private Haushalte. Immerhin soll, wie es die SPÖ und die Grünen bereits gefordert haben, ein 1-2-3 Klimaticket kommen. Die Flugticketabgabe wird zwar für Kurz- und Mittelstreckenflüge von 7,50 auf 12 Euro erhöht, aber dafür im Gegenzug bei Langstreckenflügen von 17,50 auf 12 Euro gesenkt.

Die Ungleichheit beim Familienbonus wird weiter verschärft: Die Schief-lage beim Familienbonus wird noch weiter verschärft und nicht repariert. Im schwarz-blauen Modell haben Kinder von Top-Verdienern weit mehr Unter-stützung, als Kinder von Geringverdienern, bekommen. Es handelt sich hierbei nämlich um einen Steuer-Absetzbetrag und um keine einkommensunabhängige Unterstützung, die für alle gleich wäre und Türkis-Grün verschärft das jetzt noch weiter. Wer sehr wenig verdient, bekommt weiterhin gar nichts (weil er keine Einkommenssteuer bezahlt) oder kann nur einen sehr geringen Teil geltend machen und Alleinerziehende bekommen daher nur 1/6 des Bonus. Neu ist nun, dass gutverdienende Eltern um 250 Euro mehr, nämlich 1.750 Euro pro Kind (Alleinerziehende: 100 Euro), bekommen. Bei Alleinerziehenden wird der Bonus gerademal von 250 auf 350 Euro erhöht.

Die Armutsbekämpfung ist nur ein Schlagwort: Die Armutsbekämpfung ist zwar im Regierungsprogramm ein Schwerpunkt, aber diesbezügliche Maß-nahmen gibt es keine und auch die Kürzungen bei der Mindestsicherung werden nicht zurückgenommen. Die Einzig konkrete Maßnahme ist ein bundesweites Kältetelefon, also eine Hilfshotline für Obdachlose im Winter. Für die 300.000 armutsgefährdeten Kinder (außer sie werden obdachlos) gibt es nichts.

05. 01. 2020:

Das Abstimmungsverhalten der ÖVP und der Grüne vor der Wahl, sowie das Ergebnis nach dem Regierungsübereinkommen

Dabei sind die Grünen, wie man sieht, die Weltmeister im „Umfallen“.

	ÖVP	Grüne	Türkis/ Grün
Vermögenssteuer	Nein	Ja	Nein
Konzernsteuern senken	Ja	Nein	Ja
Arbeitszeitverkürzung	Nein	Ja	Nein
LKW - Maut	Nein	Ja	Nein
CO² - Steuer	Nein	Ja	Enthaltung
Familienbonus für alle	Nein	Ja	Nein
Mehr Geld für ältere Arbeitslose	Nein	Ja	Nein
Upload-Filter	Ja	Nein	Ja
Informationsfreiheit	Nein	Ja	Ja
1-2-3-Klimaticket	Enthaltung	Ja	Ja
Präferentivhaft	Ja	Nein	Ja

Die Kurz-Falle

Um das Ausmaß und die Folgen das Abschneiden der Grünen bei den Koalitionsverhandlungen besser zu verstehen, muss man sich das Ganze, am Besten aus Sicht der ÖVP, ansehen:

ZIEL 1 - Österreich wird Türkis und dafür wird das Klima Grün: Kaum hatten die Grünen Ja gesagt, machte ihnen die ÖVP auch schon klar, dass Österreich den Türkisen gehört und die Grünen dafür das Klima bekommen. Beginnend mit dem steuerfreien Vermögen, über die Polizei und der Kontrolle aller drei Nachrichtendienste, den Schulen und Universitäten, das Asylwesen und Integration, bis hin zur Landwirtschaft und den großen Staatsunternehmen wie z.B.: OMV, Verbund, Post, Donau und den Casinos. Der Rechnungshof darf dafür in Zukunft, aber nur bei begründetem Verdacht, die Finanzen der Parteien kontrollieren. Wenn aber der Verdacht auf illegale Parteienfinanzierung einmal begründet ist, übernimmt in der Regel die Staatsanwaltschaft. Das Kuriose an der Sache ist, dass die Rechnungshofkontrolle nur dann wirksam funktioniert, wenn sie unangemeldet, ohne Vorwarnung und damit ohne äußeren Anlass erfolgt und genau das wird mit der Bedingung „begründeter Verdacht“ unmöglich gemacht. Die ÖVP hätte einer Öko-Steuerreform 2020 im letzten Moment zugestimmt, aber die Grünen fielen um und somit ist das Regierungsprogramm in einem satten 90%igem Türkis gehalten und weist nur eine sehr zarte grüne Tarnfarbe auf.

ZIEL 2 - das Wertvollste zerstören: In den Verhandlungen musste das wertvollste Kapital der Grünen, ihre Integrität, aufgebraucht werden. Das probierte nun Kurz mit der Sicherungshaft bzw. einem Anhaltelager und war damit sehr erfolgreich. Mit der Verschleppung der Öko-Steuerreform, sowie mit der Verwässerung der Rechnungshofkontrolle ist die grüne Handschrift im Regierungsübereinkommen sehr blass geworden und wurde zusätzlich mit dieser Sicherungshaft und diesem Anhaltelager schon sehr bläulich.

ZIEL 3 - die Pendelregierung: Die Grünen waren für die ÖVP der willkommene Ausweg aus der internationalen Ächtung durch die Koalition mit der FPÖ. Aber gleichzeitig wollte die ÖVP die neugewonnenen FPÖ-Wähler durch Fortsetzung der Regierung mit der FPÖ binden und brachten die Grünen dazu, einem „koalitionsfreien Raum“ im Bereich „Asyl“ zu zustimmen. Die Grünen haben unverständlicherweise im Gegenzug auf eine parlamentarische Mehrheit für einen Weg aus der Klimakrise verzichtet. Denn in der Klimapolitik hat die ÖVP das Vetorecht, aber in der Flüchtlingspolitik haben die Grünen darauf leichtfertig verzichtet. Damit hat Österreich erstmals, die Grünen machen das möglich, zwei Regierungen unter einem Kanzler. Eine ÖVP-Grüne und wenn es um reine ÖVP-Interessen geht, eine ÖVP-FPÖ-Pendelregierung.

Es fehlt die Finanzierung der Steuersenkungen

Bei der Ökologisierung des Steuersystems legt die künftige Regierung keine Finanzierungsmodelle vor, sondern will anscheinend abwarten, was auf internationaler Ebene passiert. Zuerst wird vermutlich, um der kalten Progression entgegenzuwirken, die Besteuerung der Einkommen bzw. die KöST gesenkt werden und anschließend ist die Einführung einer CO₂-Steuer geplant. Die Befreiung von der Kapitalertragsteuer (KESt) für ökologische bzw. ethische Investitionen wird zur Veränderung des Verhaltens bei Investitionen und betrieblichen Abläufen führen. Bei der Ökologisierung des Steuersystems muss sich die Regierung rasch an die Arbeit machen und Konkretes auf den Tisch legen, ansonsten werden sich die Unternehmen bei Investitionen zurückhalten. Aus Sicht des Präsidenten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und gebürtige Österreicher, Gabriel Felbermayr, muss die Regierung (um Unsicherheit zu verhindern) bei der CO₂-Steuer recht schnell liefern.

Die Trennung von Arbeit und Soziales lässt schlimmes befürchten

Im Sozialbereich ist die Regierungsvereinbarung durchwachsen und es scheint, als hätten die Koalitionspartner einen Grabenkrieg geführt und wenig zugelassen, aber auch nur wenig erreicht. Dort wo doch etwas erreicht wurde, ist es in vielen Fällen Länderkompetenz und muss mit den einzelnen Bundesländern in 15a-Vereinbarungen ausverhandelt werden. Im Themenbereich „Arbeit“ zeigt sich die größte Schwachstelle der Regierungsverhandlungen und zwar durch die Herauslösung der Arbeitsagenden aus dem Sozialministerium. Auch die Evaluierung des AMS-Algorithmus bzw. die Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes, um arbeitslose Menschen wieder schneller ins Erwerbsleben zu bringen, gleichen unter einem ÖVP-geführten Ministerium eher einer gefährlichen Drohung. Im Bereich Klimaschutz gibt es im Regierungsprogramm viele Vorhaben, die als Fortschritt bezeichnet werden könnten. Äußerst problematisch ist aber, dass die ökosoziale Steuerreform in eine Arbeitsgruppe ausgelagert wurde und erst ab 2022 eingeführt werden soll. Daher ist abzuwarten, wie diese Steuerreform tatsächlich umgesetzt wird und erst dann kann beurteilt werden, ob diese Regierung den Klimaschutz wirklich ernst nimmt. Aus menschenrechtlicher und emanzipatorischer Sicht ist das Kapitel Asyl und Migration, gänzlich misslungen. Die ÖVP hat sich auch hier auf ganzer Linie, nicht nur bei der sogenannten „illegalen Migration“, sondern auch bei ihrer Forderung nach einer Sicherungshaft oder dem Wunsch von Aufnahmezentren in Drittstaaten, durchgesetzt. Völlig unverständlich ist auch der vereinbarte koalitionsfreie Raum bei Migration und Asyl. Dadurch hat sich die ÖVP eine Hintertür offengelassen (wenn das mit den Grünen nicht möglich ist), um mit der FPÖ Verschärfungen

im Asylbereich durchsetzen. Wir werden diese Regierung daran messen, wie sie agieren wird und ob sie den Paradigmenwechsel hin zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft schafft oder ob die ÖVP ihren menschenverachtenden Weg einfach mit einem neuen Koalitionspartner fortsetzen wird.

07. 01. 2020: Die Türkis / Grüne Regierungsmannschaft

In der neuen Regierung setzt Kurz auf eine Mischung aus alten Vertrauten und neuen Gesichtern.

Sebastian Kurz (ÖVP)	Bundeskanzler	Zwar sind die Minister formal nicht weisungsgebunden, doch der strenge Führungsstil (Message Control) von Kurz ist mittlerweile bekannt und seine eiserne Hand in Sachen Kommunikation schlug bereits bei den Regierungsverhandlungen durch. Passend dazu sicherte sich Sebastian Kurz in den Verhandlungen auch die Kompetenzen in Sachen ORF-Gesetz und Kommunikationsbehörde Austria. Sie ist formal nicht an Weisungen gebunden, aber eine zentrale Stelle für die österreichische Medienlandschaft, denn sie vergibt Rundfunklizenzen, beaufsichtigt private Medienunternehmen und vergibt die Presseförderung. Zusätzlich hat das Bundeskanzleramt gleich vier (Die Abteilungen: Medienanalyse, Medienbetreuung, Digitale Kommunikation und Informationsinitiativen) großzügig angelegte Kommunikations-Dienststellen und diese sollen die kommenden fünf Jahre das Image der Regierung (aber vor allem das von Kurz) auf Hochglanz polieren. Dafür hat Sebastian Kurz seinen eigenen Pressesprecher Gerald Fleischmann zum Kanzlerbeauftragten für Medienfragen (und zur Medienkontrolle) gemacht.
-------------------------	---------------	---

Werner Kogler (Grüne)	Vizekanzler Minister für Öffentlichen Dienst und Sport	Als Beamtenminister bekleidet er mit dem Finanzminister regierungsintern eine Schlüsselposition. Denn die beiden entscheiden zusammen, wie viele MitarbeiterInnen die Ministerien jeweils bekommen und wie diese Posten bezahlt sind. Die Sport-Agenden lassen mit frei verfügbaren 50 Millionen Euro sehr wenig finanziellen Gestaltungsspielraum.
Karoline Edtstadler (ÖVP)	Kanzleramts - ministerin	In Sachen EU wird die Hardlinerin Karoline Edtstadler den Kanzler unterstützen. Bereits im Wahlkampf setzte Kurz auf Edtstadler und ließ sich von ihr bei Fernseh-Duellen vertreten.
Susanne Raab (ÖVP)	Integrations - ministerin	Dieses Ressort ist in erster Linie ein symbolisches und außerdem ist die klare Zuständigkeit zahnlos, denn die Integrationsbemühungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung liegen bei den jeweiligen Ministerien und das Fremdenwesens samt gesetzlicher Regulative beim Innenministerium. Als Spitzenbeamtin im Außenministerium sprach sie sich für Ein-Euro Jobs aus. Für die ÖVP ist Migration und Integration, neben der Stimmungsmache, vor allem unter dem Aspekt des Lohndrucks interessant.

Ulrike Lunacek (Grüne)	Staatssekretärin für Kunst und Kultur	Lunacek übernimmt mit den Kunst- und Kulturangelegenheiten einen kaum breitenwirksamen Bereich. Zwei Drittel vom knappen Budget sind für die Bundesbühnen und freien Kultureinrichtungen gebunden. Es wird sich herausstellen, ob sie nur zu Koglers persönlicher Unterstützung herbeigerufen wurde, oder ob sie dem kränkelnden Kulturbereich wieder auf die Beine helfen kann.
Gernot Blümel (ÖVP)	Finanz - minister	Gernot Blümel, bekommt damit wohl das mächtigste aller Ressorts. In seine Zuständigkeit fällt außerdem die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), die wiederum Anteile an Verbund, Post, Telekom, Casinos, OMV und der Bundesimmobiliengesellschaft hält. Eine Herausforderung für die Koalition stellen die 2021 anstehenden Ankäufe von CO2-Emissionszertifikaten dar. Die Strafzahlungen sind in dreistelliger Millionenhöhe zu erwarten und wohl kaum mit der Sparpolitik der ÖVP-Regierung zu vereinbaren.
Karl Nehammer (ÖVP)	Innenminister	Seine Zuständigkeiten umfassen die medienwirksamen Bereiche Asyl und Migration, sowie die innere Sicherheit samt Polizei und den Spezial-Einsatzgruppen. Daraus ergibt sich auch der zweitgrößte Personalstab aller Ministerien. Auf der anderen Seite bedeutet das allerdings weniger Flexibilität in der Budgetgestaltung. Über 70% der 3,2 Milliarden Euro gehen direkt an die Landespolizeidirektionen, 80 Millionen Euro gehen an die Spezialeinheit Cobra und weitere 8 Millionen Euro sind für den Katastrophenschutz veranschlagt.

Alma Zadić (Grüne)	Justizministerin	Mit dem Verfassungsdienst obliegt dem Justizministerium die Prüfung aller Gesetze auf ihre Verfassungskonformität. Diese wurde Kurz I, sowohl beim Bundestrojaner, als auch bei der Kürzung der Mindestsicherung zum Verhängnis. Aktuell stehen wohl die Sicherungshaft und die Asyl- und Migrationspolitik auf der Agenda. Aber auch für die juristische Aufarbeitung (BVT-Skandal, die Postenschachereien bei den Casinos Austria oder die Eurofighter) der vergangenen schwarz-blauen Regierung(en) wird sie zuständig sein und bei Ersteren könnte auch so mancher ÖVP-Grande unter Druck geraten. Kein Wunder also, dass Kanzler Kurz bereits vor der Angelobung bei der Hetzkampagne gegen Zadić mitmacht.
Leonore Gewessler (Grüne)	Ministerin für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Zu den Agenden Verkehr, Innovation und Technologie kommen noch die Zuständigkeiten für Klima, Umwelt und Energie. Es handelt sich hierbei nicht nur um grüne Kernthemen, sondern, vor allem in Verbindung mit den Bereichen Infrastruktur und Verkehr, um politische Schwergewichter. Die echte politische Macht steckt aber in der Infrastruktur und dem Verkehr, denn hier werden die großen Gelder der Republik auf Jahre und Jahrzehnte vergeben. Mit ASFINAG und ÖBB sind ihr zwei der größten Arbeitgeber der Republik unterstellt. Sowohl in den Bereichen Innovation (wo die meisten freien Gelder vergeben werden), als auch beim Klimaplan wird Gewessler beim ÖVP-Finanzminister sicherlich um jeden Euro ringen müssen.

<p>Heinz Faßmann (ÖVP)</p>	<p>Minister für Bildung und Wissenschaft</p>	<p>Faßmann ist als ehemaliger Vizerektor für Forschung der Universität Wien zwar vom Fach, aber er nimmt es, wenn es um seine politischen Entscheidungen geht, mit der Wissenschaft nicht so genau. Auch in der kommenden Regierung dürfte Faßmann bis auf wenige emotional besetzte Mini-Neuerungen nicht viel Spielraum haben und bleibt der mediale Nebelgranaten-Werfer der Regierung. Studiengebühren werden de facto erhöht und die Deutschklassen bzw. die Ziffernnoten in der Volksschule beibehalten.</p>
<p>Margarete Schramböck (ÖVP)</p>	<p>Wirtschafts - ministerin</p>	<p>Obwohl die Arbeitsagenden gar nicht in ihr Ressor fallen, äußert sie sich zur Maßnahme, dass Arbeitssuchende zukünftig einen Arbeitsweg von zweieinhalb Stunden in Kauf nehmen müssen. Im Gegensatz zu Bereichen wie Bildung hat die Wirtschaftsministerin bei Themen wie Wettbewerbs- und Gewererecht, die technische Normensetzung, die Digitalisierung (inkl. E-Gouvernement) und der Unternehmensansiedlung freien Handlungsspielraum. Ihre Pläne werden öffentlich kaum besprochen, zeitgleich kann sie aber 60 Prozent der 1,34 Milliarden Euro frei an Projekte vergeben und 800 Millionen Euro kann sie über „Transferzahlungen an die Wirtschaft“ vergeben.</p>

Rudi Anschöber (Grüne)	Minister für Soziales und Gesundheit	Die Grünen gaben in den Verhandlungen, aus nicht nachvollziehbaren Gründen, den Arbeitsbereich aus dem Sozialministerium ab. Damit fällt der gesamte Arbeitsmarkt (inkl. AMS), Arbeitsinspektorat und Arbeitsrecht der Wirtschaftspartei ÖVP zu. Als Gesundheits- und Sozialminister wird Anschöber seine Beliebtheitswerte weiter ausbauen können. Real werden ihm allerdings das mangelnde Budget und die mächtigen Gegenspieler Ärztekammer, Sozialversicherungen und Länder Schwierigkeiten bereiten.
Elisabeth Köstinger (ÖVP)	Ministerin für Tourismus und Landwirtschaft	Ihre Politik richtete sich bereits unter Kurz I in erster Linie nach den Wünschen der mächtigen Bauern. Dort wo es möglich ist, schaufelt Köstinger die Mittel den Großgrund-Bauern zu. Die Landwirtschaftsministerin hat sich, vermutlich im Auftrag von Kurz, einige Ressort-fremde Agenden, wie die Telekommunikation (damit kontrolliert sie die Ausschreibung der neuen Frequenzen für das 5G-Netz) und den Zivildienst (mit der „Bedeutung für den ländlichen Raum“ wird gerechtfertigt, dass der Zivildienst das Innenministerium verlässt und in Köstingers Kontrollbereich kommt) einverleibt.

Klaudia Tanner (ÖVP)	Verteidigungs - ministerin	Als erste Frau (vorher Bauernbund und Privatwirtschaft) im Amt bringt sie der ÖVP wohl medial einen fortschrittlichen Glanz und auch im Gestaltungsspielraum ist in Sachen Heer mehr zu erwarten als die letzten 13 Jahre. Denn seit 2007 musste die ÖVP die Landesverteidigung an den Koalitionspartner abgeben. Seit-her ist allerdings das Finanzministerium fest in schwarzer Hand und so wurde das Heer kaputtgespart. Auch wenn die Katastrophenhilfe immer willkommene Beliebtheitspunkte bringen, wird sich Klaudia Tanner spätestens bei der Forderung nach der (Neu-)anschaffung von Flugzeugen und schwerem Kampfgerät nicht nur Freunde machen.
Christine Aschbacher (ÖVP)	Ministerin für Arbeit, Familie und Jugend	Eine Überraschung ist, dass die steirische Consulting-Unternehmerin auch die Arbeitsagenden aus dem Sozialministerium bekommt und damit oberste Chefin des AMS wird. Sie wird wohl vor allem als Bewacherin der bereits unter Kurz I beschlossenen Kürzungen und Verschlechterungen (Notstandshilfe, 12-Stunden-Tag) herhalten. Das Arbeitslosengeld wird wohl gestaffelt zunehmend weniger werden, die Zumutbarkeit bei der Jobsuche wird belastender. Auch bei Familienangelegenheiten ist über den Familienausgleichsfonds (FLAF), der die Familienbeihilfe ausbezahlt, vor allem konservative Politik zu erwarten.

<p>Alexander Schallenberg (Parteilos = ÖVP)</p>	<p>Minister für Europa und Internationales</p>	<p>Dieser „alte bzw. neue“ Minister ist offiziell parteilos, arbeitete allerdings bereits 2013 für den damaligen Außenminister Kurz und verhandelte sogar für die ÖVP bei der schwarz-blauen Regierungsbildung mit. Hätte die FPÖ damals nicht das Ministerium besetzt, wäre wohl er statt Karin Kneissl Minister geworden. Während die Integrationsfragen direkt ins BKA wandern, darf man damit rechnen, dass Sebastian Kurz die medienwirksamen Auslandsreisen, samt Foto Strecken zur Chefsache erklären und selbst erledigen wird.</p>
---	--	---

Der FPÖ-Historikerbericht ist eine einzige Blamage

Als vor zwei Jahren in einer burschenschaftlichen Verbindung des Niederösterreichischen FPÖ-Politikers Landbauer ein Liederbuch mit unsagbaren Spottversen über den Holocaust aufgetaucht war, trat der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache die Flucht nach vorn an und setzte eine Historikerkommission ein. „Großspurig“ wurde damals verkündet, dass man unabhängige Zeithistoriker, sowie das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) an der Aufarbeitung der Geschichte der FPÖ beteiligen wird, dabei die Archive öffnet und alles wird selbstverständlich transparent vor sich gehen. Geschehen von alledem ist nichts. Im August des vergangenen Jahres erschien dann unter großem „Getöse“ ein dünner Zwischenbericht, der erkennen ließ, dass es der FPÖ in erster Linie um Beschwichtigung und Schadensbegrenzung ging. Der Endbericht ist nun 700 Seiten stark geworden, doch die Einsicht in das historische Wesen der FPÖ ist noch immer nicht erkennbar. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker besteht im Vorwort darauf, dass die FPÖ niemals „eine systematische Fortsetzung des nationalsozialistischen Regimes“ betrieben habe und Ex-EU-Mandatar Andreas Mölzer vertritt im Nachwort allen Ernstes die Ansicht, dass die ehemaligen Nationalsozialisten, die in den Nachkriegsjahren bei der FPÖ anheuerteten, allesamt „entnazifiziert“ gewesen seien. Der Gründer der FPÖ, ihr erster Vorsitzender Anton Reinthaller, ein illegaler Nazi, der 1938 zu Regierungsehren kam und einen SS-Generalsrang innehatte, wird vom Zeit- und Parteihistoriker Lothar Höbelt als uneinsichtiger Ex-Nazi geschildert. Aus FPÖ-Kreisen hört man dazu, dass der SS-Rang Reinthallers ein „Titel ohne Mittel“ gewesen sei und Reinthaller der beste Garant gegen eine Radikalisierung der Ehemaligen und das, nicht obwohl, sondern weil er ein „hochrangiger NS-Führer“ war. Mit keinem einzigen Wort wird erwähnt, dass Reinthaller in der NS-Zeit die Zuweisung von Zwangsarbeitern oblag. Genauso wenig sind scheinbar Reinthallers Aufzeichnungen nach dem Krieg (in denen er demselben antisemitischen Weltbild nachhing wie in den Jahren zuvor und in Nazi-Diktion von „Wirtsvölkern“ und „Weltjudentum“ sprach, um Verständnis für den Judenstern und um „verschärfte polizeiliche Behandlung“ der deutschen Juden heischte) erwähnenswert. Diese Partei scheint nicht begreifen zu wollen, wie sehr das Wesen der FPÖ an die Vertretung der Ehemaligen gekoppelt ist und dass keiner von ihnen jemals eine Reflexion über den gelernten und praktizierten Rassismus und Antisemitismus verlangt hatte. Vielmehr sind Geschichtsrevisionismus und Opferkult der Volksgemeinschaft und dem Kampf gegen die „Vermischung von Völkern und Rassen“ in der DNA der FPÖ eingeschrieben. Bis auf Norbert Hofer waren alle FPÖ-Vorsitzenden entweder selbst oder als Kinder bzw. Enkelkinder von Ehemaligen

familiär in die NS-Geschichte verstrickt. Die FPÖ-Historikerkommission stellt sich nicht die Frage, weshalb prominente Neonazis, wie Norbert Burger (der spätere NDP-Gründer), oder der Holocaust-Leugner Gerd Honsik einst bei der FPÖ aktiv gewesen sind. Ebenso wird darüber hinweggegangen, dass alle paar Wochen irgendein „Einzelfall“ in der FPÖ die Runde macht. Man will offenbar gar nicht wissen, wie sehr Familiengeschichte, Traditionsvereine, das Milieu und vor allem die Burschenschaften die FPÖ prägen. Am Ende hieß es, es handle sich um private Vereine, die man nicht zwingen könne, ihre Archive zu öffnen. Doch jene FPÖ-Funktionäre, die so argumentieren, haben wohl selbst so manches zu verbergen.

Eine glatte Kriegserklärung an die Arbeitnehmer

Die steirische Consulting-Unternehmerin Christine Aschbacher (ÖVP) wird Familienministerin und als unangenehmer Beigeschmack wird sie auch noch Chefin des AMS. Wenn die Grünen das zulassen, können sie ihr Sozialministerium auch gleich zusperren.

Die Türkisen Grauslichkeiten gehen munter weiter: Macht die SPÖ einmal etwas Vernünftiges, wie die „Aktion 20.000“ für Langzeitarbeitslose, wird das von der „Türkisen-Kurz-Truppe“ natürlich sofort abgedreht. Die Krankenkassen, aber nur die der ASVG-Versicherten, werden zusammengelegt und in den neuen Gremien haben dann auf einmal die Arbeitgeber (obwohl es sich um die Krankenkasse der Arbeitnehmer handelt) die Mehrheit. Mit dem Gesetz zum Zwölf-Stunden-Tag hat die ÖVP die älteste Errungenschaft (8 Stunden Arbeit sind genug) der Arbeiterbewegung, einfach vom Tisch gewischt und der ÖGB bringt nicht einmal mehr einen Streik zustande.

Wo ist die Rote Linie: Glaubt unser ehemaliger und künftiger Kanzler, ohne jeglicher Arbeitserfahrung (außerhalb der ÖVP) wirklich, die Leute wären gerne arbeitslos und müssten deshalb zusätzlich, durch eine türkise AMS-Chefin gemobbt und bestraft werden, wenn sie ihren Job verlieren?

Arbeitnehmer schikanieren, als türkise Lieblingsbeschäftigung: Die neue Zuordnung bedeutet, dass die ÖVP ihr altes Lied (Zumutbarkeitsgrenzen aufweichen, Langzeitarbeitslose in die völlige Verarmung stürzen und Arbeitnehmer schikanieren) wieder anstimmen kann und dafür gibt es dann wieder die Eine oder die Andere „kleine“ Parteispende. So wie die Ex-„Sozialministerin“ Beate Hartinger-Klein (FPÖ) der Überzeugung war, dass, man von 150 Euro im Monat leben kann.

Wer schafft die Arbeit: Seit Jahrzehnten steigt die Produktivität, ohne dass die Arbeitnehmer einen fairen Anteil an ihrer Leistung bekommen, denn die Gehälter stagnieren. Die Kapitalquote (der Anteil der Kapitaleinkommen an der Wirtschaftsleistung) hat mittlerweile das Niveau des 19. Jahrhunderts erreicht. Da ist es ja nur passend, wenn man die Arbeitnehmer auch so, wie in den finsternen Zeiten des Manchesterliberalismus, behandelt. Wo kämen wir da hin, wenn der Staat seine Bürger vor Ausbeutung schützt, die sind doch das Humankapital der wirtschaftlichen Elite.

Wer rettet uns vor der ÖVP: Der große Unterschied zum 19. Jahrhundert ist, dass es scheinbar keine Arbeiterbewegung mehr gibt, die den Namen verdient. Wollen wir hoffen, dass der grüne Landesrat Rudi Anschober, der ÖVP diese Kriegserklärung an die Arbeitnehmer, nicht durchgehen lässt.

09. 01. 2020: Elisabeth Köstinger, die „Über“-Ministerin

Der neue Mobilfunkstandard G5, der laut vieler Experten eine Schlüsselrolle in der Digitalisierung spielen wird, wird nicht vom Infrastruktur-Ministerium (wie logisch und üblich), sondern vom Landwirtschaftsministerium ausgeschrieben. Bei Köstinger ist das Thema Digitalisierung, wie es bisher die Umweltthemen auch waren perfekt geparkt, denn es soll offensichtlich möglichst wenig bis nichts passieren. Sie hat als Ministerin zum Thema Klimaschutz genau das getan und zwar nichts. Keine einzige Eigeninitiative gesetzt und nur europäische Vorgaben umgesetzt. Die Kurz-Strategen sollten sich jedoch die Frage stellen, was passiert mit der österreichischen Wirtschaft, wenn die Digitalisierungsagenden im Landwirtschaftsministerium kaltgestellt sind. International tätige Unternehmen werden dann wohl ausweichen, wenn sie es nicht schon längst tun. Dieses Ministerium wird übrigens auch für den Zivildienst zuständig sein. Statt Altenheim und Rettungsdienst bekommt nun der Maschinenring Waldarbeiter und Spargelstechen. Der Machterhalt um jeden Preis wird nirgends so deutlich sichtbar, wie beim Landwirtschaftsministerium und ist somit der dramatische Gipfel der machtgeilen Kompetenzenverschiebereien der Türkisen.

Kurz schafft die Hacklerregelung wieder ab

Vor der Wahl haben die SPÖ und die FPÖ im „Spiel der freien Kräfte“ die sogenannte Hacklerregelung beschlossen. Wer nach 45 Beitragsjahre im Alter von 62 in Pension geht, hat genug beigetragen und muss keine Abschlüge fürchten. Türkis-Grün will nun diese Hacklerregelung, nachdem sie erst seit 01. 01. diesen Jahres in Kraft ist, wieder abschaffen und will damit die Beschäftigten auch nach 45 Arbeitsjahren nicht die volle Pension zugestehen. Derzeit reichen 45 Arbeitsjahre aus, um ab 1.1.2020 ohne Abschlüge (Alters-, Invaliditäts- oder Schwerarbeitspension) in Pension zu gehen. Für Frauen sind 40 Arbeitsjahre (inkl. 60 Monate angerechneter Kinderbetreuungszeiten) erforderlich. Das gilt für ASVG-Versicherte, Bauern und Selbständige, aber nicht aber für den öffentlichen Dienst, denn das hat die FPÖ verhindert. Nach 45 Jahren sind die Beschäftigten oft am Ende ihrer Kräfte und haben ihre Beiträge bereits ausreichend einbezahlt. Alfred Gusenbauer (SPÖ) hat die sogenannte Hacklerregelung, die aber 2013 ausgelaufen ist, eingeführt. Seither müssten die Beschäftigte, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben und nach 45 Jahren in Pension gehen, bis zu 12,6% Abschlüge in Kauf nehmen. Die SPÖ wollte die Hacklerregelung verlängern und ist leider immer wieder am Widerstand des Koalitionspartners ÖVP gescheitert. Im freien Spiel der Kräfte haben dann die SPÖ und die FPÖ gemeinsam im Herbst 2019 die Hacklerregelung beschlossen. Als eine der ersten Schritte der türkis-grünen Regierung kündigt Kurz an, diese Hacklerregelung wieder abzuschaffen. Wer 45 Jahre lang jeden Tag aufgestanden ist, um arbeiten zu gehen, bekommt nun dafür von der neuen Kurz-Regierung als Belohnung eine Pensionskürzung.

11. 01. 2020: Jetzt wird Kogler zum „Kurz 2.0“

Kurz und Kogler sind erst „einige Minuten“ im Amt und schon verkünden sie, mit der Abschaffung der Hacklerregelung, die erst Hyobotschaft. Dass Türkis-Grün kein öko-feministisches Wunschkonzert wird und dass die Grünen nicht die besseren Roten sind war klar, aber dass Werner Kogler nun, nur um damit die türkise Politik zu rechtfertigen, gegen die Hacklerregelung und das scheinbar im Sinne feministischer Politik argumentiert, geht eindeutig zu weit und bedeutet unweblümt eine Verschärfung der arbeitnehmerfeindlichen Türkis-Blauen Regierung mit grüner Tarnkappe. Menschen, die 45 Jahre lang gearbeitet haben, erhalten wenn sie zum Beispiel krankheitsbedingt vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters in Pension gehen müssen, bis zu 360 Euro weniger. Gleichzeitig werden aber den Konzernen und den Reichen dieser Gesellschaft Milliarden „in den Rachen geschoben“. Vor zwei Jahren hieß es noch auf einem grünen Wahlplakat: „Im Kern ist Kurz ein Strache“.

Aktuell müsste dieser Slogan nun heißen: „Im Kern ist Kogler ein Kurz“. Koglers Vorgehen richtet sich nicht nur zutiefst gegen jegliche Grundwerte einer sozialen bzw. einer umverteilenden Politik, sondern es ist zutiefst antifeministisch. Kogler höhlt die feministische Politik der Grünen aus und instrumentalisiert sie, um damit die türkise Politik zu rechtfertigen und springt damit, ohne mit der Wimper zu zucken als Steigbügelhalter, auf den Kurz-Zug auf. Und parallel dazu kümmert sich der „Sepp-patz-dich-an“ (Sebastian Kurz) um seine Superreichen und füttert sie (auch unter Türkis-Grün) mit Steuerzuckerln in Milliardenhöhe. Durch diese unsoziale Vorgehensweise passieren folgende Dinge:

Erstens: Kurz kann seine antisoziale, neoliberale Politik zum Vorteil der Reichen und zum Nachteil aller hart arbeitenden Menschen in diesem Land ungehemmt vorantreiben.

Zweitens: Sie bekommt durch Kogler sogar einen „Grün-Anstrich“, denn jetzt gibt es für die Abschaffung der Hacklerregelung auch scheinbar grün-feministische Gründe. So möchte diese Öko-Partei den Anschein erwecken, dass sie ihrer frauenfreundlichen politischen Linie mit dem Argument: „Wir wollen das nicht, weil Frauen von dieser Regelung nicht betroffen sind, denn wir setzen uns für Frauenrechte ein“ treu bleiben. Aber in Wirklichkeit lässt Kogler eine der Kernkompetenzen der Grünen, den Kampf um Gleichberechtigung, zum Mittel zum Zweck einer Türkisen Politik verkommen.

Drittens: Kogler spielt damit zwar den Roten in die Hände, die Sozialpolitik und Frauenpolitik gleichzeitig können, aber auch den Blauen, die nun im rot-blauen Chor den türkis-grünen Anschlag auf die Arbeitnehmer zu Recht beklagen.

Viertens: Wenn grüne Politik für Frauen bedeutet, dass Politik gegen die ärmsten Männer dieser Gesellschaft gemacht wird, wer braucht dann noch die Frauenpolitik? Kogler demonstriert sehr anschaulich, dass da nichts guten herauskommen kann.

Kogler möchte in Sachen Hacklerregelung zum Ausdruck bringen, dass er sich bevorzugt die Besserstellung anderer Gruppen im Pensionssystem, wie eben zum Beispiel Frauen (die von Altersarmut am meisten betroffen sind) wünsche. Aber wie kann er eine Besserstellung erreichen, bzw. was hat das mit Frauenrechten zu tun, wenn er Anderen etwas weg nimmt. Hierbei kann es ihm höchstens darum gehen, seinem türkisten Koalitionspartner zu gefallen. Man kann die Abschaffung der Hacklerregelung drehen und wenden wie man will, aber da ist einfach nichts Soziales und nichts Feministisches dran. Diese Regierung stellt sich in ihren ersten Stunden als die schlimmste Variante von Türkis-Grün dar und daher wird es immer klarer, dass Grün im Kern jetzt Türkis ist.

Die SPÖ macht gegen die Abschaffung der Hacklerregelung mobil

Die SPÖ läuft gegen die Abschaffung der neuen Hacklerregelung im Pensionsrecht (wie sie von der Regierung angedacht ist) Sturm. Diese Neuregelung, die einen abschlagsfreien Pensionsantritt nach 45 Jahren ab 62 vorsieht, wurde erst vor wenigen Monaten beschlossen worden. Dass von den Grünen argumentiert wird, die Regelung sei nicht optimal, weil von ihr derzeit Frauen wegen ihres niedrigeren Antrittsalters nicht profitieren können, kann von den Sozialdemokraten nicht nachvollzogen werden. Die Schlechterstellung der Frauen bei den Pensionshöhen muss auf anderer Ebene korrigiert werden. Jörg Leichtfried (SPÖ) betont: „einerseits können wir uns angeblich die Pensionen nicht mehr leisten, aber andererseits wird den Großkonzernen „das Zehnfache nachgeschmissen“. Damit bezog er sich, unter anderem, auf die geplante Senkung der Körperschaftssteuer. Weitere rote Initiativen betreffen, die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von 55 Prozent, sowie 1750 Euro Familienbonus, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Schließlich drängt man per Entschließungsantrag auch darauf, dass das Klimaticket um 3 Euro pro Tag bereits 2021 eingeführt wird.

13. 01. 2020: Auch unter Türkis/Grün gibt es keinen Beitritt zum UNO-Migrationspakt

Österreich wird auch unter Türkis-Grün dem UNO-Migrationspakt nicht beitreten. „Die Linie Österreichs in dieser Frage bleibt völlig unverändert. Ich halte das für den völlig falschen Weg, der nur das Geschäft der Schlepper fördert“, sagte Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) zur Forderung der EU-Kommission, im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Der Flüchtlingsverteilung in der EU erteilte er damit eine klare Absage, strich aber zugleich den „neuen Fokus“ auf Fragen wie, Menschenrechte und Klimadiplomatie, hervor. Auch von einer Wiederaufnahme des Resettlement-Programmes (Umsiedelung) der Vereinten Nationen hält er nicht viel. Stattdessen hob er die, im Regierungsprogramm angekündigte, Erhöhung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit als „wesentliches Vehikel“ zur Vorbeugung von Migration hervor.

Ein Kopftuchverbot ist der falsche Weg zur Integration

Das von der Regierung geplante Kopftuchverbot dient nicht dazu, muslimische Mädchen zu fördern und sie sicher in unsere Gesellschaft zu integrieren, sondern es soll vielmehr die, von der FPÖ zur ÖVP, gewanderten Wähler befriedigen und die Türken versuchen dadurch die Rückgewinnung dieser Wechselwähler durch die FPÖ zu verhindern. Dass dieser krasse Eingriff in die Elternrechte und mit einer Aushöhlung der Religionsfreiheit von Muslimen (und langfristig für alle) gerechtfertigt wird, macht die Sache nur noch schlimmer. Dass der Islam formell unter Beobachtung gestellt wird und dies mit der unzulässigen Formel, man meine nur den „politischen Islam“, ist diskriminierend und ein Begriff, der fassungslos macht. Nun ist keine Religion parteipolitisch, aber in jeder Religion sind die Akteure (handelnden Personen) in der Zivilgesellschaft, auch wenn man das nicht gerne hört, sehr wohl politisch geprägt. Was selbstverständlich abzulehnen ist, ist die männergemachte Gewalt in allen Religionen, also auch bei den evangelischen Fundamentalisten, die vor Abtreibungskliniken Frauen und Ärzte bedrohen. Daher darf man lediglich von jenen reden, welche die Religion für Gewalt und Terror missbrauchen. Das gilt aber für alle Religionen, für alle Weltanschauungen und für alle Ideologien. Der Verdacht, dass das Kopftuchverbot lediglich eine schlecht kaschierte Wahltaktik ist, lässt sich mit den veröffentlichten Daten aus der Studie „Religion im Leben der ÖsterreicherInnen“ belegen. Darin wird ausdrücklich die Frage gestellt: „Empfinden Sie die religiösen Symbole, wie Kreuz, Christbaum, Nikolaus, Krampus und Frau mit Kopftuch, im öffentlichen Raum (z. B. auf den Straßen, in den Schulen, in Ämtern, in Unternehmen usw.) als eher positiv, eher negativ oder ist es Ihnen egal“. Beim Symbol „Frau mit Kopftuch“ gaben 11% der Befragten an, dass sie dies eher positiv bzw. 40% eher negativ sehen und die Mehrheit (45%) gab an, dass ihnen das egal ist. Die Antworten variierten allerdings stark nach parteipolitischer Präferenz der Befragten. Die Kopftuchgegner sympathisieren mit der FPÖ (60% negativ) und der ÖVP (51% negativ). Aber auch 26% der GrünsympathisantenInnen lehnen, das aus religiösen Gründen getragene Kopftuch ab. Jedenfalls werden die Grünen bei aller Euphorie darüber, in der Regierung zu sein, viele ihrer SympathisantenInnen schwer enttäuschen, wenn sie dem Kopftuchverbot tatsächlich in die Verfassung verhelfen. Bei dieser wahltaktisch erfolgreich verlaufenden Symbolpolitik im Verfassungsrang, deren positive Auswirkung auf die Integration eher in den Sternen steht, werden fahrlässig schwerwiegende Nebenwirkungen in Kauf genommen. Und warum gibt es eigentlich in diesem Zusammenhang keine Aufregung mit der Kopfbedeckung unserer Nonnen oder der Kippa eines gläubigen Juden. Dieses populistische Kopftuchverbot ist kein Dienst am religiösen Frieden und schon gar kein Bären-

dienst an wirklicher gewollter und kultureller Integration. Die Wertschätzung der Demokratie als friedliches und gerechtes politischer System, wird bei den Muslimen geschwächt. Im Migrationsstress brauchen unsere Muslime keine Diktate, sondern Entwicklungsanreize, Dialoge und Respekt. Die derzeitige Politik ist gegen den „politischen Islam“, „gegen das Kopftuch“, gegen... (Gott und die Welt) und eine einzige desintegrierende Botschaft an die Muslime. Ebenso schwer wiegt die Nebenwirkung, dass durch das Kopftuchverbot die, in der Gesellschaft vorhandene fremdenfeindliche bis rassistische, Einstellung massiv gefördert wird. Unsere Politik beschädigt mit ihrer Symbolpolitik, ohne wirklich erkennbare positive Auswirkung auf Integration und Frauenförderung in unzulässiger Weise, die Lebenschancen dieser Menschen. Es werden mit einer unglaublich unfundierten Selbstgewissheit Werte (Religionsfreiheit, Elternverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder, Dialog, Respekt und Toleranz), die in unserem Land lange als hohes Gut galten unverantwortlich beschädigt. Wer mit Fremden nicht solidarisch sein kann, verlernt es auch in der Familie, im Freundeskreis und im Betrieb. Wer die Solidarität in einem gesellschaftlichen Feld zerstört, zerstört diese nachhaltig. Es ist zu wünschen, dass Religionsfreiheit, Elternrechte und wirkungsvolle bzw. respektvolle Integrationspolitik sich gegenüber der wahltaktischen Symbolpolitik am Ende doch noch durchsetzen werden. Was aber sicher gesagt werden kann ist, dass die derzeitige Politik der Demütigung einer großen Weltreligion und ihrer gläubigen Mitglieder großen Schaden bei deren Integration anrichtet, aber leider ist das ein wichtiges politisches Ziel und das wird auch unter Türkis/Grün so bleiben.

Die SPÖ zerpflückt die Regierungspläne

Die SPÖ ortete viele offene Fragen, vor allem bei der Finanzierung und der Unterstützung pflegender Angehöriger. So scheinen einigen Ansagen von Türkis-Grün eher „reine Beruhigungspillen, anstelle von echten Lösungen“ zu sein. Die Inszenierung der neuen Regierung erinnere sehr stark an Schwarz-Blau, wo auch vieles angekündigt, aber nichts weitergegangen ist. Die SPÖ-Chefin befürchtet die Einführung von Selbstbehalten über die geplante Pflegeversicherung und damit eine weitere Belastung der Betroffenen. Es wird zudem eine Zerschlagung der Unfallversicherung AUVA, über deren Mittel die geplante Pflegeversicherung mitfinanziert werden soll, befürchtet. Daher fordern die Sozialdemokraten, dass der Budgetüberschuss für die Finanzierung der Pflege verwendet wird. Anstelle der Senkung der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatz oder die Steuer auf Aktiengewinne teilweise abzuschaffen, sollten dieses Mittel ebenfalls für die staatliche

Finanzierung der Pflege eingesetzt werden. Die geplante Pflegelehre bezeichnete Kucher (SPÖ) als Wahnsinn und Schnapsidee, denn man kann 15-Jährige einer solchen Belastung nicht aussetzen. Als „brandgefährlich“ beurteilen die „Roten“ auch die Idee, dass 24-Stunden-Betreuungskräfte für mehrere Kunden eingesetzt werden sollen. Das ist eindeutig Lohndumping und kann dazu führen, dass Heime keine gut ausgebildeten Pflegekräfte mehr anstellen, sondern auf die 24-Stunden-Betreuungskräfte zurückgreifen. Daher sollten, nach dem Vorbild des Burgenlandes, pflegende Angehörige zu einem Mindestlohn von 1.700 Euro angestellt werden. Das ist vor allem für den ländlichen Raum und bei jungen Angehörigen attraktiv, weil diese gleichzeitig eine Ausbildung machen könnten.

15. 01. 2020: Der soziale Kahlschlag geht, trotz massivem Budgetüberschuss, unvermindert weiter

Die Einnahmen der Republik waren 2019 höher als erwartet, aber das lag zum Großteil am Kabinett Bierlein. Der Budgetüberschuss beträgt eine Milliarde Euro (erwartet waren 500 Millionen Euro) mehr, als veranschlagt.

Eine saftige Starthilfe für Finanzminister Blümel: Schon im November gab der Übergangs-Finanzminister Eduard Müller bekannt, dass der Überschuss deutlich höher, als prognostiziert, ausfallen wird. Es dauerte nicht lang und schon sangen Kurz und Blümel ein Loblied auf sich selbst: „Der strenge Budgetkurs ermöglicht es uns nun Freiräume für weitere Entlastungen und Zukunftsinvestitionen“. Die Regierung der Ex-Kanzlerin Bierlein setzte in ihrer Amtszeit keine Ausgabenschwerpunkte, was einiges an Geld in der Staatskassa zurückließ. Trotzdem jubelt nun die ÖVP, dass der Überschuss das Ergebnis ihrer konsequenten Arbeit als Bundesregierung sei und dies nun fortgesetzt wird.

Die Verwendung der Milliarde ist fraglich:

Wofür das Geld verwendet wird, gilt offenbar als Staatsgeheimnis. Die nun umkämpfte Hacklerregelung kostet rund 400 Millionen jährlich. Fraglich ist, ob die Regierungsverhandlungen unter den jetzt bekannt gewordenen Zahlen (die Opposition glaubt jedenfalls nicht daran) geführt wurden. Ein Budgetüberschuss von einer Milliarde Euro kommt nicht von heute auf morgen. Sebastian Kurz und sein Team kannten diese Zahlen sicher schon länger und haben diese den Grünen bewusst vorenthalten. Auch für die FPÖ wirkt die gefundene Milliarde etwas seltsam. „Es würde mich nicht wundern, wenn diejenigen, die dieses Geld jetzt angeblich gefunden haben, es selbst schon vor längerer Zeit versteckt hätten“, so Kickl.

Die Edtstadler-Blamage

Eigentlich hätte die Europaministerin Karlone Edtstadler (ÖVP) im Interview bei Armin Wolf zu den Themen Migration und Europa Rede und Antwort stehen sollen. Was jedoch folgte war (wie wir es von Kurz kennen) ein zehnmütiges Ausweichmanöver. Von den 17 gestellten Fragen beantwortete sie so gut wie keine und quatschte nur auswendig gelernte Phrasen herunter. Wolf wollte von ihr wissen, was den genau die neue türkis/grünen Regierung von der gescheiterten türkis/blauen in der Europapolitik unterscheidet. Edtstadler antwortete, dass sie „für Europa brenne“. Auf die Nachfrage Wolfs, dass dies nichts mit der gestellten Frage zu tun hat, sprach sie über die Bedeutung Frankreichs und über ihre Rolle in Europa, aber es gab wiederum keine konkrete Antwort auf die gestellte Frage. Edtstadlers Ausreden und Ausweichmanöver zogen sich wie ein roter, besser gesagt ein „türkiser Faden“ durch das Interview. Darauf angesprochen, dass der Übergangs-Aussenminister Schallenberg die EU-Agenden alleine bewältigte, gab es ebenfalls keine konkrete Antwort und auf die Frage, warum die neue Regierung den EU-Verteilmechanismus für Flüchtlinge ablehne und wohin man die ankommenden Flüchtlinge verteilen solle, musste Wolf viermal nachfragen.

Die Pflegereform

Bei einem Besuch im „Haus der Barmherzigkeit“ in Wien verkündeten Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) und Sozialminister Rudolf Anschober (Grüne) die ersten Vorhaben der Pflegereform. Geplant sind die Einrichtung einer Zielsteuerungskommission und ein Schulversuch. Die Zielsteuerungsgruppe (aus Bund, Ländern und Gemeinden) soll die Pläne der Regierung konkretisieren. Türkis/Grün plant dabei die Bündelung der Finanzierungsströme, die Schaffung einer Pflegeversicherung, einen „Pflege-Daheim-Bonus“, den Ausbau der Pflegekräfte und Schritte zur Prävention von Pflegebedürftigkeit. Zum Ausbau der Pflegekräfte schweben der Regierung eine dreijährige Fachschule, sowie eine fünfjährige höhere Ausbildung vor. Den Bedarf an Pflegekräften bezifferte Kogler mit 75.000 bis 2030, das sind 4.000 bis 7.000 pro Jahr. Sozialminister Anschober kündigte erste Beschlüsse im Ministerrat, darunter ein Schulversuch mit 150 Schülern in der ersten Phase, an. Einen genauen Zeitrahmen und konkrete Zahlen für die Vorhaben nannte die Regierung jedoch nicht. Kurz versprach auch, dass es mehr Geld geben und die Pflege auch künftig größtenteils vom Bund finanziert wird. Die geplante Versicherung soll zunächst keine zusätzlichen Sozialabgaben verursachen, sondern über bestehende Mittel durch Verschiebungen und Hebung von Potenzialen finanziert werden. Der ÖVP schwebt u.a. eine Finanz-

ierung über Mittel der Unfallversicherung AUVA vor. Im ersten Schritt sollen die Sozialabgaben jedenfalls nicht steigen, aber für später schließt es Kurz nicht aus, denn die Pflegebedürftigkeit ist eben ein „Lebensrisiko“, zu dem man sich bekennen muss.

17. 01. 2020: Politik der Demütigung

Es war im Kabinett Kurz I gar nicht so sehr die „blaue“, sondern speziell die türkise Handschrift, die für die Grauslichkeiten in der Integrationspolitik verantwortlich war. Und im Wahlkampf 2019 war, im Gegensatz zu 2017, das Islam-Thema gar nicht an vorderster Stelle zu finden. Doch die Hoffnung nach der geschlagenen Wahl könne mehr „rationaler denn emotionaler Diskurs“ stattfinden, hat sich ganz und gar nicht erfüllt. In Bezug auf den Umgang mit dem Islam, sowie im Integrationskapitel des Regierungsprogramms generell muss man die Spuren nach einem, von den politischen Kräften gewollten gesellschaftlichen, Zusammenhalt mit der Lupe suchen. In der letzten kurzen Kurz Regierung wurde der Eindruck erweckt, dass die Türken sich halt in den Flüchtlings- und Islamfragen immer wieder dem blauen Koalitionspartner beugen mussten, so stellt sich aber nun heraus, dass genau diese Hardliner-Zugänge türkise Politik sind. Hat nicht, die Regierung Kurz I den UN-Migrationspakt mitverhandelt, um dann auf blauen Druck diesen nicht zu unterzeichnen. Warum bleibt nun das Kabinett Kurz II (ohne Druck eines anderen Koalitionspartners) bei dieser Position. Man findet jetzt viele weitere, angebliche Zugeständnisse an die damalige FPÖ nun auch im türkis-grünen Koalitionsvertrag. Aber von einer „grünen“ Handschrift ist in diesem Bereich sowieso kaum etwas sichtbar. Von der Solidarität einer christlich-demokratischen Partei kann hier schon lange keine Rede mehr sein. Dass sich Österreich zurzeit weigert, über die Lösung der Flüchtlingsproblematik auf europäischer Ebene auch nur zu reden zeigt, wie sich die „Mir-san-mir-Mentalität“ unseres „Nachbar Diktator“ (Viktor Orbán) in dieser Regierung wiederfindet und beim Islam-Thema zeigt es sich besonders, wie prekär dieser Nicht-Diskurs verläuft. Wer redet mit den Muslimen im Land und bindet sie in die Auseinandersetzung ein. Niemand leugnet Probleme, die sich im Zusammenleben mit Muslimen (auch mit Anderen) ergeben können. Aber es ist diskriminieren und einer Einstellung (und schon gar keiner politischen) im 21. Jahrhundert nicht würdig, wenn eine Regierung Muslime, Flüchtlinge, Migranten grundlos zum Feindbild erniedrigt. Von einer zukunftsorientierten Regierung muss man erwarten können, dass sie genau dem, trotzdem es für ihre Pläne im Augenblick wenig populär ist, gegensteuert.

Die wichtigsten Punkte des türkis/grünen Regierungsprogramms auf dem Prüfstand

Es ist erfreulich, dass einerseits der Wert der öffentlichen Dienstleistungen wiederentdeckt wurde. Es gibt ein Bekenntnis zur kommunalen Grundversorgung, gegen eine Privatisierung des Trinkwassers, sowie für soziales Wohnen und die Gemeindekooperationen sollen auch vereinfacht werden. Andererseits ist jedoch bei vielen Vorhaben Skepsis angebracht. Bei genauerem Studieren des Regierungsprogrammes, stößt man aber auf viele Widersprüche. Da gibt es einerseits das Bekenntnis zu Grund- und Menschenrechte und andererseits unterstützen die Grünen die Einführung der Sicherungshaft. Einerseits gibt es das Bekenntnis zu Klimainvestitionen und andererseits unterstützen die Grünen die Einschränkung der budgetären Handlungsfähigkeit des Staates. Da gibt es einerseits ein Bekenntnis zur gewerblichen Wirtschaft und andererseits werden die Steuern für Großunternehmer massiv gesenkt. Da gibt es ein Bekenntnis zur Integration und dort sollen die umstrittenen Deutschförderklassen weitergeführt werden. Und ob das Kopftuchverbot bis 14 (neuerdings auch für Erwachsene) eine Integration fördern, darf auch angezweifelt werden. Die soziale Handschrift des Regierungsprogrammes sucht man vergebens. Etwa beim Wohnen vertraut Türkis/Grün sehr den Marktmechanismen, was aber zu einer Vertreibung am Wohnungsmarkt führt. Sie „träumen“ auch von einer Pflege daheim, welche für die Betroffenen Angehörigen weder eine finanzielle, noch eine psychische Entlastung bedeutet. Weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld stehen im Raum und für die Pensionen fehlt ihnen die positive Perspektive. Am Erstaunlichsten ist jedoch, dass vom Klima- und Umweltschutz (Kernkompetenz der Grünen) im Regierungsprogramm nicht viel mehr steht, als das was viele Städte und Gemeinden bereits seit längerem praktizieren.

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Thermische Wohnhaussanierung
- Verzicht auf Kohle bzw. Heizöl und Ausbau der Fernwärme
- Und ökologische Standards beim Bauen

Bei manchen Themen wirkt das Regierungsprogramm wie eine Abschreibübung aus dem SPÖ-Programm, bzw. die gelebten Praxis vieler Städte:

Das 1-2-3-Österreich -Ticket	2018: Gesetzesantrag der SPÖ und der Grünen	Wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt
	2020: Gesetzesantrag der SPÖ und der FPÖ	Wurde von ÖVP und Grüne abgelehnt
Makler-Gebühren	Sollen vom Auftraggeber bezahlt werden	Eine SPÖ-Idee

Zweckbindung der Wohnbauförderung		Eine sehr alte SPÖ-Forderung
„Mama lernt Deutsch“	Deutschkurs	Gelebte Wiener Praxis
Chancen- und Entwicklungsindex	Für benachteiligte Schulen	Wird in Wien seit Jahren praktiziert
Jugendticket	Bundesländerübergreifend	Gibt es im Verkehrsverbund der Ostregion bereits seit Jahren
Das Erreichen des Barcelona-Ziels	Krippenplätze für 1/3 der Kleinkinder	In Wien schon lange erreicht
Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und Wiedereinsteiger		Nichts Neues: Das gibt es in Wien bereits seit Jahren

Nun widmen wir uns dem Regierungsprogramm im Detail:

1. Staat, Gesellschaft & Transparenz

Verfassung, Verwaltung & Transparenz

Verfassungsstaat auf der Höhe der Zeit

	Vorhaben	Einschätzung
Seite 11	Reduktion der Doppelgleisigkeit zwischen Grundsatzgesetzgebung, sowie Reduktion von §15a-Vereinbarungen	Der Bund will offensichtlich mehr direkt regeln
	Prüfung der Vertragsfähigkeit von Städten, Gemeinden und Gemeindenverbänden	Positiv – könnte eine Chance sein
	Schutz der kommunalen Grundversorgung	Positiv
	Gebietskörperschaften übergreifende One-Stop-Shops für BürgerInnen und UnternehmerInnen	Ob das eine Entlastung für die Gemeinden ist, ist fraglich
Seite 12	Vollkonzentration der UVP-Verfahren	

Ein neuer Finanzausgleich

	Vorhaben	Einschätzung
Seite 12	Bundesweite Planungs- und Steuerungsmechanismen	Der Bund will offensichtlich noch mehr direkt regeln
	Kooperationsbereite Gemeinden sollen mehr Mittel aus dem FAG bekommen bei höherem Mittelbedarf oder zentralörtlicher Funktion	Was bedeutet das genau: „kooperationsbereit“ ? Und wenn sie das nicht sind, dann werden sie von Kurz finanziell ausgehungert
	Koppelung der FAG-Mittel an Einhaltung von Klimazielen	Das ist sicher eine Herausforderung
	Stärkung der Steuerautonomie für Länder und Gemeinden	Gefahr von Steuer- und Abgaben Wettbewerb zwischen Ballungsräumen und ländliche Regionen
	Reduktion der Transferräume	Sollte nicht zulasten der Gemeinden sein
Seite 13	Sanktionen gegenüber Bundesländern bei Nichtbefüllung der Transparenz-Datenbank	Sanktionen ?
Stärkung der Grund- und Menschenrechte		
Seite 14	Erarbeitung eines umfassenden öster. Grundrechtskatalogs	Positiv: Chance, die Gemeindeautonomie stärker abzusichern
	Verankerung der Menschenwürde	Positiv
Verwaltung in die Zukunft führen		
	Reduzierung der behördlichen Informations- Melde- und Aushangpflicht	Positiv
Seite 15	Vereinfachung von Gemeindekooperationen	Positiv
	Zugang zu ÖNORMEN für Gebietskörperschaften und BürgerInnen	Positiv
	Landesverwaltungsgerichte sollen Feststellungsanträge nach dem UVP-G stellen können	

Vorhaben		Einschätzung
Seite 15	Neues Dienstrecht für alle neu eintretenden in Bund und in allen Länder	Welche negative Auswirkung hat das für die Betroffenen ?
Seite 16	Aufforderung an die Länder die Bautechnikverordnungen zu harmonisieren	
	Prüfung der Ansiedelung von Verwaltungstätigkeiten des Bundes in strukturschwachen Regionen	Positiv
Modernes Förderwesen		
Seite 17	Bundesweite Förderstrategie unter Einbindung der Gebietskörperschaften	Soll aber nicht regionale Schwerpunkte erschweren
Nachhaltige öffentliche Vergabe sicherstellen		
	Prüfung der Anhebung der Schwellenwerte zur Förderung der regionalen und ökosozialen Marktwirtschaft	Positiv
Wahlrechtsreform		
Seite 18	Briefwahlstimmenauszahlung bereits am Wahltag	Ohne zusätzliche Ressourcen garantiert nicht schaffbar
	Einführung „barrierefreier“ Stimmzettel	Was heisst das genau ?
Seite 19	Prüfung einheitlicher Abgeltung für WahlbeisitzerInnen	Sinnvoll und schon längst fällig
	Pool von BürgerInnen zur Beschicken von Wahlkommissionen, wenn von Partei nicht besetzt	„Schweizer Modell“, aber schwer organisierbar
Kontroll- und Transparenzpaket - Informationsfreiheit		
	Abschaffung des Amtsgeheimnisses und der Amtsverschwiegenheit	Das wird für die Gemeinden eine Herausforderung
	Studien, Gutachten, Stellungnahmen und Verträge ab einem bestimmten Schwellenwert sind gebührenfrei zu veröffentlichen	Und noch eine Herausforderung für die Gemeinden

Modernes Parteiengesetz als Grundpfeiler des demokr. Staatswesens

	Vorhaben	Einschätzung
Seite 21	RH erhält direkte Kontroll- und Einschaurechte zur Feststellung der Richtigkeit des Rechenschaftsberichtes und kann jederzeit von sich aus tätig werden.	Muss eine Überprüfung vorher ankündigen, da ansonsten das Prüfergebnis ungültig ist
	Alle Spenden über 500 Euro sollen 3 Monate nach Erhalt veröffentlicht werden	Daran werden sich bestimmte Parteien nicht halten
	Richtlinien für Sachspenden und lebende Subventionen	
	Begrenzung anonymer Spenden auf 200 Euro	
	Prüfung der Nachvollziehbarkeit von Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden, sowie anderen Interessensvertretungen	
	Anpassung des Begriffs der nahestehenden Organisationen zur Vermeidung von Umgehungsstrukturen	
Seite 22	Spendenverbot von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand direkt oder indirekt beteiligt ist	
	Anpassung des Bundespräsidentenwahlgesetzes hinsichtlich der Transparenzbestimmungen des Parteiengesetzes	
	Ausweisung von Geldflüssen innerhalb der Parteiorganisationen	
	Rechenschaftsbericht der Landesorganisationen mit Ausweisung von Immobilien, Krediten	
	Detaillierte Einnahmen- und Ausgabenaufstellung von Bezirksorganisationen	
Seite 23	Erhöhte Strafen bei Wahlkampfkostenüberschreitungen	Sollte dieselbe Höhe wie die Überschreitung betragen und nicht ans Bundeskanzleramt zu zahlen sein.

Justiz & Konsumentenschutz

Justizverwaltung		
	Vorhaben	Einschätzung
Seite 28	Einrichtung von regionalen Justiz-Servicecenter	
	Maßnahmen gegen Zwangsehen	
Reformen im Strafrecht und der Strafprozessordnung		
Seite 33	Stärkung der Korruptionsbekämpfung	Positiv
	Bekämpfung des Missbrauchs öffentlicher Leistungen (Schwarzarbeit, Schlepperwesen, illegalem Glücksspiel)	Sehr sinnvoll
Seite 34	Ergänzung Straftatbestände zur Bekämpfung insb. des polit. Islam	Definition ?
	Verschärfung des Verbotsgesetzes	Auf Grund der geduldeten „Einzelfälle“ unter Kurz I, ist die Ernsthaftigkeit unter Kurz II schwer vorstellbar
	Verschärfung des Umweltstrafrechts	
Reformen im Strafvollzug		
Seite 36	Ausweitung des Hausarrests	
	Sanierung von Justizanstalten	Finanzierung ?
Schutz vor Gewalt und Hass im Netz		
Seite 38	Ermittlungspflicht der Strafverfolgungsbehörden	
Wohnen		
Seite 40	Vorrang für Nahverdichtung	
	Vergabe von Wohnbauförderungsmittel unter der Voraussetzung, das umweltschonend gebaut wird	
	Überarbeitung der Bauordnung, wonach sozialer und geförderter Wohnbau ökologisch und leistbar sein muss	

Vorhaben		Einschätzung
Seite 41	Öffentl. Unternehmungen (wie ÖBB, BIG) werden angehalten, Grund für geförd. Wohnbau bereit zustellen	
Seite 42	Reform des Wohnrechts mit den Zielen sozialer Ausgleich und ökologischer Effizienz	Wäre schön, aber unter der derzeitigen sozialstaatabbauenden Regierung schwer vorstellbar
Seite 43	Zweckwidmung der Wohnbauförderung	Eine langjährige Forderung der SPÖ
	Verbot von Zweitwohnsitzen im Gemeindebau und geförderten Mietverhältnissen	Das ist schon lange fällig
	Die Maklergebühr zahlt derjenige, der den Auftrag erteilt	Entlastung für Wohnungssuchende – fordert die SPÖ schon seit Jahren
Kunst und Kultur		
Österreichs Kunst und Kultur stärken		
Seite 47	Kunst und Kulturstrategie unter Einbeziehung der Gebietskörperschaften	
Kulturelles Erbe sichern und weiterentwickeln		
Seite 49	Umsetzung Baukultur-Leitlinien	
Die richtigen Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Österreich		
Seite 50	Entwicklung von Musikschulen zu gesamtheitlichen Kunstschulen	Positiv – wie hoch ist der geplante Budgetrahmen
Seite 51	Pensionsansprüche und Arbeitslosenversicherung für KünstlerInnen	Positiv – wie soll das finanziert werden
Sport		
Seite 59	Aufwertung des Ehrenamtes gemeinsam mit Ländern, Gemeinden und Verbänden	
Seite 61	Ehestmögliche Umsetzung der täglichen Bewegungseinheiten bis zum Ende der Schulpflichten in Kooperationen mit Ländern und Gemeinden	Positiv – ist aber mit der derzeitigen Linie der Unterrichtseinheitenkürzungen nicht vereinbar

Vorhaben		Einschätzung
Seite 61	Gratis Schwimmkurs für alle	Positiv
	Einführung von Sporttagen (mindestens 4 Tage) in der Volksschule	

2. Wirtschaft und Finanzen

Finanzen & Budget

Stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen sicherstellen

Seite 69	Schuldenquote auf 60% senken, Senkung der Steuer- und Abgabenquote, ökologisch-soziale Steuerreform	Hat massive finanzielle Folgen für die Gebiets- körperschaften
	Schaffung einer „Bürger-Stiftung Klimaschutz“	

Rahmenbedingungen für Glücksspiel

Seite 70	Bekämpfung illegalen Glücksspiels und Einschränkungen der Glücksspiel- aktivitäten u.a. durch Einschränkung der Werbemöglichkeiten	Positiv
-------------	---	---------

Ökologisierung vorantreiben

Seite 72	Beratung von Ländern und Gemeinden hinsichtlich ökologisch nachhaltiger Infrastrukturprojekte	Bedeutet das die Ver- ringerung des über- regionalen Straßenbaus ?
-------------	---	--

Steuerreform & Entlastung

Steuerentlastung

Seite 77	Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen. Senkung der 1. bis 3. EKst-Stufen	Fortsetzung des „schwarz/blauen Modells“. Einnahmen- verlust für Gebiets- körperschaften
	KöSt-Senkung auf 21%	Gleiches Model wie unter schwarz/blau. Massive Verschlechter- ung für Kleinunter- nehmer

Vorhaben		Einschätzung
Ökosoziale Steuerreform		
Seite 78	Flugticketabgabe von 12 Euro pro Ticket	Sozial ungerecht. Familien, die nur 1 x im Jahr auf Urlaub fliegen, sollten ausgenommen werden. Vielflieger sollten dafür mehr zahlen
	Ökologisierung der LKW-Maut	
Seite 79	Ökologisierung der Pendlerpauschale	
Sonstige steuerliche Maßnahmen		
Seite 80	Forcierung umweltfreundlicher betrieblicher Mobilität (Radfahren)	
	Höhere Besteuerung von Tabakwaren	Die Raucher sind wieder einmal „die Melkkuh der Nation“
EPUs & KMUs		
Seite 96	Einführung eines Qualifizierungschecks für Wiedereinsteiger und Langzeitarbeitslose	Was kann man in der Praxis unter „Qualifizierungscheck“ verstehen
	Ausbau und Absicherung der kommunalen Infrastruktur in den ländlichen Regionen	Positiv – Wie wird das finanziert
	Ausbau der Versicherungssicherheit für BürgerInnen, insbesondere im Bereich der Gesundheit, Pflege und Energier	Positiver Ansatz
3. Klimaschutz, Infrastruktur, Umwelt & Landwirtschaft		
Klimaneutralität bis 2040		
Seite 105	Verantwortlichkeitsmechanismus zwischen Bund und Ländern für Zielerreichung. Bei Zielverfehlung Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden forcieren	

Die Weichen richtig stellen: notwendige horizontale Maßnahmen		
	Vorhaben	Einschätzung
Seite 105	„Klimacheck“ für alle neuen und bestehenden Gesetze, Verordnungen und Bund-Länder-Vereinbarungen	
Seite 106	Bund und Länder verständigen sich auf abgestimmte Klima- und Energieförderungen	Positiv – und wodurch wird das finanziert
Die öffentliche Hand zeigt vor: Klimeneutrale Verwaltung		
Seite 107	PV-Anlagen bei Neubauten verpflichtend	
	Ab 2022 Beschaffung nur mehr von emissionsfreien Fahrzeugen	
Gebäude:		
Nachhaltig und energiesparend heizen, kühlen, bauen und sanieren		
Seite 108	Weiterentwicklung der Wohnförderung im Sinne der Klimaschutzziele	Positiv
Seite 109	Nullemissionsgebäude schrittweise zum Standard machen	
	E-Ladestationen für alle Gebäude	Wird bereits in vielen Gemeinden praktiziert
	Forcierung Holzbau	
	Reduktion von versiegelten Flächen und Dachbegrünungen	Positiv
Phase-out-Plan für fossile Energieträger in der Raumwärme		
Seite 110	Verzicht auf Heizöl, Kohle und fossile Gase. Forcierung der Fernwärme, Fahrplan mit den Ländern entwickeln	
	Kein weiterer Ausbau des Gasnetzes	
Erneuerbare Energie für eine saubere Zukunft		
Seite 112	Ausbau und Unterstützungsprogramme für „grünes Gas“ (Biomethan, grüner Wasserstoff und synthetisches Gas)	Positiv – wie soll das finanziert werden
Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz im Detail		
	Stromversorgung bis 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energieträgern durch Zubau von Photovoltaik, Windenergie und Wasserkraft	

Vorhaben		Einschätzung
Seite 113	1 Million Dächer mit PV ausstatten	Positiv – gibt es dafür auch Geld dafür ?
Technologieoffensive, Digitalisierung und Innovation		
Seite 116	Strategie für E-Mobilität	
Verkehr & Infrastruktur		
Umweltfreundliche, leistbare Mobilität für Alle		
Seite 122	1-2-3-Österreich-Ticket (Bundesland und Nachbarbundesland: 1 Euro pro Tag Bundesgebiet: 3 Euro pro Tag	Eine SPÖ-Idee; 2018: Antrag der SPÖ/Grünen = von ÖVP/FPÖ abgelehnt. 2020: Antrag der SPÖ/FPÖ = von ÖVP/Grüne abgelehnt
Seite 123	Bundesweiter Ausbau von P&R-Angeboten unter anderem an Bahnhöfen für PendlerInnen	Positiv – was wird gekürzt um das zu finanzieren ?
Verkehrssicherheit		
Seite 124	Förderung für LKW-Abbiegeassistenten	Positiv – wie wird das finanziert, zumal die ÖVP 2018 den SPÖ Antrag abgelehnt hat
Schienen in die Zukunft und mehr Bahn, Bim & Bus		
Seite 125	Vereinheitlichung Ticketing im ÖV	Wenn das in Richtung 1-2-3-Ticket geht, ist das eine „Mega“ - Herausforderung
	Öffi-Milliarde für den Nahverkehr in Ballungsräumen mit S-Bahn-Ausbau	Positiv
Radpaket und Zufußgehen – Offensive für aktive, sanfte Mobilität		
Seite 129	Erhöhung des Radverkehrsanteiles von 7 auf 13% bis 2025	Bundesfinanzierung ?
Straßenverkehr		
Seite 130	Förderung der Anschaffung von E- und Wasserstoff-Autos	Massive Umweltbelastung durch die Produktion und Entsorgung der Batterien !!

Vorhaben		Einschätzung
Seite 131	Ab dem für die Erreichung der Pariser Klimaziele notwendigen Zeitpunkt nur mehr emissionsfreie PKW, einspurige Fahrzeuge, sowie leichte Nutzfahrzeuge auf Österreichs Straßen neu zulassen	2030 ? 2040 ? Und was ist mit den größten „Dreckschleuder“ (Schwer- Flug- und Schiffsverkehr)
	Ab 2025 Neuzulassungen nur mehr von emissionsfreien Taxis, Mietwagen und Car-Sharing-Autos	
	Ab 2027 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum nur mehr bei 100%-E-Anteil	
Güter im Einklang mit dem Klima transportieren & Transitproblem bekämpfen		
Seite 134	Entwicklung City-Logistik und bedarfsgerechter Ausbau des Lärmschutzes und Nutzung von Lärmschutzwänden	Sinnvoll
Klima-faire Zukunft in Luftfahrt, Schifffahrt und Seilbahnwesen		
	Flugticket-Abgabe (siehe Regierungsprogramm Seite 78)	
Seite 135	Fluglärmreduzierte An- und Abflüge	Für Städte und Flughäfen sehr positiv
Neue Mobilität – mehr als Verkehr		
Seite 137	Intelligente Straßenlaternen mit LED, die bei Bedarf dimmen	Positiv – wie wird das Finanziert
Umwelt- und Naturschutz		
Seite 142	Verbot der Entsorgung von genusstauglichen Lebensmittel	Positiv
Seite 144	Unterstützung der Länder bei der Ausweisung neuer Wildnis- und Schutzgebieten, Biosphärenparks	Positiv
Seite 145	Keine Wasserprivatisierung	Sehr positiv
Seite 146	Novellierung des Pyrotechnik-Gesetzes	Betrifft hauptsächlich Feuerwerkskörper
Seite 153	Verbesserung der Kennzeichnung von Lebensmittel	Schon längst fällig

Vorhaben		Einschätzung
Tourismus		
Seite 166	Urlaub der ÖsterreicherInnen im eigenen Land stärker bewerben	Positiv – dann sollten aber die Beherbergungsbetriebe die reduzierte MwSt. (Kurz I) an die Gäste weitergeben
Seite 168	Registrierungspflicht für alle touristischen Anbietern von Unterkünften	Ist gegen AirBnB Privat-zimmervermietung) gerichtet
4. Europa, Integration, Migration & Sicherheit		
Österreich in Europa und der Welt		
Seite 178	EU erlebbar machen: Ziel ist es, dass alle 15- bis 20-jährigen einmal in der Ausbildungszeit 1 Woche nach Brüssel reisen und die EU-Institutionen kennenlernen	Positiv. Sollte auch von den Gemeinden gefördert werden, aber wer übernimmt die Kosten ?
Migration und Asyl		
Seite 191ff	Erarbeitung einer gesamtstaatlichen Migrationsstrategie, konzentrierte und qualifizierte Zuwanderung mit schnelleren Verfahren	

Vorhaben		Einschätzung
Seite 196ff	Bekämpfung von Fluchtursachen, menschenrechtskonforme und schnelle Asylverfahren, qualitätsvolle Grundversorgung unter Wahrung der Bundesländer-Vereinbarung, grenznahe Asylverfahren, Umsetzung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU), schnelle Obsorge für unbegleitete Minderjährige, Ausbau der Rückkehrberatung, fälschungssichere Ausweise, Abschiebung straffällig gewordener Drittstaatsangehöriger, Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit (siehe Regierungsprogramm Seite 199)	Fluchtursachen: keine Waffenlieferungen, keine Rohstoffausbeutung durch die Industrie; Bundesagentur: wie kann es menschenrechtskonform sein, wenn die Rückkehrberatung durch eine staatliche Institution durchgeführt wird, die auch den Abschiebebescheid ausstellt; Österreichs Pässe gehören weltweit zu den fälschungssichersten; Sicherungshaft: Inhaftierung ohne Haftgrund. Das hatten wir zuletzt in den 1930er Jahren. Das die Grünen da zugestimmt haben, ist schon sehr erstaunlich;

Integration

Seite 202	Das Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe am gesell. Leben. Zusammenleben gründet auf gegenseitige Wertschätzung, Anerkennung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gleichstellung und Menschenrechten, gemeinsamen Werten, Regeln und Verpflichtung zur Einhaltung von geltenden Gesetzen. Die Prinzipien dabei sind „Integration durch Leistung“, sowie Fördern und Fordern“. Beherrschen der dt. Sprache ist der Schlüssel zur Integration.	Gleichstellung: Warum werden dann von Kurz & Co alle Muslimen als Islamisten abgestempelt. Deutsche Sprache: Kurz fordert Deutsch als Integrationsvoraussetzung, kürzt aber gleichzeitig dem AMS drastisch die Gelder um Deutschkurse abhalten zu können.
Seite 205	Ausbau der Möglichkeit zum Nachholen von Pflichtschulabschlüssen	Positiv – wie wird das finanziert ?

Vorhaben		Einschätzung
Seite 205	Mehr Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Sozialpädagogik	Positiv – gibt es hierbei Finanzierungsmodelle ?
	Deutschförderklassen	Das auch hier die Grünen zugestimmt haben, ist nicht nachvollziehbar
Seite 207	Ausweitung des Kopftuchverbot für SchülerInnen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	Der total falsche Weg zu einer ernstgemeinten Integration. Auch hier haben die Grünen unverständlicherweise zugestimmt
Innere Sicherheit		
Seite 211	2.300 zusätzliche Planstellen und 2.000 zusätzliche Ausbildungsplanstellen	Positiv – wenn das alles diesmal wirklich kommt. Kurz und Strache haben das auch beschlossen, nur geschehen ist nichts
Seite 214	Sanierungsoffensive für Polizeiinspektionen	Positiv – wenn das alles diesmal wirklich kommt. Kurz und Strache haben das auch beschlossen, nur geschehen ist nichts
Seite 217	Flächendeckender Präventionsunterricht ab der Mittelschule, Ausweitung des Streifendienstes und der Fahrradpolizei in Ballungsräumen	Positiv – wenn das alles diesmal wirklich kommt. Kurz und Strache haben das auch beschlossen nur geschehen ist nichts
Seite 219	Ausweitung der Schulworkshops zur Extremismusbekämpfung	
Seite 220	Jährliche Koordinierung Bund, Länder und Zivilgesellschaft zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Schaffung einer Dokumentationsstelle über den politischen Islam, sowie Schließung von Kultusstätten bei Terrorismuspropaganda	Positiv – so werden wohl auch die Burschenschaften und Identitären verboten werden, da sie nach wie vor am Großdeutschenreich festhalten

Landesverteidigung und Krisen- und Katastrophenschutz		
	Vorhaben	Einschätzung
Seite 226	Erhalt der Militärkommandostruktur	
Seite 227	Blackout-Vorbereitung zur Sicherung und Wiederherstellung kritischer Infrastruktur in enger Abstimmung mit den Netzbetreibern	Sinnvoll
Seite 229	Schaffung eines staatlichen Krisenkommunikationsnetzes	Sicherlich ebenfalls sinnvoll
Seite 230	Neue Vereinbarung mit den Bundesländern zum Katastrophenschutz (Stützpunkte u.s.w.)	Was ist mit dem Hauptauftrag des Bundesheeres (lt. Verfassung ist es die umfassende Landesverteidigung). Und was ist mit der maroden Infrastruktur, der Modernisierung der Gerätschaften, Ausrüstung und Personalaufstockung?

5. Soziale Sicherheit, neue Gerechtigkeit & Armutsbekämpfung

Paket zur Armutsbekämpfung		
Seite 235	Stärkung von Familien mit niedrigen Einkommen im Zuge der Steuerreform	Dass war bei Kurz I und ist bei Kurz II nicht erkennbar
Seite 236	Pilotprojekt an 100 Schulen in Österreich zum Thema Chancen- und Entwicklungsindex mit Zuteilung zusätzlicher Ressourcen	Eine „geklaute“ Wiener Idee
	Flächendeckender Ausbau von Krippenplätzen zur Erreichen des Barcelona-Zieles	Positiv – Ist dafür ein Budget vorgesehen ?
	Zweckzuschüsse für Kindergarten- ausbau werden ab 2020/21 wesentlich erhöht	Positiv

Vorhaben		Einschätzung
Seite 237	Angebot für Gemeinden zur verstärkten Einbeziehung der Eltern in die Sprachförderung „Mama lernt Deutsch“ und Ausbau ganztägiger Schulen	.. und schon wieder eine Wiener Idee „geklaut“
Gemeinnützigkeit, ehrenamtliches Engagement, Freiwilligentätigkeit und Zivilgesellschaft		
Seite 239	Ausbau von Freiwilligenagenturen in Abstimmung mit Ländern und Gemeinden	Wozu dafür eine Agentur ?
Pflege		
Seite 244	Einführung eines „Pflege-Daheim-Bonus“ für pflegende Angehörige	Mit diesem lächerlichen Bonus kann sich der Staat seiner Verantwortung nicht entziehen
	In Zusammenarbeit mit den Ländern Ausbau einer kostenlosen, wohnortnahen Beratung zu Pflege und Betreuung	Positiv – auch hier wird es interessant werden, wie das finanziert wird
Seite 245	Einrichtung einer Taskforce „Pflegevorsorge“ – Bundesländer-Zielsteuerungskommission	Weshalb hierbei eine „Zusatzvorsorge“ (Versicherung).
Seite 246	Aufnahme aller Pflegeberufe in die Mangelberufsliste	Positiv – das würde mit Sicherheit eine Leistungsgerechte Entlohnung unterstützen
Pensionen		
Seite 251	Abschluß einer 15a-Vereinbarung für die Betreuung von SozialhilfebezieherInnen im Regelpensionsalter, sowie Menschen mit Behinderung durch die Pensionsversicherungsanstalten bzw. Sozialministeriumsservice – Kostentragung wie bisher durch die Bundesländer	

Arbeit		
	Vorhaben	Einschätzung
Seite 258	Ausreichende Finanzierung überbetrieblicher Ausbildung	Positiv – auch das wurde bereits unter Kurz I versprochen. Mal abwarten, ob das nicht auch wieder eine Nebelkranate wird. Kurz I kürzte 2018 den Lehrlingen, die in einer überbetrieblichen Ausbildung standen, im 1. und 2. Lehrjahr die Zuschüsse von 753 Euro auf 326 Euro.
Seite 259	AMS: Sicherung der Mittel für Sozialökonomischen Betriebe (SÖB)	Positiv
	Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes mit Anreizen, damit arbeitslose Menschen wieder schneller ins Erwerbsleben zurückkehren können.	Das bedeutet wohl (nach „dem neuen Weg“ von Kurz) weitere massive Kürzungen.
	Weiterentwicklung des AMS-Algorithmus	Viele Arbeitslose werden wohl (nach Meinung eines Computers) nicht mehr vermittelbar sein und in die Mindestsicherung und in die damit vorprogrammierte Altersarmut abrutschen.
Frauen		
Seite 273	15a-Vereinbarungen zu Bundesländerübergreifenden Frauenhausplätzen, sowie zur Bereitstellung von Start- und Übergangswohnungen	Positiv – wurde aber von der letzten Türkis/Blauen Regierung strikt abgelehnt. Wie wird das finanziert ?
Menschen mit Behinderung/Inklusion		
Seite 279	Barrierefreie Ausstattung von Bildungseinrichtungen	Positiv – ist dafür ein Budget vorgesehen ?

Familie & Jugend		
	Vorhaben	Einschätzung
Seite 283	10.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze und ein 2. verpflichtendes Kindergartenjahr	Positiv – gibt es dafür auch Geld ?
Seite 284	Bundesländerübergreifendes Jugendticket	Das 1-2-3-Österreich-Ticket wurde von Türkis/Grün abgelehnt und daher darf die Ernsthaftigkeit angezweifelt werden

6. Bildung, Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung

Bildung		
Seite 293	Digitale Endgeräte für alle Schüler ab der 5. Schulstufe und ein Serviceportal Digitale Schule	Sinnvoll – ist dafür auch ein Budget vorgesehen ?
Seite 295	Qualitative Sonderpädagogik sicherstellen, wo immer sie nötig ist	Positiv – wenn das wirklich kommen sollte
	Konzeption von speziellen Ferienangeboten, wie Sprach-, Sport- und Kulturangebote	Sinnvoll – wenn man sich auch über die Finanzierung Gedanken gemacht hat
Seite 296	Schulen baulich modernisieren – pädagogisch richtig und klimagerecht	Positiv – ist dafür auch ein Budget vorgesehen
Wissenschaft und Forschung		
Seite 307	Anhebung der Fördersätze und bedarfsgerechter Ausbau der FHs	Positiv – wenn dafür auch Geld vorgesehen ist
Seite 312	Schaffung eines nationalen Zentrums für Klimaforschung und Daseinsvorsorge	Positiv
Digitalisierung & Innovation		
Seite 317	Bis 2030 flächendeckende Versorgung mit festen und mobilen Gigabit-Anschlüssen	Positiv – wer macht das ? wer zahlt das ?
Seite 323	Digitalisierungsoffensive für KMUs in allen Bundesländern (gemeinsam mit aws und WKO)	Positiv

20. 01. 2020: Der Wählerbetrug der ÖVP

Der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat (UPTS) strafte die ÖVP für die Wahlkampfkostenüberschreitung im Wahlkampf 2017 mit 880.000 Euro ab. Die Volkspartei kam mit ihrem Betrug am Wähler dabei sehr glimpflich davon und im endeffekt hat sie davon sogar profitiert. In den letzten 82 Tagen vor einer Nationalratswahl sind nur 7 Millionen Euro erlaubt und die ÖVP muss für die Überschreitung von knapp 6 Millionen Euro (Gesamtwahlkampfkosten: knapp 13 Millionen Euro) gerade mal 1/7 des Verstoßes zahlen. Die Strafe steht also in keiner Relation zum gewonnenen Vorteil und für die „Herrn in Türkis“ handelt es sich bei dieser Affäre sowieso nur um ein kleines Versehen. Dabei ist es nicht das erste Mal, dass die ÖVP den Rahmen sprengte. Denn bereits 2013 überzog sie um 4 Millionen Euro. Wäre die ÖVP ein Unternehmen, wäre sie wohl aufgrund von Fahrlässigkeit schon längst insolvent. Bei einer Partei, die sich dermaßen für die Interessen von Großunternehmen einsetzt, ergibt das eine extrem schiefe Optik. Dass das ganze geschah, während die Volkspartei in Schulden beinahe erstickte und einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Euro aufnehmen musste, macht das Ganze noch abstruser. Die gut geschmierte PR-Maschinerie des Wahlkampfes 2017 brachte der ÖVP den entscheidenden Vorteil gegenüber den anderen Parteien. Kampagnen in den sozialen Medien, Agenturen, die Adressen über potenzielle Wähler sammeln und die Partei mit einem neuen „Mascherl“ (Parteifarbe ändern und zur ÖVP „die neue“ hinzu fügen) präsentieren, ist eben nicht günstig. Durch Platz 1 bei der Wahl erhielt man 3,5 Millionen Euro mehr an Parteienförderung. Der Betrug am Wähler und den anderen Parteien, hat sich somit für die ÖVP ausgezahlt.

22. 01. 2020:

Kurz will „noch strengeren Vollzug“ beim Arbeitslosengeld

„Arbeitslosengeld und Sozialleistungen sind für alle, die Unterstützung brauchen und für alle die arbeitslos sind weil sie keine Arbeit finden da. Aber sie sind sicherlich nicht für Menschen da, die nicht arbeiten wollen. Insofern ist es gut, dass es hier einen konsequenten Vollzug gibt und auch Leistungen gestrichen werden, wenn sie jemandem nicht zustehen oder in einer Art und Weise verwendet werden, die nicht vorgesehen ist“, sagte Bundeskanzler Kurz im Rahmen einer Pressekonferenz. Da es angeblich viel Missbrauch gibt, hat er sich für einen „noch strengeren Vollzug“ beim Arbeitslosengeld ausgesprochen. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) verwies darauf, dass es in Westösterreich viele offene Stellen, während es in Wien eine inakzeptable Arbeitslosigkeit gibt. Man müsse daher Anreize schaffen, damit Menschen Jobs in Westösterreich annehmen. Es gehe darum, Menschen, die in Ostösterreich ar-

beitslos und hier nicht verwurzelt sind, wie z.B.: Asylwerber (**Anm.: und schon wieder werden Asylwerbenden vorgeschoben um so ein Gesetz, dass dann auch alle Österreicher trifft, durchzuboxen**) in Westösterreich zu beschäftigen. „Auf der einen Seite steckt die Regierung Millionen in den Umbau ihrer Regierungsämter, also in das vielzitierte System. Auf der anderen Seite ist das Erste, was der neuen Arbeitsministerin einfällt, den 400.000 Arbeitssuchenden das Arbeitslosengeld zu kürzen und vielleicht als nächsten Schritt die Notstandshilfe zu streichen, sagte der Baugewerkschaftschef Muchitsch (SPÖ) in einer Aussendung. Alleine die Tatsache, dass im Vorjahr vom AMS (Arbeitsmarktservice) mehr Sanktionen verhängt wurden zeigt dass die Regeln sehr streng sind und auch streng ausgelegt werden. Also wozu braucht es (ausser aus populistischen Gründen und der Aushebelung der Zumutbarkeitsgrenze) hierbei eine weitere Verschärfung. Die Zahl der Sperren von Arbeitslosengeldern oder Notstandshilfen stieg 2019. Das AMS verhängte 145.671-mal Sanktionen und das sind 9 Prozent öfter als 2018.

Kassiert Kurz die 880.000 Euro ÖVP-Strafe

880.000 Euro muss die ÖVP nun aufgrund der unzulässigen Überschreitung der Wahlkampfkosten von fast 6 Millionen Euro an Strafe zahlen. Sie bezahlt diese Strafe, unter dem Verwendungszweck „Geldbußen“ als Rücklage ans Bundeskanzleramt, also an Kurz (ÖVP). Wenn der Kanzler nun Finanzminister Blümel (ÖVP) um die Freigabe bittet und dieser zustimmt, kann das Kanzleramt, also Kurz, über das Geld frei verfügen. Also könnte der, der den sündteuren Wahlkampf und die Zahlung der Strafe zu verantworten hat, nachdem er bei seinem Freund (Blümel) die Auflösung beantragt hat, diese „Rücklagen“ kassieren und der Kreislauf des Geldes (ÖVP–Bundeskanzleramt–ÖVP) wäre wieder geschlossen. Auf Nachfrage stellte der unabhängige Transparenzenrat diesen Umstand noch einmal klar. Sollte Sebastian Kurz um die Freigabe der 880.000 Euro bitten, würde sein Kanzleramt die ÖVP-Strafe kassieren. Verweigern könnte ihm das nur sein langjähriger Weggefährte Gernot Blümel.

24. 01. 2020: Millionen für die Kurz-Vize-Chefin

Im Juli 2017 wird Bettina Glatz-Kremsner Stellvertreterin von Sebastian Kurz an der Spitze der ÖVP, 2 Jahre später (Februar 2019) ist sie Generaldirektorin der Casinos und um Millionen reicher. Dazwischen liegt eine türkise Karriere aus Intrigen, Parteibuchwirtschaft und Privilegien. Glatz-Kremsner hat ihre Pflicht für die Partei mehr als erfüllt, FPÖ-Mann Peter Sidlo in den Casinos-Vorstand geholfen und dafür wird jetzt für ihre Zukunft vorgesorgt. Sie unterschreibt im April 2019 ihren Vorstandsvertrag. Da heißt es unter Pkt. XII (Betriebliche Altersvorsorge): „Der erste Teil der Bemessungsgrundlage für die Pension ist das letzte Jahresbruttoeinkommen (700.000 Euro) und dazu kommt noch der Durchschnittsbonus der letzten 5 Jahre (und das sind noch einmal bis zu 700.000 Euro). Die Pension beträgt vom ersten Tag an 54 Prozent der Bemessungsgrundlage (also bis zu 756.000 Euro). Zum Vergleich hatte Glatz-Kremsner in ihrem alten Vorstandsvertrag „nur“ 36 Prozent. Und es gibt noch einen brisanten Unterschied zu ihrem alten Vertrag. Im alten Vertrag ist der Pensionsanspruch mit der Höhe des Fixums von max. 400.000 Euro gedeckelt, aber im neuen Vertrag fehlt dieser Deckel und daher ist die Pension nach oben weit offen. Von der CASAG wird das Fehlen dieser Deckelung als „Schlampigkeitsfehler“ bezeichnet. Auf eine 400.000 Euro Luxus-Pension kommt man bei den vertraglich vereinbarten 54 Prozent nur bei einer Bemessungsgrundlage von 740.740 Euro, also um einiges mehr als die 700.000 Euro Fixgehalt von Glatz-Kremsner. Normale Pensionisten erhalten einen Teil ihres Aktivbezugs und sonst nichts. Aber ÖVP-Jackpot-Pensionistinnen erhalten, obwohl sie nichts mehr zum Erfolg beitragen, weiter einen Teil des Erfolgs-Bonus. Von dieser Jackpot-Pension kann der „zum Teufel gejagte“ FPÖ-CASAG-Vorstand Peter Sidlo nur träumen, denn ihm genehmigte der Aufsichtsrat laut Vertrag vom Mai 2019 „nur“ die übliche Pensionskassenregelung der CASAG-Mitarbeiter. Dasselbe gilt auch für den, vom tschechischen Mehrheitseigentümer, entsandten Vorstand Martin Skopek. Damit ist Glatz-Kremsner also das einzige Vorstandmitglied mit einer Jackpot-Pension. Trotzdem die ÖVP alles daran setzt das Pensionsantrittsalter hinauf zu setzen, ist ihr Pensionsantrittsalter 60 Jahre und die, von Kurz abgeschafte, „Hacklerregelung“ kann sie ebenfalls in Anspruch nehmen. Und noch ein Highlight birgt ihr Vorstandsvertrag und stellt klar, dass die CASAG-Pension „nur“ eine Zusatzpension ist: „Die nach dem Vertrag gebührende Pension ist keine Gesamtpension, sodass insbesondere Leistungen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung auf die Betriebspension nicht angerechnet werden“. Damit kann Glatz-Kremsner beruhigt in die Zukunft schauen, denn sie bekommt zusätzlich zur Luxus Pension der Casinos auch noch ihre ASVG-Pension.

Die Grünen helfen der ÖVP beim Vertuschen ihrer Skandale

Im Ibiza-Video boten FPÖ-Regierungspolitiker Gesetze gegen Geld und hochdotierte Posten in staatsnahen Betrieben an. In der Casino Affäre, stehen Gesetzeskauf und Postenschacher im Raum und dieses Mal nicht geplant, sondern umgesetzt. Zu fragwürdigen Postenbesetzungen kam es aber nicht nur bei den Casinos. So wurde beispielsweise Iris Ortner (Tochter des Porr-Aktionärs Klaus Ortner) von der damaligen schwarz-blauen Regierung in den Aufsichtsrat der Staatsholding ÖBAG berufen. Das mag vielleicht damit zusammen hängen, dass Klaus Ortner insgesamt 1 Million Euro an Sebastian Kurz und die ÖVP spendete. Auch andere Kurz-Spender und ihre Familien (z. B.: Teresa Pagitz, Wolfgang C. Berndt und Bettina Glatz-Kremsner) haben staatsnahe Posten bekommen. Es gibt also genug konkrete Verdachtsfälle, die politisch untersucht werden müssen und dass diese Serie von Affären nach Untersuchungsausschüssen schreit, ist wohl jedem klar. Die ÖVP und die Grünen hingegen versuchen zu verhindern, dass die geplanten Untersuchungsausschüsse mehr behandeln, als nur die Causa Casinos, die vor allem der FPÖ schaden dürfte. Den Türkisen und den Grünen gehen die Verhandlungsgegenstände eindeutig zu weit und sie möchten nur über die Casinos-Affäre, nicht aber über Postenbesetzungen in staatsnahen Betrieben, der Finanzmarktaufsicht oder über die Ermittlungen in der Ibiza-Affäre, reden, da diese Themen für die ÖVP sehr unangenehm werden könnten. Das ist aber in „ÖVP-Manier“ eine 180-Grad-Wendung, denn noch vor Kurzem kritisierten die ÖVP und die Grünen, dass der U-Ausschuss nicht weit genug ginge und wollten den Untersuchungsgegenstand deutlich ausdehnen. Nachdem es ihnen nicht gelang, heikle ÖVP-Themen in einem Meer anderer Themen zu verstecken, setzen sie jetzt wohl auf die gegenteilige Strategie. Sie versuchen nun mit aller Macht, das Thema einzuengen, um eine Aufklärung von Ibiza und staatsnahen Postenbesetzungen zu verhindern. Die Grünen unterstützen den Kanzler dabei und überlassen es dem Verwaltungsgerichtshof, ob dem Parlament die Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle gegeben wird. Sehr interessant ist auch, dass der Punkt 3 „Begünstigung von Dritten“ aus der Liste der Untersuchungsgegenstände gestrichen wurde. Darin hätte es um mögliche Begünstigungen oder bevorzugte Behandlung von Personen durch politische Funktionsträger oder leitende Bedienstete gehen sollen. Also zum Beispiel den Kauf einer gut gelegenen Kika-Leiner Immobilie durch den Kurz-Vertrauten Rene Benko. Damals sorgte Kanzler Kurz, dass dafür extra ein Beamter aus den Weihnachtsferien geholt wurde, um den Kaufvertrag zu sehr günstigen Konditionen und schnell abzuwickeln. Auch bei Punkt 7 „Personalpolitik in staatsnahen Unternehmen“ wurde von den Regierungsparteien fast alles gestrichen. So solle es konkret um die Bestellungen von Mit-

gliedern von Aufsichtsräten, wie zum Beispiel: Iris Porr (ihr Vater spendete insgesamt 1 Million Euro an die ÖVP) wurde Aufsichtsrätin in der Staatsholding ÖBAG. Teresa Pagitz (Kurzspende: 15.000 Euro) bekam einen Aufsichtsratsposten in der ÖBB Personenverkehr, gehen. Die Grünen und die ÖVP verhindern damit absichtlich und mutwillig eine volle Aufklärung dieser Missstände (um nicht Machtmissbrauch zu sagen) durch den Untersuchungsausschuss und verzögern damit den Beginn der Untersuchungen. Die SPÖ und die Neos bringen jetzt den Fall vor den Verfassungsgerichtshof und die Chancen stehen gut, dass der Opposition recht gegeben wird. Dass sich die Regierung nicht aktiv in eine Vorbereitung einbringt und dafür aber den U-Ausschuss kastriert, sagt eigentlich schon alles. Historisch gesehen waren die Grünen immer für besonders ausführliche Ausschüsse. So wollten sie 2011 in einem Untersuchungsausschuss gleich 6 Themen behandeln. Sie forderten die Causa Telekom, die Buwog-Affäre, angebliches Schachern mit Staatsbürgerschaften, die Vergabe des Blaulichtfunks, die Lockerung des Glücksspiels, sowie den Komplex „ÖBB-Inserate“ in einem gemeinsamen Untersuchungsausschuss zu klären. Damals verkündete der stellvertretende Bundessprecher der Grünen Werner Kogler (jetzt Vizekanzler), dass es keinen Unterschied macht, ob man 6 Ausschüsse hintereinander abhalte, oder in einem Ausschuss die Themen „Stufe für Stufe“ abarbeitet. Den Grünen muss diese Angelegenheit besonders unangenehm sein und ich bin mal gespannt, wie sie dieses Verhalten ihren Wählern verkazufen bzw. erklären möchten. Die größten Skandale der 2. Republik (in kürzester Zeit) müssen politisch aufgearbeitet werden, denn ansonsten bewahrheitet sich die Bezeichnung „Bananenrepublik“.

26. 01. 2020: Privilegien, Posten und Pensionen

Die Casinos Austria gehören zu einem Drittel der Republik und dadurch sind die Bürger indirekt auch Miteigentümer. Wenn es um die Pensionsprivilegien geht, wird aber immer wieder betont, dass die Verträge der Vorstandsmitglieder Privatsache sind und welche Privilegien sie genießen, geht die Öffentlichkeit nichts an. Aber das ist grundlegend falsch, denn selbstverständlich hat sie das Recht zu erfahren, was in den Staatsbetrieben vor sich geht. Jeder Euro, der dort einem Parteiapparat in den Rachen geworfen wird, ist Geld, das dem Staat und damit den Bürgern entgeht. Warum Bettina Glatz-Kremsner als Managerin eines teilstaatlichen Unternehmens eine Betriebspension von 400.000 Euro (wohlgemerkt zusätzlich zur ASVG-Pension) im Jahr erhält, muss geklärt werden, denn ein Drittel dieses Geldes gehört immerhin dem Staat. Das Empörende und schamlos ungerechte an der Sache ist, dass bei der überwiegenden Mehrheit der Pensionen gnadenlos gespart wird. Die Regierung, allen Voran

unser Wirtschaftskanzler, möchte den Bürgern einreden, dass für die Pensionen der Normalbürger das Geld fehlt und sie sich daher privat versichern müssen. Offensichtlich ist aber genug Geld da, nur wird es von der ÖVP woanders mit vollen Händen ausgegeben. Aber schön der Reihe nach: Im Mai 2019 verweigerte die Regierung vier Fünfteln der österreichischen Mindestpensionisten eine kleine Erhöhung. Lediglich jene Pensionisten, die mindestens 40 Beitragsjahre hatten, erhielten einen kleinen Bonus von 150 Euro monatlich. Vor allem Frauen fallen damit durch den Rost, denn Kindererziehungszeiten werden kaum angerechnet. 40.000 Mindestpensionisten erhielten die kleine Erhöhung und über 160.000 bekamen nichts. Von der Betriebspension Bettina Glatz-Kremsners könnte man 190 Menschen die Erhöhung auszahlen und nimmt man nur den Drittel-Anteil der Republik an den Casinos als Berechnungsgrundlage, sind es immer noch 63 MindestpensionistInnen. ASVG-Pensionen sind mit 58.320 Euro im Jahr gedeckelt und mehr bekommt (egal was er oder sie vorher verdient hat) keiner im System. Wieso bekommt die ehemalige ÖVP-Vizechefin dann das Achtfache von dem, was ein arbeitender Normalbürger nach 45 Beitragsjahren höchstens bekommen kann. Welche Leistung vollbringt Glatz-Kremsner eigentlich für die Bürger dieses Staates und worin besteht der gesellschaftliche Mehrwert ihrer Tätigkeit? Demzufolge muss nun Kurz aus seinem Leitspruch das Wort „nicht“ streichen und in Zukunft nur mehr „Wer arbeitet, darf der Dumme sein“ sagen. Kritik an diesen Luxuspensionen für Parteigünstlinge ist keine Neiddebatte, sondern eine Gerechtigkeitsdebatte. Solange diese Art von „Volksvertreter“ den Hals nicht voll bekommen kann und die Republik als Selbstbedienungsladen benützt, brauchen sie uns nicht erzählen, dass für die übrigen Bürger kein Geld da wäre. In jeder „anderen“ Bananenrepublik, hätte man sie wohl schon längst mit einem „nassen Fetzen“ aus dem Land gejagt.

Die ÖVP lässt Ibiza weiterleben

Bei dem Konflikt um den Zuschnitt des „Ibiza“-Untersuchungsausschusses geht es um viel mehr als „nur“ um die thematische Abgrenzung und es geht auch nicht um rein juristische Fragen. Die Aufklärung des wohl größten Skandals in der Geschichte der Zweiten Republik ist im Interesse aller Bürger. Wer da mit bloßen Rechtsfragen kommt, hat die Tragweite von „Ibiza“ nicht verstanden. Dass die Grünen sich innerhalb einer Koalition mit Sebastian Kurz nicht als Antikorruptionspartei positionieren können, die sie gerne sein würden, ist klar. Die eigentliche Schande ist nicht das Verhalten der Grünen, die um die Stabilität ihrer ersten Regierungsbeteiligung fürchteten, sondern die ÖVP die ihren Koalitionspartner (um den Ausschuss in die für sie vorteilhafte Richtung zu

lenken) in Geiselhaft nahm. Trotzdem es machtpolitisch zu erwarten war, ist bei diesem Themenkomplex die Machtpolitik die falscheste aller falschen Antworten. Im Speziellen war es ja auch Sebastian Kurz, der zuerst die SPÖ mit dem „Ibiza-Video“ in Verbindung brachte, diese Behauptung dann widerrufen musste, aber selbst allen mit Klagen drohte, die das bei der ÖVP versuchten. Nach der Aufnahme des Videos war Strache immerhin Vizekanzler einer Regierung unter Führung von Sebastian Kurz und wäre es da nicht das ureigene Interesse der ÖVP, alles zu tun, damit nicht einmal der leiseste Verdacht einer eigenen Verstrickung aufkommt und schließlich war es Kurz, der unmittelbar nach der Veröffentlichung des Videos „volle Aufklärung“ verlangte. Die Opposition kann er nicht gemeint haben, denn diese wird jetzt in ihrem hart erkämpften Recht, ohne parlamentarischer Mehrheit einen U-Ausschuss einzusetzen, beschnitten. Also will die ÖVP bestimmen, was und wie aufgeklärt werden darf bzw. was besser unaufgedeckt bleibt. Dieses Politikverständnis ist nicht neu. Illiberale Regierungschefs erfreuen sich gerade, in der von Kurz so geschätzten Visegrád-Gruppe, zunehmender Beliebtheit. Von der Erzählung über die Aufklärung von Skandalen, bis hin zum ganzen Land soll alles kontrollierbar sein und das erinnert stark an Viktor Orban. An ihm orientiert sich Kurz sehr stark, denn der ÖVP-Chef ist kein Konservativer, wie viele glauben. Er ist ein Rechter und die Grünen sind nur eine weitere Stufe auf der Leiter zur „Absoluten Mehrheit“. Wenn jetzt Kurz mit der Beschneidung des U-Ausschusses durchkommt, ist die parlamentarische Demokratie in Österreich nachhaltig beschädigt und die illiberale Demokratie nur mehr einen „Katzensprung“ entfernt.

28. 01. 2020: Schule steht zu Flüchtlingsrollenspiel

Nicht nur Schülervereine haben das Flüchtlingsrollenspiel, das vom Bildungsministerium gestoppt worden ist, verteidigt. Auch die Direktorin der betroffenen AHS in Wien-Währing, berichtet von „sehr vielen positiven Rückmeldungen“ und Beschwerden, wie vom Ministerium behauptet wurde, hat es bisher nicht gegeben. Eltern von Schülern aller Altersklassen hätten sie in ihren Zuschriften bestärkt, weiterhin Projekte an der Schule durchzuführen. Sie möchte auch in Zukunft externe Vereine an die Schule holen, immerhin sei der Unterricht viel mehr als nur die Vermittlung von Sachwissen. Unterstützung bekam die Direktorin auch vom Elternverein der Schule. Man habe bisher noch keine Beschwerde erhalten, sagte der Vorsitzende. Das Projekt „Migration erleben“ ist außerdem vorher im Schulgemeinschaftsausschuss von Schüler-, Eltern- und Lehrervertretern beschlossen worden. Bei dem von einem Team aus Schülern und Lehrern mit dem Theaterverein „Ansicht“ entwickelten „inter-

aktiven Planspiel“ sollten Schüler zwischen 12 und 18 Jahren erleben, wie sich Migration anfühlt. Dafür wurden sie mit einem vorübergehenden Pass ausgestattet und das Schulhaus (samt Fantasiesprache) wurde zum fiktiven Land, in dem die Jugendlichen mehrere Stationen passieren mussten. Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) hatte, nachdem angeblich einzelne Schüler das Rollenspiel als Psychoterror erlebt hätten, das Projekt „mit sofortiger Wirkung eingestellt“ und gemeinsam mit der Bildungsdirektion eine „Untersuchung zu den Vorfällen“ angekündigt. Das Projekt wurde allerdings ohnehin erst einmal durchgeführt und mit den Schülern auch nachbesprochen. Der Theaterverein zeigte sich über die Ankündigung des Ministers verwundert. „Warum dreht ein Minister ein Projekt ab, ohne sich zu erkundigen, was tatsächlich vorgefallen ist und nur auf falschen Presseberichten basieren. Es wird außerdem infrage gestellt, wieso „sowohl die öffentliche Meinung, als auch die Entscheidungsträger die zahlreichen positiven Rückmeldungen zu dem Aktionstag“ ignoriert wurden. Die Bundesjugendvertretung (BJV) appellierte, rasch den angekündigten Kriterienkatalog für externe Fachkräfte und Vereine umzusetzen, denn bei jedem strittigen Thema sofort eine neue Diskussion über ein Verbot zu führen, ist nicht zielführend und die Bildungseinrichtungen würden sich dadurch immer mehr abgrenzen. Es wäre ein wesentlicher Verlust, wenn externe Angebote generell keinen Zugang mehr zu unseren Bildungseinrichtungen hätten. Die Interessensvertretung der freien Theaterszene (IG freie Theater) appelliert an die Medien und die Politik, genau solche Formate auch weiterhin zu unterstützen und zuzulassen und sich bei der Betrachtung solcher Projekte die Produktionsbedingungen genau anzuschauen, anstatt „nur über’s Hörensagen sofort negativ zu urteilen“ und sie künftig zu verunmöglichen.

Wie die Unternehmer das AMS ausnutzen

Haben die Menschen gute Arbeit, hat das nicht nur Auswirkungen auf ihre eigene Lebensqualität. Sondern stabile und gerecht bezahlte Jobs sorgen auch dafür, dass der Staat die öffentliche Infrastruktur ausbauen, den Sozialstaat erhalten, Armut bekämpfen und für Integration und Sicherheit sorgen kann. Denn wenn alle gut verdienen, nimmt auch der Staat mehr ein. Doch die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre hat das Leben für die Beschäftigten und ihre Angehörigen schwerer gemacht. Aber anstatt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Arbeitsplätze zu schaffen denkt die Regierung, dass man das Problem indem man Arbeitslose schikaniert, lösen kann. Während es die Politik verabsäumt ihre Arbeit zu machen, geht es für die Beschäftigten, ihre Angehörigen und den Arbeitsmarkt bergab. So hat zum Beispiel die Industriellen Vereinigung schärfere Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose verlangt. Wenn es

nach Kurz, Schramböck, Kapsch & Co geht, sollen Wiener Arbeitslosen einen Job in Vorarlberg annehmen müssen. Manager machen das ja auch, meint Industriellen-Chef Kapsch. Aber dass Manager oftmals das 50-fache verdienen verschweigt er. Kanzler Kurz und Wirtschaftsministerin Schramböck folgen sofort dem Ruf der Industriellenvereinigung und beschimpfen Arbeitssuchende als leistungsunwillig und drohen mit härteren Strafen. Dabei ist es eine mehrfach bewiesene Tatsache, dass erweiterte Sanktionen und ein erhöhter Druck weder zu weniger Erwerbslosen, noch zu neuen Arbeitsplätzen führt. Stattdessen setzt die Regierung nicht nur Arbeitslose, sondern auch alle Löhne unter Druck. Unternehmer hingegen entledigen sich seit einiger Zeit systematisch ihres wirtschaftlichen Risikos, maximieren ihre Profite und schieben ihre unternehmerische Verantwortung auf die Beschäftigten und die Steuerzahlenden ab. Und wie funktioniert so etwas am einfachsten. Ein Unternehmen kündigt seinen Angestellten, stellt ihn nach kurzer Zeit wieder ein und in der Zwischenzeit zahlen die Steuerzahler das Arbeitslosengeld für die (Ex-)Angestellten. Der Unternehmer zahlt dem Mitarbeiter im Gegenzug aber auch nicht mehr Lohn, obwohl er ihn nur befristet anstellt und bald wieder die Arbeitslosigkeit droht. Ein Teil der Lohnkosten wird also von öffentlichen Geldern (also von uns allen, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen) übernommen. Dieses Schmarotzen bestimmter Arbeitgeber findet man in allen Branchen. Alleine 2017 verursachten Unternehmen durch diese Personalpolitik 12,5 Prozent der Arbeitslosigkeit und das kostet dem AMS jährlich rund 500 Millionen Euro. Um das zu verhindern, müssen in anderen Ländern die Unternehmen (die systematisch ihre Mitarbeiter kündigen und wieder einstellen) höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten. Alleine diese Maßnahme würde das AMS stark entlastet und gleichzeitig zu besseren Arbeitsbedingungen für viele Beschäftigte führen. Würde man dazu noch, nach über dreißig Jahren, zum ersten Mal die gesetzliche Arbeitszeit reduzieren (anstatt sie zu erhöhen), könnte man die vorhandene Nachfrage nach Arbeitskräften sinnvoller und gerechter auf die Menschen verteilen. 250.000 Teilzeitbeschäftigte Frauen in Österreich würden gerne länger arbeiten, bekommen aber keine Möglichkeit dazu und landen deswegen oft in der Altersarmut. Gleichzeitig gibt es aber in kaum einem EU Land so lange Arbeitszeiten mit so vielen Überstunden wie in Österreich.

Diese Stellen im Regierungsprogramm klingen fad, aber sind höchst brisant

Selbst wer es zur Gänze durchliest, wird nicht bei allen Formulierungen verstehen, was dahintersteckt.

➤ **Abschaffung der Mindest-Körperschaftssteuer (KÖSt):**

- **Regierungsprogramm**

Seite 81: Abschaffung der Mindestkörperschaftssteuer prüfen, um besonders KMUs zu entlasten.

Seite 95: Das GmbH-Mindeststammkapital auf 10.000 Euro senken.

- ❖ **Was heißt das in der Realität**

Unabhängig vom Gewinn zahlen Kapitalgesellschaften Körperschaftssteuer, die sich an ihrem Stammkapital orientiert. Es ist ein Mythos, zu glauben, dass eine Senkung der KÖSt kleinere und mittlere Unternehmen entlastet würde. Das gilt auch für die Abschaffung der Mindest-KÖSt. Vor allem große Konzerne profitieren hiervon, da sie oft aus steuerlichen Gründen mit komplexen GmbH-Konstruktionen agieren und bisher fiel für jede dieser GmbHs eine Mindest-KÖSt an. Im Ergebnis bedeutet deshalb eine Senkung des Stammkapitals weniger Einnahmen aus der Mindest-KÖSt und daher automatisch höhere Gewinne für Konzerne.

➤ **Keine Steuern für Aktien, die behalten werden:**

- **Regierungsprogramm**

Seite 71: Erarbeitung einer Behaltefrist für die Kapitalertragssteuerbefreiung für Kursgewinne bei Wertpapieren und Fondsprodukten.

- ❖ **Was heißt das in der Realität**

Alle Kursgewinne sind Einkommen ohne Leistung. Seit fast 10 Jahren werden sie mit der Kapitalertragsteuer (KESt) besteuert und davor gab es eine Mindestbehaltefrist. Das bedeutet, wenn Aktien eine bestimmte Zeit gehalten werden, bleiben solche Kursgewinne völlig steuerfrei und damit sollen langfristige Anleger belohnt werden. Wer aber Jahrzehnte arbeitet, zahlt deshalb nicht weniger Lohnsteuer und wer ewig lange spart, zahlt dennoch gleich viel KESt. Eine Behaltfrist einzuführen wäre also letztlich ein Steuerzuckerl für Reiche auf Kosten aller jener, die nicht genug Kapital für risikoreiche Investments in Aktien oder Fonds haben.

➤ **Bürger-Stiftung für Investitionen in den Klimaschutz:**

• **Regierungsprogramm**

Seite 69: Prüfung einer „Bürger-Stiftung Klimaschutz“. Damit will man Anreize schaffen, Private dazu zu bewegen, in den Klimaschutz zu investieren. Gelingen soll das mit Hilfe einer „Bürger-Stiftung Klimaschutz“, die Bürger-Anleihen vergeben soll.

Seite 69: Die Bundesregierung bekennt sich zur Auflage von Green Bonds durch die ÖBFA. Institutionelle Investoren und die Bevölkerung können sich damit an der Klimawende beteiligen.

❖ **Was heißt das in der Realität**

Äußerst unklar formuliert und erinnert ein wenig an die Idee des deutschen Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Er wollte einen Fonds schaffen, der in Klimaschutz investiert und dieser sollte nicht vom Staat, sondern durch (von BürgerInnen gekaufte) Anleihen, finanziert werden. Der Haken dabei ist aber, dass diese Anleihen um 2% höhere Zinsen als Staatsanleihen erhalten sollten und das macht die Idee um ein Vielfaches teurer als die Finanzierung aus dem Staatshaushalt. Denn mit Staatsanleihen kann der Finanzminister derzeit zu Zinsen unter 0 Prozent Investitionen durchführen. Im Ergebnis bedeutet so ein Fonds also eine Förderung für die Finanzindustrie und Bezahlung durch alle SteuerzahlerInnen.

➤ **Stärkere Zusammenarbeit zwischen ORF und Privaten:**

• **Regierungsprogramm**

Seite 56: Notwendig ist die gesetzliche Verankerung der stärkeren Zusammenarbeit zwischen ORF und Privaten.

❖ **Was heißt das in der Realität**

Der Öffentlich-Rechtliche ORF stellt zehntausende Stunden Video zur Verfügung, die Mitglieder der APA günstig nutzen können, freie Medien und Privatpersonen sind jedoch davon ausgeschlossen. Hinter der Formulierung im Regierungsprogramm könnte sich ein gesetzlicher Zwang zu solch einseitigen Kooperation verbergen, der letztlich auf eine Finanzierung privater, hochprofitabler Medienkonzerne aus Gebührengeldern hinausläuft.

➤ **Umgehung von Spendenverboten über Landesparteien:**

• **Regierungsprogramm**

Seite 22: Rechenschaftsbericht mit zusätzlichen Ausweisen der Immobilien, Kredite und Darlehen von dritter Seite über 50.000 Euro. Kredit- bzw. Darlehenshöhe, Laufzeit, Angaben zur Bank/ Person und die konkreten Vertragskonditionen sind dem Rechnungshof bekannt zu geben.

❖ **Was heißt das in der Realität**

Hier versteckt sich im Regierungsprogramm eine Einschränkung der Transparenzbestimmungen für Parteilandesorganisationen und damit ein Einfallstor für die Umgehung von Spendenlimits. Solche Spenden, wie die von Heidi Horten an die Bundespartei der ÖVP (monatlich 49.000 Euro), sind nicht mehr, aber an die Landesorganisationen ist es weiterhin, möglich.

➤ **Ein verfassungskonformer Bundestrojaner:**

• **Regierungsprogramm**

Seite 216: Prüfung der Schaffung einer verfassungskonformen Regelung zur Überwachung unter anderem für verschlüsselte Nachrichten im Internet unter Berücksichtigung des VfGH-Entscheids vom Dezember 2019.

❖ **Was heißt das in der Realität**

Dies ist ein weiterer Anlauf zur Überwachung verschlüsselter Messenger-Dienste wie WhatsApp, Signal oder Telegram zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist die Installation von staatlichen Überwachungstools, den sogenannten „Staatstrojaner“. Solche waren jedoch in der erwähnten VfGH-Entscheidung nur in engen Grenzen für zulässig erklärt worden. Einer der Hauptkritikpunkte an solch staatlicher Überwachungssoftware ist, dass dafür Sicherheitslücken ausgenutzt oder bewusst offen gelassen werden, was letztlich aller Internetbenutzer gefährdet.

➤ **Liberalisierung der ÖBB:**

• **Regierungsprogramm**

Seite 128: Vorbereitung auf die bevorstehende europaweite Liberalisierung des Bahnverkehrs und die damit verbundene wettbewerbliche Vergabe von Leistungen. Direktvergaben nur mehr unter der Voraussetzung der Marktkonformität der Vergabebedingungen möglich.

❖ **Was heißt das in der Realität**

Schon heute kämpft die ÖBB damit, dass sie im Regionalverkehr gezwungen ist, langfristige Investitionen in Züge mit einer Lebensdauer von über 20 Jahren vorzunehmen, aber die Verträge werden nur noch für maximal 10 Jahre vergeben. Hinzu kommt, dass die wettbewerbliche Vergabe im Bereich Bahn, Bus und Strassenbahn die Gefahr großer Nachteile für MitarbeiterInnen (höherer Lohn- druck) und KundInnen (höhere Preise) mit sich bringt. Es wäre evizienter auf Qualität und Pünktlichkeit zu setzen.

➤ **Ausgleich von Kürzung der EU-Agrarförderungen (z.B. wegen Brexit) aus nationalem Budget:**

• **Regierungsprogramm**

Seite 156: Sicherstellung der GAP-Mittel für Österreich im mehr- jährigen Finanzrahmen der EU von 2021 bis 2027 mindestens auf dem bisherigen Niveau, insbesondere für die ländliche Entwick- lung, sowie ein nationaler Ausgleich im Falle einer Kürzung von EU-Mitteln.

❖ **Was heißt das in der Realität**

Die Regierung verpflichtet sich, jegliche Kürzung der EU- Agrar- förderung aus dem nationalen Budget auszugleichen. Dabei ge- hören Bauern ohnehin schon zu den vermögenderen Gruppen in Österreich und die bis zu 100 Millionen Euro würden an an- dere Stellen wohl dringender benötigen.

30. 01. 2020:

Edtstadler`s Last-Minute-Entscheidungen im Kulturbereich

Europaministerin Karoline Edtstadler (ÖVP), die bis zur Angelobung von Staatssekretärin Ulrike Lunacek (Grüne), auch für die Kulturagenden zuständig war, hat noch schnell drei überraschende Personalentscheidungen getroffen. Einige Vorsitzende von Museumskuratorien wurden per E-Mail von ihr darüber informiert, dass sie nicht verlängert werden. Christian Konrad, ehemaliger Raiffeisen-Generalanwalt und Flüchtlingskoordinator, saß dem Kuratorium der Albertina vor. Peter Kostelka war früher SPÖ-Klubchef und Kuratoriumsvorsitzender des Technischen Museums und Hannes Sereinig, früher Kabinettschef von Franz Vranitzky, war Kuratoriumsvorsitzender des Museums für angewandte Kunst. Die Bestellung aller drei lief mit Jahresende 2019 aus und dem Vernehmen nach boten die Vorsitzenden eine Weiterführung der Funktion an. Andrea Mayer (Kuratoriumsvorsitzende im Belvedere) wiederum, wurde in dieser Funktion verlängert. Sie ist hauptberuflich Kabinettschefin von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Zu Konrads Nachfolgerin in der Albertina wurde (ebenfalls per Mail) die Kunsthistorikerin Daniela Hammer-Tugendhat ernannt, allerdings hat sie einer Ernennung nie zugestimmt. Zur Stellvertreterin wurde die „Heute“ Herausgeberin, Eva Dichand ernannt. Das Spiel von Kurz, die Medien „auf Linie“ bringen, geht scheinbar weiter. NEOS-Kultursprecher Sepp Schellhorn zeigte sich über die befremdlichen Personalentscheidungen schockiert. Die Sprecher von Edtstadler und Lunacek sagten hingegen, dass diese Vorgehensweise akkordiert gewesen sei. Dabei stellt sich mir jedoch unweigerlich die Frage, warum Edtstadler nicht die paar Stunden bis Lunacek in „Amt und Würden“ ist, warten konnte (wollte, musste).

Die Steuerreform bringt den Beschäftigten sehr wenig und den Konzernen extrem viel

Angekündigt wurde von den beiden K`s (Kurz und Kogler) eine Super-Steuerreform mit einem Volumen von 12 bis 14 Milliarden Euro. Das komische ist nur, dass von dieser Steuerreform im Regierungsprogramm jede Spur fehlt und sie wird nicht einmal die kalte Progression abdecken. Wie sollte es unter einer Kurz-Regierung anders sein, als das die Konzerne wieder einmal die großen Gewinner sind. Insgesamt soll es Steuersenkungen, aufgeteilt in 3 Etappen über die Jahre 2020-2022, im Ausmaß von rund 4,5 Milliarden Euro geben. Das sieht auf den ersten Blick (aber wirklich nur auf den Ersten) nach sehr viel aus. Aber beim zweiten Blick und wenn man sich zusätzlich noch die Zahlen anschaut, kommen einem die Tränen. Sehr viel bekommen vor allem (wiedereinmal) große Unternehmen und für die Beschäftigten bleibt, wie unter Türkis üblich,

sehr wenig übrig. Unternehmen zahlen zwar nur 20 Prozent des Steueraufkommens, aber sie erhalten 45 Prozent der Entlastung und damit werden im Wesentlichen die Pläne der Regierung Kurz-Strache umgesetzt. Der Grundsatz früherer Regierungen lautete: Arbeitnehmer bezahlen 80 Prozent der Steuern und sollten also zumindest 80 Prozent von den Steuersenkungen haben. So profitierten bei der letzten großen Steuerreform im Jahr 2016 unter Kanzler Werner Faymann die Arbeitnehmer von 87,5 Prozent des Volumens. Die Entlastung war mit 5,2 Milliarden auch wesentlich höher als die der aktuellen Regierung. Konkret bedeutet das: Während die Arbeitnehmer 2016 noch mit rund 4,55 Milliarden Euro entlasten wurden, wird es unter Türkis(Schwarz) /Grün nur eine Entlastung von 2,475 Milliarden Euro geben, Aber allein die kalte Progression macht im selben Zeitraum bereits 4,6 Milliarden Euro aus und somit frisst die Inflation die gesamte Steuersenkung auf. Das ist aber noch nicht alles. Durch die kalte Progression finanzieren im Endeffekt die Arbeitnehmer mit ihren Steuerbeiträgen auch die geplanten Steuersenkungen der Unternehmen. Zusätzlich ist noch die geplante Senkung der Körperschaftssteuer (KöST) von derzeit 25 auf künftig 21 Prozent sehr problematisch und sie kostet jedes Jahr 1,2 Milliarden Euro. Sie kommt aber hauptsächlich den großen Konzernen zu Gute, denn kleine bzw. mittlere Unternehmen profitieren davon kaum, da sie häufig Personengesellschaften sind und keine Körperschafts- sondern Einkommenssteuer zahlen. Wie ungerecht diese Reform ist, kann man gut an Konzernen wie Red Bull, der sich durch die Senkung der KöSt pro Jahr über 31 Millionen Euro spart, erkennen und so ein Steuergeschenk ist sicherlich nicht notwendig. Der Konzern konnte im Vorjahr seinen Nettogewinn, auf Grund von massivem Personalabbau, um mehr als ein Drittel steigern.

31. 10. 2020: Strache vs. Hofer

Nach H. C. Straches Ansprache beim DAÖ-Treffen, in dem er die FPÖ direkt attackierte, lieferte ihm das schlechte Abschneiden bei der burgenländischen Landtagswahl einen willkommenen Grund zum nächsten Angriff. „Der uncharismatische, unkameradschaftliche und inhaltselastische Hofer/Kickl/Nepp-Kurs schlägt bei der FPÖ jetzt voll durch. Es gibt keine Ausreden mehr. Unter Norbert Hofer & Co nimmt die FPÖ den direkten Kurs in die Irrelevanz und verliert, was ich einst hinzugewinnen konnte. Was geht Hofer zuerst aus. Die Ausreden oder die Wähler“, hackte Strache via Facebook auf seinen Nachfolger hin. Mit Hofers darauf folgenden Gegenangriff (ein Bild Straches auf Ibize und den Worten: Besten Dank), hat Strache wohl nicht gerechnet. Und legte mit einer offiziellen Erklärung nach: „Die FPÖ Burgenland, die bei der Wahl ein Minus von über 5 Prozent einfuhr und nicht mehr in der nächsten Landesreg-

ierung vertreten sein wird, verwehrt sich gegen die Kommentare des mehrfach zurückgetretenen Ex-Parteichefs. Kein Funktionär, kein Mitglied und kein FPÖ-Wähler, haben sich solche entbehrliche Aussagen, verdient. Das Wahlergebnis war eine direkte Folge der Strache-Eskapaden auf Ibiza und seinem Umgang mit öffentlichen Geldern und nicht das Ergebnis eines falschen Wahlkampfes“. Das ließ der Ex-Vizekanzler natürlich nicht auf sich sitzen und meldete sich erneut zu Wort: „Mein Problem war die falsche Führung und deren falsche Politik, nicht die Basis und schon gar nicht die Bürger und Wähler“. Diese Causa könnte Strache übrigens teuer zu stehen kommen, da ihn die FPÖ auf 500.000 Euro klagen, und sich somit die Anwaltskosten im Zusammenhang mit der Ibiza-Affäre, zurückholen will.

Wie Kurz die Unfallversicherung AUVA zerstört

Zuerst wollte Türkis/Blau der AUVA 500 Millionen Euro entziehen und nach heftigem Widerstand sind es nun „nur mehr“ 110 Millionen Euro, die der Unfallversicherung fehlen. Kurz wollte damit wieder einmal bezwecken, dass das Geld seinen Freunden, den Unternehmern, als Steuergeschenk in „den Rachen geschoben wird“. Der einzige Grund warum es bis jetzt noch zu keinen Leistungskürzungen kam ist der, dass die Unfallversicherung noch Rücklagen hatte. Die Türkis/Blaue „Unternehmer-Sozialversicherungsreform“ entzog der AUVA weitere 39 Millionen Euro. Zusammengerechnet ergibt das knapp 150 Millionen Euro (10% ihres Gesamtbudget von 1,4 Milliarden Euro) die der Unfallversicherung jetzt fehlen und das wird (muss) zu langfristigen Leistungskürzungen kommen. Die Möglichkeiten der Einsparungen sind äußerst bescheiden und selbst wenn man die gesamte Verwaltung (90 Millionen Euro) einsparen würde, geht sich das hinten und vorne nicht aus. Kaum im Amt bläst nun die Türkis/Grüne Regierungstruppe zum nächsten Angriff. Nun werden die Beschäftigten von unserer K & K Regierung (Kurz & Kogler Regierung) mit schlechteren Leistungen bei Unfallvermeidung, Unfällen und Behandlungen beschenkt. Die Leistungen der Unfallversicherung bestehen vor allem aus vier Bereichen:

- die Unfallbehandlung
- die Rehabilitation nach Unfällen
- die Prävention durch Beratung und Schulung von Unternehmen
- das Ausbezahlen von Unfallrenten bei bleibenden Schäden

Kurz hat schon im Wahlkampf angekündigt, dass künftig Geld (wieviel ließ er jedoch offen) aus der Unfallversicherung für die Pflege verwendet werden soll und da bin ich mal gespannt, wann und wie er das umsetzen will. Aktuell kostet dem Staat die Pflege, vom Pflegegeld über mobile Dienste bis hin zur 24-Stunden-Betreuung daheim, rund 5 Milliarden Euro. Eine Umwidmung der Gelder zur Pflege, ist vermutlich von Kurz und Kogler so geplant und die dadurch entstehenden schlechteren Leistungen (sind so sicher, wie das „AMEN“ im Gebet) werden von den Beiden einfach, ohne mit der Wimper zu zucken, in Kauf genommen. Kurz hat es nur aus einem Grund so sehr auf die AUVA abgesehen, da sie die einzige Sozialversicherungsanstalt ist, die fast zur Gänze aus Beiträgen von Unternehmen finanziert wird und das hat auch gute Gründe. Unternehmer haben die Fürsorgepflicht und tragen somit die Verantwortung, Arbeitsplätze sicher zu gestalten und eine Behandlung im Fall von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sicherzustellen. Wenn Kurz weiter der Unfallversicherung systematisch Geld entzieht, ist es nicht mehr weit, bis die AUVA aufgelöst wird und ihre Leistungen von den anderen Sozialversicherungsträgern übernommen werden müssen. Dort zahlen aber hauptsächlich die Beschäftigten ein und die Unternehmen sparen sich dadurch viele Millionen Euro und das wäre eine unverantwortliche und unwiederbringliche Zerstörung eines weltweit anerkannten Kompetenzzentrums für Unfallmedizin.

Fortsetzung folgt

Haltung (Buchauszug)

Eurofighter-Typhoon: Nach dem Geplänkel, ob neue Abfangjäger überhaupt notwendig wären und ob nicht gebrauchte auch reichten, kam es zur Ausschreibung. Dann kam jedoch auf einmal das Konkurrenzprodukt von Saab, der Eurofighter-Typhoon, ins Spiel. Das war ein neues Flugzeug, das noch gar nicht lieferbar, dafür aber besser ausgestattet und scheinbar auch teurer, war. Ins Spiel gebracht wurde es von Finanzminister Grassler (FPÖ), der eigenständig mit Magna in Manching verhandelte und ein Angebot einholte. Das eingetrafene Angebot wurde, ohne irgendetwas zu hinterfragen in die Reihung der anderen Angebote eingespeist. Nach der anonymen Auswertung im Juni 2002 wurde Verteidigungsminister Scheibner (FPÖ) und seine Generäle vorerst telefonisch über das Ergebnis informiert. Das Ergebnis der Bewertungskommission lautete 4:1 für Eurofighter. Die Generäle, allen voran General Wolfgang Spinka, bewerteten jedoch im Einsichtsvermerk, wegen der niedrigeren System- und Wartungskosten, trotzdem dem Projekt Saab-Gripen den Vorzug zu geben. Das Projekt Saab wurde noch am selben Tag für den Ministerrat vorbereitet und vom Finanzminister prompt retourniert. Nach einer Woche wurde der Antrag erneut von Verteidigungsminister Scheibner eingebracht, diesmal aber lautend auf: „Eurofighter, einstimmig beschlossen“. Fatal ist jedoch, dass noch immer Gegengeschäfte im Wert von rund 100 Millionen Euro unaufgeklärt sind, die das Eurofighter-EADS-Bieterkonsortium auf den Markt geschmissen hat, um die politische Entscheidung pro Eurofighter auch abzusichern

Der von Türkis provozierte „Stillstand“: Genau dieser Aufschwung und die erstmals ab Mai 2017 auf Dauer sinkende Arbeitslosenzahlen sind untrügliche Anzeichen einer nachhaltigen Wirtschaftsbelebung. Die Exporte und die Nüchternungszahlen haben schon vorher angezogen. De facto stand Mitte 2017 schon der Aufschwung fest. Selbst das immer strapazierte Argument, die Deutschen hätten uns abgehängt, stimmte nicht mehr, weil wir mittlerweile wieder bessere Wachstumsraten hatten. Selbst in den Rankings, deren Aussagekraft sowieso zu hinterfragen ist, weil diese teilweise auf Einschätzungen von Managern und nicht auf Fakten beruhen, rückt Österreich seit 2016 ständig weiter vor. Die Betriebsansiedlungsbilanz der Austrian Business Agency (ABA) zeigt 2016 und 2017 Ansiedlungsrekorde von Betrieben in Österreich. All das habe ich am ÖVP-Parteitag am 1. Juli 2017 in Linz bei meiner Abschiedsrede, durchaus zum offensichtlichen Unwillen der neuen Garde, angesprochen. Diese Darstellung passte so gar nicht zum Szenario für die damals anstehenden Nationalratswahlen, das besagte, dass alles darniederliegen und man daher dringend den Wechsel brauchen würde, den Wandel, die Veränderung für den Aufschwung der Wirtschaft. Das Thema spielte dann erst

später im Wahlkampf eine große Rolle. Da ging es dann aber schon darum, wer für den Aufschwung verantwortlich sei.

Die Flüchtlingskrise: Die Wende in der Flüchtlingskrise kam am 4. September 2015, einem Freitag. In der Nacht vom 4. auf den 5. September setzten sich Tausende Menschen von Budapest aus, wo sie am Bahnhof Keleti seit Tagen festgesessen waren, in Bewegung und marschierten zu Fuß über die Autobahn in Richtung österreichischer Grenze. Später in dieser Nacht würde die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Zustimmung geben, diese Menschen mit Zügen durch Österreich nach Deutschland zu bringen. Auch wenn alle Beteiligten in der Sekunde wussten, dass diese Nacht noch gravierende Bedeutung erlangen würde, wage ich die Behauptung, dass zu diesem Zeitpunkt niemand einschätzen konnte, wohin uns diese Entwicklung letztendlich führen sollte. Acht Tage zuvor hatte man in Österreich auf einem Seitenstreifen der Autobahn A4 bei Parndorf einen weißen Lastwagen mit 71 Leichen entdeckt. Ein Mitarbeiter informierte mich darüber, dass die Flüchtlinge aus Budapest auf dem Marsch zu österreichischen Grenze seien und Ungarns Premier Viktor Orbán gefragt hätte, ob er diese aufhalten oder durchlassen solle. Aufhalten hieße aber auch, aus unserer Sicht, möglicherweise den Einsatz von Gewalt. Wir einigten uns daraufhin, dass Gewalt eine Katastrophe wäre und absolut nicht infrage käme. Ebenfalls schon informiert und eingebunden sei Außenminister Sebastian Kurz. Später in der Nacht hatte offensichtlich Orbáns Krisenteam beschlossen, die Aktion zu beschleunigen und die Flüchtlinge mit Bussen und Zügen an die österreichische Grenze zu fahren, was die Lage weiter eskalieren ließ. Die Ungarn drängten damals darauf, statt von „humanitärer Notlage“, nur von einer „Notlage“ zu sprechen. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, Ungarn sei mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Selbst die Kronen Zeitung war in diesen Tagen sehr positiv eingestellt und druckte seitenlange Sonderberichte. Mich irritierte damals schon, dass wir die Flüchtlinge transportierten wie Ware und nicht wie Menschen. Es wurden immer wieder Essenspakete und Spielzeug geschenkt, mit denen die Flüchtlinge aus kulturellen Gründen oft nichts anfangen konnten und sie wegwarfen, was zur Meinung beitrug, sie seien gar nicht bedürftig oder undankbar. Klar ist für mich, dass die Politik die Fluchtbewegung sehr wohl ernst nahm, aber sehr schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stieß. Unsere organisatorischen Strukturen, insbesondere zwischen Bund und Länderzuständigkeiten, reichten einfach nicht aus. Weder in Österreich noch auf EU-Ebene zeigte sich wirklich jemand solidarisch. Ich hatte damals noch die Einstellung, dass wenn es ein organisatorisches Problem mit der Unterbringung gäbe, man das auch mit organisatorischen und nicht mit ideologischen Mitteln lösen können müsse. Das war, rückblickend, vielleicht naiv, aber es entspricht noch heute meinem

Menschenbild: zu helfen, egal, woher jemand kommt. Im Prinzip waren es zehn Tage eines faktischen Kontrollverlustes, an dem jeden Tag bis zu 10.000 Menschen an Österreichs Grenzen ankamen. Bei unserer Klubklausur in Bad Leonfelden Anfang Jänner 2016 propagierten wir dann die Idee einer Flüchtlingshöchstzahl von 37.500 Flüchtlingen pro Jahr. Im Endeffekt brauchten wir die Flüchtlingshöchstzahlen dann nicht mehr, weil ab Mitte 2016 deutlich weniger Menschen kamen. Der im Wahlkampf 2017 entstandene Urheberstreit, wer nun die die Balkanrute wirklich geschlossen hätte, scheint mir etwas klein-kariert. Tatsache ist, dass EU-Ratspräsident Donald Tusk in die betroffenen Länder gefahren ist und dort Verhandlungen geführt und die Zusage der einzelnen Länder eingeholt hat. Darüber hinaus war es eine gemeinsame Anstrengung der betroffenen europäischen Innenminister, koordiniert von der österreichischen Innenministerin, die Details festzulegen und dann natürlich die Leistung Angela Merkels, die das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei und vor allem die Flüchtlingsfrage verhandelt und damit den Strom der Menschen an einer seiner wichtigsten Quellen massiv gedrosselt hat. Das hat den endgültigen Durchbruch gebracht. Wenn man es zusammenfasst, entspannte sich die Lage ab Jänner 2016. Am Ende waren es etwa eine Million Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, die nach Europa gekommen waren. Das ist in Relation zur Gesamtbevölkerung ein verschwindend kleiner Prozentsatz, wenn man an die Millionen, die der Libanon, Jordanien und die Türkei aufgenommen haben, denkt. Trotzdem ist dieses Thema politisch nach wie vor Wasser auf den Mühlen der Tagespolitik und war beim Wahlkampf 2017 das Topthema in Österreich. Die Österreicher waren sich offenbar nicht so richtig bewusst darüber, dass das Land sein Jahrhunderten eine Art Integrationsmühle gewesen war, schon aufgrund unserer geografischen Lage, jedoch auch aufgrund der Zusammensetzung in der Monarchie. Wenn man das Wieder Telefonbuch anschaut, wird man feststellen, dass es so etwas wie einen richtigen Österreicher kaum gibt. Auch die Behauptung einiger Politiker, der Islam sei eine fremde und bislang nicht dagewesene Kultur stimmt nicht. Das lässt sich historisch leicht beweisen. Wien kennt die Themen Vielvölkerstaat und Migration seit mehr als hundert Jahren. Die Österreicher sind es, historische gesehen, gewohnt, Flüchtlinge aus den Nachbarländern aufzunehmen: aus Ungarn 1956, aus der Tschechoslowakei 1968, aus Bosnien und anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens in dein 1990er-Jahren. Nicht unbedingt hilfreich ist es allerdings, wenn wir ausgerechnet integrierte Asylwerber, die eine Lehre begonnen oder einen Hilfsjob gefunden haben, abschieben – aus Prinzip.

Machtübernahme: Die Wochenzeitung Falter hatte im Spätsommer 2017 über geheime Strategiepapiere berichtet, die zeigen, wie minutiös sich Sebastian Kurz und sein Team auf die Übernahme der Macht in der ÖVP vorbereitet

hatten. Abgesehen davon war ja für jeden Fernsehzuschauer schon am 14. Mai 2017, als der Übergang von mir auf Kurz im Parteivorstand offiziell besiegelt wurde, frei ersichtlich, dass vom Namen über die neue türkise Parteifarbe bis zum Social-Media-Auftritt alles schon vorlag und nicht ansatzweise improvisiert werden musste. Wären die Vorbereitungen allerdings nicht abgestimmt gewesen, dann wäre alles, was im Vorfeld gelaufen ist, systematische Illoyalität. Man beauftragte im März 2016 eine Umfrage bei Meinungsforscher Franz Sommer, um die Wahlchancen bei allfälligen Nationalratswahlen unter einem Spitzenkandidaten Kurz auszuloten. Die Studie ergab, dass die ÖVP mit Kurz um 15 Prozent besser abschneiden würde. Mit diesem brisanten Ergebnis klappte Kurz die Bünde und Parteiobermänner ab, um um Unterstützung für Neuwahlen zu suchen. Natürlich war Kur`s Vorgehen im Vorfeld für mich als Anlass ausreichend, um eine Aussprache einzufordern. Er sagte, er sei darum gebeten worden. Von wem genau, sagte er nicht. Im Endeffekt bestätigte er klar, dass es sein Ziel sei, die Koalition zu sprengen. Die Rolle des Sprengmeisters solle ich übernehmen, weil ich eine gewisse Glaubwürdigkeit hätte. Ich sollte für ihn die Koalition aufkündigen und den Schwarzen Peter nehmen, damit er unbefleckt in Neuwahlen gehen könne. Geradezu empört hat mich dann schon, als mich ein Landeshauptmann am Rande der Finanzausgleichsverhandlungen im November 2016 anrief und mir sagte: „Du, der Sebastian sagt allen - Bitte, nichts zum Thema Mindestsicherung abschließen, das ist für später ein gutes Wahlkampfthema -“. Eindeutig war auch geregelt, dass nur Kurz der Star der Wahlkampagne sein durfte, alle anderen hätten sich ihm unterzuordnen, und zwar als seine „Jünger“, wie sie in einem Papier in Anlehnung an die Bibel bezeichnet wurden. Schon damals hatte Kurz sich auch auf seine Rolle als „höflicher Strache“ festgelegt. Er wollte FPÖ-Themen übernehmen, diese aber weniger aggressiv ansprechen und für ein breites Publikum akzeptabel machen. Diese letztendlich Wahlentscheidende Strategie ist in den internen Papieren bereits im Juni 2016 festgehalten worden. Es ging darum zu kopieren, was funktioniert. Nur eines findet sich übrigens in all den Masterplänen, Diagrammen und Tabellen nicht: ein Regierungsprogramm oder gar ein Fünfjahresplan für die nächste Legislaturperiode. Von all dem, was bis Mai 2016 hinsichtlich Machtübernahme geplant und besprochen worden war, wusste ich nichts. Nach etlichen Kurz-Aktionen drehte sich die Eskalationsspirale immer weiter. Kern und ich sollten einfach keine Erfolge mehr haben. Besonders perfid wurde der sich abzeichnende und hauptsächlich von Kurz verursachte Stillstand auch noch kritisiert. Das Kalkül dahinter war klar. Wenn eine Regierung erfolgreich arbeitet, braucht man keinen neuen Heilsbringer. Nachdem ich die Funktion des Sprengmeisters ablehnte, übernahm die Rolle des Zerstörers und Kern-Kritiker dann Sobotka, der regelmäßig den Bundeskanzler medial kritisierte. Dabei

packte er durchaus den verbalen Dreschflegel aus und nannte den Bundeskanzler im Kurier am 8. Mai sogar einen Versager. Der Streit wurde genau von jenen gezielt in die bestehende Koalition getragen, die heute nicht zu streiten als oberste Pflicht proklamieren.

Medien und Politik: ... Das im Jahr 2018 an die Öffentlichkeit gelangte Rundschreiben aus dem Innenministerium, in dem festgehalten wurde, welche österreichische Redaktion nicht prioritär versorgt werden dürften (es handelte sich dabei um den Standard, den Falter, und den Kurier), erschien in diesem Zusammenhang fast antiquiert und alleine der Gedanke dahinter stimmt besorgt. Momentan erleben wir eine totale Umwälzung in der politischen Kommunikation, die massive Folgen für die Demokratie haben wird. Parteien bauen sich ihre eigenen Medien auf, mit ihren eigenen Social-Media-Kanälen und eigenen Agenturen. Dieses System der totalen politischen Kommunikation, oder nennen wir es lieber Propaganda, ist das Ende eines jeden gesellschaftlichen Dialogs.

.....

(Reinhold Mitterlehner)

Buchempfehlungen:

Tagebuch einer Chaos – Regierung, Band 1	(Friedrich Moser)
Tagebuch einer Chaos – Regierung, Band 2	(Friedrich Moser)
Tagebuch einer Chaos – Regierung, Band 3	(Friedrich Moser)
Tagebuch einer Chaos – Regierung, Band 4	(Friedrich Moser)
Die Ibiza – Affäre	(Frederik Obermaier, Bastian Obermayer)

Quellennachweis:

www.apa.at
www.arbeit-wirtschaft.at
www.bonvalot.net
www.derstandard.de
www.diesubstanz.at
www.falter.at
www.geraldkitzmueller.wordpress.com
www.josef-muchitsch.at
www.kontrast.at
www.kurier.at
www.mimikama.at
www.moment.at
www.nachrichten.at
www.nr-klub.jetzt.at
www.orf.at
www.parlament.gv.at
www.profil.at
www.sosmitmensch.at
www.stefanbartl.rocks
www.vfgh.gv.at
www.zackzack.at

www.arbeiterkammer.at
www.bizeps.or.at
www.derstandard.at
www.diepresse.com
www.facebook.com
www.furche.at
www.kleinezeitung.at
www.krone.at
www.lingens.online
www.misik.at
www.msn.at
www.news.at
www.oegb.at
www.ots.at
www.presse.at
www.sabineschatz.at
www.spoe.at
www.stopptdierechten.at
www.wienerzeitung.at
www.zulehner.wordpress.com